Verhandlungen

des

fünften österreichischen

Sozialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Prag

vom 5. bis einschließlich 11. April 1896

auf der

Schützen-Insel.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 Kreuzer = 50 Pfennige.

Wien 1896.

Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand).

Wien, VI. Gumpendorferstraße 8

Verhandlungen

des

fünften österreichischen

Sozialdemokratischen Parteitages

abgehalten zu Prag

vom 5. bis einschließlich 11. April 1896

auf der

Schützen-Insel.

Nach dem stenographischen Protokolle.

Preis 25 Kreuzer = 50 Pfennige.

Wien 1896.
Verlag der Ersten Wiener Volksbuchhandlung (Ignaz Brand).
Druck von R. Spies & Co., Wien.

Tagesordnung:

Sonntag, den 5. April, Vormittags 10 Uhr:

Eröffnung und Konstituirung des Parteitages.

I. Parteibericht. Referenten: Gen. Dr. Ellenbogen, Smetana.

II. Bericht der Kontrole.

III. Wahlreform. Referenten: Gen. Dr. Adler, Daněk.

IV. Organisation und Taktik. Referent: Gen. Reumann.

V. Parteipresse. Referent: Gen. Popp.

VI. Wahl der Parteivertretung.

VII. Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich. Referent: Gen. Reumann.

VIII. Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft. Referent: Gen. Dr. Verkauf.

IX. Internationaler Kongreß in London. Referent: Genosse Daszynski.

X. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

Als Einberufer fungirten die Genossen:

Dr. Victor Adler, Wien
Dr. W. Ellenbogen, Wien
Emil Pelikan, Wien
Julius Popp, Wien
Jakob Reumann, Wien
Anton Schrammel, Wien
Rudolf Smetana, Wieu
Josef Tomschik, Wien
Ignaz Daszynski, Krakau
Hans Resel, Graz
Eduard Rieger, Brünn
Josef Steiner, Prag
Carl Vaněk, Pilsen
Eduard Zeller Teplitz.

Bureau des Parteitages:

Vorsitzende:
Steiner (Prag), Popp (Wien), Zeller (Teplitz), Reger (Mähr. Ostrau).

Schriftführer:
Eldersch (Brünn), Němec (Wien), Skaret (Wien), Vaněk (Pilsen).

Als Dolmetsche für das Czechische wurden bestellt:
Němec (Wien), Vaněk (Pilsen), Reis (Prag).

Beschlüsse des Parteitages
der
sozialdemokratischen Arbeiterpartei Oesterreichs
am
Parteitag zu Hainfeld
(30./31. Dezember 1888 und 1. Jänner 1889)
ergänzt am
Parteitag zu Wien (Pfingsten 1892).

I. Prinzipien-Erklärung.

Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich erstrebt für das gesammte Volk ohne Unterschied der Nation, der Rasse und des Geschlechtes die Befreiung aus den Fesseln der ökonomischen Abhängigkeit, die Beseitigung der politischen Rechtlosigkeit und die Erhebung aus der geistigen Verkümmerung. Die Ursache dieses unwürdigen Zustandes ist nicht in einzelnen politischen Einrichtungen zu suchen, sondern in der das Wesen des ganzen Gesellschaftszustandes bedingenden und beherrschenden Thatsache, daß die Arbeitsmittel in den Händen einzelner Besitzer monopolisirt sind. Der Besitzer der Arbeitskraft, die Arbeiterklasse, wird dadurch zum Sklaven der Besitzer der Arbeitsmittel, der Kapitalistenklasse, deren politische und ökonomische Herrschaft im heutigen Staate Ausdruck findet. Der Einzelbesitz an Produktionsmitteln, wie er also politisch den Klassenstaat bedeutet, bedeutet ökonomisch steigende Massenarmuth und wachsende Verelendung immer breiterer Volksschichten.

Durch die technische Entwicklung, das kolossale Anwachsen der Produktivkräfte erweist sich diese Form des Besitzes nicht nur als überflüssig, sondern es wird auch thatsächlich diese Form für die überwiegende Mehrheit des Volkes beseitigt, während gleichzeitig für die Form des gemeinsamen Besitzes die nothwendigen geistigen und materiellen Vorbedingungen geschaffen werden. Der Uebergang der Arbeitsmittel in den gemeinschaftlichen Besitz der Gesammtheit des Volkes bedeutet also nicht nur die Befreiung der Arbeiterklasse, sondern auch die Erfüllung einer geschichtlich nothwendigen Entwicklung. Der Träger dieser Entwicklung kann nur das klassenbewußte und als politische Partei organisirte Proletariat sein. Das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten, ist daher das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich, zu dessen Durchführung sie sich aller zweckdienlichen und dem natürlichen Rechtsbewußtsein des Volkes entsprechenden Mitteln bedienen wird. Uebrigens wird und muß sich die Partei in ihrer Taktik auch jeweilig nach den Verhältnissen, insbesondere nach dem Verhalten der Gegner zu richten haben. Es werden jedoch folgende allgemeine Grundsätze aufgestellt:

1. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei in Oesterreich ist eine internationale Partei, sie verurtheilt die Vorrechte der Nationen ebenso wie die

der Geburt und des Geschlechtes, des Besitzes und der Abstammung und erklärt, daß der Kampf gegen die Ausbeutung international sein muß, wie die Ausbeutung selbst.

2. Zur Verbreitung der sozialistischen Ideen wird sie alle Mittel der Oeffentlichkeit, Presse, Vereine, Versammlungen, voll ausnützen und für die Beseitigung aller Fesseln der freien Meinungsäußerung (Ausnahmsgesetze, Preß-, Vereins- und Versammlungsgesetze) eintreten.

3. Ohne sich über den Werth des Parlamentarismus, einer Form der modernen Klassenherrschaft, irgendwie zu täuschen, wird sie das allgemeine gleiche und direkte Wahlrecht ohne Unterschied des Geschlechtes für alle Vertretungskörper mit Diätenbezug anstreben, als eines der wichtigsten Mittel der Agitation und Organisation.

4. Soll noch innerhalb des Rahmens der heutigen Wirthschaftsordnung das Sinken der Lebenshaltung der Arbeiterklasse, ihre wachsende Verelendung einigermaßen gehemmt werden, so muß eine lückenlose und ehrliche Arbeiterschutz-Gesetzgebung (weitestgehende Beschränkung der Arbeitszeit, Aufhebung der Kinderarbeit u. s. f.), deren Durchführung unter der Mitkontrole der Arbeiterschaft, sowie die unbehinderte Organisation der Arbeiter in Fachvereinen, somit Koalitionsfreiheit angestrebt werden.

5. Im Interesse der Zukunft der Arbeiterklasse ist der obligatorische, unentgeltliche und konfessionslose Unterricht in den Volks- und Fortbildungsschulen, sowie unentgeltliche Zugänglichkeit sämmtlicher höheren Lehranstalten unbedingt erforderlich; die nothwendige Vorbedingung dazu ist die Trennung der Kirche vom Staate und die Erklärung der Religion als Privatsache.

6. Die Ursache der beständigen Kriegsgefahr ist das stehende Heer, dessen stets wachsende Last das Volk seiner Kulturaufgaben entfremdet. Es ist daher für den Ersatz des stehenden Heeres durch die allgemeine Volksbewaffnung einzutreten.

7. Die sozialdemokratische Arbeiterpartei wird gegenüber allen wichtigen politischen und ökonomischen Fragen Stellung nehmen, das Klasseninteresse des Proletariats jederzeit vertreten und aller Verdunkelung und Verhüllung der Klassengegensätze, sowie der Ausnützung der Arbeiter zu Gunsten von herrschenden Parteien energisch entgegenzuwirken.

8. Da die indirekten, auf die nothwendigen Lebensbedürfnisse gelegten Steuern die Bevölkerung umso stärker belasten, je ärmer sie ist, da sie ein Mittel der Ausbeutung und der Täuschung des arbeitenden Volkes sind, verlangen wir die Beseitigung aller indirekten Steuern und Einführung einer einzigen direkten progressiven Einkommensteuer.

II. Resolution über die politischen Rechte.

In Erwägung, daß die weltgeschichtliche Aufgabe des Proletariats die Umgestaltung der heutigen wirthschaftlichen Ordnung ist, daß der Hebel dieser Umgestaltung der Klassenkampf ist, dessen Verlauf mit umso weniger Opfern verbunden, umso rascher und ruhiger sein wird, jemehr auf beiden Seiten Klarheit und Einsicht in die Bedingungen und Ziele der ökonomischen Entwicklung herrscht; daß aber die herrschenden Klassen die Aufklärung durch gesetzliche und polizeiliche Maßregelungen zu hemmen und zu verzögern suchen, wodurch die Bewegung zwar nicht aufgehalten, aber verbittert und verschärft wird, erklärt der Parteitag:

Jede Einschränkung der Freiheit der Meinungsäußerung, sowie jede Monopolisirung politischer Rechte für die Besitzenden ist verwerflich und für

die naturgemäße Entwicklung schädlich. Er verlangt daher volle Freiheit für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda und die Möglichkeit einer ruhigen Organisation des Proletariats; zunächst also:

1. Die Aufhebung der Beschränkung der Freizügigkeit, also der Ausnahmsverfügungen, Vagabunden- und Schubgesetze;

2. die Aufhebung der Beschränkung der Preßfreiheit durch die verschiedenen Formen der Zensur und Aufhebung des Preßmonopols für die Besitzenden durch Kaution und Stempel, sowie des Verbotes der Kolportage;

3. Herstellung des Vereins- und Versammlungsrechtes durch Aufhebung der Vereins- und Versammlungsgesetze;

4. die Aufhebung des Monopols der Besitzenden auf das politische Wahlrecht durch die Einführung des allgemeinen, gleichen, direkten und geheimen Wahlrechtes (und zwar ohne Unterschied des Geschlechtes vom 20. Lebensjahre an, wo für die Männer die Verpflichtung zur Blutsteuer beginnt), als eines wichtigen Mittels der Agitation und Organisation, ohne sich jedoch über den Werth des Parlamentarismus irgendwie zu täuschen;

5. die ehrliche Sicherung der Unabhängigkeit der Gerichte, Unentgeltlichkeit der Rechtspflege, Ausdehnung der Geschworenengerichte auf alle Vergehen und Verbrechen, sowie Wahl der Geschworenen auf Grund des allgemeinen, geheimen Wahlrechtes durch das gesammte Volk;

6. Schaffung und Durchführung eines Gesetzes, welches Beamte, welche die politischen Rechte von Einzelnen oder Vereinen beeinträchtigen, einer strengen Strafe zuführt.

III. Resolution über Arbeiterschutz-Gesetzgebung und „Sozialreform".

Was heute vorzugsweise „Sozialreform" genannt wird, die Einführung der vom Staate organisirten Arbeiterversicherung gegen Krankheit und Unfall, entspringt vor Allem der Furcht vor dem Anwachsen der proletarischen Bewegung, der Hoffnung, die Arbeiter von dem Wohlwollen der besitzenden Klassen zu überzeugen, und zuletzt aus der Einsicht, daß die zunehmende Verelendung des Volkes endlich die Wehrfähigkeit beeinträchtigen müsse. Mit der Ausführung der Arbeiterversicherung werden zwei Nebenzwecke verknüpft: Die theilweise Ueberwälzung der Kosten der Armenpflege von den Gemeinden auf die Arbeiterklasse und die möglichste Einengung, womöglich Beseitigung der selbstständigen Hilfsorganisationen der Arbeiter, welche als Vorschulen und Uebungsstätten der Organisation und Verwaltung den Herrschenden ein Dorn im Auge sind. Angesichts dieser Sachlage erklärt der Parteitag:

Die Arbeiterversicherung berührt den Kern des sozialen Problems überhaupt nicht. Eine Einrichtung, welche im besten Falle dem arbeitsunfähigen Proletarier ein kärgliches, von ihm selbst theuer bezahltes Almosen gewährt, verdient nicht den Namen „Sozialreform".

Die Arbeiterschaft wird sich darüber nicht täuschen lassen, sondern klare Einsicht darüber verbreiten, daß eine wirklich soziale Reform den arbeitsfähigen Arbeiter zum Gegenstande und die Beseitigung seiner Ausbeutung zum letzten Ziele haben muß, daß aber freilich diese soziale Reform niemals von den Ausbeutern, sondern nur von den Ausgebeuteten durchgeführt werden wird.

So lange die kapitalistische Produktionsweise herrscht, ist nur eine theilweise Einschränkung der Folgen der Ausbeutung möglich durch eine ehrliche und lückenlose Arbeiterschutz-Gesetzgebung und ihre energische Durchführung. Die physische Verelendung der Arbeiterklasse findet in der hohen Kindersterblichkeit,

in dem kurzen Lebensalter, der frühen Invalidät der Arbeiter ihren Ausdruck. Das Herabsinken der Lebenshaltung, welches den Arbeiter zu einem stumpfsinnigen Sklaven herabwürdigt, macht es ihm unmöglich, Kraft und Zeit für menschliche Ziele, vor Allem für seine eigene Befreiung zu widmen. Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll dem Zunehmen dieser unmenschlichen Verhältnisse einigermaßen Einhalt thun.

Die österreichische Gewerbe-Ordnung erfüllt diesen Zweck ganz ungenügend. Sie ist schwächlich und lückenhaft in ihren Bestimmungen, gibt jede einzelne Vorschrift dem Mißverstand und der Willkür der Verwaltungsbehörden preis. Die Gewerbe-Inspektion ist unwirksam, weil unzulänglich in ihren Mitteln und äußerst beschränkt in ihren Befugnissen.

Eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung, die ihren Zweck erreichen soll, muß zum Mindesten umfassen:

1. Volle Koalitionsfreiheit und gesetzliche Anerkennung von Lohnverabredung und Kartellen der Arbeiter.
2. Den achtstündigen Maximalarbeitstag ohne Klauseln und ohne Ausnahmen.
3. Verbot der Nachtarbeit (mit Ausnahme jener Betriebe, deren technische Natur eine Unterbrechung nicht zuläßt).
4. Volle Sonntagsruhe von Samstag Abends bis Montag Früh.
5. Verbot der Beschäftigung von Kindern unter 14 Jahren.
6. Ausschluß der Frauenarbeit aus den für den weiblichen Organismus besonders schädlichen Betrieben.
7. Alle diese Bestimmungen haben für Betriebe jeder Stufenleiter (Großindustrie, Transportgewerbe, Handwerk, Hausindustrie) zu gelten.
8. Auf Uebertretungen dieser Bestimmungen von Seite der Unternehmer sind Arreststrafen gesetzt.
9. Arbeiterorganisationen, welche auf fachlicher und lokaler Grundlage beruhen, haben durch die von ihnen gewählten Inspektoren bei der Kontrole der Durchführung der Arbeiterschutz-Gesetzgebung mitzuwirken.

Die Arbeiterschutz-Gesetzgebung soll international ausgebaut und in geeigneter Weise auf die Landarbeiter ausgedehnt werden.

Parteiorganisation

beschlossen am IV. Parteitage zu Wien 1894.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig oder materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es wird den Parteiangehörigen empfohlen, der Organisation ihrer Branchen, resp. einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisationen sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreisorganisation.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreisorganisation.

Die Kreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen möglichst regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Parteiangelegenheiten tritt die Kreisorganisation über Berufung des Agitationskomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig alle zwei Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, bezw. Bezirkes, bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter, haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Der vorhergehende Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer.

V. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Gesammtvertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährlich einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

VI. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein, und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist, und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landeskonferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landeskonferenz anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt.

Die „Glühlichter“ und die „Arbeiterinnen-Zeitung“ sind Unternehmungen der Gesammtpartei und deren eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Präsenzliste.

Böhmen.

Ackermann Josef, Hlinsko.
Barth Josef, Saaz.
Ctibor Josef, Prag.
Dědic Karl, Prag.
Dobiasch Josef, Aussig.
Dolejši Johann, Budweis.
Ebert Franz, Grasseth.
Frank Josef, Falkenau a. d. Eger.
Freitag Primas, Chrudim.
Fritsch Franz, Brunnersdorf.
Götz Jaroslav, Bodenbach.
Gruncl Karl, Prag.
Hanich Josef, Steinschönau.
Hecker August, Teichstadt.
Hermann Karl, Kratzau.
Hloma Karl, Deutschbrod.
Hubeny Anton, Oberleutensdorf.
Jelinek Johann, Prag.
Jobst A. Johann, Falkenau a. d. Eger.
Kern Josef, Königsberg a. d. Eger.
Kiesewetter Wilhelm, Reichenberg.
Kovař Jaroslav, Smichov.
Kratky Wenzel, Ovčar.
Krejči Alois, Pilsen.
Künzel Andreas, Stelzengrün.
Lösel Franz, Blankersdorf.
Lukašik Josef, Reichenberg.
Mach Josef, Kladno.
Maly Josef, Prag.
Milota Julius, Niemes.
Moosdorf Hermann, Saaz.
Myslivečck Franz, Žižkov.
Němec Josef, Prag.
Neumann Franz, Grottau.
Neumann Thomas, Strakonitz.
Nowy Emanuel, Kročehlaw.
Pautsch Hermann, Blottendorf.
Prohaska Franz, Kuttenberg.
Reinelt Wilhelm, Lieben.
Reis Anton, Prag.
Roscher Franz, Reichenberg.
Roušar Josef, Prag.
Schäfer Anton, Aich.
Schaller Franz, Weinberge.
Schiller Karl, Reichenberg.
Schmidt Karl, Böhm.-Leipa.
Schmucker Josef, Rothau.
Schweichart Josef, Arnsdorf.
Seidel Josef, Krumau.
Seifert Anton, Neustadtl.
Seliger Josef, Teplitz.
Šip Josef, Sobochleben.
Staubwasser Karl, Zwickau.
Steiner Josef, Prag.
Šturc Wenzel, Prag.
Svěceny Anton, Prag.
Trejbal Johann, Teplitz.
Trübenecker Raimund, Radl b. Gablonz.
Vaněk Karl, Pilsen.
Vlček Gottlieb, Kladno.
Wrübel Franz, Böhm.-Brod.
Zeller Eduard, Teplitz.

Galizien.

Daszynski Ignaz, Krakau.
Fränkel Joachim, Lemberg.
Weidler Michael, Stanislau.

Kärnten.

Eich Wilhelm, Villach.

Krain.

Čobal Michael, Sagor-Doljna.
Grablowitz Anton, Laibach.

Mähren.

Berner Ernst, Mähr.-Ostrau.
Eldersch Karl, Brünn.
Krapka Josef, Brünn.
Morgenstern, Dr. Ludwig, Brünn.
Neumann Wilhelm, Littau.
Rieger Eduard, Brünn.
Schloßnickel Hironymus, Neutitschein.
Schönwälder Anton, Mähr.-Schönberg.
Wanko Karl, Znaim.
Zedniček Franz, Proßnitz.

Niederösterreich.

Adler, Dr. Viktor, Wien.
Beer Heinrich, Wien.
Beer Rudolf, Wien, II.
Berstl, Dr. Emil, Neunkirchen.
Bretschneider Ludwig, Wien.
Dittrich Robert, Wien, VII.
Dohnal Johann, Schwechat.
Ellenbogen, Dr. Wilhelm, Wien.
Feigl Daniel, Gloggnitz.
Göpfhardt Franz, Wien, IX.
Gröbner Johann, Wien, VIII.

Grosse Andreas, Wien, IV.
Gruber Leopold, Leobersdorf.
Grünwald Julius, Wien.
Holly Georg, Wien, XIV.
Hueber Anton, Wien, Atzgersdorf.
Ingwer, Dr. Isidor, Amstetten.
Izba Mathias, Floridsdorf.
Klimm Karl, Wien, XIII.
Maier Josef, Waidhofen a. d. Ybbs.
Mornik Josef, Wien, I.
Němec Anton, Wien.
Palka Karl, Wr.-Neustadt.
Palme Josef, Wien, VI.
Pelikan Emil, Wien.
Pernerstorfer Engelbert, Wien (als Gast).
Pick Karl, Wien.
Popp Adelheid, Wien.
Popp Julius, Wien.
Preußler Robert, Wien.
Racek Josef, Inzersdorf.
Radimsky August, Wien.
Ranziglio Josef, Klosterneuburg.
Reumann Jakob, Wien.
Rychling Josef, Wien.
Scheibenpflug Ferdinand, St. Pölten.
Scholz Ludwig, Wien, XVIII.
Schrammel Anton, Wien.
Schuhmeier Franz, Hainburg, Hainfeld, Herzogenburg, Mödling, Piesting, Traismauer, Wien, XVI.
Skaret Ferdinand, Wien, V.
Smetana Rudolf, Wien.
Smitka Johann, Wien.
Světlik Vincenz, Wien, XVII.
Tomschik Josef, Wien.
Verkauf, Dr. Leo, Wien (als Gast).
Widlar Anton, Wien, X.
Winarsky Leopold, Wien, III und XI.
Witzmann Johann, Wien, XV.
Wutschel Ludwig, Wien, XII.
Zabertnik Ferdinand, Wien.

Oberösterreich.

Weiguny Anton, Linz.

Salzburg.

Prähauser Jakob, Salzburg.

Schlesien.

Hanusch Ferdinand, Wigstadtl.
Mandl Bernhard, Jägerndorf.
Reger Thadäus, Orlau.
Trenka Johann, Troppau.

Steiermark.

Grablowitz Anton, Köflach.
Hesky Franz, Mürzzuschlag.
Nitsche Johann, Graz.
Pongratz Josef, Graz.
Resel Johann, Graz.
Schelch Vincenz, Leoben, St. Michael, Trofaiach.
Schneider Josef, Bruck a. d. Mur.

Tirol.

Gerin Antonio, Meran, Roveredo.
Holzhammer Josef, Innsbruck.

Deutschland.

Molkenbuhr Hermann, Berlin (als Gast).

Geschäftsordnung

für die

Verhandlungen des Parteitages.

1.

Die Meldungen zum Wort sind schriftlich einzureichen, und erhalten die Redner nach der Reihenfolge der Anmeldung das Wort.

2.

Alle Anträge, außer denen zur Geschäftsordnung, sind schriftlich einzureichen, und müssen dieselben, falls sie zur Verhandlung gelangen sollen, von mindestens 15 Delegirten unterstützt sein. Die Unterstützung kann durch Unterschrift oder Zuruf erfolgen.

3.

Sobald ein Antrag die nöthige Unterstützung gefunden, erhält bei der Verhandlung darüber zunächst der Antragsteller das Wort.

4.

Bei Geschäftsordnungs-Anträgen genügt eine Unterstützung von 10 Delegirten. Bei Anträgen auf Schluß der Rednerliste oder Schluß der Debatte erhält nur ein Redner für und einer gegen das Wort. Das Wort zur Geschäftsordnung und wird außer der Reihenfolge der vorgemerkten Redner ertheilt. Persönliche Bemerkungen sind erst am Schlusse der Debatte zu machen.

5.

Die Redezeit der Referenten wird auf eine Stunde festgesetzt. Die Einbringer selbstständiger Anträge haben zur Begründung derselben eine Redezeit von 20 Minuten.

In der Diskussion erhält jeder Redner 10 Minuten das Wort. Kein Redner — mit Ausnahme der Referenten und Einbringer selbstständiger Anträge — darf mehr als zweimal in einer Sache das Wort nehmen.

6.

Die Beschlüsse werden mit absoluter Mehrheit der Abstimmenden gefaßt. Stimmengleichheit gilt als Ablehnung des Antrages.

7.

Auf Antrag von mindestens 20 Mitgliedern des Parteitages muß die namentliche Abstimmung über einen Antrag stattfinden.

8.

Nur die Theilnehmer haben das Recht, sich an der Diskussion zu betheiligen und abzustimmen; den Gästen kann nur über besonderen Beschluß des Parteitages ausnahmsweise das Wort ertheilt werden.

Anträge zum Parteitag.

IV. Organisation und Taktik.

1. Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung:

(Die gesperrt gedruckten Worte werden als Abänderung beantragt.)

1. Zugehörigkeit zur Partei. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht. Es ist Pflicht der Partei-Angehörigen, der Organisation ihrer Branchen, resp. einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

2. Vertrauenspersonen. Der letzte Satz des ersten Absatzes habe zu lauten: Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

3. Kreisorganisation. Die Kreisorganisation, die ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationskomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisation (das Wort „möglichst" habe hier zu entfallen) regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden.

Von den Einnahmen der Kreisorganisation ist ein Theil zur Deckung der allgemeinen Partei-Auslagen regelmäßig, spätestens jedoch allvierteljährlich, an die Parteivertretung abzuliefern.

Absatz 2, 3 und 4 bleiben unverändert; Absatz 5 kommt zu Punkt 5 „Parteivertretung" als letzter Absatz.

4. Parteitag. Absatz 1 bleibt unverändert.

Absatz 2 soll lauten: Zum Parteitag können die Parteigenossen eines jeden Ortes, Bezirkes und einer jeden Branche innerhalb des Kronlandes Vertreter entsenden.

Absatz 3, 4, 5, 6 und 7 bleiben unverändert.

Absatz 8 soll lauten: Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

5. Parteivertretung. Der Parteitag wählt eine aus acht Personen bestehende Parteivertretung und fünf Controlore, von denen zwei am Sitze der Parteivertretung sein müssen. Partei-Angestellte sind nicht wählbar. Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen. Der Gewerkschaftskommission steht das Recht zu, für die Parteivertretung Einen Vertreter zu bestimmen, welcher in derselben Sitz und Stimme hat.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation und, wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind.

2. Antrag der Organisation Wien V:

1. Der Parteitag hat alljährlich stattzufinden.

2. Zum Parteitag können die Parteigenossen eines jeden Ortes und Bezirkes Vertreter entsenden.

3. **Parteivertretung.** Der Parteitag wählt eine aus acht Personen bestehende Parteivertretung und fünf Kontrolore, von welchen zwei am Sitze der Parteivertretung sein müssen. Der Chefredakteur hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen. Der Gewerkschaftskommission steht das Recht zu, für die Parteivertretung einen Vertreter zu bestimmen, welcher in derselben Sitz und Stimme hat. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

3. Antrag der Organisation VII:

Die Kreisorganisationen haben den Bezirksorganisationen vierteljährig ausgefüllt abzuführende statistische und Abrechnungsformularien zur Verfügung zu stellen. Das statistische Formular enthält Rubriken für die Eintragung der Zahl der im Organisationssprengel (Bezirksorganisation) vorhandenen Betriebe und Vereine, womöglich die Zahl der dort Beschäftigten, beziehungsweise angehörigen Personen nach Geschlecht, deren eventuelle Vertretung in der Bezirksorganisation, sowie die Zahl der abgehaltenen Sitzungen nebst der Betheiligung der Vertrauensmänner an denselben.

Das Abrechnungsformular dient zum regelmäßigen monatsweisen oder vierteljährigen Abschluß der zu verrechnenden Parteigelder und ist von je zwei gewählten Revisoren außer dem Obmann und Kassier der Bezirksorganisation mitzufertigen.

Beide Formularien sind spätestens vierteljährig ausgefüllt an die Leitung der Kreisorganisation zur Verarbeitung einzusenden und dienen der Kreisorganisation gleichsam als Richtschnur, wo sie einzusetzen hat.

4. Antrag der Organisation Wien VIII:

In Erwägung, daß die Wiener Bezirksorganisationen nicht vollkommen den Zweck erfüllen, zu dem sie eigentlich geschaffen wurden, in Bezug auf Organisation und Agitation;

in weiterer Erwägung, daß die Wiener Bezirksorganisationen in Bezug auf die richtige Vertretung in derselben bis heute sehr viel zu wünschen übrig lassen, so daß Genossen in denselben Sitz und Stimme haben können, welche das Vertrauen ihrer Werkstättengenossen nicht besitzen, schließlich, damit die Bezirksorganisationen endlich einmal in die Lage versetzt werden, die finanziellen Pflichten gegenüber der Partei (Abnahme von Blocks 2c.) gewissenhaft zu erfüllen, stellt die Bezirksorganisation den Antrag:

Der Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie möge beschließen, daß in Zukunft alle Betriebe bezirksweise zu § 2-Versammlungen zusammengerufen werden, dort den anwesenden Genossen Werth und Zweck der Bezirksorganisationen durch einen Referenten des Landesausschusses beigebracht wird, sowie die Pflichten gegenüber der Partei erläutert werden. Aus der Mitte solcher Versammlungen sind die Vertrauensmänner, welche die Bezirksorganisationen zu bilden haben, zu wählen.

5. Antrag der Bezirksorganisation Wien VIII:

In Erwägung, daß ein verelendetes Proletariat wohl unzufrieden mit dem drückenden Joch und seiner niedrigen Lebenshaltung ist, jedoch als völlig indifferent und herabgekommen, jedes materiellen und geistigen Rückhalts entbehrend, nicht fähig ist, den Kampf für unsere idealen Ziele mit Bewußtsein und Verständniß zu führen, und daß dieser niederdrückenden Tendenz des Kapitalismus nur eine starke wirthschaftliche Organisation entgegenwirken kann;

in fernerer Erwägung, daß die politischen Aktionen der Sozialdemokratie, das ist das Bestreben nach vollkommener Demokratisirung aller öffentlichen Einrichtungen, nicht möglich ist, ohne daß das Proletariat einen sicheren materiellen Rückhalt hat, weil sonst das Kapitalistenthum dessen wirthschaftliche Ohnmacht und völlige Abhängigkeit benützt, um es mittelst der Hungerpeitsche und ähnlicher Mittel in seinen politischen Bestrebungen zu hindern;

in endlicher Erwägung, daß durch die wirthschaftlichen Organisationen des Proletariats die ökonomische Macht des Unternehmerthums geschwächt und die ungehinderte Entwicklung des Kapitalismus besonders seiner verderblichen Auswüchse gehemmt wird, beantragt die Bezirksorganisation:

Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit einer starken wirthschaftlichen Organisation. Die Kreis- und Bezirksorganisationen haben deshalb die Frage des möglichst geschlossenen Zusammenwirkens derselben mit der politischen Organisation zu erwägen, insbesondere auch Mittel und Wege vorzuschlagen, wie dies zu erreichen sei. Die Kreis- und Bezirksorganisationen haben über die Ergebnisse ihrer Berathungen an eine von dem Parteitag zu wählende neungliedrige Kommission Bericht zu erstatten, welche auf Grund desselben dem nächsten Parteitag Vorschläge in Bezug auf die Taktik in der Agitation und Organisation zu machen hat. Diese Kommission, ebenso wie die Kreis- und Bezirksorganisationen haben auch die Schaffung eines einheitlichen allgemeinen Widerstandsfonds

zu berathen, der eventuell auch zu politischen Zwecken ausgenützt werden kann; ferner hat sich diese Kommission mit der Frage der Wirthschaftsgenossenschaften der organisirten Arbeiter zu beschäftigen.

6. Antrag der Organisationen III und XI:

Zu Punkt 2 des Parteiorganisationsstatuts: Die Bezirksorganisationen bestehen blos aus den Delegirten der localorganisirten Branchen und der politischen Organisationen der Bezirke.

Zu Punkt 4 des Parteiorganisationsstatuts, Absatz 2: Außerdem wählen die Genossen der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Bekleidungsindustrie u. s. w. selbstständig Delegirte zum Parteitag.

Der Parteitag beschließt, daß zwanzig Percent der regelmäßigen Parteieinnahmen zur Deckung des Defizits der Erfordernisse für den Inhaftirtenfonds verwendet werden. Jeder sich Parteigenosse Nennende ist verpflichtet, einen regelmaßigen Beitrag für die politische Partei zu leisten; die organisirten Branchen allerorts haben für jeden ihrer einzelnen Angehörigen mindestens 2 kr. monatlich an die Parteikasse abzuführen.

Zukünftig hat mindestens zwei bis drei Wochen vor dem Zusammentritt des Parteitages der Parteibericht zur Ausgabe zu gelangen, um den Genossen ein eingehendes Studium desselben zu ermöglichen.

7. Antrag der Organisation Wien XVII:

1. Die Parteikontrole besteht aus sechs Mitgliedern. Drei derselben domiziliren in Wien, bezw. Niederösterreich, und bilden die Lokalkontrole. Die übrigen drei Mitglieder bilden die Reichskontrole und haben in der Provinz ihren Wohnsitz. Die Lokalkontrole hat vierteljährlich zu revidiren und an die Reichskontrole zu berichten. Die Reichskontrole kontrolirt einmal im Jahre.

2. Nachdem gegenwärtig in Wien keine selbstständige Frauenorganisation besteht, soll auch keine Vertreterin einer solchen vom Parteitag anerkannt werden.

8. Resolution der Volksversammlung am 17. März im XIV. Bezirk, Wien:

Ausgehend von der Erwägung, daß es nothwendig ist, die ökonomische Macht des Proletariats in jeder Beziehung zu organisiren, daß dies jedoch in Oesterreich in Bezug auf die Konsumtionskraft des Proletariats noch gar nicht geschehen;

erklärt der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie die Wirthschaftsgenossenschaften des arbeitenden Volkes als ein wichtiges Glied in der Kette der Organisationen und fordert die Parteigenossen auf, sich mit der praktischen Durchführung dieser Organisationsform zu beschäftigen.

9. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Kampf für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht hat ehebaldigst dem Kampfe für die Erringung des Achtstundentages, sowie der Preß- und Koalitionsfreiheit und der Verbesserung des Gewerbeinspektorengesetzes platzzumachen.

a) Der Parteitag beschließt, die revolutionäre Bedeutung des 1. Mai dadurch zu erhöhen, daß am 1. Mai 1897 und jeden folgenden 1. Mai eine oder mehrere Branchen in den Streik für die Erkämpfung des Achtstundentages zu treten haben. Diese Branchenstreiks haben sich, wenn thunlich, über das ganze Reich zu erstrecken und sind die Streikenden von der gesammten Arbeiterschaft Oesterreichs moralisch und materiell so lange und kräftigst zu unterstützen, bis der Streik zu Gunsten der Arbeiter ausgefallen ist.

b) Zur theilweisen Bestreitung der Unkosten, die derartige Lohnkämpfe verursachen, beschließt der Parteitag, daß alle Genossen und Genossinnen des Reiches, die in Folge ihrer wirthschaftlichen Stellung gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, die Hälfte des Tagesverdienstes für den Maifonds abzuliefern haben. Zur Quittirung dieser geleisteten Beiträge sind Marken zu 1 fl., 50 kr. und 25 kr. auszugeben. Dieser Antrag wird schon am 1. Mai 1897 seiner Verwirklichung zugeführt.

10. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Parteitag empfiehlt den Vertretern, in Zukunft mit allen Mitteln für die Erstarkung der gewerkschaftlichen Organisation und Erringung des Achtstundentages zu wirken.

11. Antrag der Organisation Floridsdorf:

Bei Anstellungen von Parteibeamten sowie bei Gehaltsregulirung hat die Parteivertretung der Wiener Lokalorganisation diesbezügliche Vorschläge zu machen.

Die Vertrauensmänner müssen die Vorschläge in den Bezirksorganisationen zur Diskussion stellen, und erst in der nächsten Sitzung der Wiener Lokalorganisation können diesbezügliche Beschlüsse gefaßt werden.

12. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

In Erwägung, daß die Textilarbeiter beiderlei Geschlechtes das verelendetste Fabriksproletariat in Oesterreich sind und in der Textilindustrie mehr Personen wie in jeder anderen Industrie beschäftigt werden, hingegen die Organisation derselben eine kaum nennenswerthe ist, wodurch auch die Organisation der Arbeiter anderer Branchen gehemmt wird; daß ferner die Textilindustriellen als die rücksichtslosesten und in Oesterreich einflußreichsten Unternehmer bekannt sind, beschließt der Parteitag:

1. Daß insbesondere die Parteigenossen aller in Betracht kommenden Orte die Fachbewegung und Organisation der Textilarbeiter beiderlei Geschlechts mit ganzer Kraft zu fördern haben.

2. Sichert der Parteitag in Bezug der sich zeigenden Bewegung für Verkürzung der Arbeitszeit in der Textilindustrie, als auch im weiteren Verlauf dieser Bewegung die möglichste moralische und materielle Unterstützung zu.

Alle Anträge sind künftig sechs Wochen vor dem Parteitag in der „Arbeiter-Zeitung“ zur öffentlichen Diskussion zu stellen.

13. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

Da die sozialdemokratische Arbeiterpartei sich zur Aufgabe gestellt hat, die Arbeiterschaft zu emanzipiren, in politischer und wirthschaftlicher Richtung aus den Fesseln des Kapitals zu befreien, was nur möglich ist, wenn der Unverstand der Massen beseitigt und die Massen selbst zur Widerstandsfähigkeit erzogen und organisirt werden, um unsere Forderungen und die Gleichberechtigung zu verwirklichen, beschließt der Parteitag:

1. Die Parteigenossen aller Orte haben die Pflicht, neben der politischen Parteithätigkeit in erster Richtung mit ganzer Kraft dahin zu wirken, die Arbeiter und Arbeiterinnen in Fachverbänden zu organisiren und sich diesen Organisationen selbst anzuschließen, da neben dem Kampf um die politische Gleichberechtigung mit widerstandsfähigen und lebenskräftigen Arbeiterorganisationen auch in wirthschaftlicher Richtung für die Verbesserung der Lebenshaltung der Arbeiter, und gegen das herrschende Unternehmerthum gekämpft werden muß.

2. Alle Bestrebungen und Kämpfe der Arbeiter, welche dahin gehen, Angriffe des Unternehmerthums abzuwehren, sind zu unterstützen, ebenso wie jede Bewegung, welche dazu dient, die Arbeitszeit zu verkürzen.

3. Vorbereitete Streiks sollen, ehe sie auf Unterstützung der Gesammtpartei Anspruch haben, von den betreffenden Organisationen, respektive Vertrauenspersonen vorher begutachtet sein.

14. Antrag der Bezirksorganisation Tetschen:

Der Parteitag beschließt die Aufhebung der bestehenden Kreisorganisationen, da dieselben ihrem Zwecke nicht entsprechen, und den Ausbau der Lokalorganisationen.

15. Antrag der italienischen Sektion der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs.

In die Parteivertretung werden zum Zwecke der Förderung der Parteiangelegenheiten, jedoch ohne Verletzung des bis jetzt gebräuchlichen föderalistischen Systems, Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt.

16. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

Die Parteivertretung wolle ein leichtverständliches Flugblatt über die Grundzüge der Lokalorganisation und den Werth des Blocksystems herausgeben.

17. Anträge der Parteivertretung zur „Parteiorganisation“:

Punkt 4, „Parteitag“, erster Satz, hat zu lauten: Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt.

Punkt 5, „Parteivertretung“, erster Absatz: Der Parteitag wählt eine aus sechzehn Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitage zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die Parteivertretung bestimmt aus ihrer Mitte einen Parteikassier und einen Sekretär. Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung“ zu trennen. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

V. Parteipresse.

18. Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung:

VII. Absatz 1 und 2 bleiben unverändert. Absatz 3 soll lauten: Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt. Desgleichen auch die „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Ueberschüsse fließen den Parteifonds zu.

19. Antrag der Organisation Wien III und XI:

Die „Glühlichter“ bleiben unter allen Umständen der Kontrole der Wiener Preßkommission unterstellt.

20. Antrag der Organisation Wien IX:

a) Die „Arbeiter-Zeitung“ sei von der Parteivertretung zu trennen; der Chefredakteur ist verpflichtet, mit berathender Stimme den Sitzungen der Parteivertretung beizuwohnen.

b) Es werde eine Kontrolkommission für die „Arbeiter-Zeitung“ eingesetzt, welche aus höchstens vier Personen zu bestehen hat, die weder der Parteivertretung, noch dem Personal der „Arbeiter-Zeitung“ angehören dürfen, ihren Wohnsitz in Wien haben und dem Parteitag verantwortlich sind.

21. Antrag der Organisation Wien XVII:

Alle in Wien erscheinenden Parteiblätter, Parteischriften 2c. sind der Kontrole der Preßkommission zu unterstellen.

22. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Die „Arbeiterinnen-Zeitung“ ist ehebaldigst in eine Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung“ umzuwandeln.

Die Parteivertretung hat für eine bessere Ausstattung der Maifestzeitung als bisher Sorge zu tragen.

23. Antrag der Organisation Augenthal (Niederösterreich):

Da die Landbevölkerung und der Bauernstand überhaupt größtentheils der sozialdemokratischen Organisation fernestehen, die Versammlungen, welche abgehalten werden, nicht hinreichend sind, nachhaltigen Eindruck hervorzubringen und diesem Stande die nothwendige Aufklärung zu verschaffen, deren er so dringend bedarf, erscheint es nothwendig, ein Organ zu gründen, welches die Interessen des Bauernstandes und der ländlichen Bevölkerung vertritt.

Der Parteitag beschließe: Die Redaktion der „Volkstribüne“ habe neben dieser einmal im Monat, u. zw. an dem Freitag, an welchem sie nicht erscheint, ein Blatt für die Interessen der Landgemeinden erscheinen zu lassen. Einem Comité, aus sozialistischen Bauern zusammengesetzt, ist der größtmöglichste Einfluß auf die Haltung des Blattes einzuräumen.

24. Antrag der Bezirksorganisation Waidhofen a. d. Ybbs:

Der Parteitag beschließe: Die „Arbeiter-Zeitung“ habe ein Abonnement für ihre Samstag- oder Sonntagnummer zu eröffnen, damit insbesondere den Arbeitern in der Provinz, die nicht im Stande sind, das tägliche Blatt zu abonniren, die Möglichkeit geboten werde, wöchentlich einmal die „Arbeiter-Zeitung“ zu kaufen.

25. Antrag der Bezirkskonferenz Warnsdorf-Rumburg:

Der Parteitag wolle den Beschluß der Bezirksorganisation, ein Blatt zu gründen, welches die lokalen Verhältnisse zu beleuchten vermag, gutheißen.

26. Antrag der Kreisorganisation Mittelmähren:

Der Parteitag beauftragt die gesammte Parteipresse, für die ländliche Arbeiterfrage eine spezielle Rubrik einzurichten, in welcher die Lage der Landarbeiter regelmäßig besprochen wird.

27. Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

In Anbetracht des Umstandes, daß die Presse das Hauptmittel ist, um Aufklärung und Bildung unter die Massen zu bringen, erklärt der Parteitag, alle Kraft darauf zu verwenden, um die derzeit bestehenden Hindernisse der freien Entwicklung der Presse zu beseitigen, und es sei sofort eine Agitation einzuleiten, um vorläufig die Beseitigung des Zeitungsstempels und die Freigabe der Kolportage zu erringen.

28. Antrag der Bezirkskonferenz Graslitz:

In Erwägung, daß die Vertrauensmänner über Alles auf dem Gebiete der Politik, Sozialreform, Streiks und Boykotts unterrichtet sein müssen, wenn sie ihrer Pflicht nachkommen wollen, die täglich erscheinende „Arbeiter-Zeitung“ ein reiches Material enthält, welches geeignet ist, die Kenntnisse der Leser zu erweitern; in Erwägung, daß es einer großen Zahl Vertrauensmänner materiell unmöglich ist, die „Arbeiter-Zeitung“ zu abonniren, beschließt der Parteitag: den Bezirks-Vertrauensmännern, welche die Mittel nicht besitzen, ist die „Arbeiter Zeitung“ gratis zuzusenden.

29. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

1. Der Parteitag wolle in Berathung ziehen, ob es nicht möglich wäre, einen Verband der politischen Blätter der Partei zu gründen, um in besonderen Fällen sich gegenseitig unterstützen zu können.

2. Die Unterhaltungsromane der „Arbeiter-Zeitung“ haben in Zukunft in Buchform zu erscheinen.

VII. Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich.

30. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

1. Die Parteipresse möge eine Agitation entwickeln, in welcher hervorgehoben wird, daß eine Arbeiterschutz-Gesetzgebung nur dann wirklich zur Durchführung gelangen kann, wenn solche Unternehmer, welche Arbeiter an der Ausübung ihrer staatsgrundgesetzlich gewährleisteten Rechte durch Maßregelungen hindern, der schärfsten Bestrafung zugeführt werden.

31. Bergarbeiterkonferenz Chodau, 8. März.

Der Parteitag beschließe: Die Gesammtpartei habe die Forderungen der Bergarbeiter, betreffend die Gründung einer Reichsbruderlade, Unterstellung der Bergarbeiter unter das Unfall- und Krankenversicherungs-Gesetz mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln zu unterstützen.

Zur Erringung des Achtstundentages ist von den Arbeitern aller Branchen von nun an eine lebhafte Agitation zu entfalten und sind insbesondere die Bergarbeiter, angesichts ihrer jungen und schwachen Organisation, in ihren Aktionen kräftigst zu unterstützen.

32. Antrag der Bezirksorganisation Tetschen:

Von Seite der Partei sind in ganz Oesterreich Versammlungen einzuberufen, in welchen die Auflösung der Betriebs Krankenkassen und die Einreihung der Mitglieder in die bestehenden Bezirks- oder Arbeiter-Krankenkassen verlangt wird.

33. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

Der Parteitag wolle in Berathung ziehen, ob es nicht möglich wäre, eine Agitation zur Beseitigung aller Betriebskrankenkassen zu entfalten.

VIII. Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft.

34. Antrag der Bezirksorganisation Tetschen:

Der Parteitag beschließe die Verfassung und Verbreitung einer billigen Flugschrift, in der die ländliche Arbeiterfrage behandelt wird.

35. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Parteitag beschließt die Gründung eines monatlich zweimal erscheinenden Organs für die ländliche Arbeiterschaft.

36. Antrag der Bezirksorganisation Wien IX:

Der Parteitag beschließe: Eine Verhüllung der letzten Ziele der Sozialdemokratie ist nicht geeignet, die Agitation auf dem flachen Lande zu fördern; vielmehr gilt es ebenso durch zweckmäßige Klarlegung unserer Prinzipien, als auch insbesondere durch eine lebhafte Agitation gegen die bäuerliche Gesindeordnung jene Schichten der Landbevölkerung für uns zu gewinnen, welche in ihrer Masse allein für uns zu gewinnen sind: die Landarbeiterschaft und jenen Theil der Kleinbauern, welche sich nur mehr durch einen Scheinbesitz von dem ländlichen Proletariat unterscheiden.

37. Antrag der Kreisvertretung Westböhmen:

In Gegenden, wo die bäuerliche Bevölkerung vorherrschend, sind Volksbildungsvereine zu gründen.

38. Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation:

In Gegenden, wo die bäuerliche Bevölkerung vorherrschend ist, sind Bildungsvereine auf gewerkschaftlicher Grundlage zu errichten.

X. Allgemeine Partei-Angelegenheiten.

39. Antrag der organisirten Bucharbeiter Wiens:

Der Parteitag betrachtet die Ausnützung der ökonomischen Macht des Proletariats, insbesondere jener, welche in der Organisirung des Konsums liegt, zu Zwecken des gewerkschaftlichen und politischen Kampfes für wünschenswerth, und empfiehlt den Genossen allerorts, an den Konsumgenossenschaften sich zu betheiligen, sie unter ihre Leitung zu bringen und die Reingewinne allgemeinen Zwecken zuzuführen.

40. Antrag der politischen Organisationen Wien VII und VIII:

In Erwägung, daß das Proletariat den Kampf gegen die Ausbeutung auf allen Gebieten zu führen, daher auch alle ihm zu Gebote stehenden Machtmittel zusammenzufassen und zu organisiren hat;

in weiterer Erwägung, daß die in dem Konsum der arbeitenden Klassen gelegene gewaltige ökonomische Potenz in Oesterreich bisher in die Organisationsarbeit fast gar nicht einbezogen wurde;

erklärt der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie es für nothwendig, auch den Konsum des arbeitenden Volkes zu organisiren, um diese Organisation für die Zwecke der Arbeiterbewegung in jeder Richtung auszunützen, und fordert die Genossen allerorts auf, sich mit der praktischen Durchführung dieser Organisationsform, sowie mit der Verbindung derselben mit den anderen Organisationen eingehend zu beschäftigen.

41. Antrag der Organisation Wien XVII:

Kalender, Broschüren, Maizeichen rc. dürfen nur in solchen Geschäften hergestellt werden, die den Forderungen der Organisation Rechnung tragen. Die Geschäfte der Partei sind von jenen der „Arbeiter-Zeitung" zu trennen. Parteigelder sind nur durch den Parteikassier, Gelder der „Arbeiter-Zeitung" durch deren Kassier zu verwalten.

Es wird jedem Parteigenossen zur Pflicht gemacht, einem politischen Verein anzugehören.

42. Antrag der Organisation Wien XVIII:

Der Parteitag beschließt, daß die Parteivertretung in Zukunft bei Vergebung von größeren Arbeiten an Privatunternehmer immer vor der definitiven Vergebung die competenten Gewerkschaftsorganisationen zu befragen habe, ob gegen einen der mit diesen Arbeiten zu betrauenden Unternehmer etwas vorliege.

43. Antrag der Lokalorganisation Machendorf:

Der Parteitag habe sich mit der Frage der Deckung der Parteibedürfnisse zu beschäftigen.

44. Antrag der Lokalorganisation Kratzau:

Alle Anträge, die dem Parteitag zur Besprechung vorgelegt werden, sind mindestens 6 Wochen vor Abhaltung desselben durch die „Arbeiter-Zeitung" bekanntzugeben.

45. Antrag der Bezirksorganisation Aussig a. d. Elbe:

Der Parteitag hat den Ort, an dem der nächste Parteitag stattzufinden hat, festzustellen.

46. Antrag der Tabakarbeiter:

Die Tabakarbeiter stellen an den Parteitag das Ersuchen, dahin wirken zu wollen, daß die Arbeiterschaft, die in den 28 bestehenden k. k Tabakfabriken in Oesterreich beschäftigt ist, in Verbindung gebracht werde, so daß eine Gewerkschaft der vereinigten Tabakfabriksarbeiter zu gründen wäre.

Sonach sollen die Arbeiter aller 28 Fabriken ihre Forderungen zu gleicher Zeit in Gesuchsform der k. k. Generaldirektion der Tabakregie in Wien unterbreiten, und zwar: 1. Einführung der achtstündigen Arbeitszeit. 2. Lohnerhöhung. 3. Entsprechende Altersversorgung (Pension). 4. Freigabe des 1. Mai.

Die weiteren Schritte zur Durchführung dieses Antrages sollen der Parteivertretung überlassen werden.

Allgemeiner Bericht.

Die Geschichte der Sozialdemokratie von Ostern 1894 bis Ostern 1896 schreiben wollen, hieße die politische Geschichte Oesterreichs in dieser Zeitperiode zu schreiben versuchen. Ohne politische Rechte, ohne Vertretung im Parlament hat die klassenbewußte Arbeiterschaft Oesterreichs es zu Wege gebracht, ein gewichtiger politischer Faktor zu werden. Gegen sie steht die ganze Macht der besitzenden Klassen, steht die ganze Maschinerie der Gesetzgebung, der Justiz, der Verwaltung. Aber immer mehr werden die Herrschenden in eine Vertheidigungsposition gedrängt, immer stärker wird der Ansturm.

Der Wiener Parteitag (Ostern 1894) hat der Parteivertretung die klare Richtschnur gegeben, die gesammte äußere Thätigkeit der Partei zunächst auf die Erringung des Wahlrechtes zu konzentriren und die innere Organisation möglichst rasch und mit allen Kräften zu fördern, um die Partei schlagfertig zu machen und, wenn nöthig, ihre ganze Kraft auf einen Punkt und einen Moment vereinigen zu können. Wir standen der Koalition und ihrer Regierung gegenüber, jener ebenso gewissenlosen als unfähigen Verschwörung gegen die Arbeiterklasse, deren Name eines der schmutzigsten Blätter in der Geschichte Oesterreichs bezeichnet. Das nächste Ziel der Partei mußte sein, diese Regierung, die die Wahlreform als ihre erste und wichtigste Aufgabe erklärt hatte, zu zwingen, sie wirklich in Angriff zu nehmen und damit ihren Bankerott offenbar zu machen. Die Koalitionsregierung mußte gezwungen werden, zu zeigen, daß sie ebenso unfähig sei, die Wahlreform zu machen, wie sie zu verhindern. Nachdem der Reichsrath im Juni resultatlos auseinander gegangen war, setzte die Gesammtvertretung der Partei in einer Ende Juli gehaltenen Konferenz den Agitationsplan für den Sommer und Herbst fest. Versammlungen im ganzen Reiche, Flugschriftenvertheilungen, „Massenspaziergänge“ und Straßendemonstrationen in Wien und in allen größeren Provinzorten zeigten, daß die Arbeiterschaft nicht geneigt sei, sich von Koalition und Regierung am Narrenseile führen zu lassen. Mit der Wiedereröffnung des Parlaments aber war der Moment gekommen, die Regierung zu einem Schritte nach vorwärts zu drängen. Die denkwürdige Massenversammlung am 18. Oktober im Sofiensaale zu Wien beauftragte den Abgeordneten Pernerstorfer, einen Dringlichkeitsantrag einzubringen, der Wahlreformausschuß habe sofort in die Berathung der ihm vorliegenden Anträge einzugehen und binnen drei Wochen zu berichten. Die leidenschaftliche Kraft jener Versammlung und ihr blutiges Nachspiel, der Ueberfall der heimziehenden Arbeiter auf der Ringstraße, hinderten nicht, daß der Antrag von den Koalitionsparteien stumm niedergestimmt wurde und der Stumpfsinn des Ministerpräsidenten Windischgrätz fand keine andere Antwort, als daß er „der Argumente von der Straße nicht bedürfe“. Aber sechs Wochen später mußte die Regierung thun, was sie am 19. Oktober so hochnäsig verweigert hatte; am 27. November betrat die Regierung den ihr von der Versammlung im Sofiensaal vorgeschriebenen Weg: sie übertrug dem Wahlreformausschuß die Aufgabe, selbst einen Entwurf auszuarbeiten. Die Regierung war somit fertig, es erübrigte noch, daß die Parteien selbst ihren bösen Willen und ihre Unfähigkeit enthüllen. Wozu die Regierung ein Jahr gebraucht hatte, das vollendete der Ausschuß in sechs Monaten. Die

Kraft der Wahlrechtsbewegung hatte die Vertheidiger des Besitzstandes aus dem einen Winkel vertrieben, es galt, um ihnen zu zeigen, daß sie im anderen nicht sicherer seien. Die Sozialdemokratie hatte gewiß nicht die Macht, die herrschenden Parteien zu einer bestimmten Wahlreform zu zwingen, aber sie war mächtig genug und gebrauchte ihre Mittel mit aller Wucht, um zu verhindern, daß die Wahlreform vereitelt werde. Die Konferenzen der Gesammt-Parteivertretung im Jänner und im April 1895 beschlossen, die Wahlrechtsbewegung zum rückhaltslosen Ausdruck der Entrüstung der Massen werden zu lassen. Die Koalition versteckte sich in das geheime Subkomité und während die Minister und Parteiführer öffentlich verlogene Versprechungen häuften, galt den zehn Männern des Subkomités jeder Tag als Gewinn, um den sie ihre Verhandlungen verzögerten. Die Doppelzüngigkeit und Perfidie der Koalition erreichte ihren Gipfel, aber auch die Erbitterung der Arbeiterschaft im ganzen Lande. Umsonst setzte die Regierung alle ihre Büttel in Bewegung. Das Koalitionsministerium war die schwächlichste und empfindlichste, aber zugleich die grausamste Regierung, die Oesterreich jemals gehabt hat. Die politischen Verfolgungen wuchsen in einem Maße, wie niemals zuvor. Man war zu vorsichtig, die Redner vor die Geschwornen zu stellen, ließ sie aber massenweise von den Bezirksgerichten verurtheilen. Die Presse mußte eine wahre Orgie von Konfiskationen über sich ergehen lassen und die Regierung versuchte, neben das objektive Verfahren die subjektive Verfolgung zu setzen, was freilich eine fast ununterbrochene Reihe von Freisprüchen zur Folge hatte und nur zeigte, welcher krasse Gegensatz zwischen offizieller „Rechtspflege" und dem Rechtsgefühle selbst bürgerlicher Geschwornen bestehe. Trotz aller Opfer, die jede Demonstration kostete, setzte die Sozialdemokratie mit zäher Ausdauer ihre Taktik fort. Die Märzdemonstration in Wien, die Maifeier in ganz Oesterreich zeigten ein fortwährendes Anschwellen der Bewegung und bewiesen, daß es kein leeres Wort war, das am 18. Oktober im Sofiensaale gesprochen wurde: Keine Ruhe in Oesterreich, bevor das Wahlrecht erkämpft ist.

Als die Regierung das Parlament noch einmal auseinander gehen lassen wollte, ohne Farbe zu bekennen, brachte ihr die Versammlung in der Volkshalle am 30. Mai und eine dem Ministerpräsidenten persönlich gewidmete Straßendemonstration zu Bewußtsein, daß das unmöglich sei und das Subkomité entschloß sich am 3. Juni, die ganze Schande der Koalition offenbar werden zu lassen. Die Wahlreform des Subkomités wurde von der Arbeiterschaft nicht mit Entrüstung, sondern mit schneidendem Hohne aufgenommen. Der Kreis war vollendet: erst die Regierung und nunmehr die Parteien waren zum Einbekenntniß ihres Bankerotts — nichts Anderes war jener Entwurf — gezwungen. Zwei Wochen später verschwand schmachbedeckt das Koalitionskabinet.

Mit dem Sturze der Koalitionsregierung war nicht nur die Verschleppungstaktik in Sachen der Wahlreform beseitigt, sondern auch der gefährlichste und verhaßteste Plan, den Arbeitern ihr Wahlrecht zu verderben. Alle von der Koalition ausgeheckten und insbesondere von der liberalen Partei beeinflußten Projekte gingen darauf hinaus, nicht nur den Privilegirten den Besitzstand zu wahren, sondern sie auch vor der Berührung mit der Sozialdemokratie zu schützen. Der oberen Schichte der industriellen Arbeiterschaft sollten, weil es denn sein mußte, Mandate gewährt werden, aber kein Wahlrecht. Die besser gezahlten seßhaften Arbeiter sollten in eine Arbeiterkurie eingeschachtelt werden (Arbeiterkammern, Projektentwurf des Subkomités), im besten Falle mit einer gewissen Schichte der anderen Rechtlosen zusammenwählen, aber ja nicht mit den bisherigen Wählern (leitende Grundsätze und Antrag Rutowski). Garantie einer Anzahl von Parlamentssitzen, aber Verzicht auf das Element des Klassenkampfes in der Wahlagitation, das war die Zumuthung, die von der klassenbewußten Arbeiterschaft mit aller Entrüstung zurückgewiesen und mit der Koalition begraben wurde.

Was nun werden sollte, wußte Niemand und eine abwartende Haltung der Partei war naturgemäß geboten. Als nach der provisorischen Regierung Kielmansegg das Kabinet Badeni in Sicht kam, zeigten Massenversammlungen in allen Provinzen, daß die Partei auf dem Platze und entschlossen sei, den Kampf weiter zu führen. Die staatsmännischen Qualitäten des Grafen Badeni waren durch die Erfahrungen unserer galizischen Genossen und der ruthenischen Bauernschaft bekannt genug, und als sich der Macher der galizischen Landtagswahlen als Minister für „Gerechtigkeit" einführte, wußte Jedermann, was davon zu halten sei. Aber selbst einem Badeni war klar gemacht worden, daß Neuwahlen mit der alten Wahlordnung unmöglich seien und wenn er ausdrücklich bestritt, daß die Einbringung seiner Wahlreform etwa von dem Ungestüm radikaler Parteien und noch radikalerer Parteiführer erzwungen sei, so bestätigte er durch diese Verwahrung, was er leugnen wollte. Die Wahlreform Badeni bringt statt der Arbeiterkurie der Koalition die fünfte Kurie des allgemeinen Wahlrechts. Sie verknüpft das Grundprinzip jeder wirklichen Volksvertretung mit dem bornirten Egoismus der Erhaltung des Besitzstandes der privilegirten und macht die österreichische Verfassung zu einem widersinnigen Monstrum. Dem Urtheile der Arbeiterschaft darüber wurde in Versammlungen wie in der Presse unzweideutiger Ausdruck gegeben, und diese Wahlreform, die im Ausschusse fertig gestellt und deren Annahme im Parlamente unzweifelhaft ist, kann nur unter dem entschiedenen Proteste des Proletariats Gesetz werden. Sache des Parteitags wird es sein, die weitere Taktik zu bestimmen, aber ohne seinen Beschlüssen vorzugreifen, dürfen wir wohl sagen, die Wahlreform Badeni bedeutet keinesfalls mehr als eine Episode auf dem Wege zum allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht.

War die Wahlrechtsbewegung naturgemäß der Mittelpunkt der gesammten Agitationsthätigkeit der Partei, so hat sie sich keineswegs darin erschöpft. Schritt für Schritt wurde zu jeder Erscheinung des öffentlichen Lebens, die das Interesse der Arbeiterklasse berührt, in öffentlichen Versammlungen Stellung genommen, und die Sozialdemokratie hat, ohne eine Vertretung zu haben auf den Brettern, die die politische Welt bedeuten, sich jeder Zeit vernehmbar zu machen gewußt. Wenn Einzelheiten dem mündlichen Bericht überlassen bleiben müssen, so sei doch ein Punkt hervorgehoben. Der Wiener Parteitag hatte es als eine der dringendsten Aufgaben der Sozialdemokratie bezeichnet, der Bergarbeiterschaft mit aller Kraft zur Seite zu stehen. Nur zu bald sollte die Gelegenheit dazu kommen. Am Anfange der Berichtsperiode stehen die großen Streiks der Bergarbeiter in Westböhmen und Ostrau, deren Andenken verknüpft ist mit der Hinschlachtung von Proletariern in Falkenau und Polnisch-Ostrau; und wenn der Parteitag in Prag zusammentritt, wird noch die Erregung nachzittern, die der grandiose Streik in Ostrau—Karwin hervorgerufen. Mit Rath und That, an Ort und Stelle durch Verstärkung der agitatorischen Kräfte und möglichste Unterstützung durch Geldmittel, im Mittelpunkte des Reiches durch Beeinflußung der öffentlichen Meinung mittelst der Presse und in Versammlungen, ist die Vertretung der Sozialdemokratie den Bergarbeitern nach Kräften hilfreich zur Seite gestanden, und sie darf es für sich in Anspruch nehmen, ernstlich dazu beigetragen zu haben, daß diese Proletarierschichte, die gegen die mächtigsten Ausbeutergruppen Oesterreichs ihr Recht durchzusetzen hat, rasche Fortschritte in ihrer Organisation macht.

Die politische O r g a n i s a t i o n der Partei hat der letzte Parteitag neugestaltet und die vorliegenden Berichte der einzelnen Kreisorganisationen bezeugen, daß sie sich im Ganzen bewährt hat. Damit soll nicht gesagt sein, daß sie in allen Punkten auch für die Zukunft aufrecht zu halten sei. Im Gegentheile, es ist ein Beweis des raschen Fortschreitens der einzelnen Organisationen,

daß sie an einzelnen Punkten ihren eigenen Rahmen sprengen, daß die Aufgaben wachsen mit ihren Erfolgen und daß neue Mittelpunkte geschaffen werden müssen, weil, was gestern noch neu erobertes Gebiet war, heute bereits fester Besitz und Ausgangspunkt weiteren Ausgreifens ist. Die Parteivertretung hat nicht nur ihre Mitglieder mehrfach zu Agitationsreisen in allen Kreisen entsendet, sondern sie hat auch mit wenigen Ausnahmen sämmtliche Kreiskonferenzen beschickt und die Einheitlichkeit und das prompte Ineinandergreifen der Organisationen zu fördern gesucht.

Ausdrücklich sei festgestellt, daß die Sozialdemokratie nicht umsonst daran gearbeitet hat, die Anwendung des Gesetzes zu erzwingen und daß in der letzten Zeit das Recht der Arbeiterklasse auf Organisation weniger häufig gesetzwidrigen Einschränkungen ausgesetzt war. Der vollendeten Thatsache der Organisation folgte ihre widerwillige aber unvermeidliche Anerkennung.

Das Verhältniß zur Organisation der czechischen und polnischen Sozialdemokratie, gewährleistet durch die Gemeinsamkeit der Ziele wie der Taktik und durch volle Selbstständigkeit in der Organisation und Aktion, blieb das der festesten Solidarität. Mit Stolz können wir sagen, daß die Sozialdemokratie des vom Sprachenstreit zerrissenen Oesterreich nicht einen einzigen Punkt zu verzeichnen hat, an dem nationaler Zwist die gemeinsame Arbeit gestört hätte. Wir verzeichnen mit Freude das Aufblühen der czechischen Organisation, die in wenigen Monaten nachgeholt hat, was zwei Jahre Prager Ausnahmszustand sie kostete, und die Erfolge, die unsere galizischen Genossen auf schwierigstem Boden trotz der Fuchtel der Badenis zu erringen wußten. Die italienische und slovenische Organisation stehen in ihren Anfängen, aber sie schreiten trotz aller Hindernisse rasch voran.

Die letzten Jahre waren zu bewegt, um zu der vom Parteitage als nothwendig anerkannten Revision des Parteiprogramms die Muße zu gönnen. Aber gerade die politische Thätigkeit zwang in einem Punkte zur Ergänzung des Programms. Die Aufwühlung des malkontenten Wiener Kleinbürgerthums, seine Organisirung zur antisemitischen Partei und ihre Erfolge gaben der von den Parteiinteressen der abgewirthschafteten Liberalen beeinflußten Regierung Gelegenheit zu dem Fehler, die Wiener Gemeinderathswahlen zu einer politischen Frage werden zu lassen. Sie versäumte diese Gelegenheit nicht und wußte sich gründlich in's Unrecht zu setzen. Die Sozialdemokratie, zunächst durch den Wahlrechtskampf voll in Anspruch genommen, stand dem Kampfe zwischen Liberalen und Antisemiten unparteiisch und zunächst auch unthätig gegenüber, trotzdem der letzte Parteitag das Eingreifen auch bei Gemeindewahlen als nöthig bezeichnet hatte. Als es aber zum zweiten Male im Jahre 1895 zu Neuwahlen für den Gemeinderath kam, war die Koalition verschwunden, dagegen alle Schichten der Wiener Bevölkerung so erregt, daß die Sozialdemokratie nicht bei Seite stehen konnte und durfte. Sie mußte den Anspruch des Proletariats auf das Gemeindewahlrecht geltend machen und zugleich den Kliqueninteressen, die sich hinter liberalen und antisemitischen Phrasen versteckten, die Interessen der Masse der arbeitenden Bevölkerung gegenüberstellen. Diesem Bedürfnisse wurde genügt durch Ausarbeitung und Aufstellung des kommunalen Programmes, das die Grundsätze der Sozialdemokratie auf die Gemeindeverhältnisse anwendet. Der Erfolg dieser Aktion konnte sich nicht in dem Resultat der Wahl ausdrücken, aber der Erfolg für die sozialdemokratische Agitation und Propaganda war ein durchaus zufriedenstellender. So ist der Kampf um die Gemeinde, den die Genossen in vielen Provinzorten schon lange und zum Theil mit Erfolg führen, auch in Wien eröffnet worden.

Der wichtigste Fortschritt der politischen Partei war jedoch die Erringung einer neuen Waffe, die Gründung des ersten sozialdemokratischen Tag-

blattes in Oesterreich. Eine späte und magere Frucht unserer Agitation gegen die Knebelung der Presse und insbesondere gegen die Fesseln ihrer Verbreitung war zwar nicht die angestrebte Freigebung der Kolportage, aber doch die Aufhebung der Schranken des Zeitungsverschleißes, der früher eine Gnade der Regierung, nun zu einem Recht wurde. So kläglich klein diese im Juli 1894 zu Stande gekommene Preßreform war, so eröffnete sie doch die Möglichkeit der Verbreitung einer Tagespresse und damit war die Verpflichtung gegeben, die von allen Parteitagen und Organisationen unzählige Male stürmisch verlangte Gründung des Tagblattes vorzunehmen. Die Parteivertretung beschloß, das Zentralorgan der Partei, die „Arbeiter-Zeitung", bis dahin zweimal wöchentlich erscheinend, vom 1. Jänner 1895 in ein Tagblatt umzuwandeln. Die Sammlungen für den Preßfond wurden sofort aufgenommen und obwohl sie lange nicht das gewünschte Resultat erreicht hatten, an's Werk gegangen, in dem Vertrauen, daß die Parteigenossen das Blatt, das sie als nothwendig erkennen, zu erhalten wissen werden. Die bewährte Solidarität der Sozialdemokraten Deutschlands äußerte sich auch bei dieser Gelegenheit durch einen sehr namhaften Beitrag zum Gründungsfond. Wenn auch heute noch die finanziellen Schwierigkeiten, mit denen die „Arbeiter-Zeitung" zu kämpfen hat, keineswegs überwunden sind, so können wir auch in dieser Beziehung ohne Bangen in die Zukunft sehen. Die „Arbeiter-Zeitung" hat sich die Anerkennung der Freunde und fast mehr noch der Feinde zu erkämpfen gewußt, und man kann sich die österreichische Sozialdemokratie schon heute nicht mehr ohne die Waffe der Tagespresse denken. Nicht nur dem politischen Kampfe, vor Allem der Wahlrechtsbewegung, sondern auch der gewerkschaftlichen Organisation und dem Lohnkampfe ist die tägliche „Arbeiter-Zeitung" wesentlich zu Gute gekommen. Unser Parteiorgan bedarf nur einer größeren Verbreitung, um bald weitere Zuschüsse entbehrlich zu machen und völlig auf eigenen Füßen zu stehen.

Während des Sturmes des Wahlrechtskampfes mußte so eine neue Waffe geschmiedet werden. Aber noch nach einer dritten Seite entwickelte sich die Organisation des Proletariats zu derselben Zeit in bedeutungsvollster Weise. Die gewerkschaftliche Organisation ist gerade in diesen letzten Jahren mit einer Schnelligkeit und Energie gewachsen, die am besten zeigt, daß politische und gewerkschaftliche Organisation, weit davon entfernt, Gegensätze zu sein, einander bedingen, ja zwei Seiten einer und derselben Sache sind. Nicht also irgend ein Gegensatz, sondern die nothwendige Rücksicht auf das reaktionäre Vereinsgesetz und das Bedürfniß nach Theilung der Arbeit hat zur selbständigen Trennung der gewerkschaftlichen Organisation geführt, die nun in der Gewerkschaftskommission Vertretung gefunden hat. Wie die Gewerkschaft in keiner Proletarierschicht ernten kann, wo nicht die Sozialdemokratie vorher gesäet hätte, so weiß ihrerseits die politische Partei, daß sie ihre Kerntruppen in den gewerkschaftlich bestorganisirten Arbeitern hat.

So hat die Arbeiterklasse Oesterreichs in den zwei Jahren höchster Anspannung ihrer Kräfte im Kampfe ihre politische und gewerkschaftliche Organisation wesentlich gestärkt und sich neue Waffen dienstbar gemacht. Die Sozialdemokratie steht trotz aller Opfer der Gesammtheit und der Einzelnen wehrhafter, kampfesfreudiger und mächtiger da, als je zuvor. Die besitzenden Klassen und ihre Organisation, der Staat, fangen an, die täglich wachsende Kraft des Proletariats zu fühlen, aber was sie ihr entgegenzusetzen haben, ist nicht Kraft, sondern nur — Gewalt. Die Sozialdemokratie Oesterreichs steht in den Anfängen ihres Werkes, aber sie weiß, daß sie es vollenden wird.

Der Parteivertretung ist ein Mitglied durch den Tod entrissen worden. Unser lieber Genosse Ignatz Saska, der seit dem Hainfelder Parteitag treu und

tapfer in unseren Reihen kämpfte, starb nach langer Krankheit am 11. Jänner 1896 zu Innsbruck, betrauert von Allen, die ihn kannten. Ehre seinem Andenken!

Am 5. August 1895 starb zu London Friedrich Engels. Die österreichische Arbeiterschaft, das kämpfende Proletariat der ganzen Welt, trauerte an seinem Sarge. Die internationale Sozialdemokratie ehrt sein Andenken, indem sie in seinem Geiste fortschreitet, indem sie nützt, was sie von ihm gelernt.

Kassa-

A. Einnahmen.

Im Monate	Un'erstütz.-Fond				Von den gesammten Einnahmen entfallen															
	Beiträge		Maifestschr. u. Zeichen		Block		Aus Part.-Untern.		Maifest-schriften u. Zeichen		Provinz-Beitr. für Versamml.		Diverse		Darlehen von der Arb.-Ztg.		Zusammen	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1894																		
März	93	99	94	61	68	46	—	—	—	—	83	41	63	76	—	—	404	23
April	46	70	—	—	207	71	—	—	—	—	197	47	—	—	—	—	451	88
Mai	43	12½	—	—	57	46	—	—	—	—	96	22	10	—	—	—	206	80½
Juni	20	88	—	—	162	09	—	—	—	—	62	24	—	—	—	—	245	21
Juli	88	18	—	—	153	29	—	—	—	—	14	77	110	12	—	—	366	36
August	33	45	—	—	129	08	—	—	—	—	27	—	4	53	—	—	194	06
September	63	32	—	—	62	21	—	—	—	—	76	26	—	—	—	—	201	79
Oktober	46	19½	—	—	170	54	—	—	—	—	540	50	—	—	—	—	757	23½
November	57	10	—	—	46	31	—	—	—	—	365	—	—	—	—	—	468	41
Dezember	23	68	—	—	126	54½	—	—	—	—	92	80	—	—	—	—	243	02½
1895																		
Jänner	131	24	—	—	134	24	—	—	—	—	125	—	—	—	616	86	1007	34
Februar	67	32	—	—	—	—	100	—	—	—	31	75	—	—	—	—	199	07
März	34	72	—	—	162	50	—	—	—	—	18	50	—	—	—	—	215	72
April	120	88	—	—	139	75	—	—	—	—	130	91	—	—	—	—	391	54
Mai	54	—	—	—	12[illegible]	75½	—	—	—	—	34	44	—	—	—	—	217	19½
Juni	46	03	—	—	100	39	—	—	—	—	43	30	—	—	—	—	189	72
Juli	249	58½	—	—	130	82	—	—	—	—	87	78	—	—	—	—	468	18½
August	168	28	—	—	100	—	—	—	—	—	31	—	18	20	—	—	317	48
September	78	61	480	36	184	95	53	88	780	37	—	—	100	—	—	—	1678	17
Oktober	142	81	—	—	145	04	—	—	—	—	181	80	—	—	—	—	469	65
November	205	15	—	—	320	10	—	—	—	—	62	—	—	—	—	—	587	25
Dezember	77	70	—	—	153	09	—	—	—	—	22	—	100	—	—	—	352	79
1896																		
Jänner	97	74	—	—	189	99	—	—	—	—	40	80	100	—	—	—	428	53
Februar	149	32½	—	—	330	37	100	—	801	10	60	48	100	—	769	98	2311	25
Summe	2140	01	574	94	3403	69	253	88	1581	47	2425	43	606	61	1386	84	12372	87

Aus dem Kassenbericht, den wir hier anschließen, ist zu ersehen, daß die Mittel für die Partei nur spärlich eingeflossen sind und die Genossen werden alles aufbieten müssen, um die Partei materiell zu stärken und dieselbe auch in dieser Hinsicht aktionsfähiger zu gestalten.

Nachstehender Bericht umfaßt die Zeit vom 1. März 1894 bis 29. Februar 1896.

bericht.

B. Ausgaben.

Im Monate	Von den genannten Ausgaben entfielen auf													
	Unterstützungen		Straf- und Prozeßkosten		Agitation und Reisespesen		Gehälter und Verwaltung		Diverse		Gewährte Darlehen		Zusammen	
	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.	fl.	kr.
1894														
März	235	—	20	—	1237	30	97	—	213	28	40	—	1842	58
April	217	—	20	—	159	68	150	72	3	—	30	—	580	40
Mai	123	—	—	—	484	98	110	62	5	—	—	—	723	60
Juni	150	—	—	—	201	77	90	—	—	80	42	31	484	88
Juli	113	—	10	—	407	64	72	—	6	81	30	—	639	45
August	162	90	15	53	25	90	72	—	1	—	50	—	327	33
September	158	—	86	—	181	95	72	—	—	—	—	—	497	95
Oktober	232	—	68	60	24	50	90	—	5	70	—	—	420	80
November	165	50	100	—	244	55	95	34	1	80	20	—	627	09
Dezember	114	—	—	—	81	80	98	—	—	—	—	—	293	80
1895														
Jänner	134	50	616	86	170	65	72	—	5	25	—	—	999	26
Februar	139	—	—	—	68	41	92	40	—	—	—	—	299	81
März	128	—	41	26	69	03	90	—	4	40	—	—	332	69
April	120	50	—	—	183	90	84	40	—	—	—	—	388	80
Mai	113	50	—	—	138	78	72	—	9	—	—	—	333	28
Juni	182	50	—	—	308	32	92	—	9	60	—	—	592	42
Juli	167	—	—	—	131	05	100	21	6	02	—	—	404	28
August	184	—	6	66	116	74	90	—	1	25	—	—	398	65
September	165	50	—	—	11	—	83	35	72	85	—	—	332	70
Oktober	155	50	40	90	353	57	89	59	2	34	—	—	641	90
November	173	—	—	—	30	75	90	—	—	—	—	—	293	75
Dezember	92	—	—	—	38	51	118	13	1	69	—	—	250	33
1896														
Jänner	126	—	95	—	28	90	113	67	—	—	—	—	363	57
Februar	134	50	—	—	20	70	133	35	14	90	—	—	303	45
Summe	3685	90	1120	81	4720	38	2268	78	364	69	212	31	12372	87

Einnahmen für den Agitationsfond

in der Zeit vom 1. März 1894 bis 29. Februar 1896.

	Sammlungen		Blocks	
	fl.	kr.	fl.	kr.
Asch	8	–		
Altrohlau	13	—		
Bautsch	16	—		
Bielitz	74	50		
Bensen-Tetschen	31	47		
Berlin	9	15		
Braunau	15	–		
Brünn	14	—	86	82
Bodenbach	5	—		
Budapest	2	—		
Bukarest	14	43		
Donaufeld	5	–		
Eger	8	—	20	—
Eisenerz	10	–		
Feldkirch	5	—		
Friedek	2	—		
Freudenthal	8	—		
Fulnek	3	—		
Falkenau	12	50	29	07
Gmunden	13	–		
Graz	25	—	80	92
Graslitz	8	—		
Hallein	19	—		
Haslau	4	–		
Hohenelbe	6	70		
Jägerndorf	49	—	130	44
Jauernig	11	30		
Joachimsthal	9	–		
Judenburg	1	—		
Innsbruck	—	–	44	20
Kapfenberg	11	–		
Kindberg	12	—		
Kittlitz	5	—		
Königsberg	6	50		
Knittelfeld	18	—		
Kratzau	33	—		
Krumau	25	—		
Landskron	13	—		
Leoben	40	—		
Liebenstein	5	–		
Linz	51	—	25	—
Lipnitz	7	50		
Litschkau	2	45		
Mähr.-Ostrau	37	—		
Mähr.-Schönberg	16	—		
Mähr.-Trübau	12	—		
Mürzzuschlag	36	30		
Uebertrag	722	80	416	45
Uebertrag	722	80	416	45
Neustadt-Oskau	12	—		
Neutitschein	11	30		
Niedergrund	12	-		
Odrau	6	—		
Olmütz	3	60		
Paris	65	19		
Pinkafeld	8	42		
Privos	10	50		
Rankweil	4	—		
Radautz	6	42		
Reichenberg	—	—	205	25
Römerstadt	10	–		
St. Remo	150	-		
Roßbach-Granesau	10	–		
Salzburg	20	–		
Sarajewo	3	40		
Schönlinde	5	–		
Steinschönau	7	–	68	65
Sternberg	14	–		
Steyr	47	65		
Teplitz	30	—	47	–
Triest	1	40		
Troppau	17	–		
Trofaiach	1	60		
Vares, Bosnien	7	30		
Villach	55	—	30	–
Warnsdorf	36	—		
Wagstadt	4	—		
Wels	32	–		
Wartberg	8	–		
Wigstadtl	23	—		
Winterthur	1	–		
Wien	941	75	2573	09
Zöptau-Frankstadt	16	—		
Zwittau	34	10		
Zuckmantel	3	—		
Von den czech. Organisat.	—	–	63	25
Verschiedene Sammlungen	75	-		
Parteiunternehmen	253	88		
Maifestschriften u. -Zeichen	1581	47		
Diverse	606	61		
Darlehen v. d. Arbeit.-Ztg.	1386	84		
	6254	23	3403	69
			6254	23
Unterstützungsfond			2714	95
Zusammen			12372	87

Berichte.

Kreis Nieder-Oesterreich. Organisation. In der Provinz Nieder-Oesterreich wurde in der Zeit vom IV. bis zum V. Parteitag seitens unserer Genossen sehr rührig gearbeitet. Nicht nur der Agitation, sondern auch der Organisation wurde Rechnung getragen. Während, wie der IV. Parteitag berichtete, daß unser Kronland 12 Organisationsbezirke hat, d. h. Bezirke, wo wir eine Thätigkeit entfalten und Organisationen haben, ist die Zahl der Organisationsbezirke innerhalb der letzten zwei Jahre auf 19 gestiegen.

Das Kronland Nieder-Oesterreich ist daher in folgende Organisationsbezirke eingetheilt:

1. Wien.
2. Inzersdorf, Siebenhirten, Vösendorf, Hennersdorf, Rothneusiedl.
3. Schwechat, Fischamend, Schwadorf, Himberg.
4. Atzgersdorf, Liesing, Perchtoldsdorf, Rodaun, Kalksburg, Mauer.
5. Floridsdorf, Stockerau, Korneuburg, Oberhollabrunn, Mistelbach, Aspern, Stadlau.
6. Mödling, Guntramsdorf, Möllersdorf, Gumpoldskirchen, Wr.-Neudorf.
7. Leobersdorf, Hirtenberg, Tattendorf, Pottenstein, Baden, Berndorf, Weißenbach, Ober-Waltersdorf, Kottingbrunn, Vöslau, Günselsdorf, Schönau, Teesdorf, St. Veit.
8. St. Pölten, Herzogenburg, Wilhelmsburg, Melk, Pottenbrunn, Stattersdorf, Traismauer, Ober-Grafendorf.
9. Wr.-Neustadt, Felixdorf, Sollenau, Steinabrückl, Eggerdorf, Zillingsdorf, Erlach, Pitten.
10. Neunkirchen, Ternitz, Gloggnitz, Reichenau.
11. Pottendorf, Ebenfurth, Siegersdorf, Ebreichsdorf, Unter-Waltersdorf, Neufeld, Landegg.
12. Mannersdorf, Bruck a. d. Leitha, Marienthal, Hainburg.
13. Krems, Langenlois, Mautern, Grafenwörth.
14. Amstetten, Gaming, Scheibbs, Ullmerfeld, Waidhofen a. d. Ybbs, Ybbs.
15. Gmünd, Waidhofen a. d. Thaya, Groß-Sieghartss, Eggenburg, Zwettl, Horn.
16. Klosterneuburg, Tulln.
17. Piesting, Ober-Piesting, Waldegg, Oed, Pernitz, Guttenstein, Wöllersdorf, Dreistetten, Wopfing, Dürnbach.
18. Hainfeld, Rainfeld, Ramsau.
19. Marktl, Lilienfeld, Hohenberg, Traisen, Freiland.

Selbstredend konnten wir nicht alle Ortschaften und Marktflecken mitanführen, wo wir Vertrauensmänner haben. Die aufgezählten Orte sind Centralpunkte, von denen aus die Agitation entfaltet wird. Sie wird überall dort sehr gut betrieben, wo wir tüchtige und überlegende Parteigenossen haben. Wir heben dies ausdrücklich hervor, da es eine Anzahl von Orten gibt, von denen es zu wünschen wäre, daß die sogenannte Kleinarbeit für die Partei etwas geschickter besorgt würde. Denn, daß für jede Unklugheit, die ein Parteigenosse begeht, stets die gesammte Partei verantwortlich gemacht wird, ist eine allbekannte Thatsache.

Innerhalb der 19 Organisationsbezirke wurde in den letzten zwei Jahren eine große Anzahl von Organisationen gegründet. Insbesondere nimmt die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter in Nieder-Oesterreich einen erfreulichen Aufschwung. Es bestehen 75 Gewerkschaften, die insgesammt 206 Ortsgruppen resp. Filialen mit 35.870 Mitglieder haben. Den Angehörigen dieser Organisationen stehen zur geistigen Ausbildung Bibliotheken zur Verfügung. Die Zahl der Bände beläuft sich auf 36.161 im Werthe von 35.181 fl. Diese Zahlen sind vom Dezember 1895. Da aber eine Anzahl von Gewerkschaften und Ortsgruppen die an sie gesendeten Fragebögen nicht beantworteten, sind sie selbstverständlich in diese Statistik auch nicht mitgerechnet. Die Zahlen sind also eher zu niedrig als zu hoch angesetzt. Neben den gewerkschaftlichen Organisationen haben wir im Kronlande noch 30 Bildungsvereine mit einer Mitgliederzahl von 4189. Die Bibliotheken dieser Vereine besitzen 6699 Bände im Werthe von 8994 fl. Auch die Funktionäre vieler Bildungsvereine in Wien und der Provinz haben in puncto der statistischen Bögen ihre Pflicht nicht gethan. Auch sie ließen die Fragebögen liegen, anstatt dieselben, der Aufforderung gemäß, auszufüllen. In den Organisationen befindet sich auch eine Anzahl von Frauen als Mitglieder. Es dürften dies mehr als 3000 sein.

Agitation. Die Agitation in Volksversammlungen wurde in den meisten Bezirken seitens des Kreisausschusses besorgt. Es fanden zu diesem Zwecke in der Provinz in der Zeit vom 1. April 1894 bis zum 28. Februar 1896 nicht weniger als 258 Volksversammlungen mit deutschen Referaten statt. Verboten wurden 12, aufgelöst, insbesondere in Wien, eine größere Anzahl, zum Theile unter den nichtigsten Vorwänden. Die Anzahl der in Wien abgehaltenen Volksversammlungen beträgt mehr wie die am Lande, da wir in den letzten Jahren fast nur mehr ganze Serien von Volksversammlungen seitens des Wiener Agitationskomités einberufen haben, und die von den Genossen in den Bezirken abgehaltenen Volks- und Vereinsversammlungen nicht überblicken können. So finden am 1. Mai jeden Jahres in Wien mehr als ein halbes Hundert Versammlungen statt.

Die Parteigenossen czechischer Zunge sind gleichfalls sehr thätig gewesen. Ihrerseits wurden in derselben Zeit in der Provinz 26 und in Wien 151 Volksversammlungen arrangirt und mit Referenten versorgt. Dort, wo die Volksversammlungen mit einem czechischen Referate verboten wurden, weil unsere Behörden keine Vertreter auftreiben konnten, die der czechischen Sprache mächtig sind, bei uns auch Grund zu einem Versammlungsverbot, wurden Versammlungen auf Grund des § 2 V. G. abgehalten.

Die Feier des 13. März 1848 und die Feier des 1. Mai bilden, speziell in Wien, alljährlich die Heerschau über unsere Schaaren. Auch in der Provinz wird zum großen Theil der 1. Mai durch Arbeitsruhe gefeiert. Im heurigen Jahre nahmen besonders einige größere Organisationsbezirke, durch das Beispiel ihrer Genossen in den angrenzenden Bezirken angeeifert, einen wackeren Anlauf, um das Versäumte nachzuholen.

Presse. An Blättern, welche in unserem Sinne und den Prinzipien der Sozialdemokratie entsprechend gehalten sind, zählen wir 23. In Wien 18 Fach- und 4 politische Blätter und 1 Witzblatt. Die Organisation Neunkirchen besitzt ein eigenes politisches Organ, welches zur Zeit des großen Streiks in Blindendorf gegründet, und bei der im Oktober 1895 stattgefundenen IV. Landeskonferenz als Parteiorgan anerkannt wurde.

Politische Verfolgungen. Die Polizei und die Staatsanwälte haben innerhalb der verflossenen 2 Jahre in Niederösterreich gleichfalls ihr Möglichstes gethan. Die Zahl der Untersuchungen war Legion. Die verschiedenen Gerichtshöfe fällten 26 Freisprüche, darunter mehrere Preßdelikte und Verurtheilungen

mit Strafen in der Höhe von 13 Monaten Kerker, 11 Monaten strengen Arrest, 23 Monate, 7 Wochen und 3 Tage Arrest vom 1. April bis Ende Dezember **1894**. Den Löwenantheil davon mußten unsere Genossen tragen, obgleich auch eine beträchtliche Anzahl von Angehörigen einer anderen Parteirichtung, sogenannte „Unabhängige", verurtheilt und des Landes verwiesen wurden, Nicht mitgezählt ist eine Verurtheilung eines 17jährigen Bronzearbeiterlehrlings, der am 25. August 1894 zu vier Jahren Kerker verurtheilt wurde.

Vom 1. Jänner 1895 bis 29. Februar 1896 erfolgten Verurtheilungen im Ausmaße von 13 Jahren, 1 Monat und 281 fl. Geldstrafen. Freisprüche erfolgten in dieser Zeit 57. Zusammen also 21 Jahre, 1 Monat, 22 Tage, 281 fl., 1 Ausweisung und 83 Freisprüche.

Geldgebahrung. Während in den früheren Jahren die Kosten der Agitation nahezu vollständig von den Wiener Genossen allein aufgebracht werden mußten, können wir heute zur Ehre der Provinzgenossen anführen, daß eine beträchtliche Anzahl von Bezirken diese Kosten selbst trägt. Einige Bezirke lassen aber noch sehr viel zu wünschen übrig. Folgende Tabelle soll als Ausweis zur Geldgebahrung dienen:

Zeit	Einnahmen	Ausgaben	An die Parteivertretung abgeführt
	Gulden	Gulden	Gulden
1./5.—31./5. 1894	504·—	366 91	137·09
1./6.—30./6. 1894	460·97	524·67	136·30
1./7.—31./7. 1894	454·27	325·19	129·08
1./8. 31./8. 1894	274·21	211·95	62·26
1./9.—30./9. 1894	492·27	373·75	118·52
1./10.—31./10. 1894	142·08	193·78	46·31
1./11.—30./11. 1894	569·77½	475·04	126·54½
1./12.—31./12. 1894	797·81	716·49	69·50
1./1.—31./1. 1895	198·29	160·94	— —
1./2.—28./2. 1895	375·20	370·97	150·—
1./3.—31./3. 1895	518·88	338·84	124·11
1./4.—30./4. 1895	330 79	388·52	85·10½
1./5.—31./5. 1895	310·19	206·84	100·—
1./6.—30./6. 1895	360·53	300·52	100·—
1./7.—31./7. 1895	295·14	167·75	100·—
1./8.—31./8. 1895	330·—	231·08	184 95
1./9.—30./9. 1895	409·21	332·88	100·—
1./10.—31./10. 1895	535·28	389·80	202·60
1./11.—30./11. 1895	315·39	101·39	63 02
1./12.—31./12. 1895	1072·92	1033·10	164·35
1./1.—31./1. 1896	824·06	305·69	216·17
1./2.—29./2. 1896	627·13	640·40	238 21
1./5. 1894—1./2. 1896	10.298·39½	8156·50	2654·12

Damit meinen wir den Bericht von dem V. Parteitag schließen zu können. Im Vereine mit unseren Genossen und Genossinnen werden wir rastlos weiter arbeiten, um unsere Pflicht voll und ganz zu erfüllen. Wenn andere Kronländer uns über sind, wollen wir ihnen nacheifern. Aber nur dann. Diese Versicherung möge der Parteitag annehmen.

Kreis Oberösterreich. Auf Grund des § 2 V. G. fand 1 Kreiskonferenz, 10 Bezirkskonferenzen und 69 Sitzungen der Lokalorganisation statt; außerdem wurden 33 Volksversammlungen und 16 öffentliche Versammlungen des politischen Vereines abgehalten.

Die Organisation besteht aus der alljährlichen Kreiskonferenz, sowie aus den Bezirksorganisationen, und zwar: Manthausen-Schwertberg, Steyr, Weyer, Linz, Wels, Ried, Schärding, Gmunden und Ischl. Summe der Bezirke 9. Lokalorganisationen bestehen 16, czechische Organisationen je eine in Steyr und Linz.

Die Maifeier war in Manthausen-Schwertberg, Steyr und Linz eine der Organisation entsprechende und würdige, in den übrigen Bezirken mangelhaft; in Schärding wurden 9 Genossen angeklagt, davon 6 zu je 1 Tag Arrest verurtheilt und 3 freigesprochen.

Politische Verfolgungen: Schärding, § 312, 14 Tage; Steyr (Genossin Glas), 4 Wochen; Linz (Gen. Höger), 4 Wochen; Wels (Genossin Popp), Freispruch; Ischl, § 23 Pr. G., 24 Stunden und 2 fl.; Ried, § 23 Pr. G., 1 fl. und ein Freispruch. — 17 Anklagen, 12 Verurtheilungen und 5 Freisprüche; 8 Wochen 20 Tage 24 Stunden und 3 fl. Strafe.

Parteisteuer. Die Kreisvertretung hat im Jahre 1895 59 fl. 45 kr. durch Blocks eingenommen; da die Hälfte in den Lokalorganisationen verbleibt, so ist die Partei-Einnahme für den ganzen Kreis 118 fl. 90 kr.; von der Landesvertretung sollte daher der vierte Theil mit 29 fl. 72 kr. abgesendet werden, welcher aber der Reichsvertretung gutgeschrieben ist und nach Erholung des Landesfonds berichtigt wird; der Landesfond schließt pro 1895 mit einem bedeutenden Defizit ab.

In Oberösterreich erscheint kein Blatt; am verbreitetsten ist die „Volkstribüne“ und dürfte der Vertrieb jeder einzelnen Nummer 1000—1200 erreichen; die „Arbeiter-Zeitung“ wird sehr gerne gelesen, aber wenig abonnirt; man sieht oft ganz schmierige Fetzen noch von Hand zu Hand gehen. „Arbeiterschutz“, „Volksfreund“, „Glühlichter“ u. A. m. sind in einzelnen und mehreren Exemplaren verbreitet.

Die Organisation in Linz schreitet vorwärts; Steyr ist durch den Rückgang der Produktion sehr geschädigt, doch wird auch hier tüchtig gearbeitet.

Ein Rückgang ist in Oberösterreich nicht zu verzeichnen, bei genügenden Agitationskräften wären schöne Erfolge zu erzielen. An diesen haben wir großen Mangel. Die Bemühungen der Pfaffen, die Arbeiter ins katholische Fahrwasser zu bekommen, sind bis jetzt erfolglos gescheitert.

Eine Menge Orte wären in Angriff zu nehmen, leider fehlt es uns an den nöthigen Rednern.

Der Wunsch auf Herausgabe einer oberösterreichischen Zeitschrift ist sehr stark, aus guten Gründen wollen die Linzer nichts davon hören, aber es wird dazu gedrängt.

Kreis Salzburg. Seit dem letzten Parteitag hat sich in Salzburg dem äußeren Anschein nach an der Organisation wenig verändert, gleichwohl sind die letzten zwei Jahre für unsere Organisation eine Zeit schwerer Kämpfe gewesen und haben an die Arbeitskraft und den Opfermuth der Parteigenossen schwere Anforderungen gestellt.

In Salzburg ist bekanntlich keine nennenswerthe Industrie. Der Kleinbetrieb ist in allen Zweigen der Produktion vorherrschend, in Folge dessen ist die Agitation und Organisation an sich schon sehr erschwert. In politischer Beziehung dominiren hierzulande die Klerikalen im Verein mit den übrigen Antiliberalen und da diesen hier der jüdischliberale Großkapitalist als Angriffsobjekt gänzlich fehlt, so sind sie in der angenehmen Lage, ihre ganze wirthschaftliche

und politische Macht der vorwärtsdrängenden Arbeiterbewegung entgegenzustellen. Die Wirkung davon äußert sich in Lokalabtreibungen und Maßregelungen der agitatorisch thätigen Genossen, besonders in den Markt- und Landgemeinden. Aber auch in der Stadt Salzburg schüren diese Gegner unermüdlich und nur zu oft gelingt es ihnen auf diese Weise, den einen oder den anderen Genossen aus der Arbeit zu bringen, denn auch unsere Spießer sind genau so reif wie anderwärts, während der Kleinbauer zumeist als Schuldner der Kirchen, Stiftungen in der Zinsknechtschaft der Pfaffen steht.

Nebst diesen gemeinen Mitteln wurden uns im Jahre 1895 zwei Prozesse wegen Religionsstörung aufgehalst; der eine davon endete mit der Verurtheilung zweier Genossen zu je 8 Tagen Arrest; beim zweiten wurde ein Genosse des Verbrechens der Gotteslästerung angeklagt; als Belastungszeugen fungirten Mitglieder des katholischen Arbeitervereines in Hallein, deren Aussagen aber so verworren waren, daß ein Freispruch erfolgte.

In Folge der Lokalabtreibungen mußte sich der Arbeiterverein in Thalgau auflösen; in Saalfelden konnte durch dreiviertel Jahre keine Versammlung abgehalten werden, erst jetzt ist es uns wieder möglich geworden, ein Lokal zu erhalten.

Die Salzburger Genossen sahen sich in Folge dieser Kampfesweise genöthigt, einen gemaßregelten Genossen anzustellen, dessen Aufgabe es ist, die Parteigeschäfte zu führen und in den diversen Vereins- und Volksversammlungen zu referiren.

Erwägt man ferner, daß bei den häufigen Streiks besonders im letzten Jahre die Salzburger Organisation auch ihr Möglichstes gethan hat, um die Streikenden zu unterstützen (so hat z. B. die Holzarbeiter-Organisation bei einer Mitgliederzahl von 82 im letzten Jahre 238 fl. 71 kr. aus den Widerstandsfond ausbezahlt, wovon mindestens 80% nach auswärts gesendet wurden, weiters wurden vom Gewerkschafts-Vertrauensmann 106 fl. für Streikblocks abgeführt), so erklärt es sich, warum es uns unmöglich war, an die Parteivertretung eine Parteisteuer abzuführen, ebenso konnten wir auch in die Wahlrechtsbewegung nicht immer so eingreifen, wie wir es selbst wünschten.

Politische Prozesse hatten wir 3, einer endete mit Freispruch, der zweite mit 3 Tagen, der dritte wegen § 23 Pr. G. mit 48 Stunden Arrest. In Salzburg bestehen derzeit 4 Arbeiter-Bildungsvereine mit einer Mitgliedzahl von 300, 6 Gewerkschaftsvereine und 1 Ortsgruppe des Vereines der Verkehrsbediensteten mit einer Mitgliedzahl von 750, 1 politischer Verein mit 70 Mitgliedern, und der Arbeiter-Sängerbund mit 33 Mitgliedern.

Gesammtzahl der organisirten Arbeiter 1153.

Seit dem letzten Parteitag wurden folgende Versammlungen abgehalten:

Volksversammlungen	36
Politischer Verein	8
Arbeiter-Bildungsvereine	75
Gewerkschaften	156
§ 2-Versammlungen:	
Gewerkschaften	23
Parteiangelegenheiten	70

und 1 Landeskonferenz.

Von den Parteiblättern sind in den Vereinen ziemlich alle in Oesterreich erscheinenden abonnirt; die Gewerkschaften der Schneider, Bauarbeiter, Metallarbeiter, Verkehrsbediensteten haben ihr Fachblatt obligatorisch eingeführt, jüngster Zeit auch die Schuhmacher. Verbreitet ist die „Arbeiter-Zeitung", „Arbeiterwille", „Volkszeitung" und das Fachorgan der Holzarbeiter.

Kreis Steiermark. Die Partei hat in unserem Kreise im Großen und Ganzen Fortschritte gemacht. Es ist nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Organisation in vielen Orten und Branchen ausgebaut worden; auch die Idee des Sozialismus ist in weitere Kreise gedrungen. Allerdings aber müssen wir gestehen, daß nach jeder Richtung hin noch viel zu leisten ist.

Es bestehen in Steiermark 21 selbstständige Gewerkschaften, 1 Allgemeiner Arbeiter-Fortbildungs- und Rechtsschutzverein, 3 Arbeiter-Bildungsvereine und 4 Ortsgruppen von Reichs-Centralvereinen, welche zusammen zirka 7500 Mitglieder in 37 Ortsgruppen und 18 Zahlstellen besitzen. Die Landesvereine haben mit Ausnahme von zweien ihren Sitz in Graz.

Versammlungen wurden der Kreisvertretung bekannt: 230 politische, davon 28 Wahlrechtsversammlungen; nichtpolitische Vereins- und Branchenversammlungen 365; die § 2-Versammlungen werden nicht registrirt.

Die Maifeier durch Arbeitsruhe ist in Graz und Umgebung, sowie in Köflach und Voitsberg eine nahezu allgemeine. Die Bergarbeiter Steiermarks feiern den 1. Mai, mit Ausnahme der Reviere Fohnsdorf und Wies, allgemein.

Bei der Maifeier 1894 kam es in Graz in Folge des provokatorischen Vorgehens der Polizei zu einem Straßenkampf, wobei mehrere Polizisten, darunter zwei schwer, und ein Genosse verwundet wurden. An dem im Jahre 1895 am 1. Mai in Graz arrangirten Festzuge betheiligten sich zirka 25.000 Personen.

Die Partei hat bei den Wahlen in die Unfallversicherung im Jahre 1895 ihre sämmtlichen Kandidaten mit großer Majorität durchgebracht. Bei den Gemeinderathswahlen in Graz im Jahre 1895, an welchen sich die Partei betheiligte, erhielten unsere Kandidaten 259 Stimmen von zirka 3500 der abgegebenen Stimmen; außerdem errang sie in den Wählerversammlungen große moralische Erfolge.

Das Kreisorgan „Arbeiterwille" ist allgemein in Steiermark verbreitet und gelesen und hat ziemlichen Einfluß. Weniger rasch steigt die Auflage desselben. Es hatte im Februar 1894 eine Auflage von 2500 und im gleichen Monat des Jahres 1896 eine solche von 3000, welche beinahe vollständig abgesetzt wird. Konfiszirt wurde dasselbe seit Februar 1894 10 Mal, zumeist nach § 300 St. G.

Es erschien bis zum Oktober 1894 alle 14 Tage, abwechselnd mit dem ebenfalls 14tägig erschienenen „Beobachter". Von dieser Zeit ab wurde das Erscheinen des „Beobachter" eingestellt und erscheint seither der „Arbeiterwille" als Wochenblatt. Einzelne Nummern kosten 6 kr., das Jahresabonnement 3 fl. Gegen die Haltung des „Arbeiterwille" wurde seitens der Partei-Angehörigen in dem abgelaufenen Zeitraume kein Einwand erhoben.

Die Einnahmen des Kreiskomités im Vereine mit dem Grazer Lokalausschusse betrugen vom Juni 1894 bis Jänner 1896 2453 fl. 24 kr. (davon an Parteisteuer durch Blocks blos 610 fl. $68^1/_2$ kr.), die Ausgaben 2429 fl. 6 kr.; davon wurden zirka 700 fl. für Versammlungen ausgegeben und zirka 600 fl. mußten zur Unterstützung des „Arbeiterwille", der nun aber aktiv ist, verwendet werden. An die Reichs-Parteivertretung wurden 53 fl. 67 kr. abgeliefert; die Kosten für von der Reichs-Parteivertretung für unseren Kreis beigestellte Referenten wurden von uns selbst getragen.

Politische Verfolgungen. Die Chikanirungen der Partei seitens der Behörden haben seit dem letzten Parteitag wesentlich nachgelassen. Versammlungsverbote, abgesehen von jenen wegen Formfehler in der Anzeige, kommen selten vor. Solche haben sich in den abgelaufenen zwei Jahren blos seitens der Bezirkshauptmannschaften Peggau und Judenburg ereignet. Erstere Behörde hat eine Vereinsversammlung auf Grund des § 2 V. G. verboten und auch sonst

mehrmals Vereinsversammlungen vereitelt; letztere hat durch Monate die Versammlungen unserer Vereine und der Partei mit dem Hinweis auf eine im Bezirke herrschende Diphtheritis verboten, während sie anderen Parteien die Abhaltung von Versammlungen gestattete. Versammlungsauflösungen ereigneten sich in der Stadt Graz und im Gebiete der Bezirkshauptmannschaft Judenburg bis in die jüngste Zeit herein besonders oft. Da die Versammlungstheilnehmer nicht immer gleich „auseinander" gingen, hatten diese auch oft Anklagen und Verurtheilungen im Gefolge.

Vom 1. März 1894 wurden, soweit uns bekannt ist, gegen 98 Personen wegen ihrer Thätigkeit in der Arbeiterbewegung oder wegen Vorkommnissen in derselben theils die Untersuchung eingeleitet, theils die Anklage erhoben. Wegen Uebertretung und Vergehen des Preßgesetzes 19, davon 16 wegen des § 23; wegen Uebertretung des Vereins- und Versammlungsgesetzes 13; wegen Uebertretung des § 492 St. G. und der diversen Artikel hiezu 10; wegen Uebertretung der §§ 312 und 314 St. G. 3; wegen Vergehen nach § 278 a St. G. 18; wegen § 300 St. G. 1; wegen § 305 St. G. 7; wegen § 76 St. G. 20; wegen § 65 b St. G. 1; wegen § 63 St. G. 1; wegen § 58 St. G. 5. Verurtheilungen erfolgten 66. Es wurden verhängt: 98 Monate schweren Kerker, 9 Monate strengen Arrest, 40 Wochen und 24 Tage einfachen Arrest. Gegen 29 Personen, gegen welche theils die Untersuchung eingeleitet, theils die Anklage erhoben worden war, wurde entweder die Untersuchung als zwecklos eingestellt oder sie wurden bei der Hauptversammlung freigesprochen. Zu bemerken ist noch, daß 6 Personen zusammen zirka 30 Monate in Untersuchungshaft gesessen sind und von diesen blos 2 mit zusammen zirka 12 Monaten Untersuchungshaft verurtheilt wurden; 4 jedoch, mit zusammen 18 Monaten Untersuchungshaft, wurden bei der Hauptverhandlung freigesprochen; zirka 40 Personen, welche anläßlich des Zusammenstoßes der Polizei mit den Maifeiernden am 1. Mai 1894 verhaftet wurden, mußten sämmtliche bis zur Verhandlung in Haft bleiben, obwohl weder Fluchtverdacht noch Verabredungsgefahr als vorhanden angenommen werden konnte. Von den 40 Verhafteten wurden 28 zusammen zu Arrest- und Kerkerstrafen von 70 Monaten und 28 Wochen verurtheilt. Außerdem wurden anläßlich einer Demonstration gegen den sogenannten Texas-Jack, welcher bei der Praterdemonstration der Wiener Genossen der Polizei die Demonstranten einfangen geholfen haben soll, ungefähr ein Dutzend Personen verhaftet, wovon 5 bis 6 mit Arrest bis zu 8 Tagen bestraft wurden. Diese Verhaftungen und Verurtheilungen sind bei dem vorstehenden Ausweise nicht eingerechnet, da dieselben in Folge einer damaligen Haft des Sekretärs der Kreisvertretung nicht registrirt wurden. Zum Schlusse sei noch bemerkt, daß öfter sogar wegen Uebertretung des § 23 P. G. Personen in Haft genommen und bis zu 2 Tagen in polizeilichem Gewahrsam behalten wurden.

Ebenso sei noch bemerkt, daß der Bericht auf Vollständigkeit nicht Anspruch machen kann, was zum größeren Theile dadurch verschuldet wird, weil die Organisationen ihren Pflichten, über alle für die Partei wissenswerthen Ereignisse zu berichten und vierteljährlich die Quartalsberichte einzusenden, nicht nachkommen. Außerdem ist dem Sekretär dadurch, daß er gleichzeitig ein Wochenblatt allein beinahe ohne Mithilfe herzustellen hat und agitatorisch wie organisatorisch thätig sein muß, oft die Zeit benommen, alles genau zu registriren.

Kreis Kärnten. Es fanden statt: 1 Landeskonferenz, 20 Lokalkonferenzen. Die Organisation ist durch das Vertrauensmännersystem, gewerkschaftliche und Bildungsvereine ausgebaut. In Villach feiert die Mehrheit der Arbeiter, Klagenfurt, St. Veit ein Bruchtheil, in den übrigen Bezirken mangelhaft, den 1. Mai. Es gab 14 Verurtheilungen außer 18 Wochen Untersuchungshaft, und zwar 1 Geldstrafe zu 1 fl.; 1 zu 5 fl.; 10 Arreststrafen von zusammen 46 Tagen; 2 Kerker-

strafen à 4 Monate; 5 Freisprüche. An Parteisteuer wurden 197 fl. 18 kr. eingenommen.

Kreis Krain. Parteibericht von April 1894 bis Dezember 1895.

In Krain bestehen ferner folgende gewerkschaftliche Organisationen:

1. Politischer Verein „Zukunft". 40 Mitglieder.
2. Verein der Buchdrucker Krains mit 85 Mitgliedern.
3. Allgemeiner Arbeiter-Rechtsschutz-, Fortbildungs- und Unterstützungsverein für Krain. Derselbe hat seinen Sitz in Laibach und Zahlstellen in Ságor, Idria und Gottschee. Mitgliederzahl 1200.
4. Fachverein der Verkehrsbediensteten. Ortsgruppe Laibach I mit 357 Mitgliedern, Ortsgruppe Laibach II mit 125 Mitgliedern.
5. Gewerkschaft der Bäcker für Krain. 40 Mitglieder.
6. Fachverein der Eisen- und Metallarbeiter für Krain. 56 Mitglieder.
7. Fachverein der Tischler und Tapezierer. 120 Mitglieder.
8. Zahlstelle der Gewerkschaft der Faßbinder der österreichischen Alpenländer.
9. Gewerkschaft der Schneider und Kürschner für Krain. 27 Mitglieder.

Ferner wird im Laufe des nächsten Monates ein Fachverein der Hafner, Porzellan- und Ziegelarbeiter gegründet, ebenso ein Verband der Arbeitervereine Krains.

Als Fach- und Parteipresse haben wir den „Delavec", welcher Eigenthum des Fachvereins der Verkehrsbediensteten Oesterreichs ist.

Versammlungen wurden abgehalten:

46 Vereinsversammlungen, 18 § 2-Versammlungen, 7 Volksversammlungen und 12 Wanderversammlungen. 4 öffentliche Vereinsversammlungen des politischen Vereines „Zukunft" konnten nicht abgehalten werden, die erste am Ostermontag in Folge des Erdbebens, ferner wurden 1 Versammlung in Laibach und 3 in Ságor aus demselben Grunde untersagt.

Politische Verfolgungen gab es 5: eine wegen Beleidigung durch die Presse, 3 Wochen Arrest; zwei wegen Versammlungen, und zwar eine, 7 Tage und eine, 1 Tag, beide letzteren wurden nach Rekurs freigesprochen; eine mit 3 fl. und eine wegen Sammlung für Streikende, 5 fl. Strafe.

Kreis Triest. Es fanden 4 Kreiskonferenzen statt. Es besteht ein politischer Verein „Lega sociale-democratica" mit 40 Mitgliedern. Die Maifeier wurde nur theilweise (zirka 3000 Arbeiter) durchgeführt. 17 politische Verfolgungen kamen vor mit 8 Verurtheilungen: 3 Geldstrafen (im Ganzen 55 fl.), 5 Kerkerstrafen (1 zu 14 Tagen, 4 zu 8 Tagen), 1 Ausweisung und 9 Freisprüche. Das politische Blatt „Il lavoratore" erscheint 2 Mal im Monat und hat eine Auflage von 800 Exemplaren.

Kreis Tirol und Vorarlberg. 1. In den abgelaufenen zwei Jahren fanden zwei Landeskonferenzen (Pfingsten 1894 und am 30. September 1895), ferner 6 Bezirkskonferenzen statt.

2. Für Tirol und Vorarlberg bestehen 3 Organisationsbezirke und zwar Nordtirol, Südtirol und Vorarlberg, mit zusammen 10 Lokalorganisationen.

3. In Innsbruck betheiligten sich an der Maifeier im Jahre 1894 zirka 700, im Jahre 1895 wenigstens 2000, in den übrigen Orten zusammen 1400, somit im ganzen Lande zirka 3400 durch Arbeitsruhe feierten.

4. Politische Verfolgungen kamen 10 Fälle vor.

5. Es wurden 10 Urtheile gefällt:
   a) Geldstrafen mit 32 fl. zumeist wegen Uebertretung der §§ 23, 24 und 25 des Preßgesetzes;
   b) Arrest und Kerkerstrafen 3 Monate und 8 Tage; dabei

c) Kerkerstrafe des Gen. Consal wegen Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung nach § 65 St. G. 3 Monate;
d) schwere Kerkerstrafe des Gen. Schrammel in Bozen 6 Monate;
e) eine Kerkerstrafe wegen Majestätsbeleidigung drei Monate;
f) ein Freispruch.

6. An Parteisteuer wurde eingenommen 276 fl. 83 kr.
7. An die Reichsvertretung abgeliefert 44 fl. 20.
8. Es erscheint ein politisches Blatt und zwar „Die Volkszeitung"
9. monatlich zweimal (jeden 1. und 3. Donnerstag).
10. Auflage 1200 Exemplare Ende 1895.

Arbeiter-Bildungsvereine bestehen 16 (davon 2 italienische neu gegründet) mit zusammen 913 Mitglieder. Politische Vereine bestehen 3 mit zusammen 310 Mitglieder.

Fach- und Gewerkschaftsvereine oder Ortsgruppen derselben bestehen 44, mit zusammen 2451 Mitglieder.

Versammlungen nach § 2 des V. G. haben 75 stattgefunden, Volksversammlungen 94. Die Abhaltung von letzteren wird durch Abtreibung geeigneter Lokale insbesondere durch den Einfluß der Clerisei stark beeinträchtigt. Entlassungen aus der Arbeit wegen Theilnahme an der Organisation kommen sehr häufig vor, zu welcher Maßregel die Prediger der christlichen Nächstenliebe hauptsächlich mit Erfolg beitragen, sowie überhaupt in letzterer Zeit immer mehr die Kanzeln zur Bekämpfung und Verleumdung der Partei mißbraucht werden.

Kreis West- und Südböhmen. Im großen Ganzen hat sich die Organisation West- und Südböhmens seit dem Jahre 1894 bedeutend gekräftigt; insbesondere ist hervorzuheben, daß in einer ganzen Reihe von Ortschaften die Sozialdemokratie ihren Einzug gehalten hat, die rein ländlicher Natur und vom Eisenbahnverkehre ganz abgeschlossen sind. Dem Pfaffenthum, das dort die Rolle spielte, war es unmöglich, die Sozialdemokratie zurückzuhalten. Hiezu seien beispielsweise die Ortschaften Grün, Neudorf, Petschau, Tachau und Stadt Schönbach genannt. Die anderen Städte und Orte, in welchen die Organisation schon länger besteht, haben, wie oben schon erwähnt, an Kraft und Stärke zugenommen. Die Bergarbeiter-Organisationen haben sich, trotzdem dieselben durch den letzten großen ungünstigen Streik im Jahre 1894 sehr viel zu leiden hatten und die Werksleitungen verschiedenartige Versuche machten, um die Organisationen zu zertrümmern, ebenfalls wieder aufgerafft. Nachstehendes diene hierüber als Bericht:

Die Bergarbeiterbewegung Westböhmens ist gegenwärtig in einer gründlichen Reorganisation begriffen. Am 1. Jänner 1896 wurde der Distriktsverband für die Bergreviere Falkenau, Elbogen und Karlsbad gegründet. An Stelle der früheren Bildungsvereine werden jetzt Fachvereine oder Ortsgruppen des Distriktsverbandes gegründet. Gegenwärtig gehören dem Verbande die Bergarbeiter-Fachvereine in Falkenau, Haberspirk, Graslach, Wehebitz und Neusattl an. Außerdem verfügt der Verband über 8 Zahlstellen, welche sich später, nach Genehmigung der Ortsgruppenstatuten, in Ortsgruppen umwandeln werden; 5 Zahlstellen sind in Bildung begriffen. Die Gesammt-Mitgliederzahl betrug am 5. März d. J. 805 Mitglieder.

Im Laufe des Monats März dürfte das Tausend voll werden. Der Verbandsbeitrag beträgt pro Monat und Mitglied 40 kr. (inklusive Fachblatt). Der politische Verein „Freigeist" in Falkenau, welcher gegen 280 Mitglieder hat, besteht größtentheils aus Bergarbeitern.

Die Textilarbeiter haben ebenfalls ihre Organisation über ganz Westböhmen ausgedehnt (Sitz Asch), so auch die Bauarbeiter, ebenfalls mit dem

Sitze in Asch. Nachfolgendes diene zu den übrigen Organisationen ebenfalls als annähernder Bericht:

Die Bildungsvereine hatten zu Anfang des Jahres 1895 2244 Mitglieder, Ende des Jahres 1895 2936 Mitglieder, somit einen Zuwachs von 692 Mitgliedern. Die gewerkschaftlichen Vereine hatten zu Anfang des Jahres 1895 2326 Mitglieder, zu Ende des Jahres 1895 3449 Mitglieder, somit einen Zuwachs von 1123 Mitgliedern. Die politischen Vereine hatten zu Anfang vorigen Jahres 146 Mitglieder, zu Ende des Jahres 213 Mitglieder, somit einen Zuwachs von 67 Mitgliedern. Bücher haben die Bildungsvereine 2688 Stück, die gewerkschaftlichen 1563 Stück. Versammlungen fanden statt: 88 Volks-, 802 Vereins-, 170 § 2-Versammlungen. Verboten wurden 28 Versammlungen. Streiks fanden 6 statt, davon wurden 2 gewonnen, 1 solcher hatte theilweisen Erfolg, 2 wurden verloren. Gemaßregelt wurden 71 Genossen. Gestraft wurden 14 Genossen mit 66 Tagen Arrest und 44 fl. 50 kr. in Geld. Das Parteiblatt „Volkswille" hatte zu Anfang vorigen Jahres 2300 und zu Ende des Jahres 3400 Auflage. Die Porzellanarbeiter-Organisationen sind hier nicht mit eingerechnet.

Die Organisation ist ebenfalls nach dem vom letzten Parteitag beschlossenen Organisationsentwurf ziemlich gut durchgeführt. Die Kreisvertretung hat ihren Sitz in Falkenau, Bezirksorganisationen sind folgende: Falkenau, Eger, Asch, Graslitz, Neudeck, Joachimsthal, Karlsbad mit dem Sitze in Aich, Krumau. Diese Bezirksorganisationen theilen sich wieder in Lokalorganisationen.

Bezüglich der Frauenbewegung ist besonders hervorzuheben Joachimsthal (Tabakfabrik), Altrohlau, Asch und Graslitz. Versammlungsverbote kommen nicht mehr so häufig vor. Bisher waren dieselben am gebräuchlichsten bei der Bezirkshauptmannschaft Asch. Versammlungsauflösungen sind bei der Bezirkshauptschaft Graslitz in Uebung, allwo der Statthalterei-Konzipient Grohmann, Sohn eines Buchhalters, sein Wesen treibt.

Das Geldprotzenthum läßt seine Macht am deutlichsten in Asch fühlen und beherrscht dort den ganzen Bezirk. Die Löhne differiren in diesem Bezirk zwischen 1 fl. 50 kr. bis 6 fl. Arbeitslosigkeit, Maßregelungen, Noth und Elend ist dort zu Hause, ebenso im Erzgebirge.

Die Gewerbe-Ordnung wird fast durchschnittlich sehr schlecht von Seite des Unternehmerthums eingehalten. Das Ascher Geldprotzenthum steht dabei im Vordergrunde. Das Gleiche gilt von dem Gebote der Sonntagsruhe, welche im Ascher Bezirk fast regelmäßig übertreten wird. Von Streiks sind hervorzuheben: Schlackenwerth (Porzellanarbeiter), Chodau (Porzellanarbeiter), Falkenau (Bergarbeiter), Eger (Metallarbeiter), Roßbach (Textilarbeiter) und alle endeten, mit Ausnahme des in Roßbach stattgefundenen, zu Ungunsten der Arbeiter.

Saalabtreibungen kamen seltener vor, jedoch werden die Gastwirthe von den liberalen Kapitalisten und auch von den Antisemiten beeinflußt, die Lokale nicht herzugeben. Beispielsweise ist in Zwodau, dem sogenannten Königreich Schmieger, gar kein Lokal zu haben und werden Versammlungen dort in Privatwohnungen abgehalten. Sehr schwer ist es, größere Lokalitäten zu Versammlungen in Asch und Petschau zu bekommen.

Den Kampf erschwert der Sozialdemokratie hauptsächlich das Ausbeuterthum durch schlechte Löhne, also durch den Hunger. Die Arbeiter fürchten, durch Beitritt zur Organisation den letzten Strohhalm zu verlieren. Ferner die Stumpfsinnigkeit des Mittelstandes, sowie die heimtückische Kampfesweise der Antisemiten und Christlichsozialen (Pfaffen). Auch tragen die politischen Behörden ihren Theil dazu bei.

Eine Bewegung unserer Partei im Bauernstande ist im Entstehen begriffen.

Einzug in die Gemeindevertretung hat die Sozialdemokratie in folgenden Gemeinden gehalten: Schwaderbach, Nallesgrün, Aich, Roßbach, Wernersreuth und Lauterbach. Ebenso in die Bezirkskrankenkassen in Eger, Graslitz und Krumau; ebenfalls auch in einer Reihe von Betriebs- und Genossenschaftskrankenkassen.

Im Großen und Ganzen geht es trotzdem tüchtig vorwärts.

Kreis Teplitz-Aussig. Die Kreisorganisation Teplitz-Aussig umfaßt die Bezirksorganisationen Teplitz, Aussig, Saaz, Kaaden-Weipert, Brüx und Leitmeritz, welche wieder zusammen 32 Lokalorganisationen mit 60 Vereinen und zirka 4000 Mitgliedern zählen, hiezu muß jedoch bemerkt werden, daß sich diese Angaben hauptsächlich blos auf die Bezirke Teplitz, Saaz und Kaaden, Weipert beziehen, da von den anderen Bezirken keine oder höchst mangelhafte Berichte einliefen; außerdem besteht eine große Anzahl insbesondere Bergarbeitervereine, welche mit der politischen Organisation in keiner Verbindung stehen. Kreiskonferenzen wurden 3 abgehalten, außerdem eine größere Anzahl Bezirkskonferenzen. Als Organe der Kreisorganisation gelten „Die Freiheit", früher „Gesellschafter", 3 mal monatlich erscheinend, und die „Volksstimme" 1 mal monatlich mit einer Auflage von 1700 Exemplaren; seit 1. Jänner ist die Auflage auf 2000 gestiegen, dieselbe wird blos im Kreise verbreitet, außerdem werden gelesen zirka 150 „Arbeiterzeitungen" täglich, die „Glühlichter" etwa 300, der „Wahre Jakob" 300.

Die czechische Parteipresse ist sehr stark vertreten, als Organ der czechischen Genossen gilt der „Socialny Demokrat" in Prag. Die Fachpresse ist, soweit derartige Organisationen bestehen, obligatorisch eingeführt, von den Fachblättern kommen hauptsächlich der „Glück auf" und die „Solidarität" in Betracht.

Politische Verfolgungen wurden mehrere wegen § 23 des Preßgesetzes sowie wegen Uebertretung des § 2 des Versammlungsgesetzes eingeleitet, welche jedoch in den meisten Fällen mit der Freisprechung endeten, nur in drei Fällen wurden kleine Geldstrafen verhängt; aufgelöst wurde 1 politischer Verein.

Betreffs der Maifeier wäre zu berichten, daß die Arbeitsruhe im Teplitzer Bezirke ziemlich stark eingehalten wurde, insbesondere bei den Bergarbeitern; bei der Versammlung derselben waren etwa 3000 Personen, beim Festzuge etwa 4000 Personen betheiligt.

Das Vertrauensmännersystem ist durchgeführt in folgenden Orten: Teplitz, Turn, Eichwald, Zuckmantel, Fischau, Praszeditz, Soborten, Hohenstein, Kremusch, Kostenblatt, Graupen, Settenz, Strahl, Bilin, Loosch, Wscheslab, Aussig, Lerchenfeld, Schöhritz, Türmitz, Schönfeld, Kuhm, Saaz, Kriegern, Kaaden, Weipert, Brunnersdorf, Willomitz, Klösterle, Brüx, Oberleutensdorf, Hochpetsch, Leitmeritz, und zwar derart, daß in den Orten, wo mehrere Organisationen bestehen, diese je eine Anzahl Vertrauensmänner wählen; in den anderen Orten bilden eben die Genossen die Lokalorganisation und wählen ihren Vertrauensmann.

Unmöglich war es bisher in den Komotauer Bezirk einzudringen. Gründe: Saalabtreibereien und Versammlungsverbote, ebenso schlecht in Brüx, wo fast gar keine Organisation besteht. Doch wird auch da bereits der Anfang gemacht.

Kreis Reichenberg. Die Organisation des Reichenberger Kreises, zu welcher die Bezirksorganisationen Friedland, Gablonz-Tannwald, Kratzau, Grottau nebst des Reichenberger Bezirkes gehören, hat in den letzten zwei Jahren bedeutende Fortschritte nicht gemacht. Am besten organisirt ist der Reichenberger Bezirk, dessen Vertrauensmänner regelmäßig alle Monate zu einer Bezirkskonferenz in Reichenberg zusammentreten. Die Zahl der Lokalorganisationen beträgt in diesem Bezirke 20. Was die Organisation im Gablonz-Tannwalder Bezirke an-

belangt, so wäre zu berichten, daß sie sich in den letzten Monaten etwas hebt. Die Fachorganisation der Glasarbeiter hat zwar gerade die befähigtesten Arbeiter durch die Thätigkeit bei der Gewerkschaft von der politischen Organisation abgezogen. Doch wird in der nächsten Zeit eine Besserung in dieser Richtung erwartet.

Mehr noch als im Gablonz-Tannwalder Bezirke stand die weite Entfernung der Ortschaften von einander im Friedländer Bezirke einer intensiven Organisationsthätigkeit hindernd im Wege. Die Delegirten der Lokalorganisation haben zwei und noch mehr Stunden weit zu gehen, was für einen die Woche über arbeitenden Genossen bei schlechtem Wetter und Wege eine starke Anstrengung ist. Zudem ist die Arbeiterschaft dieses Bezirkes materiell am schlechtesten gestellt. Es kommen, nach einem kürzlich von der Bezirksbehörde erlassenen Rundschreiben, 50 Prozent Todesfälle bei Kindern bis zu einem Jahre vor, während in den Wiener Arbeitervierteln, wo ebenfalls Elend genug zu Hause ist, nur 32 Prozent der Kleinen im 1. Lebensjahre mit Tod abgehen. Und das Alles trotz der „Brotväter" Heintschel und Klinger, welch' Letzterer jüngst vom italienischen König mit einem Orden geschmückt wurde, weil er einem italienischen Waisenhause Geschenke gemacht hatte.

Doch trotz all' der schwierigen Verhältnisse dürfte der Umstand, daß es möglich wurde, die Zentrale des Bezirkes nach Raspenau, wo erst in neuester Zeit unsere Bewegung ordentlich Wurzel gefaßt hat, zu verlegen, bedeutend zur Hebung der Organisation beitragen.

Der Bezirk Kratzau ist der, nach dem Reichenberger, bestorganisirte. Die Arbeiten in demselben sind regelmäßige.

Die Grottauer Bezirksorganisation ging bis jetzt fast ganz in der Thätigkeit der Grottauer Genossen auf. Uebrigens wird von diesen eingehender, wie folgt, berichtet: Vom 30. März 1894 bis Ende 1895 wurden 22 Parteiversammlungen abgehalten. Ketten hat eine Lokalorganisation mit eigener Verwaltung und zahlt nach Grottau einem Theil ihrer Einnahmen. Parteisteuer zahlende Mitglieder gibt es über hundert. 1894 wurde der 1. Mai durch allgemeine Arbeitsruhe gefeiert; 1895 hatten die Fabrikanten alle Hebel in Bewegung gesetzt, um die Feier zu vereiteln. Da ein Schlag gegen unsere Organisation geführt werden sollte, so wurde diesmal der Kampf nicht bis zum Aeußersten geführt, sondern am 30. April 1895 von 3000—4000 Personen demonstrirt. Mit Bajonetten wurden sie auseinander getrieben. Am 1. Mai wiederholte sich die Demonstration. Auch zwei Verurtheilungen wegen Widerstand gegen die bewaffnete Macht fanden statt. Zwei Zeugen, welche gegen die Mai-Verurtheilten ausgesagt hatten, wurden später wegen falscher Zeugenaussage zu je 3 Monaten verurtheilt. Diese Personen gehörten nicht unserer Organisation an. Zwei Personen wurden nach § 23 Pr. G. zu 3 fl. 50 kr. verdonnert. In Ketten wurden drei Personen wegen Sammeln in Untersuchung gezogen. Die Bezirksorganisation umfaßt 6 Ortschaften. In zweien dieser Ortschaften gehören nur wenige der Organisation an und müssen erst gewonnen werden. Im Großen und Ganzen ist ein Vorwärtsgehen zu verzeichnen, da auch unsere Parteipresse sich innerhalb zwei Jahren sich mehr als verdoppelt hat und immer mehr Abonnenten gewonnen werden.

Was die Maifeier anbelangt, so wurde diese im ganzen Kreise — in den letzten zwei Jahren nicht überall — durch Arbeitsruhe gefeiert. Im Reichenberger Bezirke knüpfte sich im Jahre 1894 an dieselbe ein ziemlich ausgedehnter Streik von Textilarbeitern, wobei eine Anzahl von Arbeitern, wie es die Fabrikantenvereinigung beschlossen hatte, durch 6 Wochen von der Arbeit ausgesperrt wurden. Nebst Volks- und Gewerkschaftsversammlungen, welche an diesem Tage (Vormittags) abgehalten wurden, gab es Nachmittags im „Stadt-

wäldchen" Konzert, worauf die Massen demonstrirend auf den Marktplatz in Reichenberg zogen.

Die Hausarbeiter in der Glasindustrie im Gablonz-Tannwalder Bezirke feiern den 1. Mai fast durchgehends mit Arbeitsruhe, während in den großen Spinnereien in Tannwald, wo ein großer Theil czechischer Arbeiter beschäftigt ist, es zu einer Arbeitsruhe an genanntem Tage nicht kommen konnte, wie es überhaupt schwer hält, diese Arbeiter, welche materiell sehr schlecht stehen, zu organisiren. In Tannwald und Tiefenbach zeigen die Verhältnisse fast dasselbe Gepräge, wie unter den Textilarbeitern in Rochlitz, Hohenelbe, Königinhof und Trautenau. In allen den genannten Ortschaften und Bezirken macht der Sozialismus, trotz bedeutender Anstrengungen, nur langsam Fortschritte.

Im Friedländer Bezirke wurde die Maifeier von Kleinbürgern und Handwerkern, am würdigsten in Haindorf und Neustadtl begangen; die Fabriksschlote dampften an diesem Tage.

Im Kratzauer Bezirke feierte man den 1. Mai zum Theile durch Arbeitsruhe.

Größere politische Verfolgungen haben wir in den letzten zwei Jahren im Reichenberger Kreise nicht zu verzeichnen. Die gegen den „Freigeist" und die „Arbeiterpresse" angestrengten Preßprozesse endigten mit einem Freispruche der angeklagten Redakteure und nur in einem Falle erfolgte eine Verurtheilung zu 2 Monaten strengem Arrest. Am häufigsten sind die Verurtheilungen wegen des § 23 Pr. G., ja, das Reichenberger Bezirksgericht hat sogar in der Austheilung von Einladungskarten zu § 2-Versammlungen (die Karten waren zum Theil gedruckt) eine Uebertretung des besagten Paragraphen erblickt und die Angeklagten verurtheilt.

Bei dem Kapitel: politische Verfolgungen, wollen wir auch noch die Handhabung des Vereins- und Versammlungsgesetzes seitens des Gablonzer Bezirkshauptmannes Rapprich erwähnen. Dieser Herr macht uns bei Abhaltung von Versammlungen die größten Schwierigkeiten. So verlangte er z. B. vom politischen Verein „Vorwärts" in Reichenberg jedes Mal, wenn er eine Wanderversammlung in seinem Bezirke abhält, daß der Versammlungsanzeige eine behördliche, vom Magistrat Reichenberg bestätigte und gestempelte Bestätigung beilegt, daß die auf der Anzeige Unterschriebenen wirklich die zu Recht bestehenden Vereinsfunktionäre sind. Diese Bestätigung behält er aber regelmäßig unter der Bemerkung, daß sie zu den Akten gelegt werde, zurück. Die Versammlungsanzeigen erledigt er den letzten halben Tag, so daß nicht mehr plakatirt werden kann. Werden aber die Plakate vor der Erledigung angeklebt, dann gibt's regelmäßig eine Anklage wegen Uebertretung des § 23 Pr. G. Das Vereinsstatut mit der Genehmigungsklausel verlangt er immer beigelegt, trotzdem ein gedrucktes Statutenexemplar in seinem Besitze ist. Das Statut behält er regelmäßig zurück und schickt es erst dann an den Verein, wenn dieser ihn durch die Presse einige Male gemahnt hat.

In Sachen der Parteisteuer (Blocks) wäre zu berichten, daß in den verflossenen zwei Jahren 283 fl. 74 kr. einkamen; davon gingen nach Wien 137 fl. 9 kr. Näheres besagt die Beilage. In dem Zeitraume vom letzten Parteitage bis Ende Februar 1896 wurden 146 Volksversammlungen und Konferenzen nebst unzählbaren Vereinsversammlungen abgehalten und mit Rednern beschickt. Bei den genannten Konferenzen sind die im Reichenberger Bezirke stattgefundenen nicht inbegriffen.

Im Reichenberger Kreise erscheint nur 1 politisches Blatt: der „Freigeist". Derselbe hat 4000 Exemplare Auflage und erscheint wöchentlich einmal. Der Bezugspreis beträgt jährlich 3 fl., die einzelne Nummer wird mit 6 kr. verkauft.

Zudem sei hier noch angeführt, daß im ganzen Reichenberger Organisationskreise etwa 140 Vereine bestehen, welche ungefähr eine Mitgliederzahl von 7000 aufweisen. Davon sind die meisten gewerkschaftlicher Natur.

Schließlich sei hier noch bemerkt, daß die Idee des Sozialismus immer in weitere Kreise dringt und festere Wurzeln faßt, so daß wir getrost in die Zukunft blicken können.

Kreis Steinschönau-Haida. Die hier bestehende politische Kreisorganisation umfaßt die Bezirke: Haida-Steinschönau-Leipa, Zwickau-Niemes-Gabel, Rumburg-Warnsdorf, Schluckenau, Bensen und Tetschen-Bodenbach. In diesem Kreise, und zwar in Steinschönau, erscheint das Wochenblatt „Nordböhmischer Volksbote“ im siebenten Jahrgange. Politische Organisationen bestehen in dem Kreise, soweit die Berichte eingegangen sind, 35; die Zahl derselben ist jedoch weit größer, da aus zwei Bezirken keine diesbezüglichen Daten eingesendet worden sind. Die Zahl der ermittelten Vereine beträgt 37, nebstdem besteht noch in Haida-Steinschönau ein Verband der Glasarbeiter mit 14 Ortsgruppen und mit gegen 1200 Mitgliedern; in Bensen ein Verein der Textilarbeiter mit Mitgliedschaften in Altstadt und Steinsdorf; in Rumburg ein Fachverein der Drechsler; in Zwickau, Niedergrund, Warnsdorf, Rumburg und Schönlinde bestehen Ortsgruppen des Verbandes der Textilarbeiter in Reichenberg. Ferner besteht in Warnsdorf auch ein Fachverein der Bauarbeiter, in Tetschen ein Fachverband der Drechsler und in Rumburg eine Ortsgruppe der Metallarbeiter. In dem Bezirke Bensen gibt es 639 Arbeiter, die den Vereinen angehören; der allgemeine Arbeiterverein in Warnsdorf zählt einschließlich seiner Filialen gegenwärtig 695 Mitglieder; der Arbeiter-Turnverein in Warnsdorf hat 80 Mitglieder. Vereinsversammlungen fanden in dem Bezirke Bensen 220, in dem Bezirke Schluckenau 62 und in den Bezirken Tetschen, Haida-Steinschönau-Leipa-Böhmisch-Kamnitz, Zwickau-Niemes wie in Rumburg-Warnsdorf konnten dieselben nicht genau ermittelt werden. Volksversammlungen fanden statt in dem Bezirke Haida-Steinschönau 28, Bensen 19, Schluckenau 5, Warnsdorf 12, Rumburg 5 (?), Grund-Georgenthal 11, Teichstatt 1, Schönlinde 15 und in Schönborn 3. Sogenannte § 2-Versammlungen fanden statt in dem Bezirke Bensen 24, Schluckenau 45, Teichstatt 4, Grund Georgenthal 24, in Schönlinde 15 und in den übrigen Orten der Bezirke je nach Bedarf. Bezirkskonferenzen fanden statt in Haida-Steinschönau 7 und in Schluckenau 4; von den übrigen Bezirken fehlt die spezielle Angabe. Weiters wurden zwei Kreiskonferenzen in Teichstatt und eine Landeskonferenz in Warnsdorf abgehalten. Die Zahl der Besucher sowohl der Volks- wie der Vereinsversammlungen konnte nur zum Theil festgestellt werden, somit sind die diesbezüglichen Ziffern, weil werthlos, weggelassen worden. Weiters verdient noch hervorgehoben zu werden, daß seitens der Parteigenossen in einer Anzahl Gemeinden mit Erfolg in die Gemeindewahl eingegriffen wurde. Auch wurde in den Wahlbezirken Zwickau-Niemes, Haida-Steinschönau und Rumburg seitens der Parteigenossen in die Landtagswahl eingegriffen und ein keineswegs zu unterschätzender Achtungserfolg erzielt, indem in Niemes-Zwickau auf Gen. Milota 239, in Haida-Steinschönau auf Gen. Weblich 146 und in Rumburg auf Gen. Kiesewetter 65 Stimmen entfielen.

Ueber das Kapitel: „Politische Verfolgungen“ wäre zu berichten, daß in Zwickau ein Genosse wegen Uebertretung des Versammlungsgesetzes mit 3 Tagen Arrest bestraft wurde. In Haida-Steinschönau wurden einige Genossen wegen Uebertretung des § 23, Preßgesetz, bestraft. In Bensen ein Genosse wegen Uebertretung des § 23. In Schluckenau wurden zwei Genossen zu Geldstrafen von 1—10 fl. verurtheilt; zwei andere Genossen wurden freigesprochen. In Warnsdorf wurde ein Genosse wegen Uebertretunng des Versammlungsgesetzes

mit 3 Tagen Arrest bestraft. Die gegen einen Genossen in Wernstadt und einen Genossen in Hennehübel eingeleitete Untersuchung, beide wegen Religionsstörung, wurde eingestellt. Aus Warnsdorf wurden ferner im Jahre 1894 einige Arbeiter aus politischen Motiven ausgewiesen. Der Vertrieb von Parteiblocks ist in den meisten Lokalorganisationen eingeführt, allein der Erfolg läßt vieles zu wünschen übrig. Schließlich muß noch bemerkt werden, daß, da das Zahlenmaterial in unzulänglichem Maße eingelangt ist, die Parteithätigkeit in diesem Kreise eine bei weitem größere war, als wie sie in dem Berichte zum Ausdrucke gelangt.

Kreis Mähren. In Mähren ist in Bezug auf die Ausbreitung unserer Bewegung ein freilich nur mäßiger Fortschritt zu verzeichnen, obzwar dieses Land zu den industriereichsten der Monarchie gezählt werden muß. Die elenden Löhne in der Provinz, namentlich die der Weber Nordmährens, der Terrorismus der Unternehmer, denen sich auch in vielen Fällen die staatlichen Organe zur Verfügung stellen, erschweren die Organisation und Agitation in eminenter Weise. Wenn trotz der Ungunst der Verhältnisse ein Fortschritt zu verzeichnen ist, so ist dies auf den Umstand zurückzuführen, daß die elenden Existenzbedingungen einen der Sozialdemokratie empfänglichen Boden schaffen. Zwei Uebelstände sind es namentlich, welche der raschen Ausdehnung und Vertiefung unserer Bewegung äußerst hinderlich sind und sich in Mähren am meisten fühlbar machen. Es fehlen einerseits agitatorische Kräfte, um den vorhandenen Bedürfnissen Rechnung zu tragen, andererseits fehlen in noch größerem Maße die finanziellen Mittel, um die Kosten der Agitation zu bestreiten, so daß nicht einmal die vorhandenen Kräfte voll ausgenützt werden können.

Die ungünstige geographische Lage der Centrale (Brünn) macht auch in dieser Beziehung ihren schädigenden Einfluß geltend. Die Unzulänglichkeit in der Aufbringung finanzieller Mittel hat ihre Ursache in den Hungerlöhnen der Provinz und auch die Brünner Arbeiter sind in dieser Beziehung nicht auf Rosen gebettet und leider nicht in der Lage, die Provinz kräftiger zu unterstützen, womit jedoch nicht behauptet sein soll, daß nicht die Möglichkeit vorhanden wäre, sowohl in Brünn als auch in der Provinz eine Mehrleistung zu erzielen. Die Bezirksorganisationen verbrauchen in der Regel die eingelangten Gelder zum größten Theile für die Bedürfnisse des Bezirkes und wird hiedurch der Kreisvertretung die Möglichkeit entzogen, in den unserer Bewegung verschlossenen Theilen des Landes die nöthige Agitation zu entfalten, neue Orte für die Organisation zu gewinnen und bedrohte Positionen zu vertheidigen. Die letztere Erscheinung ist in Mähr.-Trübau zu Tage getreten. Diese Bemerkungen allgemeiner Natur vorausgeschickt, lassen wir den Organisationsbericht folgen. Derselbe erstreckt sich über die Zeit vom 1. Februar 1894 bis 31. Jänner 1896. Die Kreisorganisation besteht aus 15 Bezirks- und 49 Lokalorganisationen. Sitz der Kreisvertretung ist Brünn, der Bezirksvertretungen in Brünn, Mähr.-Schönberg, Mähr.-Neustadt, Sternberg, Neutitschein, Mähr.-Trübau, Zwittau, Brüsau, Römerstadt, Znaim, Privoz, Rosternitz, Iglau, Müglitz und Landskron. Es bestehen in Mähren 33 Bildungs- und Gesangvereine, 26 Fachvereine, von denen einige ihre Thätigkeit über ganz Mähren erstrecken, wie beispielsweise der der Metallarbeiter, Bauarbeiter, Typographen, Textilarbeiter und 15 humanitäre Vereine, darunter Krankenkassen- und Konsumvereine. Hervorzuheben ist unter den letzteren die Brünner Allgemeine Arbeiter-Krankenkasse mit über 20.000 Mitgliedern und zahlreiche Ortsgruppen in den Provinzen. Außerdem bestehen in Mähren zahlreiche Ortsgruppen von großen Gewerkvereinen Wiens, so der Eisenbahnbediensteten, der Knopfdrechsler u. s. f.

Der politische Verein „Volksfreund“, der seine Thätigkeit über Mähren und Schlesien erstreckt, hat im Laufe der letzten zwei Jahre keine ausgebreitete

Thätigkeit entfalten können, da die reaktionären Gesetzesbestimmungen den Genossen die Benützung dieser Organisation erschweren und dieselbe durch den Ausbau der politischen Organisation immer mehr an Bedeutung verliert. Anbeachtenswerthen Neugründungen sind zu verzeichnen, jene einer politischen Bauernorganisation in Rosternitz, der Bezirksorganisation Iglau, des Vereines „Arbeiterheim" zur Erbauung eines Volkshauses in Brünn und eines Arbeiter-Turnvereines, welcher 2 Ortsgruppen besitzt. Auch die Gewerkschaftsbewegung hat einen Fortschritt zu verzeichnen, nicht nur durch die Gründung neuer Fachvereine, sondern auch durch die Umbildung der Bildungsvereine in allgemeine Gewerksvereine und die Bildung von 4 Gewerkschaftskommissionen in Mittel-, West-, Nord- und Ostmähren.

Die mährische Frauenbewegung ist noch nicht erstarkt. In Brünn hat sich eine bestehende Frauenorganisation mit einem anderen Brudervereine verbunden. In der Provinz sind die Frauen in den einzelnen Organisationen nur spärlich vertreten, obgleich nicht gesagt werden kann, daß es die Genossen an Agitation in dieser Beziehung fehlen lassen.

Thätigkeit der Organisationen. Kreiskonferenzen fanden 2 statt. Bezirkskonferenzen werden allvierteljährlich einberufen, welcher Verpflichtung die meisten Organisationen nachkommen. Politische Versammlungen haben 252 stattgefunden, deren Tagesordnung in den meisten Fällen die Wahlreform bildete. Wenn es sich auch bei vielen Versammlungen nur um Agitationsversammlungen zur Gewinnung neuer Anhänger handelte, so wurde doch auch in diesen Versammlungen die Forderung des Wahlrechtes eingehend erörtert. 8 Versammlungen fanden unter freiem Himmel statt und gestalteten sich als gewaltige Massenkundgebungen. In Brünn und zwei Orten der Provinz haben auch Straßendemonstrationen stattgefunden. Außer diesen öffentlichen Versammlungen wurden 77 § 2-Versammlungen einberufen, u. zw. zu dem Zwecke, um behördliche Chikanen unwirksam zu machen. So verbietet beispielsweise der Bezirkshauptmann in Mähr.-Schönberg die meisten Versammlungen in den um Schönberg gelegenen Orten, während er in Mähr.-Schönberg selbst weniger rigoros vorgeht. Die meisten Bauernversammlungen werden auch auf diese Weise einberufen. Auch in diesen Versammlungen bildete die Tagesordnung außer den Agitationsthemen die Besprechung der Wahlreform. Versammlungen der Fach- und Bildungsvereine wurden 642 abgehalten. Gewerkschaftskonferenzen wurden 6 einberufen, darunter der österreichische Buchdruckertag im Juni 1894.

Presse. Landesparteiorgan für Mähren ist der „Volksfreund". Derselbe erscheint in Brünn in einer Auflage von 2900. Größere Verbreitung hat die Fachpresse gefunden. — Der österreichische Arbeiterkalender, welcher ebenfalls in Brünn erscheint, hatte im Vorjahre eine Auflage von 20.000, heuer von 25.000 Exemplaren.

Politische Verfolgungen. Die Brünner Preßverhältnisse haben in der letzten Zeit seit dem bekannten Erlasse eine Besserung erfahren, nur während der Koalitionsära ließ es sich der Staatsanwalt einfallen, uns 2 Preßprozesse wegen §§ 300, 305 und 65 anzuhängen, welche mit Freisprüchen geendet haben. Die meisten Verfolgungen verursacht unser rückständiges Preßgesetz und dessen gewaltthätige Anwendung seitens der Behörden. Es sind zu verzeichnen: Verfolgungen wegen § 23 P. G. 29 Genossen, Gesammtstrafausmaß 59 Tage und 16 fl. Geldstrafe; wegen § 24 2 Genossen, Strafausmaß 24 Tage, hiebei 1 Freispruch. Versammlungsgesetz: 22 Genossen, Strafausmaß 66 Tage, hiebei 3 Freisprüche. Dann sind Vergehen gegen das Strafgesetz angeblich begangen durch Reden: 2 Genossen, § 312, 1 Freispruch und 15 fl. Geldstrafe; 2 Genossen, § 314, 1 Freispruch, 20 fl.; 1 Genosse, §§ 288 und 284, 1 Monat; 1 Genosse, § 303, 14 Tage; 1 Genosse, § 305, Freispruch; 1 Genosse, § 496,

3 Tage; 1 Genosse, § 64, 6 Wochen Kerker; 1 Genosse, Prügelpatent, 4 Tage. Insgesammt 238 Tage und 51 fl. Resultatlose Untersuchungen wurden eingeleitet wegen der §§ 300, 302, 305, 64 und 65 St. G. gegen 12 Genossen. Sind auch die verhängten Strafen nicht hohe, so müssen doch die geringfügigen Delikte und die aufgelaufenen Prozeßkosten in Betracht gezogen werden, wobei zu beachten ist, daß die in dem großen Prozesse des Jahres 1893 Verurtheilten an Unterstützung zirka 1600 fl. in Anspruch nahmen. Versammlungsverbote sind nicht so häufig wie früher, wenn auch nicht selten, da sich die mährischen Bezirkshauptmänner durch unsere Bewegung die nothwendigste Gesetzeskenntniß angeeignet haben; nur der Sternberger Bezirkshauptmann macht noch eine unrühmliche Ausnahme.

Von größeren Aktionen sind zu erwähnen: Die Brünner Reichsrathswahl 1894 (125 Stimmen), die Wahlen in den Vorstand der Unfallversicherung (Erfolg im Schiedsgericht), die Agitation bei den Brünner Gemeindewahlen und den Vorstandwahlen in die Brünner Bezirkskrankenkasse.

Haben auch diese Aktionen nicht in allen Fällen zu keinem positiven Erfolge geführt, so ist doch deren agitatorische Bedeutung nicht zu unterschätzen. Größere Streiks waren der der Feilenarbeiter (verloren), der Metallarbeiter in Altendorf (gewonnen) und der Textilarbeiter in Mähr.-Trübau (verloren). Orte, in denen wir zunächst festen Fuß fassen müssen, und in denen ein günstiger Boden für die Bewegung ist, sind Privoz, Mähr.-Ostrau und Olmütz.

Um Irrthümern vorzubeugen, muß bemerkt werden, daß alle vorstehenden Daten nur auf die deutsche Parteiorganisation Bezug haben (mit Ausnahme der größeren Versammlungen in Brünn) und auch innerhalb derselben die Ziffern nicht auf Genauigkeit Anspruch machen können, da die Berichterstattung keine vollkommene ist und eine stattliche Anzahl von Versammlungen 2c. stattgefunden hat, welche, da nicht gemeldet, in dem Berichte nicht enthalten sind. Auch in dieser Richtung muß Wandel geschaffen werden, damit eine genaue und ausführliche Statistik angelegt und geführt werden kann. Haben wir nun auch keinen gerade gewaltigen, in die Augen springenden Fortschritt zu verzeichnen, so ist doch gewiß, daß im Ausbau und in der Festigung der Organisation Vieles geschaffen wurde und daß wir unbesorgt um die Zukunft wieder frischen Muthes weiterarbeiten können in der Organisirung des Proletariates.

Kreis Schlesien. Die Kreisorganisation ist in 5 Organisationsbezirke eingetheilt, und zwar:

Jägerndorf mit Troppau, Bennisch und Raaden;
Wigstadtl mit Bautsch, Hof, Odrau, Fulnek und Wagstadt;
Bielitz mit Alt-Bielitz, Alexanderfeld, Lipnik, Trzynitz, Teschen und Ustron;
Freiwaldau mit Zuckmantel und Gurschdorf;
Freudenthal mit Markersdorf, Karlsthal und Wildgrub.

Die Orte Schlesiens, die in den 5 Organisationsbezirken nicht angeführt sind, besitzen noch keine Organisation.

Das Vertrauensmännersystem ist durchgeführt in Wigstadtl, Bautsch, Hof, Fulnek, Odrau, Wagstadt, Bielitz, Teschen und Troppau.

Die Zahl der Vereine stellt sich Ende Dezember 1895 wie folgt:

Bildungsvereine 15, Mitgliederzahl 1860; Gewerkschaftsvereine 27, Mitgliederzahl 2107; zusammen 3967 Mitglieder.

Volksversammlungen fanden 75, § 2-Versammlungen 218, Vereinsversammlungen 273 und Konferenzen 20 statt.

Partei- und Fachblätter werden 2860 gehalten.

Politische Verfolgungen fanden statt:

In Wigstadtl: Gen. Josef Richter, § 2 und 19 V. G., freigesprochen; Gen. Mischak, § 23 P. G., 2 fl. Strafe; Gen. Potsch, § 2 V. G., freigesprochen.

In Odrau: Gen. Alois Mark, § 23 P. G., 2 fl. Strafe.

In Troppau: Gen. Schwach ohne jede Verurtheilung anläßlich des Tischlerstreiks auf 1 Jahr Stadt verwiesen; Anders, Treuchal, Losert, Steiner und Hellebrand § 2 V. G.: erstere 4 Genossen freigesprochen, letzterer zu 2 fl. Strafe; Gen. Hugo Schmidt, § 283 und 284 St. G., freigesprochen; Genosse Dr. Ingwer, § 303 St. G., 2 Monate Arrest; Gen. Hueber, § 305 St. G., 14 Tage Arrest; Gen. Trenka, § 4 und 26 V. G., freigesprochen, § 9 und 17 P. G. 10 fl. Strafe, § 2 und 19 V. G. und § 312 und 313 St. G. 15 fl. Strafe eventuell 3 Tage Arrest. Außerdem erhielt Gen. Trenka 26 amtliche Zuschriften und 14 Vorladungen.

Bielitz: Gen. Jorde 11mal, Hoinkes 2mal und je 1mal die Genossen Hugo Schmidt, Eldersch und Winarsky wegen § 2 V. G. freigesprochen; Gen. Jorde wegen Beleidigung der Bielitzer Fabrikanten 10 fl. Strafe; Gen. Pietsch von Seite der Staatsanwaltschaft Anklage nach § 300 erhoben.

An die Parteileitung wurden 25 Prozent von der eingegangenen Parteisteuer im Betrage von 130 fl. 44 kr. abgesendet.

Kreis Westgalizien. Trotz der zahlreichen Verfolgungen, denen unsere Partei ausgesetzt war, müssen wir nicht nur keinen Rückgang, sondern einen großen Aufschwung unserer Organisation im Zeitraume seit dem 1. April 1894 bis Ende 1895 konstatiren. Die Thätigkeit der Parteileitung und der Organisationen, wie auch die Erfolge derselben seit dem letzten Parteitag stellen sich folgendermaßen dar:

Im August 1894 fand während der galizischen Landesausstellung der dritte Parteitag der Sozialdemokratie in Galizien, Schlesien und der Bukowina zu Lemberg statt. Unsere Organisation hat ihn sehr zahlreich beschickt.

Der vierte Parteitag fand Ende September 1895 in Neu-Sandez statt und war von der unterfertigten Parteileitung organisirt.

Außerdem fanden zwei Landeskonferenzen der westgalizisch-schlesischen Sozialdemokratie in Krakau statt, die eine zu Ostern, die andere zu Weihnachten 1895.

Von Kreiskonferenzen sind 7 des Bielitz-Teschener und 6 des Ostrau-Karwiner Bezirkes zu verzeichnen.

Es wurde im Oktober 1894 der erste politisch-sozialistische Verein „Proletariat“ für Galizien und Schlesien in Krakau gegründet.

In demselben Jahre entstand auch der erste jüdische Arbeiter-Bildungsverein „Brüderlichkeit“ in Krakau.

In der Provinz wurden 1895 drei Arbeiter-Bildungsvereine gegründet: „Bratnia Pomoc“ („Bruderhilfe“) in Tarnow, „Siła“ in Rzeszow und „Siła“ in Myślenice.

Gemäß den Bestimmungen des III. Landesparteitages hat die Parteileitung hauptsächlich der Gewerkschaftsbewegung Vorschub geleistet und ihrer Mitwirkung verdanken folgende Zentralfachvereine für Galizien und Schlesien in Krakau ihr Entstehen: 1. Holzarbeiter-, 2. Bauarbeiter-, 3. Ziegelarbeiter- und 4. Schuhmacherverein; außerdem wurde die Gründung der Fachvereine der Schneider- und der Fleischer- und Selchergehilfen durch die Nichtbestätigung der Statuten seitens des Ministeriums vorläufig verhindert, wird aber demnächst stattfinden. Von Filialen entstand eine des Bäckerarbeitervereines in Podgórze, eine des Bauarbeitervereines in Bochnia und drei des österreichischen Staatseisenbahnervereines von Wien in Saybusch, Podgórze-Płaszów und Krakau. — Es fanden zwei Gewerkschaftskonferenzen statt: die erste Landeskonferenz der Buchdrucker in Lemberg, welche von allen Städten Galiziens, in denen es Buchdruckereien gibt, beschickt wurde, und die erste Landeskonferenz der galizischen Eisenbahner in Neu-Sandez, an der aus Westgalizien die

Vertreter von Krakau, Podgórze-Płaszów, Neu-Sandez und Saybusch theilnahmen.

Im Sommer 1894 hat sich der Wirkungskreis der Krakauer Parteileitung zum ersten Male auf das mährisch-schlesische Kohlenrevier ausgedehnt. Seitdem die Agitation unter den polnischen Bergarbeitern daselbst geführt wird, hat die dortige Bergarbeiter-Organisation beträchtlich zugenommen. Die polnischen Bergleute standen nämlich früher der czechischen Bergarbeiterbewegung feindlich oder theilnahmslos gegenüber und, da sie die Majorität der dortigen Bergarbeiterschaft bilden, konnte man ohne sie an keinen Fortschritt der Organisation denken. Seitdem aber hat der Berg- und Hüttenarbeiterverein „Prokop" 7 Ortsgruppen gegründet, deren Mitgliedschaft sich aus Czechen und Polen rekrutirt. Dies brachte er aber zu Stande nur Dank der energischen Mitwirkung der Krakauer Parteileitung und der Verbreitung des polnischen Parteiorganes „Naprzód".

In der Lohnbewegung haben wir zwei Streiks zu verzeichnen: den Ausstand der Krakauer Bäckerarbeiter, an dem sich 200 derselben betheiligten, und der nach der Dauer von einem Tage mit dem Siege der Arbeiter endete, und den Ausstand der Ziegelarbeiter in der Umgebung von Krakau, an dem 800 derselben theilnahmen, aber in Folge dessen, daß der Streik unorganisirt und plötzlich ausbrach, wie auch in Folge der Verfolgungen und Chicanen seitens der Behörden nach 25 Tagen unterliegen mußten.

Vor Allem aber wurde die meiste Energie für die politische Bewegung verwandt. Es wurden 59 Volksversammlungen abgehalten, davon 3 unter freiem Himmel und 13 Wahlrechtsversammlungen; 19 Versammlungen wurden außerdem verboten; § 2-Versammlungen wurden zirka 200 veranstaltet.

Die Maifeier wurde folgendermaßen durchgeführt: 1. Krakau: völlige Arbeitsruhe, Volksversammlung mit über 8000 Anwesenden, Nachmittags Ausflug und Volksfest; 2. Podgórze: Zahlreich besuchte Volksversammlung, Nachmittags Betheiligung an dem Krakauer Volksfest; 3. Neu-Sandez: Arbeitsruhe in den Eisenbahnwerkstätten und theilweise in der Stadt, Volksversammlung verboten, Abends § 2-Versammlung; 4. Bielitz-Biala: Theilweise Arbeitsruhe, Abends Volksversammlung.

Die Maifeier 1895: 1. Krakau: Völlige Arbeitsruhe, Volksversammlung mit 8500 Theilnehmern unter freiem Himmel, sonst wie im Vorjahre; 2. Podgórze, 3. Neu-Sandez, 4. Bielitz-Biala: Wie im Vorjahre; 5. Ostrauer Gruben- und Hüttenrevier: 5 Volksversammlungen und Volksfeste.

Politische Verfolgungen. Die Haft betrug 5 Jahre 3 Monate 10 Tage; davon Untersuchungshaft: 2 Jahre 6 Tage; polizeiliche Strafen: 5 Monate 20 Tage; und gerichtliche Strafen: 2 Jahre 9 Monate 14 Tage. Die höchste Strafe belief sich auf 6 Monate schweren Kerkers. Die Geldstrafen betrugen 72 fl. Mit Freispruch endeten 11 Verhandlungen. Die größten Prozesse wurden wegen der §§ 197 und 199 (falsche Zeugenaussage im Prozeß Reger und Genossen, der mit Freispruch aller Angeklagten endete), wie auch wegen der §§ 81 und 283 (Wahlrechtsdemonstration auf den Straßen von Krakau) angestrengt. Was die polizeilichen Strafen betrifft, so wurden sie meistens wegen des Singens der „Rothen Fahne", manchmal auch wegen Geldsammlungen oder Versammlungsreden (!) verhängt.

Parteipresse. Es erscheint nur ein politisches Blatt in Krakau, das bis Ende 1894 halbmonatlich, seit dem 1. Jänner 1895 aber wöchentlich unter seinem alten Titel: „Naprzód" („Vorwärts") erscheint. Seine Auflage beträgt 1800 Exemplare. Außerdem wurde in Krakau der III. und IV. Jahrgang des polnischen „Arbeiter-Kalenders" (für 1895 und für 1896) herausgegeben. Beide

Jahrgänge wurden konfiszirt, jedoch in der Auflage von 2000, beziehungsweise 3000 Exemplaren verbreitet.

Die Hauptmomente der Agitation bildeten die Wahlreform und die Arbeiterversicherung.

Die Wahlrechtsbewegung wurde energisch weitergeführt. Es wurde Anfangs der Massenstreik im Sinne der Resolution des letzten Wiener Parteitages als letztes Mittel zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechtes in Aussicht gestellt, was eine große agitatorische Bedeutung hatte. Die Koalition, wie auch speziell der koalirte Polenklub, wurden heftig bekämpft. Es wurden in dieser Zeit 13 Wahlrechtsversammlungen abgehalten und außerdem in Krakau 4 Straßendemonstrationen zu Gunsten des allgemeinen Wahlrechtes veranstaltet.

Da die Wahlen in die städtische Krankenkasse in Krakau auf das Jahr 1895 fielen, begann die Parteileitung eine rege Agitation in dieser Richtung und es gelang auch, die sozialdemokratische Liste mit einer großen Majorität durchzusetzen. Die Wahl des Ausschusses wurde zwar für ungiltig erklärt, aber bei den Neuwahlen ist ein erneuerter Sieg unserer Partei zu erwarten.

Dazu wurde der Partei noch ein Kampf aufgedrängt, der Kampf mit dem Klerus. Es muß bemerkt werden, daß derselbe Anfangs rein defensiv war. Die galizischen Bischöfe erließen drei Hirtenbriefe in verschiedenen Zeitabschnitten, in welchen sie unsere Blätter verdammten, was die Losung zu einem Kreuzzuge gegen die Sozialdemokratie gab. Von der Kanzel, vom Beichtstuhl aus wurde gegen uns heftig agitirt. Auch gründeten die Pfaffen ein „Arbeiterblatt", das aber bald eingehen mußte, wie auch „Arbeitervereine", die jedoch gar nicht gedeihen. Jesuiten und andere Geistliche kamen zu unseren Versammlungen, wurden aber von den Arbeitern abgewiesen. Der erbitterte Kampf, in dem von gegnerischer Seite kein Mittel verschmäht wird, dauert fort, er bringt uns aber mit jedem Tage nur neue Erfolge. Wir sahen uns oft genöthigt, in die Offensive überzugehen, als wir die

Bauernagitation begonnen hatten, um den Einfluß des Klerus auf das Landvolk zu schwächen. Die Anfänge der Agitation unter den Bauern sind bis jetzt erfolgreich; besonders rege haben wir vor den galizischen Landtagswahlen unter denselben agitirt. Unsere beiden letzten Parteitage haben sich mit der Schaffung eines Agrarprogramms beschäftigt, seither wird die praktische Arbeit in dieser Richtung geleistet.

Kreis Ostgalizien. Allgemeines. In Galizien, dem Lande der Pfaffen und Schlachzizen, wo die Bevölkerung ökonomisch und kulturell um vieles niedriger als in anderen Ländern steht, ist es doppelt schwierig, eine oppositionelle Bewegung zu schaffen und zu leiten. Man soll die Fortschritte unserer Partei mit anderem Maßstabe, als anderswo messen; jede, noch so kleine Eroberung erforderte bei weitem größere latente Arbeit, um den Trägheitswiderstand der seit Jahrhunderten ausgebeuteten Massen zu brechen; die Arbeiterpartei in Galizien ist eine Kulturpartei, da sie die armen, geknechteten Arbeiter und Bauern überhaupt zum politischen Leben und Denken heranzieht.

Wir können mit Genugthuung konstatiren, daß in den letzten zwei Jahren die Bewegung bedeutend zugenommen hat, nicht nur extensiv, sondern auch intensiv. Zwei Jahre unermüdlicher, aufreibender Agitation brachten die Bewegung um einen großen Schritt vorwärts; und wenn auch die Resultate den Vergleich mit denen in anderen Ländern nicht aushalten können, so muß man eben beachten, daß dies in Galizien gewesen ist.

Das Parteileben bethätigte sich nach innen in fortwährender Ausbesserung und Erweiterung der Organisation, der politischen und gewerkschaftlichen. Nach außen mußte die Partei, außer dem politischen Kampfe um's Wahlrecht, worin sie mit allen österreichischen Genossen in Reih' und Glied zusammenging, auch

lokalen Verhältnissen Rechnung tragen. Außer der allmächtigen Schlachzizenpartei gibt es in Galizien bürgerliche „Demokraten“, impotente Nationalphrasendrescher, deren Häupter Szczepanowski, Rutowski, Romanowicz und andere Streber sind. Ihr ganzes Thun erschöpft sich im Veranstalten von patriotischen Festlichkeiten, wo sie sehr schön sprechen, um dann um so frecher um die Gunst der Schlachzizen zu buhlen, und die Arbeiter auszubeuten, — wie z. B. der Naphtabaron Szczepanowski. Gegen diese politischen Amphibien mußte unsere Partei scharf auftreten, besonders im Jahre 1894, welches unter dem Zeichen der 100jährigen Kosciuszkofeier und des Ausstellungsrummels stand. Während der Feier des großen polnischen Volkshelden Kosciuszko nagelten die Arbeiter die heuchlerischen Demokraten fest, und machten eine reinliche Scheidung zwischen den Geschäftspatrioten und denen, die es wirklich sind. Der Ausstellungsrummel gab auch Gelegenheit, das Treiben dieser Herren zu beleuchten. Die auf der Ausstellung beschäftigten Arbeiter wurden z. B. ohne Kündigung entlassen und nur nachdem unsere Partei wiederholt Protestversammlungen veranstaltet hatte, wurde die Maßregel aufgehoben.

Der im September 1894 nach Lemberg einberufene Landesparteitag war eine wichtige Etappe in der Entwicklung unserer Partei. Es wurden unter Anderem Grundlagen für eine ausgiebige gewerkschaftliche Agitation geschaffen, deren Folgen im nächsten Jahre in mehreren siegreich durchgeführten Streiks sichtbar wurden. Es wurde auch die Agrarfrage besprochen.

Die Gewinnung der Bauern, die bekanntlich 80 Procent der gesammten galizischen Bevölkerung bilden, ist für unsere Partei eine sehr wichtige Sache. Die Debatte war sehr lebhaft und es betheiligten sich an ihr auch ruthenische Radikale (Franko, Trylowski); es wurde beschlossen, eine Commission einzusetzen, die einen Agrarprogrammentwurf dem nächsten Parteitage vorlegen sollte. Die zahlreich versammelten Parteitags-Mitglieder wohnten der feierlichen Enthüllung des Denkmals für den Dichter Boleslaus Czerwienski, des gefeierten Autors der Arbeiterhymne „Rothe Fahne“ bei. Die Kosten des Denkmals wurden durch Sammlungen unter den Arbeitern bestritten.

Die zweite Hälfte des Jahres 1894 und die erste des Jahres 1895 war fast ganz dem politischen Wahlrechtskampfe gewidmet. Die ostgalizischen Arbeiter scheuten keine Opfer, wenn es galt, gegen die Koalition zu demonstriren. Besonders imposant fiel die Straßendemonstration in Lemberg am 19. November 1894 aus; sie brachte unseren Genossen zirka 6 Monate Kerker ein. Die Lemberger Polizei erniedrigte sich zu Saalabtreibereien und verbot jede Versammlung im Rathhaussaale, obwohl der Gemeinderath uns denselben immer ohne Anstand zur Verfügung stellte. Wunderbarer Weise ist der Sozialismus in Lemberg dadurch nicht vernichtet worden. . . .

Anfangs April 1895 fand in Lemberg eine ostgalizische Parteikonferenz statt; der Berichterstatter des Parteicomités konnte schon auf Anfänge einer bäuerlichen Agitation in der Gegend von Lemberg, Przemysl, Stanislau, Kolomea ꝛc. hinweisen; es wurde das gemeinsame Vorgehen mit den ruthenischen Radikalen betont. Und wirklich sah man auf den nächsten Maifeierversammlungen viele Bauern, welche andächtig unseren Rednern zuhörten, und selbst das Wort ergriffen.

Diese augenscheinlichen Erfolge unserer Bewegung versetzten die Gegner in hellen Schrecken. Die klerikale Sippschaft begann einen verzweifelten Feldzug gegen die Sozialdemokraten; sozialistische Zeitschriften wurden von den Bischöfen verboten, man gründete Schmutzblättchen, welche alle in der Agitation thätige Genossen mit Koth bewarfen. Auch politische Verfolgungen mehrten sich von Tag zu Tag. Der ganze Feldzug fiel jedoch kläglich aus, er vermehrte nur den Eifer der Genossen für die Sache und die Verachtung für die Gegner, die sich solcher Waffen bedienen.

Der Streik der Ziegelarbeiter in Lemberg, welcher am 24. Juni ausbrach und nach 10 Tagen mit dem Siege der Arbeiter endete, eröffnete die Aera einer intensiven gewerkschaftlichen Agitation. In allen größeren Städten Ostgaliziens brachen Lohnkämpfe aus. Noch nie hatte es in Galizien in so kurzer Zeit so viel Streiks gegeben; ihre Wirkung war sehr groß; es ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiter in Galizien sich aus der Apathie schon erhoben haben und den Drang nach besserer Lebenshaltung empfinden.

Nach der Streikperiode kam die gewerkschaftliche Organisation. In Lemberg und anderen Städten wurden Fachvereine, einer nach dem anderen, gegründet und auf diese Weise breite Rahmen für die nächstfolgende Agitation geschaffen.

An den Landtagswahlen konnte die Partei positiv nicht theilnehmen, doch verfehlte sie keine Gelegenheit, um das Vorgehen der bürgerlichen Parteien zu kritisiren und gegen die unerhörten Wahlmißbräuche zu protestiren.

Den Parteitag in Neu-Sandez (September 1895) haben die ostgalizischen Organisationen zahlreich beschickt. Die Beschlüsse des Parteitages waren für sie ein Grund mehr, noch eifriger an die Arbeit zu gehen, um die ostgalizische Bewegung näher dem Höhepunkt zu bringen, auf dem die Bewegung anderer ökonomisch fortgeschrittener Provinzen steht.

Die Lemberger „Unabhängigen" sind definitiv von der Bildfläche verschwunden, nachdem ihr letzter Versuch, durch nichtswürdige Verleumdungen den Kampf gegen die Sozialdemokratie weiter zu führen, gänzlich mißlungen ist. Die besseren Elemente aus der Reihe der Unabhängigen schlossen sich unserer Partei an.

Die Frische und Unternehmungslust, die jetzt durch die Reihen der Partei geht, wird hoffentlich zu weiteren Erfolgen führen.

Organisation. *a)* Politische. In den größeren Städten wurde das Vertrauensmännersystem durchgeführt, welches sehr gut funktionirt. Politische Vereine („Proletariat") bestehen in Lemberg und Stanislau.

b) Bildungsvereine existiren in Lemberg, Winniki, Przemysl, Stanislau, Stryj, Ottynia und Kolomea. Die jüdischen Genossen haben besondere Vereine in Lemberg, Przemysl, Stanislau und Kolomea. Zusammen also 11 Bildungsvereine, von denen 4 in den letzten zwei Jahren gegründet wurden.

c) Die gewerkschaftliche Organisation, obwohl noch sehr jung, macht mit jedem Tage größere Fortschritte. Es ist schon gelungen, den größten Theil der Branchen zu organisiren; die siegreichen Streiks haben viel dazu beigetragen. In den letzten zwei Jahren entstanden Fachvereine der Tischler, Bäcker, Schneider, Maler und Lackirer, Ziegelarbeiter, Handlungsgehilfen, Friseure und Eisenbahnarbeiter. Außerdem existiren mehrere Gehilfenvereine und zwar der Schlosser, Schuster, Blechschmiede, Schmiede, Bauarbeiter, Buchbinder 2c. — Die Buchdrucker haben sich dem österreichischen Verbande angeschlossen, und anfangs September 1895 einen Fachkongreß abgehalten. Die Bauarbeiter wollten ihren Verein „Ognisko" auf ganz Galizien ausdehnen, doch hat das k. k. Ministerium die Statuten nicht genehmigt.

In Lemberg haben 15 Arbeitervereine anfangs 1895 den Beschluß gefaßt, ein Arbeiterheim zu bauen und zu dem Zwecke ihre Mitglieder besteuert. Die Sammlungen gehen rüstig vorwärts. Seit Juni befinden sich 8 Arbeitervereine und die Redaction des „N. Robotnik" zusammen in einem eigens dazu gemietheten zweistöckigen Hause, wo auch ein geräumiger Saal für Versammlungen sich befindet.

Presse. Wir haben in Ostgalizien 2 politische Blätter: den „Nowy Robotnik" (Auflage 1400 Expl.) und den jüdischen „Arbeiter" (600 Expl.). Der „Robotnik" erscheint seit Dezember 1894 dreimal monatlich; die Ab-

nehmerzahl ist in den letzten zwei Jahren um 500 gestiegen. Die Finanzen des „Robotnik“ waren:

	Einnahmen	Ausgaben
Im Jahre 1894	fl. 816·83	fl. 886·75
„ „ 1895	„ 1589·72	„ 1585·82

Außerdem erscheint in Lemberg „Swiatlo“, populär-wissenschaftliche Monatsschrift (700 Expl.) und das Fachorgan der Buchdrucker „Ognisko“. Einige Zeit hindurch ging zuerst in Przemyśl, dann in Lemberg das humoristische Blatt „Boccan“ heraus, mußte aber wegen Mangel an geeigneten redaktionellen Kräften eingestellt werden.

Die Zahl der Konfiskationen unserer Publikationen beläuft sich auf 38.

Die Agitation war in den letzten zwei Jahren eine lebhafte. Der Agitationsfond weist auf:

	Einnahmen	Ausgaben
Im Jahre 1894	fl. 180·21	fl. 234·41
„ „ 1895	„ 356·13	„ 415·46

Obwohl der Geldmangel sehr oft unsere Schritte gehemmt hat, wurden viele neue Punkte erobert. Erfreuliche Fortschritte machte die jüdische Arbeiterbewegung; bei der Agitation kam es oft zu scharfen Auseinandersetzungen mit den jüdisch-nationalen Sionisten, wobei diese regelmäßig den Kürzeren zogen. — Wir haben auch Anfänge einer Arbeiterinnenbewegung. In nächster Zeit werden die Städte Łańcut, Kałusz, Tarnopol, Dobromil, Boryslan ꝛc. in Angriff genommen werden.

Politische Volksversammlungen wurden einberufen im Jahre 1894 37, davon wurden verboten 8. Im Jahre 1895: einberufen 41, verboten 6. Außerdem wurde eine Unzahl von vertraulichen und gewerkschaftlichen Versammlungen veranstaltet.

Bei den Wahlen in die Bezirkskrankenkassen, die in Lemberg, Przemyśl und Kolomea im Jahre 1895 stattfanden, siegten die Sozialdemokraten mit überwältigender Majorität.

Die Maifeier hat bei den galizischen Arbeitern schon das Bürgerrecht gewonnen und wird immer mit großem Enthusiasmus begangen. Die Unternehmer benehmen sich ziemlich brutal. So hat z. B. die Lemberger Bahndirection im Jahre 1894 mehrere Arbeiter, die als „Aufwiegler“ galten, nach der Maifeier entlassen. In Lemberg feierten im Jahre 1895 zirka 10.000 Arbeiter. Massenversammlungen fanden statt in Lemberg, Przemyśl, Stanislau, Kolomea und Stryj. Wo die Arbeiter nicht feiern konnten, gaben sie einen Theil ihres Lohnes für den Inhaftirtenfond (z. B. in Ottynia).

Parteiliteratur. Es wurde herausgegeben in Lemberg: 1. Program socyalistyczny“, eine populäre Erläuterung unseres Parteiprogrammes. Die Broschüre wurde konfiszirt. 2. „Historya socyalizmu w Galicyi“, eine Geschichte der sozialistischen Bewegung in Galizien von Żegoła. Zu Agitationszwecken wurden ferner tausende Broschüren aus London bezogen.

In jüdischer Sprache sind erschienen, in Lemberg: 1. „Gut Jom Tow“ („Der 1. Mai“). 2. „Lang und Mayer“. 3. „Der Din und der Joscher“ zu je 2000 Exemplaren.

Lohnkämpfe waren in Ostgalizien im Jahre 1894 folgende: 1. Streik der Ausstellungsarbeiter. Er dauerte 1 Tag und endete siegreich für die Arbeiter. 2. Streik der jüdischen Bäcker in Lemberg. Nach sechstägigem Kampfe unterlagen die Arbeiter. 3. Die Lemberger Schriftsetzer rüsteten im Juni zu einem großen Streik; es kam jedoch zu einem Ausgleich, der für die Arbeiter günstig ausfiel.

Im Jahre 1895 brachen folgende Streiks aus: 1. Der Ziegelarbeiter in Lemberg, 2. der Bauarbeiter in Przemyśl, 3. der Tischler in Kolomea, 4. der Bauarbeiter in Winniki, 5. der Bauarbeiter in Stanislau, 6. der Gerber in Stanislau, 7. der Bäcker in Stanislau, 8. der Bürstenbinder in Kolomea, 9. der Mühlenarbeiter in Kolomea. Fünf Streiks endigten mit dem vollständigen, 4 mit theilweisem Siege der Arbeiter.

Es ist bezeichnend, daß die bäuerliche Bevölkerung den Lohnkämpfen der Arbeiter sympathisch gegenüberstand. Auf dem Congresse der ruthenischen Radikalen stellte z. B. ein Bauer den Antrag, die Bauern sollen den Arbeitern, „wenn sie in den Generalstreik eintreten, Brot und Kartoffeln umsonst liefern". Die Bauern in Przemyśl unterstützten die streikenden Maurer mit Geld und Proviant.

Politische Verfolgungen. Im Jahre 1894 gab es in Ostgalizien 6 politische Verfolgungen, von denen 5 mit Freisprechung endeten. Nur in einem Falle lautete das Urtheil auf 7 Tage Arreststrafe. Die Untersuchungshaft dauerte dagegen 5 Monate und 10 Tage. Die Geldstrafen betrugen 25 fl.

Im Jahre 1895 vergrößerte sich die Zahl der Verfolgungen verhältnißmäßig sehr stark. Die Ziffer der Verurtheilungen beläuft sich auf 4 Jahre, 3 Wochen. Die Untersuchungshaft dauerte 3 Jahre, 7 Monate, 4 Wochen und 1 Tag. Zusammen also wurden 7 Jahre, 7 Monate, 7 Wochen und 1 Tag abgebüßt. Die Geldstrafen schwollen auf 55 fl. an. Bei Geschwornengerichten endeten alle Prozesse mit Freisprechung. Es geschah dies 8 Mal; sonst gab es keine Freisprechungen.

Der Inhaftirtenfond weist nach:

	Einnahmen	Ausgaben
1894 . . .	177 fl. 57 kr.	132 fl. 82 kr.
1895	151 „ 03	97 „ 70 „

Die **czechische Parteiorganisation** besteht derzeit aus 13 Kreisorganisationen, wovon 7 auf Böhmen, 4 auf Mähren, 1 auf Niederösterreich und 1 auf Schlesien entfallen. In der abgelaufenen Periode wurden 34 Kreiskonferenzen abgehalten, wovon 8 von der Parteileitung besucht waren. — Vom 1. Jänner 1894 bis 29. Februar 1896 wurden 452 Personen in Untersuchungshaft gezogen, wovon 159 Personen verurtheilt, 100 freigesprochen und 193 unter Einstellung der Untersuchung freigelassen wurden. Die Summe der Strafen betrug 19 Jahre, 23 Tage und 599 fl. Von den Delikten betrafen 45 Perzent das Preß-, 30 Perzent das Vesammlungsgesetz und 25 Perzent andere Gesetze. An Unterstützungen wurden ausgezahlt 2952 fl. 55 kr.

Kreisorganisation für Central-Böhmen, Sitz Prag. Die Kreisorganisation hat vom 25. August 1894 bis 1. März 1896 abgehalten: 5 Kreiskonferenzen, 9 Versammlungen unter freiem Himmel, 4 solche wurden verboten; 588 sonstige Versammlungen und Vorträge, 60 davon wurden verboten.

Im Jahre 1894 und 1895 wurden an Unterstützungen und Gerichtskosten verausgabt 1574 fl. 7 kr.

Im Jahre 1895 sind folgende Strafen erfolgt, und zwar: 3 Wochen „Untersuchungshaft"; Strafen allein betrugen in diesem Jahre 18 Monate 3 Wochen 3 Tage und 8 fl. Geldstrafe.

Berichtigung.

In dem Parteibericht „Kreis Steiermark" ist eine Unrichtigkeit vorhanden, und zwar soll es heißen: die gewerkschaftlichen Organisationen haben 7500 Mitglieder **exklusive** des Rechtsschutzvereines, welcher mit den Gewerkschaften nichts gemein hat.

Erster Verhandlungstag am 5. April 1896.

Gen. Schrammel eröffnete um 10 Uhr den Parteitag.

Parteigenossen!

Das rechtlose, ausgebeutete Volk Oesterreichs hat heute seine Vertreter hieher entsendet, um den besten Weg zu seinem Ziele festzustellen. Als wir vor zwei Jahren beisammen waren, standen wir mitten in der Wahlrechtsbewegung, und es war unsere Aufgabe, mit möglichst geringen Opfern des arbeitenden Volkes die Machthaber zu zwingen, eine Wahlreform zu schaffen. Zahlreiche Sympathiekundgebungen wurden uns damals zu Theil und auch diesmal werden uns diese nicht fehlen, nur eine Sympathiekundgebung wird nicht kommen, und das ist die unseres großen unvergeßlichen Kämpfers für Menschenrechte, Friedrich Engels. Wir wollen heute dieses Mannes gedenken, welcher gleich unserem großen Marx so viel für uns gethan. In seinem Geiste wirken wir, arbeiten wir. (Die Versammlung hat sich während der letzten Worte von den Sitzen erhoben.) Viele unserer Parteigenossen sind seit jener Zeit aus unserer Mitte geschieden, und auch ihrer wollen wir gedenken, besonders des Gen. Ignaz Saska, welcher als Mitglied der Parteivertretung durch viele Jahre gekämpft, mitgearbeitet hatte, für die Befreiung des Volkes.

Die Verhandlungen auf den V. österreichischen Parteitag werden von großer praktischer Wichtigkeit sein, weil wir nunmehr eine Wahlreform vor uns haben, welche einmal Gesetz, ein Schandfleck für die sein wird, die sie geschaffen haben. Wir müssen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen, trachten, statt dieser Wahlreform das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erlangen.

Der Parteitag ist auch dadurch von großer Bedeutung, weil er auf einem Boden stattfindet, auf welchem vor kurzer Zeit noch der Ausnahmszustand herrschte und die nationalen Wirren den Höhepunkt erreicht haben. Sie sind zusammengekommen, um zu beweisen, daß das arbeitende Volk Oesterreichs hoch über den konfessionellen und nationalen Fragen steht und lediglich die Befreiung aus der wirthschaftlichen Abhängigkeit und politischen Knechtung vor Augen hat.

Ich begrüße daher im Namen der Sozialdemokratie die Prager Genossen, und danke Ihnen für die Aufnahme und die Fürsorge, mit welcher Sie uns entgegengekommen sind; ich begrüße sämmtliche Genossen auf das Herzlichste und eröffne den V. österreichischen Parteitag der Sozialdemokratie.

Ich bin beauftragt, folgende Genossen für das Bureau vorzuschlagen: Popp Julius (Wien), Steiner (Prag), Zeller (Reichenberg) und Reger (Mährisch-Ostrau) in das Präsidium, Skaret (Wien), Seeliger (Teplitz), Němec (Wien), Vaněk (Pilsen) als Schriftführer.

Gen. Seeliger erklärt die Wahl nicht anzunehmen und schlägt Elders ch (Brünn) vor. In das Präsidium werden gewählt: Als Vorsitzende: Steiner (Prag), Popp (Wien), Zeller (Teplitz) und Reger (Mähr.-Ostrau); als Schriftführer: Eldersch (Brünn), Němec (Wien), Skaret (Wien), Vaněk (Pilsen); als Dolmetsch für das Czechische werden bestellt: Němec, Vaněk und Reis. Gen. Popp (Wien, den Vorsitz übernehmend):

Parteigenossen! Die Parteivertretung hat den V. Parteitag in der Absicht nach Prag einberufen, um zu beweisen, daß es auch auf diesem heißen Boden möglich ist, unsere Grundsätze unbehindert zu vertreten und Verhandlungen in deutscher Sprache zu führen als Beweis, daß die Sozialdemokratie national nicht empfindlich sei. Er bittet die Delegirten nicht weitschweifig zu sein und keine unnützen Geschäftsordnungs-Anträge zu stellen.

Gen. Roscher (Wien) verweist auf die Verfolgungen, denen die Provinzgenossen in Böhmen in den Achtziger Jahren seitens der Prager Behörde ausgesetzt waren. Unter den Anwesenden Delegirten sind fast ein Dutzend Genossen, die in Folge der Geheimbundsprozesse aus Prag ausgewiesen wurden, und mißt schon deshalb dem Parteitage eine große politische Bedeutung bei.

Es wird hierauf die vorgeschlagene vorläufige Tagesordnung definitiv angenommen.

Ein Dringlichkeitsantrag empfiehlt die Absendung des folgenden Begrüßungstelegrammes an Liebknecht:

„Der V. sozialdemokratische Parteitag sendet post festum dem alten Soldaten der Revolution die herzlichsten Glückwünsche zu seinem 70. Geburtstage."

(Unter Beifall einstimmig angenommen.)

Die vorgelegte Geschäftsordnung wird in einigen Punkten abgeändert.

Gen. Krapka beantragt, den Vertretern der Parteiblätter das Stimmrecht zu ertheilen.

Dieser Antrag wird nach kurzer Debatte nahezu einstimmig angenommen und den Vertretern sowohl der politischen als der gewerkschaftlichen Blätter Zutritt gegeben.

In die Mandatsprüfungs-Kommission werden gewählt: Steiner, Schäfer, Schuhmeier, Grablowitz und Eldersch.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß 147 Delegirte angemeldet, von denen jedoch noch nicht alle erschienen sind.

Es wird hiemit zu Punkt I der Tagesordnung: „Parteibericht" übergegangen.

Referent Gen. Dr. Ellenbogen (Wien):

Parteigenossen! Die Thatsache, daß wir heute unseren Parteitag unter einem ganz anderen politischen Regime veranstalten, als es geherrscht hat zur Zeit, als der letzte Parteitag seine Berathungen veranstaltet hat, erzählt allein schon die Geschichte der Bewegung der letzten 2 Jahre. Vor 2 Jahren haben wir unter der Regierung der Coalition unsere Aufgabe durchzuführen gehabt, und die damals gewählte Parteileitung hat die Aufgabe gehabt, alle der Partei zur Verfügungen stehenden Mittel anzuwenden, um dieses System des tiefsten und intensivsten Hasses der Bourgeoisie gegen das Proletariat, ihrer bonirten Angst vor demselben, so rasch als möglich aus der Welt zu schaffen. Ich glaube mich keiner Uebertreibung schuldig zu machen, wenn ich sage, daß die Parteileitung ihre Aufgabe der Coalition gegenüber in vollkommenster Weise gelöst hat. Unsere Aufgabe war einfach, wie es ja die Aufgabe der Sozialdemokratie immer ist und sein wird, darzustellen und auszusprechen das, was ist, und wir haben Thatsachen festgestellt. Unsere Aufgabe war es, die ganze Nichtigkeit und Hohlheit des Systems der Coalition darzustellen, vor allem klarzustellen, daß sie nicht im Stande sei, die Aufgabe, eine Wahlreform zu machen, zu deren Durchführung sie ja zusammengetreten war, zu lösen, daß sie aber auch nicht im Stande war, irgend eine andere größere, politisch wichtige positive Aktion durchzuführen. Was speziell unter der Coalition geleistet worden ist, die Preßreform z. B., das war ja nur das Produkt der Agitation unserer Partei und die Quittirung derselben durch die Coalitionsministerien, aber daß es uns gelungen ist, die Unfähigkeit der Coalition darzuthun, in Bezug auf die Schaffung

einer Wahlreform, eines Strafgesetzes, einer Steuerreform u. dgl., das ist allerdings nicht ausschließlich unser Verdienst; aber wir können doch sagen, daß wir am meisten dazu beigetragen haben, der Oeffentlichkeit die Augen zu öffnen über die Eigenschaften des Systems Windischgrätz.

Auch jenen Erlaß des Grafen Schönborn in Bezug auf die Konfiskation unserer Presse dürfen wir mit Fug und Recht als das Resultat unseres unerschrockenen Kampfes gegen die Staatsanwälte bezeichnen. Ich halte es nicht für meine Aufgabe, einen ausführlichen Ueberblick über die Politik der Partei in den letzten zwei Jahren zu geben, da ja der gedruckt vorliegende Bericht in vollkommen genügender Ausführlichkeit diese Sache darstellt und da überdies die Bewegung der einzelnen Kronländer in den Kreisorganisationen durch diese Berichte dargethan ist. Meine Aufgabe ist es vielmehr, Ihnen einen Ueberblick über das Gesammtbild der Parteithätigkeit der letzten zwei Jahre zu geben.

Die Partei ist gegenwärtig, wie es unser Parteistatut beschlossen hat, in Kreise eingetheilt und zwar verfügt die deutsche Parteiorganisation über 14 Kreisorganisationen, die czechische über 13, die polnische über 2 und, wenn wir noch die italienische Organisation, die sich im Laufe der 2 Jahre neu gebildet hat, als eine eigene Organisation, was sie auch ist, auffassen, so verfügt die Gesammtpartei über 30 Kreisorganisationen. Die Zahl der Bezirksorganisationen, welche sich im Rahmen dieser Kreisorganisationen gebildet haben, ist nicht genau festzustellen, weil die Berichte darüber noch nicht vollständig eingelaufen sind, weil insbesondere die Zahl der czechischen Bezirksorganisationen fehlt. Die Deutschen verfügen, soweit die Berichte bisher eingelangt sind, über 110 Bezirksorganisationen. Die auf dem letzten Parteitag gewählte Parteivertretung tritt nicht in derselben Anzahl, in der sie gewählt wurde, wieder vor Sie hin. Es sind mehrere Genossen ausgeschieden, so unser lieber Ignaz Saska, der gestorben ist, Die engere Parteivertretung hat in dem Zeitraum zwischen dem letzten und diesem Parteitag zirka 100 Sitzungen abgehalten, während die Gesammtparteivertretung in 7 Sitzungen zusammengetreten ist. Die Kreisorganisation hat 61 Kreiskonferenzen abgehalten. Der letzte Parteitag hat der Parteivertretung eine Reihe von Aufgaben zugewiesen: Erstens dafür zu sorgen, das das Organisationsstatut Fleisch und Blut bekomme und in die Wirklichkeit umgesetzt werde. Zweitens, daß insbesondere der Organisation der Bergarbeiter eine größere Aufmerksamkeit zugewendet werde. Die Parteivertretung hat dieser Aufgabe in der Weise nachzukommen gesucht, daß sie eine große Menge von Agitationsreisen in die verschiedenen Kronländer veranstaltete, theils durch Mitglieder der Parteivertretung, theils durch andere Parteigenossen. Es ist eine Reihe von größeren Touren nach Nord-, West- und Südböhmen, nach Tirol rc. veranstaltet worden. In 3 Touren sind die Bergarbeiterbezirke bereist worden. Die Resultate dieser Agitationen treten darin zu Tage, daß insbesondere die Bergarbeiter-Organisation riesige Fortschritte gemacht hat. In jenen Bezirken, wo noch vor zwei Jahren eine sehr unbedeutende Bewegung oder gar keine gewesen ist, ist jetzt eine starke Bewegung vorhanden, und, was die Hauptsache ist, die nunmehr organisirten Bergarbeiter stehen vollständig auf dem Boden unserer Partei. Die früheren Mißhelligkeiten sind geschwunden und anderseits haben die Agitationsreisen den thatsächlichen Erfolg gehabt, daß das Verständniß für die Aufgaben der Partei nunmehr in jenen Kreisen geweckt worden ist.

Von großen Agitationstouren, die in der Regel 14 Tage in Anspruch genommen haben, sind 9, von kleineren etwa 100 veranstaltet worden. Die politische Thätigkeit der Partei würde auch aus der Zahl der Volksversammlungen erhellen, aber eine genaue Statistik über dieselben läßt sich einfach nicht geben bei der ungeheuren Zahl der ersteren und bei den verschiedenartigen

Titeln, unter welchen diese Volksversammlungen entsprechend unseren Vereinsgesetzen einberufen werden mußten. Nach einer oberflächlichen Schätzung haben wir weit über 2000 Volksversammlungen in allen Organisationen veranstaltet, von welchen überdies 65 verboten worden sind. Die Agitation der letzten Zeit ist auch in der Form in Angriff genommen worden, daß den Genossen von Seiten der Parteivertretung empfohlen wurde, politische Vereine zu bilden, und speziell in Wien hat sich diese Art der Agitation äußerst fruchtbar und zweckmäßig erwiesen, insbesondere um das Verständniß für unsere Parteibestrebungen in den Reihen der noch indifferenten und halb aufgeklärten Genossen zu erwecken. Wir haben einen weiteren Erfolg gehabt in Bezug auf die Heranziehung der Bauern. Es sind in den verschiedenen Bezirken Bauern, wenn auch nicht direkt in die Organisation hineingezogen, so doch mit dem Gedanken der Sozialdemokratie vertraut gemacht worden. Ja, wie die mährische Kreisorganisation berichtet, besteht in Mähren sogar gegenwärtig bereits eine eigene sozialdemokratische Bauernorganisation. Auch in West- und Südböhmen sind an verschiedenen Orten, wenn auch nicht ausgebildete Bauernorganisationen, so doch Bezirke, wo die Bauern an unseren Bestrebungen theilnehmen. In Galizien speziell, welches ja hauptsächlich ein Agriculturland ist, haben sogar die Bauern beschlossen, sich an der Maifeier zu betheiligen. Welchen Erfolg übrigens die sozialdemokratische Agitation unter den galizischen Bauern hat, haben die letzten Landtagswahlen gezeigt, deren Ausfall durchaus nicht lediglich das Verdienst der radikalen Parteiströmungen in Galizien, sondern in erster Linie das Verdienst der sozialdemokratischen Agitation ist. Wir haben ferner in diesen zwei Jahren unsere Aufgabe darin erblickt, alle jene Mittel, welche uns die politischen Verhältnisse und Einrichtungen unseres Staates zur Verfügung stellen, anzuwenden, um sie zur Verbreitung unserer Ideen zu benützen. Hieher gehört in erster Linie der Eintritt in die Gemeindevertretungen und die Betheiligung an den Wahlen in dieselben. Der Gedanke ist kein neuer, und ist nicht erst in den letzten 2 Jahren aufgetaucht. In verschiedenen Provinzen haben sich schon in früherer Zeit Genossen an den Wahlen in die Gemeindevertretungen betheiligt und sogar mit dem positiven Erfolge, daß verschiedene Genossen in Gemeindevertretungen gewählt worden sind. Speziell in Westböhmen, in Nordböhmen und sogar in einer Gemeinde Vorarlbergs sind Genossen in die Gemeindevertretungen eingezogen. Aber diese Agitationen und Bestrebungen der Parteigenossen waren lediglich darauf gerichtet, wiederum einige Fernerstehende auf die Partei aufmerksam zu machen. Eine viel größere Bedeutung beansprucht die Betheiligung der Sozialdemokratie an den Gemeinderathswahlen in Wien und in größeren Städten, wo zwar ein positiver Erfolg insoferne nicht erreicht worden ist, als wir etwa unsere Genossen in die Gemeindestube hineingebracht hätten, wo aber der moralische Erfolg ein ungeheuerer war, weil wir die Oeffentlichkeit über unsere Ziele aufgeklärt haben und es speziell in Wien gelungen ist, den geradezu blödsinnigen Kampf zwischen Liberalen und Antisemiten, der von rein persönlichen Motiven beherrscht war, umzuwandeln in einen solchen, der von sachlichen Motiven geleitet gewesen ist. Wir haben auf diesem Wege außerordentlich zur Läuterung und Hebung der öffentlichen Meinung in Oesterreich beigetragen.

Das kommunale Programm, welches die Sozialdemokraten in Wien veröffentlicht haben, zum Zwecke der Benützung bei den Gemeinderathswahlen, hat sich ja, wenn es auch nicht mustergiltig ist, so doch äußerst fruchtbar erwiesen und hat außerordentlich zur Belehrung der eigenen Parteigenossen und sogar der Gegner beigetragen.

Redner bespricht hierauf die Erfolge der Partei in Bezug auf Bezirks-

Parteigenossen! Noch als der letzte Parteitag zusammentrat, haben sich in verschiedenen Kreisen von Parteigenossen die Beschwerden geltend gemacht, daß die politische Bewegung zu sehr gefördert und die gewerkschaftliche Bewegung zu Gunsten der ersteren zu sehr vernachläßigt wird. Diesen Vorwurf kann man der Bewegung der letzten 2 Jahre, wenn er auch früher berechtigt gewesen sein sollte, entschieden nicht machen, denn die Thatsachen, die Ziffern, u. zw. gerade die, welche von der Gewerkschaftskommission veröffentlicht wurden, beweisen unwiderleglich, daß die Gewerkschaftsorganisation riesige Fortschritte gemacht hat, daß nicht nur die Zahl der Organisationen, sondern auch, was viel wichtiger ist, die Zahl der Mitglieder in denselben und die Zahl der Leser der Fachblätter außerordentlich zugenommen hat. Dieses Aufblühen der gewerkschaftlichen Bewegung ist, wenn ich mich so ausdrücken darf, eine politisch-psychologische Nothwendigkeit gewesen. Nach der gewaltigen Heftigkeit der politischen Bewegung, die nothwendig war zur Zeit der Koalition, mußte naturgemäß auf der anderen Seite sich das Bedürfniß nach Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation geltend machen.

Es ist dies der ewige Wechsel in der Betonung bald des einen, bald des andern Momentes. Aber gerade der Umstand, daß sowohl die politische als die gewerkschaftliche Organisation in den letzten zwei Jahren in die Höhe gegangen ist, ist einer von jenen vielen Beweisen für die Thatsache, daß die gewerkschaftliche und politische Organisation nur zwei verschiedene Ausdrücke für eine und dieselbe Thatsache sind.

Nachdem wir nicht in der angenehmen Lage sind, in der sich die deutschen Parteigenossen befinden, die Zahl unserer Anhänger mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechtes zu zählen, so müssen wir uns eines Auskunftsmittels bedienen, um ein ungefähres Bild über die Stärke unserer Anhängerschaft zu gewinnen und dieses Auskunftsmittel bietet uns die Zahl der Leser unserer Parteiblätter. Im Jahre 1894 verfügte die Partei über 21 politische Blätter. Im gegenwärtigen Momente über 28 politische Blätter. Ein noch viel zwingenderer Beweis für das Fortschreiten der Bewegung ist die Zunahme der Leser. Im Jahre 1894 hatten wir eine Auflage von 72.000 für unsere politischen Blätter, während gegenwärtig die 28 politischen Blätter eine Auflage von 95.800 Exemplaren haben. Darunter haben wir den ganz gewaltigen Fortschritt zu verzeichnen, daß wir in dieser Zeit ein tägliches Blatt bekommen haben. Was die Fachblätter anbelangt, so hatten wir im Jahre 1894 29 Fachblätter mit einer Auflage von 79.950, im Jahre 1896 32 Fachblätter mit einer Auflage von 111.700 Exemplaren. Wenn wir die humoristischen und die übrigen Blätter hinzurechnen, so hatten wir im Ganzen im Jahre 1894 55 Blätter mit einer Auflage von 179.150 Exemplaren, während wir im Jahre 1896 65 Blätter haben mit einer Auflage von zusammen 229.000 Exemplaren. Also 10 Blätter und eine Auflage von 50.650 Exemplaren mehr. Unter diesen Blättern haben wir 33 deutsche, 25 czechische, 4 polnische, 1 slovenisches, 2 italienische und ein im jüdischen Jargon geschriebenes Blatt. Unter den Blättern haben wir 1 wissenschaftliches („Sviatlo"), ein frei-religiöses, ein humoristisches, 2 Arbeiterinnenzeitungen und ein Krankenkassenorgan.

Auch die Zahl der politischen Verfolgungen dürfen wir als einen Ausdruck unserer Thätigkeit ansehen. Es ist bezeichnend, daß in der letzten Zeit die Zahl der Verfolgungen abgenommen hat, so daß das Hauptkontingent jener Verfolgungen, die ich ziffermäßig vorführen werde, zurückzuführen ist auf die Thätigkeit der Koalition. Unter derselben sind unsere Genossen, soweit es mir bisher berichtet worden ist, zusammen zu 61 Jahren, 7 Monaten, 23 Tage verurtheilt worden. Eine ganz eigene Art der politischen Verfolgung ist noch immer im Schwunge, daß man nämlich die Genossen früher zur Kerkerhaft

verurtheilt, bevor sie vom Richter verurtheilt werden. Es ist dies die Form der Untersuchungshaft. In Galizien hat dieselbe viele Genossen getroffen, welche nicht verurtheilt worden sind, sondern selbst von galizischen Richtern freigesprochen wurden. Für Galizien und Böhmen machte diese Untersuchungshaft allein (für Böhmen ohne die czechische Organisation) zusammen 9 Jahre, 21 Tage aus, während die Verurtheilungen für das ganze Reich in 2 Jahren 61 Jahre betragen.

Die Geldstrafen haben in dieser Zeit nicht viel betragen: 1319 fl. 50 kr. Es muß bei den Verfolgungen speziell die schon bekannte Thatsache der Geschwornenprozesse hervorgehoben werden, welche eine Folge des Schönborn'schen Erlasses waren und die die bornirte Art der Verfolgungswuth unserer Staatsanwälte in das hellste Licht gesetzt haben. Diese Verfolgungswuth ist durch ein anderes eigenthümliches Moment beleuchtet worden u. zw. durch die ganz merkwürdig große Anzahl von Freisprechungen. Nicht weniger als 419 Freisprüche sind in den letzten 2 Jahren erfolgt. Wir können nun nicht recht annehmen, daß unsere Richter mit jenem Tropfen sozialpolitischen Oeles gesalbt worden sind, welchen Herr Inama-Sternegg in so schönen Ausdrücken für dieselben wünschte. Wir können nur annehmen, daß diese Thatsache darauf zurückzuführen ist, daß die Staatsanwälte von dem blinden, geradezu fanatischen Bestreben beseelt sind, unsere Parteigenossen in die Arreste hineinzubringen, selbst in Fällen, wo auch die bürgerlichen Richter Oesterreichs nicht den geringsten Grund für eine Verurtheilung finden. Wir haben ferner in diesen 2 Jahren den höchst merkwürdigen Fall zu verzeichnen, daß einmal nicht die Sozialdemokratie sozusagen zu Gunsten der Bourgeoisie verurtheilt worden ist, sondern daß der Staat zu Gunsten der Sozialdemokratie verurtheilt worden ist und zwar ist dies der Fall des Einspruches der „Arbeiter-Zeitung" gegen eine Konfiskation, wo sogar unter dem Vorsitze Holzinger's der Staat zur Zahlung von 321 fl. zu Gunsten der „Arbeiter-Zeitung" verurtheilt worden ist. (Rufe: „Wacker!" — „Gezahlt hat er nichts!" — „O ja!".)

Nun Genossen! Weitere Daten liegen nicht vor. Ich glaube, daß der Bericht vollständig erschöpft ist und daß mit dem Gesagten ein klarer Ueberblick über die Thätigkeit der Partei gegeben ist. Wenn Sie die Dinge prüfen, so bin ich überzeugt, daß Sie zur Erkenntniß kommen werden, daß die Parteivertretung ihrer Pflicht in dem Maße nachzukommen gesucht hat, als es ihr möglich war, alle ihre Kräfte einzusetzen, um den Parteigenossen Anregungen zu bieten in Bezug auf die Arbeiten und die parteipolitischen Ereignisse und Sie werden zugeben, daß unsere Partei bedeutende Fortschritte gemacht hat.

So sehr ich mich nun bisher in angenehmen Erscheinungen in meinem Berichte bewegt habe, so wenig erfreulich ist jener Theil desselben, welcher uns über die finanziellen Verhältnisse der Partei etwas erzählt. Auch darin bin ich der Verpflichtung zu einer ausführlichen Darlegung überhoben durch die Thatsache, daß Ihnen der gedruckte Kassabericht vorliegt. Ich bitte Sie, denselben insbesondere nach der Richtung hin zu betrachten, wie viel in der Form der vom letzten Parteitage beschlossenen Blocks an die Parteivertretung abgeliefert worden ist. Ich mache Sie weiter aufmerksam, daß das, was auf S. 32 unter „Einnahmen, Agitationsfond" verzeichnet steht (Asch 8 fl. u. s. w.) zum größten Theile nicht Ausgaben sind, welche von unabhängigen Sammlungen für die Partei resultiren, daß das in der Regel eingekommen ist für die Agitationsreisen, welche in die betreffenden Provinzen gemacht worden sind. der müssen zugeben, Parteigenossen, daß das nicht jene Art der Unterstützung Sie Partei ist, wie sie sich der letzte Parteitag vorgestellt hat. Es ist das vielleicht zum großen Theile darauf zurückzuführen, daß im Anfange unserer Bewegung das Verständniß für die Aufgaben der Organisation und ihrer

Forderungen in den Reihen der Parteigenossen noch nicht vollständig vorhanden war. Im Großen und Ganzen können wir auf dem Gebiete der finanziellen Unterstützung der Partei durch die Genossen und durch die Organisationen ein allzu erfreuliches Resultat durchaus nicht verzeichnen. (Sehr richtig!)

Hiemit, Genossen, bin ich mit meinem Berichte zu Ende. Ich bitte Sie, die Thatsachen, die ich Ihnen berichtet habe, zu prüfen, und wenn Sie finden, daß die Parteivertretung ihre Pflicht erfüllt hat, ihr das Absolutorium zu ertheilen. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Smetana (Wien) referirt in czechischer Sprache über die Parteithätigkeit der czecho-slavischen Sozialdemokratie, die czechischen Proletarier haben sich der allgemeinen Organisation des österreichischen Proletariats eingefügt zum Vortheil für beide Theile. Die Organisation hat große Fortschritte gemacht; auch an Verfolgungen hat es nicht gefehlt. Die Willkür der Bezirkshauptleute ist fast die alte geblieben. Es erscheinen 10 politische Organe mit 31.900 Abonnenten, 2 humoristische Blätter mit 1000 Abonnenten und 11 gewerkschaftliche Fachblätter mit 23.000 Abonnenten. Auch die Czechen hoffen, wenn auch nicht sofort, doch recht bald es zu einem Tagblatt zu bringen. (Bravo!)

Die Debatte wird eröffnet.

Gen. Feigl (Gloggnitz) bemängelt das späte Erscheinen des Parteiberichtes. Daran sei die Parteileitung allein nicht schuld, sondern mitschuldig seien vor Allem die Kronlandsvertrauensmänner und auch die Bezirksvertrauensmänner, die die Berichte nicht früher einsenden. In Zukunft solle die Parteivertretung eine strenge Evidenz über alle Vorkommnisse führen. Im Parteiberichte selbst sollten die Daten über das Zentralorgan vollständig enthalten sein, nicht allein über dieses, sondern über alle jene Organe und Institute, die der Parteivertretung direkt unterstehen. Bezüglich des Eingreifens in die Wiener Gemeinderathswahlen sagt Redner, daß nicht die gesammten Parteigenossen einer Meinung darüber waren. Die Wiener Parteigenossen waren gespalten. Gewonnen habe die Partei Nichts dabei; im Gegentheile sei eingetreten, was die Opposition gesagt habe: Die Sozialdemokraten werden jetzt bei jenem Theile der Bevölkerung, der eben nicht ganz auf Seite der Partei stand und ihr jetzt antipathisch gegenübersteht, für das angesehen, wofür sie niemals angesehen werden dürfen, wollen und können, für eine Partei, die der todten liberalen Partei zu Hilfe gekommen ist, einer Partei, die gerade von antisemitischer Seite als „Judenpartei" kat' exochen bezeichnet wird. (Rufe: Ist früher auch geschehen!) Es sei auch nicht wahr, daß in Oesterreich wenig Gelder für Parteizwecke eingehen; nur bekomme die politische Organisation das wenigste davon, das meiste Geld fließe der gewerkschaftlichen Bewegung zu. Es müsse auch die politische Organisation zu Geld gelangen.

Gen. Berner (M.-Ostrau): Ich vertrete einen schwarzen Winkel, dessen Name immer nur in Verbindung mit einer Katastrophe genannt zu werden pflegt. In diesem schwarzen Winkel verfinstert verdummender Klerikalismus, ausbeutender Kapitalismus und knechtender Bureaukratismus die Gemüther. Der letzte Bergarbeiterstreik im Ostrau-Karwiner Revier war der großartigste Ausstand, den Oesterreich bisher gesehen hat. 30.000 Arbeiter, zum großen Theil des Lesens und Schreibens unkundig und zwei verschiedene Sprachen sprechend, verbanden sich solidarisch und standen 4 Wochen lang im Kampf. Die Rothschilds und die erzherzogliche Kameraldirektion in Teschen sind wirthschaftlich nicht so in Verlegenheit zu bringen, daß sie zur Kapitulation gezwungen werden können. Darüber war man sich im Vorhinein klar. Ein Sieg war nur dadurch zu erzwingen, daß die öffentliche Meinung gegen diese hochmüthigsten aller Ausbeuter Stellung nahm. Das geschah dank der Thätigkeit

der Wiener, Krakauer, Brünner Genossen, denen Redner den Dank der Bergarbeiter auszusprechen hat. Auch das Eingreifen der Legislatur erwies sich als förderlich, das Parlament schuf ein Spezialgesetz, das der Hauptforderung der Bergarbeiter: kürzere Lohnfristen einzuführen, entsprach. Durch die Verhandlungen im Parlament wurde der Brutalität der Kohlenprotzen etwas Einhalt gethan. Der Streik hat schwere Opfer gekostet. Um die Organisation zu zerstören, sind über 100 Genossen, zum größten Theil Familienväter, gemaßregelt worden. Die Bureaukratie hat sich beim Streik in den Dienst des Kapitales gestellt. Besonders hervorgethan hat sich das Bezirksgericht Freistadt, das über 60 Personen Strafen von 2 Wochen bis zu 2 Monaten verhängt hat, wegen Uebertretung des Koalitionsgesetzes. Die „Silesia", das Organ der erzherzoglichen Kameraldirektion, welches am wüthendsten gegen die Arbeiter hetzte, erklärte das Vorgehen des Bezirksrichters Harbich, weil er seinen Beruf so ganz und voll erfaßt hat, für dankenswerth. Redner bittet um fernere Unterstützung und schildert das perfide Verhalten der czechischen Nationalen, die durch ihre Hetzereien jedoch nur erreichen werden, daß sich die Bergarbeiter noch fester als bisher auf dem Boden des Klassenkampfes organisiren. (Beifall.)

Gen. Götz (Bodenbach) bespricht die Organisation seines Bezirkes. Seit dem Jahre 1894 sind in demselben 48 Volksversammlungen abgehalten worden, von denen 7 verboten wurden. Ein Bezirkshauptmann, ein Adeliger, Herr von Baselli, der durchaus die Organisation zertrümmern wollte, wurde erst durch einen Artikel der „Arbeiter-Zeitung" allerdings gründlich zur Raison gebracht.

Gen. Krapka (Brünn) konstatirt, daß in Brünn die Erfolge in Bezug auf die Bezirkskrankenkassen und Unfallsversicherung nicht so günstig seien wie anderswo. Denn daselbst gebe es die korrumpirtesten Wahlen für die Unfallversicherung in ganz Oesterreich. (Rufe: Das ist in Böhmen auch.) Redner verurtheilt nun ganz entschieden die „Národni Listy", das Hauptorgan der jungczechischen Partei in Prag, welche zur Zeit des Ostrau-Karwiner Streiks von demselben keine Notiz genommen hatten, und erst in einem „Feuilleton" im Nachmittagsblatt, welches in Folge seiner Billigkeit in breite Massen der Bewohnerschaft hineindringt, geschrieben hat, daß die Arbeiter in dem genannten Bezirke all' ihr Geld versaufen, und daß die dortigen Beamten die solidesten von Oesterreich seien. (Hanba-Rufe.)

Dr. Morgenstern (Brünn) bezeichnet den Parteibericht als ziemlich lückenhaft, speziell was die Verurtheilungen anbelangt und empfiehlt als Muster den deutschen Parteibericht.

Gen. Gerin (Meran) spricht in italienischer Sprache im Namen der italienischen Organisation. Eine Organisation der italienischen Arbeiter sei unschwer zu erreichen, weil dieselbe die ärmsten und schwächsten sind. Die italienischen Arbeiter waren die längste Zeit vollständig zerstreut, weil sie ein fluktuirendes Element bilden. Aber seit den letzten zwei Jahren haben sich die italienischen Genossen aufgeklärt und bemüht, die zerfahrenen Elemente zu einigen. Die Gründung des „Avenire" in Wien, so jung und schwach er noch ist, war doch von entscheidender Wichtigkeit und wird von den Gegnern als ein harter Schlag empfunden, und verdient darum die Unterstützung der Gesammtpartei. Redner verspricht zum Schluß, daß die italienischen Arbeiter nach wie vor mit demselben Eifer der Sache der Sozialdemokratie dienen werden.

Gen. Hueber (Wien) wendet sich in thatsächlicher Berichtigung gegen einen „Passus" in der Rede des Gen. Berner und erklärt, daß sowohl die Bergarbeiter des Kladnoer und Falkenauer Reviers als auch die Bergarbeiter Steiermarks vollkommen ihre Pflicht gegenüber dem Streik immer erfüllt haben. (Bravorufe.) Das Geld ist nicht nach Ostrau, sondern an das Sekretariat der Gewerkschaftskommission geschickt worden. Redner dankt auch den englischen

Bergarbeitern, welche reichlich zur Unterstützung beigetragen und erklärt haben, daß sie, falls der Streik noch länger gedauert hätte, die doppelte Summe eingeschickt hätten, von dem, was aus Oesterreich gekommen war.

Nach Verlesung der Begrüßungstelegramme schließt der Vorsitzende die Sitzung und beraumt die Fortsetzung der Verhandlung für Montag 9 Uhr Vormittag, da Nachmittag das Lokal nicht zu haben ist. (Schluß der Sitzung 1 Uhr 45 Min.)

Zweiter Verhandlungstag am 6. April 1896.

(Beginn der Verhandlung 10 Uhr Vormittags.)

Vorsitzender Gen. Popp eröffnet die Sitzung und theilt mit, daß aus dem Deutschen Reiche Gen. Molkenbuhr als Delegirter zum Parteitage entsendet worden ist. Nachdem jedoch unter dem neuen Curs der deutsche Parteivorstand aufgelöst worden sei, so sei Gen. Molkenbuhr nicht vom deutschen Parteivorstande, sondern vom geschäftsführenden Ausschusse entsendet worden.

Gen. Auer, welcher gleichfalls delegirt worden ist, ist leider durch Familienverhältnisse am Erscheinen verhindert.

Gen. Molkenbuhr: Es ist ein alter Brauch, daß die beiden Parteien, die österreichische und deutsche, die früher eigentlich nur eine waren, zu ihren Parteitagen noch immer Delegirte entsenden. Freilich haben die österreichischen Delegirten auf dem letzten deutschen Parteitage unangenehme Erfahrungen machen müssen, sie haben gesehen, wie kleinlich in praxi die Regierung eines großen Reiches sein kann. Durch den Streich, den die preußische Polizei machte, konnten sie gewissermaßen an ihrem eigenen Leibe erfahren, mit welch' kleinlichen Maßnahmen wir uns oft herumschlagen müssen. Aber jede Erfahrung ist etwas werth. Wie die Reaktionäre aller Länder gegenseitig von einander lernen, um, was in dem einen Reiche einmal versucht worden ist, auch in einem anderen anzuwenden, da ja die Reaktion noch immer glaubt, eine neue Bewegung unterdrücken zu können.

Ich bin entsandt worden, um Ihnen die Grüße und die Glückwünsche der deutschen Partei zu überbringen. Sie können versichert sein, daß die deutschen Parteigenossen gerade auf ihre österreichischen Genossen mit großer Spannung blicken. Wir wissen, daß der Kampf, den Sie zu kämpfen haben, ungleich schwerer ist als jener, den wir zu führen haben, da sich Ihnen verschiedene Hindernisse entgegenstellen, die wir drüben nicht kennen, wie z. B. die Sprachenverschiedenheit. Gleichzeitig haben Sie auch um das allgemeine Wahlrecht zu kämpfen, und sie kämpfen mit einer Ausdauer, die jenseits der Grenze die allgemeine Bewunderung erregt hat. Wir wissen auch, daß Sie nie erlahmen werden und daß jeder Sieg, den Sie erkämpfen, auch ein Sieg für uns ist, denn es ist ein Sieg der Sozialdemokratie überhaupt. (Beifall.)

Wir wollen hoffen, daß Sie immer neue Siege erringen werden.

Auch wir haben zwar ein allgemeines Wahlrecht für den Reichstag. Aber wir haben viele Vaterländer jenseits der Grenzen, wo kein allgemeines Wahlrecht besteht. Also den Kampf um das allgemeine Wahlrecht haben auch wir zu führen. In Sachsen wird das allgemeine Wahlrecht durch die unglaublichsten Machinationen beschränkt und auch die sächsischen Parteigenossen werden an Ihrer Seite kämpfen und so ersuche ich Sie, einfach einzustimmen auf gute Waffenbruderschaft der Parteigenossen in den beiden Ländern, auf die kämpfenden

Proletarier aller Länder und auf die internationale Sozialdemokratie. (Die Versammlung bringt ein dreimaliges Hoch aus.)

Vorsitzender: In erster Linie wird die Mandatsprüfungs-Kommission den Bericht erstatten.

Der Bericht des Gen. Schuhmeier, wornach bisher 101 giltige Mandate eingelangt sind, wird zur Kenntniß genommen.

Vorsitzender: Es ist vom Gen. Dr. Berstl folgender Antrag eingelangt: „Die Debatte über den Parteibericht wird unterbrochen und nach dem sofort zu erstattenden Bericht der Kontrole fortgesetzt.“

Der Antrag wird unterstützt.

Nach Begründung des Antrages durch den Gen. Dr. Berstl wird der Antrag angenommen.

Referent Gen. Zeller (Teplitz): Mit der Gründung der „Arbeiter-Zeitung“ haben sich die Agenden der Kontrole so vermehrt, daß wir aus der Provinz absolut nicht im Stande wären, die Kontrole so vorzunehmen, daß wir Alles im Einzelnen nachgerechnet und jeden einzelnen Beleg geprüft hätten. Wir waren also gezwungen, ausgiebige Stichproben zu machen, da wir sonst mehrere Wochen zu dieser Arbeit hätten verwenden müssen. Die vorgenommenen Stichproben haben die volle Richtigkeit der Ziffern ergeben und die einzelnen Posten waren durchgehends belegt. Im Berichte selbst findet sich ein Druckfehler. Es soll im Februar 1896 in der Rubrik „Blocks“ statt 303 fl. 37 kr. heißen 330 fl. 37 kr. Ich kann Ihnen also anempfehlen, der Parteivertretung das Absolutorium zu ertheilen. Die Revision der „Arbeiter-Zeitung“ wurde durch die Wiener Preßkommission besorgt und wir haben uns überzeugt, daß diese Kommission sehr gewissenhaft vorgegangen ist.

Vorsitzender Gen. Popp: Ich möchte eine Aufklärung geben. Wir haben uns mit den Genossen, welche die einzelnen Fonde kontrolirt haben, in's Einvernehmen gesetzt und es ist vereinbart worden, daß die Parteikontrole für Alle zu berichten hat; die Parteikontrole hat Stichproben gemacht, während die Wiener Kontroleure, welche die verschiedenen Fonds kontrolirt haben, die Kontrole genau durchgeführt haben. Das ist der Grund, daß ein eigener Bericht der einzelnen Kontrolen nicht herausgegeben worden ist.

Vorsitzender: Wir schreiten also in der Rednerliste zum Parteibericht fort.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) erklärt die Behauptung des Gen. Feigl, daß die Partei bei den Wiener Gemeinderathswahlen keinen Erfolg errungen habe und daß es viele Arbeiter in Wien gebe, die dem Eintreten der sozialdemokratischen Partei bei den Wiener Gemeinderathswahlen antipathisch gegenüberstanden, als vollständig irrig. Wenn unser Erfolg auch nicht darin bestand, daß Mandate erobert wurden, so bestand er doch darin, daß die beiden in Wien sich befehdenden Parteien, die liberale und antisemitische, sich in ihren Reden sich mit uns befassen mußten und daß wir durch die Aufstellung eines kommunalen Programms bewiesen haben, daß die Sozialdemokratie schon in der heutigen Gesellschafts- und Wirthschaftsordnung im Stande wäre, Gutes und Ersprießliches für das arbeitende Volk zu leisten. Wir haben also einen moralischen Erfolg gehabt und das ist auch für die Zukunft von großer Bedeutung. Die Genossen in den Provinzen haben nun ein Programm, das für sie ein Leitfaden ist. (Sehr richtig!) Ich erinnere Sie an die Reichsrathswahlen im Jahre 1891. Da hat die Partei in Wien nur 661 Stimmen erlangt und bei den Gemeinderathswahlen hat sie bereits 1500 errungen. Das ist doch ein Beweis, daß, obwohl das Wahlunrecht dasselbe geblieben ist, sich doch die Anzahl der sozialdemokratischen Stimmen mehr als verdoppelt hat. Wir können sagen, daß der Erfolg auch dadurch ein großer geworden ist, daß wir zu einer

Zeit, wo keine wichtigen politischen Ereignisse auf der Tagesordnung standen, Versammlungen im großartigsten Maßstabe veranstalten konnten.

Aber auch die zweite Behauptung des Gen. Feigl ist unrichtig. Die Arbeiter sind massenhaft in unsere Versammlungen geströmt und haben unser Programm mit Begeisterung aufgenommen und nur die antisemitische Partei war es, die uns mit Koth beworfen hat. Die ebenso verlogene liberale Partei hat das in ihrer Weise auch, wenn auch nicht in demselben Maße gethan. Nun wird gesagt, es hätten sich auch Arbeiter unserem Bestreben feindselig gegenübergestellt. Das ist aber ganz unrichtig und widerspricht den Thatsachen.

Ich möchte noch bemerken, daß sich die Parteileitung an eine am letzten Parteitage beschlossene Resolution nicht gehalten hat. Während des Bestandes der jetzigen Parteivertretung sind einige Mitglieder aus derselben geschieden u. zw. 2 Wiener und 1 Grazer. Die Parteivertretung wäre verpflichtet gewesen, für diese Ersatz zu schaffen. Es ist dies aber nicht geschehen. Ich betrachte es zwar für kein besonderes Malheur, ich führe es nur an, damit das künftig beachtet werden soll, da es von Werth ist, daß die Parteivertretung stets vollzählig ist.

Gen. Resel (Graz): Ich will vor Allem dem Gen. Feigl erwidern, daß es sehr schön und leicht zu berichten ist, wenn die unterstehenden Organisationen auch ihre Berichte pünktlich einsenden. Die Bezirksorganisationen — in Steiermark wenigstens — sind dieser ihrer Pflicht aber nicht nachgekommen. Weilers konnte der Bericht den einzelnen Delegirten nicht zugestellt werden, da ja die Mandate erst in den letzten Tagen angemeldet wurden. (Zustimmung.)

In Bezug auf den Bericht von Steiermark habe ich richtig zu stellen, daß es nicht „Petleau", sondern „Pettau" zu heißen hat; weiters hat es in den Einnahmen statt 58 fl. zu heißen 80 fl. 92 kr. Ich habe Ihnen mitzutheilen, daß bei der Zahl der organisirten Arbeiter die Eisenbahner nicht inbegriffen sind.

Der letzte Parteitag hat den Beschluß gefaßt, daß, wo selbstständige Arbeiterinnen in den Organisationen sind, auch Genossinnen delegirt werden können. Wir haben wohl in Graz eine selbstständige Arbeiterorganisation, habe dies aber in meinem Berichte auszuführen vergessen. Andererseits aber hätte die Parteivertretung die Pflicht gehabt, zu berichten, wie es im Allgemeinen mit der Arbeiterinnenorganisation steht.

Dem Gen. Feigl gegenüber möchte ich bemerken, daß das Eingreifen der Sozialdemokraten im Gemeindewahlkampf in Wien wohl den übrigen Parteien unangenehm war. Jedermann aber wird mir zugeben müssen, daß die Wiener Parteigenossen die höchste Zeit gehabt haben, in diesen Kampf einzugreifen, weil sie die Pflicht dazu hatten und sonst verschwunden wären. (Sehr richtig!)

Gen. Feigl spricht auch von einem Mißerfolg der Gemeinderathswahlen in Folge geringer Stimmenanzahl. (Gen. Feigl: Oho!) Ich bitte, Sie haben es gesagt. Nach meiner Ansicht beweisen aber die wenigen Stimmen das gerade Gegentheil, daß man nämlich trachten müsse, den geringen Einfluß, den wir bisher haben, zu erhöhen.

Zum Schlusse möchte ich noch auf den Ostrau-Karwiner Streik zu sprechen kommen. Die Deutschen und die Engländer haben sich für diesen Streik geradezu begeistert; andererseits aber muß ich konstatiren, daß die „Deutsche Werk- und Hüttenarbeiter-Zeitung" — und ich habe dieselbe absichtlich genau gelesen — von diesem Streike beinahe keine Notiz genommen hat. Wenn aber die Engländer einsehen, wie wichtig dieser Streik gewesen ist, so sollten doch auch die deutschen Genossen einsehen, daß es nicht gleichgiltig ist, wenn in Oesterreich ein großer Kampf geführt wird, ein Kampf, der außerdem noch so hart an der Grenze ausgefochten wird.

Gen. Dr. Berstl (Neunkirchen) bemängelt den Parteibericht, weil er von der Vorbereitung des Massenstreiks nichts erzähle, aber ausführlich über die Wahlrechtsbewegung berichte.

Auch hätte ausführlicher über die Gewerkschaften gesprochen werden sollen. Ich glaube, auch die Frage der Streiks — und es ist ja seit dem letzten Parteitage kein Tag zu verzeichnen, an welchem in Oesterreich nicht gestreikt worden wäre — sei nicht blos Sache der Gewerkschaftskommission, sondern Parteisache. Darüber sollte sich dieser Parteitag klar werden.

Ebenso hätte der Parteibericht über internationale Beziehungen, über Unterricht, über die Religionsfrage, über die Frage der Volksbewaffnung, des Achtstundentages, Nachtarbeit und Frauenarbeit und über den Stand der Organisation Aufschluß geben sollen. Der Referent steht auf dem Standpunkte: „Unsere Aufgabe ist, nur das auszusprechen, was ist." Da wir aber eine praktische Partei sind, kann sich unsere Politik nicht darauf beschränken, blos das auszusprechen, was ist. Wenn die Parteivertretung in diesen Punkten zu ihrer Rechtfertigung etwas sagen wird, so kann sie sich theoretisch wohl darauf berufen, daß sie eine Parteivertretung und keine Parteileitung ist. In der Praxis glaube ich aber, hat die Parteivertretung auch die Aufgabe, die Partei zu leiten und unter Umständen neue Gesichtspunkte in die Partei zu werfen. Sie hätte sich auch mehr mit jenen neuen Ideen befassen sollen, die, wie sie sagt, in der Provinz „herumspuken", z. B. mit dem Genossenschaftswesen. Wir haben diese Angelegenheit bei den Landeskonferenzen wiederholt vorgebracht und es hätte in Folge dessen auch im Bericht davon die Rede sein sollen.

Ich werde für den Antrag Zeller auf Ertheilung des Absolutoriums stimmen.

Zum Schlusse muß ich noch berichtigen, daß nicht, wie im Berichte steht, die „Neunkirchener Zeitung" gelegentlich des Blindendorfer Streiks, sondern gelegentlich des Rohrbacher Streiks gegründet wurde.

Gen. Adelheid Popp (Wien): Es haben die meisten Kreisorganisationen, welche ihre Berichte eingeschickt haben, nicht erwähnt, ob in ihren Kreisen eine Bewegung unter den Arbeiterinnen bereits besteht, trotz der Beschlüsse des letzten Parteitages.

Die Kreisorganisation Niederösterreich erwähnt zwar, daß in den Organisationen ungefähr 3000 Frauen als Mitglieder sich befinden. Es ist dies nach den traurigen Verhältnissen, in welchen die Arbeiterinnen leben, eine sehr nennenswerthe Ziffer. Ich bedauere, daß die Organisation Oberösterreich der Frauenbewegung mit keinem Worte gedenkt. Bezüglich der Kreisorganisation Brünn muß ich bedauern, daß ich im „Brünner Volksfreund" in keinem einzigen Bericht der Bezirksorganisation gefunden habe, daß dieselbe irgend welche Anstrengung über die Einbeziehung der Arbeiterinnen in die Organisation gemacht hätte. Daß einige Male Referentinnen hingeschickt werden, genügt noch nicht zur Organisirung einer Arbeiterschichte.

Auch in Wigstadtl und Jägerndorf sind die Genossinnen agitatorisch thätig. In Mähren und Schlesien gibt es Organisationen, welche für jedes ihrer Mitglieder die „Arbeiterinnen-Zeitung" beziehen. Die Kreisorganisation Südböhmen bemerkt, daß die Arbeiterinnenbewegung Fortschritte macht. Auch Galizien konstatirt die Anfänge einer solchen. Der allgemeine Parteibericht hätte der Arbeiterinnenbewegung gedenken und konstatiren sollen, welches die Gründe ihres Zurückbleibens sind.

In Wien besteht wohl eine selbstständige wirthschafliche Arbeiterinnenorganisation nicht, die Genossinen sind aber für die gewerkschaftliche Organisation thätig. Die Wiener Arbeiterinnen haben eine sogenannte Frei-Organisation, halten regelmäßige Zusammenkünfte und leisten in die Bezirksorgani-

sation eine Beisteuer. Ich stelle nochmals an die zukünftige Parteivertretung die Bitte, daß in dem Parteiberichte der Arbeiterinnenbewegung ein größeres Augenmerk geschenkt werde. (Beifall.)

Gen. Pelikan (Wien) hält die Frage der Wiener Gemeinderathswahlen für eine spezielle Wiener Angelegenheit. Die Parteivertretung als solche hat bei dieser Sache mitgesprochen, weil sie eben in Wien ist. Ich weiß nicht, sagt Redner, woher Gen. Feigl weiß, daß sich durch diese Wahlen Genossen der Partei entfremdet hätten. Dies hätten viel eher als Gen. Feigl die Vertreter der 19 Wiener Bezirke gegebenen Falles erklären können. Ich habe gefunden, daß die Versammlungen, die wir abgehalten haben, in einer Weise besucht waren, wie schon lange Versammlungen nicht besucht waren. (Beifall.)

Gen. Feigl (Gloggnitz): Das Eintreten in die Gemeinderathswahlen ist keine spezielle Wiener Frage. Die Parteivertretung selbst hat zu diesem Beschluß die Initiative gegeben. Die Gemeinderathswahlen haben sich zwar auf Wiener Boden abgespielt, aber in solchem Grade das öffentliche Interesse in Anspruch genommen, daß man nicht sagen kann, sie waren eine reine Wiener Frage. Redner verwahrt sich gegen die Ausführungen des Gen. Ingwer, der wohl den Zentralismus wolle, ihn aber nur bis zur Landesvertretung reichen lasse. Ein reger Verkehr zwischen Bezirksvertretung und Partei-Organisation sei nothwendig.

Redner konstatirt weiter als Beweis, daß nicht alle Genossen für das Eintreten in die Gemeinderathswahlen waren, daß die czechische Organisation in Wien thatsächlich beschlossen habe, nicht einzugreifen, und diesen Beschluß auch durchgeführt habe.

Gegenüber Gen. Resel bemerkt er, daß er in seinem Antrage nur verlangt habe, den Parteibericht durch das Zentralorgan zu veröffentlichen. Redner lege übrigens gar keinen Werth darauf, immer in der Opposition zu stehen und sehe darin ebensowenig eine Auszeichnung, wie wenn Jemand zu Allem „Ja" sage.

Gen. Dr. Adler (Wien): Unser Bericht muß mangelhaft sein aus zwei Gründen: Erstens ist es unmöglich und überflüssig, in einem kurzen Bericht Alles das vollständig wiederzugeben, was im Laufe von zwei Jahren geschehen ist. Wir berichten ja an lauter Leute, die mit uns im Leben und im Kampfe stehen, denen wir schwerlich etwas Neues erzählen könnten. Einen Bericht der sozialdemokratischen Bewegung während der verflossenen zwei Jahre zu geben, hieße eine Geschichte des politischen Lebens in Oesterreich schreiben. Es hat nicht eine einzige Frage gegeben, in welcher die Sozialdemokratie nicht sofort eingetreten wäre, sobald sie öffentlich diskutirt wurde. Wir können sagen: Gerade in diesen zwei Jahren haben wir Sozialdemokraten viel mehr Geschichte gemacht, als irgend eine andere Partei. (Sehr richtig!) Wenn von dem Genossen aus Neunkirchen hier beanständet wird, daß wir nicht mitgetheilt haben, wie es mit dem Fortschritte in Bezug auf die einzelnen Punkte unseres Programmes steht und um wie viel wir die Arbeiterschutzgesetzgebung und die Volksbewaffnung weiter gebracht haben, wenn er weiter verlangt, daß wir im Parteiberichte nummerativ aufzählen sollen, was wir hinsichtlich jeder dieser Forderungen des Programmes gethan haben, so sage ich ihm ganz einfach: Die Geschichte und Entwicklung richtet sich leider auch in unserem Lande nicht nach unserem Programm und unseren Vorsätzen und Absichten, sondern wir müssen uns auch in unserem Lande darauf einrichten, uns an die Verhältnisse zu halten. Anknüpfend an die Thatsache müssen wir dann so handeln, wie es für die Sozialdemokratie und Arbeiterschaft nützlich ist. Wenn uns vorgeworfen wird, daß der Parteibericht nicht genügend detaillirt und zu spät erschienen ist, so mögen Sie ruhig beschließen, daß der Parteibericht einen Monat oder

14 Tage vor dem Parteitag zu erscheinen habe, aber dann geben Sie uns die Möglichkeit dazu.

Von der leider einzigen Genossin, die wir hier zu begrüßen haben, wurde hervorgehoben, daß in dem Parteiberichte des Mangels einer Förderung der Arbeiterinnenbewegung nicht Erwähnung geschehen sei. Sie sehen, wir hätten dies in dieser Form, wie sie die Genossin wünscht, unmöglich thun können, und zwar aus folgenden Gründen: Die Genossinnen, welche in der Bewegung stehen, haben allen Grund sich zu beklagen, daß sie in den Organisationen nicht jene Beachtung finden, wie ein so wichtiges Element, wie die Frau es ist, es verdienen würde. Sie können aber durchaus nicht sagen, daß die Partei als solche und die einzelnen Genossen der Arbeiterinnenbewegung etwa in den Weg getreten wären. Sie können höchstens sagen, daß durch bureaukratische und andere Gründe — denn auch wir haben Bureaukraten — der Arbeiterinnenbewegung nicht genügende Aufmerksamkeit und Vertretung geschenkt wurde. Denn thatsächlich ist auch in diesen zwei Jahren die Bewegung der Arbeiterinnen durchaus nicht still gestanden, sondern fortgeschritten. Die Gewerkschaftskommission hat uns einen sehr lehrreichen Bericht vor einigen Wochen gegeben, worin die Zahl der Angehörigen jeder einzelnen Gewerkschaft für ganz Oesterreich verzeichnet ist. Es ist dies der erste Bericht, den wir haben und der auf einige Vollständigkeit Anspruch machen kann.

Die offiziellen Berichte sind alle nichts nutz; in diesem Berichte — es ist dies kein Vorwurf, denn die Gewerkschaftskommission konnte es diesmal nicht anders machen — fehlt Eines: die Angabe, wie viel Männer und wie viel Frauen in der Gewerkschaft sind. Ich bin überzeugt, daß wir finden werden, daß ein großer Bruchtheil der Mitglieder der Gewerkschaften sehr vieler Branchen weibliche sind. Das Verhältniß der Gewerkschaftsbewegung zur politischen Bewegung ist einfach: sie gehören zusammen wie Leib und Seele. Ohne den Leib der Gewerkschaft schwebt die Partei in der Luft und ist aktionsunfähig, und ohne die Seele der Partei versumpfen die Gewerkschaften. Die Theilnahme der Frauen aber an den Gewerkschaften ist der beste Beweis dafür, daß die Arbeiterinnenbewegung in gesunder Richtung fortschreitet.

Schließlich möchte ich noch mit einem Worte die Wiener Gemeinderathswahlen besprechen. Wir wissen, daß es in Wien einzelne Genossen gibt, die mit dem Eintreten unserer Partei in den Wahlkampf nicht einverstanden waren und wenn Gen. Feigl sich gleich ursprünglich so geäußert hätte, wie heute, so hätte kein Mensch einen Einwand erhoben. Er hat sich aber Anfangs eine kleine Uebertreibung zu Schulden kommen lassen und es mußte bei dem Parteitage die Meinung erwecken, als ob ein ganz erheblicher Widerstand einer großen Minorität zu überwinden gewesen wäre; das war nicht der Fall. Das Eintreten in den Wahlkampf war eine sehr schwere, gut zu überlegende, aber schließlich unvermeidliche Sache. Heute wissen wir, daß wir agitatorisch einen Eindruck gemacht haben, daß wir auch den Provinzen etwas Programmatisches in die Hand gegeben haben, das sie brauchen können, eine Verbindung des Programmes mit den Alltagsbedürfnissen. Und wenn wir nichts Anderes gethan haben, als dies, so können wir sagen: Wir haben unsere Pflicht gethan. (Beifall.)

Gen. Fränkel (Lemberg) vertheidigt sich gegen den Vorwurf des Gen. Morgenstern, daß der Bericht der Kreisorganisation Galiziens nicht Alles enthalte, was er enthalten solle. Der Bericht sei größer und ausführlicher als die übrigen und enthalte alles Wichtige. Redner bedauert, daß die allgemeine Einleitung des Berichtes sehr kurz gehalten sei und wünscht eine Zusammenstellung der Ziffern und Daten der sechs Kreisorganisationen.

Gen. Beer (Wien) vermißt im Berichte nähere Angaben über Zahl und Auflage der Parteiblätter. Die Frage der mangelhaften Berichte der Bezirks-

organisationen werde gelöst werden müssen. Redner tadelt ferner, daß in dem Berichte wohl die Zahl der Freisprüche, nicht aber die der Verurtheilungen enthalten sei; dies zusammenzustellen sei Sache des Sekretariates.

Gen. Roscher (Reichenberg) erklärt gleichfalls der Meinung zu sein, daß insbesondere das wiedergegebene Ziffernmaterial reichlicher sein sollte, damit die Genossen sich zur Verhandlung der einzelnen Punkte schon vorher über das Materiale hätten Klarheit verschaffen können. Der Eindruck, den die Wiener Gemeinderathswahlen in der Provinz gemacht haben, sei der: Die Wiener haben erst jetzt das gemacht, was die Genossen in der Provinz schon vor Jahren gemacht haben. Sie haben jene, die bereits in der Opposition stehen, auch veranlaßt, uns ihre Stimmen zu geben. Aber es war doch eine spezielle Wiener Angelegenheit und sonst nichts. Wenn die Organisation von Wien diesbezüglich Differenzen habe, so solle sie das mit sich selbst ausmachen oder bei einem allgemeinen Programmpunkte interpelliren. Die Partei müsse auch in Wien alle Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, benützen, also auch in den Wahlkampf eintreten; Wien dürfe in dieser Hinsicht nicht hinter kleineren Orten zurückbleiben. Das Vorgehen der Partei in Wien war einer der nöthigsten Schritte, die gemacht werden mußten.

Eine Frauenbewegung haben wir schon lange in Böhmen. Wir haben aber die Erfahrung gemacht, daß die Frauen nicht lange ausgehalten haben.

Gen. Jobst (Falkenau) wünscht eine Aufklärung darüber, warum die Parteivertretung, nachdem die „Arbeiter-Zeitung" kundmachte, daß der nächste Parteitag in Wien stattfinden werde, hinterher den Kreisvertretungen brieflich bekannt machte, daß der Parteitag in Prag werde abgehalten werden. Dies hätte auch in der „Arbeiter-Zeitung" bekannt gemacht werden sollen.

Was die Bemerkung des Gen. Dr. Ingwer betrifft, daß das Wiener Kommunalprogramm eine Richtschnur für das gesammte Oesterreich bilden solle, so bemerke ich, daß dies nicht möglich ist, weil die Verhältnisse in kleinen Städten und Orten ganz andere sind als jene in Wien. Eine Reihe von Punkten des Wiener Programms sind in denselben überhaupt nicht durchführbar und die meisten anderen Punkte müßten den Verhältnissen angepaßt werden.

Hierauf wird die Debatte geschlossen.

Gen. Dr. Ellenbogen (Schlußwort): Unter den Einwendungen, welche gegen den Parteibericht gemacht worden sind, betrifft die große Mehrheit derselben solche Beschwerden, welche die Parteivertretung selbst als vollständig berechtigt empfunden hat. Was die Unvollständigkeit des Berichtes anbelangt, so haben ja auch die einzelnen Redner betont, daß derselbe doch auf den Berichten der Kreisvertretungen und diese wieder auf den Berichten der Bezirksorganisationen beruht, daß somit die letzteren eigentlich die Schuldtragenden sind. Die künftige Parteivertretung wird Ihnen sehr dankbar sein, wenn Sie dieses Uebel endgiltig aus der Welt schaffen werden. Ich gestehe aber gleich, daß ich an der Möglichkeit, dies durchzuführen, zweifle, da sogar die Gewerkschaftskommission, die doch über ganz andere Mittel verfügt, um eine geordnete Statistik zu veranstalten, gestehen mußte, daß die Resultate derselben den Erwartungen nicht entsprochen haben. Ich muß betonen, daß insbesondere der Punkt III des Parteistatuts von den Kreisvertretungen beinahe gar nicht beachtet wird. Anfangs haben einige Kreisvertretungen dieser Verpflichtung entsprochen. Dieses Pflichtbewußtsein ist aber bald erlahmt und die Parteivertretung ist lediglich auf die Berichte einzelner Bezirksorganisationen, zumeil aber darauf angewiesen, was sie durch den Lokalaugenschein erhebt, indem Mitglieder der Parteivertretung in die Provinz hinausgeschickt werden. Es ist also sehr wünschenswerth, daß in diesen Dingen Wandel geschaffen werde.

Es sind nun von einzelnen Rednern Wünsche in Bezug auf den Bericht ausgesprochen worden. Hiezu muß ich bemerken, daß der gesammte Parteibericht schon wegen des Umfanges nicht von jener Ausführlichkeit sein kann, wie es gewünscht wird. Was den Wunsch betrifft, daß die einzelnen Ziffern im Parteiberichte zusammengefaßt werden sollen, so läßt sich das ja durchführen und es werden auch im Berichte des Referenten diese Ziffern dargestellt.

Wenn der Gen. Beer dem Protokoll einen geringen Werth beigemessen hat, so kann ich ihm nicht zustimmen. Es ist eine Thatsache, daß der Werth der Protokolle von den Genossen nicht genug gewürdigt und bei der Agitation nicht entsprechend verwerthet wird. Die Partei hat diese Thatsache mit einem bedeutenden Deficit im Broschürenkonto konstatiren müssen.

Redner stellt hierauf die Meinung des Gen. Ingwer, betreffend die Ergänzung der Parteivertretung, richtig.

Was die Gemeinderathswahlen in Wien anbelangt, so möchte ich Folgendes betonen: Gen. Feigl hat Recht, wenn er sagt, daß, bevor wir in die Gemeinderathswahlbewegung eingetreten sind, sich an verschiedenen Orten erhebliche Zweifel geltend machten, ob dieser Eintritt politisch gerechtfertigt sei. Ja, ich kann dem Gen. Feigl verrathen, daß auch innerhalb der Parteileitung sich dagegen Stimmen erhoben haben. In den Reihen der Gegner haben sich ebenfalls irrige Meinungen darüber verbreitet. Speziell die liberale Partei hat geglaubt, daß diese Agitation vielleicht zu ihren Gunsten inszenirt werden soll. Wir haben Schritte gethan, um diese Meinung zu beseitigen und ich glaube, Gen. Adler, ich und die übrigen Parteigenossen, welche in die gegnerischen Versammlungen gegangen sind, haben sich dort nicht umsonst beschimpfen lassen. An der Wuth der Gegner, nachdem wir unsere Meinung in ihren Versammlungen offen ausgesprochen hatten, war es zu erkennen, daß wir ihnen jeden Zweifel benommen und die Situation geklärt haben.

Der größte Erfolg unseres Eintretens in die Wahlbewegung ist der, daß wir an die Stelle des persönlichen Kampfes, der bis dahin geherrscht hat, eine sachliche Diskussion gesetzt haben und daß wir vor allen jene Kreise, die uns bis dahin nicht nahe gestanden sind, über die politische und wirthschaftliche Lage sowie über die Hohlheit der Phrasen aufgeklärt haben, mit welchen die bürgerlichen Parteien die verschiedenen Theile der bürgerlichen Klassen in Bezug auf deren Rechte in der Gemeinde traktiren.

Gen. Roscher behauptet, daß die Verhältnisse in Wien und in der Provinz ganz verschiedene seien. Den Wienern fällt es ja durchaus nicht ein, mit ihrem Kommunalprogramm etwa für alle Zeit Giltiges oder überhaupt etwas Mustergiltiges geschaffen zu haben. Dazu war erstens die Zeit zu kurz und sind zweitens die Erfahrungen, die in anderen Ländern gemacht worden sind, noch zu gering. Wie groß aber auch die Unterschiede zwischen den Verhältnissen einer Großstadt und eines kleinen Provinzortes sein mögen, so steht doch fest, daß gewisse leitende Grundsätze für den Kampf, in welchen die Sozialdemokratie eintritt, gegeben sein müssen (Zustimmung), Grundsätze, welche sowohl für Wien als für einen Provinzort gelten können. Und keine andere Bedeutung hat das Programm, das wir aufgestellt haben. Es hat den praktischen Zweck, daß die Provinzgenossen dasjenige, was aus unserem Kommunalprogramm für sie verwerthbar ist, verwerthen.

Gen. Berstl hat es als einen Fehler der Parteileitung bezeichnet, daß dieselbe nicht auch über den Massenstreik und die Veranstaltung desselben berichtet hat. Ich glaube, selbst wenn das berechtigt ist, was Gen. Berstl gesagt hat, so war die Begründung, die er seinen Ausführungen hinzufügte, eine irrige. Er hat mir und der Parteivertretung den Vorwurf gemacht, daß wir es uns zur Aufgabe machen, das auszusprechen, was ist. Wenn man der Parteivertretung

keinen anderen Vorwurf machen kann, so kann sie auf ihre Thätigkeit stolz sein. Es ist das unsterbliches Verdienst der Sozialdemokratie und ihre Unanfechtbarkeit fußt darin, daß wir uns lediglich darauf beschränken, das auszusprechen, was ist, daß wir uns keinen Illusionen über unsere Stärke und die Stärke unserer Gegner machen, und es wäre ein Fehler, wenn wir über diese uns von der Theorie und der Praxis gezogenen Grenzen hinausgingen. Auch ich und die Majorität der früheren Parteivertretung waren entschiedene Anhänger des Massenstreiks. Die Erfahrungen nach dem letzten Parteitage und unter Anderem auch die im Bezirke Neunkirchen haben uns gelehrt, daß, wenn von einem solchen Mittel als Kampfmittel die Rede soll sein können, wir zuerst die Organisationen in Bezug auf ihre Stärke, ihre Tiefe und ihren Zusammenhalt erproben müssen. Wir haben zwar entschiedene Fortschritte gemacht, aber wir haben auch die Erfahrung, daß die Organisationen die Antwort gegeben haben, daß sie nicht überall in ihre Stärke jenes Vertrauen setzen können, um dieses Kampfmittel in Anwendung zu bringen. Gen. Berstl glaubte weiters, daß sich die Parteivertretung auch für das Genossenschaftswesen und die Consumvereine hätte einsetzen sollen. Ich muß erklären, daß die Parteivertretung über diesen Punkt nicht berathen hat, weil sie Wichtigeres zu thun hatte.

Im Uebrigen glaube ich, daß ein plötzliches Inangriffnehmen ganz neuer Organisationsformen für das, was wir bisher aufgebaut haben, sehr gefährlich wäre.

Redner konstatirt noch Gen. Berstl gegenüber, daß für die Parteivertretung kein Grund vorhanden und es ihr eigentlich verboten war, „dieses letzte Mittel" den Massenstreik, in Anwendung zu bringen.

Was die Frauenbewegung anbelangt, so ist es Thatsache, daß die Beschwerden unserer Genossinnen, daß ihre Bestrebungen von Seite der männlichen Genossen nicht überall die wünschenswerthe Berücksichtigung fanden, vielfach gerechtfertigt sind. Ich muß offen sagen, es herrscht in Bezug auf die Frauenbewegung, in Bezug auf die Würdigung der Bedeutung derselben und die Größe der Unterstützung, die man ihr angedeihen lassen muß, auf Seite einzelner Genossen eine gewisse philisterhafte Ansicht. Diese Genossen sollten sich doch auf den etwas höheren sozialdemokratischen und nicht auf den bürgerlichen Standpunkt stellen, von dem aus die Frauenbewegung von oben herab und nur als Sport angesehen wird. Die Frauenbewegung in der Sozialdemokratie ist durchaus kein Sport, oder Sie müßten die Thatsache leugnen, daß die Frau ebenso stark ausgebeutet wird wie der Mann. Das Philisterthum gegenüber der Frauenbewegung muß endlich einmal aufhören. Ob aber eine eigene Frauenorganisation in's Leben gerufen wird oder ob Männer und Frauen eine gemeinsame Bewegung in Scene setzen, hängt von den betreffenden Organisationsverhältnissen ab.

Zu dem Berichte der Genossin Popp habe ich hinzuzufügen, daß auch einige andere Kreise nicht berichtet haben. Wie wir von Gen. Roscher gehört haben, haben die Reichenberger fast seit jeher die Frauen in die Bewegung hineingezogen. Es hätten demgemäß auch die Reichenberger Genossen in ihrem Berichte der Frauenbewegung gedenken sollen.

In Oberösterreich stehen bereits 100 Frauen in der Bewegung, während die Anzahl der Organisationsmitglieder überhaupt von 1030 auf 3000 gestiegen ist.

Derselbe Mangel, den ich in Bezug auf die Berichterstattung über die Frauenbewegung konstatirt habe, existirt auch bezüglich der bereits angeregten Berichterstattung über die Zahl der Verurtheilungen. Man konnte vollständig verläßliches, für die Geschichte verwerthbares Material in den allgemeinen Bericht nicht hineinnehmen, weil man bis zum letzten Augenblicke mit dem Druck des Berichtes warten mußte. Ich spreche hier im Namen der bisherigen Parteivertretung und glaube dies auch im Interesse der zukünftigen thun zu können,

den Wunsch aus, daß die verschiedenen Kreisorganisationen in dieser Beziehung etwas sorgfältiger vorgehen mögen. Der Vorwurf, daß die Kreisorganisationen nicht entsprechend aufgefordert worden seien, ist vollständig unberechtigt. Ich bin nicht in der Lage, Ihnen die Anzahl der Schriftstücke zu nennen, in welchen die Leute aufgefordert wurden, aber sie ist ungeheuer groß. Abgesehen von Allem, ist aber das Parteisekretariat nicht in der Lage, aus sich heraus vollständig verläßliche Berichte über die Ereignisse in der Provinz zu liefern, da oft nicht einmal die Kreisorganisationen genügend informirt sind, und wie soll dann das Parteisekretariat einen vollständigen Ueberblick über die Thätigkeit der Partei im ganzen Reiche gewinnen können.

Was den Vorwurf anbelangt, daß die Parteivertretung in Bezug auf die Verkündung des Wechsels des Sitzes des Parteitages nicht richtig vorgegangen sei, muß ich darauf verweisen, was seinerzeit in der „Arbeiter-Zeitung" auseinandergesetzt war. Ich gebe der Ueberzeugung der gesammten Parteivertretung Ausdruck, daß dieselbe in den letzten zwei Jahren sich die größte Mühe gegeben hat, die Bewegung im Sinne unserer Prinzipien fortzuführen und daß es auch gelungen ist, die Partei um ein gewaltiges Stück vorwärts zu schieben und ich hoffe, daß der nächste Parteitag und die nächst zu wählende Parteivertretung in gleichem Sinne und, wie ich wünsche, in noch besserer und energischerer Weise ihrer Aufgabe werden gerecht werden. In diesem Sinne bitte ich den Parteibericht zu beurtheilen und darnach Ihre Meinung bei der Abstimmung kund zu geben. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Smetana (Wien) erklärt in seinem Schlußworte, daß die czechische Organisation ebenso wie die deutsche ihre Pflicht bei der Einsendung der Berichte nicht genügend erfülle. Es wäre eine größere Gründlichkeit hier dringend wünschenswerth. Was den Standpunkt der czechischen Organisation bei Gelegenheit des Nichteingreifens der Organisation selbst in die Wiener Gemeinderathswahlen anbelangt, liegt der Grund nicht darin, daß vielleicht irgend ein Zwiespalt zwischen czechischen und deutschen Genossen ausgebrochen ist, sondern es liegt dieser Grund vielmehr in den eigenthümlichen Verhältnissen, unter denen die czechischen Genossen in Wien arbeiten müssen.

Gen. Dr. Berstl (Wr.-Neustadt) wendet sich in einer thatsächlichen Berichtigung gegen Gen. Dr. Ellenbogen. Er verweist auf die am letzten Parteitag beschlossene Resolution, in welcher „der Parteitag erklärt, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht mit allen der Arbeiterklasse zur Verfügung stehenden Mitteln erkämpfen zu wollen . . . .". Davon aber, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht von irgend Jemandem, sei es von der Regierung oder von den bürgerlichen Parteien vorgeschlagen worden ist, sei Redner nichts bekannt.

Nach einer thatsächlichen Berichtigung des Gen. Dr. Ingwer bemerkt Vorsitzender Gen. Popp, daß in der „Arbeiter-Zeitung" die Verlegung des Parteitages deshalb zu spät angekündigt wurde, weil die czechischen Genossen zuerst die Behörden befragen mußten, ob für die Zeit des Parteitages die Ausgewiesenen nach Prag zurückkehren dürfen.

Gen. Feigl hat seinen gestern gestellten Antrag modificirt. Derselbe lautet nunmehr: „Der Parteibericht hat längstens vierzehn Tage vor dem Parteitag in der „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht zu werden." (Angenommen.)

Die Abstimmung über Ertheilung des Absolutoriums wird über Anregung der czechischen Genossen getrennt vorgenommen, u. zw. wird der Parteivertretung vorerst in Bezug auf ihre politische und organisatorische Thätigkeit, sodann in Bezug auf ihre finanzielle Gebahrung einstimmig das Absolutorium ertheilt.

Die ersten beiden Punkte der Tagesordnung sind somit erledigt. Es ist folgender Antrag eingebracht worden:

„Der Parteitag wähle behufs Vorschlag der Genossen in die Parteileitung eine Commission. Dieselbe soll aus je einen Genossen der verschiedenen Kreisorganisationen zusammengesetzt werden. Die Commission hat die Vorschläge zu machen. Die Wahl der Parteileitung wird mittels Stimmzettels vorgenommen. Ant. Schäfer, Schuhmeier, A. Grosse, Feigl, Dobiasch, Berstl, Palka, Palme, Wilhelm Kiesewetter, Gruber, Dittrich."

Gen. Dr. Berstl (Neunkirchen): Ich habe zwar persönlich diesen Antrag unterschrieben, erkläre jedoch, daß ich gegen diesen Antrag bin. (Heiterkeit.) Der Grund hiefür ist der, daß ich den Antrag nur deshalb unterstütze, weil ich wünsche, daß er zur Verhandlung komme und daß darüber gesprochen werde.

Gen. Schuhmeier (Hainburg) zur Begründung seines Antrages: Wir haben heute schon sehr viel Zeit vertrödelt und wenn wir uns bei jedem Punkte so lange aufhalten, werden wir in den letzten Tagen sehr rasch arbeiten müssen. Jede Kreisorganisation möge einen Genossen in die Commission wählen, die an den Parteitag Vorschläge zu erstatten hat; die Wahl in die Parteileitung selbst soll geheim sein und mittels Stimmzettel erfolgen. Außerdem stelle ich noch den Zusatzantrag, daß für den Bezirk Wien ein Vertreter in die Parteileitung bewilligt werde.

Auch der Zusatzantrag, für Wien einen Vertreter in die Kommission zu bewilligen, wird unterstützt.

Gen. Feigl (Gloggnitz) möchte zu bedenken geben, daß beim Punkt „Organisation" verschiedene Anträge über die Zusammensetzung der Parteivertretung vorliegen, deshalb sei es heute schwer, eine Kommission zu wählen.

Gen. Dr. Morgenstern (Brünn) hat das Bedenken, daß die Kommission sehr vielköpfig sein wird.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten): Der Antrag Schuhmeier sei nichts Neues. Es sei das derselbe Wahlmodus, der bei der letzten Wahl der Parteivertretung gehandhabt wurde. Wir sind jedoch gegen das indirekte Wahlrecht. Ich betrachte die Wahl einer Kommission als eine Wahl von Wahlmännern.

Gen. Schuhmeier: Die Vorschläge der Kommission könne man nicht als indirekte Wahl betrachten, da jeder das Recht habe, die Vorschläge nicht anzunehmen.

Der Antrag Schuhmeier wird hierauf mit großer Majorität angenommen.

Vorsitzender: Ich bitte die einzelnen Kreisorganisationen ihren Genossen in die Kommission zu wählen und dem Präsidium bekanntzugeben. Die Namen der Gewählten werden dann verlesen werden.

Hierauf werden die eingelaufenen Telegramme und Schriftstücke verlesen. Darunter befindet sich ein Protest der Tischler Prags wegen Nichtzulassung der Gewerkschaften zum Parteitage.

Dieses Schreiben wird über Vorschlag des Vorsitzenden zur Kenntniß genommen und beim Punkte „Organisation" zur Besprechung kommen.

Bei diesem Anlasse erklärt Gen. Děbič (Prag), daß sämmtliche gewerkschaftlichen Organisationen der Czechen mit diesem Proteste einverstanden sind und beim Punkt „Organisation" diese Erklärung abgeben werden.

Weiter gelangen die eingelaufenen Begrüßungsschreiben und -Telegramme zur Verlesung.

Vorsitzender: Es wird beantragt, daß folgende Telegramme erwidert werden: das des Congresses der Nahrungsmittelarbeiter, der Tapezierer, der Brauer in Wien, jenes aus Holland und das Telegramm der Handlungsgehilfen in Berlin. (Zustimmung.)

Ich unterbreche die Sitzung bis Nachmittag.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr Nachmittag.)

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Verhandlung 3 Uhr 15 Minuten.)

Vorsitzender Gen. Zeller (Teplitz) eröffnet die Sitzung.

III. Punkt der Tagesordnung: „Wahlreform“.

Referent Gen. Dr. Adler (Wien): Parteigenossen! Wir haben die Aufgabe, wieder über die Wahlreform zu sprechen, aber unsere Lage ist eine wesentlich andere, als sie vor zwei Jahren im Saale bei Schwender in Wien war. Als wir vor zwei Jahren über die Wahlreform gesprochen haben, sind wir einer anderen Regierung gegenübergestanden, welche die Wahlreform im Munde führte, die aber alles darangesetzt hat, um die Wahlreform zu vereiteln. Es war klar, daß die Regierung des Fürsten Windischgrätz, der Geschäftsausschuß aller besitzenden Klassen in Oesterreich, seine Aufgabe ausschließlich darin sah, womöglich überhaupt keine Wahlreform zu Stande kommen zu lassen. Daraus ergab sich für die Sozialdemokratie der Schluß, diese Regierung muß weg, daraus ergab sich für uns die Nothwendigkeit, die Wahlreform mit einem solchen Ungestüm zu verlangen, daß es Jedermann klar werde, daß es nicht möglich sei, zu regieren, wenn man die Wahlreform auf die lange Bank schiebt. Wollen wir mit wenigen Worten uns nochmals Rechenschaft geben, warum die Sozialdemokratie die Wahlreform derart in den Mittelpunkt stellen mußte, daß in sehr weiten Kreisen außerhalb der Sozialdemokratie dieselbe eine Zeit lang für eine einfache Wahlrechtspartei angesehen wurde. Wir mußten mit aller Gewalt die Wahlreform durchsetzen, weil ohne Wahlrecht die politische Entwicklung der Partei weiterhin nicht mehr möglich war. Die politische Bedeutung der Partei war riesig gewachsen, im Verhältniß zur Möglichkeit, sich zu bethätigen. Der Rahmen der Partei war einfach zu eng geworden, wir mußten ihn sprengen. Das war eine Lebensfrage für die Partei. Ich sehe hier von allen Erwägungen der Gerechtigkeit ab, ich sehe ab von der Erwägung der Sittlichkeit, der politischen Vernunft u. s. w. Ich sehe ab von der furchtbaren Thatsache, daß Zweidrittel der Bevölkerung in Oesterreich rechtlos sind, ich sehe ab von dem Kuriensystem und all der Schmach, die es im Gefolge hat, alle diese Dinge lasse ich bei Seite. Wir haben hier eine parteitaktische Frage zu erwägen, wir müssen sagen: wie kommt es, daß die Partei, für welche das Wahlrecht schon seit vielen Jahren, neben sehr vielen anderen Forderungen, auf das Programm gestellt ist, gerade jetzt sich auf diese Frage mit solcher Wucht werfen mußte. Es war nothwendig, weil die Partei ohne Wahlrecht nicht mehr vorwärts kommen kann und weil das Bewußtsein, daß der Arbeiterschaft ein Wahlrecht gebühre, auch bei den anderen Klassen bereits in einem hohen Grade Platz gegriffen hat. Also nicht nur wir wußten es, sondern auch die anderen wußten es und das war das Moment, warum wir losschlagen mußten.

Ich will nicht ausführlich berichten, welcher Kampf um das Wahlrecht geführt wurde. Dies ist nicht meine Aufgabe und hätte allenfalls zu dem vorigen Punkt der Tagesordnung gehört. Sie werden es alle wissen: Seit dem 1. Mai 1893 hat die Partei in Oesterreich einen Kampf geführt, wie demselben wenige politische Feldzüge zur Seite gestellt werden können. Was haben die Gegner gethan? Von Anfang an war die Antwort auf die Forderung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes immer die: Ja, den industriellen Arbeitern gebührt ein Wahlrecht und denen wollen wir es geben und zwar den besser gestellten, den höher qualifizirten Arbeitern. Diese Antwort haben uns die Liberalen schon seit den Siebzigerjahren gegeben, sie hat sich in dem alten Arbeiterkammerentwurf und in jenem des Jahres 1886 krystallisirt und sich im Jahre 1891 wiederholt. Nachdem die Wahlbewegung kräftiger geworden war, tauchte

gegenüber dem Wahlreformprojekte des Grafen Taaffe sofort wieder das spezifische Arbeiterwahlrecht mit mehr oder weniger Mandaten, mehr oder minder nach unten abgegrenzt, aus der Versenkung. Dem liegt immer der Gedanke zu Grunde, die Arbeiter, denen man ein Wahlrecht gibt, von den anderen Klassen abzusondern, sie politisch zu isoliren. Die Arbeiterschaft hat diese Abschließung mit der größten Energie zurückgewiesen, sie hat sie für absolut unmöglich und als etwas den Arbeitern unter den heutigen Verhältnissen nicht mehr Oktroyirbares erklärt. Und die Träger dieser Anträge, insbesondere die Koalitionsregierung war eine so schwache Regierung, daß wir in der That in der Lage waren, sie mitsammt ihren Anträgen über den Haufen zu werfen. Mit dem Sturz der Koalitionsregierung war der Versuch, den Arbeitern ein abgegrenztes Wahlrecht zu geben, was nichts anderes bedeutet hätte, als aus dem Wahlkampfe das Moment des Klassenkampfes heraus zu nehmen und die Arbeiter nur unter sich wählen zu lassen, ihnen nur Mandate zu geben, nicht aber ein Wahlrecht, an Stelle eines Wahlrechtes nur die Ernennung von einer Anzahl von Abgeordneten, dieser Versuch, sage ich, war beseitigt. Die Antwort der Arbeiter lautete damals: Es handelt sich uns in erster Linie nicht um die Zahl der Mandate — man hat uns bis zu 25 Mandaten geboten, das war, glaube ich, das höchste Anbot — sondern es handelt sich uns darum, daß wir wählen, daß wir der Arbeiterklasse den Klassenkampf in der Form des politischen Kampfes und des Wahlkampfes ermöglichen. Was nun folgt, ist ja in lebhafter Erinnerung. Ich will mich nunmehr mit dem beschäftigen, was vor uns liegt, und nicht mehr mit der Geschichte.

Nachdem die Koalitionsregierung unter allgemeinem Hohngelächter gefallen war, da kam die Regierung des Grafen Badeni nach einer kurzen Pause an die Reihe, eine Regierung, die man uns als die Regierung der starken Faust und einer ganz besonderen Intelligenz angepriesen hatte. Für Letzteres erwarten wir allerdings noch die Beweise. (Heiterkeit.) Es wurde offiziös angekündigt, die Regierung werde die Wahlreform um jeden Preis machen. Wir müssen sagen: insofern hat sie Wort gehalten, eine Wahlreform hat sie gemacht, hat sie, man kann sagen, dem Parlamente aufoktroyirt. Die Wahlreform liegt dem Ausschusse fertig vor und es ist kein Zweifel, daß dieser Entwurf mit ganz unerheblichen Aenderungen auch vom Parlamente angenommen werden wird. Etwas Anderes aber ist es, ob diese Wahlreform, wie sie vorliegt, ein Beweis für die politische Vernunft oder gar für die „Gerechtigkeit“ der Regierung ist. Das ist sie nicht; die Wahlreform, die vorliegt, ist vielmehr ein Auskunftsmittel schlechtester Art. Sie ist etwas, was unmöglich ist in der Ausführung, unklar im Gedanken, und etwas, was allen Prinzipien sowohl der Gerechtigkeit als der politischen Vernunft geradezu in's Gesicht schlägt. Das Prinzip des allgemeinen Wahlrechtes wird wohl faktisch mit unbeträchtlichen Ausnahmen proklamirt, wie es auch der Antrag Taaffe lange nicht wollte; es bekommt das arbeitende Volk in seiner Gesammtheit das Wahlrecht, aber nur zu dem Zwecke, um dieses Wahlrecht respektive dasjenige, was dabei herauskommen soll, sofort vernichten zu lassen von den alten privilegirten Kurien. (Beifall.)

Es wird ein neues Recht geschaffen, dieses Recht aber sofort zum Unrecht gemacht, indem das alte Unrecht weiter bestehen bleibt. Vergessen Sie nicht, Genossen, daß das Wahlrecht für uns nicht allein eine Maschine ist, um Abge, ordnete zu erzeugen, daß das Wahlrecht nicht eine Mandatfabrik ist für di- Sozialdemokraten, wie sie das ist für die anderen Parteien; für uns, Genossene hat das Wahlrecht so viel Werth, weil es uns ein Mittel der Agitation und vor Allem der Organisation ist. Weit mehr noch als die Vertreter im Abgeordnetenhause haben wir ja die Agitationskraft entbehrt, die im Wahlrecht

liegt und hat uns die Grundlage für die Organisation gefehlt, die jedes allgemeine Wahlrecht bildet. Wir betrachten das Wahlrecht vor Allem als eines der besten Mittel zur Vertretung unserer Grundsätze, als eines der besten Mittel, um die Arbeiterklasse zu erziehen, um sie zu organisiren. Erst in zweiter Linie ist es uns ein Mittel zu einer parlamentarischen Vertretung, so wenig wir das unterschätzen wollen. Wir wissen ja gerade in Oesterreich sehr gut die Vortheile zu schätzen, umsomehr, als wir in der Lage waren, uns eines oder zweier Abgeordneten gleichsam als Sprachrohr zu bedienen, um gewisse Dinge im Abgeordnetenhause zur Sprache zu bringen, die niemals mit dieser Wirkung durch unsere Presse und durch unsere Redner in die Oeffentlichkeit hätten gebracht werden können. Das wichtigste Moment für das Wahlrecht ist aber das Moment der Erziehung des Volkes, das Moment der politischen Bildung, und sehen Sie, gerade dieses Moment wird in der Badenischen Wahlreform wohl nicht gänzlich vernichtet, aber es wird eingeschränkt, verdünnt, vermindert, so daß man sich wirklich fragen muß, ob noch etwas übrig bleibt. Es ist kein Zweifel, es ist ein Behelf für die Organisation, ein Behelf für die Agitation, wenn Leute zusammengerufen werden, um sich politisch zu äußern und zu wählen. Wenn das aber, wie hier, in Wahlkreisen geschieht, die eine halbe Million Einwohner haben, wenn, wie dies ja vorkommt, ein ganzes Land einen einzigen Wahlkreis bildet, da werden Sie zugeben, daß es unter diesen Umständen ungeheuer schwer wird, für die Organisation sowohl als für die Agitation das Wahlrecht auszunutzen und daß der Werth dieser Agitationsmittel ungeheuer vermindert wird. Und wenn ich die anderen Seiten dieses Wahlrechtes betrachte, dann kommt ein noch viel kläglicheres Bild heraus. Es handelt sich hier um 72 Mandate. Mögen wir uns nun anstellen, wie wir wollen, wir müssen zugeben, daß wir auch beim allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechte einen ziemlich geringen Einfluß ausgeübt hätten, insofern die Majorität im Parlamente in Frage kommt. Wir können nicht einmal sagen, ob wir nicht bei einem der Kurienwahlrechte viel mehr Mandate bekommen hätten. Das ist aber eine andere Frage.

Das trifft nicht nur uns, das trifft auch das Bürgerthum und die Bauernschaft, die heute im Parlament sitzen und die sich gefallen lassen, daß $5^1/_2$ Millionen Wähler zusammen 72 Abgeordnete und die 5000 Herren Großgrundbesitzer nach wie vor 85 Abgeordnete bekommen. Während diese Leute in der Lage gewesen wären, und ich klage hier die bürgerlichen Parteien an, nicht, weil ich glaube, daß sie besserungsfähig sind, ich klage sie hier an, daß sie in diesem Momente, in welchem die Arbeiterschaft in Oesterreich den Kampf angefangen hat, wo sie in der Lage gewesen wären, nachzuholen, was die feigen Kerle im Jahre 1848 und 1867 versäumt haben und sich in unser Gefolge begeben hätten können, wieder verrathen haben nicht nur unsere Interessen, aber auch ihre eigenen Interessen. (Lebhafte Zustimmung.) Hätten sie sich uns angeschlossen, dann wäre man in Oesterreich in der Lage gewesen, einmal mit den alten feudalen Ueberresten aufzuräumen. Und dabei — ich bin Deutscher und sage dieses mit großem Schmerze — sind unsere deutschen Liberalen noch um ein gutes Stück schlechter als die Jungczechen. (Beifall.)

Wir nehmen den jungczechischen Antrag auf allgemeines und direktes Wahlrecht nicht so ernst, wie die Jungczechen es vielleicht wünschen würden. Ich meine, wenn der Antrag Aussicht gehabt hätte, durchzudringen, sich vielleicht in dem jungczechischen Lager selbst allenthalben Stimmen dagegen geltend gemacht hätten. Nehmen wir aber selbst an, der ganze Antrag sei eine leere Demonstration, nicht einmal zu dieser leeren Demonstration hat die deutschliberale Partei Kraft und Courage gehabt. (Sehr richtig!) Wir sind gezwungen, das hier zu sagen, wir sind verpflichtet, der Oeffentlichkeit und uns selber klar

zu machen, daß wir in diesem Kampfe vollständig allein stehen, daß die bürgerlichen Klassen ihre eigenen Interessen verrathen, weil sie vor uns Furcht haben. Weil die Klassengegensätze in den czechischen Bezirken noch nicht so weit entwickelt sind, als in den deutschen Bezirken, darum getrauen sich die Czechen noch, mit dem Feuer zu spielen, während sich die Deutschen nicht mehr getrauen, weil da die Gegensätze schon zu weit entwickelt sind. Es muß herausgesagt werden, daß wir in allen diesen politischen Kämpfen vollständig allein stehen, daß die Arbeiterklasse auf sich selbst angewiesen ist. Wir haben also eine Wahlreform vor uns, die $5\frac{1}{2}$ Millionen 72 Mandate gibt, den Kurienschwindel aufrecht hält; wir bekommen ein Haus von 353 + 72 Abgeordneten, und nun fragen wir uns: Ja, warum haben denn die einzelnen Parteien das gethan? Ich kann nicht anders, ich muß mich wieder in erster Linie mit der deutschliberalen Partei beschäftigen; ich muß fragen: Warum hat diese Partei, welche die entscheidende in dieser Frage war, gerade diesem elenden Entwurfe zum Durchbruch verholfen? Sie selbst profitirt bei dieser Kurie gar nichts. Es ist sicher, daß sie in der neuen Kurie kein einziges Mandat bekommen wird. Die deutschliberale Partei ist für diesen Entwurf deshalb eingetreten, weil sie die richtige und klassenbewußte Vertretung der Bourgeoisie ist. Sie hat immer ihre politischen Interessen auf dem Altare der Interessen ihres Geldsacks zu opfern gewußt. (Beifall.) Sie hat sich geopfert, sie will viel lieber ein paar Mandate verlieren, nur die Sozialdemokratie soll davon keinen Vortheil haben. Daraus bitte ich auch den Schluß zu ziehen, warum wir gerade diese Partei für den klassenbewußtesten, für den gefährlichsten Gegner halten.

Darum richtet sich unsere ganze Kraft von jeher gegen die Liberalen, als die eigentliche bewußte kapitalistische Partei in Oesterreich. Aber trösten Sie sich; was die Deutschliberalen heute sind, werden die „czechischen Liberalen“ sehr bald sein. Die Industrie schreitet auch in den böhmischen Bezirken ausgezeichnet vor, die wirthschaftliche Entwicklung drängt vorwärts, und das war vielleicht das Belehrendste aus allen Berichten. So wie in Ostrau sich Deutsche und Jungczechen verbunden haben gegen die Arbeiterschaft, so hat in Triest die schwarzgelbe kaisertreue Bourgeoisie und die schwarzgelbe und natürlich kaisertreue Polizei sich ruhig mit den Irridentisten verbunden, als es gegen die Arbeiter ging.

Man gibt also den Leuten einen Stimmzettel in die Hand, betrachtet es aber als gleichgiltig, welches Gewicht dieser Stimmzettel hat. Dem Stimmzettel wird seine Wirkung genommen, indem man ihn so leicht ausprägt, indem man ihn in ein Meer hineinwerfen läßt, indem man Wahlbezirke von 80.000 und mehr Wählern schafft und Wahlbezirke, die ein halbes Kronland und mehr umfassen. Nehmen wir Böhmen und Niederösterreich — und ich wähle diese Kronländer, weil sie die meistentwickelten sind und hier die Arbeiterschaft eine Macht repräsentirt — welche ungeheuere Bezirke werden da geschaffen, Bezirke, die agitatorisch von uns zu bewältigen beinahe unmöglich ist, allerdings zum Glück, von den Anderen noch weniger. (Heiterkeit.) Weiter wird das indirekte Wahlrecht zur Regel gemacht. Graf Badeni hatte die Schlauheit, die eines polnischen Stanczyken wirklich würdig ist; ich muß sagen, die Pfiffigkeit dieses Stanczyken kommt mir vor, als wenn sie eine Kreuzung wäre zwischen polnischen Edelleuten und polnischen Juden. (Lebhafte Heiterkeit.)

Wenn er vor der furchtbar schwierigen Frage des direkten Wahlsystems steht, das er für Galizien nicht will und welches er aber für die bereits europäisirte Bevölkerung nicht verhindern kann, wie zieht er sich da aus der Schlinge? Er sagt: Hängt Ihr Euch gefälligst selbst auf (Heiterkeit), ich wasche meine Hände in Unschuld; ich gestatte Euch, Euch auf Eueren Landtagen die Köpfe wund zu schlagen über die direkten Wahlen; Galizien wird mir kein

direktes Wahlrecht einführen. (Heiterkeit.) Die Frage des direkten Wahlrechtes ist eine der wichtigsten Lebensfragen bei der Wahlreform und wir müssen in dieser Beziehung eine sehr lebhafte Agitation entwickeln, die, wenn das Gesetz angenommen wird, gegen die Landtage gerichtet sein wird, um die indirekten Wahlen zu beseitigen.

Dann kommt aber ein dritter Punkt, von dem man nicht viel spricht, weil man davon nicht viel weiß, der aber nicht unwichtig ist. Die einzelnen Wahlbezirke sind mit dem größten Raffinement zugeschnitten, es wird die industrielle Arbeiterschaft zwischen großen Massen der bäuerlichen Bevölkerung eingetheilt, um womöglich von ihr erdrückt zu werden; das ist in einer großen Reihe von Wahlbezirken der Fall. Das ist nun freilich etwas, worauf man gefaßt sein mußte. Wir haben keine Aenderung der Wahlbezirke in Oesterreich seit Schmerling, und Herr Graf Badeni oder vielmehr Herr v. Rittner, der den Wahlreformentwurf im Schweiße seines Angesichtes in Meran zusammengeflickt hat, wird es sich doch nicht nachsagen lassen, daß er die Wahlgeometrie nicht ebensogut versteht, wie sein erlauchter Vorgänger Schmerling. Und so wie Schmerling seinerzeit als Vater der Verfassung angesehen wurde und wie er bejubelt wurde von der ganzen Bourgeoisie — nicht von der czechischen, denn sie hatte dazu keine Ursache — als Stütze der Verfassung, geradeso haben Graf Badeni und sein Rittner alle Aussicht, demnächst heilig gesprochen zu werden.

Es ist gar kein Zweifel, die herrschenden Parteien sind auf eine perfide, aber sehr geschickte Weise um eine gründliche Wahlreform für den Augenblick herumgekommen. Diese Leute haben nämlich von der Arbeiterklasse ihre eigenthümliche Vorstellung: Sie glauben, die Arbeiter wollen ihr Wahlrecht nur haben, um ein paar Mandate zu haben: „Schmeißen wir ihnen ein paar Mandate zu; da habt Ihr den Knochen, dann werdet Ihr uns einige Zeit unseres Weges ziehen lassen!" Das ist die Rechnung, die sie machen. Die Leute vergessen aber, daß der ganze Kampf um das Wahlrecht für die Arbeiter nur ein Bestandtheil, nur ein verhältnißmäßig kleines Rad in dem großen Getriebe ihrer Bewegung ist; daß der Kampf um das Wahlrecht gar nichts Anderes ist, als der Kampf um Eines der Mittel, ihre Ideen, die weit über das Wahlrecht hinaus liegen, zu erzwingen; daß der Kampf um das Wahlrecht einfach nicht zur Ruhe kommen kann, bevor er seinen Zweck erfüllt hat. Es ist lächerlich, wenn man davon spricht, ob die Arbeiter sich mit diesen paar Mandaten „zufrieden" geben würden. Man fragt, ob wir die Wahlreform Badeni „annehmen" wollen, das ist Unsinn!

Parteigenossen! Für uns steht die Frage so: Wir stehen im Kampf gegen ein feindliches Heer und sind in der Lage, einen Schritt nach vorwärts zu machen und weiter vorne unsere Fahnen aufzupflanzen. Das ist aber noch lange nicht unser Ziel. Wir fassen da neuen Fuß, um unsere Batterien aufzustellen und erst recht hineinzufeuern. Nicht um einen Vertrag, nicht um einen Waffenstillstand handelt es sich, geschweige um Frieden auch nur für einen einzigen Augenblick. Vielmehr ist ganz kühl zu erwägen, was ist der Sache der Sozialdemokratie, was ist der Sache der Revolutionirung des Proletariats nützlich? Wie können wir die jetzige Situation am besten verwerthen? Für uns steht die Frage so: Die Wahlreform Badeni ist in den Augen eines jeden vernünftigen politisch klaren Menschen gerichtet sowohl vom Standpunkte der politischen Gerechtigkeit, als auch von dem Standpunkt, daß diese Wahlreform niemals ein Abschluß der Wahlrechtsbewegung sein kann. (Sehr richtig!) Im Gegentheil, diese Wahlreform kann nichts Anderes sein, als der Ausgangspunkt einer neuen Wahlrechtsbewegung, als ein Mittel, das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu erkämpfen. Es ist auch in Genossen-

kreisen hie und da das Wort gefallen, ob wir diese Wahlreform „anerkennen" sollen oder nicht. Da habe ich nur die eine Frage: Gibt es Einen unter Ihnen, der unser Vereinsrecht, unser Versammlungsrecht, unser Preßgesetz „anerkennt"? (Rufe: „Nein!") Nein! Wir wissen, was wir von dem Allen zu halten haben, und gerade indem wir es bis auf's Aeußerste ausnützen, protestiren wir am allerschärfsten gegen seinen Bestand. Wenn man an der Kette zerrt, so daß man sie zerreißt, so ist das ja gewiß in gewissem Sinne eine „Anerkennung" der Fessel; aber wir anerkennen sie nur, um sie zu beseitigen! Wir haben auch nicht auf diese fünfte Kurie gewartet. Im Jahre 1891 sind wir, gerade um gegen das geltende Wahlrecht zu protestiren, in den Wahlkampf eingetreten; und Sie werden sich erinnern, daß gerade dieser Eintritt das Mittel, der Ausgangspunkt der späteren großen Wahlrechtsbewegung geworden ist. Niemand von uns hätte gesagt: „Indem Du Dich als Candidaten aufstellen lassest — als unmöglichen und aussichtslosen — erkennst Du den Fünfguldenzensus an." Davon kann also gar keine Rede sein. Wir stehen heute vor einer rein praktischen Frage. Nachdem wir unser Urtheil gefällt haben, müssen wir uns fragen: Was werden wir mit dem neuen Dinge machen?

Parteigenossen! Wir hätten uns ja ganz gut auf den Standpunkt stellen können, zu sagen, die Wahlreform des Grafen Badeni liegt jetzt noch dem Reichsrath vor. Am 20. April wird die erste Verhandlung darüber im Plenum beginnen und am 28. April oder irgend einem anderen Tage wird sie fertig sein und sanktionirt wird sie vielleicht erst im Juli. Wir konnten also ganz gut dem Parteitage vorschlagen, sich auf den Standpunkt zu stellen, diese Wahlreform zu verurtheilen und gegen sie zu protestiren, ja sie zu verhindern, obgleich wir wissen, daß wir es nicht können. Das hätte freilich nach außen sehr hübsch ausgesehen; aber ich glaube, daß wir damit unsere Pflicht nicht erfüllt hätten, die nicht nur darin besteht, ein Urtheil zu fällen, sondern aus den Thatsachen Schlüsse zu ziehen und uns nicht durch Aeußerlichkeiten blenden zu lassen. Nach unseren Schlüssen müssen wir dann unsere Haltung nüchtern und praktisch einrichten. Unter den Jungczechen besteht heute ein großer Streit darüber, ob sie bei der dritten Lesung für oder gegen die Wahlreform Badeni stimmen sollen. Nun, wir haben ja den Jungczechen nicht Rathschläge zu ertheilen; aber wenn sie ernstlich etwas für die Wahlreform thun wollen, dann sollten sie sich nicht um die dritte Lesung, sondern hauptsächlich um die zweite Lesung des Entwurfes im Parlamente kümmern. Bei dieser läßt sich eine große Menge der gröbsten Dinge ausmerzen, und wenn die Jungczechen bei derselben mit den Antisemiten, mit Pernerstorfer, Kronawetter und noch ein paar anderen Wildlingen sich gehörig einsetzen würden, so könnten sie vielleicht eine Reihe von scheinbar unbedeutenden, thatsächlich aber schwerwiegenden Fehlern beseitigen. Ich erwähne beispielsweise nur einen Punkt, der viel zu wenig beachtet wird, daß nämlich der Sonntag zum Wahltage erklärt wird. Es ist anerkennenswerth, daß die Jungczechen so klug waren, nochmals den Slavik'schen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes als Minoritätsantrag einzubringen. Dadurch sind sie in die Lage gesetzt, nochmals für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zu stimmen, und wenn dieses abgelehnt wird, sich einfach für das zu entscheiden, was vorhanden ist. Es war das ganz klug, aber nicht entscheidend. Uns handelt es sich nicht darum, wie die Partei dem Volke gegenüber feiner und eleganter aussieht, wie sie sich leichter einen Glorienschein verleiht, sondern wie das Wahlrecht aussehen wird. Und da ist vor Allem für uns von Bedeutung, daß bei diesem wichtigen Punkte energisch eingesetzt werde.

Es liegt auch ein Minoritätsantrag vor, in Bezug auf die Seßhaftigkeit, denn die sechsmonatliche Seßhaftigkeit wird so manchen Arbeiter vom Wahl=

rechte ausschließen und es wird schließlich — wie in Deutschland — darauf ankommen, zu welcher Jahreszeit gewählt wird, ob ein Arbeiter gerade anwesend, oder auf der Wanderschaft auswärts als Arbeiter beschäftigt ist. Alle diese Dinge könnten noch in der Spezialdebatte verbessert werden. Aber darüber müssen wir uns klar sein: das heutige Parlament bringt einen Widerstand gegen das Ministerium Badeni nicht mehr auf, weder zum Guten, noch zum Schlechten. Dieses Parlament kann und wird diese Wahlreform nicht mehr verhindern.

Ein zweiter Umstand, auf den wir nicht vergessen dürfen, ist, selbst wenn die Wahlreform nicht zu Stande käme, der, daß der Parteitag mit Rücksicht darauf, daß wir spätestens im Februar nächsten Jahres Neuwahlen unbedingt haben müssen, verpflichtet ist, diese Neuwahlen und seine Haltung zu ihnen in ruhige und objektive Erwägung zu ziehen.

Der schärfste Protest gegen die Badeni'sche Wahlreform ist berechtigt; sie ist ein Produkt, das würdig ist Derer, die es erzeugt haben. Sie ist heuchlerisch bis in das Mark hinein, sie anerkennt ein Prinzip, nur um es herabzuzerren und es zu vernichten.

Wenn wir aber diesen Protest ausgesprochen haben, dann — glaube ich — haben wir die Verpflichtung, den Thatsachen in's Auge zu sehen und zu sagen: was werden wir mit diesem Monstrum, mit dieser Mißgeburt anfangen?

Parteigenossen! Es liegt eine Anzahl von Anträge aus den Organisationen vor und ich erwähne daraus als erster den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation, welcher lautet (liest):

„Der Parteitag möge beschließen: Die Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform sei auf das entschiedenste zu bekämpfen und mit allen Mitteln müsse versucht werden, sie unmöglich zu machen."

Ich bin vollständig dieser Ansicht und wenn es Jemanden auf diesem Parteitage gibt, der uns ein Mittel nennen kann, noch in diesem Momente die Badeni'sche Wahlreform zu verhindern und anstatt ihrer eine bessere Wahlreform zu schaffen, so werden wir mit Freuden bereit sein, dieses Mittel anzuwenden. Nachdem wir dies aber für eine Illusion halten, sind wir gezwungen, die vorliegende Wahlreform als fertige Thatsache anzusehen.

Der Antrag der Parteivertretung geht also dahin (liest):

„I. Der Parteitag beschließt: Die Wahlreform, die von der Sozialdemokratie der Regierung und dem Parlamente abgezwungen wurde, liegt abgeschlossen dem Parlamente vor und ihre Annahme ist unzweifelhaft. Sie gewährt dem arbeitenden Volke das allgemeine Wahlrecht, nur, um die Wirkung seines Stimmrechtes zu vernichten. Der gesammte Besitzstand der österreichischen Verfassung an Vergewaltigung, Unterdrückung und Korruption wird unverkürzt erhalten und die fünfte Kurie den Vertretern der besitzenden Klassen zur Majorisirung ausgeliefert. Die ungeheuerliche Größe der Wahlbezirke, das indirekte Wahlrecht, die Bedingung der sechsmonatlichen Seßhaftigkeit gestaltet die Wahlreform zu einem wahren Monstrum. Die Badeni'sche Wahlreform entspricht darum in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfniß des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Noth des Momentes eingegebenes elendes Flickwerk. Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß in der Anflickung einer fünfte Kurie, die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß darum auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden. II. Der Parteitag beschließt weiter: Nachdem die Vergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Thatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Thatsachen den größtmöglichsten Nutzen zu ziehen und das neue Wahlunrecht als Mittel der Agitation und Organisation, wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes, gründlich auszunützen. Die Parteivertretung wird darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung von Neuwahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomités zu bilden. III. In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zu entfalten, um die Landtage zu veranlassen, die indirekten Wahlen zu beseitigen."

Es sind nun auch Anträge von mehreren Organisationen eingelaufen und insbesondere ein Antrag der Organisation Wien III, welche im Wesentlichen mit dem Antrag der Parteivertretung übereinstimmt. Er lautet (liest):

„Der Parteitag erklärt das Wahlreformprojekt des Grafen Badeni für unsinnig und ungerecht. Es bedeutet nicht im geringsten eine Erfüllung der Arbeiterforderungen, sondern verschärft noch den Gegensatz zwischen Besitzlosen und Kapitalisten, indem es den ersteren ein Scheinrecht gibt, unbrauchbar in jeder Beziehung. Sollte jedoch dieses Projekt trotz des einmüthigen Widerstandes der organisirten Arbeiterschaft Gesetz werden, so beschließt der Parteitag, daß in diesem Falle die Wahlrechtsagitation ungeschwächt fortzusetzen ist. Die vornehmste Parole bei einer etwaigen Wahl hat nach wie vor zu lauten: Beseitigung der Kurien, allgemein s, gleiches und direktes Wahlrecht!"

Die Organisation Wien III faßt also nur die Eventualität einer Wahl in's Auge. Die Parteivertretung ist aber der Ansicht, daß dieses nicht genüge. Da wir nicht in 3 Monaten wieder einen Parteitag abhalten können, dürfen wir hier nicht blos eine prinzipielle Erklärung abgeben, sondern müssen ganz klar beschließen, was wir thun wollen. Heute sind wir beisammen, wir stellen klar und konkret fest, was wir wollen und welche Mittel hiezu in die Hand zu nehmen sind. Darum haben wir beantragt, daß auch Kreiswahlkomités zu wählen sind, die sich zunächst an die Wahlkreise der fünften Kurie anschließen.

Ein weiterer Antrag der Bezirksorganisation des IX. Bezirkes Wien liegt vor, welcher lautet (liest):

a) „Es seien Kandidaten für die Reichsrathswahlen aufzustellen."

Nach dem, was ich gesagt habe, versteht sich das von selbst. Es kommt aber noch Eines dazu. Die Parteien, die heute die fünfte Kurie schaffen, sagen sich: „Wenn wir die Leute in der fünften Kurie beschäftigen, so werden sie uns in der dritten und vierten Kurie Ruhe geben." Aber wir sind ihnen auch in der dritten und vierten Kurie, trotz des Zensus, recht unangenehm geworden. Wir lassen uns von unseren Gegnern nicht foppen und wollen auch sie nicht foppen. Edelmüthig wie wir sind, können wir ihnen gleich heute sagen, daß wir, weil wir in der fünften Kurie ein so lumpiges Wahlrecht haben, den Kampf um die anderen Kurien nicht etwa aufgeben werden. (Zustimmung.)

Dieselbe Organisation beantragt (liest):

b) „Sämmtliche Kandidaten haben das sozialdemokratische Programm (Hainfelder-Programm) zu acceptiren."

Das ist ein Antrag, der sich meiner Ansicht nach ganz von selbst versteht. Die sozialdemokratische Partei stellt selbstverständlich nur Sozialdemokraten als Kandidaten auf. Wer Sozialdemokrat ist, das sagt ja unser Parteiprogramm, und die Sache wäre damit einfach erledigt, wenn wir nicht genau wüßten — und ich will der Frage von vornherein nicht aus dem Wege gehen — daß dieser Antrag sich um eine bestimmte Person dreht. (Rufe: „Pernerstorfer!") Ich bedauere sehr, daß der Abgeordnete Pernerstorfer, der die Absicht gehabt hat, herzukommen, nicht hier ist und hören kann, was die Genossen darüber zu sagen haben. Meines Erachtens ist es nicht die Aufgabe des Parteitages, sich mit einzelnen Kandidaturen zu beschäftigen. (Sehr richtig!) Dies würde nur eine Störung in die Diskussion bringen. Wir können diese Sache mit voller Beruhigung den Parteigenossen überlassen; aber diesen Antrag muß Jeder als einen ganz selbstverständlichen und darum überflüssigen ansehen.

Weiters liegt ein Antrag der Kreisvertretung Westböhmens vor (liest):

„Im Falle die Badeni'sche Wahlreform Gesetz werden sollte, wolle die Parteivertretung ein leichtverständliches Handbuch herausgeben, welches der Arbeiterschaft eine Anleitung und das Verhalten über und zu den Reichsrathswahlen klarlegen soll, und zwar zu einen billigen Preis."

Das können wir ja thun. Es ist zwar etwas verfrüht, aber wir können dagegen gar nichts einwenden.

Nun der Antrag des Gen. Feigl (liest):

„Bei Zustandekommen irgend eines Wahlreformgesetzes haben sofort die Kreisvertretungen Konferenzen einzuberufen, den Wahlkampf bei denselben auf die Tagesordnung zu setzen und je einen Vertreter zu einer Reichskonferenz zu delegiren, welche von der Parteivertretung einzuberufen ist. Diese Reichskonferenz hat die nothwendige Vorsorge für die Wahlagitation des gesammten Reiches zu treffen."

Dagegen läßt sich natürlich absolut nichts einwenden; ich meine aber, das Wesentlichste von dem, was die Kreisvertretungen da mit der Reichskonferenz zusammen beschließen sollen, das können wir auch heute schon beschließen. Wir haben — ich sage es offen — zu einer Zeit, wo man noch nicht wußte, in welches Stadium zu Ostern die Badeni'sche Wahlreform gekommen sein wird, einen ähnlichen Antrag selbst beschlossen gehabt. Heute sehen wir die Situation klar, und ich meine, daß es überflüssig ist, dies erst wieder einer solchen Konferenz zu überlassen.

Wichtiger als diese Konferenz ist es, daß der Parteitag deutlich erklärt, was er will. Das ist in unserem Antrage ausgesprochen. Mögen Sie ihn nun annehmen oder ablehnen, wir waren verpflichtet, Ihnen unsere Meinung zu sagen.

Und nun erlauben Sie mir, Eines zu bemerken: Die Wahlreform Badeni's ist ganz niederträchtig! Das, was dabei herauskommt, geht darauf hin, der Arbeiterklasse möglichst wenig zu geben und möglichst viel zu nehmen. Aber wir müssen uns sagen, das sehen wir, die wir den ganzen Kampf mitgemacht haben, die wir wissen, was das Wahlrecht sein soll; die großen Massen sehen das aber nicht; für die große Masse der bisher Rechtlosen — und das sind 3,600.000 Menschen — wird die Thatsache, daß sie einen Stimmzettel in die Hand bekommen, daß sie ein politisches Recht ausüben dürfen, das Neue und Wichtige sein. Das weiß aber Jeder: Die Wahlreform hat nicht Badeni und hat nicht das Parlament gemacht; diese haben nur das am Gewissen, was an ihr verpfuscht, schlecht und niederträchtig ist. Das ist ihr Werk. Die einzige Thatsache, die daran gut ist, daß diese Rechtlosen ein kleines, beschränktes, verdorbenes, aber immerhin ein Wahlrecht bekommen, diese Thatsache verdanken sie weder der Regierung noch dem Parlamente, und das wird das ganze arbeitende Volk in Oesterreich wissen, das Recht verdanken sie einzig und allein der Sozialdemokratie aller Nationen Oesterreichs. (Beifall.) Mögen sie dieses Recht noch so sehr einschränken; indem sie uns dieses elende Papier in die Hand gegeben haben, haben sie uns gleichzeitig die Waffe in die Hand gegeben, zu sagen: Daß Ihr das Wahlrecht habt, das verdankt Ihr uns. Daß Ihr ein so schlechtes Wahlrecht habt, das verdankt Ihr den Anderen. Wenn Ihr ein Besseres haben wollt, so müßt Ihr mit uns gehen.

In dem ursprünglichen Badeni'schen Wahlreformentwurf hatten die ländlichen Dienstboten kein Wahlrecht. Das waren angeblich 210.000 Menschen, wahrscheinlich sind es viel mehr. Da haben wir aber gesagt: Ihr könnt das schon machen, das ist ganz gut, wenn Ihr denen kein Wahlrecht gebt. Dann brechen wir aber in die Dörfer ein, wie die hungerigen Wölfe, und werden den Bauernknechten erzählen: „Ihr seid die einzigen Leute in Oesterreich, die kein Wahlrecht haben, weil Ihr so stumpfe, treue Unterthanen seid! Macht doch den Schädel auf!" Diese Drohung hat selbst die Linke und Graf Badeni verstanden, und nur der Falkenhayn ist so dumm, daß er es nicht verstanden hat. (Rufe: „Der Hagenhofer auch nicht!") Dem nehme ich es nicht so übel. (Heiterkeit.)

Also Parteigenossen: Wir schließen die Wahlreformbewegung nicht, wir nehmen nicht an, wir geben uns nicht zufrieden, wir acceptiren keine Abschlagszahlung, sondern wenn man uns einen Stein anstatt eines Brotes hinwirft, dann nehmen wir den Stein auf, gehen mit dem Stein vorwärts und schleudern ihn dem Feind in's Gesicht. (Lebhafter Beifall.) Das ist die Taktik, die wir ein=

schlagen müssen, das ist die einzige wirkliche revolutionäre Taktik, die jedes Moment benützt, das benützt werden kann, um der Arbeiterklasse mehr politische Macht zu geben und diese Taktik wird, so hoffe ich auch, von der großen Majorität des Parteitages als richtig erklärt werden. (Lebhafter Beifall.)

Vorsitzender: Der zum Korreferenten bestellte Gen. Vaněk mußte leider verreisen und hat Gen. Steiner das Referat übernommen.

Referent Gen. Steiner (Prag) schließt sich im Großen und Ganzen den Ausführungen des Dr. Adler an, denn mit der Badenischen Wahlreform seien wir nicht im Geringsten dem allgemeinen Wahlrecht näher gerückt. Dasselbe wurde uns vielleicht nur gegeben, damit wir von dem Kampfe um das allgemeine Wahlrecht ablassen sollen. Der Kampf um dasselbe muß aber heute noch hartnäckiger geführt werden als zuvor. Hätten wir die Kraft, die Badenische Wahlreform zu verhindern, dann müßten wir es thun; da wir sie nicht haben, müssen wir diese Wahlreform für unsere Zwecke soweit als möglich ausnützen. Wir können uns auf Niemanden verlassen, weder auf die Feudalen, noch auf die Liberalen, oder die Antisemiten oder Klerikalen. Auch den Jungczechen sei nicht zu trauen, dieselben sprechen sich zwar in ihrem Programm für das allgemeine Wahlrecht aus, wir glauben aber nicht, daß sie es aufrichtig meinen. Wir werden ja bei den neuen Wahlen sehen, wie sie eigentlich gegen die Arbeiterpartei gesinnt sind. In Prag werden wir ein Mandat erringen, es ist aber durchaus nicht sicher, daß wir auch am Lande irgend ein Mandat bekommen könnten. Wie aufrichtig es die Jungczechen mit dem arbeitenden Volke meinen, das haben wir bei der Wahl in die Unfallversicherung gesehen, wobei sie sich mit allen möglichen Parteien gegen die Arbeiter verbunden haben.

Weiters erwähnt der Redner die Schritte, welche nach Annahme der Wahlreform eingeschlagen werden müssen und in dieser Richtung stimmen seine Ausführungen mit jenen des Gen. Dr. Adler vollkommen überein. Zum Schluß spricht Redner die Ansicht aus, daß die Landtage gezwungen werden müssen, die direkten Wahlen einzuführen, damit auch für den Reichsrath direkt gewählt wird. Redner schließt: Wenn wir die neue Wahlordnung auch ausnützen müssen, ist es ganz selbstverständlich, daß sich kein Sozialdemokrat mit dieser Reform einverstanden erklären kann, es wäre ein elender Mensch, der niemals zu den Parteigenossen gezählt werden könnte.

Die gestellten Anträge werden genügend unterstützt.

Gen. Dolejšy (Budweis): Ich habe hier zur Sprache zu bringen, daß diese ganze Angelegenheit der Wahlreform, wie dies auch schon Gen. Dr. Adler betont hat, ausklingt in die beiden Worte: Wir schimpfen, aber wir kaufen. Die Badeni'sche Wahlreform hat nicht jene Bekämpfung von Seiten der Partei erfahren, wie die übrigen Vorlagen, und wenn sie auch in Bezug auf Gehalt und Ausdehnung der Wahlberechtigung mit ihren Vorgängern nicht zu vergleichen ist, bleibt zu bedenken, ob wir abermals in eine Agitation für die Erweiterung des Wahlrechtes eintreten sollen, nachdem wir fünf Jahre gekämpft, bis wir eine solche Mißgeburt erhielten. Unsere wirthschaftlichen Fragen haben wir bisnun ganz bei Seite gestellt. Sollen wir uns auch jetzt noch blos auf den Wahlkampf verlegen? Ich glaube, heute hat der Arbeiter zunächst eine Magenfrage zu lösen, und speziell in Südböhmen, wo gelernte Arbeiter oft nur 30 kr. täglich verdienen. Im Auftrage der Organisation muß ich ersuchen, die Partei möge auf die wirthschaftlichen Fragen nicht vergessen, wie dies heute thatsächlich in Folge des Vordringens der politischen Fragen der Fall ist. (Widerspruch; Rufe: „Streiks!") Gewiß, Streiks beweisen uns, daß wirthschaftliche Fragen existiren, aber wie werden diese Streiks unterstützt? (Unruhe.)

Gen. Krapka (Brünn): Wir sagen fortwährend, daß die Jungczechen nichts thun. Die „Arbeiter-Zeitung" sagte aber seinerzeit, daß die Jungczechen

sehr radikal und die Einzigen sind, welche für das arbeitende Volk doch etwas leisten. (Widerspruch seitens des Gen. Adler.) Das sagen uns die Leute. (Gen. Adler: „Dann haben sie gelogen!") Wir sollen es versuchen und den Jungczechen sagen, daß sie es bezeugen sollen, daß sie für das allgemeine Wahlrecht seien. Sie sollen mit uns auf der Straße demonstriren. Von der „Arbeiter-Zeitung" wird immer gesagt, daß die liberale Partei sehr schlecht ist. Aber die jungczechische Partei ist nicht besser. Die liberale Partei zeigt ihr elendes Vorgehen, so daß es Jeder sieht, die Jungczechen aber verbergen es. Wir hoffen übrigens, daß wir in Brünn trotz der schlechten Verhältnisse wenigstens ein Mandat erringen werden.

Vorsitzender: Es ist folgender Antrag eingelaufen:

„In der Presse sowohl wie in allen Versammlungen ist die gesetzliche Feststellung des Sonntages als Wahltag zu fordern."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Zedníček (Proßnitz): Die Regierung Windischgrätz ist über ihre Wahlreform gestürzt, und eine Regierung, die eine solche Wahlreform vorlegt, wie es Graf Badeni gethan hat, verdient gerade so gestürzt zu werden.

Gen. Göpfhardt (Wien IX.): Werthe Genossen! Als die Badeni'sche Wahlreform zum Gesetze werden sollte, stellte sich in Arbeiterkreisen allgemeine Erbitterung ein. Aber wir haben eingesehen, daß uns mit bloßem Negiren nicht gedient ist. Wir wollen diese Wahlreform ebenso ausnützen, wie wir das bestehende Preß- und Versammlungsgesetz ausnützen. Wir wollen nicht die Hände in die Tasche stecken. Zu dem Antrage des IX. Bezirkes Wien habe ich zu bemerken, daß Gen. Adler ihn nicht richtig aufgefaßt hat. Wenn eine Partei nach hartem Kampfe sich politische Macht erworben hat, kommt es vor, daß sich Elemente in diese Partei hineinschwindeln und eine gewisse Stellenjägerei Platz greift; gegen diese richtet sich der Antrag, nicht aber gegen Pernerstorfer. Wenn wir uns vor keinem unlautereren Elemente zu fürchten hätten, als Pernerstorfer ist, dann wäre es gut. Diesem Manne können wir nicht etwa Selbstsucht vorwerfen. Von der Bourgeoisie gewählt, war er es, der sich für uns einsetzte und Gegenstand ihres Hasses wurde. (Beifall.)

Gen. Sturz (Prag): Es ist leichter zu sagen, daß man eine Regierung stürzen solle, als dies wirklich zu Stande zu bringen. Wir müssen hier den Leuten eine Directive geben. Die Resolution soll auch Bestimmungen enthalten, daß, wenn ein Genosse in den Reichsrath kommt, er sofort mit voller Kraft für das allgemeine Wahlrecht einzutreten hat. Aber in Details dürfen wir uns nicht einlassen. Das Referat des Gen. Steiner war nicht klar genug. Er hat nicht gesagt, was er in die Resolution aufgenommen, oder was er an derselben geändert wissen will. Wir können doch nicht sagen, daß unsere Parteivertretung, wenn sie Wahlagitationen unternehmen würde, vielleicht wirthschaftliche Verhältnisse des Arbeitervolkes vernachlässigen würde. Die Wahlagitation ist vielmehr das beste Mittel, auf die elenden wirthschaftlichen Verhältnisse aufmerksam zu machen. Redner ist für Annahme der Resolution.

Gen. Seliger (Teplitz): Die großartigen Demonstrationen und die Wahlversammlungen, die ein gutes Theil dazu beigetragen haben, die Koalitionsregierung zu stürzen, würden heute nicht mehr von gleichem Erfolge sein.

Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation, die Wahlreform unmöglich zu machen, sei heute undurchführbar. Der Generalstreik sei heute unmöglich; ein solcher Beschluß würde nur auf dem Papier bleiben. Redner bittet deshalb, diesen Antrag abzulehnen.

Den Antrag der Parteivertretung empfiehlt Redner zur Annahme. Bei der großen Anzahl politischer Streber, die sich um ein Mandat bewerben und sogar dem Teufel sich verschreiben würden, um eines zu erlangen, könne man

den Antrag des IX. Bezirkes immerhin annehmen, obwohl er selbstverständlich sei. Die Aufstellung der Kandidaten selbst solle man den Wahlkreisorganisationen überlassen, die gewiß nur jene Leute wählen würden, welche das Vertrauen der Arbeiterschaft besitzen.

Gen. Hanich (Steinschönau) hält es für unklug, sich allzusehr auf die Wahlreform des Grafen Badeni einzulassen. Bisher war wohl jede Wahlreform immer etwas besser als die frühere. Die heutige Situation sei schwieriger, aber gerade deshalb müsse man sorgfältiger überlegen. Darin, daß die Wahlreform weder gerecht, noch vernünftig sei, stimme Redner mit Gen. Dr. Adler überein. Die Kritik des Gen. Adler war eine vortreffliche. Wenn es sich aber um das Wählen selbst handle, so sei zu erwägen, ob auch der zu erwartende Erfolg dem Kostenaufwande entsprechen werde. Die großen Wahlbezirke der Badeni-schen Wahlreform erfordern außerordentliche Kosten und die sozialdemokratische Partei könne nicht viel Geld an eine Wahl wagen, der Erfolg würde ganz gewiß ein minimaler sein; und blos zu wählen, um zu agitiren, scheine dem Redner ein veralteter Standpunkt. Die deutschen Genossen haben uns gelehrt, daß die Wahlrechtsfrage nicht blos eine Agitationsfrage, sondern eine politische Machtfrage ist. Wenn die Arbeiter sehen werden, daß sie, nachdem sie gewählt haben, dennoch nicht weiter kommen, so könnte das der Partei vielleicht schäd-lich sein. Heute handelt es sich um die Lösung von politischen und wirthschaft-lichen Fragen. Doch wir können uns nicht einbilden, daß wir auf dem Wege der Gesetzgebung den Arbeitern irgend etwas leisten können; wir werden im Parlament gewiß nicht viel ausrichten. Die bürgerlichen Parteien, unsere bissigsten Gegner, werden nicht geschwächt, sondern gestärkt in das Parlament einziehen. Das Eingreifen in die Wahl in der fünften Kurie dürfte von ver-schiedenem Erfolg sein. Früher hatte man es mit kleinen Bezirken zu thun, die sich leichter erobern ließen, als die großen Wahlgebiete der fünften Kurie. Auch die Genossen draußen werden sich den Beschlüssen des Parteitages fügen, aber besonders begeistert, viel Geld und Mühe aufzuwenden für einen minimalen Erfolg, sind sie nicht. Redner tritt für den letzten Satz der Resolution der Parteivertretung, welcher das direkte Wahlrecht betrifft, ein.

Gen. Závertnik (Wien) wendet sich gegen den Satz der Resolution der mittelmährischen Kreisorganisation, daß man heute alle Mittel versuchen müsse, die Wahlreform unmöglich zu machen. Man müsse das Vorhandene so gut als möglich ausnützen. Der Massenstreik sei kein Kampfmittel, weil er nur dazu führen würde, die Kerker mit Genossen anzufüllen. Redner verurtheilt scharf das Verhalten des Abgeordneten Klun im Wahlreformausschusse und hofft, daß, wenn ein Vertreter der Arbeiterschaft Krains in das Abgeordnetenhaus einziehen werde, mehr erreicht werde, als durch alle radikalen Parteien von heute.

Gen. Schiller (Reichenberg): Die Wahlrechtsvorlage hat die ver-schiedensten Wirkungen hervorgebracht. Der Antrag der mittelmährischen Kreis-organisation will mit allen Mitteln dahin arbeiten, um die Vorlage unmöglich zu machen, während andere Anträge sich schon mit der Aufstellung von Kandi-daten befassen. Die Wahlreformvorlage sei eine Zwangsjacke, gegen die sich der Eine mit aller Gewalt sträubt und in der es sich ein Anderer bereits gemüthlich einrichtet. Redner wünscht, der Parteitag möge heute noch nicht seine Stellung präzisiren, wie sich die Partei zur Wahlreform verhalten solle, wenn sie Gesetz würde. In Oesterreich sei Alles möglich, auch diese schundige Wahl-reform könne noch zurückgezogen werden. Am liebsten würde Redner einen Antrag unterstützen, welcher diese Vorlage auf das Entschiedenste bekämpft. Heute jedoch müsse man einen Mittelweg einschlagen.

Gen. Eldersch (Brünn): Die Brünner Organisation habe den Beschluß gefaßt, mit allen Mitteln auf die Opposition im Abgeordnetenhause einzu-

wirken, daß die Vorlage nicht zu Stande komme. Nun haben wir aber von den czechischen Genossen heute gehört, daß leider keine Aussicht vorhanden sei, daß die jungczechische Partei dafür zu gewinnen sein werde. Es wäre daher überflüssig, wenn wir heute über die Mittel berathen wollten, mit welcher wir die Annahme der Wahlreformvorlage vereiteln könnten, wenn wir uns schon jetzt darüber klar sein müssen, daß wir von diesen Mitteln keinen Gebrauch werden machen können. Unsere finanziellen Mittel erlauben es nicht, daß wir sofort nach dem Gesetzwerden der Wahlreformvorlage einen Parteitag einbe- rufen. Daher empfehle sich die Annahme der Anträge der Parteivertretung und des Antrages Feigl.

Gen. Feigl. (Gloggnitz): Das einzige Mittel, um die Badeni'sche Wahlreform unmöglich zu machen, ist der Massenstreik. Ich bin lebhaft für denselben eingetreten, konnte aber nicht die Zustimmung der Organisationen finden und sie nicht überzeugen, daß der Massenstreik möglich ist. Ob nun die Genossen mit dieser Ansicht Recht haben, bleibe dahingestellt, aber mit der That- sache, daß sie diese Ansicht haben, müssen wir rechnen und müssen daher sagen, daß dieses Mittel nicht in Anwendung gebracht werden kann.

Wenn einer der Genossen sagt, wir hätten noch keine Regierung gestürzt, so möchte ich behaupten, indirekt haben wir sie gestürzt: die eine haben wir weggeblasen und die andere weggepfiffen. Es ist noch ein Moment zu berück- sichtigen. Der Wahlkampf wird uns zu einer politischen Organisation zwingen, die uns heute noch mangelt. Ich kann also nur für die Anträge der Partei- vertretung stimmen. Ich kündige hiemit noch einen weiteren Antrag an: „Die Aufstellung der Kandidaten haben die Wahlkreise zu besorgen."

Gen. Winarski (Wien): Es ist unbedingt nothwendig, daß wir, so- lange der Entwurf der Regierung nicht Gesetz geworden ist, klar sagen, daß wir mit einer derartigen Reform nicht zufrieden sind und daß wir auch weiterhin den Kampf um das allgemeine Wahlrecht nicht aufgeben werden. Dies würde in dem Antrage der Organisation III in Wien schärfer ausgedrückt, als in dem Antrage der Parteivertretung. Redner glaubt, daß es nicht gut sei, zu sagen, gegen diese Wahlreform müsse mit allen Mitteln gekämpft werden. Man könnte dabei auch an den Massenstreik denken und die Genossen seien alle darüber einig, daß der Massenstreik im gegenwärtigen Momente nicht durch- führbar wäre. Die Anträge, für die Sonntagswahl und die direkten Wahlen eine besondere Agitation einzuleiten, hält Redner für überflüssig, wenn wir erklären, daß wir auf dem Standpunkte des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes stehen.

Gen. Děbic (Prag) meint, man müsse auf alle Eventualitäten vor- bereitet sein, welche die weitere Entwicklung der Wahlreformvorlage nach sich ziehen werde. Wir bekämpfen bei unseren Verhandlungen immer nur die Parteien und die Bourgeoisie als solche. Er spricht sich gegen den Antrag der mittel- mährischen Organisation aus, weil durch den Antrag derselben das Organi- sationsstatut verletzt würde. Er wünscht, daß die Resolutionen einer Kommission übergeben werden, welche dieselben zu überprüfen hätte und dann wären die Anträge in Verhandlung zu nehmen.

Es werden hierauf die eingelaufenen Telegramme zur Verlesung gebracht, worauf der Vorsitzende um 3/4 8 Uhr die Sitzung schließt und die Fortsetzung der Verhandlung für Dienstag um 9 Uhr Vormittags anberaumt.

Dritter Verhandlungstag am 7. April 1896.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender: Reger (Orlau).

Vorsitzender: Ich eröffne die Sitzung und theile den Genossen mit, daß Reichsrathsabgeordneter Pernerstorfer als Gast in unserer Mitte erschienen ist. (Beifall.)

Gen. Daszynski überreicht folgenden unterstützten Antrag:

„Die Aufstellung der Kandidaten in den kommenden Reichsrathswahlen ist Sache der Kreisorganisationen, welche sich darüber mit der Reichsparteivertretung in's Einvernehmen setzen wollen.

Sollte dieses Einvernehmen zu nicht zu beseitigenden Meinungsunterschieden zwischen der Kreisvertretung und Parteivertretung führen, so soll die Reichskonferenz als die entscheidende Instanz gelten."

Es wird hierauf die Debatte über den Punkt Wahlreform fortgesetzt.

Gen. Jobst (Falkenau): Wir Alle sind uns darüber klar, daß die Badeni'sche Wahlreform nichts werth ist. Es ist aber schwer, etwas dagegen auszurichten. Ich glaube daher, daß wir dem Antrag der Parteivertretung zustimmen sollen. Dem Antrag Feigl kann sich Redner nicht anschließen, da ja die Reichskonferenz ohnehin nichts anderes entscheiden könne als die Kreiskonferenzen. Redner tritt schließlich für den Antrag der Kreisvertretung Westböhmens ein und meint gegenüber dem Referenten Dr. Adler, daß die Herausgabe einer Broschüre gewiß nicht verfrüht sei.

Gen. Schloßnikel (Neutitschein): Wichtig in der neuen Vorlage für uns ist die Bestimmung über die Seßhaftigkeit. Redner spricht die Befürchtung aus, daß Leute, die agitatorisch thätig sind, von den Fabrikanten werden entlassen werden, damit sie ihr Wahlrecht einbüßen. Er begrüßt daher den Antrag, daß eine allgemeine Thätigkeit zu entfalten sei, um diese Bestimmung auszumerzen. Was die Wahlkreiseintheilung anbelangt, so ist dieselbe eine der größten Gemeinheiten des Gesetzentwurfes, aber gerade deshalb müsse man trachten, die Landagitation in größerem Maße zu entfalten. Wir können, sagt Redner, den Antrag der Parteileitung ruhig annehmen. Er wünscht schließlich, daß die Abstimmung über den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation getheilt vorgenommen werden soll, weil der erste Theil desselben das Gegentheil vom zweiten Theil besage.

Gen. Roscher (Reichenberg): Ich habe mich bereits zu schämen angefangen, als ich gestern gehört habe, daß die Sozialdemokratie in Oesterreich ein so ohnmächtiges Ding geworden sei, wie hier erklärt wurde. Sind wir denn wirklich so schwach, daß wir sagen müssen: Wir können nichts machen. Als Taaffe seinen Entwurf vorlegte, haben sich die späteren Koalitionsparteien genau darüber informirt, was wir zu thun gedenken, ich selbst bin sogar interviewt worden. Aehnlich ist es auch heute. Als in der „Arbeiter-Zeitung" darauf hingewiesen wurde, daß uns mindestens soviel geboten werden solle, als uns Taaffe geboten, da sagten einige Genossen: „Jetzt ist die Zeit gekommen, wo man von uns sagen kann: Wir lassen mit uns handeln."

Heute haben wir ja den Badeni'schen Entwurf noch nicht und wir haben gewiß Ursache, unserem Parlamente nicht zu trauen und sollten heute mit dem Entwurfe noch nicht rechnen. Ich traue den Abgeordneten der Koalition keinen Schritt, so lange sie ihn noch nicht gemacht hat, und heute ist er noch nicht gemacht. Wir sind heute gar nicht so interessirt, zu erklären, daß wir mit der Badeni'schen Reform zufrieden sind. (Rufe: Das erklären wir auch gar nicht!) Aber, wenn wir die eingelaufenen Anträge alle durchgehen, so erscheint uns doch der von der Parteivertretung als der beste. Wir wollen mit der vorliegenden Reform rechnen. Nach ihr werden wir dann unser Haus einrichten und weiterbauen. Redner warnt jedoch davor, sich mit dem Wahlreformentwurf, als etwas noch nicht Vorhandenem, allzuviel zu beschäftigen. Wir hätten — sagt Redner — ebensogut über die Wahlreform zur Tagesordnung übergehen können und wären trotzdem so stolz geblieben wie früher. Unsere Forderungen würden unbeschränkt aufrecht bleiben, auch wenn der Entwurf etwas besser wäre.

Gen. Dobiasch stellt den Geschäftsordnungsantrag, es sollen nur jene Redner zum Worte gelangen, welche gegen den Antrag der Parteivertretung sprechen. Der Antrag wird nach kurzer Debatte, an der sich der Antragsteller und Dr. Adler betheiligen, abgelehnt. Hierauf stellt Gen. Dobiasch den Antrag, daß nur die Redner einer jeden Kreisorganisation, die bisher noch nicht zum Worte gelangt sind, sprechen sollen. Nach kurzer Debatte wird dieser Antrag mit 46 gegen 41 Stimmen angenommen. Da sich jedoch bei der Richtigstellung der Rednerliste Schwierigkeiten ergeben, stellt Gen. Feigl den Antrag: Alle Redner haben vorläufig wieder das Wort zu erhalten.

Nach kurzer Debatte, in die Gen. Beer, Schuhmeier und Adler für diesen Antrag als den weitestgehenden eintreten, wird der Antrag Feigl's mit großer Majorität angenommen.

Gen. Beer (Wien): Der Parteitag ist nicht der Ort, um über Annahme oder Ablehnung der Wahlreform zu beschließen. Damit jedoch nicht nachträglich divergirende Meinungen auftreten, ist es gut, schon heute Stellung zu nehmen. Anzunehmen oder abzulehnen sei der Parteitag außer Stande. Redner tadelt hierauf das Verhalten der „Arbeiter-Zeitung“ in der letzten Zeit. Während sie gegen die früheren Ministerien mit den schärfsten Worten aufgetreten sei, lasse sie heute kräftige Angriffe und Hiebe gegen das Ministerium Badeni vermissen. Dies werde Jeder, der die „Arbeiter-Zeitung“ in der letzten Zeit genau verfolge, erkennen.

Gen. Götz (Bodenbach) empfiehlt den Antrag der Parteivertretung zur Annahme und wünscht, daß die Nominirung der Kandidaten den einzelnen Kreisorganisationen zu überlassen sei. Den Vorwürfen des Vorredners gegenüber der Haltung der „Arbeiter-Zeitung“ könne er nicht zustimmen, da sich dieselbe vollständig nach der bei den Genossen bestehenden Meinung richten müsse und gerichtet habe.

Gen. Krejči (Pilsen) bemerkt, der Referent Dr. Adler habe selbst erklärt, daß wir nicht Willens sind, für Andere die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Er legt dar, welche Stellung Gen. Dr. Adler und die „Arbeiter-Zeitung“ gegen den Entwurf Taaffe's, gegen den Entwurf Badeni's und gegen den Antrag Slavik's eingenommen hat und glaubt, daß es viel gerechtfertigter gewesen wäre, dem Antrage Slavik gegenüber jene Stellung einzunehmen, welche der Referent gegenüber dem Badeni'schen Entwurfe empfiehlt. Die meisten Redner hätten sich bisher blos gegen den Antrag der Parteivertretung ausgesprochen. In erster Linie sollte aber der Ruf erschallen: Weg mit Badeni! Er empfiehlt also, zunächst gegen den Regierungsentwurf einen energischen Protest zu erheben und dann, wenn der Entwurf zum Gesetze geworden sein wird, denselben so viel als möglich auszunützen.

Gen. Berner (Mähr.-Ostrau) führt aus, daß es die Aufgabe des Parteitages sei, gegen den Entwurf des Grafen Badeni eine ablehnende Stellung einzunehmen, nicht blos deshalb, weil er unserer Agitation hinderlich ist, sondern hauptsächlich darum, weil es eine Schande ist, im heutigen Zeitpunkte einer Partei etwas Derartiges zu bieten. Redner glaubt, daß aber die Partei nicht ohne Schuld sei, daß es so gekommen. Die Partei hätte den Grafen Taaffe nicht fallen lassen, sie hätte den Kampf nicht gegen ihn, sondern gegen das Parlament führen und trachten sollen, daß die Taaffe'sche Wahlreform dem Parlament aufoktroyirt werde. Die „Arbeiter-Zeitung" hat schon ein Vierteljahr vorher gesagt, was kommen werde; das sei zu tadeln. Man hätte der Badeni'schen Wahlreform in noch viel schärferer Weise entgegentreten sollen, als dies gegenüber dem Taaffe'schen Entwurf geschehen ist. Heute stehen wir vor der Thatsache, daß diese Wahlreform angenommen werden wird. Redner glaubt nicht, daß das Parlament sich dazu bewegen ließe, den Entwurf abzulehnen. Der Parteitag hat sich daher schon jetzt damit zu befassen, wie die Parteigenossen diese Wahlreform ausnützen sollen.

Gen. Smetana (Wien): Der Wahlreformantrag Badeni's sei nicht als sein Antrag, sondern eigentlich als der Antrag des österreichischen Parlaments anzusehen. Man könne von der Partei nicht mehr verlangen, als sie bisher geleistet hat. Wir sind nicht im Stande, auch diese Regierung zu stürzen. Es wäre angesichts der vorliegenden Thatsache ein Fehler, wenn der Parteitag in dieser Frage nicht Stellung nehmen würde, da es ja nicht möglich sei, einen Parteitag sobald wieder einzuberufen. Redner empfiehlt die Resolution der Parteivertretung zur Annahme.

Gen. Šip (Sobochleben) empfiehlt dem Parteitag, seine Ansicht klar und deutlich auszusprechen, damit die Kreisorganisationen in der Lage seien, die Wahlreform entsprechend auszunützen.

Gen. Lukašik (Reichenberg) bemerkt, daß auf die gegenwärtigen Verhandlungen und Beschlüsse des Parteitages Millionen rechtloser Menschen blicken und warten, ebenso wartet auch die gesammte Regierung und warten die herrschenden Klassen. Redner fordert die Parteigenossen auf, mehr auf dem prinzipiellen Standpunkte stehen zu bleiben, welchen sie der Taaffe'schen Wahlreform gegenüber eingenommen haben und auf dem auch heute noch die slavische Partei stehe.

Gen. Widlar (Wien): Die Genossen des X. Bezirkes in Wien sind mit der bisherigen Haltung der Parteivertretung in Bezug auf die Wahlreform durchaus nicht einverstanden. Diese Haltung sei eine schwächliche. Es habe beinahe den Anschein, als ob die Parteivertretung von dem Badeni'schen Entwurf förmlich hypnotisirt wäre. Sie hat ihn als ein unabwendbares Uebel bezeichnet. Am deutlichsten sieht man das an der Haltung der „Arbeiter-Zeitung", und das, was Gen. Beer gesagt hat, können wir voll und ganz unterschreiben. Die Wiener Organisation X ist dafür, daß der Entwurf der Regierung auf das Schärffste bekämpft wird. Ich werde daher gegen den Antrag der Parteivertretung stimmen und unterstütze den Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation.

Gen. Gerin (Meran): Wir haben nicht den Muth, zu sagen, daß wir auf die Wahlreform Badeni's pfeifen. Badeni sagt: Ihr wollt das allgemeine Wahlrecht! Gut! Wir geben es Euch, aber wir wollen die jetzigen 350 Mandate erhalten, um die anderen müßt Ihr kämpfen. Das kommt mir so vor, wie wenn man einem Hund ein Stück Zucker gibt, man sagt ihm aber: Zuvor mußt Du springen. Wenn wir eine schwache Partei wären, würden wir im Parlamente Vertreter brauchen. Wir sind aber keine schwache Partei, denn unsere Partei ist eine internationale. Ich erlaube mir schließlich folgenden Antrag zu stellen:

„In Erwägung, daß das Wahlreformprojekt Badeni's den Forderungen der Sozialdemokratie nicht entspricht, beschließt der Parteitag, vorausgesetzt, daß dieser Entwurf zum Gesetze wird, die Parteikandidaturen aufzustellen mit der Verpflichtung für die Gewählten, im Parlamente die Forderung des allgemeinen Wahlrechtes zu erheben, dann aber sofort ihre Mandate niederzulegen, um Ergänzungswahlen zu provoziren, worauf sie neuerdings ihre eigenen Kandidaturen aufstellen sollen u. s. w., bis unsere Forderung erfüllt ist."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Trnka (Troppau): Es ist klar, daß wir den gegenwärtigen Wahlreformentwurf nicht verhindern können und deshalb den Antrag der Reichsparteivertretung unterstützen müssen. Wenn diese Vorlage Gesetz geworden ist, müssen wir den Wahlrechtskampf ungeschwächt fortsetzen. Aber wir dürfen den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation nicht aus dem Auge verlieren. Hier ist Manches vernachlässigt worden. Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation ist selbstverständlich abzulehnen. Ebenso die Anträge der Organisationen Wien III und Wien IX. Redner spricht sich dagegen für den Antrag der Kreisvertretung Westböhmens aus und bittet um Annahme der Anträge der Parteivertretung.

Gen. Gröbner (Wien VIII): Ich bin von meinen Mandataren beauftragt, Beschwerde gegenüber der Haltung der Parteileitung sowie der „Arbeiter-Zeitung" zu erheben. Die Gegnerschaft gegen die Taaffe'sche Vorlage war eine ganz andere, als die gegen den Entwurf des Grafen Badeni. Es möge in Zukunft keine solche Haltung eingehalten werden, sondern eine solche, welche unserer Partei vollständig würdig ist.

Gen. Skaret (Wien): Es ist heute schon wiederholt gesagt worden, es sei die Wahlreform zu verwerfen und der Graf Badeni ihr eventuell nachzuschicken. Das sind wohl sehr radikale Ausdrücke, zu deren Ausführung wir aber nicht die Machtmittel besitzen. Wir würden wünschen, daß die Genossen, welche derartige Anträge stellen, auch die Mittel angeben, wie wir den Grafen Badeni und dessen Wahlreform unmöglich machen können. (Sehr richtig!) Mit der Annahme der Anträge der Parteivertretung vergeben wir uns nichts. Wenn Gewaltmittel in Vorschlag gebracht werden, so glaube ich, daß wir über diese erst werden sprechen können, wenn die Konstellation des Parlaments eine andere geworden ist, als gegenwärtig. Die auf Grund der fünften Kurie gewählten Abgeordneten werden in der Frage des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes eine andere Stellung einnehmen, als die übrigen, welche in der privilegirten Kurie gewählt sind. Ich meine, daß Gen. Dr. Adler damit vollkommen Recht hat, dieses neue Gesetz nur als vorläufiges Kampfmittel in die Hand zu nehmen, um einen Kampf zu führen gegen jene Partei, die uns heute am Meisten in die Arme fällt, gegen die Christlichsozialen. Wir müssen darnach streben, jeden Brocken von politischer Macht zu erringen; wir dürfen aber nicht Abstinenzpolitik treiben und etwas beschließen wollen, wozu uns die Macht fehlt.

Gen. Dr. Morgenstern (Brünn): Wenn auch der gegenwärtige Wahlreformentwurf Gesetz wird, wäre es vielleicht doch möglich, einigermaßen schädliche Detailbestimmungen auszumerzen. Von den bürgerlichen Parteien ist allerdings nicht zu erwarten, daß sie sich gegen die Prinzipien der Vorlage steifen werden. Es muß uns aber gelingen, die Opposition aufzustacheln, damit sie von allen parlamentarischen Mitteln Gebrauch mache, um schädigende Bestimmungen, wie die indirekten Wahlen, die Seßhaftigkeit, aus dem Gesetze zu eliminiren und andererseits die Bestimmung in das Gesetz aufnehmen zu lassen, daß der Sonntag als Wahltag festgesetzt werde. Es ist allerdings richtig, daß die Landtage die Macht haben, die indirekten Wahlen zu beseitigen. In unserem mährischen Landtage haben aber die Liberalen die Macht, welche früher

allerdings für das direkte Wahlrecht eingetreten sind, in der allgemeinen Kurie aber jetzt die indirekten Wahlen verlangen. Redner spricht sich für den ersten Punkt des Antrages der mittelmährischen Kreisorganisation, sowie für den ersten Absatz des Antrages Daszynski aus, bittet aber um Ablehnung des geradezu lächerlichen Antrages der Organisation Wien IX.

Gen. Schrammel (Wien): Parteigenossen! Es wurde hier der Parteivertretung und besonders der „Arbeiter-Zeitung" der Vorwurf gemacht, daß sie gegen den Taaffe'schen Wahlreformantrag bedeutend schärfer aufgetreten sei, als gegen den des Grafen Badeni. Wer das sagt, scheint aber die „Arbeiter-Zeitung" überhaupt nicht gelesen zu haben, denn gegen die Taaffe'sche Vorlage wurde lange nicht in der Weise aufgetreten, wie gegen den Entwurf Badeni's. Ich verwahre mich als gewesenes Mitglied der Parteivertretung entschieden dagegen, daß wir den Badeni'schen Entwurf als Abschlagszahlung annehmen. Wir haben uns in der Parteivertretung gefragt, was können wir thun, nachdem wir alle Mittel angewendet haben? Wir haben Demonstrationen veranstaltet. Unsere Genossen wurden von der Polizei geschlagen. Wir müßten unseren Genossen die Waffen in die Hand drücken, damit sie zurückschlagen und da bitte ich, zu erwägen, ob wir das thun können oder nicht. Wir sind zu dem Schlusse gekommen, wir müssen dieses Gesetz, das uns aufgedrängt worden ist, benützen, um die Agitation betreiben zu können.

Seinerzeit wurde gegen das Krankenkassengesetz Stellung genommen und Abstinenz in den Bezirkskrankenkassen getrieben. Heute müssen wir uns diese Institution erst erkämpfen, die wir damals mit Leichtigkeit hätten bekommen können. Würden wir das mit diesem Gesetze ebenso machen, so würden wir eine ganz und gar verfehlte Stellung einnehmen. Ich kann nicht begreifen, daß gerade Gen. Hanich in der Weise gesprochen hat. In Nordböhmen ist es sehr wichtig, eine politische Bewegung in diesem Sinne durchzuführen, weil Nordböhmen an gewerkschaftlichen Organisationen sehr arm ist, und ich bin überzeugt, wenn diese elende Wahlreform Gesetz geworden sein wird, wird auch die gewerkschaftliche Organisation dort aufblühen.

Redner ersucht um Ablehnung der eingebrachten Anträge, mit Ausnahme des Antrages der Kreisvertretung Westböhmens, und bittet schließlich um Annahme des Antrages der Parteivertretung.

Vorsitzender: Vom Gen. Dolejšy ist ein Antrag eingebracht worden, welcher der Resolution des Gen. Gerin ähnlich ist, der aber nicht genügend unterstützt wird.

Gen. Hanusch (Wigstadtl) betont, daß sich im Allgemeinen zwei Strömungen geltend machen und auch hier am Parteitage müßte Redner einmal für und einmal gegen stimmen, wenn er allen seinen Mandatsgebern gerecht werden sollte; darum werde Redner seiner Ueberzeugung folgen und für den Antrag der Parteivertretung stimmen. Die Regierungsvorlage müsse so weit als möglich verbessert werden. Die Landtage seien ebenso reaktionär, wie Regierung und Parlament und deshalb sei es nothwendig, bei den im Herbste stattfindenden Landtagswahlen solche Leute zu wählen, die das direkte Wahlrecht befürworten. Den Antrag, wonach die Reichsvertretung eingreifen solle, wenn die Kreiskonferenzen über einen Kandidaten nicht schlüssig werden, hält Redner für unnöthig, denn in der Provinz wissen die Genossen ganz gut, wen sie wählen sollen.

Gen. Trejbal (Teplitz) schließt sich den gegen die „Arbeiter-Zeitung" gefallenen Vorwürfen an und unterstützt den Antrag der Parteivertretung.

Gen. Lösel: Ich bin beauftragt, dasselbe auszusprechen, was gestern Gen. Hanich gesagt hat. Die Genossen am Lande sind der Meinung, daß durch die Frage der Wahlreform die wirthschaftlichen Fragen allzusehr in den

„Die Regierungsvorlage betreffend die Wahlreform ist auf das entschiedenste zu bekämpfen, es ist mit allen Mitteln zu verhindern, daß diese Vorlage Gesetz und auf Grund dieses Gesetzes gewählt wird."

Er begründet diesen Antrag dadurch, daß er dem Parteitage überhaupt Gelegenheit geben wolle, eine entschiedene Antwort auf diese Frage zu geben.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) überreicht einen Antrag, welcher lautet:

„Der Parteitag beschließe, die Partei habe sich an den bevorstehenden Landtagswahlen zu betheiligen."

Beide Anträge sind genügend unterstützt.

Gen. Zeller (Teplitz) übernimmt den Vorsitz.

Gen. Reger (Orlau) betont, es sei wahr, daß der Kampf der Partei gegen die früheren Ministerien bedeutend schärfer war als gegen das gegenwärtige Ministerium. Daran sei jedoch nicht die Parteileitung und noch weniger die „Arbeiter-Zeitung" schuld, im Gegentheil, das Ministerium Taaffe sei gefallen, weil es keine Unterstützung fand. Hätten wir es unterstützt, fährt der Redner fort, es wäre vielleicht nicht gefallen. Redner bemerkt noch, daß die deutsche Sozialdemokratie eine ernste, gründliche Arbeit in der Gewerkschaftsorganisation zu vernachlässigen scheine. Die Ostrauer Bergarbeiter, die Redner vertritt, haben das zu fühlen bekommen, und der Ostrauer Streik wäre besser ausgefallen, wenn die oberschlesischen Arbeiter besser organisirt wären. Redner spricht sich zum Schlusse nur für die Annahme der Anträge der Parteileitung und für die Ablehnung aller übrigen Anträge aus. (Beifall.)

Gen. Mornik (Wien I) will seine Stellung gegenüber der Parteileitung in der Frage der Wahlreform präzisiren. Es machen sich zwei Richtungen geltend, die eine schließe sich an den Badeni'schen Entwurf an, die andere spreche sich entschieden gegen ihn aus. Redner untersucht, inwieweit der Wahlreformentwurf sich den Anforderungen der Sozialdemokraten an ein Wahlrecht nähert. Das vorgelegte Wahlrecht sei weder ein gleiches, noch ein allgemeines, noch ein direktes. Nach dieser Erkenntniß hätte die Parteileitung schon viel früher ihre Stellung zur Wahlreform kennzeichnen sollen. Redner ist der Ueberzeugung, daß die Parteileitung, trotzdem sie es leugnet, genau informirt war, wie der Wahlreformentwurf aussehen werde. Die Quelle der Informationen sei dem Redner zwar unbekannt (Rufe: Národni Listy!), aber die Thatsache sei unleugbar. Die Aeußerungen des Gen. Adler haben sich genau mit dem Inhalte des Entwurfes gedeckt, ein Beweis, daß er wohl unterrichtet war. Die Stellung jedoch, die die Partei gegenüber der Badeni'schen Wahlreform eingenommen habe, war durchaus nicht bekämpfend, sondern geradezu fördernd. Redner will diese Anklagen beweisen, indem er Aeußerungen der Gen. Popp und Dr. Adler zitirt, aus welchen erhelle, daß die Parteileitung sich nicht klar war, welche Stellung sie gegenüber der Badeni'schen Wahlreform einzunehmen habe. In der Wiener Lokalorganisation ist die Sache zur Sprache gekommen. Die Referenten haben gesagt, wir haben ja nichts mehr zu referiren, weil wir kein neues Thema haben. Da ist nun die Erfindung gemacht worden, in die Gemeinderathswahlen einzutreten, um den Referenten neuen Stoff zu geben. Das war aber nicht der einzige Grund.

Vorsitzender: Ich mache den Genossen aufmerksam, daß die 10 Minuten schon vorüber sind.

Gen. Mornik: Ich werde mir gleich noch 20 Minuten Redezeit verschaffen, ich stelle folgenden Antrag:

„Der Parteivertretung wird wegen des zweifelhaften Verhaltens dem Badeni'schen Wahlreformentwurf gegenüber das Mißtrauen ausgesprochen."

Dieser Antrag wird unterstützt. (Schlußrufe.) Der Antrag des Gen. Schuhmeier, den Redner aussprechen zu lassen, wird angenommen.

Gen. Mornik: Ich begründe den Antrag mit Folgendem: Die Parteivertretung hat sich für das Eintreten in die Wiener Gemeinderathswahlen nur deshalb ausgesprochen, um den Umschwung in ihrer Haltung gegenüber dem Badeni'schen Wahlreformentwurf zu bemänteln. Ein derartiges Verhalten der Parteileitung ist mit unseren Prinzipien nicht vereinbarlich. Das ist Prinzipienverrath und ich ersuche den Parteitag, meinen Antrag anzunehmen. Desgleichen empfehle ich die Annahme des Antrages des Gen. Dr. Berstl.

Vors.: Gen. Scholz hat folgenden Antrag eingebracht:

„Der Parteitag beschließt: Als entsprechender Protest gegen den Wahlreformentwurf Badeni's sind zur Zeit, als derselbe zur zweiten Lesung im Abgeordnetenhause kommt, in ganz Oesterreich zu ein und derselben Stunde Massenkundgebungen zu veranstalten. Die Form derselben bleibt der Parteileitung überlassen

Der Antrag wird unterstützt.

Reichsraths-Abgeordneter Prof. Pernerstorfer: Infolge eines Mißverständnisses bin ich erst gestern Abends in Prag angekommen, so daß ich bei der gestrigen Verhandlung nicht anwesend sein konnte. Ich habe gehört, daß bei dieser Verhandlung auch meiner Person Erwähnung gethan worden ist. Erlauben Sie, daß ich hierüber gleich spreche. Ich gebe hier die Erklärung ab, — die übrigens ganz selbstverständlich ist und deren Diejenigen nicht bedürfen, die mich kennen — daß ich, wenn ich im nächsten Jahre — wie es meine Absicht ist — in der fünften Kurie kandidire, das nicht thun werde, im Gegensatze zur sozialdemokratischen Partei, d. h. daß ich gegen einen von der Partei aufgestellten und gebilligten Kandidaten nicht kandidiren werde. Sie können also in Bezug auf meine Person vollkommen beruhigt sein, wie es ja auch bis jetzt meine Gewohnheit nicht war, gegen die Partei irgend etwas zu unternehmen. Und nun erlauben Sie mir, auf das Meritum der Sache einzugehen. Es sind von verschiedenen Seiten Rekriminationen erhoben worden. Im Herbste 1893 ist der Gedanke vielfach erörtert worden, ob die organisirte Arbeiterschaft sich nicht für den Grafen Taaffe einsetzen solle. Diese Frage ist damals vielfach und ernsthaft diskutirt worden. Heute nun hören wir den Vorwurf, daß man damals einen Fehler begangen habe, indem man sich nicht für den Grafen Taaffe einsetzte. Wenn ich nicht irre, so geschah dies auch von solcher Seite, die sich heute auch gegen die Badeni'sche Wahlreform so sehr erklärt, daß sie selbst eine Benützung derselben von ihrer Seite von sich weist. Meiner Meinung nach ist es damals vollständig ausgeschlossen gewesen, daß die organisirte Arbeiterschaft sich für den Grafen Taaffe hätte einsetzen können. Es wird vielfach von Prinzipien gesprochen, und wenn jemals die Partei beweisen konnte, daß sie eine prinzipielle Partei ist, so mußte sie es damals thun. (Zustimmung.) Die Partei konnte sich unmöglich für einen Mann einsetzen, der — wie Graf Taaffe — durch Jahre hindurch die blutigste Geißel für die Partei war. Und gerade die Prager können davon erzählen, wie er die Partei in der unerhörtesten Weise unterdrückt hat. In Prag war es damals eine gewöhnliche Erscheinung, daß die Leute aus Pilsen, Reichenberg u. s. w. in Ketten nach Prag geführt wurden und hier als Geheimbündler und Sozialdemokraten verurtheilt worden sind, oft auf kein anderes Beweismittel hin, als das sie das Bild Lassalle's in der Tasche hatten. Es war also ausgeschlossen, daß dieselbe auch nur eine Hand rührte, um den Mann am Ruder zu erhalten, weil er am Ende seines politischen Lebens einmal einen vernünftigen Gedanken gehabt hat, der übrigens nicht von ihm war. Das war also ein Ding der Unmöglichkeit. Und so sehr man es vielleicht heute begrüßen könnte, wenn die Taaffe'sche Wahlreform zum Gesetz geworden wäre, ebenso sehr muß man den Gedanken abweisen, daß sie mit Zustimmung der Arbeiterpartei Gesetz geworden wäre. (Zustimmung.) Wenn man sich auf einen prinzipiellen Stand-

punkt stellt, müßten übrigens die Einwendungen gegen den Taaffe'schen Entwurf dieselben sein, wie gegen jeden anderen der bisherigen Entwürfe der Regierung.

Dann haben wir das Koalitionsministerium gehabt; von dem spricht man heute am besten nicht mehr. Und nun haben wir den Grafen Badeni bekommen, von dem werden wir aber noch sehr viel reden müssen, und ich glaube wir sollten uns heute nicht ausgeben. Es wurde gesagt, daß man Monate vorher, ehe der Wahlreformentwurf eingebracht wurde, wußte, was kommen wird. Das hat nicht nur Dr. Adler gewußt. Der Abg. Eim hat das ganz offen in der „Národni Listy" erzählt, der mit dem Grafen Badeni über diese Dinge offenbar sehr viel gesprochen hat und wohl auch im Stillen von ihm autorisirt worden ist, diesen Artikel in der „Národni Listy" zu veröffentlichen. Man müßte ja als Abgeordneter blind und taub sein, wenn man nicht wüßte, was vorgeht; und obwohl es zweifellos in Oesterreich sehr viele blinde und taube Abgeordnete gibt, so sind doch noch einige da, die offene Augen und Ohren haben. Für uns war es nicht zweifelhaft, daß das kommen wird, was gekommen ist. Und nun verzeihen Sie mir, wenn ich über den Wahlreform-Antrag des Grafen Badeni kein Wort verliere, wir können darüber die Debatte schließen. Es ist ein miserables Machwerk! —

Die sozialdemokratische Partei hat es sich zum Grundsatze gemacht, sich immer den thatsächlichen Verhältnissen entsprechend zu verhalten, ohne dabei ein Prinzip preiszugeben. Und nun wissen wir (und das weiß jeder Mensch in Oesterreich), daß dieser Entwurf Gesetz werden wird. Es entsteht also die Frage: Kann die Arbeiterpartei, nachdem sie diese Wahlreform für eine blödsinnige erklärt hat, es verhindern, daß dieser Entwurf Gesetz wird? Darüber ist in vertraulichen Kreisen schon hundertmal gesprochen worden; es ist gewiß alles erwogen worden. Und auch das ist ein Vorzug der sozialdemokratischen Partei, daß sie sich selbst keiner Täuschung hingibt über das, was sie kann. Daß wir überhaupt in Oesterreich seit $2^1/_2$ Jahren eine lebendige parlamentarische Wahlreformbewegung haben, das ist zweifellos mit das Verdienst der organisirten Arbeiterpartei. Denn Graf Taaffe hat seine Vorlage im Jahre 1893 nicht in einem Moment plötzlicher Erleuchtung eingebracht, und es wäre nie dazu gekommen, wenn nicht die große Wahlbewegung vorgearbeitet hätte. So etwas fällt nicht plötzlich vom Himmel. So stark ist aber die österreichische Arbeiterpartei heute noch nicht, daß sie eine Wahlreform in ihrem Sinne durchsetzen könne. Das wissen wir auch. Wir könnten uns also dieser Vorlage gegenüber auf den Standpunkt stellen, daß wir sie mit allen Mitteln bekämpfen. Aber das Endresultat wird sein, daß das Parlament den Entwurf annimmt! — Das ist eine Thatsache, oder so gut wie eine Thatsache.

Ein anderer Punkt, den Sie auch schon in Ihren Blättern besprochen haben und der von der größten Wichtigkeit ist, ist der, sich zu sagen: Diese Reform wird Gesetz: was ist noch bei der zweiten Lesung im Parlamente an diesem Gesetze zu verbessern möglich? Da wird es sich zeigen, ob die kleinen Oppositionsparteien des österreichischen Parlaments die Kraft, die Aufrichtigkeit und die Stärke haben, in dieser Frage ebenso vorzugehen, wie sie in anderen Fragen vorgegangen sind: das ganze Gewicht ihrer politischen Bedeutung in die Wagschale zu werfen und Verbesserungen zu erzwingen.

Ich habe in meiner Rede gelegentlich der ersten Lesung des Regierungsentwurfes gesagt: „Dieses Gesetz wird für die Arbeiterschaft auch in der Form, wie sie einmal gegeben ist, hinfällig, wenn der Wahltag nicht ein Sonntag oder gesetzlicher Feiertag sein wird." Wenn die kleinen Oppositionsparteien sich auf den Standpunkt stellen würden, „wir wollen diesen Punkt sowie die direkte Wahl", so glaube ich, daß es möglich wäre — vielleicht schon durch die bloße Androhung

einer Obstruktion — das durchzusetzen. Das sind praktische und reale Dinge, die können wir machen.

Wie aber auch die Dinge verlaufen werden, so hat sich nach meiner Meinung der Parteitag der sozialistischen Partei eigentlich nur mit der Frage zu beschäftigen: „Was haben wir für die kommenden Wahlen vorzubereiten; wie haben wir uns zu verhalten?" Auch da haben wir die verschiedensten Meinungen gehört, und es ist sogar die Meinung ausgesprochen worden, die sozialistische Partei habe unter Protest zu wählen und die Gewählten haben ihre Mandate niederzulegen. Aber wenn man die Sache so vielleicht einige Male macht, so würde das Parlament kalt lächelnd ein neues Gesetz beschließen, wornach solche unter Protest gewählte Kandidaten ausgeschlossen sind, oder dergleichen. Sie wissen ja, in solchen Dingen ist man sehr erfinderisch.

Auf der anderen Seite steht nun die Meinung — und das scheint auch die Meinung der Parteivertretung zu sein — man habe dieses Recht unter Protest zu benützen; es sei zwar eine schlechte, zum Theile eine vorsintflutliche Waffe; man müsse sie aber doch nehmen. Das ist auch meine Meinung. Man kann sich ja nicht immer die Waffen, mit denen man zu kämpfen hat, aussuchen. Wir wissen aus der Geschichte der Revolutionen, daß die Leute mit Heugabeln gekommen sind, obwohl dies gerade gegenüber den Flinten keine vortreffliche Bewaffnung ist. Aber, meine Herren, das Ende des Kampfes hängt nicht allein von den Waffen ab, sondern vielmehr noch von den Soldaten.

Und nun frage ich mich, hat diese Waffe für die Partei als solche einen Werth? Es ist zweifellos, daß die Partei bei den Wahlen eine in Oesterreich bisher noch nicht gesehene kolossale Agitation entfalten kann. In der Wahlzeit können Hunderte von Versammlungen stattfinden, bei welchen kein Regierungsvertreter ist. Es wird endlich etwas freier gesprochen werden können als bisher und das ist schon von ungeheurem Werth, insbesondere in den Provinzen, wo der Druck von Seite der Behörden viel größer ist als in Wien. In Wien haben wir den Leuten schon so manches abgewöhnt. Da sind sie schon etwas civilisirter und die Behörden sind schon etwas europäischer geworden. (Heiterkeit.) Das ist eine ungeheure Agitationswaffe. Und dann ein anderer Punkt: Zweifellos ist, daß die sozialdemokratische Partei heute, wo sie keine Vertreter im Parlamente hat, schon ein gewisser politischer Faktor geworden ist. Aber jedes Land hat auch seine Eigenthümlichkeiten. Bei uns in Oesterreich ist es von größerem Werthe als in anderen Ländern, daß die österreichische Arbeiterpartei einmal in das Parlament einzieht. Es ist merkwürdig, und ich habe das schon oft scherzhaft bemerkt, das österreichische Parlament und die Mitglieder desselben haben ein ungeheures Ansehen. Ihr Ansehen steht in umgekehrtem Verhältniß zu ihrer politischen Bedeutung. Ein österreichischer Abgeordneter hat eine Menge von Privilegien; er kann zu jedem Bezirkshauptmann hingehen und ihm die Leviten lesen. Der hört's an und oft erreicht man auch etwas damit. Es öffnen sich ihm eine Menge Thüren, was für die politische Agitation von allergrößter Wichtigkeit ist. (Ruf: Auch für wirthschaftliche Zwecke!) Gewiß, auch für die wirthschaftlichen Organisationen. Ich habe das im Jahre 1894 beim Falkenauer Streik gesehen. Der Bezirkshauptmann von Falkenau war daran schuld, daß sich der Streik so lange hinausgezogen hat. Er hat die Leute gehindert, in einer § 2-Versammlung zusammenzukommen, um über das Ende des Streiks zu berathen. Als ich nun dort war, habe ich ihm gesagt: Sie müssen ihnen eine solche Versammlung gestatten. Nun hat er sie gestattet und am anderen Tage war auch der Streik aus. Auch ein anderes Moment kommt noch hinzu. Bei uns in Oesterreich ist es gar nicht so gleichgiltig, wie sich die Dinge im Parlament gestalten. Sie werden es mir gewiß nicht als eine Ueberhebung anrechnen, wenn ich behaupte, daß im österreichischen Parlament das Vorhandensein von 2 bis 3 Leuten, die

bei verschiedenen Gelegenheiten energisch aufgetreten sind, genügt hat, gewisse Dinge durchzusetzen, oder die öffentliche Meinung aufzuklären. Ich bekomme hunderte von Sachen aus ganz Oesterreich, um sie im Parlamente zu verwerthen. Ich kann dieser Aufgabe nicht gerecht werden, denn das ist physisch unmöglich. Es werden gewiß auch in dieser Versammlung einige sein, die mir deshalb bös sind, weil ich die eine oder die andere Sache habe unter den Tisch fallen lassen. (Ruf: Gewiß! — Lebhafte Heiterkeit.) Außer dem Abg. Kronawetter und einigen jungczechischen Abgeordneten ist Niemand da, der das thun würde. Sie wissen Alle genau, welchen Werth es für Ihre Bewegung gehabt hat, also für etwas, das Sie gewiß höher stellen als das Wahlrecht, daß Sie ein Sprachrohr im Parlamente gehabt haben, und daß es in einzelnen Momenten gelungen ist, den Teich des Parlamentes etwas in Wallung zu bringen. Sie haben nun Gelegenheit, dies in vermehrter Weise zu thun, wenn es Ihnen gelingt, auch nur eine kleine Gruppe von Abgeordneten in's Parlament zu bringen. Wenn sie auch nur zehn solche Abgeordnete darin haben, so wird sich die ganze Physiognomie unseres parlamentarischen Lebens ändern. Unterschätzen Sie nicht den Vortheil, der Ihnen für Ihre Bewegung in politischer und wirthschaftlicher Beziehung erwächst. Sie haben Leute, die in der Lage sind, mit voller Ungenirtheit und Rücksichtslosigkeit vorzugehen. Sie sind durch eine Reihe von Leuten repräsentirt, die Tag für Tag auf dem Posten sein müssen und keinen Augenblick vorübergehen lassen, wo es gilt, irgend einen Vortheil für Ihre Richtung herauszuschlagen. Heute ist es einem Einzelnen nicht möglich, bei jeder Gelegenheit am Platze zu sein und keinen Augenblick zu versäumen. Was hätte es aber für Sie für einen Werth, wenn jeden Tag die Stimme des Volkes im Parlamente ertönen kann und nicht nur, wie heute, vereinzelt und in großen Zwischenräumen. Sie haben dann eine Tribüne, von der Sie viel wirksamer sprechen können und dann noch einen Vortheil. Sie wissen, was für Opfer in den letzten 10 Jahren Ihre Bewegung gekostet hat, wie viele Leute im Gefängniß gesessen sind. Sie werden mir aber zugeben, daß es nicht Beruf eines sozialdemokratischen Agitators ist, immer im Gefängniß zu sitzen. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Sie 10 Leute haben, die man nicht gleich so ohneweiters einsperren kann, ist das für Sie ein ganz besonderer Vortheil. Ich hätte auch schon eine beträchtliche Zahl von Monaten auf mir, wenn ich nicht die privilegirte Stellung eines Abgeordneten hätte. (Heiterkeit.)

Man mag sagen, was man will, diese 72 neuen Abgeordneten werden im Großen und Ganzen, auch wenn sie zum größten Theil der bürgerlichen Partei angehören, doch mehr volksthümliches Material repräsentiren, als die alten Stammsitzinhaber des neuen Parlamentes. Es wird eine Situation geschaffen, die für Sie ganz unbezahlbar ist. Das nun soll um den Preis geschaffen werden, daß wir zur Badeni'schen Wahlreform schweigen? Nein, wir sagen, daß sie unzulänglich, daß sie monströs ist. Nach meiner Meinung wird nach diesem Wahlgesetz ein zweites Mal nicht mehr gewählt werden. (Gen. Dr. Adler: Sehr richtig!) Im Jahre 1897 haben wir Wahlen, im Jahre 1903 werden wir schon wieder eine neue Wahlreform haben. Seien Sie versichert, daß sofort nach Annahme dieser Wahlreform Anträge über eine neue Wahlreform vor das Haus kommen werden. Ich habe vor Jahren den Antrag auf Einführung des allgemeinen Wahlrechtes eingebracht. Meinen Sie, daß dieser Antrag auch nur aufr die Tagesordnung gesetzt worden wäre? Zehn entschlossene Leute werden aber etwas bedeuten bei einer Versammlung von Unentschlossenen. Sie werden mitt zugeben, ich habe das Interesse der organisirten Arbeiterschaft seit meinem Eintrie in den Reichsrath, seit 1886 vertreten, zu einer Zeit, da man gewiß noch kein Ahnung davon hatte, daß eine Erweiterung des Wahlrechtes kommen werde. (Zustimmung.) In den Jahren 1886, 1887, 1888, 1889 und 1890 hat man

noch immer nicht gewußt und nicht geahnt, daß eine Wahlrechtsreform kommen werde. Die Leute sagten: „Dieser Pernerstorfer ist ein Narr. Er hätte ein so schönes Leben bei den Liberalen, ein so schönes Leben bei den Deutschnationalen oder bei den Antisemiten. Aber nein, das alles will er nicht, das ist eine ganz abstruse, sonderbare Sache. Er erhitzt sich wegen Leuten, die kein Wahlrecht haben.“ Heute sagen sie wieder, er will ein Mandat haben. Sie vergessen, daß ich durch zwei Sessionen dem Parlamente angehörte und dieselbe Haltung wie heute eingenommen habe.

Wenn ich ein Recht hätte, Ihnen einen Vorschlag zu machen, so würde ich sagen: Erheben wir uns zu einem feierlichen, mit allen Schimpfwörtern des deutschen Lexikons ausgestatteten Protest über die Badenische Wahlreform, und sagen wir, da wir nicht die Macht haben, dieselbe zu verhindern, werden wir in die Wahlagitation eintreten, werden suchen, so viele Leute unserer Richtung durchzusetzen, als es geht, und werden dann den Kampf an der kompetenten Stelle fortsetzen, den wir durch 8 Jahre mit größter Energie fortgeführt haben. Es wird Sie Niemand des Prinzipienverrathes und auch nicht einer unzuläßigen politischen Unklugheit beschuldigen können, denn mit besonders heftigen Protesten und mit der Erklärung, Sie wollen sich an der Wahl nicht betheiligen, werden Sie vielleicht bei einigen sehr hitzigen Elementen Beifall finden, aber Ihre eigene Sache werden Sie dadurch nicht fördern. Was nützt es Ihnen, wenn der Entwurf wirklich Gesetz wird und Sie stolz beiseite stehen? Sie betheiligen sich nicht und überlassen das Terrain den Christlichsozialen, den Klerikalen, den Deutschnationalen. Den Liberalen brauchen Sie nichts zu überlassen, von denen kommt ohnehin Keiner hinein (Heiterkeit),. Was nützt es Ihnen, wenn Sie sich in die Büsche legen und sagen: „Wir geben uns nicht damit ab.“ Was Sie anstreben, eine Erweiterung Ihrer politischen Rechte, die Erkämpfung der politischen Freiheit in Oesterreich, die Ermöglichung einer gewerkschaftlichen Organisation im großen Style, alles das wird durch diese ganz elende Wahlreform doch gefördert. Sie werden dadurch, daß Sie wirkliche Abgeordnete in's Parlament entsenden können, einen kolossalen moralischen und physischen Rückhalt finden. Ich bin der Meinung, daß man in der Bethätigung seiner Ueberzeugung nicht leidenschaftlich genug sein kann. Aber wenn es sich um Dinge des praktischen Lebens handelt, wenn es sich um Politik handelt, so muß man es verstehen, diese Dinge ganz so klein zu nehmen, wie sie sind. Darum habe ich nicht angestanden, Ihnen, was meine persönliche Meinung ist, vorzuführen. Sie wissen, die organisirte Arbeiterpartei kämpft seit Jahren, wie sie für eine politische Freiheit kämpft, für eine Preßreform. Wir stellen uns darunter vor, daß das keinen Menschen etwas angeht, was ein Anderer drucken läßt. Wenn Jemand nun herkommen und sagen würde: „Ich stehe auf dem Standpunkte der absoluten Preßfreiheit“, so wäre das doch eine Tollheit, und ich glaube, kein Einziger wäre in der Partei, welcher eine solche Taktik verfolgen und sagen würde: „Weil wir keine absolute Preßfreiheit haben, lasse ich nichts drucken.“ In Fragen der Taktik kann man gar nicht genug kühl, besonnen, überlegt, kleinlich und was Sie wollen sein, da handelt es sich darum, mit realen Dingen sich abzugeben. Ich danke Ihnen, daß Sie mich angehört haben. Ich weiß auch, daß Sie es gethan haben, weil Sie überzeugt sind, daß, welches immer meine persönliche Meinung sei, diese meine persönliche Meinung nur diktirt ist vom lebhaftesten Interesse für Ihre Bestrebungen und von dem Wunsche, daß Ihre Partei und Ihre Bestrebungen immer vorwärts gehe. Wo man in Oesterreich auch hinblicken möge, auf welche politische Richtung, auf welche Gestaltung des öffentlichen Lebens, man wird ehrlicher Weise als ein Anhänger des Fortschrittes sich sagen müssen: Die einzige Richtung, von der eine bessere Zukunft zu erwarten ist, ist die österreichische Arbeiterpartei. Und

wie Sie sich auch heute entschließen mögen, an dieser Thatsache wird nichts geändert werden. Wir haben in Oesterreich seit 25 Jahren mit immer deutlicherer Bestimmtheit vor uns das Bild einer geschlossenen und anwachsenden Arbeiterorganisation und zugleich das deutliche und bestimmte Bewußtsein, daß in dieser Arbeiterbewegung und in dem Siege derselben Alles enthalten ist, was wir in Oesterreich an Fortschritt in politischen und ökonomischen Dingen zu erwarten haben, und daß die sozialdemokratische Partei ein Hort, eine sichere Zufluchtstätte für die Freiheit und ökonomische Entwicklung ist. Daher ist mir um Ihre Zukunft und die Zukunft Ihrer Partei nicht bange. Ich wünsche, daß Sie Ihre Arbeit mit aller Klugheit und Besonnenheit in's Auge fassen, und daß Sie unaufhaltsam vorwärtsschreiten im Kampfe für die Grundsätze, die Sie beseelen. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen.)

Die Sitzung wird um 1 Uhr 15 Min. unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Beginn der Sitzung 3 Uhr 15 Min.

Vorsitzender Gen. Reger theilt mit, daß vom Gen. Liebknecht aus Berlin ein Dankschreiben für das Begrüßungstelegramm eingelangt ist, welches unter lebhaftem Beifall zur Verlesung gebracht wird.

Vom Baden'schen Parteitag in Heidelberg ist ein Begrüßungstelegramm eingelangt.

Gen. Popp beantragt die Absendung eines Danktelegrammes. (Angenommen.)

Es liegt ein Geschäftsordnungsantrag vor, welcher lautet: „Um den Delegirten des Parteitages eine größere Auswahl bei Wahl der Parteivertretung zu ermöglichen, wird die Kommission beauftragt, je die doppelte Anzahl von Kandidaten sowohl für den engeren Ausschuß als für die Kontrole der Parteivertretung aufzustellen." Dieser Antrag wird angenommen.

Es wird hierauf die Debatte über die Wahlreform fortgesetzt.

Gen. Prähauser (Salzburg): Es wird hier gesagt, daß der Wahlreform Badeni's zu wenig energisch entgegengetreten werde. Ich will für die Parteivertretung keine Lanze brechen, denn diese hat sich selbst zu vertheidigen. Aber ich frage die Wiener Genossen: Warum haben Sie diese Parteivertretung so lange geduldet? Ich kann Sie dessen versichern, wenn ich in Wien bin, und ich habe die Ueberzeugung, daß die Parteivertretung ihrer Schuldigkeit nicht nachkommt, dann hat die Parteivertretung aufgehört zu sein. Ich warte nicht bis zum Parteitage, um hier ein Klagelied anzustimmen, sondern handle in Wien zur Zeit, wo es nöthig ist. Das Gleiche gilt von dem, was in Bezug auf die „Arbeiter-Zeitung" gesagt worden ist. Die Opposition sagt: Es muß energischer gegen die Wahlreform Badeni's aufgetreten werden. Das genügt aber nicht. Die Opposition muß auch sagen, wie dies „energischer" gemacht werden soll. Kein Einziger hat uns bisnun gesagt, was denn geschehen soll, um diese Wahlreform überhaupt unmöglich zu machen. Wir haben Versammlungen einberufen, es haben die Referenten gegen die Wahlreform Badeni's gerufen: „Weg mit dieser Wahlreform, weg mit Badeni!" Aber die Wahlreform und der Badeni sind noch immer da (Heiterkeit) und wenn auch die „Arbeiter-Zeitung" geschimpft hätte wie ein Hundsscheiber, der Badeni und die Wahlreform wären noch immer da. (Lebhafte Heiterkeit.) Alle Anträge, die eingebracht worden sind, sind nicht mehr werth, als daß sie direkt in den Papierkorb wandern. Den einzigen Antrag, betreffend die Herausgabe einer Broschüre

akzeptire ich. Der Antrag der Organisation Wien III verlangt, daß die Abgeordneten den Antrag auf allgemeines Wahlrecht stellen sollen. Solche Kandidaten, die sich das erst schaffen lassen, die brauche ich nicht. (Lebhafte Heiterkeit.) Wenn Sie aber solche Anträge stellen, um uns in der Provinz zu belehren, so sage ich Ihnen: Sie sagen uns gar nichts Neues. Wenn aber Opposition gemacht wird, nur damit die Genossen im Protokoll stehen, so meine ich, daß die Kreuzer der Parteigenossen zu blutig verdient sind, als daß wir hier die Zeit vertrödeln dürfen. Ich kann nur für die Resolution der Parteivertretung stimmen; etwas Besseres ist bis heute nicht gesagt worden, alles Uebrige ist leeres Gewäsch. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Eich (Villach): Ich komme aus einem Lande, welches gewiß nicht für die Wahlreform des Grafen Badeni begeistert ist, und halte es doch für das Beste, wenn wir die Resolution der Parteileitung annehmen. Wir können momentan nichts anderes thun, als die Wahlreform, so schlecht und niederträchtig sie auch ist, auf das äußerste auszunützen.

Gen. Reis (Prag): Es wurde nicht genug in Betracht gezogen, daß wir große Massen vertreten. In einer großen Reihe von Versammlungen in Prag und ganz Böhmen wurde die Badenische Wahlreform verurtheilt und verworfen, aber trotzdem der Vorsatz gefaßt, sie nach Kräften auszunützen, wenn sie Gesetz würde. Würden wir nicht schon jetzt uns an der Wahlagitation betheiligen, so würden uns die Klerikalen, die bereits eifrig an der Arbeit sind, den größten Schaden zufügen. Redner ist für den Antrag der Parteivertretung.

Gen. Popp (Wien): Genossen! Ich habe mir das Wort erbeten, um im Namen des Präsidiums einen Antrag zu stellen, zu dem die Genossen, die der bisherigen Parteivertretung angehören, schon ihre Zustimmung gegeben haben. Sie werden sofort die Wichtigkeit der Sache einsehen. 500 Arbeiter der Firma Perutz in Lieben stehen im Streik; bereits wurden die Arbeiter delogirt. Die Gemeinde Lieben war so anständig, den Arbeitern Wagen beizustellen, damit sie ihre Möbel in einem Lokal unterstellen konnten; die Arbeiter selbst sind jedoch nicht untergebracht worden, sondern mußten sich bei verschiedenen Genossen einquartieren. Ich beantrage, daß der Parteitag den Streikenden seine Sympathie erkläre und zur Kenntniß nehme, daß das Präsidium im Einvernehmen mit dem Parteitag 100 fl. aus der Parteikasse für die Streikenden votirt. (Lebhafte Zustimmung.)

Gen. Dr. Adler (Wien) will mit dieser Sympathieerklärung gleichzeitig die Erklärung der Verachtung für die Prager jungczechische und deutsche Presse verbinden, die in der niederträchtigsten Weise gegenüber diesen Arbeitern vorgehe. Die Arbeiter sind von den Blättern theils als von den Antisemiten, theils als von den Juden aufgehetzt hingestellt worden. Der Parteitag müsse Werth darauf legen, dieses Vorgehen zu brandmarken.

Gen. Hanich (Steinschönau) beantragt, unter den Anwesenden eine Kollekte für die Steikenden zu veranstalten.

Diese drei Anträge werden unter lebhafter Zustimmung angenommen.

Gen. Daszinsky (Krakau): Ich stehe wahrhaftig nicht im Verdachte, mit dem Grafen Badeni zu sympathisiren, vielmehr bin ich eher eines unversöhnlichen Hasses gegen diese Kreuzung von „Krakauer Schlachzyzen und polnischen Juden", gegen diese galizische bureaukratische Erscheinung in der österreichischen Politik verdächtig, und ich gestehe, ich schäme mich dessen ganz und gar nicht. Nichtsdestoweniger nehme ich die von der Parteivertretung gestellte Resolution an, denn sie ist, wie mir die Mehrheit des Parteitages zugeben wird, die einzig mögliche in der gegebenen Lage. Der einzige Vorwurf, der uns treffen könnte, ist der, daß wir trotz der monströsen Kreiseintheilung, die jede vernünftige Verständigung ausschließt, uns dennoch entschlossen haben, auf diesem

Terrain uns zu organisiren und ein agitatorisches Leben zu entwickeln. Doch bitte ich, zu bedenken, diese Wahlorganisation wird nicht dauerhaft sein, sondern muß sich fortentwickeln. Diese monströse Eintheilung in Wahlkreise zwingt uns aber dazu, uns mit der ländlichen Bevölkerung zu befassen. In Krakau müssen wir schon heute mit dem Bauer uns befassen und das Gute an dieser Wahlkreiseintheilung ist, daß wir schon heute die Landbevölkerung sozusagen mit den sozialdemokratischen Ideen „vergiften“. Sie sehen auch hier etwas Gutes, das eine lebende Volkspartei, wie wir, ausnützen muß. Der Antrag der mittelmährischen Organisation ist wohl sehr konsequent; aber werden die Millionen Menschen, die auf unsere Beschlüsse hier warten, um sich nach ihnen zu richten, diese so billige Konsequenz begreifen? Können wir den stolzen Spanier spielen und uns einfach gegen die Wahlreform ablehnend verhalten? Wir würden uns einfach lächerlich machen; denn auch wir wollen leben und uns entwickeln und hiezu müssen wir Alles ausnützen, was wir vor uns haben. Man kann nicht mit Millionen von Menschen Blindekuh spielen. Eine Obstruktionspolitik, wie sie Genosse Gerin vorschlägt, ist auf die Dauer nicht erfolgreich. Wir sind nicht gefährlich durch unser Schweigen, sondern durch unser Reden.

Was den von mir gestellten Antrag, Kandidaten für die Wahlen aufzustellen, betrifft, so wurde die erste Hälfte desselben anerkannt, daß nämlich die Kreisorganisationen sich mit der nächsten Parteivertretung hierüber in's Einvernehmen setzen sollen. Ich glaube, daß eine solche Verständigung nothwendig ist. Darin liegt kein Terrorismus, sondern nur Vorsicht. Die Leute, die auf unser Programm gewählt werden, müssen wir auf unsere Rechnung nehmen und die Partei wird mit ihnen Hand in Hand gehen müssen. Wenn die Parteivertretung diese Pflicht hat, muß sie auch etwas in die Kandidatur dareinreden können. Sollte mein Antrag in seiner ersten Hälfte angenommen werden, so steife ich mich keineswegs auf die Annahme der zweiten Hälfte. Wir werden hoffentlich stets in Eintracht auskommen und Zwistigkeiten bei den Kandidaturen vermeiden.

Zum Schlusse habe ich noch einige Worte an den Abgeordneten Pernerstorfer zu richten. Ich bin ihm sehr dankbar, daß er heute die persönliche Frage so offen und unumwunden berührt hat. Wir speziell in Galizien — und das sage ich im Einverständniß mit unseren engeren Parteigenossen — können nicht umhin, auch unser Wort in dieser Sache zu sprechen. Seit 10 Jahren ist unsere Bewegung in Galizien oft nur dann möglich gewesen, wenn uns Wien gerettet hat. Es ist zweifellos, daß wir in Wien eine furchtbare Peitsche gegen die galizischen Bezirkshauptleute haben: die „Arbeiter-Zeitung“ und den Abgeordneten Pernerstorfer. Wir sind verpflichtet, ihnen den Dank auszusprechen und zu konstatiren, daß wir alle diese Arbeit anerkennen. Ich spreche im Namen der polnischen Genossen; aber ich bin ebenso sicher, daß es Momente gibt, wo ganz Oesterreich auf das Niveau Galiziens herabgedrückt wurde und dann war die Stimme Pernerstorfer für uns von riesigem Nutzen. Wenn auch Abgeordneter Pernerstorfer noch nicht unser Genosse ist und trotzdem sagt, daß er seine Kandidatur von dem Willen der Partei abhängig machen wird, weil er entgegen dem Willen der Partei nicht kandidiren wird, so halte ich es für eine Sache des politischen Anstandes, daß wir ihn nicht bekriegen, sondern unterstützen. Und ich bin dessen so sicher, wie vielleicht kein Einziger hier, daß Abgeordneter Pernerstorfer früher oder später in der sozialdemokratischen Fraktion seinen Sitz nehmen wird. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Trejbal (Teplitz) überreicht einen Antrag, welcher lautet:

„Das Recht, Kandidaten aufzustellen, haben nur die Wähler respektive die Kreisorganisationen.“

Dieser Antrag wird hinreichend unterstützt.

Gen. Wanka (Znaim): Als Grundlage jeder Wahlreform ist das agitatorische Moment in's Auge zu fassen, sowohl mit Rücksicht auf den Wahlkampf, als mit Rücksicht auf die Vertreter im Parlament. Daher muß sich der erste Kampf gegen das indirekte Wahlrecht als System richten. Mit dem indirekten Wahlrecht hätten wir nur wenig Erfolg. Es würde dagegen dieser Kampf aus einem Prinzipienkampf in einen persönlichen Streit umgewandelt. Abgesehen davon würden durch das indirekte Wahlrecht uns weniger Mandate zufallen. Der Antrag, mit allen Mitteln Stellung zu nehmen gegen die Badeni'sche Wahlreform, hat den Fehler, daß er uns die Mittel dazu nicht nennt. Das schärfste Mittel, der Generalstreik, hat gewiß mehr Aussicht auf Erfolg, wenn wir ein Wahlrecht haben, als wenn wir keines haben. Ich erkläre mich somit, aus agitatorischen Rücksichten, für den Antrag der Parteivertretung und werde für denselben stimmen. Der Wahlreformentwurf bietet einen Stützpunkt im Kampfe um das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht.

Gen. Berner (Mährisch-Ostrau) beantragt Schluß der Rednerliste.

Dieser Antrag wird mit allen gegen 3 Stimmen angenommen.

Gen. Resel (Graz): Die Prinzipien unserer Partei enthalten nichts über die Annahme oder Ablehnung irgend einer Wahlreform; sie enthalten nur die Vorschriften, daß wir uns stets nach dem jeweiligen Verhalten der Gegner einzurichten haben und ferner, daß wir das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht anstreben sollen. Wenn wir uns auch mit der Badeni'schen Wahlreform vertraut machen, um sie auszunützen, so verzichten wir doch lange nicht auf das Anstreben des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes. Die Frage, ob der Badeni'sche Entwurf verhindert werden könne, wurde dahin beantwortet, daß dies nicht möglich sei. Der Generalstreik sei ein zündendes Schlagwort, soll er aber inscenirt werden, dann läßt die Stimmung für ihn nach. Ich allein kann keinen Generalstreik machen. Unter solchen Verhältnissen wäre ein Generalstreik nur ein Streik der Generäle der sozialdemokratischen Partei. Auch bin ich noch nicht überzeugt, daß diese Wahlreform Gesetz wird. Wer die Ereignisse in Galizien verfolgt, muß zugeben, daß Graf Badeni dort ebenso gehaßt ist, wie Graf Taaffe in Oesterreich; und wir haben keine Gewähr dafür, daß Badeni es nicht bald in Oesterreich ebenso treiben werde, wie Taaffe. Es ist Niemanden eingefallen, Stellung zu nehmen für den Grafen Taaffe, sondern blos für seinen Entwurf und wir konnten damals bedeutend leichter zu Gunsten des Entwurfes eingreifen, als jetzt gegen den Entwurf Badeni Stellung zu nehmen. Die Arbeiterschaft will dem Badeni'schen Entwurfe nicht weiter Opposition machen, weil sonst die Gefahr vorhanden ist, daß die Parteien diese Opposition dazu benützen könnten, um die Wahlreform abzulehnen.

Redner hält es aber für angezeigt, die Wahlreformbewegung so weiter zu führen, wie sie begonnen. Würde man nicht heute schon daran denken, daß die Wahlreform Gesetz werden könne, so könnten die Sozialdemokraten um einen großen Theil ihres voraussichtlichen Erfolges beraubt werden, wenn sie noch nicht genügend organisirt wären.

Redner wünscht einige Aenderungen in der Stylisirung der Anträge der Parteivertretung und im Antrage der Organisation Wien III.

Es wird der Antrag auf Schluß der Debatte gestellt.

Gen. Popp (Wien) ersucht im Interesse der besseren Ausnützung der Zeit, die Debatte nicht durch zahlreiche Anträge zur Geschäftsordnung zu verlängern. Der Antrag auf Schluß der Debatte wird abgelehnt.

Gen. Kiesewetter (Reichenberg) hebt hervor, daß, wenn die sozialdemokratische Partei sich an der Wahlbewegung betheiligt hat, so lange die Arbeiterschaft noch kein Wahlrecht hatte, sie dies umsomehr thun müsse, nachdem drei Millionen Arbeiter zur Urne gehen werden. Es sei unbegreiflich, wie der Gedanke, an den Wahlen sich nicht zu betheiligen, überhaupt auftauchen konnte. Redner stimmt für den Antrag der Parteivertretung und wünscht eine Abänderung des zweiten Absatzes im Punkt 2 dahin, daß es dort lauten solle:

„Die Kreisvertretungen werden darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung der neuen Wahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung Kreiskonferenzen zu veranlassen, welche im Einvernehmen mit der Parteivertretung die Wahlarbeiten in die Hand zu nehmen haben."

Redner unterstützt ferner den Antrag des Gen. Daszynski, welcher sagt, daß die Kreisvertretungen die Wahlarbeiten zu besorgen und die Kandidaten aufzustellen haben und erwartet die einstimmige Annahme dieser Anträge.

Gen. Seidel (Kruman) empfiehlt die Annahme der Resolution der Parteivertretung. Die Massen seien bereits heute der fortwährenden Wahlrechtsversammlungen satt und müssen neue Anregungen bekommen, sie werden das Wahlunrecht dann besser empfinden als bisher, wenn sie sich an den Wahlen betheiligen.

Reichstagsabg. Molkenbuhr (Hamburg): Ich habe mich zum Worte gemeldet, um einige Irrthümer richtig zu stellen. Es ist wiederholt darüber Klage geführt worden, daß die deutschen Collegen bei dem Arbeiterstreik in Ostrau-Karwin ihre österreichischen Kollegen nicht genügend unterstützt haben; Niemand bedauert diese betrübende Thatsache mehr als die deutsche Sozialdemokratie. Wir können aber vorläufig nichts daran ändern, da die Bergarbeiter in Oberschlesien und an der Saar sich der modernen Arbeiterbewegung nur in geringem Maße angeschlossen haben Es ist auch der „Deutschen Berg- und Hüttenarbeiter-Zeitung" der Vorwurf gemacht worden, daß sie von diesem Streik nur wenig erwähnt hat. Dieser Zeitung stehen eben nicht die Mittel zur Verfügung, um einen eigenen Berichterstatter in das Streikgebiet zu entsenden, und wenn sie die falschen Depeschen, welche die bürgerliche Presse reproduzirt hat, unterdrückte, so ist das nur zu begrüßen. Weiters muß ich der Anschauung, welcher auch der Gen. Reger Ausdruck gegeben hat, entgegentreten, daß durch die Entwicklung der politischen Bewegung der Gewerkschaftsbewegung der Boden entzogen werde; es ist dies eine Anschauung, welche allerdings weit verbreitet ist, die aber den Thatsachen keineswegs entspricht. Im Gegentheil ist gerade in den Orten, wo die Gewerkschaftsbewegung am stärksten ist, der geeignetste Boden für die politische Bewegung und dies trifft auch bezüglich der einzelnen Gewerke zu. Wenn ich auch zu den Gegenständen der Verhandlung einige Worte bemerke, so thue ich dies nicht, um Sie irgendwie zu beeinflussen. Ich halte den Standpunkt für nicht gerechtfertigt, daß die Sozialdemokratie eines Landes sich so lange nicht an den Wahlen betheiligt, so lange nicht das in ihrem Programme geforderte Wahlrecht verwirklicht ist. Dann dürften ja in keinem Lande die Sozialdemokraten an den Wahlen theilnehmen. Wir haben in Deutschland in unserem Programme die Forderung, daß das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht allen Personen ohne Unterschied des Geschlechtes, welche das 20. Lebensjahr erreicht haben, zustehe. Nun haben weder die Frauen überhaupt, noch die Männer von 20—25 Jahren ein Wahlrecht und trotzdem betheiligen wir uns an der Wahl. Ebenso entspricht das Wahlrecht in Belgien, Dänemark, England und Frankreich nicht den Anforderungen der Sozialdemokratie und dennoch betheiligen sich die Genossen in allen diesen Ländern an den Wahlen. Von wesentlicher Bedeutung ist hiebei zunächst, daß die Wahlagitation eine viel ausgiebigere ist als jede andere Agitation. Die ganze Bevölkerung wird vor

den einzelnen Parteien aufgewühlt und Sie werden bemerken, daß in der Wahlperiode die Versammlungen immer doppelt und dreifach so gut besucht sind als sonst. Es ist auch gesagt worden, die Wahlagitation wird Geld kosten. Jede Agitation kostet Geld, und jenes Geld, welches für die Agitationen in den Wahlperioden ausgegeben wird, ist gewiß besser angelegt als jenes, das man zu anderen Perioden ausgibt. Auch ist bemerkt worden, daß man mit der Vorbereitung so lange warten solle, bis der Entwurf Gesetz geworden ist. Ich meine, Sie werden in Oesterreich anstreben, zu erreichen, was die sozialdemokratischen Parteien aller Länder auszeichnet, daß sie immer die ersten am Platze sind. (Beifall.)

Gen. Schuhmeier (Wien): Genosse Beer hat auf jene hingewiesen, die am letzten Parteitage von der Volkserhebung gesprochen haben. Nun war ich vor 2 Jahren der irrigen Ansicht, daß die Gährung unter den österreichischen Arbeitern in Bezug auf das Wahlunrecht so weit vorgeschritten sei, daß, wenn nicht im Herbste 1894 eine Wahlreform zustande kommt, es thatsächlich zu einer Erhebung kommen werde, war aber damals ein Gegner des Generalstreiks. Heute habe ich diese Meinung nicht, weil mich die Ereignisse der verflossenen 2 Jahre von dem Gegentheil überzeugt haben. Sie werden es mir erlassen, daß ich am heutigen Parteitage der Polizei in Wien durch das Protokoll beweise, was ich damals unter Volkserhebung gemeint habe. (Sehr gut!) Nun, diese Sachen sind vorüber und ich bin heute der Meinung, daß wir nichts anderes in der Wahlreformfrage thun können, als was uns die Parteivertretung vorschlägt. Wenn der Badeni'sche Wahlreformentwurf zu der Zeit gekommen wäre, in welcher der Entwurf des Subkomités das Licht der Welt erblickte, so würde er vielleicht dasselbe Schicksal erfahren haben. Badeni hat also Glück gehabt, indem er am Ende einer großen Bewegung gekommen ist. Es ist auch hervorgehoben worden, daß wir den Taaffe hätten unterstützen sollen. Das war unmöglich. Wir konnten doch nicht einen Ministerpräsidenten, wie Taaffe einer war, der so viele Sünden am Gewissen hatte, wie vielleicht noch kein Minister in Oesterreich, unterstützen. Sie dürfen nicht vergessen, daß Taaffe Zeit genug hatte, recht viele Sünden zu begehen. Ich erinnere Sie, wie lange unter diesem Ministerpräsidenten Leute wüthen konnten, die wie Vehmrichter gehaust haben. Es sitzt hier heute ein Parteigenosse aus dem 9. Bezirk, der 10 Jahre wegen einer Geringfügigkeit im Kerker gesessen hat, wegen deren man heute keinen Menschen mehr einsperrt. Wenn wir heute die Badeni'sche Wahlreform anders behandeln, als damals die Taaffe'sche, so wird uns dies durch die Thatsachen selbst vorgeschrieben, und wenn wir nicht das gleiche, allgemeine Wahlrecht erlangen, so ist es nicht die Schuld der Parteivertretung, ja nicht einmal die Schuld der Parteigenossen selbst, auf die wir uns nicht in dem Grade verlassen konnten, wie es nothwendig gewesen wäre. Seien Sie überzeugt, wenn die Regierung Miene machen würde, in der Sache nichts zu thun, so würden wir unsere alte Kraft wieder finden, um den Wahlrechtskampf mit erneuter Heftigkeit aufzunehmen. Heute aber sagen schon viele Leute in unseren Kreisen, daß sie froh wären, wenn die Sache schon aus der Welt geschafft wäre. Ich werde also für den Antrag der Parteivertretung stimmen und gegen den Antrag Verstl. Wenn wir die Macht hätten, die Wahlreform zu verhindern, dann könnten wir ja gleich sagen, wir werden es dazu bringen, ein Gesetz zu erlangen, das unseren Forderungen entspricht.

Gen. Dr. Verstl (Neunkirchen): Ich bin nicht der Ansicht des Genossen Schuhmeier, daß, wenn der Karren verfahren ist, dies die Schuld der Parteigenossen ist. Ich bin der Ansicht, daß dies Schuld der Parteivertretung ist. (Gelächter.) Wenn der Antrag vorliegen würde, es sei der Parteivertretung das Vertrauen des Parteitages auszudrücken, so würde ich dagegen stimmen.

(Rufe: Und gestern?) Gestern ist ihr nicht das Vertrauen votirt, sondern das Absolutorium ertheilt worden. Ich werde nicht für den Antrag stimmen, es sei der Parteivertretung das Mißtrauen zu votiren, ich werde aber für meinen Antrag stimmen. (Lebhafte Heiterkeit.) Sie lachen! Ich habe meinen Antrag gestellt, ermuntert durch den Antrag der mährischen Kreisorganisation und infolge der Aeußerungen, die von Seiten einiger czechischer Redner gefallen sind. Wichtiger aber sind mir die wirthschaftlichen Aufgaben gewesen. Die Gewerkschaftskommission hüllt sich in Schweigen, und es würde ihr doch keinen Schaden bringen, hier zu sprechen. Die Leute werden sagen: „Uns wird die Geschichte zu dumm." Die Mitglieder der Parteivertretung kommen hinaus und halten ganz radikale Reden und entflammen dadurch unsere Genossen für den Streik. (Widerspruch von Seiten Gen. Dr. Adler.) Sie entflammen unsere Genossen! (Gen. Dr. Adler: „Aber nicht für den Streik.") Das nächste, wozu sich die Genossen werden entflammen lassen, ist eine bessere Stellung innerhalb der Fabrik; sie greifen zum Streik. Die Folge Ihrer entflammenden Rede ist der Streik. Ich mache Ihnen daraus keinen Vorwurf. Es ist Pflicht der Gewerkschaftskommission, die Partei schlagfertig zu machen. Die Gewerkschaftskommission erfüllt ihre Pflicht. Ich persönlich muß hier der Kommission meine Anerkennung aussprechen; wenigstens wir in unserem Bezirke sind thatsächlich schlagfertig. Es wurde gesagt, daß es sehr viel werth ist, wenn wir eine Vertretung im Parlamente haben. Obwohl wir aber bis jetzt noch keine haben, sind wir doch schon beim Zehnstundentag angelangt. Wir haben für die Arbeiterschaft andere Vortheile durch die Organisation hervorgerufen und Sie werden zugeben, daß das heutige wie das künftige Parlament uns immer nur nachhumpeln wird. Es ist besser, wir bleiben bei unserem allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrecht. Mit der Badeni'schen Wahlreform soll bewirkt werden, daß bisher rechtlose Kreise wählen. Wir aber wählen nicht, wir wollen diese Wahlreform verhindern. Wenn Sie aber sagen werden: „Keine Ruhe in Oesterreich, bis das Wahlrecht eingeführt wird" und trotzdem ruhig zur Urne schreiten werden, wird man eingesehen haben, daß das Phrasen waren.

Gen. Sveceny (Prag) theilt die Redner, die bisher gesprochen haben, in drei Gruppen. In eine, die die Reform ausnützen will, eine, welche gegen die Reform ist, sie aber trotzdem ausnützen will, und eine, die überhaupt gegen diese Vorlage den Kampf führen will. Er sieht in der Vorlage eine Erniedrigung der Arbeiterschaft. Man dürfe dieses Beschwichtigungsmittel des Grafen Badeni nicht annehmen. Die Bewegung werde jetzt nicht so radikal gegen die Vorlage geführt, wie Sie geführt werden sollte. Redner stimmt infolge dessen dem Antrage Berstl bei.

Vorsitzender: Es ist ein Antrag des Gen. Resel als Zusatz zur Resolution der Parteivertretung eingelaufen. Derselbe lautet:

„In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zur Beseitigung des indirekten Wahlrechtes zu entfalten und ist hiezu auch in den Landtagswahlkampf einzutreten."

Gen. Palme (Wien VI.) führt aus, daß man damit, daß man sich an den Wahlen betheiligt, die Wahlreform noch nicht acceptire. Die Parteivertretung trifft absolut keine Schuld, daß der Kampf um das Wahlrecht nicht mehr in derselben Form fortgeführt werden konnte. Wir müssen jetzt einen geeigneten Ausweg finden, und dieser besteht darin, die Resolution der Parteivertretung anzunehmen. Wir sind der Ueberzeugung, daß wir außer dem Generalstreik kein Mittel mehr haben. Es bleibt also nichts übrig, als zu wählen, zu protestiren und den Kampf fortzusetzen. Redner spricht sich schließlich sehr entschieden gegen den Antrag Mornik aus.

Gen. Hueber (Atzgersdorf): Auf die Anfrage des Gen. Berstl kann ich nur erklären, daß die Gewerkschaftskommission als solche sich mit den

Agitationen für das allgemeine Wahlrecht nicht zu befassen habe. Wohl aber haben sich die einzelnen Mitglieder derselben mit der Agitation befaßt. Wenn man die Debatte über die Wahlrechtsreform von vor zwei Jahren mit der von heute vergleicht, so sehen wir, daß damals Genossen, welche einen gemäßigten Standpunkt eingenommen haben, heute wahre Revolutionäre zu sein scheinen. Sie wollen nicht einsehen, daß sie unerbittlich vor einer festen Thatsache stehen, und daß alles, was hier gesprochen wird, leeres Getratsche ist. (Sehr richtig!) An allen Enden des ganzen Reiches steht eine Branche nach der anderen auf, kämpft um ihre ökonomische Existenz und hier streiten Sie fortwährend um Mandate, ob man weiter agitiren, ob man verwerfen, ob man Obstruktionspolitik treiben soll u. s. f. Ich kann nicht begreifen, daß Ihnen Ihre Mandanten nicht den Auftrag gegeben haben, zu trachten, daß man mit der Wahlrechtsbewegung so rasch als möglich zu Ende komme, damit wir an unsere wirthschaftlichen Aufgaben herantreten können. Sie würden bei Ihren finanziellen Mitteln schwer im Stande sein, den Wahlrechtskampf von Neuem zu entfachen. Die Mittel der organisirten Arbeiterschaft sind ziemlich erschöpft. Nehmen Sie den Stift zur Hand, rechnen Sie, und Sie werden sehen, daß die wirthschaftliche Organisation in der Gewerkschaft eine sehr schwere Aufgabe zu vollführen hat, weil überall Streiks ausbrechen. Ich selbst war vor zwei Jahren ein Stürmer. Als Sekretär der Gewerkschafskommission habe ich mehr gelernt, als ich je lernen zu können gedacht hätte. Ich begreife nicht, wieso gerade die czechischen Organisationen sich eine Macht einbilden, die bei ihnen gar nicht existirt. (Widerspruch seitens der Czechen.) Ich sage Ihnen nur, daß Sie sich über Ihre Kraft täuschen, mit Wollust täuschen wollen.

Es gibt keinen anderen Weg; Sie müssen in den saueren Apfel der Resolution, welche die Parteivertretung vorgelegt hat, hineinbeißen, weil sie der Apfel der Erkenntniß ist. Die österreichische Sozialdemokratie würde sich unsterblich blamiren, wenn wir auf einen anderen Antrag der einen oder der anderen Richtung eingehen würden. Der Generalstreik ist für mich noch immer eine diskutirbare Frage, er muß ja nicht für die Wahlreform gemacht werden — denken Sie an den Achtstundentag der Bergarbeiter — wir können noch immer dieses Mittel anwenden. Und wenn wir heute auch nur 90.000 Organisirte haben, so ist diese Zahl im Stande, im entscheidenden Momente zweimal so viel mit sich zu reißen. Heute brauchen wir das freilich nicht. Damals, als wir die Macht dazu besaßen, haben wir Alle einen Fehler begangen dadurch, daß wir es der Parteivertretung überlassen haben, einen Generalstreik zu organisiren und den günstigen Zeitpunkt für denselben herauszusuchen.

Gen. Dohnal (Schwechat): Die Badenische Wahlreform ist zwar schlecht, dennoch dürfen wir nicht auf die Lockrufe des Gen. Berstl eingehen, die Wahlreform zu ignoriren und in den Wahlkampf nicht einzutreten. Wir haben traurige Erfahrungen mit der Abstinenzpolitik gemacht. Ich führe zum Beispiel die Bezirkskrankenkassen an. Hätten wir beim Inslebentreten des Krankenversicherungsgesetzes für die Bezirkskrankenkassen agitirt, so hätten wir sie erobert; heute würde uns das riesige Kämpfe kosten. Auch vereiteln können wir die Wahlreform nicht, und wenn wir es könnten, wären wir nicht im Stande, etwas besseres an ihre Stelle zu setzen, weil wir nicht die Macht dazu besitzen. Wir werden aber trotzdem unentwegt für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht kämpfen.

Redner wendet sich gegen den Gen. Mornik, der das Mißtrauensvotum für die Parteileitung beantragt hat und sagt, Gen. Berstl als Jurist habe behauptet, das Absolutorium sei für die Parteileitung noch keine Vertrauensfrage; Redner sei zwar kein Jurist, erblicke aber in der Votirung des Absolutoriums auch die Votirung des Vertrauens; er müsse es aber auch bedauern,

daß die Gen. Dr. Ellenbogen, Popp und Dr. Adler den Antrag Mornik, der Parteileitung das Mißtrauen auszusprechen, unterstützt haben.

Vorsitzender ersucht die noch vorgemerkten Redner sich kurz zu fassen und Wiederholungen zu vermeiden, damit heute noch der Punkt III der Tagesordnung erledigt werden kann.

Gen. Berner (Mähr.-Ostrau) stellt einen genügend unterstützten Antrag auf Schluß der Debatte.

Der Antrag wird abgelehnt.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) zieht seinen Antrag, die Landtagswahlen betreffend, zu Gunsten des Resel'schen zurück, da es den Landtagen zusteht, das Wahlrecht in den Reichsrath zu einem direkten oder indirekten zu machen, müsse man sich an den Landtagswahlen mit aller Energie betheiligen, gegen das bestehende Wahlunrecht protestiren, damit das indirekte Wahlrecht beseitigt werde.

Gen. Palka (Wr.-Neustadt): wundert sich, daß sich so viele Genossen für den Entwurf des Grafen Taaffe eingesetzt haben; es wäre an der Zeit, die Wahlrechtsbewegung, die seit vier Jahren alle Kräfte der Partei absorbire, endlich ehrenvoll abzuschließen, denn auch die wirthschaftlichen Verhältnisse drängen nach einer Erledigung. Redner werde für den Antrag der Parteivertretung stimmen, speziell für den dritten Punkt auf Beseitigung der indirekten Wahlen und den Antrag Mornik, der Parteileitung das Mißtrauen zu votiren, ablehnen.

Gen. Gruber (Leobersdorf) akzeptirt den Antrag der Parteivertretung und wünscht nur, daß auf die wirthschaftlichen Fragen ebensoviel Zeit verwendet werden möge als auf die politischen.

Gen. Dr. Ellenbogen (Wien): Gen. Mornik habe Beschuldigungen gegen die Parteivertretung erhoben, was ebenso leicht als beliebt sei — ohne sie jedoch zu beweisen, und um nicht dem Verdacht ausgesetzt zu sein, daß er eine Debatte über die sogenannten „Schandthaten" der Parteivertretung habe verhindern wollen, habe er für die Zulassung des Antrages Mornik zur Diskussion gestimmt; jeder Genosse sollte dadurch Gelegenheit haben, Beweise für seine Beschuldigungen zu erbringen.

Gen. Krejči (Pilsen) spricht sich gegen den Antrag Mornik, der Parteileitung eine Rüge zu ertheilen, aus.

Gen. Hloma (Deutschbrod) betont vor Allem die Nothwendigkeit, die breiten Massen für die sozialdemokratischen Ideen zu gewinnen; dazu sei eine Wahlbewegung auszunützen.

Gen. Beer (Wien) betrachtet die Wahlreform als vollendete Thatsache, mit der man rechnen müsse. Der Umstand, daß die Wahlreform eine allgemeine sei, mache sie annehmbar. Redner ruft den Genossen nur die Worte Engels in seinem letzten Begrüßungsschreiben in Erinnerung: „Der Stimmzettel ist eine Waffe in der Hand der Arbeiter, die weiter trifft, als das Magazingewehr unserer Soldaten. Wir haben diese Waffe, benützen wir sie." Die Resolution, welche zur Annahme gelangen soll, bringt die ganze Haltung unserer Partei zum Ausdruck, und ich ersuche daher alle Genossen, welche Anträge eingebracht haben, dieselben zurückzuziehen. Berauschen Sie uns nicht mit dem Opium Ihrer Anträge. Die Resolution wird den Gesammtwillen der Partei zum Ausdrucke bringen und demonstriren, daß wir nie und nimmer erstarren werden im Kampfe für das allgemeine Wahlrecht.

Gen. Vaněk (Pilsen): Ich würde für den Antrag des Gen. Berstl stimmen, wenn man die übrigen Gesetze, die im österreichischen Parlamente gegen uns gemacht werden, beseitigen könnte. Diese Macht haben wir aber nicht. Wir müssen daher Alles benützen, was benützt werden kann. Warum setzen sich nicht

die anderen Parteien dafür ein, daß dieses Gesetz gestürzt werde, warum soll es gerade die Sozialdemokratie thun? Wir müssen das Gesetz ausnützen, sonst werden es die Gegner, vor Allem die Klerikalen, gegen uns ausnützen. Die Jungczechen sagen freilich, daß sie gegen die Wahlreformvorlage sind, sie sind aber einer planmäßigen Obstruktion nicht fähig. Redner wird für die Resolution der Parteivertretung stimmen.

Referent Gen. Steiner (Schlußwort) sagt: Die heutige lange Debatte sei eine Folge der Debatte gewesen, die vor 2 Jahren in Wien geführt wurde. Wenn wir nicht die Kraft haben, diese Vorlage zu verhindern, so sei dies nur eine Folge der damaligen Beschlüsse. Er habe gewartet, wie sich die Genossen, die damals einen Generalstreik wollten, verhalten werden. Redner habe damals dagegen gesprochen. Heute sei die Lage klar, die Wahlreform Badeni's sei so weit als möglich auszunützen. Dreiviertel der böhmischen Delegirten werden für die Resolution stimmen. Der Vorwurf des Gen. Hueber sei nicht berechtigt, daß unserer Organisation noch viel fehle. Es wurde gethan, was möglich war. Redner spricht sich dafür aus, daß die Wähler eines jeden Wahlkreises ihre Kandidaten aufstellen könnten, den Antrag der Parteivertretung, das Mißtrauen auszusprechen, halte er für kindisch. Er glaube, daß, wenn der Antragsteller selbst in der Parteileitung gewesen wäre, derselbe auch genau so hätte handeln müssen.

Referent Gen. Dr. Adler (Schlußwort): Die Debatte war lang, aber höchst nothwendig. Es ist sehr nothwendig, daß der Parteitag mit dem Bewußtsein auseinandergeht, daß hier nichts verborgen geblieben ist, daß Niemand im letzten Winkel seines Herzens etwas verborgen habe, was hier nicht zum Ausdruck gebracht werden konnte. Wir sind es den Genossen und uns schuldig, daß volle Klarheit geschaffen werde. Die Anwürfe, welche gegen das Referat und gegen die Anträge der Parteivertretung erhoben wurden, sind alle eigentlich auf einen Punkt zurückzuführen: Die Wahlreform sei schlecht, sie sei eine Beleidigung für die Arbeiterklasse und es sei unserer unwürdig, sich mit ihr zu beschäftigen. Diejenigen, welche meinen, und es gibt auch solche hier, daß man die Badeni'sche Wahlreform noch verhindern kann, — das bezweckt der Antrag aus Mittelmähren und der Antrag des Gen. Berstl — sagen, daß wir alle Mittel in Bewegung setzen müssen, um diese Wahlreform zu verhindern. Ich habe schon in der Einleitung gesagt: Wenn uns Jemand ein Mittel dazu angeben kann, so werden wir es anwenden. Aber mit großen Worten ist nichts gethan. Wenn Gen. Berstl die 14 Tage oder 4 Wochen — so lange wird es dauern, bis der Entwurf das Abgeordnetenhaus passirt hat — auch noch so sehr ausnützt, um seine Rede zu wiederholen, so wird dadurch die Wahlreform Badeni's nicht verhindert werden. Da die Wahlreform nicht zu hindern ist, so wird ihnen der Parteitag auf diesem Wege nicht folgen. Wir stehen vor einer harten, vor einer unangenehmen Thatsache, aber vor einer Thatsache. Und daraus müssen wir die Konsequenzen ziehen. Das hat die Parteivertretung gewußt und darum hat sie den Antrag eingebracht, der, wie ich überzeugt bin, auch angenommen werden wird.

Der Antrag der Genossen des III. Wiener Bezirkes besagt im Wesentlichen dasselbe. Der Vertreter dieses Bezirkes hat mich beauftragt, hier zu erklären, daß er seinen Antrag zurückziehe, wenn unserem Antrage beigefügt werde, daß in die Wahlrechtsbewegung unter der Parole der Beseitigung der Kurien eingetreten werden soll. Ich finde, daß dies selbstverständlich ist, und wir sind gerne bereit, den Genossen in dieser Beziehung entgegenzukommen.

Es ist weiters eine Reihe von Anträgen eingebracht worden, die allerdings die Badeni'sche Wahlreform als eine Thatsache ansehen, aber zu einem anderen Schlusse kommen als wir. Gen. Gerin wünscht, daß wir die Mandate nieder-

legen, wenn wir sie haben. Ich meine, wenn wir sie haben werden, dann werden wir darüber weiter reden. Wir können doch nicht über Mandate, die vorläufig noch andere haben, beschließen. Andere Anträge decken sich mit dem, was die Parteivertretung beantragt hat, oder unterscheiden sich nur wenig. Wir haben gesagt, daß unmittelbar nach Annahme des Gesetzes die Parteivertretung alle Organisationen der zukünftigen Wahlkreise auffordern soll, ihre Vertrauensmänner zu einer Konferenz einzuberufen. Es ist selbstverständlich, daß das nicht anders möglich ist als durch unsere Bezirksorganisationen. Aber unsere Kreisorganisationen, wie wir sie heute haben, entsprechen nicht den neuen Wahlkreisen. Es muß speziell für die Wahlorganisation der Kreise ein Wahlkomité eingesetzt werden, damit die Organisation ausschließlich für den Wahlkampf zentralisirt ist. Diese sind also nicht mit den Kreisvertretungen, die wir heute haben, zu verwechseln. Das ist eine Nothorganisation, eine momentane Organisation, die geschaffen werden muß. Die zukünftige Parteivertretung wird sich an die Kreisvertretungen zu wenden haben. Aber ausgehen soll die Sache von der Parteivertretung. Diese hat den Moment zu bestimmen, in welchem eingegriffen werden muß und es ist unmöglich, dies den einzelnen Kreisvertretungen zu überlassen.

Es versteht sich von selbst, daß diese Wahlkreiskomités, die da gebildet werden sollen, autonom sind und nicht unter der Fuchtel dieser Parteivertretung, die man schrecklich zu fürchten scheint, obwohl ihr der Vorwurf gemacht wird, daß sie nichts thut (Heiterkeit), sondern die Kandidaten aufstellen werden, die sie wollen; es versteht sich ebenso von selbst, daß sie das thun müssen im Einvernehmen mit der Parteivertretung wegen der Einheitlichkeit der Aktion. Die Parteivertretung ist nicht dazu da, Ihnen Kandidaten zu oktroyiren, und selbst, wenn sie das thun wollte, so glaube ich, hat die Energie der heutigen Verhandlung bewiesen, daß Sie kräftig genug sind, um das zu verhindern. Aber die Parteivertretung hat die Pflicht, einheitlich die Sache zu organisiren, zu vermitteln, wo sich Widersprüche zeigen — das ist ihre Aufgabe und darum ist der Antrag Daszynski nothwendig. Der Antrag Beer, der noch vorliegt, spricht von einer Kronlandsleitung. Die gibt es aber nicht. (Gen. Beer: Das ist ein Irrthum!) Das meine ich auch! Ich möchte bitten, daß der Genosse seinen Antrag zurückzieht, weil er nur Verwirrung schafft.

Es liegt sodann eine Reihe von Anträgen in Bezug auf die Agitation vor. Zwei oder drei Anträge wünschen, daß man in die Landtagswahlen eingreift, um für die Beseitigung der indirekten Wahlen zu agitiren. Ja, Genossen, es gibt aber einige Kronländer, wo in der nächsten Zeit Landtagswahlen gar nicht sein werden, so in Böhmen und Galizien. Wir haben unsere Anträge deshalb etwas allgemein gefaßt und ursprünglich gesagt: Man soll einfach in der nächsten Zeit überhaupt auf die Landtage agitatorischen Einfluß nehmen. Der Zusatzantrag des Gen. Resel sagt, man solle außerdem bei den Landtagswahlen das machen; wir sind damit einverstanden, wenn irgendwo Landtagswahlen sind. Ein weiterer Antrag wünscht, daß für die Bestimmung des Sonntags als Wahltag eine besondere Agitation eingeleitet werde. Es ist sehr wünschenswerth, daß dies geschehe; ich möchte Sie aber bitten, daß Sie sich damit sehr beeilen, denn wenn Sie sich 14 Tage oder 3 Wochen Zeit lassen, würde es zu spät sein.

Es liegt schließlich ein Antrag vor, welcher sagt, daß man an jenem Tage, wo im Abgeordnetenhause die Abstimmung über den Wahlreformentwurf stattfindet, überall große Versammlungen abhalten soll, welche gegen diese Wahlreform Protest erheben. Dagegen läßt sich absolut nichts sagen. Aber wollen Sie die Versammlungen nicht überschätzen. Die Versammlungen werden wohl sehr hübsch sein, aber die Abstimmung über die Wahlreform im Abgeordnetenhause beeinflussen sie dadurch nicht. Und wenn Sie in diesem Sinne die Ver-

sammlungen einleiten, ist es sehr gut, daß wir formell an diesem Tage sagen: „Heute beweist Du Regierung und Du Abgeordnetenhaus, was Ihr für Leute seid und wir erklären Euch heute: Ihr gebt uns eine Wahlreform, wir kennen Euch aber, wer Ihr seid und wie Euere Wahlreform aussieht.“ Einen weiteren Einfluß auf das Schicksal der Wahlreform hat dies aber nicht.

Ich hätte mich noch mit dem Antrage Mornik zu beschäftigen, aber verzeihen Sie, Parteigenossen, daß ich das nur sehr kurz machen werde. Es ist eine alte Erfahrung, daß man nach zwei Jahren viel klüger ist über die Dinge, die vor zwei Jahren waren, als man es früher war, und der Gen. Mornik und noch eine sehr kleine Anzahl Genossen im I. Bezirke in Wien, die meinen, daß sie heute unser Verhalten tadeln dürfen, werden nach zwei Jahren ebenso überzeugt sein, daß ihr Urtheil, das sie heute fällen, falsch war. Sie werden auch gescheidter werden, ich verzweifle an ihnen durchaus nicht. (Heiterkeit.) Parteigenossen! Ich würde über den Antrag Mornik mich ungeheuer echauffiren, wenn ich glauben würde, daß er sehr ernst zu nehmen sei. Er ist wirklich gar nicht ernst zu nehmen. (Gen. Mornik: Also ein Spaß!) Kein Spaß, er ist Ihnen heute heiliger Ernst, aber auch Sie werden vom Apfel der Erkenntniß essen, wenn er Ihnen auch heute noch zu sauer ist. (Lebhafte Heiterkeit.)

Parteigenossen! Die Parteivertretung war sich vollständig bewußt, daß sie nicht nur die Pflicht hat, die Partei zu führen und die Geschäfte der Partei zu verwalten, sondern auch die Aufgabe hat, der Prügelknabe zu sein für alle Schicksale, welche die Partei während der Zeit erleidet. Wenn wir eine schlechte Wahlreform kriegen, ist das natürlich die Schuld der Parteivertretung. Wenn wir etwa in der Preßgesetzgebung einen Fortschritt machen, wenn wir etwas in der Berggesetzgebung durchsetzen, ist nicht die Parteivertretung daran schuld, sondern die Genossen. Was vernünftig ist, das machen Sie, was ungeschickt ist, das machen wir. (Lebhafte Heiterkeit.) Wer diese Theilung der Arbeit nicht übernehmen will (Heiterkeit), der soll sich an die Spitze einer Partei, wie die unsrige ist, überhaupt nicht stellen.

Nun erlauben Sie, daß ich mich jetzt mit einem Momente befasse, das in der Debatte wiederholt und in sehr merkwürdiger Weise zum Ausdruck gekommen ist. Mitunter dieselben Genossen, welche die Parteivertretung beschuldigen, daß sie den Wahlrechtskampf nicht auch im letzten halben Jahre mit demselben Eifer fortgeführt habe, wie unter der Koalition — und von dieser Aera hätte man sprechen sollen und nicht von der Zeit der Taaffe'schen Vorlage — dieselben Genossen sagen: „Glaubt Ihr denn, man kann immer mit dem Wahlrecht kommen? Wir haben ja auch wirthschaftliche Interessen.“ Dieselben Genossen, und auch Dr. Verstl, die verlangen, daß wir Himmel und Erde in Bewegung setzen sollen, um den Badeni'schen Reformentwurf unmöglich zu machen. Ich nehme zu seiner Ehre an, daß er so viel Vernunft hat, um zu wissen, daß wir diesen Entwurf nicht verhindern können, andererseits aber wirft er uns vor, daß wir die wirthschaftliche Bewegung vernachlässigen und reine Politiker sind. Das sind wir eben nicht. Wir nehmen die Arbeiterklasse als das, was sie ist, als eine zu politischen Dingen durchaus durch ökonomische Momente bewegte Klasse. Wir wissen genau, warum die Wahlrechtsbewegung bis zu einem gewissen Punkte zu treiben war, wissen aber auch, warum sie nicht weiter zu treiben war; die Arbeiterklasse in Oesterreich hat das ganz instinktive Bewußtsein gehabt, daß in ihr die Kraft ruht, ein Wahlrecht überhaupt zu bekommen, aber daß sie ohne parlamentarische Vertretung nicht fähig ist, soweit zu kommen, das Aussehen dieser Wahlreform zu bestimmen. In dem Momente, wo die Badeni'sche Wahlreform ihr gesagt hat: Mag sein, was will, Stimmzettel bekommt Ihr alle, in demselben Momente war die Heftigkeit und Kraft der Wahlrechtsbewegung gebrochen. (Zustimmung.) Glauben Sie mir, das haben

nicht wir gemacht. Wir wären ja dann Herrgötter, was wir wirklich nicht sind, aber die Genossen von der Opposition, wenn ich so sagen darf, halten uns dafür. Wir können nicht eine Bewegung machen, wir können nur als Sprachrohr aussprechen, was in den Arbeitermassen steckt und wenn Sie sagen, daß wir in der „Arbeiter-Zeitung" weniger gesagt haben, als was die Arbeiterklasse denkt, dann wagen Sie einmal diese Behauptung! Ich glaube, wenn wir uns eines Fehlers schuldig gemacht haben, so haben wir eher, und das wird Jeder zugeben müssen, in dieser Beziehung den Wahlrechtskampf schärfer in dem Blatte geführt, als er in den Organisationen und in den Massen der Arbeiterschaft lebendig war. Das ist selbstverständlich, in dem einzelnen Gehirne hat die eine Frage oder die andere die Vorhand. Es ist psychologisch und physisch unmöglich, mit einer Frage jahrelang die Massen in Bewegung zu halten; wir mußten es, um eine politische Wirkung zu erzielen, aber wir mußten uns auch endlich sagen: Das kommt, das können wir nicht verhindern, darüber hinauszugehen wäre heute eine Kraftvergeudung. Da sagt mir freilich Gen. Verstl, und er hat da ungefähr gesprochen, nicht wie ein sehr radikaler Genosse, sondern wie man das in Bourgeoisblättern zu lesen bekommt und wie es die Fabrikanten uns Sozialdemokraten nachsagen, daß wir hinausgehen auf's Land, die Leute entflammen und dann kommt es zu Streiks, die wir dann nicht unterstützen können. Gen. Verstl hat am allerwenigsten Ursache, in diesem Tone zu sprechen und Gen. Verstl weiß sehr wohl, er weiß es ganz genau, daß die Streiktaktik zu vertreten nicht unser Beruf, aber sein Geschäft ist. (Sehr gut! Gen. Dr. Verstl: Wir sprechen uns noch!) So stehen die Dinge und ich halte es der Oeffentlichkeit gegenüber für nothwendig, die Parteivertretung gegen solche Beschuldigungen zu verwahren (Beifall), die einfach mit den Thatsachen in gröbstem Widerspruche stehen, die den Kern unserer Agitation mißverständlich auslegen und die Massen, die noch unorganisirt sind, irreleiten. Wenn Sie unseren Genossen solche Dinge vorerzählen, müssen wir auf das energischeste dagegen protestiren, damit die Arbeiterschaft nicht irregeführt werde über uns und unsere Ziele. (Lebhafter Beifall.)

Parteigenossen! Man hat uns schon vor zwei Jahren den Vorwurf gemacht, daß wir im Oktober des Jahres 1893 dem Grafen Taaffe nicht aus der Patsche geholfen haben und daß wir für seine Wahlreform nicht genug Spektakel gemacht haben. (Rufe: Die wir jetzt haben wollen.) Ganz richtig! Heute können wir dafür sein, weil sie die Regierung nicht will (Heiterkeit), das ist ganz klar. Als die Reform des Grafen Taaffe gekommen ist, was haben wir gethan? Wir haben in einer Resolution erklärt: Diese Wahlreform ist eine unvollständige, sie enthält nicht das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht, aber sie ist eine Abschlagszahlung, die wir annehmen und für die wir sind. Weiter zu gehen und dem Grafen Taaffe durch Straßenkrawalle etwa gegen den Plener zu helfen, dazu haben wir gar keine Lust gehabt. Ich sage Ihnen ganz offen — es wurde uns das von gewissen Politikern zugemuthet und ich habe darauf zur Antwort gegeben: Dem Grafen Taaffe sollen wir die Kastanien aus dem Feuer holen, der uns dann auf der Straße vor dem Parlamente abfangen wird, der sagen wird: „Jetzt kommt Ihr? Ja, blutige Köpfe, Ausnahmszustand und keine Wahlreform! Ihr habt Euch ihrer unwürdig gemacht." In solche Fallen geht die sozialdemokratische Parteivertretung nicht. Wenn von dem kräftigen Widerstande gesprochen wurde, so ist dieser Widerstand nicht gegen die Wahlreform des Grafen Taaffe gemacht worden, das ist nicht wahr, er ist gemacht worden gegen die Wahlreform der Koalition und gegen alle Reformen, die unter der Koalition aufgetaucht sind. Der Widerstand gegen die Entwürfe der Koalition war größer als gegen den des Grafen Badeni, weil während der Koalition keine feste Wahlreform in der deutlichen Absicht, sie durchzuführen,

aufgetaucht ist. Nicht ein einzigesmal haben Regierung und Parlament gesagt: Diese Wahlreform wollen wir, diese machen wir. Wir haben uns auch nicht gegen eine einzelne oder für eine einzelne echauffirt, wir haben die Leute vorwärts gepeitscht, bis sie mit ihrem Latein fertig waren und sich unfähig erklären mußten, etwas zu machen. Ein anderer Grund war der, weil alle diese Wahlreformen zur Grundlage gehabt haben die Absperrung der Arbeiter in eine separate Kurie und heute nach dieser langen Debatte, nachdem über die Badeni'sche Wahlreform und von mir nicht zum mindesten gehörig geschimpft worden ist, erkläre ich, daß der große Vorzug der Badeni'schen Wahlreform vor allen anderen Reformen — auch der Taaffe'schen — welche alle gesagt haben: Das Wahlrecht haben 1. die Fünfguldenmänner, 2. die beim Militär gedient haben, 3. die zwei Jahre Krankenkassa haben u. s. w. — der ist, daß sie zum erstenmal sagt: Das Wahlrecht hat jeder vierundzwanzigjährige Mann mit den und den kleinen Ausnahmen. Das ist der große Unterschied. Und zweitens ist diese Wahlreform die erste, welche es uns möglich macht, die Wahlbewegung als Klassenkampf auszunützen, die uns nicht Mandate, sondern ein Wahlrecht gibt. Die Sache liegt einfach so: Alle Wahlreformentwürfe, die von Plener abstammen — und das waren ja die Entwürfe der Koalition alle — alle wollten uns Mandate geben, aber kein Wahlrecht. Die Badeni'sche Wahlreform gibt uns ein Wahlrecht, aber freilich keine Mandate. Wir haben in der Badeni'schen Wahlreform auf viel weniger Mandate zu rechnen als in irgend einer anderen Wahlreform, die wir von der Koalition bekommen hätten. Aber wir haben einen Wahlkampf mit allen anderen Parteien, sie müssen sich uns stellen zum Gefechte und das ist ein großer Vorzug; wir haben das Recht, in die Hütten einzubrechen, wie Graf Hohenwart gesagt hat, und wir werden in ihre Hütten einbrechen. Das ist der Grund, warum die Parteivertretung etwas den Kampf gemildert hat, das ist der Grund, der die ganze Arbeiterschaft Oesterreichs veranlaßt hat, ganz anders über die Lage zu denken.

Wenn die Haltung der „Arbeiter-Zeitung" angefochten wurde, erlaube ich mir zu bemerken, daß wir beim Punkte „Presse" noch darauf zurückkommen können. Die „Arbeiter-Zeitung" ist das Reservoir, aus dem alle Argumente gegen die Badeni'sche Wahlreform geschöpft wurden. (Widerspruch seitens Gen. Resel.)

Es thut mir leid, aber ich habe hier auf dem Parteitage und auch früher kein Argument gehört, das ich nicht vorher in der „Arbeiter-Zeitung" gelesen hätte. (Oho-Rufe.) Ich bitte, es wird mir lieb sein, wenn Sie mich darüber berichtigen. Die „Arbeiter-Zeitung" hat nicht ein einziges Argument gegen die Badeni'sche Wahlreform ausgelassen und es ist nicht richtig, wenn Sie ihr darin einen Vorwurf machen. Ich glaube, daß wir es mit jedem anderen Blatte in der Bekämpfung des Badeni aufnehmen können.

Und nun, Parteigenossen, erlauben Sie mir eine Bemerkung. Die Sozialdemokratie ist eine Partei ganz eigenthümlicher Art. Ihre Wirksamkeit beruht nicht allein darauf, was sie thut, sondern vor Allem darauf, was sie ist. Das Vorhandensein der Sozialdemokratie, daß es so viele Sozialdemokraten gibt, das ist das Wirksame. Und, Parteigenossen, diejenigen von Ihnen, die mit einer höchst begreiflichen Ungeduld eine jede Woche, wo die Partei nicht eine große Aktion veranstaltet, für eine verlorene halten, werden sich überzeugen, daß die Partei oft in der Stille mehr wächst als während der größten und lärmendsten Aktion. (Zustimmung.) Die gewerkschaftliche Organisation ist sehr rasch gewachsen, hat vielfach nur äußerlich die Grenzen abgesteckt, aber den Rahmen der Organisation noch nicht ausgefüllt. Die nöthigen Kräfte für die Wahlbewegung aufzubringen, wird sehr schwer sein. Wir dürfen nicht glauben, daß wir mit denselben Mitteln arbeiten können, mit denen bisher gearbeitet wurde oder mit welchen andere Parteien bei der Wahlagitation arbeiten. Unsere Agitation wird

eine lange vorbereitete sein müssen. Vergessen Sie das nicht. (Zustimmung.) Wir können auch die Organisation für die Wahlen nur dort suchen, wo sie geschaffen wird, nicht von uns, sondern durch die kapitalistische Entwicklung. Diese Organisation werden sie uns nicht nehmen können. Ich weiß nicht, welche Absichten und Pläne Sie beim Punkte Organisation haben. Aber das sage ich Ihnen schon jetzt, daß ich es für eine große Gefahr halten würde, wenn Sie wesentliche und einschneidende Aenderungen in der Organisation in einem Momente vornehmen würden, wo wir vor einer großen und umfassenden Aktion stehen. Ich meine, solche Aenderungen müssen verschoben werden.

Eine persönliche Bemerkung: Es wurde mir soeben mitgetheilt, daß ich vom Gen. Dr. Verstl behauptet hätte, es sei sein „Geschäft", die Streiks zu machen. Das wollte ich nicht sagen. Das versteht sich ja von selbst. Ich wollte dem Charakter des Dr. Verstl durchaus nicht nahetreten, sondern habe gemeint, daß er sich damit beschäftigt. (Gen. Dr. Verstl: Das ist nicht wahr!) Das ist etwas anderes, aber es ist meine Meinung. Ich sage also: Er beschäftigt sich damit, Streiks zu organisiren, da er weitmehr von ihrer Wirksamkeit hält als wir, die er beschuldigt, für gut halten. Damit ist die Sache für mich erledigt.

Nun hat eine Anzahl von nordböhmischen Genossen hier gesagt: Das, was Ihr wollt, ist vielleicht eine sehr nothwendige Sache. Aber wartet doch, bis die Wahlreform Gesetz ist. Das geht nicht. Der Parteitag ist dazu da, um bindende Entschlüsse zu fassen und den Genossen, die uns hiehergeschickt haben, auch etwas Bestimmtes und Präcises zu sagen. (Zustimmung.)

Wir können die Wahlreform nicht erst anerkennen, wenn sie von beiden Häusern des Reichsrathes angenommen und von der Krone unterschrieben ist. Wir wissen, daß sehr viele Dinge, die unterschrieben sind, nicht Gesetz werden und andere Dinge, die noch nicht unterschrieben sind, Gesetz werden; und diese Einsicht wollen wir hier benützen.

Es wird der Parteivertretung vorgeworfen, daß sie schon im August oder September gewußt hat, wie die Wahlreform Badeni's aussehen werde. Ich hatte, wie Pernerstorfer ganz richtig errathen hat, meine Kenntnisse nur aus den „Narodni Listy". Wenn aber die Genossen glauben, daß wir so gescheidt sein müssen, daß wir alles lange zuvor wissen, dann sollten sie uns auch glauben, daß wir heute bereits wissen, was alle Welt weiß und was die Spatzen auf den Dächern pfeifen, daß die Wahlreformvorlage in ein paar Wochen Gesetz sein wird. Man sagt uns einerseits, wir sind zu vorsichtig gewesen und heute will man von uns, wir sollen kurzsichtig sein.

Mit dem Beschlusse, den der Parteitag unzweifelhaft fassen wird, tritt die sozialdemokratische Partei in Oesterreich in eine neue Epoche, zum erstenmal in einen modernen politischen Kampf mit modernen politischen Mitteln. Ich gebe zu, daß diese Mittel verkümmert sind; sie sind nicht so wirksam wie das gleiche und direkte Wahlrecht. Es wird uns schwer gemacht, sie zu handhaben, durch die Ausdehnung der Wahlbezirke; aber es ist denn doch zum erstenmal ein wirklicher politischer Kampf. Für diesen Kampf, Parteigenossen, gilt es, uns zu rüsten, für diesen Kampf gilt es, mit Bestimmtheit und Entschlossenheit die Vorkehrungen zu treffen, nicht zu fackeln, nicht Hasen nachzulaufen, die wir nicht fangen können. Für uns steht die Frage so, sollen wir zum Kampfe für das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht auch die Wahlagitation in der fünften Kurie benützen oder nicht. Wir sagen, das müssen wir thun. Ich glaube, wir können ohne Unbescheidenheit sagen, wenn wir bei unseren elenden Zuständen, wenn wir mit der Preßgesetzgebung, die wir haben, wenn wir mit unserem Versammlungsrecht, mit unserem Vereinsgesetz und ohne jedes Wahlrecht so weit gekommen sind, als wir heute sind, so werden wir mit dem neuen Mittel keinen Rückschritt machen. (Lebhafte Zustimmung.)

Hier sitzt eine Reihe von Genossen, die schon einmal in Prag waren, seitdem aber nicht mehr; es sitzt hier eine Reihe von Ausgewiesenen, die man nur aus Prag ausweisen konnte, weil man sie erst in Ketten hieher geschleppt hatte, es sitzt hier eine Anzahl von Leuten, die monatelang in Untersuchungshaft gehalten wurden und dann mitunter nur zu einem Monate oder nur zu ein paar Tagen verurtheilt wurden, nur um sie ausweisen zu können. Da sitzen Genossen, die auf Grund einer Anklage verurtheilt wurden, die, wenn man sie heute liest, wie eine Geschichte aus dem Mittelalter klingt und das ist doch nur 12 bis 14 Jahre her. Gerade diese Parteigenossen werden mir zugeben, wenn sie damals gedacht hätten, daß sie im Jahre 1896 hier in Prag als Delegirte zu einem Parteitag erscheinen werden, daß die Kerle, die sie verurtheilt haben, und die heute noch leben, es dulden müssen, daß wir hier aussprechen, daß es in Oesterreich nur e i n e vernünftige, zielbewußte und praktische Partei gibt, die Sozialdemokratie, so würden sie im Gefängniß gesagt haben, wir sitzen nicht umsonst da. Es sitzt hier ein Genosse, von dem schon die Rede war, er ist 10 Jahre im Kerker gesessen. Sagen wir es offen und er wird es nicht leugnen, er ist mit ganz anderen Anschauungen von der Welt hineingegangen, als er heute hat. Er hat dem sogenannten „radikalen" Flügel der Partei angehört und er wird selbst einsehen, daß diese Ansichten irrige waren. Wenn man ihm gesagt hätte, daß nach ein paar Monaten, nachdem er herausgekommen ist, hier ein sozialistischer Parteitag sein wird, wären ihm die 10 Jahre ein wenig leichter geworden. Wir lassen uns durch die Geschichte erziehen und das befähigt uns auch, Geschichte zu machen. Die Sozialdemokratie ist eine Partei, der es nicht darum zu thun ist, von der Revolution zu reden, sondern die Revolution zu machen. Wenn man sie aber machen will, dann muß man die Massen bereit stellen für den Kampf, und dazu muß man jedes Mittel benützen, und wir müssen auch den Vorwurf auf uns nehmen, den uns die Träumer machen, daß wir zu praktische Leute sind. Ja, wir sind nüchtern und praktisch; aber wir wissen, daß, wenn wir einen kühlen Kopf haben, dies nicht hindert, daß wir ein warmes Herz haben. Der kühle Kopf wird aber das warme Herz regieren, und so kommen wir zum Siege. (Lebhafter Beifall.)

Gen. D o l e j š y (Budweis) berichtigt, daß er sich nicht gegen die Resolution der Parteivertretung erklärt habe.

Gen. Dr. V e r s t l (Neunkirchen) berichtigt, daß Gen. Dr. A d l e r gerade aus den Privatgesprächen mit ihm wissen sollte, daß es nicht wahr sei, daß er sich damit beschäftige, Streiks zu organisiren.

Es wird hierauf zur A b s t i m m u n g geschritten.

Ueber die Resolution der Parteivertretung wird die n a m e n t l i c h e A b s t i m m u n g beantragt.

D e r A n t r a g w i r d a n g e n o m m e n.

Der Antrag des Gen. H a n i c h, über die einzelnen Punkte der Resolution getrennt abzustimmen, wird a b g e l e h n t.

Der Antrag des Gen. Dr. V e r s t l lautet:

„Die Regierungsvorlage, betreffend die Wahlreform, sei auf das Entschiedenste zu bekämpfen, mit allen Mitteln müsse verhindert werden, daß diese Regierungsvorlage Gesetz und daß auf Grund dieser Regierungsvorlage gewählt werden könne."

Der A n t r a g wird mit allen gegen 2 Stimmen a b g e l e h n t.

Der A n t r a g d e r m i t t e l m ä h r i s c h e n K r e i s o r g a n i s a t i o n:

Der Parteitag möge beschließen:

„Die Regierungsvorlage, betreffend die Wahlreform, sei auf das Entschiedenste zu bekämpfen und mit allen Mitteln müsse versucht werden, sie unmöglich zu machen."

Wird mit allen gegen 7 Stimmen a b g e l e h n t.

Ebenso wird der Antrag Gerin mit allen gegen eine 1 Stimme abgelehnt.

Der Antrag Resel, daß es im ersten Punkt der Resolution der Parteivertretung anstatt: „und ihre Annahme ist unzweifelhaft", heißen soll: „und ihre Annahme ist wahrscheinlich", wird mit 47 gegen 38 Stimmen abgelehnt.

Hierauf zieht Gen. Resel seine übrigen Abänderungsanträge zurück.

Der Vorsitzende erklärt, daß, nachdem sich die Parteivertretung mit der Formulirung des Punktes 3, wie sie vom Gen. Resel beantragt wird, einverstanden erklärt, die Anträge der Parteivertretung mit dieser Abänderung zur Abstimmung gelangen. Dieselben lauten:

1. Der Parteitag beschließt:

„Die Wahlreform, die von der Sozialdemokratie der Regierung und dem Parlamente abgezwungen wurde, liegt abgeschlossen dem Parlamente vor und ihre Annahme ist unzweifelhaft. Sie gewährt dem arbeitenden Volke das allgemeine Wahlrecht nur, um die Wirkung seines Stimmrechtes zu vernichten. Der gesammte Besitzstand der österreichischen Verfassung an Vergewaltigung, Unterdrückung und Korruption wird unverkürzt erhalten und die fünfte Kurie den Vertretern der besitzenden Klassen zur Majorisirung ausgeliefert. Die ungeheuerliche Größe der Wahlbezirke, das indirekte Wahlrecht, die Bedingung der sechsmonatlichen Seßhaftigkeit gestaltet die Wahlreform zu einem wahren Monstrum. Die Badenische Wahlreform entspricht darum in keiner Weise dem Willen und dem Bedürfniß des arbeitenden Volkes, sondern ist ein von der Noth des Momentes eingegebenes elendes Flickwerk. Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß in der Anflickung einer fünften Kurie die Erfüllung der in der Wahlrechtsbewegung ausgesprochenen Forderung gesehen werde. Der Kampf zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes muß darum auch fernerhin mit aller Energie fortgeführt werden."

2. Der Parteitag beschließt weiter:

„Nachdem die Vergewaltigung durch die fünfte Kurie eine so gut wie vollendete Thatsache geworden, ist es die Pflicht der Partei und ihrer Vertreter, aus diesen gegebenen Thatsachen den größtmöglichsten Nutzen zu ziehen, und das neue Wahlunrecht als Mittel der Agitation und Organisation, wie insbesondere als Waffe zur Erringung des allgemeinen, gleichen und direkten Wahlrechtes gründlich auszunützen. Die Parteivertretung wird darum beauftragt, nicht erst die Ausschreibung von Neuwahlen abzuwarten, sondern gleich nach dem Inslebentreten der neuen Wahlordnung die Vertrauensmänner einzuladen, an einem geeigneten Orte des Wahlkreises zusammenzutreten, um die Wahlagitation in die Hand zu nehmen und Kreiswahlkomités zu bilden."

3. „In allen Kronländern ist eine kräftige Agitation zur Beseitigung des indirekten Wahlrechtes zu entfalten, und ist hiezu auch in den Landtagswahlkampf einzutreten."

Mit „Ja" stimmten die Delegirten: Hueber, Ingwer, Izda, Schuhmeier, Feigl, Ranziglio, Gruber, Hesky, Dohnal, Palka, Racek, Maier, Beer Rudolf, Grosse, Skaret, Palme, Dittrich, Göpfhardt, Scheibenpflug, Wutschel, Holly, Witzmann, Svetlik, Smitka, Adler, Ellenbogen, Popp Julius, Smetana, Pelikan, Schrammel, Tomschik, Reumann, Němec Anton, Beer Heinrich, Preußler, Popp Adelheid, Radimsky, Bretschneider, Weiguny, Prähauser, Nitsche, Resel, Pongratz, Grablowitz, Schelch, Eich, Coberl, Holzhammer, Schäfer, Dobiasch, Götz, Fritsch, Dolejšy, Lösel, Hloma, Jobst, Frank, Ebert, Neumann, Kern, Herrmann, Seidl, Ackermann, Milota, Staubwasser, Seifert, Hubeny, Krejči, Vaněk, Sturz, Dědic, Rais, Steiner, Maly, Kiesewetter, Schiller, Trübenecker, Lukašik, Moosdorf, Trebal, Seliger, Zeller, Hecker, Schaler, Prohaska, Krátký, Eldersch, Rieger, Dr. Morgenstern, Neumann, Schönwälder, Schloßnickel, Berner, Wanko, Daszynski, Fränkl, Weidler, Mandl, Reger, Trnka, Hanusch.

Mit „Nein" stimmten die Delegirten: Mornik, Gröbner, Widlar, Gerin, Zedniček, Svoceny, Kovař, Myslivećek, Krapka.

Der Abstimmung haben sich enthalten die Delegirten: Berstl, Scholz, Zavertnik, Schweichart, Pautsch, Roscher, Sip, Hanich.

Die Anträge sind somit mit 101 gegen 9 Stimmen angenommen.

Die Anträge, welche sich auf die Aufstellung von Kandidaten beziehen, werden beim Punkt „Organisation" zur Abstimmung gebracht werden.

Die Abstimmung über den Antrag a) der Organisation Wien, IX, entfällt.

Ueber den Antrag b):

„Sämmtliche Kandidaten haben das sozialdemokratische Programm (Hainfelder Programm) zu acceptiren."

beantragt Gen. Resel zur Tagesordnung überzugehen, was angenommen wird.

Der Antrag Scholz wird für erledigt erklärt. Der Antrag Mornik: Der Parteitag wolle beschließen:

„Der abtretenden Parteivertretung wird wegen des zweifelhaften Verhaltens dem Badeni'schen Wahlreformentwurfe gegenüber das Mißtrauen ausgesprochen."

wird mit allen gegen 2 Stimmmen abgelehnt.

Der Antrag: Der Parteitag beschließt:

„In der Presse sowohl als in allen bezüglichen Versammlungen ist nachdrücklichst die gesetzliche Feststellung des Sonntags als Wahltag zu fordern."

wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der Kreisvertretung Westböhmens:

„Im Falle die Badeni'sche Wahlreform Gesetz werden sollte, wolle die Parteivertretung ein leicht verständliches Handbuch herausgeben, welches der Arbeiterschaft eine Anleitung und das Verhalten über und zu den Reichsrathswahlen klarlegen soll, und zwar zu einem billigen Preis."

wird angenommen.

Hiemit ist dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Gen. Sturz (Prag) berichtet über den Streik, der bei der Firma Perutz in Lieben ausgebrochen ist. Die Wohnungen sind den Leuten von den Fabrikanten gekündet und die Möbel auf die Straße gestellt worden. Die Arbeiter zogen mit den Bildnissen Lassalle's und Marx' durch die Stadt; vor dem Gemeinde-Amte wurden Hoch-Rufe, vor der Fabrik Pereat-Rufe laut.

Gen. Roscher (Reichenberg) dankt im Namen der Streikenden für die Unterstützung, die von der Parteivertretung denselben zugewendet wurde und verweist auf die tiefe Verelendung der Textilarbeiter überhaupt.

Vorsitzender gibt bekannt, daß als Resultat der Sammlung für die Streikenden 38 fl. 74 kr. eingelaufen sind.

Gen. Hueber (Wien) stellt in Aussicht, daß von der Gewerkschaftskommission den Streikenden 300 fl. werden zur Verfügung gestellt werden.

Schluß der Sitzung 8 Uhr 50 Min.

Vierter Verhandlungstag am 8. April 1896.

Vormittagssitzung.

Beginn der Sitzung 9 Uhr 20 Min.

Vorsitzender Gen. Zeller.

Nach Eröffnung der Sitzung werden die eingelaufenen Telegramme und Zuschriften verlesen und sodann zum vierten Punkte der Tagesordnung: Organisation und Taktik, übergegangen.

Referent Gen. Reumann (Wien): Parteigenossen! Die Parteivertretung ist seit jeher auf dem Standpunkte gestanden, daß die politische und ökonomische Organisation eng verbunden sein muß, daß eine ökonomische Macht nur zu erringen ist, wenn nach beiden Seiten hin, sowohl politisch als wirthschaftlich gekämpft wird. Diesem Gedanken wurde auch in dem Organisationsstatut Ausdruck gegeben, welches bereits im Jahre 1892 die Partei auf dem Parteitage in Wien sich gegeben hat und das mit einigen Abänderungen auch im Jahre 1894 angenommen wurde. Das Organisationsstatut ist durch die gegebenen Verhältnisse diktirt worden, und es wurde Raum geschaffen für die Entwicklung der wirthschaftlichen Organisation. Wenn Sie nur um einige Jahre zurückdenken, so werden Sie finden, daß früher die Möglichkeit dazu nicht gegeben war. Noch in der jüngsten Zeit waren die Arbeiter geknebelt in Bezug auf Vereine und Versammlungen; aber wir haben gekämpft und schrittweise uns Raum geschaffen, und wir müssen sagen zum großen Theile ist uns dies bis zum heutigen Tage gelungen. Es ist dies eine sehr hervorragende Leistung, die allerdings auf politischem Gebiete liegt, die jedoch den gewerkschaftlichen Organisationen in erster Linie zugute gekommen ist, und wenn heute die gewerkschaftlichen Organisationen entwickelter dastehen als in den Jahren 1890 und 1892, oder gar als in den Jahren 1884 und 1880, so haben Sie das diesem politischen Kampfe zu danken. Es ist daher unrichtig, wenn man sagt, die Partei hätte sich allzu viel mit politischen Fragen beschäftigt, die wirthschaftlichen Fragen vernachlässigt. Wenn irgendwo eine ökonomische Bewegung sich gezeigt hat, war es gerade die politische Partei, welche in erster Linie eingegriffen hat, welche es ermöglicht hat, daß diese Bewegung nicht mit einem Schlage unterdrückt wurde. In dieser Richtung hat die Partei und ihre Vertretung ihre Aufgabe ganz und voll erfüllt. Die Parteivertretung hat aber auch dahin gewirkt, daß eine gewisse Theilung der Arbeit vor sich gehe. Die Parteivertretung selbst hat die Anregung gegeben, daß eine Gewerkschaftskommission gegründet werde, und Jene, die objektiv urtheilen, werden sagen, daß diese Einrichtung sich bewährt hat, und sie wird sich weiter und wird sich besser bewähren, wenn die Genossen in den Gewerkschaften dieselbe in dem gehörigen Maße unterstützen.

Der Bericht sagt Ihnen, was in der Zeit vom Jahre 1894 bis heute geschehen ist. Im Jahre 1894 hat sich in Wien selbst eine gewaltige Bewegung gezeigt, die Arbeitseinstellung der Gasarbeiter, wo wir sofort einzugreifen und die Genossen zu unterstützen hatten. Eine ganze Reihe von anderen mächtigen Bewegungen ist seit dem Jahre 1894 durchgeführt worden und immer finden Sie, daß in erster Linie hervorragende Parteigenossen thätig eingegriffen und alles gethan haben, was sie thun konnten und was im Interesse der gewerkschaftlichen Organisation wie in dem der Partei selbst gelegen war.

Dem Parteitage liegen zu Punkt Organisation nur Anträge der Parteivertretung vor, die wichtig sind, und es haben sich Manche darüber gewundert, daß es nicht mehr Anträge sind. Ich will Ihnen unsere Stellung erklären: Es ist wohl richtig, daß das Organisationsstatut Lücken hat und mangelhaft ist. Wir haben zuerst im Jahre 1892 Landesorganisationen eingerichtet; im Jahre 1894 sagteman, es sollen die Landesorganisationen fallen, und man möge die Kreisorganisationen einrichten. Man wollte es mit der Einrichtung von Kreisorganisationen möglich machen, daß, wo sich die Nothwendigkeit dazu ergibt, in einem Lande mehrere Organisationen neben einander bestehen können. Die Erfahrung, die wir hier gemacht haben, ist zwar keine besonders günstige, da einige Bezirksorganisationen von einer Kreisorganisation zur andern wandern. Auch in Wien selbst haben wir mit unserer Einrichtung keine besonders glänzenden Erfahrungen gemacht. Wien hat eine ganz exzeptionelle Stellung in

diesen Organisationen eingenommen. Die Stadtbezirke sind selbständige Bezirksorganisationen, welche dann erst ihre Lokalorganisation bilden. Die Genossen hatten die Eintheilung, die da getroffen worden ist, falsch aufgefaßt. Sie meinten, um ihre Selbständigkeit vollkommen zu wahren, hätten sie erst bestimmende Beschlüsse zu fassen über die Beschlüsse, die von der Parteivertretung ausgingen, und so kam es denn, daß die Partei eine Reihe von Beschlüssen gefaßt hat, an deren Durchführung die Ortsorganisation als eine durchführende Organisation nicht sofort getreten ist, sondern vielmehr erst berathen hat, ob die Beschlüsse durchzuführen seien oder nicht. Infolge dessen wurde die Schlagfertigkeit der Organisation empfindlich beeinträchtigt und nach Außen das Bild des Zauderns bei der Durchführung von Beschlüssen geboten, was jedenfalls nicht im Interesse der Partei gelegen war. Es ist daher nothwendig, hier zu erklären, daß diese örtlichen Organisationen ein ausführendes Organ der Beschlüsse der Gesammtpartei, respektive der Beschlüsse der Parteivertretung sind. Eine solche Disziplin muß durchgeführt werden im Interesse der gemeinsamen Sache. Wir haben Gelegenheit gehabt, weitere Bemerkungen über die Organisation und über die Durchführung der Parteibeschlüsse zu machen. Wir können uns nicht verhehlen, daß unsere Partei an einem empfindlichen Mangel an tüchtigen und zugleich thätigen Genossen leidet. Wir haben sehr häufig darüber Klagen gehört, daß in der Provinz die Beschlüsse der Partei nicht mit jener Intensität durchgeführt werden, wie es eigentlich nothwendig wäre, und wir müssen gestehen, daß in so manchen Gegenden, in so manchen Kreisorganisationen Beschlüsse bis zum heutigen Tage noch nicht durchgeführt sind. (Sehr richtig!) Die Feststellung der Organisationsbezirke an und für sich hat schon sehr viel zu wünschen übrig gelassen. Auf den Konferenzen hat man die Kreisorganisationsbezirke nicht erweitert, oder hat in die Kreisorganisationen nur jene Orte einbezogen, von denen man gewohnt war, daß sie in der Organisation stehen. Die Genossen, die außerhalb der Kreisorganisationen gestanden sind, haben sich wiederholt darüber beklagt, daß sie vernachlässigt und nicht in die Organisation miteinbezogen werden. Das ist aber ein Vorwurf, der nicht allein die politische Partei treffen kann; dieser Vorwurf muß auch die Gewerksorganisationen treffen. Die Parteivertretung selbst hat es sich stets zur Aufgabe gemacht, in Kreise einzudringen, wo die Arbeiter noch nicht organisirt sind. Das kostet sehr viel materielle Opfer, und die Parteivertretung war nicht im Stande, alle diese materiellen Opfer aufzubringen. Die Gewerkschaften sind berufen, die Arbeiterorganisation auszubauen. In dem Punkte der Gewerkschaftsbewegung ist noch ein großes Stück Arbeit zu leisten.

Die Parteivertretung selbst hat also auch mit dem vollen Bewußtsein, daß diese Organisationsstatuten Lücken haben, dennoch keine einschneidenden Abänderungsanträge zum Organisationsstatut eingebracht. Es liegen von ihrer Seite zwei Anträge vor, von denen der eine sagt, daß die Trennung der Verwaltungsgeschäfte der Partei von der „Arbeiter-Zeitung" vor sich zu gehen habe, der zweite sagt, daß die Parteitage nunmehr regelmäßig in jedem Jahre stattzufinden haben. Wenn die Parteivertretung speziell in Bezug auf das Organisationsstatut nicht besondere Abänderungsvorschläge eingebracht hat, so hat Dr. Adler bereits gestern in seinem Schlußwort über die Wahlreform den Grund angegeben. Es liegen uns allerdings Anträge vor, unsere Organisation sei nach den 72 Wahlkreisen einzurichten, welche der Wahlreformentwurf Badeni's aufweist. Es ist ja ganz klar, daß wir im Falle der Annahme dieses Entwurfes in den 72 Wahlkreisen eine ganz intensive Agitation werden entwickeln müssen, und es liegt da in der That der Gedanke nahe, sofort die gegenwärtigen Organisationen umzuwandeln in 72 Organisationskreise. Aber ein gewaltiger Hemmschuh hindert uns nämlich, die Organisation so einzurichten, und dieser

ist die eigenthümliche Eintheilung der Wahlkreise. Die industriereichen Orte, die in unmittelbarster Nähe des Wahlortes liegen, werden von dem Wahlkreise abgetrennt und einem andern überantwortet. Also es wäre heute eine tiefgreifende Abänderung im Organisationsstatut zu beschließen, die im nächsten Jahre am Parteitag wieder etwa umgeworfen werden müßte; das werden Sie keinesfalls wollen, sondern Sie werden vielmehr auf dem Standpunkte stehen, wir rütteln gegenwärtig an der politischen Organisation nicht, machen es aber möglich, unsere Erfahrungen sobald als möglich zu verwerthen. Darum hat Ihnen die Parteivertretung den Antrag vorgelegt, daß alljährlich Parteitage einzuberufen sind. Auch aus einem andern Grunde: Während der Intervalle von einem Parteitage zum andern sammelt sich sehr viel Zündstoff an. Es gibt eine Menge von Leuten, welche die Thätigkeit der Parteivertretung mit kritischen Blicken verfolgen und immer finden, daß Dies und Jenes hätte besser gemacht werden können. Damit diese Genossen Gelegenheit haben, ihre Ansichten möglichst oft öffentlich vorzubringen und ihre Thätigkeit nicht in gewisse Konventikel verlegen, schlägt Ihnen die Parteivertretung vor, daß alljährlich Parteitage stattzufinden haben. Allerdings ist damit auch die Kostenfrage verbunden. Ich bin überzeugt, daß in manchen Provinzen erklärt werden wird, daß es nicht möglich ist, alljährlich Delegirte an den Parteitag zu entsenden. Es erfordert aber das Interesse der Partei, daß diese Klippe überwunden wird, sei es auch in der Form, daß die Delegation keine so reiche ist, sondern daß mehrere Orte sich zusammenfinden, welche einen Delegirten entsenden.

Wir haben auch damit gute Erfahrungen gemacht, daß wir die Parteivertretung so zusammengestellt haben, daß Genossen aus den Provinzen in der Parteivertretung sind. Wir konnten nur 7 Reichskonferenzen abhalten. Aber diese waren von hervorragendster Bedeutung, und haben uns den Provinzgenossen außerordentlich nähergebracht. Wenn also schon die Häufigkeit dieser kleinen Konferenzen nützlich war, um wie viel mehr werden es Parteitage sein! Die Aufgaben, die wir zu bewältigen haben werden, sind ja keine geringen. Ich habe Ihnen angeführt, daß wir sowohl auf politischem als ökonomischem Gebiete kämpfen müssen. Wir müssen dahin wirken, daß wir in uns fernstehende Massen eindringen, wir haben aber auch einzudringen in jene Organisationen, welche gerade nicht Kampforganisationen sind, sondern die sich mit der Unterstützung der Arbeiterschaft beschäftigen. Wenn Sie objektiv urtheilen, werden Sie finden, daß alles, was mit den schwachen Mitteln, welche der Parteivertretung zu Gebote standen, durchgeführt werden konnte, auch wirklich durchgeführt wurde. Nun zu den Anträgen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung beschäftigt sich unter andern auch mit den Partei-Einnahmen. Das ist ein trauriges Kapitel. Es ist Thatsache, daß die politische Partei nicht über jene Mittel verfügt, über welche sie verfügen sollte. Und wenn heute vielleicht der Parteivertretung Vorwürfe gemacht werden, daß so manchesmal die Taktik der Partei sich nicht durch jene Promptheit ausgezeichnet habe, die eigentlich nothwendig gewesen wäre, so werden Sie als Grund finden, daß die finanziellen Mittel dazu fehlten. Es ist unzweifelhaft, daß beispielsweise dem Beschlusse des Parteitages vom Jahre 1894, thätig in die Bergarbeiterbewegung einzugreifen, nicht im wünschenswerthen Maße Folge geleistet werden konnte, weil die materiellen Mittel dazu fehlten. Der Umstand, daß viele verschiedene Vorschläge über die Aufbringung der materiellen Mittel für die Parteivertretung dem Parteitage vorliegen, beweist schon, daß diese Kalamität auch von den Genossen, die nicht am Sitze der Parteivertretung sind, empfunden wird. Es wurde oft an die Parteivertretung die Bitte um Redner gestellt, ohne daß wir diesen Wünschen nachkommen konnten, weil die Genossen die Kosten für die

Agitation nicht aufbringen konnten, und weil wir vor leeren Kassen standen. Sie haben im Jahre 1894 einen Beschluß gefaßt, der in finanzieller Richtung von einer tief einschneidenden Wirkung gewesen ist. Es war dies der Beschluß, auf den wir noch bei dem Punkte „Presse“ zu sprechen kommen werden, und welcher der Parteivertretung die Aufgabe zugewiesen hat, sobald als möglich an die Gründung eines täglich erscheinenden Blattes zu schreiten. Welchen Erfolg wir dadurch erzielt haben, das zu besprechen ist nicht meine Sache. Thatsächlich hat nicht nur die politische, sondern auch die gewerkschaftliche Organisation durch diesen Beschluß der Parteivertretung und durch dessen Durchführung ungemein viel gewonnen, wenngleich nicht zu verschweigen ist, daß die Partei selbst schwere materielle Opfer bringen mußte.

Die Parteivertretung selbst hat Ihnen einen Antrag in Bezug auf die Aufbringung von Mitteln vorgelegt. Zwei Ansichten über die Aufbringung von Mitteln gibt es unter den Genossen. Die Einen sagen: Die Mittel für die politische Bewegung sind gleichzeitig aufzubringen mit den Mitteln für die gewerkschaftliche Bewegung. Die Andern sagen: Es möge das Blocksystem beibehalten werden; und man möge die Theilung so durchführen, daß ein Theil der Sammlungen für politische, der andere Theil für gewerkschaftliche Organisationen bestimmt wird, und Alle wissen, es sei überhaupt sehr schwer, für die politische Bewegung Mittel aufzubringen, weil die Genossen an verschiedenen Orten zu schlecht entlohnt sind, um die Steuern, welche sie an die Partei abzuführen haben, tragen zu können. Die Parteivertretung weiß sehr genau, daß die materielle Lage, in welcher sich eine Anzahl von Anhängern unserer Partei befindet, eine derartige ist, daß es nur sehr schwer durchführbar ist, die nothwendigen Mittel für die Partei aufzubringen. Aber es ist Thatsache, daß vielfach vernachlässigt worden ist, in den Genossen den Opfermuth für die Partei wachzurufen (Sehr richtig!), daß vernachlässigt worden ist, die Genossen zu überzeugen, daß das Opfer nur in ihrem eigenen Interesse, gerade im Interesse ihrer materiellen Lage gebracht wird, und es ist unzweifelhaft, daß an manchen Orten für die Partei hätte mehr gethan werden können, als gegenwärtig gethan wird. (Sehr richtig!)

Ueber den 1. Mai liegt ein Antrag der Organisation Wien XVIII vor. Derselbe ist charakteristisch für die Auffassung, die bei manchen Genossen herrscht. Sie werden es begreiflich finden, daß es von vornherein unmöglich ist, diesen Antrag anzunehmen, welcher uns zwänge, selbst Streiks zu arrangiren. (Sehr richtig!) Wir und auch Jene, welche in der gewerkschaftlichen Bewegung stehen, halten es stets für ein Unglück, welches die Partei trifft, wenn ein Streik ausbricht: wir wissen, daß es in solchen Fällen möglich ist, daß der Partei ein furchtbarer Schlag beigebracht wird, und wenn Sie in die verschiedenen Gegenden in die Provinzen hinausblicken, dann werden Sie sehen, welch' verherende Folgen sehr häufig Streiks begleitet haben. Sehen Sie beispielsweise nach Mähren. Ich nenne nur die Trübauer Organisation, welche durch einen einzigen Streik vollständig zerrüttet worden ist, und wo die Genossen sich bis auf den heutigen Tag nicht aufzuraffen vermögen. Damit will ich nicht sagen, daß wir Streiks unter allen Umständen zu verwerfen haben. Es gibt ja Fälle, wo die Arbeiter nicht anders handeln können, als in den Streik zu treten, und es liegt uns ferne, diesen Streiks nicht unsere volle Unterstützung zu widmen. Aber einen Beschluß zu fassen, daß am 1. Mai in irgend einer Branche unbedingt in den Streik getreten werden muß, das ist doch nahezu absurd. Es ist natürlich, daß ein solcher Antrag nicht angenommen werden kann, ich habe ihn aber besprochen, weil er charakteristisch ist für das, was manche Genossen gerade am Sitze der Parteivertretung, wo — wie man meinen sollte — die Bewegung eine entwickeltere ist, für Einfälle haben.

Es heißt in dem Antrage der niederösterreichischen Kreisvertretung:

„Zum Parteitag können die Parteigenossen eines jeden Ortes, Bezirkes und einer jeden Branche innerhalb des Kronlandes Vertreter entsenden."

Dazu liegt auch der Antrag Preußler und Genossen vor, welcher sagt:

„In Erwägung, daß die Vertreter der großen Branchen in Folge der intensiven Bethätigung innerhalb der industriellen Arbeiterschaft in wirthschaftlicher und politischer Beziehung große Erfahrungen besitzen, welche für die Parteitagsverhandlungen von Bedeutung sind; in weiterer Erwägung, daß die Beschlüsse des Parteitages nur durch die Mitwirkung der großen Arbeiterorganisationen voll und ganz durchgeführt werden können; in endlicher Erwägung, daß es den Industriegruppenvertretern in Folge der Thätigkeit innerhalb der Gewerkschaftsbewegung oft unmöglich ist, auf die Delegirung zum Parteitag genügenden Einfluß nehmen zu können, beschließt der Parteitag:

„Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist."

Ich habe bereits gesagt, daß die gewerkschaftliche Bewegung von Seite der politischen Partei volle Berücksichtigung gefunden hat. Als das Organisationsstatut ausgearbeitet wurde, und man Lokalvertretungen geschaffen hat, hatte man in's Auge gefaßt, daß gerade die Gewerkschaften in dieser Organisation vertreten sein sollen. Wenn das nicht beachtet worden ist, wenn in diese lokalen Organisationen die Gewerkschaften nicht ihre besten Vertreter entsenden, dann ist es natürlich, daß nicht alle Branchen vertreten sind, und daß dieselben auf die Delegirung zum Parteitag nicht den entsprechenden Einfluß nehmen können. Es wird von einzelnen Genossen gesagt, sie hätten nicht die Zeit dazu, in diesen Vertretungen zu wirken. Das ist eine schlechte Ausrede. Es kann sehr gut gemacht werden. Diese Organisationen können ja zusammengezogen werden. Es ist zum Beispiel nicht nothwendig, daß in Wien 19 Organisationen bestehen, es würden auch 6 oder 7, oder vielleicht auch nur eine einzige ausreichen.

In der Provinz dagegen wird die Sache so durchgeführt, wie es das Statut vorschreibt. Vorwürfe kommen gewöhnlich aus solchen Organisationsbezirken, wo die Gewerkschaftsorganisation darniederliegt. Wenn also diese Genossen einen Vorwurf erheben, so würden sie am besten thun, denselben an ihre eigene Adresse zu richten. Wir haben niemals gesagt, daß nur auf politischem Gebiete gewirkt werden soll. Wenn wir für die Erringung des Wahlrechtes eintreten, so thun wir es in erster Linie auch darum, weil wir dadurch auf ökonomischem Gebiete gewisse Erfolge erzielen, und unsere Organisation besser ausbauen können. In dem Berichte der Gewerkschaftskommission finden Sie, daß diese Bewegung einen mächtigen Aufschwung genommen hat, und es ist richtig, daß sich ein erheblicher Theil der Arbeiterschaft an der gewerkschaftlichen Organisation betheiligt. Man hat sich viel mit der Frage beschäftigt, ob die Gewerkschaften, Bildungsvereine u. s. w. beizubehalten sind. Wer objektiv urtheilt, wird finden, daß in der Gesammtbewegung es gewisse Stadien gibt. Die Leute müssen erst in die Organisation eingeführt werden. Ich meine, daß es für die Gesammtbewegung vollkommen gleichwerthig ist, in welcher Form organisirt wird. (Sehr richtig!) In vielen Orten muß nothwendigerweise eine Vorschule durch die Bildungsvereine gegeben werden, wenn aber diese Vereine durch eine gewisse Zeit thätig waren, so haben sie die Aufgabe, ihre Mitglieder der gewerkschaftlichen Organisation zuzuführen, jener Organisation, in welcher ihre Interessen am intensivsten gefördert werden. Man sagt, wir wirken nicht für die wirthschaftliche Organisation. Nun haben wir eine Institution eingeführt, die auch in den Gewerkschaften Nachahmung gefunden hat, es ist dies die Institution des Rechtsschutzes. Eine Reihe von Organisationen hat diesen Rechtsschutz in ihren Statuten festgestellt, es werden Beiträge dafür eingehoben, sie lassen aber den Rechtsschutz durch die politische Partei durchführen. Sie sehen also, daß wir in wirthschaftlicher Richtung sehr

viel geleistet haben, und wenn es möglich wäre, darüber eine Statistik zu führen, so würden Sie finden, daß am Sitze der Parteivertretung ein Rechtsschutz gewährt worden ist, welchen Genossen des ganzen Reiches in Anspruch genommen haben. Wenn das nicht im wünschenswerthen Umfange durchgeführt worden ist, so sind wieder die finanziellen Verhältnisse daran schuld.

Weiter heißt es im niederösterreichischen Antrag: Der Parteitag wählt eine aus 8 Personen bestehende Parteivertretung und 5 Kontrolore, von welchen 2 am Sitze der Parteivertretung sein müssen. Ich habe angeführt, daß es für uns wichtig ist, daß in der Parteivertretung auch Vertreter aus der Provinz sind. Die 7 Sitzungen, welche die Parteivertretung abgehalten hat, waren für die Partei von großer Wichtigkeit. Wir haben es so gehalten, daß Diejenigen, welche die Parteikontrole bilden, Vertreter aus den Provinzen sind. Nach dem Antrage soll die Vertretung aus der Provinz eingeschränkt werden. Ich warne Sie davor, diesen Antrag anzunehmen. Es ereignen sich viele Dinge innerhalb der Partei, die nicht in großen Versammlungen abgemacht werden können, und es ist nothwendig, daß die enge Verbindung mit den Vertretern aus der Provinz aufrechterhalten werde.

Ein weiterer Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung sagt: Angestellte der Partei sind nicht wählbar. Es ist zu bedauern, daß diesem Antrage nicht eine genaue Definition beigegeben ist, wer eigentlich ein Parteiangestellter ist. Sind die Angestellten aller jener Institutionen, die sich in den Händen der Parteigenossen befinden, Parteiangestellte oder nur die Angestellten spezieller Institutionen? Ich glaube das Erstere. Wenn man aber meint, daß nur Jene als Parteiangestellte zu betrachten sind, die bei speziellen Institutionen, wie z. B. bei den Blättern beschäftigt sind, so weiß ich nicht, warum man diesen zarten Unterschied machen will. Wir verwahren uns ja dagegen, daß Jemand, der ein Wahlrecht hat, nicht wählbar sein soll. Warum sollen wir hier das Recht einigen Personen verkürzen?

Ein weiterer Antrag geht dahin, daß der Chefredakteur des Zentralorganes das Recht hat, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen. Dieser Antrag ist ganz natürlich und nothwendig. Es ist ja möglich, daß der Chefredakteur einmal nicht in die Parteivertretung gewählt wird.

Weiters wird beantragt: Der Gewerkschaftskommission steht das Recht zu, für die Parteivertretung einen Vertreter zu bestimmen, welcher in derselben Sitz und Stimme hat. Seit dem Momente, wo die Gewerkschaftskommission in's Leben getreten ist, haben wir uns gesagt: Es ist auch nothwendig, daß dieselbe in die Parteivertretung einen Vertreter entsende, und das ist bis zum heutigen Tage so gehalten worden. Ich glaube aber, die Gewerkschaftskommission wird es selbst nicht wünschen, daß diese Bestimmung im Organisationsstatut niedergelegt werde, und bitte, den Antrag abzulehnen.

Weiter heißt es: „Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation und, wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteileitung einzuberufen sind." Das ist bereits in unserem bisherigen Statut niedergelegt und ist auch in der Praxis durchgeführt worden.

Es ist der Parteivertretung der Vorwurf gemacht worden, daß sie den Bericht und auch die Anträge zu spät veröffentliche. Merkwürdigerweise haben diesen Vorwurf auch Genossen aus Bezirken erhoben, von welchen die Berichte und Anträge erst unmittelbar vor dem Parteitage an die Parteivertretung gelangt sind. Die Genossen werden nun sagen, das Sekretariat hat die Aufgabe, die Bewegung in organisatorischer und agitatorischer Richtung so zu verfolgen,

daß es demselben möglich ist, auch ohne diese Berichte ein vollkommen klares Bild über den Stand der gesammten Parteiorganisation zu geben. Auch ich bin dieser Meinung, aber dann müssen der Parteivertretung die Mittel dazu gegeben werden. (So ist es!) Ich habe wiederholt betont, daß das Geld, welches gegenwärtig für das Sekretariat ausgegeben wird, fast nutzlos ist, weil das Sekretariat seine Aufgabe nicht voll erfüllen kann. Es liegt auch ein Antrag vor, daß das Sekretariat von der „Arbeiter-Zeitung" vollkommen getrennt werde. Wenn Sie diesen Antrag annehmen, müssen Sie auch die Durchführung desselben möglich machen.

Ferner wird beantragt, daß zur Verbesserung des Berichtes statistische Formulare ausgegeben werden sollen. Diese Formulare werden ein sehr schönes Ding sein. Wir haben eine Reihe von Genossen, welche sich als Statistiker einen Namen zu erringen trachten. (Heiterkeit.) Würden Sie aber diese Statistik näher untersuchen, so würden Sie finden, daß sie ein bedenkliches Gebrechen aufweist; sie ist nämlich nicht genau und nicht in allen Details durchgearbeitet, welche für die Partei von Bedeutung sind. Bevor wir also Formulare ausgeben, müssen wir die Genossen erst erziehen, daß sie diese Formulare wahrheitsgetreu und detaillirt ausfüllen.

Was den Antrag der Organisation Wien VIII unter Punkt 4 betrifft, so muß ich aufrichtig gestehen, daß uns da eine Lehre gegeben wird, die höchst überflüssig ist. (Zustimmung.) Wenn die Genossen nicht wissen, wie sie zu organisiren haben, so ist das sehr zu bedauern. Aber wir müssen damit rechnen, daß jene Genossen, welche die Organisation durchzuführen haben, genau wissen, auf welchen Grundlagen unsere Parteiorganisation aufgebaut ist.

Bezüglich der Fonde steht die Parteivertretung auf dem Standpunkte, daß heute nicht darüber beschlossen werden soll, in welcher Form die künftige Parteisteuer eingetrieben wird. Wenn Sie heute einen solchen Beschluß fassen wollen, so werden Sie eine gewaltige Debatte heraufbeschwören, und schließlich wird sich doch die künftige Parteivertretung mit dieser Frage neuerdings beschäftigen müssen. Sie werden aber diese Frage am besten erledigen, wenn Sie erklären, daß die Parteivertretung sich mit diesem Gegenstande zu beschäftigen und mit den Gewerkschaften hierüber in's Einvernehmen zu setzen habe, damit eine einheitliche Form der Steuern durchgeführt werden könne.

Ich habe also dargelegt, daß die Parteivertretung ihre Aufgabe in Bezug auf den wirthschaftlichen Kampf voll erfüllt hat. Und ich bin überzeugt, daß auch die künftige Parteivertretung, in welcher ja eine Reihe von Mitgliedern der gegenwärtigen Parteivertretung keinen Sitz mehr haben wird, auf demselben Standpunkte stehen wird. Es ist daher natürlich, daß jene Anträge, welche auf eine Verschärfung des wirthschaftlichen Kampfes, auf die Unterstützung der wirthschaftlichen und Gewerksorganisationen abzielen, unsere vollste Unterstützung finden. Wenn Sie aber unser gegenwärtiges Statut in's Auge fassen, so werden Sie finden, daß alles das, was Sie wünschen, in diesem Statut bereits niedergelegt ist. (Zustimmung.) Wir haben im Jahre 1894 gegen den Antrag, daß jeder Genosse bei einer Gewerkschaft sein müsse, Stellung genommen, weil man nicht sagen kann, daß derjenige, welcher nicht bei einer Gewerkschaftsorganisation ist, kein Genosse sei. Eine Reihe von Genossen können keiner Gewerkschaft angehören. Derjenige, welcher Gelegenheit hat, an einer Gewerkschaft theilzunehmen, steht in der Organisation. (Widerspruch.) Wenn das nicht der Fall ist, so können Sie einen solchen, der nicht in der Organisation ist, auch durch einen solchen Beschluß nicht hineinbringen. Solche Beschlüsse sind sehr schön auf dem Papier, sind aber nicht praktisch durchführbar.

Anders verhält es sich mit den Anträgen, welche auf den Ausbau der Konsumvereine, Produktivgenossenschaften u. s. w. abzielen. In

jüngster Zeit hat sich in Wien eine Bewegung bemerkbar gemacht, welche dahin geht, uns plausibel zu machen, daß man alles aufbieten müsse, um diese Konsumvereine u. s. w. zu stärken und zu beleben. Es liegt auch heute eine Reihe derartiger Anträge vor, so der Antrag der Organisation Wien VIII unter Punkt 40. Es gibt Genossen, welche sagen, daß die gesammte Gewerkschaftsorganisation auf dieser Grundlage durchzuführen sei, daß die Konsumvereine organisirt werden, die Arbeiter in diesen Vereinen ihre Lebensmittel einkaufen und die Gewerkschaften aus dem Reingewinne gestärkt werden sollen. In einem Vortrage, welcher in einer Reihe von Organisationen in Wien abgehalten wurde, ist gesagt worden, daß auf diese Weise der Partei bedeutende Mittel zugeführt werden könnten.

Wir wollen uns zunächst fragen, ob es wirklich wichtig und nothwenig sei, daß der Parteitag diesbezüglich einen Beschluß faßt. (Zustimmung.) Der Gedanke selbst ist nicht neu und ich bin sehr erstaunt darüber, daß die Parteigenossen glauben, daß sie damit etwas ganz Neues gesagt haben. Der alte Gedanke ist jüngst wieder einmal in einer Broschüre von Hans Müller behandelt und ist dort eine Reihe von Zahlen angeführt, die wieder einer anderen Broschüre entstammen. Es ist dort eine Reihe von Beispielen angeführt, von denen man sagen muß, daß sie gerade gegen die Konsumgenossenschaften sprechen. Wenn gesagt wird, daß auf diese Weise Mittel der Partei zugeführt werden, so behaupte ich, daß es dann umso weniger möglich ist, hier am Parteitage einen Beschluß darüber zu fassen, das würde uns die Agitation erschweren. Sehen Sie sich aber nur die Konsumvereine an, dann werden Sie sofort finden, ob wirklich der Organisation so reichliche Mittel zugeführt werden könnten. Die Berechnung, welche Müller aufgestellt hat, hinkt gewaltig, und umsomehr, wenn dieselbe auf österreichische Konsumvereine — von den Produktivgenossenschaften will ich gar nicht sprechen, denn die sind größtentheils wirklich zugrunde gegangen — Anwendung finden soll. Auch bei den Konsumvereinen haben wir Beispiele erlebt, daß sie der Organisation nicht immer zum Segen gereichten. Hier steht der Gen. Berner, der wird Ihnen eine Geschichte vom Aussiger Konsumverein erzählen, wo früher eine sehr gute Organisation gewesen ist. Nachdem der Konsumverein dort in Folge der schlechten Wirthschaft ein totales Fiasko erlebt hat, wurde die ganze Organisation zerstört. Aber ich will nicht einmal diese Argumente gegen die Konsumvereine anführen, sondern nur den wirklichen Stand derselben in Betracht ziehen. Da werden wir sehen, in welcher Weise für die Partei Mittel erreicht werden können. Im Jahre 1894 hat ein Konsumverein 12 Perzent, einer 8 Perzent, einer 10 Perzent und einer etwas über 7 Perzent Dividende abgeworfen, während der größte Theil der Konsumvereine nicht mehr als 5 oder 6 Perzent abwirft und die Dividende manchmal auf 3 und $3^1/_2$ Perzent herabgeht. Sie sehen also, daß es mit dem Reingewinn nicht so vorzüglich bestellt ist.

Wenn Sie sich aber den Schuldenstand betrachten, der eine Reihe von Konsumgenossenschaften aufzuweisen hat, so werden Sie sagen, daß dieselben Ursache hätten, zuerst mit ihren Schulden aufzuräumen und die Dividende darnach auszuwerfen. Da würden Sie sehen, wie bedeutend die Dividende herabgesetzt werden würde. Der Konsumverein in Fünfhaus ist ein ziemlich großer Verein und besteht schon lange Jahre. Wenn Sie aber die Berichte durchgehen, so werden Sie finden, daß bei demselben eine gewisse Stagnation zu verzeichnen ist. Die Zahl der Mitglieder, der Waarenabsatz u. s. w. sind durch eine Reihe von Jahren ziemlich gleich geblieben. Machen Sie da nur einmal einen Versuch und nehmen Sie einen Theil der Dividende weg, geben Sie den Mitgliedern, die dort einkaufen, nur eine um die Hälfte geringere Dividende und führen Sie den anderen Theil an die Gewerkschaften ab, so werden Sie gleich sehen, wie sich Ihr Mittelchen erproben wird. Sie werden sehen, ob es möglich ist, mit Hilfe dieser

Konsumgenossenschaften die Befreiung des Proletariats aus den ökonomischen Fesseln durchzuführen.

Ich empfehle Ihnen also, daß Sie von Allem die wichtigeren Arbeiten machen, daß Sie darnach trachten, den Ausbau der gewerkschaftlichen Organisation durchzuführen und sich nicht heute wieder auf ein anderes Gebiet werfen, wo die Gefahr naheliegt, daß Sie auf demselben versimpeln. Es gibt eine ganze Reihe von Gegenden in den Provinzen, wo man sich mit aller Wucht auf die Gründung von Konsumvereinen geworfen hat, wo aber die schlechteste Organisation besteht, wo eine Reihe von Leuten in Konsumvereinen wirkt, aber nichts anderes als eben dieses macht, obwohl sie alle Ursache hätten, sich mit der wirthschaftlichen Lage der Genossen zu beschäftigen, wozu sie aber keine Zeit finden, denn ihr Um und Auf ist der Konsumverein. Man hat zu wiederholtenmalen gesagt, diese Konsumvereine sind bei Streiks eine vorzügliche Quelle, aus der die Arbeiter versorgt werden können. Da hat man eben eine kleine vorübergehende Bewegung im Auge. Wenn aber große gewaltige Bewegungen entstehen, wenn tausende und abertausende von Arbeitern im Streik stehen, dann können Sie überzeugt sein, vorübergehend wird vielleicht der Konsumverein etwas machen können, er wird sich aber dabei zugrunde richten, oder es würden gar die Kapitalien von so manchen Indifferenten angegriffen werden, die dann zu heftigen Gegnern der Arbeiterorganisation gemacht werden. Sie werden aber dauernd für die Bewegung der Arbeiterschaft nichts gemacht haben. Das Wenige, was ich in dieser Beziehung angeführt habe, meine ich, soll Sie überzeugt haben, daß es nicht in unserem Interesse liege, wenn eine Reihe von Leuten, die nichts machen wollen, aber doch zeigen möchten, daß auch sie Parteigenossen sind, das als willkommene Handhabe begrüßen, dem gefährlichen Kampf in den Gewerkschaften auszuweichen und sich in die Konsumvereine hineinzusetzen, um dort nichts zu machen, aber sagen zu können „Ich handle im Sinne des Parteibeschlusses, ich bin ein guter Parteigenosse; seht, Ihr kämpft nicht so wie Ihr kämpfen sollt, wahre Revolutionäre kämpfen in den Konsumvereinen". (Heiterkeit.) Diese Revolutionäre im Schlafrocke würden sich in den Konsumvereinen finden, Sie aber hätten es möglich gemacht, daß wir diese Revolutionäre im Schlafrocke geschaffen haben. (Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Gefahr, die Sie, wenn auch ein Gelehrter Ihnen gesagt hat, „das muß gemacht werden, das ist die *wahre* Revolution", das ist, sage ich, eine Gefahr, die Sie nicht herbeiführen dürfen. Darum müssen Sie gegen diesen Antrag Stellung nehmen. (Beifall.)

Was die politische Organisation anbelangt, wissen Sie, wir sind arme Leute und kochen mit Wasser. Die politische Organisation ist ganz genau in unserem alten Organisationsstatut festgestellt. Aber es ist eine Thatsache, daß jede Parteivertretung auf dem Standpunkte stehen muß, die *Form* der Organisation ist nicht von jener hervorragenden Bedeutung, wie der Umstand, daß *überhaupt* organisirt wird. Wenn es nicht so geht, muß eben eine andere Form gefunden werden und sie wird überall gefunden werden, wo nur der ernstliche Wille dazu da ist.

Unsere Taktik wurde bei Punkt „Wahlreform" erörtert, sie wurde lange erörtert und, meine Genossen, seien Sie überzeugt, daß jede Parteivertretung kalt kritisch erwägen wird müssen, was sie mit dem gegebenen Material, was sie mit den gegebenen Mitteln anfangen kann. Die Parteivertretung hat einen viel schwierigeren Standpunkt als jeder einzelne Genosse, sie ist der Gesammtheit der Partei Rechenschaft schuldig und verantwortlich. Der einzelne Genosse kann leicht ein Stürmer sein, er ist Niemandem verantwortlich, die Parteivertretung muß aber nach ihrer Verantwortlichkeit ihre Taktik einrichten. (Zustimmung). Dem haben wir voll und ganz Rechnung getragen. In dieser Richtung

können Sie uns keine Vorwürfe machen und die Erfolge, welche in der letzten Zeit errungen worden sind, sind nicht gering zu schätzen. Wir haben Raum geschaffen für unsere Bewegung durch intensives und energisches Wirken. Es darf nicht vergessen werden, daß große Reformen während der Zeit der Thätigkeit der gegenwärtigen Parteivertretung errungen worden sind: Die Abänderung des Preßgesetzes, die Wahlreform sind Errungenschaften, an denen die kluge Taktik, welche die Parteivertretung eingeschlagen hat, ihren Theil hat. Erwägen Sie kühl, Genossen, und dann urtheilen Sie. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Gen. Nemeč (Wien) als Referent für die czechische Organisation fügt dem von Reumann Gesagten hinzu: Die sozialdemokratische Partei fußt auf den Grundzügen des Hainfelder Programms, die gesammte österreichische Sozialdemokratie befolgt dieselben Prinzipien und dieselbe Taktik. Die Czechen haben jedoch eine selbstständige Organisation und eine selbstständige finanzielle Gebahrung und diese ist nothwendig, weil die Verhältnisse der czechischen Organisation wesentlich andere sind als die Verhältnisse, unter denen die deutschen Genossen leben. Wir sind ein fluktuirendes Element, wir haben es mit Leuten zu thun, welche früher entweder Kleingewerbetreibende oder Kleinbauern waren. Bei uns sind auch die politischen Verhältnisse wesentlich andere. Wir müssen eine selbstständige Organisation haben, weil wir die deutschen Genossen, die schneller vorwärts kommen, unnützer Weise hemmen würden. Es haben sich unsere Einrichtungen bis nun so ziemlich bewährt, nun hat es sich aber gezeigt, daß die czechische Organisation weitere Fortschritte macht; wir beide haben ein gemeinsames Programm, eine gemeinsame Taktik, soweit es sich um unsere gemeinsamen Angelegenheiten handelt. Jedoch gehen wir im Rahmen dieses Programms und dieser Taktik vor, wie wir wollen, ohne uns um das Vorgehen der deutschen Genossen zu scheeren und weichen in dieser Weise auch allen Mißhelligkeiten aus. Es hat beispielsweise Gen. Reumann gesagt, wir müssen die finanzielle Gebahrung auf anderen Prinzipien aufbauen. Blocks 2c. 2c. müssen verschwinden und das Geld muß vielleicht auf dem Umwege durch die wirthschaftliche Organisation hereingebracht werden. Und da muß auch bei uns etwas platzgreifen. Denn würden wir unseren Genossen sagen: Ihr müßt der Fachorganisation beitreten und würde das geschehen, was Gen. Reumann hier angeregt hat, würden wir alle finanziellen Mittel für die Partei total verlieren. Außerdem müssen wir uns um eine finanzielle Grundlage kümmern.

Es muß diese Frage gelöst werden, weil wir anders nicht zum Ziele kommen können. Die deutschen Genossen werden sich auch jedenfalls sagen müssen, die bisherige Vertretung hat uns genützt, aber mit dem größeren Wachsen der verschiedenen Agenden ist es nothwendig, daß die Deutschen ihre Angelegenheiten selbst besorgen, weil sie die czechischen Genossen nicht übersehen können. Außerdem verstehen ja die deutschen Genossen die Verhältnisse nicht in der Weise, wie wir sie kennen und würden uns auch in sprachlicher Beziehung nicht genügen können. Es handelt sich hier nicht etwa um einen chauvinistischen Standpunkt, um keine Trennung der Partei, sondern wir sagen uns, die bisherige Parteivertretung hat uns nicht sonderlich genützt und deshalb empfehlen wir Ihnen namens der czechischen Delegirten folgenden Antrag zur Annahme:

„I. Die Vertretung der österreichischen Sozialdemokratie soll aus den engeren Exekutivausschüssen der deutschen, czechischen, polnischen u. s. w. Parteien zusammengesetzt sein, die eine Gesammtdelegation bilden, welche die Partei leitet.

II. Die einzelnen Exekutivausschüsse, wenigstens aus 3 Mitgliedern und 2 Controloren bestehend, treten zu gemeinsamen Berathungen zur Regelung der allen österreichischen Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten zusammen."

Wenn Sie ruhig nachdenken, so werden Sie finden, daß diese Form die richtige ist. Es sitzt jetzt wohl ein czechischer Genosse in der Reichsparteivertretung,

andere sitzen in der Controle; aber was haben die Vertreter der Czechen dort zu machen? Sie machen es ja doch, wie Sie wollen. Die Schlußfolgerung ist die, daß die Czechen dort nichts nützen, denn die Verbindung zwischen uns ist ja durch das gemeinsame Programm, durch die Congresse hergestellt. Wenn Sie beispielsweise über irgend etwas in der Reichsparteivertretung verhandeln, hat ja unser Vertreter gar kein bestimmtes Mandat, er ist dort machtlos und Institutionen, die nicht praktisch sind, brauchen wir nicht; wir müssen trachten, sie praktischer zu machen. Es ist nothwendig, daß wir bei gemeinsamen Angelegenheiten eine gewisse Exekutive haben, welche sagt, „dies und jenes haben wir beschlossen und das muß durchgeführt werden".

Ich empfehle Ihnen deshalb den Antrag der czechischen Delegation zur Annahme.

Die Sitzung wird hierauf um 12 Uhr 45 Min. unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

(Beginn der Verhandlung 4 Uhr 45 Minuten.)

Vorsitzender Gen. Zeller (Teplitz).

Gen. Schuhmeier (Hainburg) beantragt, das dem Parteitag vorliegende Material über die Lohnzettel der Firma Perutz in Lieben zu verarbeiten und das Ergebniß dem Parteitag mitzutheilen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen und wird mit dieser Aufgabe Gen. Roscher betraut.

Es sind noch folgende Anträge überreicht worden:

Antrag Rieger:

„Die Reichskontrole wird gebildet aus einem fünfgliedigen Komité, das gewählt von den Genossen jener Lokalorganisation, wo die Parteivertretung ihren Sitz hat. Die Reichskontrole hat das Recht, in die Sitzungen der Parteivertretung einen Vertreter zu delegiren, der mit berathender Stimme an den Verhandlungen theilnehmen kann. Die Kassagebahrung der Parteivertretung ist mindestens allvierteljährlich zu kontroliren und das Resultat der Kontrole im Partei-Zentralorgan und dem Parteitage bekannt zu geben. Mitglieder der Reichskontrole haben jederzeit das Recht, in die Kassagebahrung der Parteivertretung Einblick zu nehmen."

Antrag Feigl:

„Auf den nächsten Parteitag ist ein Programmpunkt zu stellen mit der Tagesordnung: „Konsum- und Wirthschaftsgenossenschaften."

Antrag Ellenbogen und Genossen:

„Die Parteivertretung ist für die von ihr ausgehenden Anstellungen von Parteibeamten und deren Gehaltsbemessungen lediglich der Parteikontrole und dem Parteitag verantwortlich."

Ellenbogen, Daszynski, Winarsky, Hanich, Prähauser, Zavertnik, Berner, Seliger, Reger, Weiguny, Resel, Eldersch, Hueber, Preußler, Rieger, Eich, Holzhammer, Gerin, Adelheid Popp, Herrmann, Dittrich, Palka, Mandl, Neumann, Schönwälder, Grablowitz.

Antrag Dittrich (Wien VII.) und Holly (Wien XIV.):

„In Anbetracht der Thatsache, daß im Konsum der Arbeiterklasse bei entsprechender Organisation derselben ein nicht zu unterschätzendes, bisher fast ganz unbenützt gelassenes Kampfmittel des Proletariats ruht, erklärt der V. österreichische sozialdemokratische Parteitag es für nothwendig, daß die Parteigenossen nach Möglichkeit auf diesem Gebiete thatkräftig eingreifen.

In erster Linie ist dahin zu wirken, daß die bereits bestehenden Arbeiter-Konsum- und Produktionsgenossenschaften in den Dienst unserer Sache gestellt werden.

Um nach dieser Richtung ein einheitliches, möglichst erfolgreiches Vorgehen zu ermöglichen, wählt der Parteitag eine neungliedrige Kommission, welche sich mit der Organisirung der Arbeiterkonsum- und Produktionsgenossenschaften zu beschäftigen und dem nächsten Parteitage über ihre Thätigkeit zu berichten hat."

Antrag Ingwer-Schuhmeier:

„In Erwägung, daß die Wirthschaftsgenossenschaften nicht geeignet sind die wirthschaftliche Lage des Proletariats zu heben, lehnt es der Parteitag ab, den Parteigenossen die Gründung von derartigen Wirthschaftsgenossenschaften zu empfehlen. Mit Rücksicht auf die in einzelnen kleinen Städten, in denen sich die Mitglieder der Wirthschaftsgenossenschaften aus Lohnarbeitern rekrutirten, gemachten Erfahrungen, überläßt es der Parteitag den Genossen der einzelnen Bezirke, nach genauer Prüfung der lokalen Verhältnisse zur Frage der Wirthschaftsgenossenschaften Stellung zu nehmen."

Antrag Neumann:

„Alle die Parteibeiträge betreffenden Anträge werden der zukünftigen Parteivertretung überwiesen."

Antrag Palka und Genossen:

„Der fünfte sozialdemokratische Parteitag empfiehlt den Genossen, dort, wo von der Organisation des arbeitenden Volkes in Wirtschaftsgenossenschaften, speziell Konsum- und Wohnungsgenossenschaften, ein Vortheil für die Arbeiterbewegung zu erhoffen und keine Schädigung der sozialdemokratischen Prinzipien zu befürchten ist, an die Errichtung solcher Genossenschaften und Genossenschaftsverbände, respective den Ausbau derselben zu schreiten."

Antrag Feigl:

„Punkt IV al. 4 des Organisationsstatuts hat zu lauten: Die Kreisvertretungen, Corporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Partei- und Gewerkschaftsblätter haben gleichfalls das Recht, je einen Delegirten zu entsenden. Alle Partei- und Gewerkschaftsblätter, die als solche anerkannt werden, haben von Parteitag zu Parteitag besonders bestimmt und verzeichnet zu werden."

Diese Anträge werden genügend unterstützt.

Weiters liegen folgende Anträge vor:

Antrag der Bezirksorganisation Wien II.:

„Um die Uebelstände in der heutigen bestehenden Sammlungsmethode für die verschiedenen Parteizwecke, Streiks und Aehnliches, einer gründlichen Umgestaltung zu unterziehen, sieht sich die Bezirksorganisation Wien II. veranlaßt, dem geehrten Parteitage nachstehenden Antrag vorzulegen und bietet als Grundlage Folgendes dar:

1. Der Reichsorganisation, freien Organisation u. s. w. haben sich sämmtliche Arbeiter beiderlei Geschlechts, die in Branchen eingetheilt und auf Grund des Vertrauensmännersystems zu organisiren sind, anzuschließen, die an die Vertrauensmänner einen bestimmten Wochenbeitrag zu entrichten haben.

Die von den Vertrauensmännern gewählten Obmänner und Kassiere jeder Branche bilden im Bezirke den Bezirksausschuß.

2. Jeder Arbeiter oder jede Arbeiterin hat an die Organisation einen Wochenbeitrag von 10 kr. zu entrichten; davon entfallen für einen allgemeinen Streikfond 5 kr. zu, zur Deckung aller Partei-Ausgaben 4 kr. und 1 kr. bleibt den einzelnen Branchen selbst überlassen. Man könnte auch annehmen, daß es jedem

Lande anheim gestellt wird, die Höhe des an die Partei zu entrichtenden Betrages selbst zu bestimmen, doch ist darauf ein Augenmerk zu richten, daß dies auf einer einheitlichen Basis geschieht.

3. Der zu bestimmende Beitrag für Lohnkämpfe ist vom ganzen Reiche an die Gewerkschaftskommission zu entrichten und von derselben zu verbuchen.

4. Die Gelder zur Deckung der Partei-Ausgaben sollen an den Landesausschuß abgeliefert werden, welcher dieselben zu verwalten hat."

Weiters wird folgender Antrag gestellt:

„1. Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Programm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt und die Partei nach Möglichkeit unterstützt.

2. Zur Partei kann nicht gehören, wer sich eines groben Verstoßes gegen die Grundsätze des Parteiprogrammes schuldig macht, eine andere ehrlose Handlung begeht oder einer bürgerlichen Partei angehört.

3. Ueber die Zugehörigkeit zur Partei entscheidet zunächst die zuständige Bezirksorganisation.

Gegen Entscheidungen steht dem Betroffenen die Berufung an die Landeskonferenz und den Parteitag zu." Rud. Beer, Wien II.

Diese Anträge werden nicht genügend unterstützt.

In der Debatte zu „Partei-Organisation und Taktik" ergreift das Wort

Genossin Adelheid Popp (Wien): Vor Allem möchte ich mich gegen den vorliegenden Antrag aussprechen, daß, weil Wien keine selbstständige Frauenorganisation hat, Delegirte der Frauen auch nicht zugelassen werden sollen. Dieser Antrag ist einem sehr engherzigen Standpunkte entsprungen, außerdem bezieht er sich speziell auf Wien. Ein solcher Antrag kann von einem sozialdemokratischen Parteitag nur einstimmig abgelehnt werden. Was das Schreiben der Wiener Arbeiterinnen anbelangt, erkläre ich, daß ich voll und ganz für dasselbe eintrete. Mögen auch Einzelnen von Ihnen die vielleicht scharfen Worte übertrieben erscheinen, oder mögen auch, wie Gen. Roscher gemeint hat, „die weiblichen Eigenschaften" hier mitgesprochen haben, ich glaube wohl den Beweis erbracht zu haben, daß auch wir von sogenannten weiblichen Eigenschaften frei sein können. Es ist meine unumstößliche Meinung, daß auch Parteigenossen, welche in dem Vordergrunde der Organisation stehen und in Folge ihres Verhaltens die Anerkennung der übrigen Genossen errungen haben, gerade in der Frage der Arbeiterinnenorganisation eine sehr rückständige, conservative Meinung haben. (Sehr richtig!) Gerade in Wien hat sich herausgestellt, daß eine Anzahl von Genossen noch in jenen Vorurtheilen stecken. So lange bei den an der Spitze der Organisation stehenden Genossen jene Vorurtheile nicht beseitigt sind, so lange wird sich ein entscheidender Fortschritt in der Arbeiterinnenorganisation nicht erreichen lassen. Es wurde an den Lokalausschuß die Bitte gerichtet, die Kosten für die Delegirung einer Genossin zu tragen. Ich weiß, es werden auch unter Ihnen einige Genossen sein, welche sagen: „Wenn Ihr eine Delegirte schicken wollt, so bezahlt sie Euch". Die Arbeiterinnen haben aber seit jeher von uns gelernt, daß das arbeitende Weib an die Seite des arbeitenden Mannes gehört, auch in der sogenannten freien Organisation haben die Weiber keinen Separatismus gepflogen. Die Arbeiterinnen leisten ihre materielle Pflicht in der Organisation wie sie die Genossen leisten; die Gleichwerthigkeit der Geschlechter ist ja zugestanden, wenn es gilt, Geld für die Partei zu beschaffen in Form von Blocks u. s. w. Thut sie ihre Pflicht nicht mit dem Erfolge wie der Mann, so tragen die Verhältnisse die Schuld daran. Der letzte Parteitag hat einen Antrag angenommen, daß Orte, an welchen eine Frauenorganisation besteht, das Recht haben, außer Genossen auch Genossinnen zu delegiren. Wer könnte nun sagen,

wir in Wien haben keine Frauenorganisation? Die Frauen halten Besprechungen in gleicher Weise ab wie die Männer. Vor zwei Jahren hat der Lokalausschuß bewiesen, daß ihm nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht zusteht, drei Arbeiterinnen als Delegirte zu bezahlen. Jetzt aber hat sich die Sache geändert. Die Wiener Arbeiterinnen haben keine Delegirte gesendet, weil sie von der Parteivertretung keine Ausnahme haben wollten. Es gibt Genossen, denen man allerdings die vollste prinzipielle Bildung zumuthen sollte, die aber trotzdem nicht wissen, daß die Arbeiterinnenfrage nicht nur eine Frage der Gegenwart ist, sondern daß sie niemals mehr verschwinden wird, daß die Frau nie mehr zu ihrer früheren Stellung, zur Hüterin des Hauses, zurückkehren, sondern immer mehr zur Lohnarbeiterin heruntergedrückt werden wird. Und wir müssen es erleben, daß in Wien nicht nur in der Presse, sondern auch in Versammlungen der Standpunkt vertreten wird: die Frau muß in das Haus zurück, die Häuslichkeit ist es, die wir Euch, Frauen, erobern wollen! (Lebhaftes Gelächter.) Diese Frage ist nicht eine Frage der Wiener Arbeiterinnen, sondern sie ist eine Frage der gesammten Arbeiterschaft. Die Genossen mögen nicht gleichgiltig und verächtlich darüber hinweggehen, wenn von den weiblichen Genossen die Rede ist. Jeder männliche Genosse weiß, daß es seine Pflicht ist, auch unter die Arbeiterinnen Aufklärung zu bringen und dieselben in die Organisation zu ziehen.

Parteigenossen! Ich wünsche es, daß dieser heutige Parteitag zu dieser Frage Stellung nehme, es muß endlich einmal Klarheit geschaffen werden. (Großer Beifall.)

Gen. Maier (Waidhofen a. d. Ybbs) konstatirt, daß das Blocksystem gegenwärtig nicht mehr jenen materiellen Erfolg zeige, wie früher, wo die Sache neu war und meint, daß die Konsumgenossenschaften zu fördern wären, weil sie im Falle von Streiks sich als nützlich erweisen.

Gen. Witzmann (Wien) spricht sich dafür aus, daß, nachdem die Gewerkschaftsbewegung in den letzten Jahren einen großen Aufschwung genommen hat, der politischen Organisation in den Vereinen mehr Aufmerksamkeit zugewendet werden sollte. Dann werden auch viele in der Gewerkschaft stehende Arbeiter sich den politischen Vereinen anschließen.

Gen. Scholz (Wien) vertheidigt die Anträge des Wiener XVIII. Bezirkes, Streiks, den 1. Mai betreffend, gegen die Kritik des Gen. Neumann. Im Punkte b) des Antrages der Organisation XVIII hat sich ein Fehler eingeschlichen, indem es am Schlusse heißen soll: „Dieser Antrag wird schon am 1. Mai 1896 seiner Verwirklichung zugeführt." Es ist gesagt worden, daß es für die Antragsteller charakteristisch sei, wenn sie derartige Anträge einbringen. Die Gründe für diese Anträge sind folgende: Obwohl die Gewerkschaftsorganisation in der letzten Zeit bedeutende Fortschritte gemacht hat, so steht dieselbe doch nicht auf jener Basis, auf welcher sie stehen könnte und sollte. Darum soll der Maifeier eine erhöhte Bedeutung verliehen werden. Weiter haben wir den Antrag gestellt, weil die Maifeier auch in Oesterreich immer mehr den Charakter verliert, welchen sie von Anfang an gehabt hat, nämlich im vollen Sinne des Wortes ein Protest gegen die heutige politische und wirthschaftliche Knechtung zu sein. Heute wird nur mehr mit Reden demonstrirt und am Nachmittag werden gemüthliche Zusammenkünfte gehalten, wie dies in Deutschland von Anfang an der Fall war. Eine solche Feier ist ein Schlag in's Wasser. Zum Schlusse bemerke ich, daß ich auch für die Konsumgenossenschaften eintreten werde.

Vorsitzender: Es wurde der Antrag eingebracht, daß die Sprechzeit für die einzelnen Redner auf 10 Minuten herabgesetzt werden soll.

Der Antrag wird unterstützt und angenommen.

Gen. Smitka (Wien): Ich unterschreibe das, was Gen. Neumann betreffs der Konsumgenossenschaften gesagt hat, vollständig. Unsere Parteiorganisation hat sich in der Provinz im Großen und Ganzen bewährt und ich glaube, es wird Sache der Wiener Genossen sein, in Wien so Manches zu ändern. Die Anträge der Genossen aus Wien sind in manchen Punkten sehr unklar (Sehr richtig!), und wenn man dann noch die Begründung dieser Anträge hört, muß man sich sagen, daß die Genossen aus der Provinz in mancher Beziehung viel weiter vorgeschritten sind, als die Wiener Genossen. Die Schuld liegt an den Organisationen, welche diese Genossen hergeschickt haben. Solche Ansichten, wie diese Genossen vorgebracht haben, hat Keiner, der sich halbwegs mit den Prinzipien der Partei befaßt hat.

Was die Frage der Abhaltung eines jährlichen Parteitages betrifft, so hat schon der Referent darauf hingewiesen, daß die Einnahmen der Partei Manches zu wünschen übrig lassen. Wenn wir nun jährlich einen Parteitag einberufen, der viele tausend Gulden kostet, so müssen wir dabei wohl bedenken, ob die dazu erforderlichen Mittel nicht in anderer Weise besser angewendet wären. Vielleicht werden wir im nächsten Jahre nach den Wahlen einen Parteitag brauchen. Wenn wir aber, wie der Referent wünscht, jährlich einen Parteitag auch deswegen einberufen sollen, um einigrn Querköpfen Gelegenheit zu geben, ihre Kritik zuüben, so meine ich, daß wir dazu unser Geld nicht herzugeben brauchen. Wir haben ja auch noch Branchenkongresse, Gewerkschaftskongresse u. s. f. Wir müssen auch dafür sorgen, daß die Beschlüsse des Parteitages wirklich durchgeführt werden, es muß die Parteivertretung für die Durchführung der Parteitagsbeschlüsse sorgen, indem sie auf die Einberufung von Landeskongressen, von Bezirkskongressen dringt.

Das wird aber innerhalb eines Jahres nicht immer möglich sein. Man wäre genöthigt, neuerdings einen Parteitag einzuberufen, bevor noch die Beschlüsse des alten durchgeführt sind. Redner spricht sich schließlich aus dem vom Referenten angeführten Grunde gegen den Antrag der Organisation Wien V aus, daß auch die Gewerkschaftskommission als solche in der Parteivertretung vertreten sein soll.

Gen. Feigl (Gloggnitz) spricht sich für den Antrag der niederösterreichischen Kreisorganisation, betreffend die Parteivertretung, aus. Der Antrag bezüglich der Parteiangestellten ist von der niederösterreichischen Kreisvertretung zurückgezogen worden, besteht aber von einer anderen Organisation aufrecht. Ich habe mich schon gegen diesen Antrag erklärt. Wir in Margarethen haben den Antrag gestellt, daß Parteisekretär und Parteikassier nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung" sein dürfen und die Parteivertretung hat einen ähnlichen Antrag gestellt. Redner kommt sodann auf die schlechte Art der Zusammensetzung der Bezirksorganisationen in Wien zu sprechen und bemerkt, er sei selbst von einem Manne bei der ersten Maidemonstration im Prater verhaftet worden, der sich nachträglich als Vertrauensmann der Organisation Rudolfsheim entpuppte. (Heiterkeit.) Es liegt ein Antrag der Organisation Floridsdorf vor, daß bei Anstellung von Parteigenossen, sowie bei Gehaltsregulirungen die Parteivertretung der Wiener Lokalorganisation diesbezüglich Vorschläge zu machen habe. Es liegt auch der Antrag Ellenbogen vor, die Parteivertretung ist für die von ihr ausgehenden Anstellungen von Parteibeamten und deren Gehaltsbemessung lediglich der Parteikontrole und dem Parteitage verantwortlich. Nun ist es richtig, daß über die Höhe der Gehalte die Wiener Lokalorganisation kein Recht zu entscheiden hätte. Wenn nun der Antrag Ellenbogen so gemeint ist, daß über die Höhe der Gehalte nur die Parteivertretung zu bestimmen habe, stimme ich dafür. Wenn es sich aber darum handelt, daß auch die Verständigung von Anstellungen, welche man in der „Arbeiter-Zeitung" vornimmt, aufhören soll, so müßte ich

gegen den Antrag Ellenbogen stimmen. Was die Vorwürfe der Gen. Popp anbelangt, so ist zu fragen, warum die Wiener Arbeiterinnen nicht an Localorganisationen herangetreten sind, statt an den Ausschuß. Uebrigens hätten sie Delegirte auch hersenden können, selbst wenn die Parteivertretung und nicht die Lokalorganisationen die Kosten bezahlt hätten. Was die Konsumgenossenschaften anbelangt, so greift diese Bewegung immer mehr um sich, deshalb habe ich beantragt, daß auf dem nächsten Parteitage dieser Punkt verhandelt werde. Wir dürfen auch nicht vergessen, daß bei den Konsumgenossenschaften eine Reihe von Angestellten ist, welche in der niederträchtigsten Weise ausgebeutet werden, während in der Leitung dieser Vereine Leute sitzen, welche sich bei jeder Gelegenheit als Genossen geriren.

Gen. Grünwald (Wien) spricht sich für den Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung aus, daß es Pflicht der Parteiangehörigen sei, der Organisation ihrer Branchen, respektive einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören. Redner ist weiters dafür, daß zum Parteitage die Genossen auch einer jeden Branche Vertreter entsenden. Es handelt sich nicht um die Zahl der Vertreter, sondern darum, daß die Gewerkschaften überhaupt vertreten sind. Redner könne die Ansicht des Gen. Dr. Adler nicht theilen, daß ein tüchtiger Redakteur eines gewerkschaftlichen Blattes immer im Stande sein werde, sich ein Mandat einer politischen Organisation zu verschaffen, und daß in Folge dessen dieser Beschluß nicht nothwendig wäre. Redner weist den Vorwurf der Genossin Popp zurück, daß die Genossinnen in Wien unterdrückt werden. Es sei nicht richtig, daß die bezüglichen Beschlüsse des Parteitages nicht durchgeführt werden. Bei uns gehören 10 Perzent der Arbeiterinnen der Organisation an, sie zahlen hohe Beiträge an die Gewerkschaften, zahlen Beiträge für die politische Partei, für den Widerstandsfond, sie lesen das Fachblatt, sie lesen die „Arbeiter-Zeitung", sie haben aber noch nie den Wunsch ausgesprochen, am Parteitage vertreten zu sein.

Gen. Prähauser (Salzburg) unterscheidet zwischen Parteigenossen in Wien, die seit Jahren an der Spitze des Kampfes stehen, welche für ihre Ueberzeugung in den Kerker gegangen sind und zwischen Jenen, welche sich durch Anträge und Reden furchtbar bemerkbar machen wollen. (Heiterkeit.) Die Einen sagen, es werde die gewerkschaftliche Bewegung zu wenig gefördert, Andere wieder sagen, es werde die politische Bewegung zu wenig gefördert. Ich meine nicht, die Parteivertretung müsse der Prügelknabe sein, wenn es zu langsam geht. Wir haben in Salzburg in den letzten zwei Jahren 42 politische Versammlungen und 23 gewerkschaftliche Versammlungen abgehalten. Wie kann man sagen, daß die gewerkschaftliche Bewegung viel vernachlässigt wird? Genosse Reumann wird mir bestätigen, daß wir für die Partei keinen Kreuzer leisten können. Gen. Hueber dagegen wird mir bestätigen, daß unsere Parteigenossen für die Gewerkschaft das Möglichste gethan haben. Wir vernachlässigen eher die politische Bewegung, und es ist das eine Sache, die ich sehr bedauere, aber nicht ändern kann. Wenn es keine politische Bewegung gibt, gibt es auch keine gewerkschaftliche Bewegung. Die Vertreter der Wiener Bezirke hätten sich an dem betlehemitischen Kindesmorde belehren können, den wir gestern an ihren Anträgen vorgenommen haben. Ich möchte Sie bitten, ihre Anträge zurückzuziehen. In Wien sind die Genossen überhaupt sehr weit zurück, Beweis dafür ist, wie Sie die Genossinnen behandeln. (Beifall.)

Gen. Berner überreicht folgenden Antrag:

„Der Parteitag spricht den von der ungarischen Polizei auf ihrem Budapester Kongreß vergewaltigten und ihrer staatsbürgerlichen Rechte beraubten Holzarbeitern seine brüderliche Sympathie aus. Die zunehmende offizielle Hetze gegen die

ungarischen Arbeiterorganisationen beweist deutlich, daß mit ihnen auch die Furcht der Bourgeoisie vor ihnen wächst, wird sie aber, wie sonst überall, nur läutern, schulen und stärken."

Einstimmig angenommen.

Gen. Vaněk (Pilsen) überreicht folgenden Antrag:

„In Anbetracht authentischer Nachrichten über die Behandlung der politischen Gefangenen in der Landesstrafanstalt in Bor bei Pilsen spricht der Parteitag seine Entrüstung über das Gebahren der Verwalter dieser Strafanstalt aus, welche, die Rechte der politischen Gefangenen nicht wahrend, sie der ihnen gebührenden Vortheile beraubt. Weiters spricht der Parteitag das tiefste Bedauern darüber aus, daß die heutige Regierung des Grafen Badeni bei Antrag auf Amnestie den politischen Gefangenen gar keine Rücksicht auf die sozialdemokratischen politischen „Verbrecher", die in der Perfekution im Jahre 1885 verurtheilt wurden, genommen hat." Es folgen 19 Unterschriften.

Gen. Vaněk (Pilsen) begründet diesen Antrag und verweist darauf, daß im Jahre 1885 Genossen in Prag zu jahrelangem Gefängniß verurtheilt worden sind, wegen Thaten, für welche sie heute vielleicht einige Monate bekommen hätten. Es wurden Genossen zu 10, 15 und 16 Jahren verurtheilt. Der Gen. Pačes schmachtet über 9 Jahre im Gefängnisse, 5 Jahre haben die Genossen gemeinschaftliche Haft gehabt, dann wurden sie mit Gewalt in Einzelzellen geworfen, die Behandlung, die ihnen zutheil wurde, spottet jeder Beschreibung. Die Aerzte, der Kommissär, die Verwaltung machen mit den Leuten, was sie wollen. Pačes protestirte dagegen, daß er Einzelhaft bekomme, und daß er, obwohl krank, nicht in die Krankenzellen abgegeben wurde. Dafür hat er 3 Tage Dunkelzelle bekommen. (Lebhafte Entrüstungs-Rufe.) Die im Omladinaprozesse Verurtheilten wurden amnestirt, weil sie Bourgeoissöhne waren; auf unsere Genossen hat Badeni keine Rücksicht genommen, weil sie Söhne des Proletariats sind. Wenn die Regierung an diese „Verbrecher" vergißt, so beweisen wir, daß wir an unsere Genossen nicht vergessen haben, und ich bitte deshalb den Parteitag, meinen Antrag einstimmig anzunehmen.

Vorsitzender Zeller: Ich kann diesen Ausführungen hinzufügen, daß dem Gen. Černy, der vom früheren Strafhausverwalter wenigstens die bürgerlichen Blätter zu lesen bekommen hat, von dem neuen Verwalter nicht einmal die Wohlthat gewährt wurde, welche gemeine Verbrecher in dieser Strafanstalt genießen. (Lebhafte Entrüstung.)

Gen. Vaněk bittet den Reichsrathsabgeordneten Pernerstorfer, die Sache im Reichsrath zur Sprache zu bringen, damit es gelinge, die Genossen aus der schmachvollen Haft zu befreien.

Abg. Pernerstorfer erklärt sich dazu bereit, wenn man ihm die bezüglichen Daten zukommen lasse.

Der Antrag Vaněk wird einstimmig angenommen und die Sitzung um 3/4 8 Uhr abgebrochen.

Fünfter Verhandlungstag am 9. April 1896.

Vormittagssitzung.

Vorsitzender Gen. Popp (Wien) eröffnet um 9 Uhr 45 Minuten die Sitzung.

Gen. Roscher (Reichenberg): Es ist gestern beschlossen worden, bezüglich der Lohnzettel aus der Firma Perutz in Lieben eine Zusammenstellung zu machen. Sehr viele Arbeiter in den Webereien wissen überhaupt nicht, was sie in der Woche verdient haben. Sie werden nach Stück bezahlt, ohne daß sie meistens wissen, wie lange das Stück ist. Das ist ja eine häufige Sache, daß

die Arbeiter und Arbeiterinnen betrogen werden, und wir haben auch eine Firma in Reichenberg der Staatsanwaltschaft angezeigt, weil dort ein Theil der Arbeiter den Muth gefunden hat, die Stücke nachzumessen, und es sich herausstellte, daß sie 8 bis 10 Meter länger waren, als ihnen in ihr Buch eingeschrieben und bezahlt worden war.

Es lagen von 73 Arbeitern der Firma Perutz derartige Zettel vor. Diese haben in einer Woche zusammen 311 fl. 13 kr. verdient. Davon wurden ihnen für die Krankenkasse 6 fl. 24 kr., an Strafen 2 fl. 80 kr. abgezogen. Dieses Strafsystem in der Textilbranche ist eine große Schweinerei. Es gibt Angestellte, die sich durch diese Strafabzüge geradezu ihren Gehalt erwerben müssen. Die Vorschüsse betragen 13 fl. 11 kr., für Bier wurden 29 fl. 7 kr. abgezogen. Dabei bemerke ich, daß die Firma mit Bier ein Geschäft macht, was ganz gesetzwidrig ist, indem sie es um einen Kreuzer theurer verkauft, als sie es bezieht. Viele Arbeiter in den Textilfabriken kennen ein Mittagsmahl nicht. Sie nehmen oft nur ein Glas Bier und Brot zum Mittagsmahl. Ferner ewurdn 29 fl. 75 kr. für 18 Parteien in Anrechnung gebracht. Diese 73 Arbeiter erhielten zusammen 230 fl. 16 kr. ausbezahlt. Die Löhne „schwanken" zwischen 1 fl. 10 kr. und 10 fl. Es ist aber nur ein Einziger, der 10 fl. hat. Die meisten haben 4 bis 5 fl., und es gibt auch Löhne unter 2 fl. Der Durchschnittslohn beträgt ohne Abzüge 4 fl. 9 kr., mit Einrechnung der Abzüge 3 fl. $9^1/_2$ kr. Es ist außerordentlich zu bedauern, daß die Prager Presse von diesen Zuständen, die übrigens in den meisten Fabriken dieser Branche dieselben sind, keine Notiz nimmt.

Es wird zur Tagesordnung übergegangen. Punkt IV: Organisation und Taktik.

Gen. Rychling (Wien) spricht sich dafür aus, daß jene Genossen, welche in der Agitation stehen, möglichst unabhängig gestellt werden sollten. Er tritt weiters für eine größere Förderung der Konsumgenossenschaften ein. Das Gigerlthum müsse aus der Partei entfernt werden. In den Konsumgenossenschaften bilde sich das aber nicht aus. Die Argumente, welche der Referent gegen die Konsumvereine angeführt hat, seien nicht stichhältig.

Gen. Reger (Orlau): Die heutige Organisationsform ist beizubehalten, und es kann sich nur um eine Vertiefung derselben handeln. Darum sollten wir alle jene Anträge, welche eine einschneidende Aenderung bezwecken, ablehnen.

Bezüglich der Konsumgenossenschaften werde ich für den Antrag stimmen, daß diese Frage einem späteren Parteitage vorbehalten wird. Der Antrag Wien XVIII ist gut gemeint, allein er ist vollständig undurchführbar.

Gen. Schuhmeier (Wien) begründet die Anträge der niederösterreichischen Kreisorganisation. Es nütze uns nichts, wenn wir in Wien in den Versammlungen 10—15.000 Menschen haben, wenn wir uns aber sagen müssen, von diesen Leuten stehen nur ein paar Hundert in der Organisation. (Richtig!) Daher sollte der Parteitag aussprechen, daß es Pflicht eines Jeden sei, der sich zur Partei zählt, in erster Linie einer Branchenorganisation und, wenn dies nicht möglich ist, einem politischen oder einem Bildungsverein anzugehören. Damit wird der Partei ein großer Dienst geleistet. Auch ich wünsche, wie Gen. Rychling, die Beseitigung des Gigerlthums in der Partei, welches sich insbesondere in der letzten Zeit bemerkbar gemacht hat; ich fürchte, wenn wir das Wahlrecht bekommen werden, wird sich eine Unzahl von Leuten an uns herandrängen, die die Früchte unseres jahrelangen Kampfes für sich einzuheimsen suchen; dagegen muß bei Zeiten vorgearbeitet werden. Wenn Einer ein Parteigenosse sein will, so muß er auch in Reih und Glied stehen und jene Opfer für die Partei bringen, die sie verlangt. Wir haben schon Manchen abgeschliffen, vielleicht wird sich bei uns auch so Mancher abgigerln. Wir wünschen weiter, daß die Zufuhr

der Gelder an die Parteileitung eine regelmäßige werde, und daß die Kreis-organisationen mindestens alle Vierteljahre mit der Parteivertretung abrechnen.

Wir wünschen auch eine andere Zusammensetzung der Parteivertretung. Es ist nicht möglich, daß die Genossen aus der Provinz, welche die Kontrole haben, die Arbeit, die ihnen zugewiesen wird, durchführen können. Wir wünschen, daß, wenn Fragen zu erledigen sind, welche für das ganze Reich von Wichtigkeit sind, die Parteivertretung eine gemeinsame Reichskonferenz einberufe, zu welcher jede Kreisorganisation — allerdings auf ihre Kosten — ihre Vertreter entsendet.

Den Antrag, daß Parteiangestellte nicht wählbar sind, hat der niederösterreichische Landesausschuß zurückgezogen. (Bravo!) Ich mache übrigens darauf aufmerksam, daß nicht alle Kreisausschüsse für den Antrag waren. Es ist auch davon gesprochen worden, daß wir den Gen. Adler aus der Parteileitung draußen haben wollen. Ich bin überzeugt, daß Gen. Adler auch zufrieden ist, wenn ihm nur eine berathende Stimme in der Parteileitung eingeräumt wird. Man sagt vielfach, daß eigentlich Gen. Adler die Parteileitung sei. Das ist natürlich nicht wahr und die Eingeweihten werden wissen, daß Anträge des Gen. Adler sehr häufig abgelehnt worden sind. Wir wollen dem die Spitze abbrechen, glauben aber, daß Gen. Adler als Chefredacteur doch an den Sitzungen theilnehmen soll. Der Antrag Wien VII will einen neuen Abrechnungsmodus einführen, den wir in Niederösterreich schon heute haben und ich möchte Ihnen denselben aufs Beste empfehlen. Jetzt haben wir es so eingerichtet, daß die Kassiere in der Provinz nur gegen Ausstellung eines Blockzettels, welcher mit einem Gegenschein auf dem Blocke correspondirt, Gelder übernehmen dürfen. Der Block mit den Gegenscheinen wird dann an die Kreisorganisationen geschickt und der Sekretär stellt dann die Ausweise zusammen, welche veröffentlicht werden. Was den angefochtenen Beschluß, die Frauen betreffend, angeht, konstatire ich, daß er vom Wiener Lokalausschuß gefaßt wurde. Es sind also nicht alle Wiener Genossen, sondern nur Jene, die dem Lokalausschuß angehören, „zurückgegangen", wie Gen. Prähauser meint. Dieser Beschluß wird damit begründet, daß es nicht angeht, solche separatistische Gelüste weiter zu pflegen. Ich unterscheide zwischen den organisirten Frauen und jenen, die sich für politisch organisirt ausgeben, und ich bestreite, daß die letzteren ein Recht haben, im Namen der Arbeiterinnen Wiens zu sprechen. Hiebei nehme ich natürlich die Gen. Popp und Andere aus, die ja seit Jahren an der Spitze der Bewegung stehen. Auch unter diesen gibt es Personen, die mich lebhaft an die Parteigigerln erinnern. Wir haben nicht gesagt, daß die Frauen nicht zum Parteitag kommen sollen, wir haben nur gemeint, sie sollen sich deshalb an die Parteivertretung wenden. Sie bilden sich aber ein, daß die Bezirksorganisation das unbedingt bezahlen muß. Es wäre ja sehr leicht möglich gewesen, daß sie die Gen. Popp hätten delegiren können; das hat ihnen aber nicht genügt. Nun, wir werden über die Geschichte in Wien noch näher reden.

Eine einschneidende Aenderung, welche beantragt wird, ist die, daß das Parteisekretariat von der „Arbeiter-Zeitung" getrennt werden soll. Sie werden es selbst empfunden haben, daß dies unbedingt nothwendig ist. Wenn Geld gebraucht worden ist, hat es bisher sehr oft die „Arbeiter-Zeitung" hergeben müssen, und das kann und darf absolut nicht sein, solange das Blatt nicht selbst Ueberschüsse hat.

Gen. Rieger (Brünn): Es ist gestern gesagt worden, daß unter den Wiener Genossen noch eine große Unklarheit über die Grundsätze der Parteiorganisation herrsche. Ich glaube, daß unter den Provinzgenossen in dieser Beziehung eine noch größere Unklarheit ist und ich muß gegen die erste Behauptung entschieden Verwahrung einlegen. (Heiterkeit.) Obwohl wir seit fast drei Jahren

eine Organisation besitzen, gibt es heute noch eine Menge von Genossen, die sich über den Umfang und die Grenzen der Kompetenzsphären der einzelnen Körperschaften noch nicht klar sind. (Rufe: Oho!) Ich glaube, daß der Genosse, welcher Oho! ruft, wenn er in einige Bezirke Mährens gehen würde, die Erfahrung machen wird, daß es doch so ist. Bei uns sind viele Beschlüsse, welche zur Ausführung gelangen sollten, nicht ausgeführt. Ein Hauptübelstand ist die außerordentlich mangelhafte Berichterstattung und daß die Lokalorganisationen kein Geld hergeben wollen, und es lieber selbst in der Tasche behalten; wenn der Kassier der Bezirksorganisation schon etwas aus den Lokalorganisationen herausdrückt, so führt er es wieder ungern an die Kreisorganisation ab. Diese sind dann ganz aktionsunfähig. Auch da sollte eine Aenderung eintreten. Viele Aktionen, die sehr nothwendig wären, werden deshalb nicht durchgeführt. In neuerer Zeit wird mit Recht darüber Klage geführt, daß jenes Geld, welches der politischen Organisation zukommen sollte, sehr häufig in die Kassen der gewerkschaftlichen Organisation fließt.

Auch die bisherige Kontrole genügt nicht. Es ist besser, wenn die Wiener Genossen die Kontrolkommission wählen, welche einvierteljährlich oder auch monatlich die Kontrole vorzunehmen, dieselbe im Zentralorgan zu veröffentlichen und dem Parteitag Bericht zu erstatten hat.

Ich habe die Wahrnehmung gemacht, daß man in Böhmen mit der neuen Eintheilung in Kreisorganisationen keine allzuguten Erfahrungen gemacht hat. Sie liegen sich nämlich etwas in den Haaren. Die Reichenberger sind ein wenig eifersüchtig auf die Teplitzer. (Widerspruch seitens dieser Genossen.) Ich weiß, es wollen das weder die Reichenberger, noch die Teplitzer eingestehen. (Heiterkeit.) Die ganze Organisation scheint mir dort etwas zerklüftet zu sein. Ich meine, es wäre besser, wenn die Kreisorganisationen in Böhmen verschwinden und an Stelle mehrerer Kreisorganisationen eine oder höchstens zwei treten würden. Dann wäre die Arbeit eine viel einheitlichere. Die Genossen in Böhmen sollten beauftragt werden, auf einer Landeskonferenz die Frage der Kreisorganisation in Erwägung zu ziehen und hierüber Beschlüsse zu fassen.

Was den Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung betrifft, daß Parteiangestellte in die Parteivertretung nicht wählbar sind, wurde dieser Antrag zwar zurückgezogen, aber die Kreisvertretung steht auf dem Standpunkte, daß Gen. Dr. Adler als Chefredacteur der „Arbeiter-Zeitung" in der Reichsparteivertretung nur mit berathender Stimme theilnehmen soll. Es soll also doch eine Ausnahme gemacht werden. Es ist sonderbar, daß man ein schlechter Kerl wird, wenn man Parteiangestellter wird. Es wäre an der Zeit, eine Bestimmung aufzunehmen, welche lautet: „Vor dem Parteistatut sind alle Parteigenossen gleich". Es geht nicht an, Parteigenossen, welche die Geschäfte der Partei besorgen, zu Parteigenossen zweiter Klasse zu degradiren.

Die Unkenntniß bezüglich der Organisation, von der ich bereits gesprochen habe, besteht nicht blos bei den Genossen, welche sich mit Organisation nicht viel abgeben, sie besteht auch bei Genossen, welche sich viel mit organisatorischen Fragen beschäftigen, ja, welche vor vier Jahren die heutige Organisation geschaffen haben.

Gen. Winarsky (Wien III, XI) bemerkt in Begründung der Anträge der Organisationen III und XI, daß die Bezirksorganisation dem nicht entspreche, was früher als Ideal einer Bezirksorganisation vorgestellt wurde. Wir sind, sagt Redner, zu unserem Antrage gedrängt worden, weil in vielen Organisationen die Meinung vorherrscht, daß beispielsweise die Vertrauensmänner einer Fabrik unbedingt in die Bezirksorganisationen einzubeziehen sind, obwohl sie von Organisation nichts verstehen. Im Kassabericht werden Sie finden, daß von den regelmäßigen Einnahmen zur Unterstützung Inhaftirter u. s. w. zirka 22 Perzent und für Agitationen und Organisationen zirka 78 Perzent verwendet

wurden. Die Ausgaben für Unterstützung Inhaftirter, Prozeßkosten u. s. w. betragen ungefähr 38 Perzent. Sie haben also 22 Perzent gegen 38 Perzent; es existirt ein fortwährendes Defizit. Dieses wird sich im Laufe der Zeit noch vermehren. Es muß deshalb ein Modus geschaffen werden, dasselbe zu verhindern. Wenn wir auch keinen bestimmten Beitrag heute fixiren, so sind wir doch in der Lage, zu sagen, daß Jeder, der Parteigenosse ist, sich nicht mit dem Genüge leistet, sondern auch verpflichtet sein soll, die Partei materiell zu unterstützen. Es steht fest, daß unsere Partei nicht genug Einnahmen hat; es müssen Mittel und Wege gefunden werden, wonach die Partei in jeder Richtung aktionsfähiger gemacht wird, und ich meine, daß, wenn Sie den Antrag bezüglich der zwei Kreuzer monatlich auch nur der Parteivertretung zuweisen, ihn diese doch annehmen wird.

Endlich habe ich Ihnen folgenden Antrag zu empfehlen:

„Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitage zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, der die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die übrigen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrolle und müssen zwei derselben am Orte, wo die Parteivertretung ihren Sitz hat, wohnhaft sein; die anderen vertheilen sich auf die Provinzen.

Die Gesammtvertretung hält ihre Sitzungen nach Bedarf und können bei besonders wichtigen Angelegenheiten noch Vertreter aus den Provinzen zugezogen werden. Der Chefredakteur des Zentralorgans wohnt den Sitzungen mit berathender Stimme bei.

Die Parteivertretung bestimmt aus ihrer Mitte einen Sekretär und einen Kassier, die nicht Angestellte des Zentralorgans sein dürfen.

Die Mitglieder der Kontrole haben übrigens jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Absatz 5 der alten Statutspunkte folgt unverändert. (Jedem Parteitage hat u. s. w.)"

Was die Anträge über die Konsumvereine anbelangt, so glaube ich, daß beide Theile, welche über diese Angelegenheit gesprochen haben, nicht vollkommen das Richtige in dieser Sache getroffen haben. Die Konsumvereine sind weder Kampforganisationen, noch versimpelt man nothwendig durch dieselben. Die Sache ist nicht spruchreif, und ich bitte Sie deshalb, den Antrag Feigl anzunehmen. Bezüglich der Parteiangestellten steht der Antrag Floridsdorf dem Antrag Ellenbogen gegenüber. Ersterer ist unannehmbar; es würde dadurch in den Lokalorganisationen endlose Debatten über kleinliche Dinge geben und in den Bezirksorganisationen noch mehr wie heute die eigentliche Organisationsarbeit vernachlässigt und dem gewöhnlichen Tratsch Platz gemacht werden. Der Antrag Ellenbogen geht nicht zu weit, da die Parteivertretung dem Parteitage immerhin verantwortlich bleibt.

Es sind noch folgende Anträge eingebracht worden:

Antrag Hueber

„In Erwägung, daß die Gewerkschaftsorganisation, welche auf Grundlage der Industriegruppenbildung aufgebaut ist, sich als ein vorzügliches Mittel erwiesen hat, die Massen heranzuziehen und widerstandsfähig zu machen; in weiterer Erwägung, daß diese Organisationsform am besten geeignet ist, einen der wichtigsten Punkte des sozialdemokratischen Programmes praktisch durchzuführen, indem sie die Arbeiter physisch und geistig kampffähig macht, wodurch der Sozialdemokratie immer mehr fähige und verläßliche Streitkräfte zugeführt werden; in endlicher Erwägung, daß sich noch viele Parteigenossen ihrer Pflicht gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation nicht bewußt sind, und deren Bedeutung für die Partei unterschätzen, wodurch es noch nicht gelungen ist, die für die Arbeiter wichtigsten Industriezentren Oesterreichs in größerer Zahl zu gewinnen, beschließt der V. Parteitag der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs Folgendes: Es wird den Parteigenossen nicht nur zur Pflicht gemacht, sobald die Möglichkeit vorliegt, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, sondern es ist auch Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Gewerkschaftsorganisation mit aller Kraft bei allen Anlässen zu fördern, die von den Delegirtentagen, Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse, insoferne dieselben den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht zuwiderlaufen, anzuerkennen und für deren Durchführung zu wirken."

Antrag Genossin Popp:

„In Erwägung, daß die gewerkschaftlich organisirten Arbeiterinnen in Folge ihrer kleinen Anzahl in den politischen Organisationen nicht die Vertretung finden, welche wünschenswerth wäre, beschließt der Parteitag: Die Genossinnen haben das Recht, wo sie es für nothwendig finden, neben der gewerkschaftlichen Organisation freie Organisationen im Sinne der Bezirksorganisationen zu bilden und unterstehen, gleich diesen, den Kreisorganisationen."

Antrag Schiller:

„Der Parteitag erklärt: Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts gemein."

Antrag Adler:

„Der Parteitag lehnt es vorläufig ab, sich mit Konsum- und Produktivgenossenschaften zu beschäftigen und überläßt es den Parteigenossen, wo sie es für nützlich halten, mit aller Vorsicht sich an der Gründung solcher Institute zu betheiligen."

Antrag Feigl:

„Bei Zustandekommen irgend eines Wahlreformgesetzes haben sofort die Kreisvertretungen Konferenzen einzuberufen, den Wahlkampf bei denselben auf die Tagesordnung zu setzen und je einen Vertreter zu einer Reichskonferenz zu delegiren, welche von der Parteivertretung einzuberufen ist. Diese Reichskonferenz hat die nothwendige Vorsorge für die Wahlagitation zu treffen."

Antrag Kiesewetter und Seliger:

Da das eigentliche Programm der sozialdemokratischen Arbeiterpartei in Oesterreich hauptsächlich darin besteht, „das Proletariat politisch zu organisiren, es mit dem Bewußtsein seiner Lage und seiner Aufgabe zu erfüllen, es geistig und physisch kampffähig zu machen und zu erhalten", erklärt der Parteitag, die gewerkschaftliche Organisation gleich der politischen zu fördern, weswegen die nicht mehr zeitgemäßen Bildungs- und Lesevereine in den Hintergrund zu treten haben; dort, wo diese der gewerkschaftlichen Entwicklung und politischen Organisation Kräfte entziehend im Wege stehen, sind dieselben aufzulassen; an jenen Orten aber, wo nur durch solche die verschiedensten Elemente zusammengehalten werden können, um der Sache der klassenbewußten Arbeiterschaft zu nützen, sind sie beizubehalten. Im Allgemeinen sind gewerkschaftliche Organisationen in wirthschaftlich entwickelten Landestheilen, wo es eine kräftigere Arbeiterbewegung gibt, anzuempfehlen, während für rückständige Distrikte mit mehr kleinbürgerlicher Bevölkerung mehr Lese- und Bildungsvereine passen dürften."

Antrag Trejbal und Genossen:

„Das Recht Kandidaten aufzustellen haben nur die Wähler, resp die Kreisorganisationen."

Antrag der Bezirksorganisation Reichenberg:

„Die Bezirksorganisationen sind verpflichtet, alle Vierteljahre einen Bericht über den Stand der Bewegung, sowie über die Verfolgungen und Verurtheilungen, welche in Folge der politischen und gewerkschaftlichen Thätigkeit entstanden, an die Landes-, resp. Kreisvertretungen abzustatten.

Diese haben wiederum einen Gesammtbericht vierteljährlich an die Reichsvertretung einzusenden.

Desgleichen haben die Redaktionen der politischen, sowie der gewerkschaftlichen Blätter im obgenannten Zeitraume über die Höhe der Gelder, welche in den verschiedenen Fonds einlaufen, an die Reichsvertretung zu berichten. Dies soll zu dem Zwecke geschehen, um eine Uebersicht über die Opferwilligkeit der Parteigenossen im ganzen Reiche zu erlangen. Die Reichsvertretung hat darüber dem Parteitage eine statistische Uebersicht zu geben."

Antrag Berner und Genossen:

„Die Parteivertretung hat alle Vierteljahre an die Kreisvertretungen einen Fragebogen mit den wesentlichen Momenten der Bewegung entsprechenden Rubriken zur Beantwortung binnen vier Wochen vorzulegen und den Kreisvertretungen die Erfüllung ihrer Pflichten nahezulegen."

Diese, sowie die übrigen im Laufe der Debatte bereits gestellten Anträge werden genügend unterstützt.

Ferner liegen nachfolgende Anträge vor:

Antrag Šip:

„Mit Hinsicht darauf, daß durch die von der Partei herausgegebenen Blocks die Parteibeiträge in sehr geringem Maße einlaufen, möge der Parteitag beschließen:

Anstatt der Parteiblocks sind Parteimarken herauszugeben, die auf Karten aufzukleben sind und die dann ein jeder Parteigenosse zum Nachweise aufbewahren kann."

Antrag Eldersch zu Punkt IV (Parteivertretung):

„Die Mitglieder der Parteivertretung und der Reichskontrole haben sich aus den Genossen jener Lokalorganisation zusammenzusetzen, in welcher die Parteivertretung ihren Sitz hat. Die Parteivertretung besteht aus 8, die Reichskontrole aus 5 Mitgliedern. Die Mitglieder der Reichskontrole haben an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen."

Diese beiden Anträge werden nicht genügend unterstützt.

Vorsitzender: Es sind 72 Redner zu diesem Punkte der Tagesordnung zum Worte gemeldet, von denen bisher erst 12 gesprochen haben.

Nach einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte wird ein Antrag des Gen. Seliger angenommen, daß von jeder Kreisorganisation noch 2 Redner das Wort erhalten.

Die Sitzung wird hierauf um 12 Mittags unterbrochen.

Nachmittagssitzung.

Der Vorsitzende Gen. Popp eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 15 Minuten.

Es werden die eingelaufenen Begrüßungsschreiben und Telegramme verlesen und sodann zur Tagesordnung übergegangen.

Gen. Eldersch (Brünn): Am besten wäre es, alle Anträge einer Kommission zu überweisen, welche hierüber am nächsten Parteitage Bericht zu erstatten hätte. Wir wären nämlich froh, wenn das, was bis jetzt beschlossen ist, in der Provinz durchgeführt wäre; nicht als ob es an Verständniß fehlte — unsere Organisation ist nicht so schwierig, daß sie nicht verstanden werden könnte — aber die Verhältnisse in der Provinz sind es, welche die Durchführung sehr erschweren.

Gegen den Antrag, daß jeder Genosse verpflichtet sein soll, einer Fachorganisation anzugehören, wäre nichts einzuwenden. Es wäre aber sehr zu wünschen, daß sich auch die Gewerkschaften bemühen, die politische Partei etwas mehr, ja viel mehr zu unterstützen, als bisher. Es mag ja in dieser Beziehung in Wien besser stehen, in der Provinz sieht es miserabel aus. Der Antrag in Bezug auf die Einnahmen der Kreisorganisationen ist annehmbar. Aber man sollte auch beschließen, daß die Bezirksorganisationen verpflichtet sind, an die Kreisorganisationen Beiträge abzuliefern. Ein sehr wichtiger Punkt ist die Zusammensetzung der Parteivertretung. Sehr wesentlich ist der Vorschlag, daß das Parteisekretariat finanziell von der „Arbeiter-Zeitung" unabhängig gestellt werden soll. Natürlich müßten dann auch die entsprechenden Mittel von der Partei selbst aufgebracht werden. Bezüglich der Zusammensetzung der Parteivertretung unterstütze ich den Antrag Rieger, welcher dahingeht, daß zum mindesten die Kontrole von der Reichskontrole, die bis jetzt bestanden hat, geschieden werde. Eine Kontrole, die nur Stichproben machen kann, genügt nicht. Ich hätte auch gewünscht, daß die Kontrole der politischen Haltung der Parteivertretung jenen Genossen überlassen wird, welche sich am Sitze der Parteivertretung befinden.

Gegen den Antrag der Parteivertretung, alljährlich einen Parteitag abzuhalten, muß ich mich mit Rücksicht auf die Kosten aussprechen. Uebrigens wird über das wohl der nächste Parteitag entscheiden.

Bezüglich der Ausführungen über die Frauenbewegung möchte ich bemerken: Wenn die Genossin Popp ein spezielles Mittel weiß, wie die Frauen zu organisiren sind, so werden wir ihr dankbar sein. Ich glaube, es ist kein Fehler, wenn die Frauenorganisationen, die nicht im Stande sind, selbstständig etwas zu leisten, sich mit Brudervereinen verbinden, damit ihnen die Möglichkeit geboten wird, dort etwas zu lernen.

Gen. Lukasik (Reichenberg) glaubt, daß die Organisation nur dann ausgebaut und gekräftigt werden kann, wenn mehr Leute als bisher unabhängig gestellt werden. Für jene Genossen, die in den Fabriken stehen müssen, sei es außerordentlich schwer, in der Organisation zu sein. Er bemerkt weiter, daß in seiner Gegend die sogenannten Unabhängigen sich bemerkbar machen. Man sollte den Leuten energisch entgegentreten. Nicht einmal die Klerikalen oder die Kapitalisten treten so unverschämt gegen die Sozialdemokratie auf wie sie.

Gen. Hanich (Steinschönau) wendet sich gegen die Bemerkung des Referenten, daß in seinem Kreise die gewerkschaftlichen Organisationen total darniederliegen. Bei uns ist die gewerkschaftliche Organisation verhältnißmäßig gut und die Bewegung befindet sich in aufsteigender Linie. Die Zahl der Glasarbeiter beträgt etwa 5000 und sind hievon 1400 in der Organisation. Wir stehen auf dem Standpunkte, daß die gewerkschaftliche Bewegung so viel als möglich unterstützt werden soll, ohne daß jedoch die politische Bewegung vernachlässigt werden darf. Aus den Ziffern über die Beiträge der Kreisorganisationen geht hervor, daß die heutige Organisationsform mindestens nicht schlechter ist, als die alte. Wir werden, obzwar das Blocksystem bei uns nicht besonders durchgeführt ist, es doch dahin bringen, daß die Beiträge von Jahr zu Jahr sich erhöhen.

Der Vorsitzende verliest folgenden Dringlichkeitsantrag des Gen. Dr. Ingwer: Die am Parteitag anwesenden Delegirten von Wien und Niederösterreich stellen den Dringlichkeitsantrag,

„Daß der am Vormittag auf Antrag des Gen. Ellenbogen gefaßte Beschluß, dahingehend, daß die Vertreter der Industriegruppen und der Gewerkschaftskommission das Wort nicht erhalten, aufgehoben werde."

Gen. Dr. Ellenbogen erklärt, daß nicht er einen solchen Antrag in der Vormittagssitzung eingebracht habe. Es sei ihm nicht eingefallen, die Vertreter der Gewerkschaftskommission auszuschließen.

Der Antrag wird angenommen.

Gen. Palka (Wiener-Neustadt) spricht sein Bedauern darüber aus, daß der Wiener Landesausschuß nicht auch Genossinnen mit Mandaten zum Parteitage betraut habe. In manchen Orten nehmen die Vereine so sehr überhand, daß man da einen Damm entgegensetzen sollte. In Städten, wo nur 3—4000 Arbeiter sind, gibt es oft 10—12 Ortsgruppen. In jedem Vereine sind höchstens 50 Mitglieder. Die sind nicht einmal im Stande, einen halbwegs fähigen Vereinsausschuß aufzubringen, und sind oft darunter nicht Viele, welche im vollen Sinne des Wortes Sozialdemokraten sind. Es würde sich daher empfehlen, daß auch die Gewerkschaften mit gemischten Branchen kultivirt werden. Wir haben in Wiener-Neustadt die Erfahrung gemacht, daß ohne den Konsumverein die Bewegung ganz lahmgelegt wäre. Wir sind nur zwei Genossen, die für die Arbeiterbewegung eintreten, ich und ein Genosse vom Konsumverein. Wir haben es unter Anderem durchgesetzt, daß die Lokomotivfabriksgesellschaft sich genöthigt gesehen hat, zu erklären, daß sie den 1. Mai freigibt. In Folge dessen feiern auch alle übrigen kleinen Fabriken. Daß die Bewegung in der Provinz so langsam vorwärts geht, liegt in dem Mangel an unabhängigen Kräften, welche für die Sache wirken könnten. Darum bin ich daß die Gründung von Konsumvereinen. Ich bedauere, daß der Parteitag noch vor dem Zustandekommen der Wahlreform tagt. Wenn die Wahlreform Gesetz wäre, wäre vielleicht das Organisationsstatut in dem Sinne abzuändern, für die Wahlkreise für sich Organisationskreise bilden, und dann die Vereine in diesen Wahlkreisen Konsumgenossenschaften bilden, so daß in jedem Wahlkreise einer oder zwei Genossen unabhängig gemacht würden. Es gibt viele Genossen, welche fähig wären, agitatorisch zu wirken; sie getrauen sich aber

nicht, weil sie fürchten müssen, ihre Existenz zu verlieren. Ich empfehle also den von mir gestellten Antrag zur Annahme.

Gen. Trenka (Troppau) überreicht folgenden genügend unterstützten Antrag:

„Der fünfte Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschließt, im gegenwärtig bestehenden Organisationsstatut keine wesentlichen Aenderungen vorzunehmen und beauftragt gleichzeitig die neugewählte Parteivertretung den heute gestellten Anträgen in Bezug auf Abänderung des Organisationsentwurfes Rechnung zu tragen, insofern, daß bei demnächst stattfindendem Parteitage ein unseren politischen Verhältnissen Rechnung tragender Entwurf zur Beschlußfassung vorzulegen ist. — Den Genossen wird zur Pflicht gemacht, an den gründlichen Ausbau der Gewerkschaften zu schreiten."

Gen. Krapka (Brünn) stellt folgenden genügend unterstützten Antrag:

„Der Parteitag verwirft den Antrag Wien XVII, die Frauen betreffend, da der Antrag mit den sozialdemokratischen Prinzipien im Widerspruche steht."

Er führt aus, daß am Hainfelder Parteitage von der Frau noch nicht die Rede war, ebenso auch nicht im Jahre 1890. Aber schon im Jahre 1892 wurde beschlossen, daß in Bezug auf politische Rechte kein Unterschied zwischen Männern und Frauen gemacht werde, und der Parteitag vom Jahre 1894 nahm neuerdings eine ähnliche Resolution an. Es kann also nach sozialdemokratischen Prinzipien ein Unterschied im Rechte zwischen Mann und Frau nicht gemacht werden. Bebel's „Die Frau und der Sozialismus" war eines der ersten Bücher, das die czechische Organisation in böhmischer Uebersetzung herausgab, und jetzt kommen so rückständige Genossen aus Wien. Redner hätte gewünscht, daß die Wiener Genossen am Streik von Mährisch-Ostrau gegenwärtig gewesen wären, sie wären dann anderer Meinung.

Was die Konsumvereine anbelangt, bekennt sich wohl Redner nicht als Freund derselben, meint aber, daß wer sich als Spießer in der Frauenfrage kennzeichnet, in der Frage der Konsumvereine Andere nicht Spießer nennen dürfe. Zum Schluß spricht er sich für den Antrag der czechoslovenischen Organisation, betreffend die Parteivertretung aus.

Gen. Roscher (Reichenberg): Eine weitere Zersplitterung der Organisation wäre kein Fortschritt, sondern würde uns das Zusammengehen in den großen Hauptfragen vollständig unmöglich machen Es wird damit unausbleiblich ein Partei-Bureaukratismus großgezogen. Wir haben auch zu wenig Agitatoren. Die meisten, die zu Agitatoren geworden sind, haben jahrelang geglaubt, die Parteithätigkeit bestehe eigentlich darin, in Versammlungen zu gehen, zu reden und wieder nach Hause zu fahren. (Sehr gut!) Nein, wir haben eine höhere Aufgabe: Die am wenigsten reden, haben dieselbe oft am besten erfüllt, und es ist zu bedauern, daß nicht mehr praktisch gearbeitet wird. Man sagt: wir brauchen mehr Mittel. Aber es sind in der letzten Zeit mehr Mittel für die Parteibestrebungen eingelaufen als früher. Wo die Massen mit der Fachbewegung gefaßt worden sind, wurde auch eine entsprechende Grundlage geschaffen. Was verstehen denn eigentlich die Genossen, die uns hier schon so sehr belehrt haben, unter Parteithätigkeit? Verstehen Sie darunter immer nur, daß man Volksversammlungen abhält? Ist denn die Arbeit auf gewerkschaftlichem Gebiete keine Arbeit? Es ist von Bildungsvereinen, von gewerkschaftlichen Vereinen, Frauenvereinen 2c. gesprochen. Ich glaube, wir sollen darüber klar sein, daß wir nur zwei Richtungen haben: eine politische und eine gewerkschaftliche. Die politischen Vereine können wir sozialdemokratische nennen. Wir können aber nicht sagen sozialdemokratische Gewerkschaften, obwohl auch in diesen allerdings zumeist überzeugte Genossen bereits sitzen. Die Bildungsvereine sind überlebt, und wir müssen darnach trachten, große Gewerkschaften zu bilden.

Ueber die Frauenfrage sind wir uns in Böhmen vollständig klar. Wir

wissen, daß die Frau in die gemeinsame Organisation gehört. Es stehen auch wirklich bei uns viele Frauen in der Bewegung, und es mehren sich auch die Frauen in der Gewerkschaft.

Was die Konsumvereine betrifft, so meine ich, die bringen wir nimmer weg. Aber deswegen dürften wir noch keinen Beschluß fassen, es seien die Konsumvereine anzunehmen. Wir wissen, daß wir in Oesterreich wie in Deutschland noch keinen Konsumverein gehabt haben, der unseren Prinzipien entsprochen hätte. Wir mögen die Gründung von Konsumvereinen der Entwicklung überlassen. Ich stehe vollständig auf dem Standpunkte des Referenten. Ich mache aufmerksam auf unseren Antrag unter Nr. 12, welcher verlangt, daß man für die Textilarbeiter das möglichste thue. Die Textilindustriellen Oesterreichs sind der einflußreichste Theil der österreichischen Bourgeoisie. Wir haben die Handelskammern Reichenberg und Brünn, die mächtige Faktoren sind und die ruppigsten Industriellen in Oesterreich. Die Reichenberger sind bekannt als „Hüter der Bildung", Sie werden wissen, was diese Handelskammer bezüglich der Aenderung des Gewerbegesetzes für eine Stellung eingenommen hat, daß wir 900 ausgesperrte Textilarbeiter wegen der Maifeier gehabt haben, und daß diese Herren eigene Maßregelungsbeschlüsse fassen. Da müssen wir die größeren Massen dafür interessiren. Ich empfehle Ihnen daher unseren Antrag zur Annahme. Sie geben hiedurch den Leuten einen moralischen Halt. Die Wiener Genossen und insbesondere auch die Parteivertretung haben bezüglich der Gewerkschaftsorganisation ihr möglichstes gethan. Wo etwas zu finden war, die Leute zu organisiren, ist man daran geschritten. Bei uns in Nordböhmen ist das leider nicht in demselben Maße der Fall.

Gen. Dr. Ingwer (Amstetten) spricht sich gegen die alljährliche Abhaltung des Parteitages aus. Mit dem Antrage des Referenten, daß bezüglich der Einnahmen die zukünftige Parteivertretung die nöthigen Schritte zu unternehmen habe, ist Redner einverstanden, meint aber, daß nichtsdestoweniger der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung bezüglich der Partei-Einnahmen anzunehmen sei. Es muß festgestellt werden, daß die Kreisorganisationen verpflichtet sind, an den Parteitag Gelder auszuliefern, und daß dies innerhalb einer bestimmten Zeit zu geschehen habe. Die gegenwärtigen Bestimmungen in dem Organisationsstatut sind durchaus zu unbestimmt. Ich weiß, daß Sie in der Provinz nicht so viel abliefern können, wie wir in Niederösterreich, bin aber überzeugt, wenn es vom Parteitage zur Pflicht gemacht wird, wird es in einem höheren Maße als bis jetzt geschehen. Ich bin nicht dafür, daß die Parteivertretung so zusammengesetzt wird wie bisher. Es ist nothwendig, daß wir zu dem Zustande zurückkehren, welcher vor dem letzten Parteitage gewesen ist, daß wir nämlich wieder Reichskonferenzen abhalten und bin überzeugt, daß das die Partei mehr fördern wird. Gen. Renmann sagte, wir sollen bei dem jetzigen Zustand bleiben, weil dadurch der innige Kontakt mit der Provinz erhalten bleibe. Das geschieht aber besser durch Reichskonferenzen.

Die Angriffe, welche gegen den niederösterreichischen Landesausschuß wegen der Frauen gerichtet wurden, sind unberechtigt. Und wenn in dem Protestschreiben erklärt wird, wir hätten das nicht ablehnen sollen, so kann ich erwidern, daß wir in Wien Geld für den Parteitag gesammelt und dasselbe an die Parteivertretung gegeben haben, und deshalb haben wir die Genossinnen an die Parteivertretung gewiesen. Wir haben 100 fl. zum Parteitage beigetragen und damit Genüge geleistet.

Es ist ein Vorurtheil, wenn die Genossen über die Konsumvereine direkt den Stab brechen. Als in Deutschland die Konsumvereine aufgetaucht sind, wurde gesagt: „Das ist eine Rückkehr zu den alten Irrthümern." Es hat aber Eduard Bernstein, neben Karl Kautsky der größte Gelehrte auf sozialwissen-

schaftlichem Gebiet, gesagt: „Das ist nicht die Rückkehr zu den alten Irrthümern, sondern das ist der Abfall von den alten Irrthümern.“ Ich bin kein Anhänger der Konsumvereine, und halte sie nicht für den Schlüssel zur Lösung der sozialen Frage. Ich bin aber wohl der Meinung, daß die Konsumvereine Organisationen werden können, wie jede andere Organisation und daß sie in den Händen des Proletariats zum Kampfmittel werden können; daß es aber nicht angeht, allgemeine Behauptungen aufzustellen. Wir haben die Erfahrung, daß sich die Konsumvereine in großen Städten nicht bewähren. In England gedeihen die Konsumvereine aber in kleinen Städten. Sie bewähren sich aber auch schon in manchen Provinzorten von Oesterreich, dort, wo viele Lohnarbeiter leben, wo der Handel noch nicht jene Dimensionen erreicht hat, wie in großen Städten. In kleinen Orten sind die Konsumvereine von Werth und Bedeutung, sie können es wenigstens unter Umständen sein. Ich meine also, der Parteitag lehnt es ab, die Konsumvereine den Parteigenossen zu empfehlen, überläßt es aber dem Gutdünken der Genossen in den einzelnen Orten nach Prüfung der Verhältnisse dazu Stellung zu nehmen. (Gen. Dr. Adler: Mit aller Vorsicht!) Da Dr. Adler heute einen Antrag eingebracht hat, der sich fast wörtlich mit meinem Antrage deckt, so habe ich nichts dagegen, daß die Worte „mit aller Vorsicht“ in meinem Antrag aufgenommen werden. Entschieden muß ich mich aber gegen den Antrag Feigl aussprechen. Die Ansicht des Gen. Feigl ist überhaupt auf meinem Mist gewachsen. (Heiterkeit.) Ich war noch vorige Woche dieser Meinung, habe jedoch durch genaue Prüfung der Verhältnisse, insbesondere der Arbeit von Knittl, die erst in den letzten Tagen in meine Hände gelangte, entnommen, daß es unklug wäre, wenn ich dafür eintreten würde, daß auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages der Punkt „Konsumvereine“ gesetzt würde. Ich bitte, den Antrag Feigl abzulehnen und meinen Antrag anzunehmen.

Vorsitzender: Es sind folgende Anträge eingebracht worden, durch welche der Antrag Gerin (Punkt 15) und der Antrag der böhmischen Genossen entfallen. Diese beiden Anträge werden sohin zurückgezogen.

„1. In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlung zu vermitteln. (Antrag Gerin.)

2. Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivkomités der deutschen, czechischen und polnischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.“

Dr. Adler, Steiner, Nemec, Smetana, Daszynski, Zavertnik, Vaněk, Reger, Fränkel, Gerin, Resel, Rieger, Zeller, Popp, Schrammel, Ellenbogen.

Gen. Smetana (Wien): Ich bin für die Anträge der österreichischen Kreisvertretungen 1—4. Die übrigen muß ich für unannehmbar erklären. Wenn der Antrag, alljährlich einen Parteitag abzuhalten, angenommen wird, und wenn nebstbei auch Reichskonferenzen abgehalten werden; wenn ferner auch die böhmischen und polnischen Parteigenossen ihre Parteitage abhalten, so kommen wir aus lauter Delegationen nicht heraus. Ich halte es daher für überflüssig, Reichskonferenzen abzuhalten, da ja in der Parteileitung auch Genossen aus der Provinz sind. In sieben Wochen haben wir einen czechischen Parteitag; wir haben also eigentlich zwei Parteitage, und ich glaube, es könnte gesagt werden, daß alle Genossen in Oesterreich einen Reichsparteitag bilden. (Zustimmung.)

Redner wendet sich sodann gegen das am Sonntag vertheilte Flugblatt,

ausgehend von der Union der keramischen Fächer, das durchaus unrichtige Behauptungen enthalte.

Der Vorsitzende theilt mit, daß der Antrag Ingwer und Seliger zurückgezogen ist.

Gen. Nitsche (Graz): Es ist sehr leicht, der Parteivertretung einen Vorwurf zu machen, wenn irgendwo Etwas fehlt. Man sollte vielmehr trachten, die wirklichen Ursachen herauszufinden. Es ist richtig, daß der Kontakt in den Provinzen nicht ein solcher ist, wie er sein sollte. Wenn die Parteivertretung dem Antrage, daß die Organisation dahin abgeändert werde, daß die neuen Wahlkreise selbständige Organisationen bilden sollen, mit der Motivirung entgegentritt, daß die Wahlreform wahrscheinlich wieder bald geändert werden wird, so ist dies nur zu begrüßen. Denn es würde diese neue Organisation auch nur ein Provisorium bilden. Gen. Dolejši hat sich darüber beklagt, daß für den wirthschaftlichen Kampf nicht so eingetreten werde, wie es sein sollte. Da ist nun von verschiedenen Seiten der Zwischenruf gefallen: „Streik!" Wenn Sie glauben, daß die Thätigkeit der Partei in wirthschaftlicher Beziehung dahin gerichtet sein soll, Streiks hervorzurufen, dann bedauere ich das. Hat doch Gen. Reumann sehr richtig gesagt: „Jeder Streik ist für uns ein Unglück" und da wurde ebenfalls von vielen Seiten „Sehr richtig!" zugerufen.

Es ist mir aufgefallen, daß die „Arbeiter-Zeitung" in einer Reihe von Nummern — es war Ende 1894, als die gewerkschaftliche Bewegung immer höhere Wogen schlug — eine gewisse pessimistische Auffassung zeigte. Nun ist plötzlich ein Ausweis von einer New-Yorker Buchdruckerorganisation erschienen und da wurde der Nutzen und die Bedeutung der gewerkschaftlichen Organisation ganz überschwänglich dargestellt. Ich möchte wünschen, daß auch in dieser Richtung eine größere Konsequenz Platz greife. Gen. Adler hat gesagt: „Die Gewerkschaften und die Partei sind ein Leib und eine Seele." Ich stimme dem zu, aber der Geist hat dafür zu sorgen, daß es dem Körper gut gehe. Und wenn die Parteileitung das geistige Haupt ist, so hat sie dafür zu sorgen, daß es dem Körper wohlergehe. Schließlich möchte ich den Antrag Preußler zur Annahme empfehlen.

Vorsitzender: Es ist ein weiterer Antrag eingebracht worden, welcher lautet:

„Bei Anstellung von Parteibeamten, sowie bei Gehaltsregulirung derselben hat die Parteileitung der Wiener Lokalorganisation diesbezügliche Vorschläge zu machen, worüber die Wiener Lokalorganisation endgiltig entscheidet."

Der Antrag ist genügend unterstützt.

Gen. Seliger (Teplitz): Ich erkläre, daß ich nicht beantragt habe, daß die Vertreter der Gewerkschaftsblätter von der Diskussion ausgeschlossen sein sollen. Es liegt eine Anzahl von Anträgen vor, wie die Parteigenossen in Wien angestellt werden sollen. Ich würde dem Parteitag empfehlen, um zu zeigen, daß er auf derartigen Unsinn nicht eingeht, alle diese Anträge abzulehnen und es bei den jetzigen Bestimmungen zu belassen.

Wir in Teplitz dürften den größten Konsumverein haben, der sich in Arbeiterhänden befindet. Ich kann es aber nicht befürworten, daß sich der Parteitag bezüglich der Konsumvereine dahin ausspricht, daß die Genossen zur Gründung solcher Vereine anzuspornen sind. Täuschen wir uns darüber nicht. Die Konsumvereine können keineswegs dazu dienen, unsere materielle Lage zu verbessern und ebensowenig dazu, Genossen, wenn sie gemaßregelt werden, Unterkunft zu verschaffen. Es werden sich da viele hinsetzen lassen und dann einfach nicht mehr agitiren, weil sie entweder nicht können oder nicht wollen. Sie können nicht sagen, wir gründen einen Konsumverein im Parteiinteresse. Denn die

Leute, die in den Konsumverein gehen, sind nicht lauter Genossen, und wenn Sie den Leuten sagen, Ihr müßt von Euren Dividenden etwas an die Partei zahlen, so würden Sie aus den Generalversammlungen mit blutigen Köpfen heimkommen. Wir haben unseren Konsumverein in unseren Händen. Aber wir mußten in der Generalversammlung mit den Leuten kämpfen, daß sie nur die Inserate in der Zeitung bezahlten. Nur dort, wo die Partei sich auch einen Einfluß auf die Konsumvereine erringen kann, können diese etwas nützen. (Sehr richtig!)

Gen. Kratky (Ovčar): Unter den vielen Anträgen, die dem Parteitage vorliegen, befindet sich keiner, welcher auf das Zusammenwirken der politischen und gewerkschaftlichen Organisationen abzielt. Gestern wurde gesagt, daß, wo keine politische Organisation besteht, auch keine Fachorganisation gegründet werden kann. Das Gegentheil beweist England.

In der Frauenfrage theile ich die Ansicht des Gen. Krapka, daß den Frauen ein Unrecht geschehen ist, wenn ihnen keine Vertretung gegeben wurde.

Redner erklärt schließlich, es sei nöthig, auch mit der Zeit die landwirthschaftlichen Arbeiter in die Organisation einzubeziehen.

Gen. Dobiasch (Aussig): Wenn gesagt wird, daß in Bezug auf die gewerkschaftliche Organisation mehr gethan wird, als für die politische, so hat dies seinen Grund darin, daß die gewerkschaftliche Kommission die Summen ausweist, die aus der Provinz nach Wien gehen. Wenn sie aber auch das ausweisen würde, was wieder in die anderen Provinzen hinausgeht und was ihr rein bleibt, dann würde die Sache ganz anders erscheinen. Bezüglich der Parteibeiträge erscheint aber nur das ausgewiesen, was rein eingeht.

In Bezug auf die Konsumgenossenschaften sollten wir uns auf den Standpunkt stellen: Religion und Konsumgenossenschaften sind Privatsache.

Gen. Roušar (Prag) kann dem Antrage der niederösterreichischen Kreisorganisation betreffs der Zugehörigkeit zur Partei nicht zustimmen, weil wir uns in einem Uebergangsstadium befinden. Es werden zwar in der Gewerkschaftsorganisation den Genossen größere Opfer auferlegt, als in der politischen Organisation, aber die gewerkschaftliche Organisation bietet den Genossen viel mehr z. B. Unterstützung im Falle der Beschäftigungslosigkeit, Rechtsschutz u. s. w. Redner wird daher für den Antrag Hueber stimmen. Es ist nicht möglich, heute eine Gewerkschaftsorganisation für das czechoslavische Gebiet zu gründen, es wäre jedoch vielleicht zweckmäßig, wenn innerhalb der gewerkschaftlichen Organisation eine besondere Abtheilung für die czechoslavischen Genossen gebildet würde.

Redner wendet sich schließlich mit aller Entschiedenheit gegen den Antrag der Organisation Wien XVIII, betreffend den 1. Mai.

Gen. Schuhmeier (Wien): Die Kreisorganisationen sollten mehr gepflegt werden, als dies heute der Fall ist. Von einer Aufhebung der Kreisorganisation in Oesterreich kann heute nicht die Rede sein. Die Kreisorganisation muß in Hinkunft verpflichtet werden, mit der Reichsparteivertretung in Fühlung zu treten, damit die Agitationen, die von der Parteileitung für das ganze Reich ausgehen, sich einheitlicher gestalten, als dies heute der Fall ist. Wir haben uns auch mit der Aufbringung der Geldmittel zu beschäftigen, mit dem gegenwärtigen Blocksystem kommen wir nicht weiter. Wir müssen von jedem Parteigenossen verlangen, daß er ungerufen eine Parteisteuer leistet. Das wird Aufgabe der neuen Parteivertretung sein.

Gen. Dr. Ingwer hat gemeint, daß ich über einige Frauen in Wien den Stab gebrochen hätte. Ich weiß, welche von den Frauen in Wien arbeiten, ich weiß aber auch, bei wem das nicht der Fall ist. Diese habe ich angegriffen, diese werde ich auch ferner bekämpfen, diese Frauen, welche von der Organisation viel reden, aber sich um dieselbe nicht kümmern.

Es ist die Idee einer Reichsparteivertretung aufgetaucht, wo die Nationen

berücksichtigt werden. Ein solcher Antrag war nothwendig. Es wurde ja das Gerücht kolportirt, daß die Czechen diesmal keinen Vertreter in die Parteivertretung entsenden wollen. (Lebhafte Rufe seitens der czechischen Delegirten: Das ist nicht wahr! Nicht richtig!) Dann freue ich mich, wenn das nicht der Fall ist.

Gen. Schäfer (Aich) begrüßt es, daß von dem Referenten für die Förderung der Gewerkschaften eingetreten wurde. Wenn wir aber die gewerkschaftliche Organisation für wichtig halten, dann müssen sich alle Genossen dafür einsetzen, sie auszubauen. Ueber die Konsumgenossenschaften will ich vom gewerkschaftlichen Standpunkte mir eine Bemerkung erlauben. In einer Broschüre ist nämlich darauf hingewiesen, daß die Gewerkschaften durch Gründung von Produktivgenossenschaften viel gewinnen werden dadurch, daß die Dividenden an die Gewerkschaften kommen. Ich glaube, daß jene Mitglieder, welche wir auf dem Wege der Konsumgenossenschaften in die Gewerkschaft einführen, nicht viel werth sind. Vom gewerkschaftlichen Standpunkte aus muß ich mich gegen die Konsumgenossenschaften aussprechen. Genossin Popp hat die Genossen, allerdings nur die Wiener Genossen, heruntergekanzelt, denn die Provinzgenossen würden es gewiß nicht verdienen. Wenn wir aber in dem Antrage der Genossin Popp den Genossinnen das Recht zugestehen, selbstständige politische Organisationen zu bilden, so werden sie auch davon Gebrauch machen. Wie aber diese Frauenorganisationen aussehen können, davon könnte ich Ihnen Einiges berichten. Ich bin deshalb gegen diesen Antrag

Gen. Resel (Graz): Zwei Konferenzen haben sich bereits mit der Frage der Konsumgenossenschaften befaßt und sind zu der Entscheidung gekommen, daß die Gründung derselben nicht an allen Orten empfohlen werden kann, auch deswegen nicht, weil an mehreren Orten die Parteibewegung und auch die Gewerkschaftsbewegung durch die Konsumvereine zu Grunde gerichtet wurde. Die politischen und gewerkschaftlichen Organisationen harmoniren nicht so, wie es sein sollte, die Gewerkschaften fühlen sich vernachlässigt, die Partei fühlt sich wieder in ihren Einnahmen durch die Gewerkschaften geschädigt. Es entspringt dieses gespannte Verhältniß dem Umstande, daß wir durch das absurde Vereinsgesetz gezwungen sind, die wirthschaftliche Bewegung und die politische Bewegung separat zu behandeln, und daß ebenso in der gewerkschaftlichen wie in der politischen Bewegung die nothwendigen Arbeitskräfte fehlen; in der Regel hindert die eine die andere.

Ich bin kein Gegner des Antrages Popp, nur sollte er eine andere Form haben. Das Organisationsstatut entspricht den thatsächlichen Verhältnissen nicht. Bei uns hat beispielsweise die Lokalorganisation, in Wien dagegen die Bezirksorganisation zu delegiren. In dieser Beziehung muß das Statut abgeändert werden.

Ich bin mit dem Antrage Preußler im Prinzip vollkommen einverstanden, weil ich es für die Bewegung weitaus wichtiger halte, wenn manche große Branchen vertreten werden, als wenn irgend eine kleine Lokalorganisation, wo sich drei Genossen zusammensetzen und für die Bewegung nichts machen, Delegirte schickt. Die Zusammensetzung der Parteivertretung ist mir vollkommen gleichgiltig; es müssen nur vernünftige Leute hineingewählt werden. Es liegen weitere Anträge vor über das Recht, Kandidaten aufzustellen. Ich glaube, daß der Parteitag verpflichtet ist, hier bindende Beschlüsse zu fassen, um das Gigerlthum von der Partei fernzuhalten. Es glauben manche Genossen, wenn Einer mit einer Brille kommt und damit prunkt, daß er 8 Jahre Gymnasium studirt hat, daß jetzt der Gott vom Himmel gekommen ist. (Lebhafte Heiterkeit.) Es ist in der Resolution Adler von dem Zusammentreten der Genossen der Wahlkreise gesprochen. Es muß aber im Organisationsstatut genau gesagt

werden, daß diese Organisation in den Wahlkreisen lediglich eine ausführende und keine berathende Stellung habe. Es liegt auch der Antrag vor, daß der Kandidat sich zum Parteiprogramm bekennen soll. Das allein genügt nicht, sondern vor Allem muß er das Parteiprogramm kennen. Ich bin für folgende Bestimmung: „Die Kandidaten haben Wahlbezirke im Einvernehmen mit den Kreisvertretungen aufzustellen, und wenn die beiden nicht einig werden, haben sie als oberste Instanz die Parteivertretung anzurufen."

Redner stellt folgenden Antrag zur Geschäftsordnung:

„Am Schlusse der Debatte vor dem Schlußworte des Referenten ist eine neungliedrige Kommission zu wählen, welche alle Anträge im Vereine mit dem Referenten nach Zweckmäßigkeit entweder in das Organisationsstatut eingefügt oder zur separaten Annahme oder Ablehnung empfiehlt. Bis zum Kommissionsberichte ist der nächste Punkt der Tagesordnung in Verhandlung zu nehmen."

Ich gebe wohl zu, daß Gen. Reumann ein sehr gescheidter und praktischer Mann ist, aber es geht nicht an, 43 Anträge dem Referenten allein zur Begutachtung zu überlassen.

Der Antrag Resel wird angenommen.

Gen. Hueber (Wien): Die Gewerkschaftskommission hat den Genossen Smitka und mich zu diesem Parteitag delegirt, um insbesondere zu diesem Punkte „Organisation" Stellung zu nehmen, weil angesichts, der vorliegenden Wahlreform, wichtige Beschlüsse werden gefaßt werden. Die Gewerkschaftskommission muß genau informirt sein, um mit den Genossen Hand in Hand zu gehen. Ich muß sagen, ich weiß nicht, was der Parteitag will. Selbst das Referat des Gen. Reumann ließ mich im Unklaren. Gen. Dr. Adler hat erklärt, es sei eine Nothorganisation nothwendig, daß aber der Entwurf dem Parteitage hätte bereits vorgelegt werden sollen. Wir haben aber nur das alte Statut, über die Nothorganisationen liegt nichts vor. Die Genossen wollen wissen, wie sie vom Standpunkte der Gewerkschaft eingreifen sollen. Gen. Reumann hat gesagt, ihm sei es gleichgiltig, wie organisirt werde, wenn nur überhaupt organisirt wird. Diesen Standpunkt haben wir in Oesterreich bisher eingehalten. Heute aber muß sowohl die gewerkschaftliche Organisation sich darüber klar sein, welche Form für sie die beste ist, und ebenso muß es auch die politische Organisation. Unsere Meinung ist die, daß die nöthigen Mittel für die politische Partei zu verschaffen nur auf Grund der zweiten Form der Organisation möglich ist. Unsere Resolution auf dem Gewerkschaftskongreß hat dies zum Ausdruck gebracht, und wir sind an den Parteitag herangetreten, damit er das sanktionirt. Wir wollen den offiziellen Stempel vom Parteitag selbst haben, weil dies für uns sehr wichtig ist. In dem einen Bezirk sagt man, daß diese Organisationsform gut ist, in einem anderen lehnt man sich dagegen auf. Es ist vollkommen richtig, was der Gen. Rieger gesagt hat, daß heute alle Mittel der Gewerkschaftskommission zufließen, und daß darunter die Partei finanziell leide. Hätten die Genossen dafür gesorgt, daß das Organisationsstatut, das am letzten Parteitag angenommen wurde, auch wirklich durchgeführt wird, dann müßten alle Kreisorganisationen jene Mittel haben, die sie brauchen. Sie haben ihre Organisationen in einer so föderativen Weise handhaben lassen, daß jeder Vertrauensmann thun und treiben darf, was er will, in Bezug auf die materielle Unterstützung. Das ist bei der gewerkschaftlichen Organisation nicht. Wir haben es allerdings leichter, wir haben feste Mittel, während Sie auf freiwillige Sammlungen angewiesen sind. Das wird nur so gehen, daß Sie einmal einen Beschluß durchsetzen, daß die Genossen eine Parteisteuer zu leisten haben. Wenn Sie aber das System weiter behalten, wie es heute besteht, daß Sie das Geld bei den Bezirksorganisationen lassen, dann werden Sie die Arbeiter der Gewerkschaften nicht auf Ihre Seite bekommen. Ich stehe auf dem Standpunkte, daß wir erklären, wir haben eine Organi-

sationsform der industriellen Arbeiterschaft und eine dem entsprechende politische Organisation. Ihr habt die Mittel aufzubringen für die gesammten Organisationen der Gewerkschaften, Ihr habt aber zugleich die Pflicht, als Parteigenossen für die Partei ebenfalls die Mittel aufzubringen, und dies nicht dem Zufalle zu überlassen. Es müssen die Mittel in der Parteivertretung zentralisirt werden, es müssen die Mittel so verwendet werden, daß die Kreisorganisationen, die Bezirksorganisationen je nach ihrer Stärke oder Schwäche Mittel erhalten. Ich meine, es kann nur durch eine Zentralisation der Mittel in der Parteivertretung ein Ausgleich der Kräfte erfolgen, wie dies in der Gewerkschaftsorganisation heute der Fall ist. Unser Grundsatz ist, dem Starken zu nehmen und dem Schwachen zu geben und das muß auch Ihr Grundsatz sein. Da kommen wir auf etwas, was für die Partei in Bezug auf die Nationalitätenfrage Bedeutung hat. Ich begrüße den Antrag, daß die Parteivertretung aus den Vertretern verschiedener Nationalitäten zusammengesetzt sein soll. Wir haben keine Ursache, separate czechische, italienische und polnische Organisationen zu bilden, sondern wir brauchen eine sozialdemokratische Organisation. Heute ist unsere Organisation zerklüftet und zerfetzt und Sie werden darauf kommen, daß eine stramme, zentralistische Organisation unbedingt nothwendig ist. Die Fluktuation der Elemente läßt eine getheilte Organisation nicht zu.

Ich gehe auf die einzelnen Anträge nicht ein, weil ich weiß, daß die Abstimmungsmaschine ihre Pflicht thun wird. Was die Bestrebungen bezüglich des Achtstundentages betrifft, so werden dieselben von der ganzen Arbeiterschaft unterstützt. Das Parlament wird aber die Arbeitszeit nicht um eine Viertelstunde verkürzen, sondern wenn wir eine Verkürzung errungen haben, dann wird sie das Parlament sanktioniren.

Genossin Popp (Niederösterreich): Ich muß mich gegen den Antrag der Wiener Genossen wenden, welche für die Konsumvereine eintreten. Ich glaube, daß diese Konsumvereine für die Organisationen der Arbeiterinnen in Wien von gar keinem Werthe sind, weil die Arbeiterinnen gar nicht Zeit haben, in die Konsumvereine zu gehen, sondern in den nächstliegenden Geschäften einkaufen.

Und nun erlauben Sie mir, daß ich meinen eigenen Antrag begründe. Wir haben wohl im Parteistatut die Bestimmung, daß die Organisationen, in welchen auch weibliche Mitglieder sind, neben männlichen auch weibliche Delegirte entsenden können. Es ist aber nicht ausgesprochen, wer die Kosten der Delegirung zu tragen hat; nun ist es eine nicht zu leugnende Thatsache, daß die Arbeiterinnen-Organisationen zurückblieben. Es ist unter den heutigen Verhältnissen nicht möglich, daß die Arbeiterinnen in den Organisationen denselben Einfluß gewinnen, wie die Genossen. Sie dürfen nicht vergessen, daß in den Bezirken den Arbeiterinnen der weitgehendste Spielraum eingeräumt wurde. Man hat sie in die Ausschüsse gewählt und wenn gesagt wird, man hat damit nicht die besten Erfahrungen gemacht, so ist es ja nicht so unbegreiflich. In Wien sind die Sitzungen gewöhnlich an Wochentagen Abends bis spät in die Nacht oder an Sonntagen Vormittags. Sie werden zugeben müssen, daß damit die Organisation für die Arbeiterinnen sehr erschwert ist, weil die Arbeiterinnen nicht jene Unabhängigkeit besitzen wie die Arbeiter. Die Sitzungen sind meistens in den Gasthäusern und kosten auch Geld. Die verheirateten Genossinnen haben oft unter der Brutalität ihrer Männer zu leiden, wenn sie sich der Organisation widmen. Demnach trachten die Genossinnen, die Sitzungen möglichst in Privatlokalen und zu einer Zeit abzuhalten, wo es möglich ist, die Arbeiterinnen dafür zu gewinnen. Damit rechnen aber die meisten Genossen nicht. Wenn gesagt wurde, man soll keine separatistischen Bestrebungen unterstützen, so bitte ich zu bedenken, daß die Arbeiterinnen in der Parteiorganisation eine Minorität bilden und ich erkläre Ihnen, daß dieser Antrag keinen anderen Zweck verfolgt, als daß die Arbeiterinnen,

wo es sich als nothwendig herausstellt, selbst für die nöthigen Geldmittel aufkommen können. Es geht nicht an, daß die Genossinnen immer wieder an die Genossen herantreten und sich der Gefahr aussetzen müssen, daß die Genossen vielleicht nicht die Nothwendigkeit einer Vertretung anerkennen.

Und nun gestatten Sie mir, einige Worte dem Gen. Schuhmeier zu erwidern. Es ist dies keine bloße Wiener Angelegenheit, weil jene Genossinnen, die da angegriffen wurden, von der Parteivertretung fortwährend im ganzen Reiche auf Agitationen ausgeschickt werden. Gen. Schuhmeier hat erklärt, daß er den Frauen das Recht abstreitet, namens der organisirten Arbeiterinnen zu sprechen und nachträglich war er so liebenswürdig, mich und einige andere davon auszunehmen. Ich erlaube mir demgegenüber zu konstatiren, daß von den Genossinnen, die hier unterschrieben sind, zwei aus der Gewerkschaft der Schneider sind, zwei sind Vorstandsmitglieder vom Verbande der Textilarbeiter, eine ist Mitglied der Posamentirgewerkschaft, eine der Metallarbeiterorganisation und sechs sind aus Bildungsvereinen. Die Bemerkung des Gen. Schuhmeier trifft daher nicht zu. Ich möchte den Gen. Schuhmeier mit dem Unterrichtsminister Gautsch vergleichen. (Rufe: Nur keine Beleidigung!) Auch der Minister stellt an die Frauen, die sich den Studien widmen wollen, hohe Anforderungen. Ferner bemerke ich, daß drei von den Genossinnen, welche diesen Protest unterschrieben haben, in Folge ihrer Agitation mehrere Wochen im Gefängnisse waren. Es sind unter ihnen solche, welche in Folge ihrer Thätigkeit in der Wahlrechtsbewegung gemaßregelt wurden und Monate arbeitslos gewesen sind. Solche Genossinnen darf man nicht in einer Reihe nennen, wenn man von Parteigigerln spricht, denen man das Recht abstreitet, namens der organisirten Arbeiter zu sprechen. Sie dürfen freilich von den Genossinnen nicht verlangen, daß sie fehlerlos sind. Die Genossinnen lernen eben von den Genossen, die sind ihre Vorbilder. (Lebhafte Heiterkeit.) Die Genossinnen lernen das Gute, sie haben aber leider auch die wenig rühmenswerthen Eigenschaften von den Genossen übernommen. Nachdem ich die einzige Genossin hier im Parteitage bin, habe ich mich für verpflichtet gehalten, diesen Angriff zurückzuweisen und zu erklären, daß die unterschriebenen Genossinnen berechtigt sind, namens der organisirten Arbeiterinnen zu sprechen. (Lebhafter Beifall.)

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß ein Antrag auf Schluß der Sitzung und Fortsetzung derselben um $^1/_2$9 Uhr Abends eingebracht wurde. Derselbe wird abgelehnt.

Gen. Zavertnik (Krain): Es sei nicht so leicht, die Organisation wirklich durchzuführen wie Beschlüsse zu fassen. Bei uns in Krain war in den Achtziger-Jahren eine ziemlich gute politische Organisation, durch die Chikanen der Behörden ist sie aber auf Jahre hinaus zurückgeschlagen worden. In dem Moment aber, wo sie angefangen haben, nichtpolitische Organisationen zu gründen, ist die Bewegung wieder vorwärts gekommen.

Redner spricht sich dagegen aus, daß am 1. Mai eine Branche in den Streik kommandirt werden solle.

Gen. Dr. Adler (für Mährisch-Ostrau): Entschuldigen Sie, daß ich die Güte des Delegirten für Mährisch-Ostrau in Anspruch genommen habe, um noch einmal zum Punkte Organisation zu sprechen.

Am wichtigsten von allen Anträgen erscheint mir jener, welcher von allen hier vertretenen nationalen Organisationen in Oesterreich eingebracht wurde und welcher einen weiteren Schritt in dem Ausbau der gesammten Organisation der Sozialdemokratie in Oesterreich bedeutet. Die Arbeit, die wir da zu leisten hatten, war eine ungeheuer schwere. Der Karren ist sehr verfahren, nicht von uns, sondern in Folge des Blödsinns, der Bosheit und der Bedrückung von oben (Zustimmung) und wir Sozialdemokraten sind die Einzigen, denen es möglich

ist, über diese nationalen Unterschiede hinwegzukommen. Wir können nicht, wie ein czechisches Blatt gesagt hat, „den Nationalismus beseitigen", und so dumm sind wir nicht, daß wir das auch nur wollten und daß wir glaubten, die Natur berichtigen zu können. Was wir wollen ist, aus diesem Gewürfel von Nationalitäten ein vernünftiges Ganzes zu machen, indem jeder Nation die freie Entwicklung gewährt ist und nicht die eine die andere beeinträchtigt, sondern alle einander helfen. Dafür gibt es in der Geschichte Oesterreichs kein Beispiel. Wir werden das erste geben und einen bedeutenden Schritt hiezu machen wir mit unserem heutigen Antrage, der von allen Nationen, die hier vertreten sind, unterstützt ist. Gen. Hueber hat Ihnen eine zentralistische Organisation anempfohlen. Damit würden wir nicht die Wirkung erzielen, die er sich verspricht. Solche Dinge sind in der Theorie sehr schön und vielleicht in einem anderen Lande möglich. In der österreichischen Praxis sind sie aber absolut unmöglich und wir sind daher von vorneherein den Weg gegangen, welcher in Oesterreich allein möglich ist: die gemeinsame Vereinbarung über die Taktik und die Selbstständigkeit in der Organisation. Für uns gibt es nur eine volle Autonomie in der politischen Organisation.

Die Gemeinsamkeit des Zieles ist im Hainfelder Programm niedergelegt, welches von allen sozialdemokratischen Parteien in Oesterreich als Grundlage anerkannt worden ist. Die Selbstständigkeit der Organisation liegt so sehr in der Natur unserer Verhältnisse, daß eigentlich niemals ein Zweifel darüber war, daß sie nothwendig ist, die Vereinbarung über die Parteitaktik in jedem einzelnen Momente aber ist das schwierige und das hat wiederholt in früheren Jahren zu Zweifeln geführt, weil nicht die richtige Form dafür gefunden war. Wir haben uns dieser Form immer mehr genähert und wo wir uns bisher von Fall zu Fall vereinbart haben, glauben wir heute so weit zu sein, daß man eine feste Form, eine Regel dafür schaffen kann, in welcher Weise die Aktionen geleitet werden können. Unser österreichischer Kongreß leidet selbstverständlich an allen jenen Schwierigkeiten, an denen internationale Kongresse leiden. Wir verstehen die Czechen nicht und viele von den Czechen uns nicht, und da müssen wir uns mit Uebersetzungen behelfen. Ich frage sie aber, Genossen, haben Sie seit 10 Jahren oder sagen wir, um einen festen Zeitpunkt zu nehmen, haben Sie seit 1. Jänner 1889, als das Hainfelder Programm aufgestellt wurde, in der österreichischen Sozialdemokratie jemals einen Streit ausbrechen sehen, welcher aus nationaler Unduldsamkeit oder nationalem Egoismus hervorgegangen wäre? Niemals. Es ist zu Reibereien gekommen, das gebe ich zu, aber niemals hat bei uns einer den andern unterdrücken wollen. (Zustimmung.) Heute müssen wir einen Schritt weiter gehen. Wir haben in der Organisation die Deutschen, Czechen und Polen. Bei allen diesen ist ein vorgeschrittenes, organisirtes Proletariat. Nun rücken schon die Jungen nach. Es kommen die Südslaven, die sich nach und nach den Pfaffen entwinden. Die Italiener fangen an, zu begreifen, daß es noch eine andere Befreiung als die durch die Irredenta gibt. Es muß also bei Zeiten vorgesorgt werden, nicht dafür, daß ihnen der nöthige Einfluß gewahrt ist, den hätten sie ohnehin, sondern dafür, daß wir die Möglichkeit haben, sie in der entsprechenden Weise in ihrer Entwicklung zu unterstützen. Das ist aber nur möglich, wenn wir mit ihnen Fühlung haben, wenn wir mit ihnen regelmäßig in Verbindung treten. Das ist ebenso unser Bedürfniß wie ihr Bedürfniß, daß sie in der Parteivertretung durch Leute vertreten sind, welche die Verhältnisse kennen, Bericht erstatten und sagen, was nothwendig ist. Es wird also der Antrag Gerin, der nur eine andere Form bekommen hat, auf keinen Widerstand stoßen. Eine besondere Rolle spielen die Polen, die von uns räumlich weiter getrennt sind und ein mehr weniger geschlossenes Sprachgebiet haben. Ich möchte konstatiren,

daß ich es vor zwei Jahren als die wichtigste Aufgabe der österreichischen Arbeiterschaft bezeichnet habe, daß der Wall zwischen der mährischen und galizischen Sozialdemokratie durchbrochen werde und daß dies insbesondere die Krakauer Organisation durch die Förderung der Bewegung in Mährisch-Ostrau zu Stande gebracht hat. (Beifall.) Es genügt aber nicht immer, daß alle Nationen in der Parteivertretung sind, sondern es ist mitunter nothwendig, daß wirklich die Exekutiven aller unserer Bruderparteien zusammentreten und gemeinsame Beschlüsse fassen kann. Das wird durch unsere zwei Anträge ermöglicht. In dem Antrage wird zum ersten Male festgesetzt, was wir bisher nur ausnahmsweise gethan haben, daß Konferenzen einberufen werden. Die Erkenntniß, daß wir das thun müssen, ist alt, aber erst jetzt glauben wir, die Fähigkeit zu haben, das durchzuführen. Wir werden damit dem internationalen Proletariat die geschichtliche Ehre verschaffen, daß es aus diesem heruntergekommenen, versumpften Lande etwas Vernünftiges, etwas Europäisches gemacht hat. Im Anfange wird es schwer gehen, aber wir sind Leute, die zu einander Vertrauen haben, die einander kennen, die miteinander gefochten und gelitten haben und wir werden miteinander zu siegen verstehen. (Beifall.)

Gen. Zednicek (Proßnitz) erklärt sich für Beibehaltung des alten Organisationsstatutes.

Genosse Schönwälder (Mährisch-Schönberg): Die Provinzgenossen sind keineswegs zu wenig von Idealismus beseelt; aber daß die Provinzgenossen nicht besonders für das Beiträge-Abliefern schwärmen, daran sind eben die realen Verhältnisse schuld. Die Buchdrucker sind bei uns bis nun für die politische Organisation nicht zu gewinnen. Mit dem Antrage Nr. 12 der Organisation Reichenberg erkläre ich mich völlig einverstanden und wünsche, daß für jene Masse, welche so weit herabgekommen ist, eine Aktion eingeleitet wird, um sie kampffähiger zu machen.

Genosse Holzhammer (Innsbruck) findet die bestehende Organisation nicht schlecht, bemängelt es aber, daß es hie und da an der entsprechenden Durchführung fehlt. Gegenüber dem Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Parteiangehörigen, meint Redner, daß ein Arzt oder ein Beamter wohl manchmal die Partei unterstützen, aber oft nicht einem Vereine beitreten könne. Gerade die sogenannten Parteigigerln werden übrigens vor dem Eintritt in die Vereine gewiß nicht zurückschrecken. Gegen die Bemerkung Ingwer's, daß die Konsumvereine in kleineren Städten gute Dienste leisten, spreche, daß die Konsumvereine in Tirol langsam eingegangen seien; einer bestehe noch, der aber sehr wenig leiste. Den Antrag, der sich gegen die Vertretung der Frauenorganisation im Parteitage richtet, findet Redner nur zu bedauern. War es nicht der Stolz der österreichischen Parteigenossen, als auch die Frauen am Parteitage erschienen sind? Heute aber finden wir, daß die Frauen nicht die nöthige Unterstützung gefunden haben. (Gen. Feigl: Nicht wahr!) Diesen Mohren kann weder Gen. Feigl noch Gen. Schuhmeier weißwaschen. Zum Schluß spricht sich Redner gegen die alljährliche Einberufung der Parteitage aus.

Gen. Dr. Ellenbogen (für Krain) bespricht den Protest der Tischler von Prag, daß die Gewerkschaften am Kongresse nicht vertreten sind. Dies ist aber nicht unsere Schuld, sagt er, sondern die Schuld der österreichischen Gesetze, nach welchen Gewerkschaften keine politischen Vereine sind. Soweit aber das sachliche Interesse an diesem Proteste liegt, wird ja diesem Wunsche durch den Antrag Preußler Rechnung getragen werden. Redner begründet und vertheidigt sodann seinen Antrag, betreffend die Anstellung von Parteibeamten und meint, daß der Beschluß des letzten Parteitages dem Niveau der Diskussion

in der Lokalorganisation bei diesen Gelegenheiten nur abträglich sei. Es werden in der lokalen Organisation persönliche Debatten geführt und unterscheidet sich in dieser Beziehung die Lokalorganisation sehr nachtheilig von der Plenarversammlung der Wiener Gewerkschaften. Auffallend ist, daß, wenn es sich um Anstellung eines politischen Redakteurs der „Arbeiter-Zeitung" handelt, sich kein Mensch darum schert, wenn aber ein Falzer angestellt wird, dann gibt es in Wien einen Heidenskandal. Die Folge davon ist, daß die blödesten Schwätzereien Platz greifen; es ist im Interesse der Partei gelegen, daß solche unangenehme Erscheinungen auch aus Wien ausgemerzt werden. Ich bitte Sie daher, meinen Antrag anzunehmen und erkläre gleichzeitig, daß ich damit meine, daß die Parteivertretung nicht verpflichtet ist, der Lokalorganisation Bericht zu erstatten und beantrage zugleich, daß der Beschluß des letzten Parteitages, daß die Parteivertretung verpflichtet sei, der Wiener Lokalorganisation Bericht zu erstatten, durch diesen Parteitag aufgehoben werde.

Gen. Vaněk (Pilsen): Ich bin nicht der Ansicht, daß es nöthig sei, zur Zeit wesentliche Aenderungen im Organisationsstatut vorzunehmen, weil die früheren Beschlüsse noch nicht durchgeführt worden sind. Für die Konsumvereine haben wir nicht Leute genug, wir brauchen unsere Leute anderwärts. Die Partei braucht sich mit den Konsumvereinen nicht zu beschäftigen. Bei der Aufstellung von Kandidaten muß die Kreisorganisation selbst wissen, wen sie kandidirt. Was die Zentralisation betrifft, wie dieselbe Gen. Hueber wünscht, so meine ich, können wir unter den gegebenen Verhältnissen nicht dazu schreiten

Gen. Milota (Niemes) ist von der bestehenden Organisationsform befriedigt und meint, daß die Parteigenossen, obwohl sie in materieller Beziehung nicht am besten stehen, doch vieles geleistet haben.

Gen. Fränkel (Lemberg): Uns Polen hat es gefreut, daß die czechischen Genossen angeregt haben, die Leitung der Gesammtpartei auf föderalistischer Grundlage aufzubauen, und ich freue mich, daß dieser Antrag einmüthig acceptirt wurde. Wir können uns zwar bis jetzt über Unterdrückung seitens der deutschen Genossen nicht beklagen. Da sich aber die Partei in den letzten Jahren stark entwickelt hat, und sich voraussichtlich auch in nächster Zeit noch weiter entwickeln wird, so ist es nöthig, daß schon jetzt nationalen Streitigkeiten vorgebeugt und daß die Partei auf einer breiteren Grundlage organisirt wird. Was die Frauenfrage anbelangt, so ist es sehr unangenehm, daß manche Wiener Genossen gegenüber der Frauenbewegung eine philiströse Stellung eingenommen haben. Als wir im Jahre 1892 vernommen haben, daß in Wien und in Böhmen die Arbeiterinnenorganisationen sich konstituirt haben, hat es damals allgemeine Freude in ganz Oesterreich hervorgerufen. In Deutschland hat es Aufsehen erregt, und man konnte sagen, daß die Arbeiterinnenbewegung in Oesterreich eine Wirkung auf Deutschland geübt hat. Ich glaube trotzdem, daß sich der Antrag der Genossin Popp zur Annahme nicht eignet. Wir dürfen nicht beschließen, separate Arbeiterinnenorganisationen in's Leben zu rufen. Wo es nothwendig ist, werden sie von selbst entstehen.

Gen. Trenka (Troppau) spricht sich für die Einführung der Parteisteuer aus. Er wendet sich gegen die Behauptung des Gen. Resel, daß die gewerkschaftliche Bewegung von der politischen getrennt werden soll. Man müsse damit rechnen, daß die gewerkschaftliche Bewegung ohne die politische überhaupt nicht existiren könne.

Gen. Frank (Falkenau): Die Organisirung der Bergarbeiter ist eine sehr schwierige. Nichtsdestoweniger sind die Bergarbeiter speziell in Nordböhmen schon ein gutes Stück vorwärts gekommen. Das ist zum größten Theile dem Falkenauer Bezirkshauptmann und den dortigen Bergwerksbesitzern zu verdanken.

(Heiterkeit.) Ich wünsche jedem Kreise einen Falkenauer Bezirkshauptmann und Bergwerksbesitzer, wie sie dort sind, dann werden alle zusammenhalten.

Gen. Heinr. Beer (Wien): Die Genossen, die ich hier zu vertreten habe, wehren sich entschieden dagegen, daß die Konsumvereine mit den Gewerkschaften inVerbindung gebracht werden. Die Gewerkschaftsorganisation, die mit so großer Mühe aufgebaut wurde, kann nicht so leichtfertig auf's Spiel gesetzt werden: für die einzelnen Individuen könnten dadurch Vortheile erzielt werden, nicht aber für die Arbeiterschaft im Ganzen. Ich hätte gerne gesehen, wenn im Zentralorgan ein größerer Aufsatz über dieses Thema vor dem Parteitage erschienen wäre, welcher die indifferenten Kreise in dieser Beziehung aufgeklärt hätte.

Eine Vertretung der Industriegruppen auf dem Parteitage halte ich nicht für nothwendig, betrachte jedoch deren Zulässigkeit als eine Sicherheit dafür, daß der Parteitag kontroliren kann, auf welchem Standpunkte die Gewerkschaften stehen. Ich bin auch der Ansicht, daß die Gewerkschaftsorganisation eine zentralistische sein muß; damit ist aber nicht bewiesen, daß es auch die politische Organisation sein muß.

Gen. Preußler (Wien): Gen. Reumann hat hervorgehoben, daß wir in der letzten Zeit in Bezug auf die Organisation große Erfolge aufzuweisen haben. Gerade durch diesen Fortschritt muß der Mangel mehr in die Augen springen. Vor Allem sind die Kreisorganisationen nicht schlagfertig genug, um alle Beschlüsse, die wir fassen, durchführen zu können. Die Folge davon ist, daß auch die Parteivertretung nicht so aktionsfähig ist, wie sie es sein sollte, und ich muß meiner Verwunderung darüber Ausdruck geben, daß die Parteivertretung mit den Mitteln, welche ihr zu Gebote stehen, so viel zu leisten im Stande ist. Ein zweiter Uebelstand liegt darin, daß die Kleinarbeit bisher vergessen wurde, sonst würden wir über mehr Mittel verfügen. Die gewerkschaftliche Organisation ist in den letzten Jahren sehr gewachsen, und ich behaupte, daß dieselbe die Grundlage der politischen Partei ist, darum wünsche ich, daß jeder Genosse verpflichtet sei, in der Gewerkschaftsorganisation thätig zu sein.

Bezüglich der Flugschrift, von welcher Gen. Smetana gesprochen hat, und welche hier verbreitet wurde, erkläre ich, daß ich mit der Verbreitung derselben nichts zu thun habe, und daß es nicht meine Absicht war, sie zu verbreiten. Uebrigens weise ich den Vorwurf, daß sie Unwahrheiten enthalte, zurück und stehe für ihren Inhalt ein.

Vorsitzender: Es ist vom Gen. Ellenbogen ein Zusatzantrag zu dem früher gestellten Antrag eingelaufen, welcher unterstützt ist.

Derselbe lautet:

„Zugleich wird der Beschluß des letzten Parteitages, die Parteivertretung sei in Bezug auf Anstellungen der Wiener Lokalorganisation zu berichten verpflichtet, aufgehoben."

Vorsitzender: Im Laufe der Debatte ist ein Antrag gestellt worden, daß eine neungliedrige Kommission zu wählen sei, welcher auch die Referenten Reumann und Nemetz anzugehören haben

Wir werden die Wahl derselben nunmehr vornehmen.

In diese Kommission werden gewählt die Genossen: Resel, Preußler, Beer, Daszynski, Herrmann, Schiller, Krapka, Hueber und die Genossin Popp.

Der Vorsitzende gibt bekannt, daß in die Wahlkommission gewählt wurden für: Galizien Fränkl und Reger, Mährisch-Ostrau Berner, Reichenberg Herrmann, Wien Heinrich Beer, Niederösterreich Dr. Berstl, Mähren Schönwälder, Tirol Holzhammer, Oberösterreich Weiguny, Kärnten Eich, Salzburg Prähauser, Schlesien Trenka, Krain Grablo-

witz, West- und Südböhmen Schäfer, Aussig-Teplitz Seliger, Steiermark Nitsche, Steinschönau Hannich.

Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Schluß der Sitzung um 9 Uhr 45 Minuten.

Sechster Verhandlungstag am 10. April 1896.

Beginn der Sitzung 9 Uhr.

Vorsitzender: Gen. Zeller (Teplitz).

Zu einer thatsächlichen Berichtigung erhält das Wort Gen. Svetlik (Wien XVII.). Er erklärt im Namen der Bezirksorganisation Wien XVII, daß der zweite Absatz des Antrages dieser Organisation auf Wunsch der Frauen aufgenommen wurde.

Da die Kommission mit der Prüfung der Anträge noch nicht fertig ist, wird in den nächsten Punkt der Tagesordnung:

Parteipresse

eingegangen.

Gen. Popp (Wien): Genossen! Mehr noch als auf dem letzten Parteitage können wir diesmal einen Fortschritt in der Presse konstatiren. Der Parteitag hat vor zwei Jahren der Parteivertretung mehrere Beschlüsse überwiesen. Der wichtigste davon war, daß die „Arbeiter-Zeitung“, welche damals noch zweimal wöchentlich erschien, als Tagblatt zu erscheinen habe, er wurde von der Parteivertretung durchgeführt. Schon am Parteitage im Jahre 1892 wurde dieser Antrag mit Wucht vertreten. Die Parteivertretung wurde damals nahezu der Muthlosigkeit geziehen, weil sie auf diesen Antrag nicht eingehen wollte. Im Jahre 1894 ist man auf denselben wieder zurückgekommen. Es wurden in Folge dessen im Jahre 1893 große Aktionen eingeleitet, um den Einzelverschleiß zu ermöglichen, andererseits wollte man den § 23 des bestehenden Preßgesetzes beseitigen, der ein großes Hinderniß für die Entwicklung der Presse überhaupt und unserer Parteipresse insbesondere ist. Als wenigstens das erstere durchgesetzt wurde, war es unsere Pflicht, sofort daranzugehen, die „Arbeiter-Zeitung“ als Tagblatt erscheinen zu lassen. Durch diese Preßreform ist freilich der § 23 wohl nicht beseitigt. Aber so minimal das Zugeständniß des Verschleißes ist, so große Bedeutung hat es doch für die Entwicklung unserer Parteipresse.

Das Hauptheumniß ist aber noch immer da: das objektive Verfahren, und unsere Redakteure, sowohl in Wien wie in der Provinz, können sich noch immer genügend über die Liebenswürdigkeit unserer Staatsanwälte beklagen, von deren subjektiver Auffassung es noch immer abhängt, was das Publikum zu lesen bekommt. Dagegen wird sich unsere Agitation in erster Linie richten müssen. Die Koalitionsregierung hat nur einen Lichtblick geboten, das war der Erlaß des Grafen Schönborn, betreffs des objektiven Verfahrens. Nach diesem Erlasse haben die Herren Staatsanwälte, wenn sie konfiszirten, anklagen müssen und sind mit ihren Anklagen bei den Geschworenen sehr oft durchgefallen. Das war der Grund, weshalb weniger Konfiskationen vorgenommen worden sind. Nicht nur in Wien, auch in der Provinz hat sich dieser Erlaß bemerkbar gemacht, auch die Provinzblätter haben dadurch etwas mehr Bewegungsfreiheit erhalten, das ist nun freilich schon wieder vorbei.

Ein weiteres Hemmniß ist der Zeitungsstempel. Durch die Ermöglichung des Einzelverschleißes hat sich eine Anzahl von unseren Provinzblättern in Wochenblätter verwandeln können. Aber wie schwer es ihnen wird, den Zeitungsstempel zu tragen, davon kann jeder Provinzredakteur ein Lied singen. Die

„Arbeiter-Zeitung“ allein hat im ersten Jahre 51.000 fl. für Zeitungsstempel ausgegeben; nun machen Sie sich ein Bild, wie schwer es ist, ein Blatt um 4 kr. täglich herzustellen, wo die Stempel allein so viel in Anspruch nehmen. Dazu kommen noch die Einkommensteuer, die Gewerbesteuer und noch andere Abgaben. Die „Arbeiter-Zeitung“ hat nun im ersten Jahre, was die politische Bedeutung des Blattes anlangt, sehr viel geleistet. Es ist der Partei mit ihrem Erscheinen sehr wesentlich genützt worden. Am besten kann man das beurtheilen, wenn man die Lohnkämpfe in Betracht zieht und sieht, wie da die „Arbeiter-Zeitung“ eingreift und die Lügen der bürgerlichen Presse täglich geißelt und richtig stellt. Gerade in dem Punkte war die „Arbeiter-Zeitung“ für die Partei ein Vortheil, wie er größer nicht sein könnte. Nicht nur in wirthschaftlicher, sondern auch in politischer Beziehung hat die „Arbeiter-Zeitung“ viel gewirkt. Leider ist es nicht möglich gewesen, daß die Verbreitung einen solchen Umfang genommen hat, wie es wünschenswerth gewesen wäre, weil das Blatt für die einzelnen Genossen doch etwas zu theuer ist — 18 fl. jährlich kann nicht jeder Genosse leisten. Im ersten Jahre des Bestandes hat die „Arbeiter-Zeitung“ für ihre Existenz schwer kämpfen müssen. Die Auflage ist allerdings im Verhältniß zu vielen bürgerlichen Blättern eine ziemlich große. Wir haben ja eine ganze Reihe von alten bürgerlichen Tagesblättern, die schon viele Jahre erscheinen und die sehr froh wären, wenn sie eine solche Auflage hätten, wie sie die „Arbeiter-Zeitung“ hat. Aber der „Arbeiter-Zeitung“ fehlen die Mittel, welche den bürgerlichen Blättern zur Verfügung stehen und von welchen die bürgerlichen Blätter hauptsächlich leben; das sind die verschiedenen Betheiligungen, welche sie von Banken und Bahnen bekommen, das sind die Honorare und Pauschalien für gewisse Inserate, die sie ohne Skrupel aufnehmen können, was bei der „Arbeiter-Zeitung“ nicht der Fall ist. Die „Arbeiter-Zeitung“, welche diese Unterstützung nicht hat und solche Unterstützung auch nie annehmen würde, ist auf die Abonnements und den Einzelverkauf angewiesen und auf tarifmäßig bezahlte Inserate und da, Genossen, müssen Sie zugeben, daß eine beträchtliche Anzahl täglich abgesetzt werden muß, wenn die Einnahmen gegenüber den Ausgaben aufgebracht werden sollen. Wir haben nun derzeit an Sonntagen eine Auflage von 22.000 Exemplaren, während die Wochenauflage etwas kleiner ist. Viele Arbeiter haben an Wochentagen nicht die Zeit, sie sind auch physisch und geistig zu ermüdet; viele haben auch an Wochentagen nicht das Geld, das Blatt zu kaufen, trotzdem wage ich zu behaupten, daß es leicht möglich wäre, daß die „Arbeiter-Zeitung“ einen größeren Absatz finden könnte und daß sie ihn finden wird. Daß das im zweiten Jahre des Erscheinens der Fall sein wird, dafür spricht Alles, denn heute ist eine stetige Steigerung der Abnahme vorhanden. Daß die „Arbeiter-Zeitung“ nicht nur von der bürgerlichen Presse, sondern von der ganzen Unternehmerschaft erbittert bekämpft wird, ist selbstverständlich. Erst wollte man uns todtschweigen und, als das nicht gelang, todtlügen. Trotzdem wächst der politische Einfluß unseres Blattes täglich und es wird weit über die eigentlichen Parteikreise hinaus, insbesondere auch in bureaukratischen und parlamentarischen Kreisen, viel gelesen und beachtet. Ich kann also bezüglich des politischen Erfolges der „Arbeiter-Zeitung“ einer gewissen Befriedigung Ausdruck geben und hoffe, daß dies im nächsten Jahre noch besser werden wird.

An Einnahmen haben wir im Jahre 1895 209.815 fl. 95 kr. und an Ausgaben 203.646 fl. 4 kr. zu verzeichnen; das sind Summen, mit denen wir noch nie zu rechnen hatten.

Hoffentlich werden sich die Einnahmen, gewiß aber auch die Ausgaben vermehren. Es gibt kein einziges Tagblatt, welches ein so geringes Redaktionspersonal hat wie die „Arbeiter-Zeitung“ und trotzdem werden Sie finden, daß

die „Arbeiter-Zeitung“ ganz anders gemacht ist, wie die bürgerlichen Blätter. Die einlaufenden Berichte und Telegramme werden alle sorgfältig redigirt. Auf die Dauer werden vier Redakteure zu wenig sein, weil die Genossen physisch nicht im Stande sein werden, diese Arbeit zu bewältigen, da sie jetzt tagtäglich Nachtarbeit bis 1, 2, 3 Uhr Morgens ohne jede Ablösung, ohne jede weitere Beihilfe leisten. Wenn sich die Mittel der „Arbeiter-Zeitung“ mehren werden, wenn dieselbe größere Verbreitung finden wird, wird es nothwendig sein, auch den Redaktionsstab zu vermehren. Die „Arbeiter-Zeitung“ ist in der Provinz nicht so verbreitet, wie sie es sein sollte. Es wird da die Aufgabe der Genossen sein, einzugreifen. Das Blatt enthält ein Material, das die Genossen in der Provinz ausgezeichnet zur Agitation verwenden könnten. Sie haben aber das Blatt oft nicht zur Hand, weil ihr Verdienst zu gering ist. Aber das Eine könnten Sie thun: in allen Gast- und Kaffeehäusern können Sie verlangen, daß das Blatt abonnirt werde und aufliege, damit Sie wenigstens dort in dasselbe Einsicht nehmen können.

Ich wende mich nun zu dem zweiten Partei-Unternehmen. Der letzte Parteitag faßte den Beschluß: „Die ‚Arbeiterinnen-Zeitung‘ und die ‚Glühlichter‘ sind die Organe der gesammten Partei und fließen die eventuellen Ueberschüsse dem Parteifond zu.“ Wir haben nun solche Ueberschüsse nicht zu verzeichnen und seitdem die „Arbeiter-Zeitung“ als Tagblatt erscheint, hat auch sie nicht mehr Ueberschüsse. Mit den beiden anderen Blättern steht es ebenfalls weniger gut. Die „Arbeiterinnen-Zeitung“, welche eine Auflage von über 3000 Exemplaren hat, hatte ein Defizit von zirka 990 fl. Dieses Defizit rührt daher, weil die „Arbeiterinnen-Zeitung“ sehr billig ist und weil sie im Abonnement zu demselben Preise von 4 kr. gegeben und das Porto zu dem Abonnement nicht zugeschlagen wird. Dieses Defizit könnte behoben werden, wenn die Genossen etwas mehr für die „Arbeiterinnen-Zeitung“ thun würden. Dem Antrage, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung“ nicht mehr als selbstständiges Blatt, sondern als Beilage der „Arbeiter-Zeitung“ erscheinen soll, kann die Parteivertretung von vorneherein nicht zustimmen. Wir betrachten es als nothwendig, daß die Arbeiterinnen ein selbstständiges Blatt haben, das dazu dienen soll, um die Arbeiterinnen auch in die Organisation hineinzuziehen. Ein Blatt, welches allgemein gehalten wird, welches die Uebelstände in den Fabriken dieser und jener Branche im Allgemeinen geißelt, findet gerade unter den indifferenten Arbeiterinnen mehr Verbreitung und durch Lesen desselben werden diese Indifferenten auf ihre Organisation erst aufmerksam gemacht. Diese Arbeiterinnenbewegung hat ja erst platzgegriffen, seit die „Arbeiterinnen-Zeitung“ erscheint. Wenn ein sozialdemokratisches Blatt, welches für die Agitation bestimmt ist, einige hundert Gulden Defizit aufweist, so ist dies noch kein Grund, es eingehen zu lassen. Wenn das richtig wäre, müßte eine ganze Reihe von Parteiblättern eingestellt werden, welche ebenfalls mit Defizit arbeiten und immer Zuschüsse brauchen. Bis jetzt hat meines Wissens die „Arbeiterinnen-Zeitung“ nur 60 fl. Zuschuß erhalten. Meine Frau, Genossin Popp, welche bis jetzt Redakteurin der „Arbeiterinnen-Zeitung“ war und ihre Zeit in Folge dessen auch der Agitation gewidmet hat, hat ihre Stellung bei dem Blatte gekündigt und ist die Kündigungsfrist bereits abgelaufen. Der Grund ist folgender: Die Genossen haben gemeint, das Blatt könne solche Ausgaben für einen Gehalt, wie ihn meine Frau bezogen hat, nicht leisten und wenn diese Ausgabe erspart wird, wird dadurch das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung“ verringert. Es ist nicht nothwendig, daß für das Blatt allein eine Person angestellt werde, nachdem die Administration und Expedition ja ohnehin von der „Arbeiter-Zeitung“ besorgt wird. Meine Frau wurde aber nicht nur für die „Arbeiterinnen-Zeitung“, sondern auch für die Organisation der Frauen, der sie sich gewidmet hat, sie

wurde als Agitatorin für die Frauenbewegung selbst angestellt. Dies wird nun entfallen. Die Parteivertretung hat die Kündigung zur Kenntniß genommen, jedoch darüber nicht weiter verfügt und es dem Parteitage überlassen, was er damit zu thun gedenke. Allerdings wird der Parteitag über die Redaktion selbst nicht verfügen können, sondern nur entscheiden müssen, ob die „Arbeiterinnen-Zeitung" bestehen zu lassen sei oder nicht. Die Parteivertretung wird für die Redaktion Fürsorge treffen müssen.

Die „Glühlichter", ebenfalls der Gesammtpartei unterstehend, welche allgemein beliebt sind, wurden mit der Voraussicht übernommen, daß dieses Blatt das einzige sein werde, welches für die Partei einen materiellen Gewinn abwerfen kann; es wurde bei dem letzten Parteitage ein Gewinn der „Glühlichter" von einigen hundert Gulden ausgewiesen. Das Verhältniß hat sich nun geändert. Damals sind nach Deutschland über 6000 Exemplare hinausgegangen. Damals war die deutsche Auflage nahezu stärker als die österreichische, ist aber schließlich bis auf 2000 Exemplare zurückgegangen. Die Ausgaben haben sich aber vermehrt. Zum Schlusse des vorigen Jahres wurde überdies das Blatt für ganz Deutschland verboten und konnte also gar nichts mehr nach Deutschland hinausgehen. Das Blatt hat in Folge dessen seit dem letzten Parteitage ein Deficit von 3000 fl. angesammelt. Die Parteivertretung sagte sich, nachdem das Defizit so groß angewachsen ist, die Auflage sich verringert und das Defizit in Folge dessen noch mehr anwachsen würde, müsse das Blatt eingehen oder eine Aenderung geschehen, und zwar sobald als möglich. In Folge dessen ist der Beschluß gefaßt worden, den Antrag, der Volksbuchhandlung die „Glühlichter" zu übergeben, anzunehmen. Diese kann sich mehr damit befassen, sie kann damit frei walten, und ihr wird es möglich sein, ein neues Blatt wieder in die Höhe zu bringen, da eine Verbreitung in Deutschland wieder möglich sein wird. Die Volksbuchhandlung hat der Partei das Blatt mit Uebernahme des vollen Deficits abgenommen, so daß die Partei eigentlich keinen Schaden erlitten hat. Bei einem politischen Blatt darf ein Defizit keine Rolle spielen. Anders bei einem Witzblatt, das nicht unbedingt erhalten werden muß. Uebrigens sind die „Neuen Glühlichter" für die Agitation nicht verloren, weil sie ihre prinzipielle Haltung beibehalten müssen, da ja das Blatt sonst keine Abnehmer fände, und von vornherein verloren wäre. Ich glaube, daß der Parteitag der Durchführung des Geschäftes seine Zustimmung ertheilen wird.

Ich komme nunmehr zu den einzelnen Anträgen. Antrag Nr. 18 ist überflüssig; Antrag Nr. 19 wurde zurückgezogen; Antrag Nr. 20 a) fällt unter den Punkt Organisation; ebenso Antrag Nr. 20 b). Bisher hat die Preßkommission in Wien die „Arbeiter-Zeitung" kontrolirt. Es sind dadurch etwa unterlaufene Fehler sofort richtig gestellt worden, da die Kontrole monatlich vorgenommen wurde. Ich weiß nicht, ob die Genossen eine neue Kommission einsetzen oder die bisherige Kommission fortbestehen lassen wollen, glaube aber, daß es nicht nothwendig ist, daß der Beschluß des letzten Parteitages umgestoßen werde. Antrag Nr. 21 deckt sich mit dem Beschlusse, der bereits besteht. Jedoch bezüglich der Parteischriften ist zu bemerken, daß sie nicht mehr von der „Arbeiter-Zeitung", sondern von Geschäften verlegt werden, mit welchen wir eine gewisse Verbindung haben. Eine Kontrole in prinzipieller Beziehung ist selbstverständlich vorhanden. Wir sind froh, daß wir die Parteischriften jetzt nicht mehr verlegen müssen, weil das Defizit von einigen tausend Gulden, das wir dabei hatten, noch heute nicht gedeckt ist. Dem Antrag Nr. 22 kann die Parteivertretung nicht zustimmen, weil wir glauben, daß die „Arbeiterinnen-Zeitung" als selbstständiges Organ nothwendig ist, und zweitens, weil die „Arbeiter-Zeitung" nicht in der Lage ist, eine Sonntagsbeilage daraus zu machen, weil das viel zu theuer zu stehen käme. Allerdings meint der Antrag,

die Sonntagsbeilage solle dafür aufgelassen werden; aber trotzdem würden der „Arbeiter-Zeitung“ bedeutend höhere Kosten erwachsen. Die Genossen, welche die Sonntagsbeilage liebgewonnen haben, würden überdies mit dem Wegfall derselben unzufrieden sein.

Wir haben uns schon öfter mit der Frage beschäftigt, ob ein separates Bauernorgan herausgegeben werden soll, wie Antrag Nr. 23 will; der Parteitag hat diese Frage immer verneint. Besonders mit Rücksicht darauf, daß die Verhältnisse in den einzelnen Ländern sehr verschieden sind. Wie haben fast in jedem Kronlande ein Parteiorgan, das die Verhältnisse der ländlichen Arbeiter besser würdigen kann, als es ein in Wien erscheinendes Bauernorgan thun könnte und dadurch wird auch die Agitation viel besser gefördert.

Mit dem Antrag Nr. 24, auf die Sonntagsnummer der „Arbeiter-Zeitung“ sei ein separates Abonnement einzurichten, kann ich mich bedingungsweise einverstanden erklären. Ein solches Abonnement könnte nämlich nicht zu demselben Preise geboten werden, weil ja dadurch auch den Provinzblättern eine Konkurrenz gemacht würde, die sie nicht aushielten. Es müßte für das Abonnement monatlich 30 kr. gefordert werden. Wenn die Genossen damit einverstanden sind, wäre die Redaktion in der Lage, ein solches Blatt mit einer Wochenschau zu machen.

Den Antrag Nr. 25 können wir unbedingt nicht gutheißen. Wir glauben, daß in Nordböhmen so viele Blätter sind, daß jedes einzelne eigentlich nicht ganz das leistet, was es leisten sollte, weil ihm nicht die entsprechenden Mittel zur Verfügung stehen. Jeder von Ihnen kann sich vorstellen, wie schwer es einem Redakteur ist, ein Blatt zu machen, wenn er keine Mitarbeiter hat. Wir glauben, daß es am besten wäre, wenn sich die nordböhmischen Blätter zu einem großen Wochenblatt vereinigen würden. (Zustimmung.) Sie könnten vielleicht sagen, das geht nicht, wir brauchen die einzelnen Genossen in den Orten, wo sie sind, zugleich als Agitatoren. Das ist richtig. Die können aber an diesen Orten bleiben. Sie werden dadurch mehr freie Zeit für die Organisation und mehr freie Zeit für die Blätter gewinnen. Daß ein solcher Redakteur nicht immer Originalartikel bringen kann, ist begreiflich. Er hat ja keine Zeit dazu, sich auf der Höhe seiner Aufgabe zu erhalten: Er soll sein Blatt schreiben, in Versammlungen gehen, organisiren, agitiren, Rechtsschutz und Rathschläge aller Art gewähren rc. Wir stellen zwar nicht den Antrag wegen Vereinigung dieser Blätter, wir meinen aber, daß es besser wäre, wenn die Genossen in Nordböhmen ein großes Blatt gründen würden, das dann einen riesigen Absatz haben würde, der durch Verschleißstellen geregelt werden könnte. Uebrigens ist es nicht Sache des Parteitages, über einen derartigen Antrag sich von vornherein auszusprechen. Das ist die Sache der Kreisorganisation.

Der Antrag Nr. 27 will, wozu die Partei ja verpflichtet ist, daß eine Agitation für die Abschaffung des Zeitungsstempels und Freigebung der Kolportage mit voller Kraft einzuleiten sei. Ich meine, daß die Regierung nicht umhin können wird, den Zeitungsstempel aufzuheben. Die Freigebung der Kolportage ist allerdings etwas, worauf wir nicht so sicher hoffen dürfen.

Gegen den Antrag Nr. 28 muß ich mich leider entschieden aussprechen. (Zustimmung.) Der „Arbeiter-Zeitung“ ist es nicht möglich, heute, wo ihr materieller Bestand noch nicht ganz gesichert ist, einen solchen Beschluß durchzuführen. Als in Deutschland der Beschluß gefaßt wurde, daß der „Vorwärts“, ein Blatt, welches heute materiell sehr gut gestellt ist, den Vertrauensmännern gratis zugestellt werden soll, wurde dieser Beschluß einfach nicht ausgeführt, weil es eben nicht möglich war. Es ist selbstverständlich, daß die Vertrauensmänner die „Arbeiter-Zeitung“ lesen sollen; wenn aber Einer das Blatt nicht

halten kann, so ist es Sache der Bezirksorganisation, das Blatt zu abonniren. Ich empfehle also, diesen Antrag abzulehnen.

Ein Verband der Parteipresse, wie ihn Antrag Nr. 29 will, ist ja gegenwärtig vorhanden; oder handelt es sich um materielle Unterstützung? Sollen die Provinzblätter die „Arbeiter-Zeitung" materiell unterstützen, oder wollen Sie die Schulden der „Arbeiter-Zeitung" übernehmen? Die Provinzblätter können sich untereinander nicht materiell unterstützen, weil sie ja kein Geld haben. Wenn sie aber glauben, daß sie von Wien aus unterstützt werden können, so wüßte ich mir ein Blatt, dessen Reingewinn wir gern einheimsen würden, das ist die „Volks-Tribüne". Wir sind gern bereit, diesen Reingewinn zu übernehmen. (Heiterkeit.) Sie sehen also, dieser Antrag ist eigentlich überflüssig, außer Sie meinen einen Verband der Parteiredakteure, damit Sie Ihre Interessen wahren und eventuell in Streik treten können. (Heiterkeit.)

Die Genossen des ersten Wiener Bezirkes stellen folgenden Antrag:

„Die Parteileitung wird beauftragt, ein Agitations-Flugblatt, das nebst einleitendem Text die Prinzipienerklärung enthält, zu einem billigen Preise herauszugeben; welches jedoch, um dem Protokolle keine Konkurrenz zu bieten, erst drei Monate später als das Protokoll zu erscheinen hat."

Ein solches Flugblatt mit der Prinzipienerklärung ist noch nahezu in jedem Jahre erschienen und auch im letzten Jahre in der Auflage von 60.000 Exemplaren à 2 Kreuzer verkauft worden. Es handelte sich also nur noch darum, daß es auch das Organisationsstatut enthalte.

Weiters liegt folgender Antrag des Gen. Holzhamer vor:

„Der heutige Parteitag beschließt, die derzeit in Wien in italienischer Sprache erscheinende ‚L'Avvenire' (deutsch ‚Die Zukunft') als Parteiorgan anzuerkennen und ist dieselbe durch geeignete Agitation moralisch zu unterstützen."

Diesen Antrag kann ich Ihnen nur anempfehlen. Das Blatt ist mit Zustimmung der Parteivertretung herausgegeben worden und es ist also selbstverständlich, daß es die Pflicht der Genossen ist, dasselbe zu verbreiten, wo sie unter Italienern verkehren.

Ein weiterer Antrag liegt von der Bezirksorganisation Tetschen vor:

„In Erwägung, daß es unbedingt nothwendig ist, daß die Sozialdemokratie unter den Bauern aller Nationen Oesterreichs festen Fuß faßt, beschließt der Parteitag, die Flugschrift in der deutschen, czechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Sprache herauszugeben."

Wirksam sind Flugschriften nur, wenn sie bei einem bestimmten Anlasse herausgegeben wurden und das werden wir thun, wenn wir in die Wahlagitation eintreten; insoferne könnten wir dem Antrag zustimmen.

Einen weiteren Antrag stellten die Genossen aus Falkenau:

„1. Der Parteitag wird beauftragt, der Gründung von neuen czechischen Bergarbeiterblättern, welche nicht auf sozialdemokratischem Standpunkte stehen, entgegenzutreten.

2. Indem es für die Bergarbeiter nothwendig ist, daß Deutsche und Czechen ein einheitliches Ganzes bilden, möge der Parteitag beschließen, in das Brüx-Duxer Revier einen Agitator zu entsenden."

Wir haben uns bisher als politische Partei noch nie hineingemengt, wenn eine Gewerkschaft ein Gewerkschaftsblatt herausgeben wollte und wir werden auch diesmal nicht dekretiren, die Bergarbeiter dürfen ein czechisches Bergarbeiterblatt nicht gründen. Das ist ihre Sache und Sache der Gewerkschaft. Was den Wunsch bezüglich eines czechischen Agitators betrifft, so ist das gewiß sehr nothwendig, aber auch Sache der Gewerkschaft und es könnte von uns nur als Wunsch ausgesprochen werden.

Zum Schlusse möchte ich noch über einige Anträge sprechen, welche die Parteivertretung vorlegt und welche ich anzunehmen bitte. Es handelt sich um die „Arbeiter-Zeitung". Der letzte Parteitag hat beschlossen, daß die

„Arbeiter-Zeitung" täglich erscheinen soll und daß zu diesem Zwecke Sammlungen eingeleitet werden sollen. Es ist zwar nicht beschlossen worden, wie hoch der Betrag des Gründungsfonds sein soll. In der Wiener Sitzung wurde aber dieser Gründungsfonds auf 30.000 fl. festgesetzt, da wir eine solche Summe als Minimum für nothwendig erachteten, ehe das Blatt täglich erscheinen könnte. Leider hatten wir für diesen Fond kaum 8000 fl. aufgebracht, und haben das Blatt trotzdem täglich erscheinen lassen und bis zum Schlusse des Jahres 1895 sind im Ganzen ungefähr 16.000 fl. aufgebracht worden. Das Blatt braucht aber noch Zuschüsse, wenn es sich entwickeln soll, denn es muß sich vergrößern, wenn es den Anforderungen entsprechen will. Daher wird der Antrag gestellt:

„Der Parteitag beschließt: Mit möglichster Raschheit ist der Preßfond der ‚Arbeiter-Zeitung' auf 30.000 fl. zu ergänzen."

Mit diesem Beschlusse ist uns zwar nicht viel geholfen. Er bezweckt jedoch die moralische Verpflichtung der Genossen, zum Preßfond der „Arbeiter-Zeitung" so viel als möglich beizusteuern. Es sind noch eine Menge von Listen, welche wir zu den Sammlungen ausgegeben haben, ausständig. Vielleicht kommen diese dann auch in Erinnerung.

Ein weiterer Antrag geht dahin:

„Die Genossen werden aufgefordert, für die Verbreitung der ‚Arbeiter-Zeitung' zu wirken:

1. in der Parteipresse;
2. in allen unseren Vereinen und Versammlungen;
3. in den Gast- und Kaffeehäusern;
4. durch Gewinnung von Verschleißern und Verschleißstellen für das Blatt."

Das ist eine Aufforderung, die nichts kostet, aber ungemein ernst und dringend ist. Ein anderer Antrag, der sich mit diesem beinahe deckt, ist folgender Antrag des Gen. Skaret:

„Um der ‚Arbeiter-Zeitung' in der Provinz mehr Eingang als bisher zu ermöglichen, sind Flugschriften zu vertheilen, in welchen die Genossen aufgefordert werden, nur in jenen öffentlichen Lokalen zu verkehren, wo die ‚Arbeiter-Zeitung' aufliegt.

Auch ist in allen Versammlungen, sowie in den Partei- und Fachblättern unausgesetzt auf die Verbreitung der ‚Arbeiter-Zeitung' hinzuweisen und zu agitiren."

Nachdem dieser Antrag nur ein Zusatzantrag ist, bitte ich denselben anzunehmen. Mit der Annahme dieser Anträge allein ist uns aber nicht gedient. Dieselben müssen auch durchgeführt werden. Ich hoffe, daß wir auf dem nächsten Parteitage bessere Resultate mittheilen können, obwohl wir mit den Erfolgen der „Arbeiter-Zeitung", die sie im ersten Jahre ihres Bestandes errungen hat, ganz zufrieden sein können, und obwohl die meisten bürgerlichen Blätter zu Tode froh wären, wenn sie eine solche Verbreitung wie die „Arbeiter-Zeitung" finden würden. Wir können aber nicht mit denselben Mitteln arbeiten, wie die bürgerlichen Blätter. Wir können und wollen keine Pauschalien nehmen, darum müssen wir unsere Presse selbst erhalten. Wir wollen die Masse des Volkes an uns heranziehen. Dazu müssen wir alle Mittel benützen, und eines der hauptsächlichsten Mittel ist heute in der That die „Arbeiter-Zeitung". (Beifall.)

Vorsitzender: Gen. Zeller: Es sind nachfolgende Anträge eingelangt:

Zusatzantrag zu Antrag 27.

„Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß wenigstens in die neue Wahlordnung eine Bestimmung aufgenommen werde, die das Verbot der Kolportage während der Zeit der ausgeschriebenen Wahlen aufhebt."

Zu Antrag 29 liegt die Erklärung vor, daß diese beiden Anträge zurückgezogen werden.

Antrag Skaret:

„Der Parteitag beauftragt die Parteivertretung, das Geeigneteste für die Herausgabe einer „Lehrlings-Zeitung" zu veranlassen und haben sämmtliche in den Werkstätten

und Fabriken sich befindenden organisirten Genossen und Genossinnen für eine möglichst große Verbreitung Sorge zu tragen, um den Arbeiternachwuchs im sozialdemokratischen Sinne erziehen zu können."

Antrag der Gen. Adelheid Popp:

„Die „Arbeiterinnen-Zeitung" hat weiter zu erscheinen. Der Parteivertretung wird es überlassen, Mittel zu finden, die den Fortbestand des Blattes ohne Steigerung des bereits vorhandenen Defizits sichern."

Antrag Zavertnik:

„Der „Delavec" ist als Partei- und Fachorgan der slovenischen Genossen anzuerkennen und ist vorläufig im Besitze der Verkehrsbediensteten zu lassen, so lange Zeit, bis es den slovenischen Genossen möglich ist, den „Delavec" als politisches Organ selbstständig zu erhalten."

Antrag Schloßnikel:

„Der Inhalt der Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" möge am Ende des Jahres abgeschlossen werden, damit man diese Sonntagsbeilage Jahr für Jahr für die Bibliothek verwenden kann, was besonders für Bildungsvereine von Nutzen wäre.

Begründet wird dieser Antrag dahin, daß am Ende des vorigen Jahres ein Roman über die letzte Nummer des Jahres hinaus fortgesetzt wurde."

Zusatzantrag Zavertnik zu dem Antrage der Bezirksorganisation Tetschen:

„In Erwägung, daß es unbedingt nothwendig ist, daß die Sozialdemokratie unter den Bauern aller Nationen Oesterreichs festen Fuß faßt, beschließe der Parteitag, die Flugschrift in der deutschen, czechischen, polnischen, slovenischen und italienischen Sprache herauszugeben."

Ferner wird beantragt:

„Es sei mindestens alle Vierteljahre zur Agitation ein Flugblatt für die bäuerliche Bevölkerung herauszugeben."

Diese Anträge werden genügend unterstützt. Die Anträge 19 und 20 werden zurückgezogen. Bezüglich der übrigen gedruckten wird die Unterstützungsfrage gestellt und werden hiebei die Anträge 23, 28 und 35 nicht genügend unterstützt. Der Delegirte des I. Wiener Bezirkes schließt sich dem Antrage des Referenten an.

Gen. Palme (Wien): Die Preßkommission besteht, wie Sie wissen, aus 20 Vertretern der Wiener Bezirksorganisationen. Diese Kommission hat die vier Parteiblätter zu kontroliren und ist diese Kontrole monatlich durchführt worden. Namens der Kommission kann ich erklären, daß wir die Buchführung genau geprüft und alles richtig befunden haben. Das gilt bezüglich der „Arbeiter-Zeitung" und der „Volkstribüne".

Auch bei der Preßkommission sind Anträge eingelaufen, welche dahin gehen, die „Arbeiterinnen-Zeitung" zu ändern. Das Defizit der „Arbeiterinnen-Zeitung" ist aber ein ganz minimales und es würde bei einer regeren Agitation für das Blatt verschwinden.

Gen. Wanko (Znaim): Es sind von gewissen Arbeitergruppen namentlich seitens der Arbeiterinnen Beschwerden eingelaufen, daß sie zu wenig berücksichtigt werden. Dies dürfte weit mehr bezüglich der Landarbeiter gelten. Gerade dieser Theil der Arbeiterschaft ist am meisten geknechtet. Daß bisher für diese Arbeiter so wenig geschehen ist, wird damit begründet, daß die finanziellen Mittel nicht ausreichen. Aber es ist Pflicht der Partei, endlich einmal die Mittel zu finden, um dieser wichtigen Aufgabe gerecht zu werden. Ich wollte in dieser Beziehung einen selbstständigen Antrag einbringen, habe aber mit Rücksicht auf den Antrag Augenthal davon Umgang genommen. Aber dieser Antrag ist leider nicht unterstützt worden. Wenigstens der zweite Theil des Antrages hätte angenommen werden können.

Anläßlich der Wiener Gemeinderathswahlen wurde die „Arbeiter-Zeitung" an viele Wiener Wähler unentgeltlich versendet. Wenn das möglich war, so wird es ebenso möglich sein, für die Landarbeiter alle Vierteljahre ein Flug-

blatt herauszugeben und es könnte ja dazu das Material, welches in der „Volkstribüne“ enthalten ist, verwendet werden. Man kann ja von einem Bauer oder Landarbeiter, der doch nicht auf derselben Bildungsstufe steht, wie der gewerbliche Arbeiter, nicht verlangen, daß er die „Volkstribüne“ liest. Die Sache hat für ihn kein unmittelbares Interesse, Flugblätter aber würde er lesen und zwar mit Erfolg.

Die Verbreitung der Zeitungen könnte viel größer sein, wenn mehr Probennummern ausgesendet würden. Außerdem könnten auch die Genossen in der Provinz die einzelnen Geschäftsleute, bei denen sie einkaufen, veranlassen, in den Blättern unserer Partei zu inseriren. Eine Concurrenz zwischen den Provinzblättern und der „Arbeiter-Zeitung“ herrscht nicht. Man hat gerade die Erfahrung gemacht, daß jene Genossen, welche die „Arbeiter-Zeitung“ lesen, auch die Organe der Kreisorganisationen lesen, und daß Jene, welche die Organe der Kreisorganisationen nicht lesen, auch die „Arbeiter-Zeitung“ nicht lesen. Provinzblätter und „Arbeiter-Zeitung“ wirken nicht gegen einander, sondern für einander und miteinander.

Gen. Nitsche beantragt, daß zur schnelleren Erledigung der zu Punkt „Presse“ gestellten Anträge eine fünfgliedrige Kommmission gewählt werde, die unter Hinzuziehung des Referenten bestimmte Vorschläge aus den gestellten Anträgen dem Parteitage zur Beschlußfassung zu unterbreiten hat.

Gen. Zavertnik (Wien): Im Jahre 1894 ist der „Delavec“ als Parteiorgan anerkannt worden, ist aber in die Hände der Eisenbahner übergegangen. Das Blatt wurde nämlich von sämmtlichen Laibacher Druckereien boykottirt, mußte nach Agram flüchten, wurde hier durch Konfiskationen chikanirt und mußte nach Wien übersiedeln. Der Redakteur bezog 72 fl. Gehalt. Das Blatt hatte aber nur 300 feste Abonnenten. In Folge dessen mußten Schulden gemacht werden. Im Jahre 1894 beschlossen nun die Eisenbahner, das Blatt obligat einzuführen. So wurden 700 Abonnenten dem Blatte zugeführt. Jetzt sind für die Eisenbahner zwei Seiten eingeräumt. Slovenische Genossen warfen der Parteileitung vor, daß das Blatt in den Besitz der Eisenbahner übergegangen sei; aber nicht mit Recht. Die Genossen sind selbst schuld, weil sie das Blatt nicht abonnirt haben. Die große Zahl der Abnehmer bilden Bergarbeiter, Bauern und Eisenbahner. Die Organisation der Metallarbeiter hat es nicht eingeführt. Die Buchdrucker begeistern sich dort nur für nationale Schnurren, lesen aber keine Arbeiterblätter. Wenn die politische Partei im Stande ist, das Blatt zu erhalten, geben wir es sofort zurück. Bis jetzt erscheint das Blatt dreimal monatlich und wird vom 1. Mai an viermal monatlich erscheinen.

Vorsitzender: Es ist von Gen. Widlar folgender Antrag überreicht worden:

„Die ‚Arbeiterinnen-Zeitung‘ ist aufzulassen und an deren Stelle haben allwöchentlich, wenn thunlich, aktuelle Artikel, betreffend die Frauenbewegung, in der ‚Arbeiter-Zeitung‘ zu erscheinen.“

Es wird hierauf die Debatte über „Parteipresse“ abgebrochen, bis die Kommission über die Anträge Bericht erstattet hat und in die Berathung des Punktes VIII der Tagesordnung:

„Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft“ eingegangen.

Gen. Dr. Verkauf. Geehrter Parteitag! Die österreichische Sozialdemokratie ist eine verhältnißmäßig recht junge Partei. Was Wunder, wenn sie, die mit der Organisirung der industriellen Arbeiterschaft vollauf beschäftigt war, und auch heute damit noch genügend zu schaffen hat, nicht dazu gelangt ist,

sich mit dem Problem zu befassen, welches wir als Agrarfrage zu bezeichnen pflegen. Man hat dagegen von anderer Seite eine reichliche Thätigkeit entfaltet, man hat unter der Flagge „Bauernschutz" den „Großgrundbesitzerschutz" betrieben. Wir wissen, daß man durch Zölle, Verhinderung der Vieheinfuhr, Kontingentirung der Spiritussteuer, durch Ausfuhrprämien bei Zucker, und ähnliche Mittel den Großgrundbesitz zu fördern sich bemüht hat. Dagegen hat man die Frage des Anerbenrechtes und des bäuerlichen Kredits recht kühl behandelt. Aber wohin immer wir blicken, wo immer die Agrarfrage zur Diskussion gestellt ist, wird das Moment auffallen, daß über Alles und Jedes gesprochen wird, nur über die ländlichen Arbeiter nicht. Umsomehr ist es Aufgabe der österreichischen Sozialdemokratie, sich in erster Linie um die Lage und die Forderungen, die Wünsche und Schmerzen der ländlichen Arbeiter zu kümmern und darum ist auch diese Frage hier zur Diskussion gestellt. Niemand bedauert es so wie ich, daß an meiner Stelle nicht Jemand steht, der die Leiden der ländlichen Arbeiter aus eigener Erfahrung, aus eigener Erkenntniß geschöpft hat. Niemand bedauert so sehr, daß ein Theoretiker Ihnen alles das darlegen muß, was man über die ländlichen Arbeiter heute weiß. Sie werden sich deshalb darauf gefaßt machen müssen, daß nicht der Physiologe, sondern der Anatom vor Sie hintreten wird. Die Schwierigkeit ist für mich umso größer, als das Material über die Lage der ländlichen Arbeiter gering ist. In der letzten Zeit ist es allerdings vermehrt worden, es reicht aber nicht aus, um ein lebensvolles Bild zu entwerfen, es genügt jedoch zu zeigen, wie dringend geboten es ist, daß sich die österreichische Arbeiterschaft dieser Frage annimmt.

Ich komme zu meinem eigentlichen Thema. Die erste Frage, die Beantwortung heischt, lautet: Wer ist ländlicher Arbeiter? Mancher von Ihnen wird sich über diese Frage wohl wundern, aber das Aufwerfen derselben wird Ihnen sofort begreiflich werden. Greifen wir zur Statistik, zu den Ergebnissen der Volkszählung vom Jahre 1890, so werden wir finden, daß in der Landwirthschaft beschäftigt waren: Selbständige 2,006.764, Arbeiter 5,615.133, Taglöhner 824.894. Das sind die im Berufe beschäftigten Personen. Ich frage nun nach der Zahl der ländlichen Proletarier. Da erfahren wir, daß die Mitglieder der bäuerlichen Familien, Söhne und Töchter, gleichfalls unter den Arbeitern aufgezählt sind. Wir erfahren weiter, daß unter den 2 Millionen selbständigen Landwirthen sich auch solche befinden, welche sich in größerem oder geringerem Maße mit Lohnarbeit abgeben müssen. Wir müssen deshalb versuchen, durch Kombinationen und Verwerthung des vorhandenen Materiales zu einem Ausweg zu gelangen. Ich habe einen Versuch in dieser Richtung unternommen. Sie erlassen es mir, Ihnen genau darzulegen, auf welchem Wege ich zu Daten gelangt bin, von welchen ich glaube, daß sie sich der Wirklichkeit nähern. Angedeutet sei, daß ich durch Kombination der Wohnparteien in Orten bis zu 2000 Einwohnern in die Lage kam, anzunehmen, daß wir in der Landwirthschaft 3,548.769 Arbeiter und Taglöhner haben. Damit wäre eine Frage beantwortet; aber daran knüpft sich eine zweite. Sind diese Arbeiter alle besitzlos? Wir sind gewohnt, wenn wir von Arbeitern sprechen, immer an Besitzlose zu denken, und sind weiters gewohnt anzunehmen, daß, wer etwas besitzt, nicht als Proletarier anzusehen sei. Dieses alte Vorurtheil müssen wir aber abstreifen. Es gibt Arbeiter, welche „Besitzende" sind, und es gibt „Besitzende", welche Arbeiter sind. Wir können uns nicht begnügen, zu sagen: „Wir haben 3·5 Millionen Arbeiter in Oesterreich", sondern wir müssen die Kategorien der Arbeiter kennen lernen. Wir haben nun in Oesterreich 1,193.414 Lohnarbeiter in der Landwirthschaft, die Allein- oder Mitbesitz einer Hütte oder eines Grundstückes aufweisen, ferner 2,155.355 ganz besitzlose Arbeiter und Taglöhner und endlich selbständige Landwirthe, die für Lohn arbeiten, und eine

große Masse von Parzellenbesitzern. Unter diesen Parzellenbesitzern verstehen wir solche, welche eine Grundsteuer von höchstens einem Gulden zahlen. Ich will mich bei der Schätzung sehr zurückhalten. Mäßig schätze ich dieselben auf 725.000. Wir haben nun drei Gruppen: die ganz besitzlosen Arbeiter und Taglöhner, die Arbeiter und Taglöhner mit Allein- oder Mitbesitz und die „selbständigen" für Lohn arbeitenden Landwirthe. Wir gelangen zu dem Ergebniß, daß Oesterreich an besitzlosen und „besitzenden" Landarbeitern rund 4¼ Millionen hat. Man wird mir entgegenhalten, daß das alles Hypothesen sind. Ich bin deshalb auch verpflichtet, eine Probe auf das Exempel zu machen und welche glänzendere Probe kann man denn machen als wenn man fragt, wie es mit dem Viehbesitz auf dem Lande bestellt ist.

Man kann nicht gut Jemand einen selbständigen Landwirth nennen, der kein Rind, kein Pferd besitzt. Wir finden nun, daß in Ortschaften bis 500 Einwohner nach der letzten Volkszählung unter allen Grundbesitzern kaum 37% Pferdebesitzer waren, und etwas über 43% Rinderbesitzer. In Ortschaften von 500 — 2000 Einwohner finden wir, daß 49·01% Pferdebesitzer und 44·74% Landwirthe Besitzer von Rindern sind. Ich glaube, einen schlagenderen Beweis dafür, daß die Zahl, die ich angenommen habe, viel zu gering ist, daß die Zahl der sogenannten besitzenden Proletarier weit größer ist; einen besseren Beweis dafür, wie weit es mit der Proletarisirung des Bauernstandes schon gekommen ist, kann ich nicht erbringen. Ich möchte trotzdem noch eine weitere Probe auf's Exempel machen. Wo wiegt die Zahl der Selbständigen vor? Da sagen uns wieder die Statistik und die Erhebungen des Ackerbauministeriums: am größten ist die Zahl der Selbständigen in Vorarlberg, der Bukowina, Galizien, im Küstenlande, Krain und Tirol. Ich möchte an diese Frage sofort eine zweite knüpfen: wo ist die Zahl der Parzellenbesitzer am größten? Es gibt in Oesterreich 1,700.000 Grundsteuerträger, welche bis zu 1 fl. Grundsteuer entrichten. Wo ist nun die Zahl dieser Parzellenbesitzer am größten? In Dalmatien, der Bukowina, Küstenland, Galizien und Tirol. Dort macht die Zahl der Parzellenbesitzer 59·9—46·2% aller Grundsteuerträger aus. Dort, wo Sie am meisten Parzellenbesitzer finden, dort haben Sie die meisten Selbständigen. Die Konklusion, welche ich ziehe und die ich mit Recht ziehen zu dürfen glaube, ist: *Selbständigkeit in der österreichischen Landwirthschaft bedeutet in einer sehr großen Zahl von Fällen Parzellenbesitz.* Ich kann also dazu gelangen, zu erklären: Die Berechnung über die Zahl derjenigen selbständigen Landwirthe, welche Lohnarbeiter sind, ist viel zu mäßig, viel zu bescheiden. Die Zahl, die ich annehme, entspricht gewiß der Wirklichkeit; sie geht noch nicht weit genug.

Wenn wir uns klar geworden sind über die Personen, mit denen wir uns zu befassen haben, und wenn wir gesehen haben, daß das ein großer Theil der Bevölkerung überhaupt ist, so müssen wir zu einer weiteren Frage gelangen: zur Frage der Arbeitsverfassung. Es ist nicht leicht über die Lage und die Forderungen der ländlichen Arbeiter zu sprechen, wenn man hier nicht unterscheidet. Nicht von allen Theilen unseres Vaterlandes gilt das Gleiche, die Verschiedenheit ist eine sehr große — und wenn wir nicht allen Details gerecht werden wollten, so können wir uns damit begnügen, zu unterscheiden zwischen den Alpenländern, den Sudetenländern und Karpathenländern. Die Alpenländer zeigen in überwiegender Mehrzahl den bäuerlichen, mittleren und größeren Besitz. In den Sudetenländern haben wir das Vorwiegen des Großgrundbesitzes; — ich weise auf Böhmen hin, wo 34% des gesammten Grundes und Bodens in den Händen der Großgrundbesitzer sind, 10% sind allein in den Händen der Fideikommisinhaber. Hier sind auch die mittleren Bauern in erheblicher Zahl. Der dritte Länderkomplex sind die Karpathenländer — Galizien, Buko-

wina — mit ihren Zwergwirthschaften. Dort ist die Zersplitterung am allergrößten. Wir finden demgemäß in den Alpenländern die Dienstboten, das Gesinde, als jene Art von Arbeitern, welche das Arbeitsverhältniß beherrschen. Sie haben in Oberösterreich, Salzburg, Kärnten über 20% der ländlichen Bevölkerung als Dienstboten. Die Zahl der Dienstboten beträgt 808.325 und das sind nur die bei den Bauern Beschäftigten. Wie viele Dienstboten, wie wir sie in Oesterreich nennen, bei den Großgrundbesitzern beschäftigt sind, können wir nicht feststellen. Wir wissen, daß sie bei ihnen oft als sogenanntes Deputat-Gesinde sich befinden. Dieses unterscheidet sich wesentlich von den Dienstboten durch die Rechte, sie haben dagegen volle Gesindeverpflichtung. In Bezug auf die Entlohnung ist die Sache so, daß sie Naturalien bekommen, am häufigsten in Böhmen, aber auch in Mähren und Schlesien. Die dritte Kategorie von Arbeitern sind die kontraktlich gebundenen Taglöhner. Sie erhalten Wohnung mit Stall und Feld, oder sonstige Betriebsmittel zur entgeltlichen oder unentgeltlichen Benützung gegen die Verpflichtung, eine bestimmte oder unbestimmte Zahl von Arbeitstagen zu leisten. Das Entgelt ist der Taglohn, und dieser ist gewöhnlich niedriger als der des freien Taglöhners. Diese Kategorie von Arbeitern ist am häufigsten bei dem Großbetriebe, aber auch zuweilen bei den Bauern in Böhmen, nicht selten auch in den Alpenländern.

Wir kommen zu den freien Taglöhnern, diese sind am zahlreichsten in den Sudetenländern, der Bukowina, in den Alpenländern, dem Küstenland und in Galizien. In Galizien deshalb, weil der Parzellenbauer genöthigt ist, bei dem Großgrundbesitzer zu arbeiten, und dieser sich damit begnügt, ihn aufzunehmen, wann er ihn braucht. Auch die Zahl der kontraktlich gebundenen und der freien Taglöhner sind wir außer Stande festzusetzen.

Die letzte Art, ein Produkt der jüngsten Zeit, sind die Wanderarbeiter. Die Pflege des Rübenbaues und der Zuckerindustrie haben diese gezüchtet, und es ist interessant, zu bemerken, wie die Fluktuation der Wanderarbeiter geht. Es sind das häufig keine Besitzlosen, es sind auch „Besitzende“, welche in hellen Schaaren in die verschiedensten Gegenden ziehen: nach Niederösterreich aus der Slovakei, Ungarn, Böhmen und Mähren, nach Oberösterreich Italiener, nach Salzburg aus Böhmen, nach der Steiermark aus Ungarn, nach Schlesien aus Galizien und Ungarn. Das sind die inneren Wanderungen, herbeigeführt durch die Rübenernte.

Das sind die Erörterungen, welche ich hier vorbringen mußte, bevor ich daran schreite, die Lage der ländlichen Arbeiter zu besprechen.

Ich habe schon bemerkt, daß es keineswegs möglich ist, ein vollständig erschöpfendes Bild über die Lage der ländlichen Arbeiter zu geben, nicht möglich im engen Rahmen eines Vortrages, auch nicht möglich, da die Studien auf diesem Gebiete noch nicht genügen. In der letzten Zeit ist eine Arbeit offizieller Natur von dem Präsidenten der statistischen Zentralkommission Herrn von Inama-Sternegg veröffentlicht worden. Sie stützt sich auf Material, welches das Ackerbauministerium mit Hilfe der Unternehmer in den Landwirthschaftsgesellschaften gesammelt hat. Arbeiter sind nicht einvernommen worden, auch Bauern meines Wissens nicht. Es sind vorwiegend Großgrundbesitzer, welche Auskünfte ertheilt haben. Den Werth dieses Materials können Sie leicht schätzen. Wenn ich ungeachtet dessen dieses Material benütze, werden Sie sich wohl denken können, daß die Verhältnisse weit schlimmer sein müssen, als es hier zum Ausdrucke kommt. Nach welchen Richtungen sind wir in der Lage, die Verhältnisse der ländlichen Arbeiterschaft zu schildern? Wir können über die materielle Lage etwas sagen, wir können über die rechtlichen Verhältnisse sprechen und können uns auch über einzelne Symptome, welche ihre Lage zum Ausdrucke bringen, ein Bild schaffen. Vielleicht am unbefriedigensten ist dasjenige,

was wir an Material über die materielle Lage besitzen. Ich werde versuchen, Ihnen das Vorhandene knapp vorzuführen. In erster Linie will ich über die Löhne sprechen. Da kommen sofort verschiedene Kategorien von landwirthschaftlichen Arbeitern in Betracht. Im Vordergrunde stehen die Dienstboten, die Kost nebst Baarlohn beziehen. Wie verhält es sich mit diesem Baarlohn? Ich kann Ihnen nur Beispiele geben und nicht alles Materiale vorführen, das veröffentlicht wurde. In Salzburg finden wir z. B. Knechte, welche nebst Kost einen Lohn von 80—120 fl. jährlich haben. In Mähren kommt es vor, daß das Gesinde, Folgendes und zwar ohne Kost bekommt: Ein Pferdeknecht 150—300 fl.; der Unterknecht 108—210 fl., die Magd 120—210 fl.; das ist der Jahreslohn und nichts anderes kommt dazu. In Ostgalizien ist zu unterscheiden zwischen Großgrund- und Kleingrundbesitzern. Es wird behauptet, die Bauern zahlen besser als die Großgrundbesitzer. Der Knecht hat bei dem Großgrundbesitzer 18—60 fl., bei dem Kleingrundbesitzer 12—65 fl. (Lebhafte Entrüstungsrufe.) Ich bitte, das sind Angaben von Unternehmern! Die Magd hat bei dem Großgrundbesitzer 16—36 fl., bei den Kleingrundbesitzern 10—45 fl., der Hirte bei dem Großgrundbesitzer 18—40 fl., beim Kleingrundbesitzer 10—36 fl. nebst Kost. Wir wollen mitleidig sein und das nicht näher erörtern, aber es gibt Ihnen ja die Möglichkeit, sich auszudenken, wie es mit der Lage des Gesindes bestellt ist.

Wir gelangen zu den Taglöhnern und wollen nur Einzelnes hier anführen. Im Allgemeinen habe ich zu bemerken, daß der Lohn verschieden ist nach der Jahreszeit und Arbeit. Am günstigsten sind die Lohnverhältnisse zur Erntezeit. Weiter ist zu berücksichtigen, daß im Winter die Arbeit fast vollständig aufhört, daß sie nur an einzelnen Tagen vorhanden ist. Das beeinflußt sehr wesentlich das Jahreseinkommen, von dem der Arbeiter leben muß. Wenn ich nun die Winterlöhne Ihnen vorführe, werden Sie wohl über die Lage dieser Arbeiter ein getreues Bild gewinnen. Wir können Folgendes der offiziellen Publikation entnehmen. Es werden im Winter Löhne bis zu 30 kr. gezahlt: in Böhmen in 1 Gerichtsbezirk, in Schlesien in 1 Gerichtsbezirk, in Westgalizien in 8 und in Ostgalizien in 26 Gerichtsbezirken. In allen diesen Gerichtsbezirken haben Sie einen Taglohn von unter 30 kr. für erwachsene männliche Arbeiter. (Rufe: Auch 20 kr!) Ich halte mich an vorliegende Daten; ich könnte auch nachweisen, daß es Löhne von 15 kr. gibt. Für die Forstverwaltung ist das sichergestellt. Einen Taglohn von 30—40 kr. haben wir in Böhmen in 15 Gerichtsbezirken, in Mähren in 2, in Westgalizien in 31 Gerichtsbezirken und in Ostgalizien in 19 Gerichtsbezirken, und zwar im Monate Mai. Einen Taglohn von 40—50 kr. haben wir in Steiermark in 8, in Böhmen in 50, in Mähren in 10, in Schlesien in 5 und in Westgalizien in 14 Gerichtsbezirken. Wollen Sie sich mit der Aufzählung dieser Daten begnügen, dieselben dürften Ihnen ebenso wie mir ausreichen. Ich habe noch hinzuzufügen, daß im Winter der Arbeitsbedarf auf ein Viertel bis ein Sechstel des normalen Arbeitsbedarfes sinkt. Wenn man nun bedenkt, daß die Leute im Winter nur einen geringen Theil der Tage beschäftigt werden, wird man begreifen, wenn ein deutscher konservativer Schriftsteller erklärt: „Wenige Tage Arbeitsmangel bedeuten für den Arbeiter Elend und Noth." Man wird es begreiflich finden, wenn ich diesen Ausspruch für die ländlichen Arbeiter in Oesterreich anwende, wie ihn dieser Schriftsteller für die ländlichen Arbeiter in Deutschland anwendete. Erfahren wir dann, daß wir eine Perle in der österreichischen Krone haben, die Galizien heißt und daß in dieser Perle der Hungertyphus wüthet, dann werden wir wissen, wie wir das zu erklären haben. Auch hier wollen wir eine Probe auf's Exempel machen, ob die Daten der Unternehmer nicht allzu grell sind. Sie sind nicht zu grell.

Prof. v. Inama-Sternegg war so vorsichtig, die Daten der Unfallver-

sicherungs-Anstalten heranzuziehen, welche die Löhne individuell erheben müssen und er hat Folgendes gefunden. Die ländlichen Arbeiter sind bekanntlich nur dann gegen Unfälle versichert, wenn sie bei einem Motor arbeiten. Es betrug nun der Jahresarbeitsverdienst in der Steiermark 105 fl. einschließlich Naturalien, in einem anderen Falle 217 fl., im Prager Bezirk 161 fl., 185 fl. und 238 fl., im Brünner Bezirk 190 fl., 194 fl., 411 fl., im Lemberger Bezirk 82 fl., 104 fl. und 160 fl. Damit Sie den Abstand zwischen dem ländlichen und gewerblichen Arbeiter sehen, will ich einzelne Fälle von Arbeitern anführen, welche in der Landwirthschaft beschäftigt sind und verunglückten. In Graz betrug der Lohn eines gewerblichen Arbeiters in der Landwirthschaft 288 fl., in Prag 416 fl., in Brünn 366 fl., in Lemberg 334 fl. Sie sehen den enormen Abstand. Die Löhne der gewerblichen Arbeiter sind niedrig genug, aber die Löhne der landwirthschaftlichen Arbeiter sind wahre Hungerlöhne, eine andere Bezeichnung dafür kenne ich nicht. Wenn wir die Erfahrungen bezüglich der Löhne zusammenfassen, welche uns die Unfallversicherungs-Anstalten zur Verfügung stellen, so finden wir: Von den ständigen männlichen Arbeitern hatten unter 200 fl. in Graz 30·9%, in Prag 58·5%, in Brünn 49·9% und in Lemberg (Galizien und Bukowina) 63·6% aller verunglückten Arbeiter. Man könnte annehmen, daß diese Löhne die Arbeiter überall wenigstens ganz in die Hand bekommen. Dies scheint aber nicht der Fall zu sein, ich entnehme das einer ganzen Reihe von Andeutungen, die sehr vorsichtig gefaßt sind, die aber jedem, der sozialpolitisch geschult ist, genügen, um die Behauptung aufstellen zu können: nicht einmal diese Hungerlöhne bekommen die ländlichen Arbeiter vollständig in die Hand.

Wir finden dies insbesondere beim Deputatgesinde und beim kontraktlich gebundenen Arbeiter. Beim Deputatgesinde ist die Hintergehung bezüglich der Qualität häufig. Nehmen wir etwas ganz Konkretes. In Krain werden die Naturalien mit einem bestimmten Preise nicht vereinbart, sondern bewerthet und von dem vereinbarten Lohne in Abzug gebracht. Auf den Lohn hat der ländliche Arbeiter vielleicht einen Einfluß, aber auf den Preis, welcher für die Naturalien berechnet wird, hat er keinen Einfluß, diesen stellt der Unternehmer nach seiner Willkür fest. Im Gebiete von Triest finden wir, daß der Arbeiter nicht den ganzen Lohn ausgezahlt bekommt. Es werden ihm Wohnung und Bedarfsartikel verabreicht und die Folge ist, wie die Publikation erzählt, daß die ländlichen Arbeiter ein Drittheil ihres Lohnes baar ausbezahlt erhalten. Auch in Ostgalizien sind gar seltsame Dinge zu constatiren. Da finden wir, daß dem ländlichen Arbeiter gestattet wird, Vieh auf die herrschaftliche Weide zu treiben. Wir wissen ja, wie die Weide zur herrschaftlichen geworden ist, aber das gehört nicht hieher. Dafür wird ihm ein bestimmter Betrag berechnet oder er muß eine bestimmte Zahl von Arbeitstagen oder eine bestimmte Quantität von Arbeit leisten. Die Dinge sind nun so complicirt, daß die ländlichen Arbeiter in Galizien sich nicht auskennen und die beste Gelegenheit zur Hintergehung derselben hier gegeben ist. Daran kann sich selbst die offizielle Publikation nicht vorüber drücken und unser diplomatischer Autor erklärt wörtlich: „Doch scheint (!) sich gegen diese Art der Entlohnung eine gewisse (!) Abneigung geltend zu machen, da sie leicht zu Streitigkeiten führt. (!!)" (Lebhafte Heiterkeit.) Wir hätten allerdings ein ganz anderes Wort hineingesetzt, und mit größerem Rechte. Wir finden noch ein Zweites, wodurch sich Galizien wieder auszeichnet. Es ist dies eine ausgeprägte Bewucherung der ländlichen Arbeiter. Ich erinnere, daß am Hainfelder Parteitag gerade von einem polnischen Delegirten dies gleichfalls erwähnt wurde, und heute wird es durch eine Publikation bestätigt, welche von Unternehmern herrührt. Es wird dem Arbeiter ein Baardarlehen zu einer Zeit gewährt, wo er es dringend benöthigt. Er verpflichtet sich dagegen, das durch

Arbeitsleistung abzuzahlen. Nun, auch hier findet der Verfasser einige Worte. Aber ich bitte Sie, diese Worte genau anzuhören. Ich habe auch diese in aeternam memoriam aufgeschrieben und will sie wörtlich zum Besten geben. Dies „ist wohl nur eine örtliche Besonderheit, da bei reichlicherer Anwendung dieses Systemes doch das Bedenkliche eines solchen Arbeitsverhältnisses nicht zu übersehen wäre.“ (Heiterkeit.) Sie sehen, wie herrlich weit wir es schon gebracht haben. Offizielle Publikationen sind wirklich bereit, anzuerkennen, daß solche Dinge zu Streitigkeiten führen und nicht übersehen werden würden, wenn sie vorkommen. (Heiterkeit.) Ein Wort der Mißbilligung, wenn auch in diplomatisch gewundener Sprache, ist nicht gestattet.

Das wäre, was ich über Lohn und Beeinträchtigung des Lohnes zu sagen hätte. Weiter kann man hier nicht gehen und ich schreite dazu, die Frage zu beantworten, wie es mit der Arbeitszeit bestellt ist. Da kommen wieder die Dienstboten in Betracht, von welchen wir wissen, daß sie von Sonnenaufgang bis in die Nacht arbeiten, von welchen ein landwirthschaftlicher Schriftsteller erklärt, sie arbeiten bis 18 Stunden. Quistorp, ein deutscher Pastor, erklärt geradezu, daß die Dienstboten ein solches Uebermaß von Arbeit im Sommer zu bewältigen haben, daß ihnen zeitweise alle Lebensfreudigkeit verloren geht. Das kennzeichnet wohl die Arbeitszeit, welche die Dienstboten durchzumachen haben, genügend. Solch' ein Dienstbote hat nicht eine einzige freie Stunde im Jahre gesetzlich gewährleistet. Wir werden noch später darauf zu sprechen kommen. Von den Taglöhnern weiß uns das Ackerbauministerium, beziehungsweise die Unternehmer zu berichten, daß in Niederösterreich eine Arbeitszeit von 12—14 Stunden, in der Steiermark bis 15 Stunden, in Böhmen bis 13 Stunden, in Mähren bis 15 Stunden und in Galizien bis 15 Stunden besteht — eine Arbeitszeit für Männer, Frauen und Kinder. Auffallend ist, daß in Böhmen die Verhältnisse so glänzend sind, und ich meine, daß die 15 Stunden der Wahrheit wohl näher kommen als die 13 Stunden, die wir von Böhmen hören. v. d. Goltz, der sich viel mit diesen Fragen befaßt hat, führt zur Entschuldigung an: Ja, wenn auch die ländlichen Arbeiter im Sommer länger arbeiten, so haben sie im Winter genug Zeit zur Ruhe.

Er hat aber vergessen, daß sie nebst der Ruhe auch noch den Hunger haben. Ferner wird darauf hingewiesen, daß für die Frauen und Kinder die Arbeit im Freien nicht so schädlich ist. Wir kennen andere Arbeiterkategorien, welche im Freien arbeiten; so die Ziegelarbeiter. Wir wissen, wie gesund diese Arbeit im Freien ist, wie gesund es ist, bei Wind und Wetter, bei Kälte und Hitze schwere Arbeit zu verrichten. Dieses thörichte Vorurtheil, daß die Arbeit im Freien von 16—18 Stunden nicht schädlich ist, kann man hinwerfen, wo es hingehört, in die sozialpolitische Rumpelkammer. Dabei kommt in Betracht, daß die Frauen in schwangerem Zustande diese Arbeitszeit durchmachen, daß die Frauen auch nach der Niederkunft diese Arbeit verrichten müssen, daß ihre Säuglinge sich selbst überlassen sind.

Es ist von Interesse, auch etwas über die Wohnverhältnisse zu sprechen. Das eine wissen wir, daß für die Dienstboten jeder Ort gerade gut genug ist, Stall, Dachstube, Kammer u. s. f. In Kärnten gibt es zahlreiche Dienstboten, Hundert und mehr, die alle durcheinander in einer Räumlichkeit schlafen. Das erfordert das Interesse der Unternehmer. (Ruf: Beim Sylva-Tarouca ist's auch nicht besser!) Ich weiß, daß es anderwärts nicht viel besser ist. Gegenüber den Beschönigungen, die von konservativer Seite bezüglich der Wohnungsverhältnisse gemacht werden, will ich mich nur auf einen konservativen Schriftsteller berufen, der erklärt: Es ist nicht wahr, daß die Arbeiter auf dem Lande besser wohnen als die städtischen. Ihre Hütten sind niedrig, eng, der Fußboden oft aus Lehm, staubig; die Kinder müssen einen eigenen Schutzengel haben, wenn sie nicht stürzen

sollen auf diesem Lehm . . . . „so daß die herrschaftlichen Ställe und Scheunen viel behaglicher aussehen und wärmer sind als solche Wohnungen.“ Ich glaube, das ist eine Charakteristik, welche uns weitere Ausführungen erspart. Wir brauchen nicht als Hetzer aufzutreten, sondern wir können Andere für uns hetzen lassen. Quistorp äußert sich so über die Wohnungen der ländlichen Arbeiter in Deutschland, und wir in Oesterreich wissen, daß es bei uns, besonders in Galizien, noch viel schlechter ist, als für Deutschland geschildert wird.

Wenn nun die Arbeiszeit und die Wohnungsverhältnisse so jämmerliche sind, so ist von vornherein die Frage beantwortet, wie sich hier die Familienverhältnisse gestalten: Ohne entsprechende Wohnung, ohne eine angemessene Arbeitszeit ist ein Familienleben nicht denkbar und in der That ist es bei der ländlichen Bevölkerung mit dem Familienleben schlecht bestellt. Mit diesem allgemeinen Satze können wir uns aber nicht begnügen, wir müssen auf die Sache näher eingehen, denn gerade diese Frage ist von besonderem Interesse. Es ist interessant, zu sehen, daß sich das Familienleben der ländlichen Bevölkerung gar nicht selbstständig entwickelt, sondern sich immer der jeweiligen Arbeitsverfassung anpaßt. Die Arbeitsverfassung gestattet oder verbietet die Gründung einer Familie und darnach muß der landwirthschaftliche Arbeiter sich richten. Wir finden nun dort, wo der Latifundienbesitz und die Parzellirung vorherrschend sind, die Ehefrequenz auf dem Lande als eine bedeutende, dort aber, wo das Hofsystem herrscht, finden wir ein gezwungenes Cölibat für die gesammte ländliche Bevölkerung. Das sind Erscheinungen, die es verdienen, näher betrachtet zu werden.

Ich will Ihnen da die Verhältnisse eines einzigen Kronlandes vorführen, das ich aus eigener Wahrnehmung kenne: Kärnten. In Kärnten wiegt bekanntlich der große und mittlere bäuerliche Besitz vor und die ländliche Bevölkerung hat sich diesen Verhältnissen in Bezug auf die Ehe und Familie anpassen müssen. In Oesterreich kamen im Jahre 1893 7·79 Trauungen auf 1000 Einwohner, in Kärnten nur 5·34. In ganz Oesterreich haben wir 14·5 Perzent uneheliche Geburten, in Kärnten 43·2 Perzent. Sie können also sehen, ob wirklich die Unsittlichkeit unter der ländlichen Bevölkerung eine freiwillige ist, ob sie die Möglichkeit hat, zu wählen, eine Familie zu gründen und sittlich zu sein, oder nicht.

Ich weiß, daß in Kärnten thatsächlich vielfach das offene Hausthor eine sehr wesentliche Vertragsbedingung bei der Aufnahme von Knechten und Mägden ist. Wo das Hausthor bei Nacht nicht offen ist, geht der Knecht oder die Magd nicht hin.

Wer hat diese Zustände aber geschaffen? Haben sie die Arbeiter herbeigeführt? Nein. Die Arbeitsverfassung. Ganze Generationen kennen dort keinen Vater, keine Großeltern, sie wissen nicht, daß es etwas derartiges gibt. Sie können sich denken, wie es dort mit den älteren Arbeiterinnen steht.

Noch viel schrecklicher sind die Zustände in Bezug auf die unehelichen Kinder dieser Arbeiterinnen. Diese Kinder haben keinen Vater, nicht einmal einen unehelichen Vater. Die Fluktuation der landwirthschaftlichen Arbeiter ist eine bedeutende und die Verhältnisse sind dahin gediehen, daß der Knecht gar keine Vaterpflichten anerkennt. Bestenfalls wird er vom Gericht verhalten, monatlich 1 fl. Alimentation zu zahlen. Häufig aber ziehen die Leute weg und zahlen gar nicht. Die Mägde müssen also für ihre Kinder selbst sorgen. Eine Magd, die uneheliche Kinder hat, und es handelt sich sehr oft nicht blos um eines, wird nicht leicht in die Arbeit aufgenommen. Wie diese Verhältnisse auf die Kinder zurückwirken, können Sie sich denken. Schon der Säugling ist sich vollständig selbst überlassen. Die Mutter muß auf das Feld gehen und läßt ihn allein zu Hause oder wenn sie ihn schon mit auf das Feld nimmt, so läßt sie ihn dort

irgendwo liegen. Die Kinder verkommen vor Schmutz und rohe Behandlung ist keine Seltenheit.

Das sind die Wirkungen unserer heutigen gottgesegneten Wirthschaftsordnung. Die Sozialdemokraten sind es aber, welche die Familie untergraben, den Familiensinn ertödten und die Ehe vernichten wollen, so behauptet man. — Das haben die Sozialdemokraten bis heute nicht gethan und werden es hoffentlich auch in Zukunft nicht thun. Ich glaube, man kann keine drastischere Widerlegung dafür haben als diese Erscheinungen, die sich gerade in Kärnten so auffällig zeigen.

Die materielle Lage der ländlichen Arbeiterschaft findet auch im Recht ihren Ausdruck. Wie steht es nun mit den rechtlichen Verhältnissen der ländlichen Arbeiterschaft?

In welcher Lage hat sich der Leibeigene einst befunden? Welche Rechte hatte ihm gegenüber der Gutsherr oder Grundherr? Vor Allem hatte der Gutsherr das Recht, dem Leibeigenen den Wegzug zu untersagen. Der Bauer war glebae adscriptus. Ferner hatte der Gutsherr das Recht, die Eingehung einer Ehe zu bewilligen oder zu verbieten, sowie den Anspruch auf ungemessenen Robot. Weiters war der Leibeigene zu Treue und Gehorsam verpflichtet und schließlich stand dem Gutsherrn die niedrige Gerichtsbarkeit zu.

Wozu erwähne ich das? Um Ihnen zu zeigen, daß sich für einen erheblichen Theil der ländlichen Arbeiterschaft hierin nicht viel geändert hat. Der bäuerliche Besitzer ist frei geworden, aber der ländliche Dienstbote ist heute rechtlich wesentlich der Leibeigene geblieben. Gestatten Sie mir, hiefür an der Hand des Rechtes, das heute in Oesterreich Geltung hat, den Beweis anzutreten.

Für das Gesinde in Oesterreich gelten die Dienstbotenordnungen, welche durch die Landtage beschlossen werden. An der Spitze aller dieser Dienstbotenordnungen wird der modernen Gesellschaftsordnung der Tribut gebracht: mit einer tiefen Verbeugung wird erklärt, die Vereinbarung der Arbeitsbedingungen ist Sache des freien Uebereinkommens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer. Wie sieht es nun mit dieser Vertragsfreiheit aus? Vor Allem finden Sie auch hier das Bemühen, dem Dienstboten das Wegziehen oder das Ausdemdienstlaufen zu erschweren. Alle österreichischen Dienstbotenordnungen statuiren, daß für die ländlichen Arbeiter der Vertrag auf ein Jahr abgeschlossen wird. Wollen die Arbeiter einen kürzeren Vertrag eingehen, dann muß das entweder schriftlich oder vor dem Gemeindevorsteher geschehen. Unterschätzen wir diese Bedingung nicht. Auf dem Lande bedeutet es ungeheuer viel, bis sich ein Knecht dazu entschließt, einen Vertrag schriftlich abzuschließen oder zum Gemeindevorsteher zu gehen. Das bedeutet für die ländliche Arbeiterschaft nichts anderes, als daß sie Verträge auf ein Jahr eingehen müssen. Ein gewerblicher Arbeiter hat heute das Recht, den Arbeitsvertrag täglich zu kündigen, der ländliche Arbeiter darf das nicht. Der darf im Laufe des Jahres nur aus bestimmten Gründen kündigen, und wenn auch diese Gründe schon thatsächlich vorliegen, muß er auch noch die Bewilligung des Gemeindevorstehers haben, sonst gilt die Kündigung nicht. Er ist also während des ganzen Jahres rechtlich an den Dienst gefesselt, und er ist in den wenigen Fällen, wo ihm ein Kündigungsrecht zusteht, an die Zustimmung des Gemeindevorstehers, das ist eines Vertreters der Unternehmer, gebunden. Dadurch wird dem ländlichen Arbeiter das Wegziehen vom Lande in gesetzlicher Form unmöglich gemacht. Das genügt aber unseren Großgrundbesitzern und Großbauern heute nicht mehr. Die Freizügigkeit ist ihnen ein Dorn im Auge. Sie wollen die alte Zeit der Leibeigenschaft oft ganz wieder haben, wo das Verbot des Wegzuges in den Händen der Unternehmer lag. Deshalb das Bestreben, die Freizügigkeit zu beseitigen.

Sehen wir nun die Behandlung, wie sie die Dienstbotenordnungen aller Länder dem ländlichen Arbeiter gleichmäßig zu Theil werden lassen. Wenn ein Vertragsbruch eintritt, so kann der Dienstbote erstens dafür eingesperrt werden — das ist selbstverständlich, denn wozu ist er denn ein Proletarier — er kann zweitens zwangsweise zurückgeführt werden und muß drittens vollen Schadenersatz leisten. Anders der Unternehmer. Wenn der Unternehmer, der den Arbeiter für ein Jahr aufgenommen hat, ihn sofort entläßt, oder ihn gar nicht aufnehmen will, so muß er ihm eine Entschädigung leisten. Wie hoch ist diese nun bemessen? Er bekommt in Böhmen höchstens ein Zwölftel des Jahresverdienstes, in anderen Ländern sind 6 Wochen und höchstens 3 Monate festgesetzt. Was bedeutet dies aber für den ländlichen Arbeiter? Sie wissen, die Aufnahme von ländlichen Dienstboten findet nur zu bestimmten Zeiten statt, und wenn der Unternehmer vertragsbrüchig wird, so bedeutet das für den Arbeiter gewöhnlich den Verlust eines Jahres. Er kann nicht so leicht einen Dienst bekommen, trotzdem erhält er nicht den vollen Schadenersatz.

Weiter, die Dienstbotenordnungen, die von Vertragsfreiheit sprechen, unterlassen es dennoch nicht, eine ganze Menge von Vertragsbedingungen für unsittlich zu erklären. Sie sagen, dieselben sind mit guter Hauszucht nicht verträglich, und sie erklären von diesen Bedingungen, daß wenn sie in den Vertrag aufgenommen werden, sie ungiltig sind. Ja, die Aufnahme einer solchen Bedingung ist sogar strafbar. Sie werden nun erwarten, daß das Bedingungen horribelster Art sind. Es sind folgende: Es darf nicht freier Ausgang vereinbart werden, es darf nicht vereinbart werden, daß der Dienstbote das Recht hat, Besuche zu empfangen, daß der Dienstbote seine Effekten außer Haus aufbewahrt, daß der Dienstbote einen beliebigen Aufwand an Kleidern, Putz und Wäsche betreibt. Endlich sind besondere Vereinbarungen über die Art und Menge der Kost unsittlich. (Heiterkeit.) So versteht man die Vertragsfreiheit für den Dienstboten. Wenn Sie wissen wollen, wieso das kommt, so werde ich Ihnen dafür gleich die Erklärung geben.

Auch für die Leibeigenen hat es eine Luxusgesetzgebung gegeben, und diese ist auch von den Herren ausgegangen. Es sind die obigen Bestimmungen also nichts anderes, als ein Ueberrest jener Vorschriften, welche für die Leibeigenen gegolten haben. Es ist dies ein zweites Moment für die Behauptung, daß unsere Dienstboten rechtlich nichts anderes sind, als eine Art von Leibeigenen.

Aus dem Vertrage stehen nun beiden Theilen gewisse Rechte und Pflichten zu. Da finden wir nun vor Allem eine allgemeine Aufzählung, wozu der Dienstbote verpflichtet ist. Er ist darnach verpflichtet zu Treue, Gehorsam, Reinlichkeit, Ordnung, Ehrerbietung, Vorsicht, Fleiß, Wahrhaftigkeit, zu all dem ist er unter strengen Strafen verpflichtet. Glauben Sie ja nicht, daß die Dinge, die ich da aufzähle, meiner Phantasie entsprungen sind. In manchen Dienstbotenordnungen sind alle diese Dinge enthalten, in anderen nur einzelne. Hier finden wir also wieder die Treue- und Gehorsamspflicht der Leibeigenen konservirt. Das Züchtigungsrecht ist heute noch aus vielen Dienstbotenordnungen nicht verschwunden. In den Achtzigerjahren wurde in Galizien eine Dienstbotenordnung berathen, die allerdings nicht zur Annahme gelangte, in welche das Züchtigungsrecht wieder aufgenommen werden sollte. Die gesetzliche Prügelstrafe ist seit den Sechzigerjahren abgeschafft, trotzdem aber besteht ein solches Recht für die Dienstgeber auf dem Lande. Das ist eine seltsame Anomalie: Das Prügelrecht der Behörden ist lange beseitigt, das der Unternehmer besteht fort. Welche weiteren Rechte, die aus der Leibeigenschaft herstammen, stehen dem Dienstgeber zu? Vor Allem das Durchsuchungsrecht. Nach der Dienstbotenordnung ist der Dienstgeber jederzeit und, wie ich glaube, heißt es in der mährischen

Dienstbotenordnung „ohne Angabe eines Grundes“, berechtigt, die Habseligkeiten des Dienstboten zu durchsuchen. Darum ist es unsittlich, wenn vereinbart wird, daß der Dienstbote seine Effekten außerhalb des Hauses aufbewahren kann. Nun tritt da eine merkwürdige Erscheinung zu Tage. Die Polizei bei uns in Oesterreich ist nicht ungünstig situirt, die Dienstgeber sind aber noch besser gestellt. Die Dienstgeber dürfen zu jeder Zeit — auch ohne Angabe eines Grundes — alles durchsuchen. Vor der Polizei darf man seine Sachen verstecken, das ist ein staatsgrundgesetzlich gewährleistetes Recht, vor dem Dienstgeber aber darf man nichts verbergen, sonst ist der Vertrag nichtig.

Nun kommen wir zu einem weiteren Rechte des Dienstgebers.

Er hat das Recht, dem Dienstboten einen unangemessenen Aufwand in der Kleidung und Vergnügungen zu verbieten. Das ist eine unschuldige Bedingung. Ich glaube, die Höhe des Lohnes verbietet ohnehin einen unangemessenen Aufwand an Kleidung und Vergnügungen.

Das sind die Rechte der Dienstgeber. Diesen müssen doch auch Pflichten gegenüberstehen. Vor Allem die Pflicht der Lohnzahlung. Da haben nun die Verfasser der neuesten Dienstbotenordnungen sich die Köpfe zerbrochen, wie man das so recht modern ausgestalten kann und sie sind richtig darauf verfallen, daß es am bequemsten ist, den Lohn so selten als möglich auszuzahlen, vor Allem wegen der Freizügigkeit und zweitens, weil es angenehmer ist, das Geld länger in der eigenen Tasche zu behalten. In Böhmen wird der Lohn folgendermaßen ausbezahlt: in den ersten 3 Monaten 20 Perzent, da braucht der Dienstgeber keine Arbeit, nach weiteren 3 Monaten 25 Perzent, nach wieder 3 Monaten 30 Perzent, und zuletzt 25 Perzent. Das ist schön genug. Nun sagt man aber in einzelnen Alpenländern: im Winter wird nichts gearbeitet, also braucht der Dienstbote kein Geld. In Oberösterreich und Steiermark (hier ist die neueste Dienstbotenordnung) wird bezahlt nach den ersten 3 Monaten 10 Perzent, nach weiteren 3 Monaten 25 Perzent, dann 40 Perzent und endlich 25 Perzent. Meinen Sie, das sei das Schlimmste? Eitel Täuschung. In Kärnten hat man gesagt: wer wird sich da über den Perzentsatz den Kopf zerbrechen. Der Lohn wird am Schluß des Jahres auf einmal ausbezahlt. (Heiterkeit.) So sieht es mit den Pflichten der Dienstgeber aus.

Wenn so ein armer Dienstbote zu den Waffenübungen einberufen wird, so wird er, das gebietet der Patriotismus und — der Mangel an Dienstboten auf dem Lande, nicht entlassen. Man entläßt ihn also gnädigerweise nicht, aber die Gelegenheit muß man benützen, um den Lohn für 2 Monate zurückzubehalten. Vielleicht fällt es ihm sonst unterdessen ein, zu verschwinden. Das, wogegen sich unsere gewerblichen Arbeiter mit aller Macht sträuben, ist in Kärnten, Tirol, Steiermark u. s. w. bereits zur Durchführung gelangt, das Recht der Lohnzurückbehaltung.

Im „frommen Landl“, in Tirol, ist man noch weiter gegangen und hat folgende Bestimmung aufgenommen: Für jeden ohne gegründete Ursache o d e r aus eigenem Verschulden versäumten Arbeitstag kann dem Dienstboten der fünffache Betrag des Lohnes in Abzug gebracht werden. (Bewegung.) Das ist etwas so Unerhörtes, daß selbst unsere Nerven einigermaßen zu vibriren beginnen, wenn wir das hören. Das ist eine Dienstbotenordnung aus dem Jahre 1879. Dafür sind allerdings die Dienstgeber wieder barmherzig. Wenn der arme Dienstbote erkrankt, gewährleistet ihm die Dienstbotenordnung entsprechende Hilfe. Wie sieht es mit derselben aus? Bis zur Einführung des Krankenversicherungsgesetzes hatte der gewerbliche Unternehmer die Pflicht, den Arbeiter durch 4 Wochen auf seine Kosten im Spitale verpflegen zu lassen. Das ist den Landwirthen aber zu viel geworden und man hat dies in Tirol auf 3 und in Oberösterreich auf 2 Wochen reducirt. In Böhmen ist dem Land=

tage eine Petition überreicht worden, in welcher die bäuerlichen Besitzer erklären, daß sie zu Grunde gehen müssen, wenn man von ihnen fordert, daß sie für die erkrankten Dienstboten 4 Wochen sorgen müssen. Nach dieser Zeit tritt die Gemeinde an die Stelle des Dienstgebers.

Und nun komme ich dazu, zu erklären, daß diese Dienstbotenordnungen nichts anderes sind als ein Strafcodex. Sie werden erstaunt fragen: ja gibt es denn noch etwas zu strafen? Bestraft wird: Die Aufnahme von unerlaubten Vertragsbedingungen, bestraft Vertragsbruch, bestraft, wenn der Dienst träge, schlecht oder unwillig verrichtet wird, wenn der Dienstbote ein unangemessenes oder, wie die steierische Dienstbotenordnung sagt, „wenn sie sonst (!) ein ihrem Dienstverhältnisse nicht entsprechendes Betragen beobachten."

So das Strafsystem der Dienstbotenordnungen. Wir finden in den Dienstbotenordnungen weiters einen Begriff, der uns wieder an die Leibeigenschaft gemahnt. Die Dienstbotenordnungen sprechen von „entlaufenen Dienstboten". Wir wissen, das „Entlaufen" des Dienstboten ist Vertragsbruch. Damit begnügt man sich aber nicht. Man sagt, wer den entlaufenen Dienstboten in Arbeit nimmt, wird gleichfalls gestraft und ist schadenersatzpflichtig und — nun kommt das Schönste — wer einen entlaufenen Dienstboten Unterkunft bietet, ist strenge zu bestrafen und schadenersatzpflichtig. (Rufe: Skandal!)

Ich entnehme dies wörtlich den Dienstbotenordnungen, von welchen mehrere diese Bestimmung enthalten. Ich begreife, daß diese Dienstbotenordnungen aufreizend wirken. Eine Analogie für diese Bestimmung haben wir im § 214 des Strafgesetzes, wo es als ein Verbrechen bezeichnet wird, wenn Jemand einen Verbrecher verbirgt oder ihm Unterkunft gibt. Wie aber, wenn die Eltern dem „entlaufenen" Dienstboten Unterkunft geben wollen? Da verlangt es die Moral der heutigen Gesellschaft, der Großgrundbesitzer und bäuerlichen Besitzer, daß das eine Uebertretung ist, daß das gestraft wird. Die Eltern müssen ihr eigenes Kind von der Thüre jagen, wenn sie wissen, daß es ein „entlaufener" Dienstbote ist.

Sie werden sich angesichts solcher Dinge nicht wundern, wenn wir auch bei den Bestimmungen über die Behandlung der arbeitslosen Dienstboten wieder an die Leibeigenschaft gemahnt werden. Arbeitslos sind Diejenigen, die den Dienst aufgegeben oder verloren haben. Diese unterstehen der strengen Aufsicht des Gemeindevorstehers, u. zw. normalerweise, nicht blos, wenn sie sich etwas zu schulden kommen lassen. Sie stehen also unter ständiger Polizeiaufsicht. Worin besteht dieselbe? Vor Allem hat man in Kärnten gefunden, daß es sehr gut ist, Statistik zu machen und die machen sie in der Weise, daß der Gemeindevorsteher alljährlich eine Beschreibung der Dienstboten vorzunehmen hat. Er hat alle arbeitenden und arbeitslosen Dienstboten aufzunehmen, sowie man in Oesterreich eine Viehzählung vornimmt. Weiter: die arbeitslosen Dienstboten sind verhalten, öffentliche Arbeiten zu machen. Wenn ein Dienstbote auch Geld hat und von diesem Geld leben will, das geht nicht. Wenn nun ein solcher Dienstbote einen Ausweg sucht und sagt, ich will für meine Eltern oder Angehörigen arbeiten, so ist da die Dienstbotenordnung schon so vorsichtig, indem sie den Gemeindevorsteher anweist: ein Vorwand, daß man bei den Eltern arbeiten will, ist nicht zu beachten, wenn keine oder keine angemessenen (!) Arbeiten bei den Eltern vorhanden sind. Endlich sind Dienstboten, welche in der Gemeinde nicht zuständig sind, im Falle der Arbeitslosigkeit auszuweisen. Nicht etwa nur in dem Falle, wenn sie sich etwas zu schulden kommen lassen, nein. Sie stehen ja unter ständiger Polizeiaufsicht und wenn sie arbeitslos werden, sind sie auszuweisen. Sie sind also ipso jure Vagabunden. Und nun kommt Mähren und zieht die Konsequenzen daraus, indem gesagt wird: „Im übrigen wird

bezüglich der arbeitslosen Dienstboten auf das Gesetz vom 24. Mai 1885 hingewiesen," d. h. auf das Vagabundengesetz. Das ist die Bestätigung dessen, was ich gesagt habe, daß die dienstlosen Dienstboten in Oesterreich von vornherein als Vagabunden gelten.

Alle Bemühungen sind also darauf gerichtet, den Dienstboten an die Scholle zu fesseln. Das Dienstbotenbuch genügt dabei nicht, wie beim gewerblichen Arbeiter das Arbeitsbuch. Die Herren am Lande müssen ja in allen Stücken etwas voraus haben. So haben sie also auch obligatorische Zeugnisse eingeführt zum Unterschied von der Gewerbe-Ordnung, wonach die Eintragung des Zeugnisses in das Arbeitsbuch nur auf Wunsch des Arbeiters zu erfolgen hat. Besonders fortschrittlich gesinnt sind unsere Alpenländer auf diesem Gebiete. Da hat man herausgefunden, daß es noch nicht genug sei und so hat man Leihkaufscheine noch dazu eingeführt. So ein landwirthschaftlicher Arbeiter hat also Dienstbuch, Zeugniß und Leihkaufschein. Dieser letztere ist eine Karte, die ihm die Erlaubniß ertheilt, sich für die Landwirthschaft als Arbeiter zu verdingen. Wenn er sich ohne Leihkaufschein verdingt, ist er strafbar. Es ist klar, daß bei so vielen Kautelen der Dienstbote an das Dorf gefesselt sein muß, wir werden bald sehen, in welcher Weise.

Nun bleibt nur noch eines übrig, wenn ich den angetretenen Beweis erbracht haben will. Die niedere Gerichtsbarkeit steht gleichfalls wie dem Gutsherrn gegenüber dem Leibeigenen, so heute dem Dienstgeber zu. Wer sind die Gemeindevorsteher? Das sind insbesondere Großbauern. Welche Rechte stehen ihnen zu? Sie haben die Straf- und Civilgerichtsbarkeit auf Grund der Dienstbotenordnung während der Dienstzeit und 30 Tage nach Auflösung des Dienstverhältnisses in Lohnstreitigkeiten. Sie haben über Zucht, Sitte und Ordnung der Dienstboten zu wachen. In Böhmen geht die Berufung gegen ihre Entscheidungen nicht an die politische Behörde, sondern an die Bezirksausschüsse und die sind ja nichts anderes als Ausschüsse der Unternehmer. In Galizien haben innerhalb der ausgeschiedenen Gutsgebiete die Unternehmer die niedrige Gerichtsbarkeit selbst, sie entscheiden also dem Dienstboten gegenüber in eigener Sache. Sie sehen, auch in dieser Richtung hat sich nichts geändert.

Sie werden mir zustimmen, wenn ich zusammenfassend sage: Der Wegzug vom Lande ist rechtlich erschwert, Strafen von „entlaufenen" Dienstboten sind auf der Tagesordnung, die Ehen der landwirthschaftlichen Arbeiter, insbesondere der Dienstboten, müssen sich der Arbeitsverfassung anpassen, die Dienstboten müssen ungemessene Arbeiten verrichten, sie haben die Verpflichtung zu Treue und Gehorsam und unterstehen der niederen Gerichtsbarkeit der Gemeindevorsteher, in Galizien der Großgrundbesitzer. Was fehlt noch zu dem Bilde, das ich Ihnen von den Leibeigenen des Mittelalters gegeben habe? Es fehlt nicht viel, es fehlt fast nichts vom rechtlichen Standpunkte. Und dabei: Je jünger die Dienstbotenordnung ist, desto niederträchtiger ist sie, umso schärfer und rücksichtsloser gegen die Dienstboten, sodaß man nicht einmal als einzige Erklärung nehmen könnte, daß das Ueberreste sind, die mit der Zeit weichen werden, nein, sie wollen nicht weichen, sie kommen nur noch verschärft hinzu. Die Dienstbotenordnung wird in den Landtagen gemacht und so ist es begreiflich, warum man gerade die Knechte vom Wahlrechte ausschließen will. Jetzt werden Sie begreifen, warum die Dienstherren nicht mit den Knechten in der Gemeindestube, im Landtage und im Reichsrathe zusammensitzen wollen. Es handelt sich nicht um eine Gefühlsduselei, es handelt sich um die rechtlichen und wirthschaftlichen Fragen. Wenn die Knechte im Landtage sitzen würden, dann würden Dinge haarsträubendster Art zutage gefördert werden; heute erfährt Niemand etwas davon, höchstens wenn nach Jahren ein sozialdemokratischer Parteitag zusammentritt und die Frage der Lage der ländlichen Arbeiter aufwirft.

Wie steht es nun mit den freien Arbeitern, mit den Taglöhnern? Für die gibt es, so merkwürdig es auch klingen mag, keine gesetzliche Bestimmung, keine gesetzliche Regelung. Es gibt keine gesetzliche Bestimmung wie das Arbeitsverhältniß zwischen den Taglöhnern und den Großgrundbesitzern sich zu gestalten hat. Es gelten die Vorschriften des allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuches, und wie ungenügend diese sind, das wissen Sie ja Alle.

Was ist die Folge? Nachdem die Judikatur auch in diesen Dingen den Gemeindevorstehern zugewiesen ist, so ist die nothwendige Konsequenz die: Willkür tritt an Stelle des Rechts, der freie Taglöhner wird nach dem Recht behandelt, das sich die Gemeindevorstehungen schaffen, ohne Aufsicht oder auch unter Aufsicht der politischen Behörden. Ich meine, daß wir über die Lage der ländlichen Arbeiter doch schon manches Interessante auf diese Weise erfahren haben. Da ist die Frage am Platze: Wie reagiren die ländlichen Arbeiter gegen diese unmenschliche Ausbeutung, gegen die niedrige rechtliche Stellung? Sie thun genau dasselbe, was die Leibeigenen im Mittelalter gethan haben, sie ergreifen die Flucht nach den Städten. Man nennt das mit einem schön klingenden Worte: Den Zug vom Lande nach der Stadt. So antworten die ländlichen Arbeiter auf die Ausbeutung am Lande. Allerdings möchte man, wie man früher Edikte „wider freventliches Entlaufen der Bauern" erlassen hat, auch jetzt die Freizügigkeit noch weiter beschränken. Sehen wir, welche Folgen diese Flucht nach der Stadt herbeigeführt hat. Einige Daten sind von besonderem Interesse. Wenn wir die Berufsthätigen in der Landwirthschaft in Betracht ziehen, finden wir, daß ihre Zahl in der Gesammtbevölkerung von 60·69 Perzent im Jahre 1880 auf 55·88 Perzent im Jahre 1890 gesunken ist. Wir finden, daß Orte mit einer Einwohnerzahl bis zu 2000 um 3·42 Perzent gewachsen sind, daß Ortschaften von 2000 bis 10.000 Einwohnern um 6·81 Perzent und Orte mit mehr als 10.000 Einwohnern um 33·21 Perzent zugenommen haben. Es ist dies nicht ein natürlicher Zuwachs, sondern es ist ein Zuwachs in Folge der Zuwanderung. Wenn wir das Jahr 1843 mit dem Jahre 1890 in Vergleich setzen, so finden wir noch drastischere Daten. Im Jahre 1843 wohnten 81 Perzent der Bevölkerung, im Jahre 1890 67·5 Perzent der Bevölkerung in Ortschaften mit bis 2000 Einwohner. Im Jahre 1843 wohnten in Ortschaften über 2000 Einwohner 18·9 Perzent, heute 32·5 Perzent der Bevölkerung. In größeren Städten von über 20.000 Einwohnern wohnten im Jahre 1843 4·2 Perzent, im Jahre 1890 12 Perzent der gesammten Einwohnerschaft Oesterreichs. Es sammelt sich alles in den Großstädten an und wie, frage ich, geht dieser Zuwachs vor sich? Ich berufe mich da auf Rauchberg, einem gewiß tadellosen Zeugen. Dieser sagt: Je höher der Lohnsatz der Stadt, umso größer der Zuzug vom Lande, je geringer der Lohnsatz am Lande, umso größer der Wegzug vom Lande. Von der gesammten Bevölkerung des Jahres 1890 wohnten nicht weniger als 8,316.561 nicht dort, wo sie geboren sind, in Wien 55·3 Perzent, in Steiermark 52·7 Perzent.

Noch ein zweites Mittel haben die ländlichen Arbeiter und Parzellenbesitzer. Sie fliehen schon weiter als bis in die Stadt. Man spricht vom Eigenthumsfanatismus der Bauern, wenn aber die Verhältnisse der Bauern einmal so weit gekommen sind, wie in Galizien, so spürt man von diesem Fanatismus nichts mehr. Der Bauer wirft den Besitz hin, um den Verhältnissen zu entfliehen, er verschleudert Grund und Boden, er weiß zwar, daß ihm kein anderes Schicksal bevorsteht, als das eines Proletariers, trotzdem zieht er es vor, nach Amerika auszuwandern, einem unbekannten Schicksale entgegen zu gehen, als an seiner Scholle festzukleben.

So sieht es mit dem Eigenthumsfanatismus der Bauern aus; er ist gar nicht so groß, als er gemeiniglich hingestellt wird.

Gestatten Sie, daß ich Ihnen auch hier einige Ziffern vorführe.

Im Jahre 1871 wanderten aus Oesterreich 9205 Personen aus, im Jahre 1890 war die Zahl auf 53.778 gestiegen; Sie sehen, welche rasche Entwickelung die Verhältnisse auf dem Lande genommen haben müssen, daß die Auswanderung in dieser Weise emporgeschnellt ist. Nicht Hetzer und nicht Agenten, sondern die wirthschaftlichen Verhältnisse haben es dahin gebracht.

Wenn jetzt eine Abnahme eingetreten ist, so kommt das davon, daß in Amerika Repressivmaßregeln gegen die Einwanderung ergriffen worden sind.

Ueber die Lage der landwirthschaftlichen Arbeiter kann ich zusammenfassend Folgendes sagen: Das Gesinde ist materiell und rechtlich schlecht gestellt. In zahllosen Fällen ist der Dienstbote nicht einmal in der Lage, an die Gründung einer Familie zu schreiten und einen eigenen Herd zu errichten, wenn dieser auch noch so elend ist.

Unter den Taglöhnern haben wir Besitzlose und „Besitzende". Der Besitzlose kann leichter flüchten, der „Besitzende", den man manchmal bei uns Sozialdemokraten etwas scheeler ansieht, ist schlimmer daran, er ist an die Scholle gefesselt, er wird bewuchert und erhält einen niedrigeren Lohn als der besitzlose Proletarier. Dieses Verhältniß wirkt zurück auf den Kleinbauer, der nicht Lohnarbeiter ist. Mit dem Steigen der Ausbeutung der Arbeiter muß auch, wegen der Konkurrenzfähigkeit, die Selbstausbeutung der Kleinbauern oft steigen. Das ist der Zusammenhang der Dinge, wie er in der Landwirthschaft geradeso zu Tage tritt, als in der Industrie.

Ich will nun wieder über die ländlichen Arbeiter einen konservativen Schriftsteller zitiren — es gilt das, was er für Deutschland sagt, auch für Oesterreich. Quistorp sagt: „Die Arbeiter sind gänzlich in die Hand des Gutsherrn gegeben, schlimmer als zur Zeit der Leibeigenschaft". Er geht weiter als ich, er sagt: „S c h l i m m e r als zur Zeit der Leibeigenschaft".

Das ist es, was ich über die Lage der ländlichen Arbeiter zu sagen hatte.

Anknüpfend daran, will ich heute einen Theil der Forderungen, welche die sozialdemokratische Partei im Interesse der ländlichen Proletarier, aber auch der Kleinbauern aufzustellen genöthigt ist, erörtern.

Vor Allem muß der Niederschlag der Leibeigenschaft radikal und rücksichtslos beseitigt werden. Das ist eine Forderung, welche aufzustellen wir verpflichtet sind und für die wir mit Entschiedenheit einzutreten haben. Es muß bei dem Gesinde das Vertragsverhältniß in den Vordergrund treten und nicht das Verhältniß der Leibeigenschaft. Allerdings bedarf das Vertragsverhältniß einer Einschränkung, aber zu Gunsten der Schwachen und nicht der Starken. Wir verlangen eine Einschränkung zu Gunsten des Arbeiters, wir verlangen eine Arbeiterschutzgesetzgebung. In Bezug auf das Gesinde müssen wir sagen: Fort mit den Dienstbotenordnungen! (Beifall.)

Wir stehen da aber vor der Frage: Ist es richtig, die Unterordnung der landwirthschaftlichen Arbeiter unter die Gewerbe-Ordnung zu fordern? Ich halte das für unpraktisch und undurchführbar in Folge der eigenthümlich komplizirten Verhältnisse auf dem Lande; diese decken sich durchaus nicht mit den Verhältnissen in der Stadt und bei der Industrie. Die Sozialdemokratie muß für die Landwirthschaft die Forderung einer eigenen landwirthschaftlichen Gewerbe-Ordnung aufstellen, in welcher das Vertragsverhältniß zwischen dem Unternehmer und Arbeiter geregelt wird und in welcher auch die Arbeiterschutzgesetzgebung ihre besondere Regelung findet.

Wir verlangen außerdem die Einführung von ländlichen Gewerbegerichten. Als Arbeiterschutz fordern wir vor Allem Verbot der Kinderarbeit. Hierüber gestatten Sie mir noch Einiges vorzubringen. Es ist sicher, daß der Kinderschutz ohne strenge Durchführung des Volksschulunterrichtes nicht möglich ist. In einem

Athem mit dem Kinderschutz müssen wir daher fordern: Strenge Durchführung der achtjährigen Schulpflicht. Kurz muß ich skizziren, wie es mit der Schulpflicht am Lande steht. Der Staat verausgabt für die Hoch- und Mittelschulen jährlich 13,000.000 fl. Was leistet er aber für die Volksschulen? 280.000 fl. jährlich. Im Uebrigen überläßt er sie ihrem Schicksal, d. h. den Gemeinden. Dieselben sind jedoch zumeist nicht in der Lage, die Schulkosten zu tragen. Die Folge davon ist, daß wir in Oesterreich mindestens 4000 Ortsgemeinden finden (Ortschaften gibt es noch viel mehr), die überhaupt keine Schulen haben. Unter den vorhandenen Schulen sind 44·7% einklassige, 22% zweiklassige, so daß über 66% der Schulen ein- oder zweiklassig sind. Wir haben in Oesterreich durchschnittlich 14% der Kinder ohne jeden Unterricht, in Galizien sind es gar 37·7%, in der Bukowina sind es 40%. Wir haben endlich 10.232 Lehrer, deren Einkommen unter 400 fl. beträgt, darunter 1432, deren Gehalt nicht einmal 200 fl. übersteigt. (Hört!) Wenn wir die Konsequenzen aus diesen Thatsachen ziehen, so heißen sie: Uebernahme der Schullasten auf den Staat, Verstaatlichung der Schule im wahren Sinne des Wortes. Das ist eine Forderung, welche nicht nur im Interesse der ländlichen Arbeiterschaft, sondern auch im Interesse der Bauern gestellt werden muß. (Zustimmung.) Das bedeutet für uns der Kinderschutz. Daß wir einen Normalarbeitstag und die vollständige Sonntagsruhe verlangen müssen, ist begreiflich. Wenn man uns unpraktischen Sinn vorwirft, so können wir uns auf eine Versammlung deutscher landwirthschaftlicher Dienstgeber berufen, welche in den 70er Jahren stattgefunden und erklärt hat, die Einführung eines Normalarbeitstages sei möglich; wir können uns auf Prof. v. d. Goltz berufen, der ebenfalls zugegeben hat, die Einführung eines Normalarbeitstages sei durchführbar. Daß wir weiter die Einschränkung des Truckunwesens, Verbot der Wöchnerinnenarbeit, sowie die Errichtung eines Inspektorats für die Landwirthschaft fordern müssen, ist gleichfalls einleuchtend. Nach all' dem, was ich gesagt habe, ist es auch klar, daß wir das Wahlrecht für die ländlichen Arbeiter in allen Körperschaften zu verlangen haben. Besonders zu betonen ist aber die Beseitigung der Gutsgebiete in Galizien.

Endlich komme ich zu einem Gegenstande, bei dem ich etwas verweilen muß. Es ist dies die Vertheilung der Armenlast. Der Staat hat es sich auf diesem Gebiete sehr bequem gemacht, er leistet gar nichts. Die Folge davon ist die, daß in Oesterreich für die Armen in wunderbarer Weise gesorgt ist. Man kann sagen, daß eine solche Armenversorgung ein Hohn auf die Humanität ist, deren wir uns gern brüsten. Was müssen wir also verlangen? Wir haben zu fordern, daß die Versicherung, und zwar die Krankheits-, Unfall-, Alters- und Invaliditätsversicherung, sowie die Versorgung der Witwen und Waisen für das gesammte ländliche Proletariat eingeführt werde. Wir müssen erklären, daß der Kleinbauer und seine Angehörigen zu dieser Versicherung gleichfalls obligatorisch herangezogen werden sollen. Daß sich der Staat hiebei, wie es in Deutschland der Fall ist, auch mit seinen Mitteln betheiligen muß, ist einleuchtend. Damit wird der größte Theil der Armenlast von der Gemeinde genommen und es wird etwas Anderes an die Stelle treten, was wirklich wie eine Unterstützung aussieht. Das ist wieder eine Forderung, die im Interesse der gesammten ländlichen Bevölkerung gestellt wird.

Zum Schlusse möchte ich noch eine allgemeine Bemerkung machen. Es wird sehr häufig der Sozialdemokratie vorgeworfen, daß sie das Kleingewerbe und den kleinen Bauernstand vernichten wolle. Bei dieser Gelegenheit ist doch die Frage zu untersuchen: Wer ist es, der diesen Vorwurf erhebt? Das sind jene Leute, die berufsmäßig den Bauer und den kleinen Gewerbetreibenden abschlachten.

Hier haben wir nun gezeigt, daß das Interesse eines erheblichen Theiles

der Bauernschaft, der sogenannten Besitzenden, die in Wahrheit aber Proletarier sind, zusammenfällt mit dem Interesse der nichtbesitzenden Proletarier.

So lassen Sie mich denn meine Ausführungen mit einem Rufe schließen, der, allerdings in einem anderen Sinne, von Bebel erhoben worden ist: Hinaus auf das Land, um dem landwirthschaftlichen Arbeiter zu helfen, um zu zeigen, daß die einzige Hilfe, die ihm kommen kann, nur ausgehen wird von der Arbeiterschaft, von der österreichischen Sozialdemokratie! (Lebhafter Beifall.)

Gen. Nitsche (Graz) beantragt, den Vortrag des Gen. Dr. Verkauf in Form einer separaten Broschüre herauszugeben.

Gen. Berner beantragt, den Vortrag auch ins Czechische zu übersetzen.

Hierauf wird die Sitzung geschlossen.

(Schluß der Sitzung 1 Uhr 15 Min.)

Nachmittagssitzung.

Gen. Zeller eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Es wird die Tagesordnung, Punkt VIII: „Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiter" fortgesetzt.

Referent Gen. Schuhmeier (Wien): Ich wünsche, daß das von Gen. Verkauf vorgebrachte reiche Material uns möglichst bald zur Verfügung stehe, damit wir hinausgehen und es verwerthen können.

Ich kann nur über die Verhältnisse jener Länder sprechen, die ich genauer kenne, das sind Niederösterreich und Oberösterreich. Die Versammlungen, die wir da abgehalten haben, waren von der ländlichen Bevölkerung gut besucht und unsere Kritik der bestehenden Verhältnisse hat guten Erfolg erzielt. In St. Pölten z. B. sind unsere Versammlungen mehr von Bauern und ländlichen Arbeitern, als von den gewerblichen Arbeitern besucht. Nun ist freilich die Frage, ob das für die Zukunft vorhält? Es ist außerordentlich schwer, bei der ländlichen Bevölkerung dauernd festen Fuß zu fassen. In den Versammlungen ist der Bauer Feuer und Flamme, er weiß, daß er sich durch das Zuhören zu nichts verpflichtet. Freilich, wenn der Pfarrer von der Kanzel das Gegentheil von dem predigt, was wir sagen, so denkt sich Mancher: „Das ist doch nicht so, wie Du sagst"; er fühlt sich aber doch nicht verpflichtet, sich mit uns in engere Verbindung einzulassen. Für die Organisationen sind die Bauern nicht leicht zu haben. Wir haben einmal in Augenthal eine reine Bauernversammlung abgehalten, die von über 3000 Personen besucht war. Dort haben wir dann einen Bauernverein gegründet, aber von den 3000 sind nicht mehr als 30 oder 40 dem Vereine beigetreten. Derselbe besteht übrigens noch jetzt aufrecht und arbeitet ganz gut. Es wird sich daher fragen, ob wir nicht eigene Organisationen für die landwirthschaftliche Bevölkerung schaffen sollen.

In letzterer Zeit hat sich in Niederösterreich ein Bauernverein unter der Patronanz des Dr. Lueger gebildet, der einen großen Anhang gefunden hat; freilich besteht derselbe aus anderen Elementen, als wir sie brauchen können. Bei der Schaffung von Organisationen für die Landbevölkerung muß mit großer Vorsicht vorgegangen werden; man darf nur dort Vereine gründen, wo Aussicht ist, daß sie bestehen können; denn wenn ein solcher Verein eingeht, so ist auf lange Zeit der Boden für unsere Agitation nicht mehr günstig. In diesen Organisationen müßte die Erkämpfung jener Forderungen angestrebt werden, welche heute Gen. Dr. Verkauf in den Vordergrund gestellt hat.

Es wurde konstatirt, daß Taglöhner einen Taglohn bis herunter zu 10 und 7 kr. haben; von diesen Leuten können wir doch nicht Beiträge für die Organisation verlangen. Wir müssen aber Mittel finden, um die Leute in die

Organisation zu bringen. Das wird auch im Interesse der städtischen Arbeiterbevölkerung gelegen sein, weil, wenn wir den Leuten am Lande bessere Arbeitsbedingungen schaffen, der Zug vom Lande in die Stadt weniger stark sein wird und wir weniger Lohndrücker in der Stadt haben werden.

Es liegen auch mehrere Anträge vor.

Gegen den Antrag der Bezirksorganisation Tetschen läßt sich nichts einwenden; es fragt sich nur, ob wir auch die Zeit und das Geld dafür haben werden. Der Antrag der Bezirksorganisation Wien XVIII, Gründung eines Bauernorgans, ist nicht durchführbar, denn es würde sich ein solches Organ, welches blos für die Landwirthe schreibt, unmöglich halten. Die landwirthschaftlichen Arbeiter haben dieselben Interessen, wie die gewerblichen: Verkürzung der Arbeitszeit und möglichst hohe Löhne; wenn Sie aber ein Organ für die Bauern gründen wollen, und darin für die ländlichen Arbeiter eintreten, so werden es die Bauern nicht lesen. Die Sozialdemokraten wollen ja nicht auf das Land hinausgehen, um zu agitiren und dabei ihre Prinzipien verhüllen. Gerade jetzt, wo wir vor der Wahlagitation stehen, wäre das ein doppelter Fehler. Ich glaube daher, daß die Resolution des IX. Bezirkes, die das noch ausdrücklich verbietet, was gar nicht geschieht, überflüssig ist.

Was den Antrag der Kreisvertretung Westböhmen betrifft, so ist es fraglich, ob die Volksbildungsvereine ein geeignetes Mittel sind, unter den landwirthschaftlichen Arbeitern Aufklärung zu verbreiten. Der Antrag der mittelmährischen Kreisorganisation geht auf dasselbe hinaus.

Gen. Dr. Verkauf hat die gedrückte Lage der landwirthschaftlichen Arbeiterschaft auseinandergesetzt. Ich möchte dem hinzufügen, daß da noch der Einfluß, den die Pfaffen am Lande auf die Arbeiterschaft haben, hinzukommt. Es ist mir gestern ein Blatt in die Hände gekommen, worin es heißt, daß ein Pfaffe von der Kanzel gepredigt habe: es kommen die Sozialisten, die rauben, morden und brennen. Es werden auf dem Lande überall gute Agitatoren nöthig sein, die verhüten, daß die Arbeit, die wir in einer mehrstündigen Versammlung zu leisten versuchen, durch die Predigt am Sonntag zunichte gemacht werde. Wir werden einerseits unsere Prinzipien dem Bauer nicht verhehlen dürfen, und müssen deswegen andererseits die Pfaffen rücksichtslos bekämpfen. Es muß immer darauf hingewiesen werden, daß zwischen der Klerisei und Religion sehr wohl unterscheiden sei.

Bemühen Sie sich, Genossen, auf dem Lande rücksichtslos zu kämpfen! Dadurch erziehen wir die Leute, und es wird nicht lange dauern, so werden diese ebenso energisch auftreten, wie wir. Dadurch erziehen wir uns einen Stock von Leuten, die wir dann für die Agitation brauchen können.

Ich glaube, daß wir das, was Gen. Dr. Verkauf ausgeführt hat, in eine Resolution zusammenfassen sollten, die ja nur eine Ergänzung des Hainfelder Programms ist und welche lautet:

Der V. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie erklärt:

„Die ländliche Arbeiterschaft in Oesterreich setzt sich aus besitzlosen Proletariern wie aus Parzellenbesitzern und Zwergwirthschaften zusammen. Sie recrutirt sich vielfach aus den Kindern der bäuerlichen Klein- und Mittelbesitzern. Es wird somit im Interesse des größten Theiles der ländlichen Bevölkerung Oesterreichs gefordert:

1. Die vollständige Beseitigung der Dienstbotenordnungen und die gesetzliche Regelung des Arbeitsverhältnisses, unter Festhaltung der Vertragsnatur desselben.

2. Die Schaffung einer Arbeiterschutzgesetzgebung. Insbesondere ist das Verbot der Kinderarbeit auszusprechen. Zu diesem Behufe ist die strenge Durchführung der achtjährigen Schulpflicht und die Uebernahme der Schullasten auf den Staat erforderlich. Außerdem sind der Normalarbeitstag und die Sonntagsruhe einzuführen, das Truckwesen zu beseitigen, die Arbeit von Wöchnerinnen zu untersagen, endlich ein eigenes Inspectorat und ländliche Gewerbegerichte einzuführen.

3. Zur Entlastung der Dorfgemeinden wie zur Sicherung einer ausreichenden Unter-

stützung ist die zwangsweise Versicherung für den Krankheitsfall, gegen Betriebsunfälle, sowie für den Fall der Invalidität und Alter, endlich die Witwen- und Waisenversicherung unter Heranziehung staatlicher Mittel gesetzlich zu normiren.

Zur Versicherung sind nicht nur die Lohnarbeiter, sondern auch die Kleinbauern und ihre Angehörigen heranzuziehen."

Diese Resolution sowie die gedruckten Anträge Nr. 36, 37 und 38 werden genügend unterstützt.

Vorsitzender: Die Kommission zur Berathung der Anträge zum Punkt IV Tagesordnung „Organisation" hat ihre Arbeit beendet und erhält nunmehr der Referent das Schlußwort, damit dieser Punkt erledigt werde.

Referent Gen. Neumann: Bezüglich der Wahlagitation liegen mehrere Anträge vor. Der Gen. Daszynski hat den zweiten Absatz seines Antrages zurückgezogen. Die Kommission beantragt auch die Ablehnung aller übrigen Anträge und empfiehlt den ersten Absatz des Antrages Daszynski. Wir wünschen die Annahme, weil es nothwendig ist, daß bei Aufstellung von Kandidaten die Reichsparteivertretung mit in's Einvernehmen gezogen wird, weil der ersten Aufstellung von Kandidaten eine ungeheuere Wichtigkeit beizumessen ist. Wir sind ja überzeugt, daß die Kreisorganisationen die tüchtigsten Genossen als Kandidaten aufstellen werden, ebenso aber können Sie davon überzeugt sein, daß seitens der Parteivertretung Ihnen dann keine Einwendung gemacht werden wird. Die Parteivertretung wird Ihnen keine Kandidaten octroyiren, aber es ist nothwendig und wichtig, daß die Parteivertretung ihr Votum bezüglich der Kandidaten abgibt. Es ist auch vorgesehen, daß nicht nur deutsche Genossen in der Parteivertretung sind, sondern wir wünschen, daß in der Parteivertretung die größte Zahl der österreichischen Nationalitäten vertreten ist. Dieser Antrag ist eine Nothwendigkeit und wir müssen auf der Annahme desselben bestehen.

Ich muß auf einen Anwurf des Gen. Hueber zurückkommen. Ich meine nämlich, daß es nicht Aufgabe des Parteitages gewesen ist, die gewerkschaftliche Organisation hier in allen Details zu besprechen, daß hier vielmehr die politische Organisation zu besprechen ist; trotzdem ist die Besprechung allerdings in großen Zügen erfolgt. Der Gen. Smitka war sich auch klar darüber. Wenn Gen. Hueber im Unklaren gewesen ist, ist das nicht meine Schuld.

Den Antrag Trenka empfiehlt Ihnen die Kommission abzulehnen, weil eine Reihe von Abänderungen der Organisation gemacht worden sind, von denen man nicht wünschen kann, daß sie verzögert werden.

Die drei ersten Anträge der niederösterreichischen Kreisvertretung bezwecken allerdings nur stylistische Aenderungen. Bezüglich des zweiten Absatzes des Punktes 1 wurde in der Kommission eine längere Debatte geführt und die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag vollinhaltlich anzunehmen. Ebenso auch den Punkt 2 und den ersten Absatz des Punktes 3.

Bezüglich der Regelung der Parteisteuer liegt eine Reihe von Anträgen vor. Dagegen beantragt die Parteivertretung, daß alle diese Anträge der neuen Parteivertretung zu überweisen sind. Die Kommission empfiehlt Ihnen den letzteren Antrag zur Annahme. Ich betone aber, daß jeder Beschluß, welchen die Parteivertretung diesbezüglich faßt, dann bindend ist.

Zu Punkt „Parteitag" empfiehlt die Kommission den Antrag: „Parteitage finden regelmäßig jedes Jahr statt." Ich bitte Sie, nicht zu vergessen, daß wenn wir auch ein ganz miserables Wahlrecht haben werden, wir doch in die Lage kommen werden, am nächsten Parteitage uns über Wahlresultate und parlamentarische Thätigkeit auszusprechen und daß schon von diesem Gesichtspunkte aus der nächste Parteitag ganz bestimmt innerhalb eines Jahres einzuberufen sein wird. Auch soll der Parteitag erzieherische Wirkungen haben und wie viel bei Manchem von Ihnen noch zu erziehen ist, sagen schon die Anträge, welche eingebracht worden sind. Die niederösterreichische Kreis-

vertretung bringt weiters einen Abänderungsantrag zu Absatz 2, Punkt „Parteivertretung“. In dieser Richtung empfiehlt Ihnen die Kommission den Antrag des Gen. Preußler. Für den heurigen Parteitag beanspruchte die „Gewerkschaft“ selbst eine Vertretung. Wir hatten, wie ich bereits gesagt habe, den Branchen das Recht eingeräumt, daß sie sich in den Localorganisationen vertreten lassen können und von dort aus erfolgt ja an und für sich die Delegirung zum Parteitage. Als der Parteitag herangekommen ist, haben die Branchen erklärt, sie hätten keine Vertretung auf dem Parteitage. Ich will nicht darauf eingehen, ob diese Ansicht richtig ist oder nicht, bemerke aber, daß der Parteitag genöthigt war, abzustimmen, ob den Vertretern der Fachblätter das Stimmrecht einzuräumen sei. Wir haben uns dagegen nicht gesträubt, aber wir mußten ihn befragen. Es wird besser sein, wenn schon im Organisationsstatut selbst eine Bestimmung darüber enthalten ist. Den Antrag Preußler, der den Vertretern der Industriegruppen an den künftigen Parteitagen Sitz und Stimme einräumt, bitten wir anzunehmen, alle anderen Anträge dagegen abzulehnen. Der Abänderungsantrag der niederösterreichischen Kreisvertretung betreffs der Abänderung des Absatzes 8, Punkt IV „Parteitag“ empfiehlt Ihnen die Kommission zur Annahme. Dem Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Parteivertretung, steht der Antrag des Gen. Dr. Adler gegenüber. Die Kommission beantragt, die alte Fassung beizubehalten und anschließend an das alte Statut den Antrag von Adler und Genossen anzunehmen. Die Kommission empfiehlt die Ablehnung aller übrigen Anträge. Der Antrag, daß die Parteiangestellten nicht wählbar seien, wurde von der niederösterreichischen Kreisvertretung zurückgezogen. Den Antrag derselben Organisation, betreffend die Theilnahme des Chefredakteurs an den Sitzungen der Parteivertretung, empfiehlt das Comité zur Annahme. Es ist aber dieser Antrag nicht so gemeint, daß der Chefredakteur, wenn er zufälligerweise in die Parteivertretung gewählt wird, dann nur Sitz und keine Stimme habe. In solchem Falle hat er natürlich auch das Stimmrecht. Der Antrag sollte nur von vorbeugender Wirkung sein für den Fall, als der Chefredakteur nicht in die Parteivertretung gewählt wird. Den Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Vertretung der Gewerkschaftskommission, empfiehlt die Kommission abzulehnen, weil die Gewerkschaftskommission selbst die Annahme dieses Antrages nicht wünscht. Der letzte Absatz des Antrages der niederösterreichischen Kreisvertretung ist überflüssig, weil der Gedanke zu diesem Antrage schon im Statut des Jahres 1894 niedergelegt worden ist. Die Organisation VII und eine Reihe anderer Organisationen verlangen die Herausgabe von statistischen Formularien bezüglich der Berichte; das ist am besten der zukünftigen Parteivertretung zu überweisen. Den Antrag Rieger, betreffend die Reichskontrole, ersucht die Kommission abzulehnen und wünscht, daß die übrigen acht Mitglieder der Parteivertretung als Reichskontrole belassen werden. Die Parteivertretung hat den Antrag eingebracht, daß das Sekretariat und die Kassageschäfte der Partei von der „Arbeiter-Zeitung“ zu trennen sind. Von der Organisation Wien V liegt der Antrag vor, Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung“ sein. Die Kommission schlägt Ihnen die Verbindung dieser beiden Punkte vor. Der Antrag der Reichsparteivertretung wäre in abgeänderter Form zu acceptiren. Ein weiterer Antrag liegt seitens der Organisation VIII vor. Ich bitte diesen Antrag abzulehnen auf Grund der Annahme des Antrages der Parteivertretung, betreffend die Anträge über die Parteibeiträge. Mit aller Bestimmtheit bitte ich den Schlußpassus des Antrages der Organisation VIII abzulehnen. Der weitere Antrag der Organisation VIII ist ebenfalls abzulehnen mit Ausnahme des Schlußsatzes: „Ferner hat sich diese Kommission . . . . .“

Der Antrag der Organisationen III und XI ist ebenfalls abzulehnen mit

Ausnahme der die Fonds betreffenden Anträge, welche der Parteivertretung zu überweisen sind. Der Schlußabsatz des Antrages dieser Organisationen spricht von der Veröffentlichung der Parteiberichte. In dieser Beziehung wünschen wir, daß zu Punkt IV Parteitag folgender Passus aufgenommen werde: „Anträge sind 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen.“ Ich bitte um Ablehnung aller übrigen Anträge. In Bezug auf die Postenbesetzung der Parteivertretung liegen gleichfalls mehrere Anträge vor, der Antrag Mornik (Wien), der Antrag Jizda (Floridsdorf) und der Antrag Ellenbogen. Es wurde bereits im Jahre 1894 ein diesbezüglicher Antrag eingebracht, welcher lautete: „Jede Postenbesetzung ist im Einvernehmen mit der Wiener Lokalorganisation vorzunehmen.“ Die Kommission zur Berathung der Anträge empfiehlt Ihnen die Annahme des Antrages Ellenbogen und die Ablehnung aller anderen Anträge, welche darauf hinausgehen, der Parteivertretung dieses Recht zu nehmen. Die Parteivertretung selbst ist als jene Instanz zu betrachten, welche das größte Vertrauen genießt, welche also nach außen hin mit der nothwendigen Machtvollkommenheit auszustatten ist, um alle unsere Beschlüsse, auch im Einzelnen, zur Durchführung zu bringen. Der Parteivertretung wird eine ganze Reihe von wichtigen Beschlüssen überwiesen, sie muß also das volle Vertrauen der Genossen genießen. Je mehr Sie sie einschränken, umso weniger wird sie in der Lage sein, in gedeihlicher Weise für die Partei zu wirken. Die Parteivertretung hat Ihnen überdies den Antrag empfohlen, daß ein Parteitag jährlich stattzufinden hat. Zudem ist sie nicht nur den alljährlichen Parteitagen, sondern auch noch der Parteikontrole verantwortlich, und es ist nicht einzusehen, warum sie in Bezug auf die Anstellung noch der Lokalorganisation verantwortlich sein soll. Man sagt, das komme deshalb, weil die Genossen in der Wiener Lokalorganisation die meisten Beiträge für die Partei leisten, und daher auch das Recht haben sollen, ihr Votum abzugeben. Die Parteivertretung selbst ist der Wiener Lokalorganisation stets sehr entgegengekommen. (Unruhe; Ruf seitens der Wiener: „Wir werden uns noch sprechen!“) Wir sind hier auf dem Parteitage, hier haben wir zu sprechen, und die Genossen haben die Parteitagsbeschlüsse zu respektiren. Nichts ist verderblicher gewesen für die Partei, als daß gerade die Wiener Genossen die Parteitagsbeschlüsse nicht respektirt haben, da muß einmal reiner Tisch geschaffen werden, es muß den Wiener Genossen gesagt werden, daß auch sie sich den Beschlüssen des Parteitages zu fügen haben. Die Parteitage sind die oberste Instanz der Partei, und es muß eine solche Parteidisziplin herrschen, daß das, was hier beschlossen worden ist, auch wirklich durchgeführt wird.

Wenn Sie nun zu der Parteivertretung das Vertrauen haben, ihr die nöthige Vollmacht zu geben, können Sie sie nicht in Bezug auf die Anstellung von Parteibeamten einer Kontrole der Wiener Lokalorganisation unterstellen. Beschließen Sie also heute im Sinne des Antrages Ellenbogen, die Parteivertretung hat bisnun der Lokalorganisation stets berichtet, und es ist das ein Entgegenkommen gegenüber den Wiener Genossen, von welchem ich zuvor gesprochen habe. (Ruf seitens der Wiener Genossen: „Das wird jetzt aufgehoben!“) Es ist selbstverständlich, daß die Parteivertretung bei wichtigen einschneidenden Aenderungen Bericht an die Wiener Lokalorganisation gibt, es wird dies auch in Zukunft geschehen. Eigentlich wäre ja dieser Zusatzantrag überflüssig; wenn der Antrag selbst angenommen wird, wird ja der Antrag Schuhmeier ohnehin aufgehoben. (Widerspruch.) Es geht doch nicht an, daß wir eine Bestimmung annehmen und eine andere, die das Gegentheil besagt, fortbestehen lassen.

Bezüglich der Frauenorganisation liegen zwei Anträge vor, und zwar der Antrag Krapka, der sich auf den Antrag der Organisation Wien XVIII bezieht

— die Kommission empfiehlt Ihnen die Annahme dieses Antrages — ferner der Antrag der Genossin Popp; die Kommission empfiehlt Ihnen, diesen Antrag abzulehnen. Wir konnten uns der Ansicht nicht verschließen, daß durch das Inslebenrufen einer selbstständigen Organisation die Sache nicht abgethan sei, sondern daß naturgemäß die Frauen schon in Bezug auf die finanziellen Mittel ihre eigenen Wege suchen müßten. Wichtiger aber ist, daß der Antrag der Genossin Popp dahin führen würde, daß eine Theilung in der politischen Organisation eintreten würde, was nicht im Interesse der Partei gelegen ist.

Es liegt auch ein Antrag der Organisation Wien XVIII in Bezug auf den 1. Mai vor. Es ist selbstverständlich, daß sobald die Wahlbewegung weniger intensiv sein wird, wir für die Agitation für den Achtstundentag, den Ausbau der Arbeiterschutzgesetzgebung u. s. w. mehr Zeit widmen werden, was wir ja auch während des Wahlrechtskampfes gethan haben; es bedarf dazu nicht eines speziellen Antrages; übrigens kann er der Parteivertretung überwiesen werden.

Bezüglich des 1. Mai glaube ich aber einige Worte hier sagen zu müssen: Die Maibewegung ist für die gesammte Organisation ungemein wichtig und nothwendig, und sie hat eine Menge von neuen Streitern in unsere Reihen geführt. Die Maibewegung ist für die österreichische Arbeiterschaft unentbehrlich geworden, und wir wollen Nichts thun, was der Maibewegung, wie sie bis heute durchgeführt worden ist, schaden könnte. Der Antrag Beer ist aber nicht möglich; er hätte etwas Verlockendes, wenn er in der Form angenommen würde, daß die Genossen, welche gezwungen sind, am 1. Mai zu arbeiten, einen Theil ihres Verdienstes dem Agitationsfond zuführen. Aber die Ausführungen des Gen. Eldersch in dieser Beziehung sind sehr zutreffend, und wir wünschen, daß dieser Antrag abgelehnt werde, denn Experimente dürfen wir nicht machen.

Bezüglich der Gewerkschaften ist eine Reihe von Anträgen eingebracht worden, und wir haben vielfach die alte Klage gehört: „Ihr arbeitet nur für die politische Partei, Ihr führet aber nicht den wirthschaftlichen Kampf.“ Und Gen. Hueber hat angeführt, wie schön bei ihnen die Gewerkschaft geht, weil die Commission so fleißig arbeitet. Ich freue mich, daß sich die Gewerkschaftsbewegung entwickelt hat; ich gebe auch zu, daß die Gewerkschaftskommission viel leichter, weil unter viel günstigeren Umständen arbeitet, als das Parteisekretariat. Alle anwesenden Genossen, sowie die Gewerkschaftskommission arbeiten eben beinahe ausschließlich im Interesse der Gewerkschaft; und wenn heute die gewerkschaftliche Bewegung blüht, dann ist das nicht nur ein Verdienst der abgeschlossenen Organisationen, die sich Gewerkschaften nennen, sondern das ist unser Aller Verdienst. Das Feld, welches die Gewerkschaftskommission zu bebauen hat, ist ein vollkommen abgeschlossenes Gebiet, das Feld, welches die politische Kommission zu bearbeiten hat, hat keine Grenzen. In Folge dessen sind die Arbeiten der politischen Partei die mannigfaltigsten. Und gerade, weil wir alle diese Arbeiten gemacht haben, machen und machen müssen, ist heute die Gewerkschaft günstiger gestellt, als zuvor.

Wenn der Gen. Hueber glaubt, daß die politische Partei bezüglich der Beschaffung der Mittel ebenso vorgehen könne, wir die Gewerkschaften, so täuscht er sich gewaltig. Die Gewerkschaften haben einen festen Stock von Leuten, die sie fassen können, während die politische Partei vollkommen in der Luft hängt. Außerdem hat sie zahlreiche Pflichten, die ihr sehr viel Geld kosten. In der jüngsten Zeit sind zahlreiche neue Gewerkschaften gegründet worden und das ist meist in jenen Orten geschehen, in welche die politische Agitation getragen wurde, wo unsere Genossen politische Versammlungen abgehalten haben. Dadurch sind die Leute dort zur Gründung von Organisationen veranlaßt worden. (So ist es!) Was wir säen, erntet die Gewerkschaft.

Auch was Gen. Hueber in Bezug auf die Zentralisation gesagt hat, ist nicht richtig. Er möge doch die Geschichte seiner eigenen Gewerkschaft nicht vergessen. Die Drechsler haben eine zentralistische Organisation gehabt; es standen in derselben etwa 800 Personen. Man sah aber, daß man dabei nicht vorwärts kommt, und die Mehrzahl hat gesagt: „Unsere Interessen sind ja keine gemeinsamen.“ Nun hat man dem Rechnung getragen und hat die Organisation in mehrere Theile getheilt. Gegenwärtig finden Sie, daß diese Organisationen 3000 organisirte Drechsler umfassen. Auch die Ziegelarbeiter liefern einen Beweis für meine Ansicht; sie wollen eine eigene Organisation bilden, während man sie durchaus in die keramische Branche hineinbringen will. Bei den Metallarbeitern sind schon die verschiedensten Organisationsformen angewendet worden. Ich bin überzeugt, daß es Alle auch einsehen werden, daß man in Bezug auf die Organisirung keine feste Regel aufstellen kann, sondern den jeweiligen Verhältnissen in jeder Beziehung wird Rechnung getragen werden müssen. (Zustimmung.)

Ich glaube, daß die Gewerkschaften selbst die weitgehendste Unterstützung von Seiten des Parteitages finden sollten, und ich meine, daß der Antrag Hueber vom Parteitag angenommen und als Resolution dem Punkt „Organisation“ beigefügt werden sollte. Es geht hingegen nicht an, daß wir hier spezielle Beschlüsse fassen, was mit den Bildungsvereinen, Lesevereinen u. s. w. geschehen soll, daß dort, wo Bildungsvereine überflüssig sind, an Stelle derselben die Gewerkschaften zu treten haben. Bezüglich des Antrages Roscher muß ich bemerken, daß es sich nicht empfiehlt, daß der Parteitag über ein spezielles Fach einen Beschluß fasse, sonst werden wir auf den nächsten Parteitagen ganze Rattenschwänze von solchen Anträgen haben. Die Anträge der Reichenberger Genossen bitten wir also abzulehnen.

Ich komme nunmehr zu den Konsumvereinen. Ich mache darauf aufmerksam, daß im Anhange noch Anträge bezüglich der Konsumvereine enthalten sind. Hiezu liegen nun die Anträge Adler, Schiller, Ingwer-Schuhmeier, Feigl und Dittrich vor.

Die Kommission empfiehlt Ihnen den Antrag Schiller zur Annahme, und zwar in folgendem Wortlaut:

> „Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktionsgenossenschaften nichts gemein.

Von Seite der Partei ist stets in Bezug auf die Konsum- und Produktivgenossenschaften als Norm betrachtet worden, daß sie sich da nicht einzumengen habe. Nachdem aber im Parteitage ein Antrag eingebracht worden ist, die Produktivgenossenschaften als Kampfmittel anzuerkennen, so mußte der Parteitag dazu Stellung nehmen. Die Genossen sind ja mit allen Kräften bestrebt, die vom Parteitag gefaßten Beschlüsse durchzuführen; wenn wir also hier einen Beschluß fassen, daß die Konsumgenossenschaften erobert und deren Gründung in's Auge gefaßt werden müsse, dann liegt die Gefahr nahe, daß die Gewerkschaftsorganisationen vernachlässigt werden, und die Vortheile, welche dabei herauskommen, sind keineswegs solche, wie sich's die Genossen vorstellen. Wir wollten die Konsumgenossenschaften nicht etwa bekämpfen, wir müssen aber zu einem eingebrachten Antrage Stellung nehmen. Das geschieht durch den Antrag Schiller; sollte er nicht angenommen werden, so bitten wir sie, wenigstens den Antrag Adler anzunehmen, die Anträge Dittrich, Feigl und Palka aber abzulehnen.

Ebenso empfiehlt die Kommission die Ablehnung des Antrages der Organisation Tetschen, betreffend die Aufhebung der Kreisorganisationen; denn die Kreisorganisationen sind für uns von außerordentlicher Wichtigkeit. Desgleichen

hat sich die Kommission für die Ablehnung des Antrages der Kreisvertretung Westböhmen, betreffend die Flugblätter, ausgesprochen.

Ich empfehle Ihnen also, nachdem einschneidende Aenderungen im Organisationsstatut nicht durchgeführt werden können, die Anträge der Kommission zur Annahme und bitte im Interesse unserer Gesammtorganisation alle anderen Anträge abzulehnen.

Gen. Němec (Wien) überträgt das Referat ins Czechische und fügt hinzu: Die bürgerliche Presse Prags sieht voll Wuth auf unseren Parteitag, weil sie nicht begreifen kann, wie czechische, polnische, slovenische, italienische und deutsche Arbeiter ruhig beisammen sitzen und ihre Angelegenheiten berathen können, ohne sich aus nationalem Chauvinismus gegenseitig die Köpfe zu zerspalten. (Sehr gut!) Diese Presse hat sich nun bemüht, herauszufinden, daß doch ein nationaler Zwiespalt bestehe und sie bemüht sich eben zu beweisen, daß, wie sich die bürgerlichen Parteien nicht vertragen können, dies ebenso bei den Arbeitern der Fall sei. Als wir den Antrag einbrachten, daß die Parteivertretung den gegebenen Verhältnissen entsprechend in ihrer Zusammensetzung geändert werde, habe ich ausdrücklich erklärt, ich verwahre mich dagegen, daß dies aus nationalen Gründen gewünscht werde. Ich verwahre mich ganz entschieden gegen die Behauptung, daß unter uns ein nationaler Zwiespalt besteht. Ich habe gesagt, es handelt sich hier um die praktische Durchführung unserer Beschlüsse, es handelt sich darum, ein besseres Vorgehen zu ermöglichen einerseits, und andererseits indem man den geänderten Verhältnissen Rechnung trägt, darum, die Partei zu kräftigen und die Verbindung unter den einzelnen Nationalitäten zu stärken. Es hat sich gezeigt, daß gerade jetzt, wo wir in die Lage kommen, gewisse praktische Aufgaben zu lösen, ein Exekutivcomité vorhanden sein muß, das ein gesammtösterreichisches Exekutivcomité ist. Die Partei wird dadurch nicht nur nicht zerklüftet, sondern nur gekräftigt und einheitlicher gestaltet. Dies haben auch die „Národny listy“ erkannt. Seit dem Tage, an welchem die „Národny listy“ über die Haltung der österreichischen Sozialdemokratie am Parteitage berichten, halte ich sie beinahe für ein anständiges Blatt. (Heiterkeit.) Die Herren bekennen nun endlich offen, was in dem tiefsten Winkel ihres Herzens begraben war. Es heißt hier: „Alle Anstrengungen, die Sozialdemokratie in das Lager der nationalen Parteien zu bekommen, zeigten sich als aussichtslos, und zwar nicht nur auswärts sondern auch bei uns“. Also sie abdiziren, sie geben ihre Bekehrungsversuche auf. Weiter: „Dadurch ist das Verhältniß der Freisinnigen“ — so nennen sie sich — „zu den Sozialdemokraten gegeben. Von heute an können sie mit der Sozialdemokratie nichts mehr gemein haben (Heiterkeit) und sie müssen die Sozialdemokratie bekämpfen.“ (Ironischer Beifall.) Wenn für uns Czechen der Parteitag keinen anderen Erfolg gehabt hätte als diesen, so könnten wir schon zufrieden sein. Das wollten wir, den reinen, nackten Klassenkampf. Wir nehmen ihn auf, denn wir sind eine Kampfpartei. Unsere czechischen Genossen haben bei den letzten Landtagswahlen in Böhmen bewiesen, daß sie im Stande sind, den bürgerlichen Parteien, den Klerikalen, Konservativen und Nationalen die Stirne zu bieten, sich mit ihnen in den Wählerversammlungen zu messen und der Erfolg war ein derartiger, daß, wenn solche Wahlen noch öfter vorkommen, die Jungczechen sehr bald ein anderes Lied singen werden müssen.

Wenn die „Národny listy“ anfangen die Wahrheit zu schreiben, muß natürlich das „Prager Tagblatt“ um so dreister lügen, denn von diesen beiden thut immer eines das Gegentheil von dem, was das andere macht. Es ärgert das „Prager Tagblatt“ ebenso wie die anderen Blätter, daß sich hier die Czechen mit den Deutschen nicht raufen und so wollen sie nun mit aller Gewalt nationale Zwistigkeiten erfinden. Die Leute können nicht begreifen, daß sich die

Nationalitäten nicht raufen müssen. Wenn zirka 120 Männer zusammenkommen, um über wichtige und tiefeinschneidende Fragen zu berathen, so ist es wohl begreiflich, daß hie und da ein hartes Wort fällt. Wir sind ja keine Hofräthe und gehören nicht zu jener kapitalistischen Clique, die ihre Politik von der Polizei durchführen läßt. Wir besorgen uns unsere Sachen selbst. Wenn aber auch manchmal ein hartes Wort fällt, nun so sind wir ja andererseits nicht so empfindlich. Es heißt nun in dem Berichte unter anderem:

„Hierauf wurde eine große Anzahl von Anträgen gestellt, welche darauf abzielten, die Debatte abzukürzen und den in Verhandlung stehenden Programmpunkt noch heute zu erledigen, worüber sich eine neue 1½stündige Debatte entspann, in welcher die Czechen lebhaft dagegen protestirten, und behaupteten, daß die Debatte nur darum abgekürzt werden solle, um die Slaven nicht zum Worte gelangen zu lassen. (Stürmischer Beifull der Czechen und Polen, Widerspruch der Deutschen.) Die Deutschen, namentlich die Wiener, hätten sich so ziemlich ausgesprochen, und jetzt, wo auch die Slaven ihre Stimme erheben wollen wolle man den Maulkorb einführen."

(Lebhaftes Gelächter.) Um nur zu zeigen, daß die Leute noch gemeiner sein können, fahre ich fort zu lesen; es schließen sich daran folgende Zwischenrufe:

„Dr. Ingwer (Amstetten): Sehr richtig! Hier muß Jedem Redefreiheit gewährt werden!"

„Mehrere deutsche Delegirte: Von einer Verkürzung kann keine Rede sein, wir wollen nur fertig werden!"

„Steiner (Prag): Verlassen wir den Parteitag, wenn man uns nicht hören will."

„Ein deutscher Delegirter: Nur nicht so hitzig!"

„Steiner (Prag): Wir kennen Euch Deutsche nur zu gut! (Lärm.)"

„Der Vorsitzende (unaufhörlich die Glocke schwingend): Sind wir ein Parteitag oder ein Bienenschwarm? Da hört sich schon Alles auf! (Mit der Glocke auf den Tisch aufschlagend): Ich bitte doch endlich um Ruhe! Unter allgemeiner Unruhe und lauten Protestrufen der czechischen, polnischen und oppositionellen Delegirten wurde schließlich mit allen gegen diese Stimmen beschlossen, noch heute die Debatte über: „Organisation und Taktik" zu beenden, möge sie eventuell bis zum Morgen dauern."

Zum Beweise, wie kleinlich die Leute sind, diene Ihnen Folgendes: Herr Prof. Kaizl, der eingeladen war, hat an den Parteitag ein Entschuldigungsschreiben gesendet. Weil dieses Schreiben in deutscher Sprache verlesen worden ist, erzählen die czechischen Blätter breitspurig, daß Dr. Kaizl an den Parteitag eine deutsche Zuschrift gerichtet habe. Das wäre ja ganz schrecklich, ist aber nicht wahr. Es ist von dem Briefe eine Uebersetzung angefertigt worden und nachdem zuerst der deutsche Schriftführer gelesen hat, so ist es selbstverständlich, daß er die deutsche Uebersetzung gelesen hat.

Nach thatsächlichen Berichtigungen seitens der Gen. Hueber und Izda wird zur Abstimmung geschritten.

Anträge über „Agitation":

Der erste Absatz des Antrages Daszynski wird angenommen.

Der zweite Absatz erscheint zurückgezogen.

Gen. Feigl zieht seinen Antrag, betreffend die Wahlagitation, zurück.

Anträge über „Organisation":

Antrag Trenka wird abgelehnt.

Von den Anträgen der niederösterreichischen Kreisvertretung werden vollinhaltlich angenommen:

Der Antrag: Ueber die Zugehörigkeit zur Partei.
„ „ Es ist Pflicht der Parteiangehörigen .....
„ „ Vertrauenspersonen.
„ „ Kreisorganisation, und zwar bis „aufgebracht werden".

Der Antrag der Parteivertretung:

„Alle die Parteibeiträge betreffenden Anträge sind der zukünftigen Parteivertretung zu überweisen"

wird angenommen.

Der Antrag, daß der letzte Absatz des Punktes III: „Organisation“ zu Punkt V: „Parteivertretung“ als letzter Absatz hinzuzufügen sei, und daß es statt „Parteileitung“ zu lauten habe „Parteivertretung“, wird angenommen.

Der Antrag der Parteivertretung: „Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt“, wird mit 52 gegen 46 Stimmen angenommen. (Beifall.)

Bezüglich der Delegirung wird der Antrag Preußler angenommen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung zu Punkt IV „Parteitag“ Absatz 3, 4, 5, 6 und 7 bleiben unverändert; Absatz 8 soll lauten: „Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung“, wird angenommen.

Bezüglich der Veröffentlichung von Anträgen zum Parteitage wird der von der Kommission vorgeschlagene Antrag:

> „Anträge sind 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen“

angenommen.

Bezüglich der Parteivertretung wird der Antrag Dr. Adler, Steiner und Genossen unter lebhaftem Beifalle einstimmig angenommen.

Die Anträge der Parteivertretung: „Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der ‚Arbeiter-Zeitung‘ zu trennen“ und der Organisation Wien V: „Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der ‚Arbeiter-Zeitung‘ sein“ werden zusammengefaßt und einstimmig angenommen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung: „Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen“, wird einstimmig angenommen.

Der Antrag der niederösterreichischen Kreisvertretung, betreffend die Wahl von Vertretern von Seite der Kreisorganisationen, wird abgelehnt.

Der 1. Absatz des Antrages Ellenbogen, bezüglich Anstellung von Beamten, wird mit 57 gegen 37 Stimmen abgelehnt.

Der Zusatzantrag wird hierauf von Ellenbogen zurückgezogen.

Der Antrag der Kommission, die die Statistik und die Parteiberichte betreffenden Anträge an die Parteivertretung zu überweisen, wird angenommen.

Der Antrag Hueber wird einstimmig angenommen und als Resolution dem Punkte „Organisation“ zugefügt. Die übrigen, die gewerkschaftliche Organisation betreffenden Anträge erscheinen abgelehnt.

Punkt II des Antrages der Organisation Wien XVII wird dem Antrage Krapka gemäß abgelehnt.

Der Antrag Adelheid Popp wird mit 41 gegen 40 Stimmen abgelehnt.

Der Antrag Schiller über Konsumgenossenschaften wird angenommen.

Zurückgezogen werden folgende Anträge:

Der Antrag der Organisation Wien XVIII, bezüglich des 1. Mai;

der Antrag der Bezirksorganisation Tetschen;

der Antrag der Kreisvertretung Westböhmen und

der Antrag Izda.

Die übrigen Anträge erscheinen theils abgelehnt, theils erledigt.

Gen. Roscher (Reichenberg) bespricht unter lebhafter Entrüstung der Versammlung die tendenziösen Berichte der „Politik“ über den Streik bei der Firma

Pernutz in Lieben. An der kurzen darauf folgenden Erörterung betheiligen sich die Gen. Schuhmeier und Adler.

Es wird hierauf folgender Antrag zur Geschäftsordnung in Bezug auf die Wahl der Parteivertretung eingebracht:

„Die Wahl der Parteivertretung und der Kontrole soll nach den vorhergegangenen Vorschlägen der Wahlkommission mittelst Stimmzettel bei geheimer Abstimmung vorgenommen werden. Die Abgabe der Stimmzettel geschieht durch Namensaufruf laut Präsenzliste. Zu diesem Zwecke sind vier Skrutatoren zu wählen."

Der Antrag wird angenommen und die Sitzung um 7 Uhr 45 Min. geschlossen.

Siebenter Verhandlungstag am 11. April 1896.

Vorsitzender Gen. Zeller eröffnet die Sitzung um 9 Uhr 35 Min.

Namens der Kommission referirt zu Punkt V der Tagesordnung: „Presse":

Gen. Popp: Ich glaube, daß Sie nur einverstanden sind, wenn ich mich in meinem Berichte sehr kurz fasse und daß über jeden einzelnen Antrag sofort abgestimmt werde. (Zustimmung.) Zu dem vorliegenden Punkte sind folgende Anträge eingebracht:

Der Antrag 18 (der niederösterreichischen Kreisvertretung). Die Kommission empfiehlt die Annahme dieses Antrages.

Der Antrag wird angenommen.

Die Anträge 19 und 20 wurden zurückgezogen.

Gen. Popp: Den Antrag 24, die Wochenausgabe der „Arbeiter-Zeitung" betreffend, empfiehlt Ihnen die Kommission in der Form anzunehmen, daß das Abonnement mit 30 kr. festgesetzt wird. Da dem Blatte eine kurze Wochenschau und die Sonntagsbeilage beigegeben wird, ist es nicht möglich, das Blatt um 4 kr. zu liefern.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Die Kommission empfiehlt weiters die Annahme des Antrages: „Der Parteitag beschließt: mit möglichster Raschheit ist der Preßfond der ‚Arbeiter-Zeitung' auf 30.000 fl. zu ergänzen."

Wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Desgleichen wird der Antrag der Parteivertretung, bezüglich der Verbreitung der „Arbeiter-Zeitung" zu wirken, empfohlen.

Wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Gen. Popp: Die Durchführung des Antrages, die Sonntagsbeilage der „Arbeiter-Zeitung" am Ende eines jeden Jahres abzuschließen, ist möglich. Daher wird die Annahme des Antrages empfohlen.

Wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Ich komme nun auf die Anträge betreffs der „Arbeiterinnen-Zeitung". Die Kommission empfiehlt die Ablehnung des Antrages 22 und des Antrages Widlar. Dagegen empfiehlt sie den Antrag der Gen. Popp.

Der Antrag der Gen. Popp wird mit allen gegen sechs Stimmen angenommen.

Gen. Popp: Den Antrag 25 empfiehlt die Kommission, der Kreiskonferenz zu überweisen.

Dieser Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Der Antrag 26 ist dahin abgeändert worden:

„Der Parteitag beauftragt die gesammte Parteipresse, der ländlichen Arbeiterfrage, den Verhältnissen entsprechend, ihre Aufmerksamkeit zuzuwenden." Die Kommission empfiehlt diesen Antrag.

Derselbe wird mit allen gegen 2 Stimmen angenommen.

Gen. Popp: In dem Antrage 27 ist von der Kommission in der vorletzten Zeile das Wort „vorläufig" gestrichen worden und wurde folgender Zusatz gemacht:

„Insbesondere ist darauf hinzuwirken, daß wenigstens in die neue Wahlordnung eine Bestimmung aufgenommen werde, die das Verbot der Kolportage während der Zeit der ausgeschriebenen Wahlen aufhebt."

Der Antrag 27 wird einstimmig, der Zusatzantrag mit allen gegen zwei Stimmen angenommen.

Gen. Popp: Der Antrag 29 wurde zurückgezogen, der Antrag 28 nicht genügend unterstützt. Der Antrag Holzhammer wird seitens der Kommission zur Annahme empfohlen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Was den Antrag Zavertnik betrifft, so ist es nicht nöthig, daß der Parteitag ausspricht, der „Delavec" sei als Partei- und Fachorgan anzuerkennen, nachdem der letzte Parteitag folgenden Beschluß gefaßt hat:

„Der Parteitag anerkennt die Nothwendigkeit der über Beschluß des III. Parteitages von den Laibacher Genossen herausgegebenen slovenischen Blattes „Delavec" und empfiehlt der Parteivertretung, das Weitererscheinen dieses Blattes durch finanzielle Unterstützung zu fördern."

Die Abmachung zwischen den slovenischen Genossen und den Verkehrsbediensteten nimmt der Parteitag einfach zur Kenntniß.

Wird zur Kenntniß genommen.

Gen. Popp: Den Antrag der Genossen des I. Wiener Bezirkes empfiehlt die Kommission abzulehnen, weil die Prinzipienerklärung ohnehin immer in Druck gelegt und vertheilt wird. Was die Antragsteller mit dem einleitenden Texte wollen, ist der Kommission nicht klar.

Der Antrag wird mit allen gegen zwei Stimmen abgelehnt.

Gen. Popp: Für den Antrag Skaret hat sich die Kommission nicht entscheiden können. Es ist nicht möglich, für Lehrlinge ein eigenes Blatt herauszugeben, weil, wenn die Lehrlinge überhaupt Gelegenheit haben zu lesen und die sozialdemokratische Literatur zu benützen, genug vorhanden ist, was aufklärend wirken kann. Ueberdies würde ein solches Blatt sich nicht decken und Kosten verursachen.

Der Antrag wird mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt.

Gen. Popp: Weitere Anträge befassen sich mit der Herausgabe eines Flugblattes für die ländliche Arbeiterschaft. Nachdem wir aber jetzt noch nicht wissen können, was bei Punkt VIII beschlossen werden wird, wollen wir diese Anträge zur Beschlußfassung bei Punkt VIII zurückstellen.

Daß die Parteileitung die „Glühlichter" an die Volksbuchhandlung übertragen hat, beantragt die Kommission zur Kenntniß zu nehmen.

Der Antrag wird einstimmig angenommen.

Gen. Popp: Noch eine Aufklärung. Einige Genossen haben gemeint, es sei in Aussig wieder ein neues Blatt erschienen. Es ist dies kein neues Blatt, sondern inhaltlich mit der in Teplitz erscheinenden „Freiheit" identisch und es hat nur einen anderen Kopf, weil die Aussiger Genossen glauben, daß das für sie von Vortheil ist.

Vorsitzender: Der Punkt „Presse" ist somit erledigt und wir gelangen zum Punkt VI, „Wahl der Parteivertretung". Es wird Gen. Hermann namens der Kommission berichten.

Gen. Hermann (Kratzau): Nachdem der Vorsitzende der Kommission abgereist ist, wurde ich beauftragt, den Bericht zu erstatten. Wir haben eine Kandidatenliste aufgestellt, welche entsprechen dürfte. Auf einen Umstand möchte ich aber aufmerksam machen, um einem Mißverständnisse vorzubeugen. Wir haben einen Antrag angenommen, daß auch Exekutivcomités bestehen sollen. Die czechischen Genossen haben erklärt, daß sie ihre Kandidaten für dieses Exekutivcomité erst auf ihrem Parteitage wählen werden, und ebenso haben dies die polnischen Genossen gethan. Es werden demnach folgende Genossen in die 16gliederige Parteivertretung vorgeschlagen: Dr. Adler, Popp Julius, Dr. Ellenbogen, Tomschik, Gerin, Schuhmeier, Schrammel, Smetana; für die Kontrole: Heinrich Beer und Němec. Wir haben uns geeinigt, den Gen. Němec vorzuschlagen, weil in der Kontrole bisher aus der Provinz zwei czechische Genossen waren und Němec jetzt in Wien ist. Für die Provinz schlagen wir vor: für Galizien Daszynsky, für Mähren Rieger, für Kärnten und Steiermark Resel, für die Alpenländer Holzhammer, für Nordböhmen Zeller, für Prag Steiner.

Gen. Dr. Adler bemerkt zur Richtigstellung: Es herrschen hier zwei Mißverständnisse. Das Wort Exekutivcomité ist in dem Sinne genommen worden, wie früher Parteivertretung. Es heißt ausdrücklich Exekutivcomité oder Parteivertretung. Das muß nicht wegen uns, sondern wegen der czechischen und italienischen Genossen festgestellt werden.

Zweitens erlaube ich mir darauf aufmerksam zu machen, daß in dieser Kandidatenliste die Slovenen fehlen. Es ist in Folge unseres gefaßten Beschlusses unbedingt nothwendig, daß ein Slovene in die Parteivertretung gewählt wird. (Zustimmung.) Das mag das Wahlcomité vergessen haben. (Rufe: Nein! — Gen. Reger: Es ist ein Minoritätsvotum angemeldet worden.)

Drittens bemerke ich, daß der bisherige Modus folgender war: Wir haben jene czechischen Genossen in die Parteivertretung gewählt, welche uns als die von ihnen gewünschten bezeichnet wurden. Das waren Smetana und Vaněk. Es hat sich nunmehr die Nothwendigkeit herausgestellt, noch einen Wiener czechischen Genossen in die Parteivertretung zu wählen, und wir haben darum geglaubt, Ihnen den Genossen Němec für die Parteivertretung oder die Kontrole empfehlen zu sollen. Sie haben aber anstatt des Gen. Vaněk den Gen. Steiner aufgestellt. Mir ist der eine persönlich so lieb wie der andere; aber es ist nun Sache der czechischen Genossen, ob sie mit diesem Wechsel einverstanden sind. Bisher haben sie uns einen anderen Genossen nicht angegeben und wir haben kein Recht und wollen auch nicht aus unserer Initiative einen anderen Genossen aufnehmen, als den sie uns vorschlagen. Ich mache aufmerksam, daß die czechischen Genossen ihre Mandate nur provisorisch haben, nämlich insoferne sie vom czechischen Parteitag bestätigt werden. Solange sie aber nicht erklärt haben, daß sie eine Aenderung wünschen, haben wir den Gen. Vaněk zu wählen.

Gen. Nemec (Wien): Es ist ja bereits angenommen, daß jede nationale Vertretung ein Exekutivcomité wählt, welches die Parteivertretung der Gesammtpartei zu bilden hat. Die czechischen Genossen beantragen, diese 16 Genossen zu wählen. Wir werden übrigens unsere fünf Mitglieder der Exekutive, nämlich drei für die Parteivertretung, zwei für die Kontrole, auf dem czechischen Parteitage wählen. Es ist auch möglich, daß die Genossen, welche hier vorgeschlagen sind, dann durch andere ersetzt werden.

Gen. Beer (Wien): Wir dachten im Comité nicht daran, daß Steiner in der Parteivertretung derzeit nicht ist, sonst hätten wir ohneweiters den Gen. Vaněk vorgeschlagen. Ich habe mich für den Gen. Zavertnik in der Kommission eingesetzt und trete zu seinen Gunsten zurück.

Gen. Reger (Orlau): Wir waren schon gestern über die Sache nicht ganz klar. Die Kommission ist nun zu dem Beschluß gekommen, daß die Parteileitung ebenso aussehen soll, wie früher, daß aber dazu die böhmischen und die polnischen Genossen Exekutivcomités zu wählen haben. Die Parteivertretung wäre also die höchste Instanz, das Ministerium, und die Exekutivcomités sind die Statthaltereien. (Widerspruch.) So wurde es aufgefaßt. Wir haben auch ein Minoritätsvotum angemeldet, daß der Gen. Zavertnik an Stelle des Gen. Beer in die Kontrole gewählt werden soll.

Gen. Ritsche (Bruck a. M.): Wenn wir von der Wahl eines slovenischen Vertreters in die Parteivertretung Abstand genommen haben, so ist dies geschehen, weil wir glauben, daß die slovenischen Genossen, nachdem sie in Laibach eine Organisation besitzen, ein Exekutivcomité wählen werden, so wie die czechischen und polnischen Genossen. Bezüglich der italienischen Genossen liegt die Sache anders; da ist noch kein Ansatz zur Organisation gegeben. Darum haben wir auch den Genossen Gerin für die Parteivertretung vorgeschlagen. Ich muß mich aber ganz entschieden dagegen aussprechen, daß Gen. Beer die Kandidatur zurückzieht.

Gen. Krapka (Brünn) beklagt sich darüber, daß das Kronland Mähren, welches drei czecho-slavische Kreisorganisationen umfasse, nicht berücksichtigt werden soll.

Gen. Seliger (Teplitz): Die Kommission hat sich nicht der Ansicht angeschlossen, daß wir diese 16 Personen ohne Rücksicht auf den Antrag Adler zu wählen haben. Wir haben beschlossen, den alten Modus beizubehalten. Nun ist an Stelle des Gen. Vaněk Gen. Steiner vorgeschlagen worden. Wir haben nämlich geglaubt, daß Gen. Steiner der früheren Parteivertretung angehört hat. Es wurde aber der Wunsch ausgesprochen, doch noch einen czechischen Genossen in die Parteivertretung zu wählen, der in Wien wohnt und darum haben wir den Gen. Němec vorgeschlagen.

Gen. Vaněk (Pilsen): Die Sache ist sehr einfach. Außer der Parteivertretung sind von den polnischen und czechischen Organisationen Exekutivcomités zu wählen und diese sind dazu da, um die gesammte Parteivertretung zu ergänzen. Die Genossen von der czechisch-slavischen Organisation kommen in die 16gliedrige Parteivertretung nur vorläufig hinein und werden durch den czechischen Parteitag entweder bestätigt oder durch andere ersetzt. Außerdem sollen aber Exekutivcomités gewählt werden, so daß die gesammte Parteivertretung diese 16 und die Exekutivcomités umfaßt.

Gen. Steiner (Prag) erklärt, daß er die Wahl nicht annehmen könne, weil in der czechischen Organisation beschlossen wurde, die Genossen, welche jetzt in der Parteivertretung waren, wieder in dieselbe zu wählen, bis der czechische Parteitag darüber beschlossen habe.

Gen. Dr. Adler (Wien): Das Wahlcomité hätte sich den Antrag Adler-Steiner nur näher ansehen sollen und dann wäre die Sache klar gewesen. Wenn Gen. Reger von einem Ministerium spricht, welches die Parteivertretung sein soll, so ist das nicht richtig. Diese Vertretung funktionirt als ständige Verbindung zwischen den verschiedenen Organisationen und zugleich als unser engeres Exekutivcomité. Darüber steht aber die Gesammtheit aller Exekutivcomités, das sind: das unsere, das polnische und das czechische. Das war ja auch die Auffassung der Kommission und das ist die einzig richtige.

Gegenüber dem Gen. Krapka muß ich richtigstellen, daß es nicht unsere Sache ist, ob ein Genosse aus Mähren oder Böhmen in das Comité gewählt wird. Die drei czechischen Genossen, die Sie uns angeben werden, werden wir wählen. Wer diese sind, mögen Sie unter sich ausmachen.

Gen. Feigl (Wien) spricht sich dafür aus, daß Gen. Zavertnik in die Parteivertretung gewählt werde.

Gen. Seliger (Teplitz): Im Auftrage einiger Mitglieder der Wahlkommission erkläre ich, daß Gen. Beer jetzt nicht das Recht hat, seine Kandidatur zurückzuziehen.

Gen. Zavertnik (Wien): Ich ziehe ebenfalls meine Kandidatur zurück und wir sind froh, daß die Genossen dazu beitragen, daß wir auf denselben Standpunkt kommen, auf den heute die Czechen stehen. Wir werden nun in Laibach ein Exekutivcomité wählen und werden uns selbstständig organisiren und haben dann einzig und allein Fühlung durch das Exekutivcomité. (Widerspruch.) Wir haben Ihnen die Hand geboten und Sie haben sie ausgeschlagen. (Lebhafte Unruhe und Widerspruch.)

Gen. Dr. Adler zur thatsächlichen Berichtigung: Wenn der slovenische Genosse, der jetzt eben in den Saal gekommen ist, von Anfang an der Diskussion angewohnt hätte, hätte er gesehen, daß gerade das Gegentheil von dem richtig ist, was er gesagt hat. Das Wahlcomité hat einfach die Sache nicht richtig aufgefaßt. In dem Momente aber, als hier festgestellt wurde, daß ein slovenischer Genosse nicht in der Kandidatenliste vorkommt, ist sofort eine Reihe von Genossen bereit gewesen, zu Gunsten des slovenischen Genossen zurückzutreten und es hat sich aus der Mitte der Versammlung nicht ein einziger Widerspruch erhoben. (Zustimmung.) Es ist also durchaus falsch, wenn Gen. Zavertnik sagt, wir drängen die Slovenen irgendwohin. Mögen sie sich organisiren, wie sie wollen, wir haben gestern den Beschluß gefaßt, daß ein slovenischer Genosse gewählt wird und darum werden wir ihn auch wählen, ob es nun dem Gen. Zavertnik angenehm ist oder nicht.

Gen. Schrammel (Wien) tritt zu Gunsten des slovenischen Genossen von seiner Kandidatur zurück.

Gen. Feigl (Gloggnitz) zieht seinen Antrag zurück.

Gen. Skaret (Wien): Ueber Wunsch der czechischen Genossen soll Gen. Vaněk bis zum czecho-slavischen Parteitage in der Parteivertretung bleiben.

Vorsitzender: Wir schreiten nun zur Wahl.

Es werden über Namensaufruf des Vorsitzenden die Stimmzettel für die Wahl in die Parteivertretung abgegeben. — Das Resultat der Wahl wird später bekanntgegeben.

Es wird hierauf die Debatte über Punkt 8 der Tagesordnung: „Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiter" fortgesetzt.

Die Resolution Schuhmeier wird genügend unterstützt.

Gen. Reger (Orlau) überreicht folgenden unterstützten Antrag:

Der V. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie beschließt:

„In Anbetracht der gräßlichen Mißstände und der gesetzwidrigen Uebergriffe, welche sich die politischen Behörden vorzüglich in Galizien gegen die Freizügigkeit der ländlichen Bevölkerung zu Schulden kommen lassen, erklärt der Parteitag:

Die Verweigerung eines Passes an einen österreichischen Staatsbürger, welcher allen seinen staatsbürgerlichen Pflichten nachgekommen ist, ist ein strafgesetzlich zu ahndender Bruch der Staatsgrundgesetze!"

Gen. Dolejšy (Budweis) überreicht folgenden Antrag:

„Der Parteitag wählt eine 10gliederige Kommission, welche sich mit der Frage der landwirthschaftlichen Agitation und Organisation zu befassen hat. Mit Hilfe der Vertrauensmänner der Kreisorganisationen soll eine schriftliche Enquête veranstaltet und auf Grund der Erfahrungen ein Agrarprogramm ausgearbeitet werden, welches dem nächsten Parteitage vorzulegen ist und in Verhandlung gezogen werden soll."

Dieser Antrag wird nicht genügend unterstützt.

Gen. Holzhammer (Innsbruck) überreicht folgenden Antrag:

„In Erwägung, daß dermalen zum Studium der landlichen Verhältnisse nicht genügendes Material vorliegt, auch wegen vorgerückter Zeit eine eingehende Besprechung der-

selben nicht möglich ist, unterläßt es der V. Parteitag, bestimmte Forderungen für die ländliche Arbeiterschaft aufzustellen, beauftragt jedoch die Genossen allerorts, die Landagitation kräftig zu betreiben und nebstbei Material zum Studium der ländlichen Verhältnisse zu sammeln."

„Die Parteivertretung wird beauftragt, die Landagitation durch Herausgabe geeigneter Broschüren zu fördern und zum Studium der ländlichen Verhältnisse Fragebögen aufzustellen, deren Beantwortung die Landesorganisationen unter Mitwirkung von Bauern und Landarbeitern zu besorgen haben."

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Gen. Holzhammer (Innsbruck) begründet seinen Antrag. Wir sind heute nicht in der Lage, uns eingehend mit den einzelnen Forderungen der Resolution Schuhmeier zu befassen. Außerdem halte ich es für nicht richtig, wenn wir hier über die Landarbeiterfrage beschließen, während kein einziger Landarbeiter da ist. Mit Ausnahme des Materials, das uns Dr. Verkauf geliefert hat, liegt dem Parteitage nichts vor. Im Laufe des Jahres soll aber weiteres Material zum Studium gesammelt werden und außerdem haben sich die Organisationen mit den Landarbeitern in Verbindung zu setzen. Dem nächsten Parteitage, wo für eine Betheiligung der Landarbeiter und Bauern Vorsorge getroffen werden soll, wäre dieses Material vorzulegen. Die Städter können sich davon keine genügende Vorstellung machen, wie schwer es ist, draußen zu arbeiten, weil ja die geistige Umnachtung auf dem Lande in viel höherem Maße vorhanden ist, als in der Stadt. Wir versäumen durch dieses eine Jahr nicht viel, denn die in der Resolution aufgestellten Forderungen werden nicht in dieser kurzen Zeit zur Entscheidung gelangen.

Gen. Schuhmeier (Wien) ist gegen den Antrag des Gen. Holzhammer. Redner habe die Resolution nur darum nicht ausführlich im Einzelnen begründet, weil er die Zeit als zu kurz betrachtet habe. Es ist selbstverständlich, daß wir in allen Versammlungen, wo wir diese Forderungen aufstellen werden, sie auch werden begründen müssen. Redner bittet, die Frage nicht zu verschleiern

Gen. Reger (Orlau): Ich bin der Anschauung Holzhammer's, daß wir alle Anträge ablehnen müssen, weil diese Anträge vollständig ungenügend sind, und gerade erst recht, wenn es sich um ein Programm für die Wahlen handelt. Ich selbst ziehe meine Resolution zurück, und zwar nur deshalb, weil sie noch nicht genügend das Vorgehen von einzelnen Beamten in Galizien kennzeichnet. Es ist ein unerhörter Bruch der Staatsgrundgesetze, wie in diesem Lande vorgegangen wird.

Der Antrag Holzhammer wird mit allen gegen 5 Stimmen angenommen, wodurch die Resolution Schuhmeier erledigt ist. Die Resolution Reger wurde zurückgezogen. Die Anträge Nitsche und Berner, betreffend die Herausgabe des Vortrages des Dr. Verkauf, werden angenommen.

Es wird hierauf über Antrag des Gen. Rieger beschlossen, den

Punkt VII der Tagesordnung: „Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich"

als vierten Punkt der Tagesordnung des nächsten Parteitages festzusetzen und werden über Wunsch der Genossen Jobst und Dr. Adler nur die auf die Bergarbeiter bezüglichen Anträge in Verhandlung gezogen.

Gen. Berner überreicht folgenden Antrag:

„Die Gewerkschaftskommission wird ersucht, im Einvernehmen mit der Fachorganisation und Fachpresse der Bergarbeiter, sowie mit der Parteivertretung für Entsendung und Erhaltung eines ständigen Agitators im Dux-Brüxer Revier Sorge zu tragen."

Wird der Gewerkschaftskommission zugewiesen.

Weiters überreicht Gen. Berner folgenden Antrag:

„1. In Erwägung, daß nach Behauptung der Grubenleitungen selbst die effektive Arbeitszeit der Bergarbeiter heute schon nirgends mehr als höchstens acht Stunden beträgt, und daß nach den auch in Oesterreich gemachten Erfahrungen der Achtstundentag, im wohlverstandenen Interesse der Bergwerksunternehmer selbst liegt, verlangen wir die endliche gesetzliche Beschränkung der Arbeitszeit der Grubenarbeiter auf acht Stunden täglich, Ein- und Ausfahrt mit inbegriffen.

2. In Erwägung, daß die Berginspektoren gleich den Gewerbeinspektoren behufs einer Sicherung ihrer Unabhängigkeit und raschen Eingreifens dem Ministerium unmittelbar untergeordnet sein müssen; in Erwägung, daß die kürzlich am Berginspektorengesetz vom Herrenhaus beschlossene Aenderung nur vom nackten, auf Gesundheit und Leben der Arbeiter keine Rücksicht nehmenden Interesse der Grubenbesitzer diktirt ist, erklären wir das Berginspektorengesetz in der Fassung des Herrenhauses für werthlos und verlangen die direkte Unterstellung der Berginspektoren unter das Ministerium, wenn wir auch dem letzteren nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen.

3. Wir verlangen die gesetzliche Feststellung der wöchentlichen Lohn- und Abrechnungsfristen.

4. In Erwägung, daß in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung die Bergarbeiter viel schlechter daran sind, als die dem Gewerbegesetz unterstehende Arbeiterschaft; in Erwägung, daß die Bruderladen erwiesenermaßen trotz aller Reformversuche leistungsunfähig bleiben, obwohl sie eine drückende wirthschaftliche Last und Fessel für die Bergarbeiter bedeuten, verlangen wir, daß

a) die Bergarbeiter den Bezirkskrankenkassen und Unfallversicherungsanstalten zugewiesen und

b) die Bruderladen in eine Reichsversicherungsanstalt für durch Krankheit und Alter invalide Bergarbeiter, für deren Witwen und Waisen umgewandelt werden."

Gen. Ebert (Grasseth) zieht den ersten Absatz des Antrages Nr. 31 zurück und wünscht die Annahme des zweiten Absatzes desselben. Er bittet um Ablehnung des ersten Punktes des Antrages Berner und an dessen Stelle den Antrag der westböhmischen Arbeiter aufzunehmen. Es ist in diesem Punkte ausgesprochen, daß wir abermals an das Parlament herantreten sollen. Wir Bergarbeiter sind aber überzeugt, daß das sehr wenig nützen wird. Wir haben in erster Linie die Organisation auszubauen, dann werden wir wissen, wie wir das Gesetz zu erringen haben. Der zweite Punkt des Antrages Berner ist so gefaßt, daß es den Anschein haben könnte, als wären die Bergarbeiter mit dem Gesetze zufrieden. Ich will nicht leugnen, daß es ein kleiner Fortschritt ist, aber nur in der Weise, daß wir früher gar keine Berginspektoren gehabt haben und jetzt werden wir Inspektoren haben, aber ohne genügenden Einfluß.

Wir haben uns früher geweigert, auf eine Reichsbruderlade einzugehen, sind aber zu einer anderen Ansicht gekommen. Wenn die österreichischen Bergwerksbesitzer sich gegen eine wöchentliche Abrechnungsfrist ausgesprochen haben, und auch im Parlamente gesagt wurde, es sei unmöglich, sie einzuführen, so kann ich nur erklären, daß das eine offenkundige Lüge ist, was die Bergwerksbesitzer behaupten. Denn im Falkenauer Reviere ist das vollkommen durchgeführt. Es muß also auch im Ostrau-Karwiner Reviere und in allen anderen Bergwerken gehen. Redner überreicht schließlich folgenden Antrag:

„1. In Erwägung, daß das von dem österreichischen Abgeordnetenhause geschaffene Berginspektorengesetz in keiner Weise den Forderungen der Bergarbeiter entspricht, jedoch durch die geplante Abänderung des Herrenhauses auf das Niveau eines Scheingesetzes herabgedrückt wird, protestirt der fünfte österreichische sozialdemokratische Parteitag auf das Entschiedenste gegen die Beschlüsse des Herrenhauses, und verlangt die direkte Unterstellung der Berginspektoren unter das Ackerbauministerium, obwohl wir auch letzterem nicht das geringste Vertrauen entgegenbringen.

2. In weiterer Erwägung, daß sich unsere gegenwärtigen Bruderladen in keiner Weise bewähren, und die Bergarbeiter in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung auf einem noch schlechteren Standpunkte stehen, als alle übrigen gewerblichen Arbeiter, verlangen wir die Unterstellung der Bergarbeiter unter die Kranken- und Unfallvesicherungsgesetze und Errichtung einer allgemeinen Altersversicherung für alle Arbeiter.

3. Weiter verlangen wir die gesetzliche Feststellung von wöchentlichen Lohn- und Abrechnungsfristen."

Gen. Mach (Kladno) überreicht folgenden Antrag:

In der Resolution Berner soll es heißen: „Die Bruderlade soll nach Ländern organisirt und nicht in eine Reichsbruderladenkasse zentralisirt werden."

Gen. Vaněk (Pilsen): Ich stelle folgenden Antrag:

„In Anbetracht des Umstandes, daß die Gewerbeordnung von der gesetzgebenden Körperschaft von Neuem geändert werden soll, wird der Parteileitung auferlegt, daß sie während der Zeit der Verhandlungen über die Gewerbenovelle in ganz Oesterreich eine allgemeine wirkungsvolle Aktion unternehme, damit auf die gerechten Wünsche und Bedürfnisse der Arbeiter in der geänderten Gewerbeordnung gebührende Rücksicht genommen werde, besonders aber, daß die Arbeitsbücher, die der Arbeiterschaft unwürdig und ihr schädlich sind, nach dem Beispiel anderer Staaten abgeschafft werden."

Dieser Antrag bedarf keiner eingehenden Begründung, weil die Genossen ja selbst wissen werden, was für Umstände mit den Arbeitsbüchern in Oesterreich gemacht werden. Der Arbeiter führt mit seinem Arbeitsbuche einen wahren Steckbrief mit sich. Hat er sich an der Maifeier betheiligt, wird das in's Arbeitsbuch eingetragen, und es dauert dann monatelang, bis er wieder Arbeit bekommt. Es geht nicht an, daß dieser Antrag etwa dem nächsten Parteitage überlassen wird, weil die Gewerbeordnung mittlerweile geändert wird.

Gen. Jobst (Falkenau): Die ganze Arbeiterschaft Oesterreichs wird gegen das Berginspektorengesetz in der vorliegenden Form protestiren. Wenn darauf hingewiesen wird, daß die Bergwerksbesitzer gegen dieses Gesetz Stellung genommen hätten, als ob es den Arbeitern irgend einen Nutzen bringen würde, so ist dies in Wirklichkeit nur zum Scheine geschehen, in Wahrheit aber gewährt das Berginspektorengesetz dem Arbeiter keinen Vortheil. Was den Punkt 3 des Antrages Berner anbetrifft, so ist derselbe unannehmbar, weil in diesem von Akkordarbeit gesprochen wird. Diese muß aber ganz besonders im Bergwerksbetriebe abgeschafft werden. So lang die Akkordarbeit besteht, können auch die Grubenunglücke nicht verhindert werden, so lange werden auch die bestehenden Gesetze umgangen werden. Unsere Agitation hat sich nicht blos auf die Erringung des Achtstundentages, sondern auch auf die Abschaffung der Akkordarbeit zu richten. Redner beantragt schließlich folgende Resolution:

„Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß die Krankenkassen-Enquêten die vom Ministerium des Innern einberufen wird, ohne Zuziehung der Bergarbeiter abgehalten wird und verlangt energisch in dieser Beziehung, daß die am schlechtesten gestellten Bergarbeiter einberufen und angehört werden."

Gen. Neumann (Wien): Der Antrag Mach spricht sich für die Landesbruderlade aus. Ich weiß, daß diese Action unter den czechischen Bergarbeitern schon lange betrieben wird. Nach meiner Meinung haben wir aber für eine Reichsbruderlade einzutreten und infolge dessen den Antrag Mach abzulehnen. Ich glaube, die czechischen Genossen werden sich auch dem Antrage akkommodiren müssen, die Reichsbruderlade zu verlangen. Das Verlangen nach der Reichsbruderlade gipfelt in dem Verlangen, die allgemeine Alters- und Invaliditäts-Versicherung vom Staate zu fordern. Auch wegen der Freizügigkeit ist die Reichsbruderlade begehrt worden. Der Kampf gegen die Arbeitsbücher wird nicht erst seit heute geführt, wir haben bereits im Jahre 1883 gegen dieselben angekämpft und zu wiederholtenmalen wurde sowohl in Enquêten als auch in großen Versammlungen erklärt, daß die Arbeitsbücher schädlich sind. Ich unterstütze da den Antrag Vaněk. Ich möchte aber, daß diese Angelegenheit der Gewerkschaftskommission überwiesen werde, die eine Aktion gegen die Arbeitsbücher einleiten möge. Bezüglich der Betriebskrankenkasse ist es auch nothwendig, daß der Parteitag einen bestimmten Beschluß fasse. In nächster Zeit soll ein allgemeiner Krankenkassentag einberufen werden und auf demselben sollen die wichtigsten Forderungen erörtert werden.

In erster Linie haben wir die Beseitigung der Betriebskrankenssen zu verlangen. Ich schlage nun folgenden **Antrag** vor:

„Die Partei hält es für ihre Pflicht, alle auf das Arbeiterversicherungswesen bezughabenden Aktionen zu unterstützen."

Gen. **Vlček** (Kladno) spricht sich für die Errichtung von Landesbruderladen aus.

Gen. **Reger** (Orlau): Die Frage der Reform der Bruderladen ist für die Bergarbeiter von großer Wichtigkeit. In dieser Frage bestehen nun zwei Richtungen: Die einen wollen Landesbruderladen, die anderen eine Reichsbruderlade. (Rufe: Wir wollen gar keine Bruderladen.) Ich bitte, wir sind nicht da, um Phrasen zu sagen, sondern um praktische Beschlüsse zu fassen. Gar keine Bruderlade, das ist nur ein Witz. Es handelt sich also darum, ob wir diese oder jene vorzuziehen haben. Ich bin nun der Ansicht, daß die Sache nicht klar genug ist und daß wir das den Bergarbeitern überlassen sollen. Solange wir nicht einmal Bezirksbruderladen und Revierbruderladenverbände haben, können wir doch von einer Reichsbruderlade gar nicht sprechen. Bezüglich der Krawalle beim Bergarbeitertag in Wien möchte ich bemerken, daß die czechischen Bergarbeiter sehr wenig daran schuld waren. Die Krawallmacher waren nur einzelne Personen, hauptsächlich die jungczechischen Hetzer Čermak und Wagner, die die Reden oft ganz falsch übersetzt haben. Ich möchte also die Genossen bitten, die Resolution der Genossen aus Falkenau anzunehmen und ebenso den Zusatz, welcher von den Krankenkassen spricht. Bezüglich des Berginspektorengesetzes sollten wir fordern, daß dieses Gesetz, welches schließlich doch zu etwas nutz sein kann, nicht durch den Beschluß des Herrenhauses ganz unbrauchbar gemacht werde.

Gen. **Frank** (Falkenau): Die Bruderladen müssen weg. Beim letzten Streik sind etwa 200 Mann gemaßregelt worden, die schon lange Jahre eingezahlt hatten und die dann nichts bekommen haben. Eine Pension bekommt ja von zehn nur Einer und so kann man nicht verlangen, daß die neun für den Einen eintreten.

Schluß der Rednerliste wird angenommen.

Gen. **Šip** (Sobochleben) spricht sich für die Einführung einer allgemeinen Altersversicherung aus.

Es wird zur Abstimmung geschritten.

Der erste Absatz des Antrages 31 wurde zurückgezogen. An dessen Stelle tritt der **Antrag Ebert**, welcher lautet:

„In Erwägung, daß das vom österreichischen Parlament geschaffene Berginspektorengesetz in keiner Weise den Forderungen der Bergarbeiter entspricht, und daß es durch die geplante Abänderung des Herrenhauses auf das Niveau eines Scheingesetzes herabgedrückt wird, protestirt der fünfte österreichische sozialdemokratische Parteitag auf das entschiedenste gegen die Beschlüsse des Herrenhauses und verlangt die direkte Unterstellung der Berginspektoren unter den Ackerbauminister, obwohl der Parteitag auch letzterem nicht das geringste Vertrauen entgegenbringt; in weiterer Erwägung, daß sich unsere gegenwärtigen Bruderladen in keiner Weise bewähren und die Bergarbeiter in Bezug auf Kranken- und Unfallversicherung in mancher Beziehung auf noch schlechterem Standpunkt als alle übrigen gewerblichen Arbeiter stehen, verlangen wir die Unterstellung der Bergarbeiter unter das Unfall- und Krankenversicherungsgesetz und die Errichtung einer allgemeinen Altersversicherung für alle Arbeiter. Weiter verlangen wir die gesetzliche Feststellung von wöchentlichen Lohn- und Abrechnungsfristen."

Antrag Ebert wird einstimmig angenommen.

Der zweite Absatz des Antrages 31 wird mit allen gegen eine Stimme angenommen.

Der **Antrag Jobst-Frank**:

„Der Parteitag protestirt entschieden dagegen, daß die Krankenkassen-Enquête des Ministeriums des Innern ohne Zuziehung der Bergarbeiter abge-

halten wird und verlangt energisch, daß die in dieser Beziehung am schlechtesten gestellten Bergarbeiter einberufen und angehört werden"
wird einstimmig angenommen.

Dadurch entfallen der Resolutionsantrag Berner und Mach.

Der Antrag des Gen. Neumann:

„Die Partei hält es für ihre Pflicht, alle auf die Arbeiterversicherung sich beziehenden Aktionen zu unterstützen"
wird einstimmig angenommen.

Desgleichen wird der Antrag Vaněk betreffend die Arbeitsbücher einstimmig angenommen.

Vorsitzender: Ich habe den Genossen eine Mittheilung zu machen, die für Sie gewiß erfreulich ist. Gestern ist Gen. Eich zum Ersatzmann in den Gemeinderath von Villach gewählt worden. Er wird in Kurzem der erste sozialdemokratische Gemeinderath einer größeren Stadt Oesterreichs sein. (Lebhafter Beifall.)

Wir gehen zum IX. Punkt der Tagesordnung über:

Der internationale Sozialistenkongreß in London.

Referent Gen. Daszyński: Seit der furchtbaren Niederlage der französischen Kommune vom Jahre 1870, eigentlich seit dem Jahre 1872, besteht die Internationale formell nicht mehr. Seit dieser Zeit ist aber die sozialdemokratische Bewegung riesig gewachsen. Es zeigte sich bald die Nothwendigkeit, einander näher zu treten und die sozialdemokratischen internationalen Parteikongresse wurden seit dem Jahre 1889 wieder neu in's Leben gerufen. Wir können eigentlich nicht vorhersehen, was die wichtigsten Punkte auf dem Londoner Kongresse sein werden. Ich verdanke jedoch dem Entgegenkommen des Sekretärs des Einberufungscomité einige Mittheilungen und es wird vielleicht von Nutzen sein, in großen Umrissen dem Parteitage einige Anträge, die dem Kongresse vorliegen werden, mitzutheilen. Es sind zirka 50 Anträge von allen nationalen Organisationen eingelangt und betreffen dieselben hauptsächlich ökonomische Fragen. Die wichtigste ökonomische Frage für uns ist die Verkürzung der Arbeitszeit, die Erringung des Achtstundentages. Dieses Thema behandeln die meisten Anträge. Ein Antrag beschäftigt sich mit der Kinderarbeit, einer ist von den Arbeiterinnen der Zündhölzchenfabriken eingebracht in Bezug auf die Benützung des giftigen Phosphors u. s. w. Man kann sagen, daß auch das eine Frage ist, die international geregelt werden muß. Ferner bringen die Franzosen einen Antrag auf Errichtung eines Arbeitssekretariates in jeder Partei ein. Bei den einzelnen Branchen bestehen in den verschiedenen Staaten derartige Sekretariate. Wenn es gesetzlich möglich ist, das durchzuführen, so wäre dies ganz empfehlenswerth. Die holländischen Holzarbeiter sprechen sich in einem Antrage aus, daß die internationale Solidarität sich nur auf ökonomischem Gebiete bewähren könne. Ich glaube, das ist ein einseitiger Standpunkt, denn wir haben ja viele gemeinsame Kulturinteressen. Ein Antrag der Leicester Trade Unions wünscht, daß jede Beschränkung der Einwanderung in Bezug auf die mittellosen Arbeiter aufgehoben werden soll. (Beifall.) Das ist ein Zeichen, daß der Kastenegoismus der höchstbezahlten Arbeiter bei ihnen immer mehr im Verschwinden ist. Ferner haben die Polen einen heftigen Protest gegen das russische Zarenthum beantragt. Es ist eine der wichtigsten politischen und kulturellen Fragen, daß der Despotismus vernichtet wird. Natürlich fehlt auch der internationale Humor nicht. Die Genossen von Spanien haben beantragt, daß die mündliche Debatte entfallen soll. (Heiterkeit.) Sie soll sich in der Form von Satzschriften mit Replik und Duplik abwickeln. Gewiß würde das für manchen Parteitag von Nutzen sein. (Richtig!) Dann haben sie den Antrag gestellt, man möge eine internationale Zeitschrift, die sich betitelt: „Zeitschrift der internationalen Vernunft in Europa", gründen Nun, das ist ja sehr vernünftig. (Heiterkeit.)

Auch der bekannte Holländer Domela kommt wieder mit den zwei Anträgen, mit denen er auf allen internationalen Kongressen hausiren geht. Zunächst mit dem Antrage wegen des Generalstreikes und zwar nicht in dem Sinne, wie wir ihn meinen, sondern im Sinne eines Militärstreikes. Im Falle eines Krieges sollen die Sozialdemokraten einen militärischen Streik veranstalten. Es ist schon auf dem internationalen Kongreß gesagt worden, daß das nur eine Wohlthat für das russische Zarenthum wäre, denn würden wir in einem Krieg mit Rußland stehen und wären die Deutschen so dumm, auf die Domela'schen Vorschläge einzugehen, so würde man uns russischerseits einfach überfluthen. Das ist Unsinn. Solche Ideen können nur in einem Ländchen entstehen, wo die Heeresmacht fast nichts bedeutet. Ferner kommt er mit einem Antrage bezüglich Derjenigen, die zum Kongresse zugelassen werden sollen.

Dem Parteitage sind nun zwei Anträge eingelaufen. Der eine ist vom Genossen Neumann, welcher lautet:

„Es sind zum internationalen Kongreß in London einige Delegirte für ganz Oesterreich zu entsenden und die Kosten auf sämmtliche Kreisorganisationeu entsprechend zu vertheilen."

Dieser Antrag wird durch meinen Antrag erledigt werden. Es ist selbstverständlich, daß Delegirte gewählt werden und die Kosten aufgebracht werden müssen.

Ferner liegt der Antrag des Gen. Grünwald vor, dieser lautet:

„Der Parteitag beauftragt die Delegirten der österreichischen Sozialdemokratie zum Londoner Kongreß für eine Verschärfung des internationalen Kampfes um den Achtstundentag zu wirken; dies hat in erster Linie dadurch zu geschehen, daß der Kongreß sämmtliche sozialdemokratischen Organisationen verpflichtet, für die vollständige Arbeitsruhe am 1. Mai zu wirken."

Diesen Standpunkt haben wir auf dem internationalen Kongreß immer vertreten. Und es muß hervorgehoben werden, daß die Oesterreicher an dem Pariser Beschlusse am treuesten festgehalten haben. Wir haben den Beschluß redlich gemeint und durchgeführt, wie dies sonst in keinem Staate der Fall ist. (Zustimmung.) Schließlich erlaube ich mir meinen Antrag als Referentenantrag zu verlesen. Derselbe lautet:

„Der Parteitag beschließt: Die sozialdemokratische Partei in Oesterreich beschickt den IV. Internationalen sozialdemokratischen Arbeiterkongreß in London und gibt den österreichischen Delegirten den Auftrag, im Sinne der internationalen Solidarität zu wirken.

Was die Zulassung zum internationalen Kongresse anbelangt, so steht der Parteitag voll und ganz auf dem Grunde des diesbezüglichen Züricher Beschlusses."

Gen. Jobst (Falkenau) ist der Meinung, daß der Werth der internationalen Kongresse nicht dadurch erhöht werde, daß man eine starke Delegirung beschließe und schlägt vor, zum Londoner Kongreß nur einen einzigen Delegirten aus Oesterreich zu entsenden. (Widerspruch.)

Gen. Feigl (Wien) unterstützt diesen Antrag. Der Werth der internationalen Parteikongresse liege nur darin, daß man eine internationale Demonstration veranstalte; eine solche Demonstration sei aber nichts anderes als ein Mumpitz. (Heftiger Widerspruch und Oho!-Rufe.)

Gen. Roscher (Reichenberg) protestirt in scharfen Worten gegen den vom Gen. Feigl gebrauchten Ausdruck und spricht sich gegen den Antrag aus, daß die Kosten der Delegirung auf das ganze Reich vertheilt werden.

Gen. Dr. Adler: Wenn Jemand der Ansicht ist, daß die Kongresse auch nur eine Demonstration des internationalen Proletariats seien, so hat er auch dann nicht das Recht, solche Ausdrücke zu gebrauchen wie Gen. Feigl. Wir müssen vor uns selbst Respekt haben, und ich verwahre mich entschieden gegen solche Redeweise. (Beifall.) In zweiter Linie bemerke ich, regen Sie sich darüber nicht auf, wie viele Delegirte nach London gehen; es wird dort nicht nur ein internationaler Kongreß der politischen Parteien stattfinden, sondern es werden

auch verschiedene internationale Fachkongresse abgehalten werden, so vielleicht von den Bergarbeitern, Holzarbeitern, Schneidern, vielleicht auch von den Metallarbeitern u. s. w. Auf diese Weise wird ohnehin eine Anzahl von Oesterreichern in London anwesend sein, und wir werden selbstverständlich die Gelegenheit benützen, um gerade diese Genossen zu Delegirten für den politischen Parteikongreß zu bestimmen. Es wird daher mit aller Schonung unserer Mittel vorgegangen werden. Aber die österreichische Sozialdemokratie, die schon allein für sich eine internationale Partei ist, wird auf dem internationalen Kongreß in London nicht nur nicht fehlen dürfen, sondern sie wird würdig und ausgiebig vertreten sein müssen. (Beifall.)

Gen. Beer (Wien) erklärt, daß auch Vertreter der Gewerkschaften am Londoner Kongreß theilnehmen werden.

Es wird hierauf zur Abstimmung geschritten. Der Antrag des Referenten Daszynski wird einstimmig angenommen. Ebenso wird der Antrag Grünwald einstimmig angenommen und in Folge dessen der Antrag Neumann für erledigt erklärt.

Hiermit ist auch dieser Punkt der Tagesordnung erledigt.

Gen. Neumann: Ich erlaube mir die Resultate der Wahlen in die Parteivertretung bekanntzugeben. Es wurden im Ganzen 94 Stimmzettel abgegeben. Von diesen waren 13 leer, einer wurde für ungiltig erklärt. Es verblieben sohin 80 giltige Stimmzettel. Hievon entfielen auf Dr. Adler 76, Julius Popp 75, Dr. Ellenbogen 73, Tomschik 74, Gerin 72, Schuhmeier 68, Smetana 75 und Zavertnik 47 Stimmen. In die Kontrole wurden gewählt und zwar für Wien: Gen. Němec mit 69 und Heinrich Beer mit 50 Stimmen. Weiters aus den Provinzen: Daszinski mit 73, Resel mit 71, Holzhammer mit 77, Rieger mit 64, Zeller mit 72 und Vaněk mit 63 Stimmen.

Es wird hierauf zum letzten Punkt der Tagesordnung geschritten: „Allgemeine Parteiangelegenheiten".

Vom Gen. Ackermann (Hlinsko) liegt folgender Antrag vor: „Es wird beantragt, daß beim nächsten Parteitag nur die der sozialdemokratischen Partei gemeinsame Angelegenheiten zur Berathung kommen".

Dieser Antrag wird genügend unterstützt.

Ueber Antrag des Gen. Dr. Adler wird dieser Antrag der Gesammtparteivertretung übergeben.

Vorsitzender: Die gedruckt vorliegenden Anträge 39, 40, 41, 42, 43 und 44 erscheinen erledigt. Der Antrag Aussig wurde zurückgezogen, der Antrag 46 an die Gewerkschaftskommission überwiesen. Die Tagesordnung erscheint somit erschöpft. — Es ist folgender Protest eingelaufen:

„Die Gefertigten protestiren gegen die Ablehnung des Antrages der Gen. Popp, da ein Theilnehmer des Kongresses irrthümlich gegen diesen Antrag gestimmt hat, ferner die Stimmen von zwei Theilnehmern, die sich zufällig hinter dem Präsidium befanden und für den Antrag gestimmt haben, nicht gezählt wurden.

Wir wünschen keine Debatte über diesen Protest, aber verlangen, daß derselbe dem Parteitagsprotokolle einverleibt werde."

Das wird geschehen. Es liegt noch folgendes Schreiben der Gewerkschaft der Mühlenarbeiter Niederösterreichs vor:

„Alle organisirten Genossen werden aufgefordert, die in ihrer Nähe wohnenden Arbeiter und Arbeiterinnen, welche in der Lebensmittelbranche beschäftigt sind, auf den Verband der Nahrungsmittelindustrie, sowie auf das Fachorgan derselben, „Zeitgeist", Neubaugasse Nr. 64, aufmerksam zu machen, und dieselben zum Beitritt aufzumuntern.

Die Gewerkschaft der Mühlenarbeiter begründet ihren Antrag folgendermaßen:
In Anbetracht der weiten Zerstreuung und Vereinzelung unserer Collegen auf dem Lande einerseits, und den damit verbundenen großen Agitationskosten und Schwierigkeiten andererseits sind wir speziell genöthigt, an die feste Mitarbeit aller Organisationen zu appelliren, und hoffen auf das Bestimmteste, daß unserem Wunsche entschieden Folge geleistet wird, zumal gerade die Müller, wenn sie einmal fest organisirt sind, gute Werkzeuge zur Verbreitung unserer Ideen bei der ländlichen Bevölkerung wären."

Die Genossen werden diese Aufforderung gewiß beherzigen. — Wir können zum Schlusse schreiten.

Gen. Dr. Adler: Bevor wir schließen, ist es unsere Pflicht, Derjenigen zu gedenken, die sich in allererster Linie haben plagen müssen. Das ist das Präsidium, welches eine wirklich schwere Arbeit zu bewältigen hatte. Es ist aber auch unsere Pflicht, ohne viel Worte jener Genossen zu gedenken, die nicht unmittelbar als Delegirte des Kongresses, aber als unsere Helfer thätig gewesen sind. Auch sie hatten eine schwere Arbeit zu verrichten. Sie sind uns während dieser Woche in jeder Beziehung zur Verfügung gestanden. Diese Genossen haben ihren Verdienst geopfert und viele Mühe gehabt, wir sind verpflichtet, ihnen den besten, brüderlichen Dank auszusprechen. (Lebhafter Beifall.)

Gen. Roscher (Reichenberg) gedenkt der Zeit vor dem Hainfelder Parteitage. Die Theilnahme an den Kongressen von damals war noch mit Gefahren verbunden. Verurtheilungen waren die Folge. Aber auch diese Verurtheilungen haben unserer Sache genützt und sie so gefördert, daß wir heute in Prag tagen können. (Beifall.)

Vorsitzender Zeller: Wir sind am Schlusse des Parteitages angelangt. Wir haben auf diesem historischen Boden, auf dem wir dieser Tage verweilt haben, ein schweres Stück Arbeit zu verrichten gehabt. Es ist nicht allen Genossen so ergangen, wie sie gewünscht hätten. Gar mancher war nicht so befriedigt, gar mancher hat es sich vielleicht anders vorgestellt. Aber wenn wir die großen Schwierigkeiten in Betracht ziehen, die hier zu bewältigen waren, so werden Sie mit mir darin übereinstimmen, daß es nicht möglich war, anders zu arbeiten. Wir sind mit der Arbeit dieses Parteitages thatsächlich ein großes Stück nach vorwärts gekommen.

Genossen! In erster Linie betrachte ich es als Pflicht des Präsidiums, den czechischen Genossen für die Aufnahme, die uns hier zu theil wurde, unseren herzlichen Dank auszusprechen. (Beifall.) Für einen großen Theil von uns war es nicht gerade angenehm, nach Prag zu gehen, nicht etwa aus irgend einer Abneigung gegen die czechischen Genossen, aber weil wir, wenn wir früher nach Prag kommen sollten, nur in Begleitung von Gendarmen und in Ketten hieher gekommen sind. Und Sie werden es daher begreiflich finden, daß, wenn man zu einer derartigen „Sitzung" nach Prag geführt wird, die Erinnerung an Prag keine allzu angenehme sein kann. Wir haben aber in diesen Tagen eine andere Sitzung hier abgehalten, die viel erfreulicher gewesen ist und den Genossen eine schöne Erinnerung an Prag bleiben wird.

Genossen! Ich glaube, daß, wenn wir das nächste Mal zusammenkommen werden, die Verständigung wiederum um ein Stück leichter sein wird, weil diesmal eine bessere Vereinigung herbeigeführt und thatsächlich auch für die Zukunft vorgesorgt wurde.

Ich will Sie nunmehr nicht länger aufhalten, und schließe diesen Parteitag mit einem dreifachen Hoch! auf die internationale, revolutionäre Sozialdemokratie.

Dreimalige begeisterte Hochrufe durchbrausen den Saal.

Nach einer czechischen Schlußrede des Gen. Němec bringt die Versammlung ein dreimaliges begeistertes „Nazdar" aus.

Die Versammlung singt stehend die Arbeitermarseillaise in deutscher, czechischer und polnischer Sprache.

Schluß des Kongresses 1 Uhr 30 Minuten.

Parteiorganisation

beschlossen am V. Parteitage zu Prag 1896.

I.

Zur Partei gehörig ist jede Person, welche das Parteiprogramm anerkennt, für die Verbreitung desselben eintritt, die Partei nach Möglichkeit geistig und materiell unterstützt und sich keiner ehrlosen Handlung schuldig macht.

Es ist Pflicht der Parteiangehörigen, der Organisation ihrer Branchen, respective einem Bildungs- oder politischen Vereine anzugehören.

Ein Parteigenosse darf keiner bürgerlichen politischen Partei angehören oder für dieselbe thätig sein.

II. Vertrauenspersonen.

Bezirksorganisation.

Die Vertrauenspersonen werden von den lokalorganisirten Genossen und Genossinnen gewählt. Die Anzahl derselben richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen, und bilden diese Vertrauenspersonen zusammen die Bezirksorganisation. Es kann eine Vertrauensperson nur einer Bezirksorganisation angehören; die Vertreter der Bezirksorganisation sind der Parteivertretung bekanntzugeben. Der Umfang der Bezirksorganisation wird wieder von den örtlichen Verhältnissen abhängig sein und wird von der Kreiskonferenz festgestellt. Die Bezirksorganisation bestimmt ihre Vertreter für die Kreiskonferenz.

Wo es die sprachlichen Verhältnisse nothwendig machen, werden Agitationsbezirke ohne Rücksicht auf Provinzgrenzen gebildet.

Ueber spezielle Fälle im Rayon der Bezirksorganisation entscheidet die Bezirkskonferenz, doch ist der Kreiskonferenz gestattet, derartige Beschlüsse aufzuheben, wie weiter auch der Parteitag Beschlüsse der Kreiskonferenz aufheben kann. Ohne oder bis zur Aufhebung derartiger Beschlüsse haben selbe Giltigkeit für die Partei, doch kann auch ohne vorhergehende Entscheidung durch die Bezirkskonferenz die Kreis- und ohne die Kreiskonferenz der Parteitag Beschlüsse diesbezüglich fassen.

III. Kreisorganisation.

Die Kreisorganisation, welche ein ganzes Kronland oder bestimmte Theile desselben umfaßt, bildet ein Agitationscomité. Dieses befaßt sich mit der Organisation und sorgt für die nöthige Agitation im Kronlande. Gleichzeitig hat die Kreisorganisation dafür zu sorgen, daß durch die Bezirksorganisationen regelmäßig freiwillige Beiträge zur Deckung der Agitationskosten aufgebracht werden. Nach Möglichkeit sind dieselben zur Deckung der allgemeinen Parteiauslagen an die Parteivertretung abzuliefern.

Zur Besprechung und Erledigung von Partei-Angelegenheiten tritt die Kreisorganisation über Berufung des Agitationscomités nach Bedarf zu einer Konferenz zusammen und entscheidet endgiltig über Angelegenheiten der Organisations- oder Parteiverhältnisse ihres eigenen Kreises.

Die Kreiskonferenz muß auch einberufen werden, wenn ein Drittel der Bezirksorganisationen des betreffenden Kreises die Einberufung unter Angabe der Gründe verlangt.

Jede Kreisorganisation hat an die jeweilige Parteivertretung vierteljährlich Bericht über den Stand der Bewegung in dem betreffenden Kronlande zu erstatten.

IV. Parteitag.

Parteitage finden regelmäßig in jedem Jahre statt. Außerordentliche Parteitage können nur unter Zustimmung der Mehrheit der Kreisorganisationen stattfinden.

Die Delegirten zum Parteitag werden durch die Parteigenossen eines jeden Ortes, beziehungsweise Bezirkes bestimmt.

Orte, an welchen eine Frauen-Organisation besteht, haben das Recht, außer Genossen auch Genossinnen zum Parteitage zu entsenden.

Die Kreisvertretungen, Korporationen, welche von Kreisorganisationen eingesetzt sind, sowie die Redaktionen der Parteiblätter haben gleichfalls das Recht, einen Vertreter an den Parteitag zu entsenden.

Die Vertreter der Redaktionen und Korporationen haben jedoch kein Stimmrecht.

Die organisirten Genossen der einzelnen Industriegruppen haben das Recht, je einen Vertreter zum Parteitag zu delegiren, welcher stimmberechtigt ist.

Der Parteitag hat den Ort zu bestimmen, an welchem der nächste Parteitag stattfindet. Ist dies nicht möglich, so wird die Wahl des Ortes der Parteivertretung überlassen.

Die Einberufung des Parteitages muß mindestens zwei Monate vor dem Termine der Abhaltung desselben durch das Zentralorgan mit Angabe der provisorischen Tagesordnung erfolgen.

Der Parteibericht hat längstens 14 Tage vor dem Parteitag in der „Arbeiter-Zeitung“ veröffentlicht zu werden.

Anträge sind 4 Wochen vor dem Stattfinden des Parteitages an die Parteivertretung einzusenden und in dem Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei zu veröffentlichen.

Der Parteitag prüft die Einladungen seiner Theilnehmer und bestimmt den Sitz der Parteivertretung.

V. Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich.

Die politische Leitung der Gesammtpartei obliegt der Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich, die sich aus den Vertretungen oder Exekutivcomités der deutschen, czechischen und polnischen Organisationen zusammensetzt und in der die italienischen und südslavischen Genossen entsprechend vertreten sind. Die Gesammtvertretung der Sozialdemokratie in Oesterreich tritt zu gemeinsamen Berathungen behufs Regelung der den Organisationen gemeinsamen Angelegenheiten nach Erforderniß zusammen.

VI. Parteivertretung.

Der Parteitag wählt eine aus 16 Personen bestehende Parteivertretung. Acht vom Parteitag zu bestimmende Mitglieder der Parteivertretung bilden den engeren Parteiausschuß, welcher die laufenden Geschäfte der Partei zu besorgen hat. Die anderen acht Mitglieder der Parteivertretung bilden die Parteikontrole.

In die Parteivertretung werden Genossen der verschiedenen Nationalitäten gewählt, um die ständige Fühlung zu vermitteln.

Der Parteitag bestimmt den Sitz des engeren Ausschusses, an welchem seine Mitglieder und zwei Mitglieder der Kontrole wohnhaft sein müssen.

Die Parteivertretung hat regelmäßig mindestens vierteljährig einmal zusammenzutreten und ist überdies vom engeren Ausschuß in außerordentlichen Fällen einzuberufen.

Die Mitglieder der Kontrole haben jederzeit das Recht, in alle Bücher und Schriftstücke Einsicht zu nehmen und allen Sitzungen stimmberechtigt beizuwohnen.

Das Sekretariat und die Kassegeschäfte der Partei sind von der „Arbeiter-Zeitung“ zu trennen. Parteisekretär und Parteikassier dürfen nicht Angestellte der „Arbeiter-Zeitung“ sein.

Der Chefredakteur des Zentralorgans hat das Recht, an den Sitzungen der Parteivertretung mit berathender Stimme theilzunehmen.

Jedem Parteitage hat die Parteivertretung über ihre Thätigkeit, sowie über die Durchführung der vom vorhergegangenen Parteitage beschlossenen oder ihr zugewiesenen Anträge Bericht zu erstatten.

Zur Erledigung wichtiger und das ganze Reich berührender Fragen hat jede Kreisorganisation, und wenn dies nicht gut möglich wäre, mehrere Kreisorganisationen zusammen, ständige Vertreter zu wählen, die im gegebenen Falle von der Parteivertretung einzuberufen sind.

VII. Vereinswesen.

Die Gründung von politischen Vereinen, deren Wirkungskreis sich womöglich auf eine ganze Provinz erstreckt, wird den Genossen angelegentlichst empfohlen. Diese Vereine sollen nicht nur ein Mittel zur Organisation sein, sondern auch vor Allem durch die Behandlung aller die Interessen der Arbeiter berührenden Angelegenheiten in öffentlichen Versammlungen für die Verbreitung der sozialdemokratischen Prinzipien wirken und durch Diskussionen die theoretische Ausbildung der Parteigenossen fördern.

VIII. Parteipresse.

Die Parteipresse wird nur dann ein gutes und wirksames Agitations- und Kampfmittel sein und ihrer wichtigsten Aufgabe: die Arbeiter aufzuklären und zum Klassenbewußtsein zu erziehen, entsprechen können, wenn strenge darauf geachtet wird, daß fremde, nicht parteigenössische Einflüsse ferngehalten werden und wenn ebenso verhindert wird, daß sie Gegenstand der Privatspekulation werde.

Gründungen von politischen Parteiblättern sollen nur dann erfolgen, wenn ein nachweisbares Bedürfniß vorhanden ist und ihr Bestand gesichert erscheint, und wenn vor Allem die nothwendigen geistigen, technischen und administrativen Kräfte vorhanden sind. Blätter, die gegründet werden ohne Zustimmung des Parteitages oder der Landeskonferenz, haben so lange von der Partei nicht unterstützt zu werden, bis sie von einem Parteitage oder einer Landeskonferenz anerkannt werden.

Die „Arbeiter-Zeitung“ ist Organ der Gesammtpartei und wird der Parteivertretung unterstellt; desgleichen die „Arbeiterinnen-Zeitung“. Eventuelle Ueberschüsse fließen dem Parteifonds zu.

Resolutionen.

A. Gewerkschaftsorganisation.

In Erwägung, daß die Gewerkschaftsorganisation, welche auf Grundlage der Industriegruppenbildung aufgebaut ist, sich als ein vorzügliches Mittel erwiesen hat, die Massen heranzuziehen und widerstandsfähig zu machen; in weiterer Erwägung, daß diese Organisationsform am besten geeignet ist, einen der wichtigsten Punkte des sozialdemokratischen Programmes praktisch durchzuführen, indem sie die Arbeiter physisch und geistig kampffähig macht, wodurch der Sozialdemokratie immer mehr fähige und verläßliche Streitkräfte zugeführt werden; in endlicher

Erwägung, daß sich noch viele Parteigenossen ihrer Pflicht gegenüber der gewerkschaftlichen Organisation nicht bewußt sind, und deren Bedeutung für die Partei unterschätzen, wodurch es noch nicht gelungen ist, die für die Arbeiter wichtigsten Industriezentren Oesterreichs in größerer Zahl zu gewinnen, beschließt der V. Parteitag der sozialdemokratischen Partei Oesterreichs:

Es wird den Parteigenossen nicht nur zur Pflicht gemacht, sobald die Möglichkeit vorliegt, der gewerkschaftlichen Organisation anzugehören, sondern es ist auch Pflicht eines jeden Parteigenossen, die Gewerkschaftsorganisation mit aller Kraft bei allen Anlässen zu fördern, die von den Delegirtentagen, Konferenzen und Kongressen der Gewerkschaften gefaßten Beschlüsse, insoferne dieselben den Prinzipien der Sozialdemokratie nicht zuwiderlaufen, anzuerkennen und für deren Durchführung zu wirken.

B. Konsum- und Produktivgenossenschaften.

Der Parteitag erklärt: Die Partei als solche hat mit der Gründung von Konsum- und Produktivgenossenschaften nichts gemein.

Zuschriften, Begrüßungsschreiben und Telegramme.

An den V. Parteitag der österreichischen Sozialdemokratie in Prag.

Werthe Parteigenossen!

Die organisirten Arbeiterinnen Wiens erlauben sich Folgendes dem in Prag tagenden Parteitage zur Kenntniß zu bringen:

Am 26. März tagte eine Versammlung, an der Vertreterinnen der verschiedenen Gewerkschaften und Bildungsvereine theilnahmen, bei der beschlossen wurde, eine Genossin als Delegirte zum Parteitage zu entsenden; gleichzeitig wurde auch eine Genossin als Delegirte in die Sitzung des Lokalausschusses gewählt, wegen Deckung der Kosten, da die Arbeiterinnen bis jetzt keinen eigenen Fond hatten, jedoch stets für den allgemeinen Fond, den der Wiener Lokalausschuß verwaltet, beigesteuert haben. Die Genossinnen wurden mit ihren Forderungen abgewiesen und von Seite des Wiener Lokalausschusses ein Schreiben an die Parteivertretung gerichtet, dieselbe möge die Kosten tragen und hat auch die Parteivertretung in der darauffolgenden Sitzung beschlossen, es zu thun. Nun könnten aber mit demselben Rechte auch andere Organisationen mit denselben Forderungen an den Parteitag herantreten, und 1. wollen wir keine Ausnahme bilden und 2. nicht von „Gnaden" abhängen, um nur um jeden Preis am Parteitag sein zu können. Es wurde nun abermals eine Sitzung der verschiedenen Vertreterinnen einberufen, bei der nun Folgendes beschlossen wurde:

1. Keine Delegirte nach Prag zu entsenden.

2. Durch einen Brief dem Parteitage bekanntzugeben, daß die Arbeiterinnen Wiens gezwungen sind, eine separate Organisation zu gründen, um sich die Gleichberechtigung, die stets zur Phrase war, im wahrsten Sinne des Wortes zu erkämpfen.

Die Arbeiterinnen Wiens verzögerten stets diesen Schritt, obwohl sich schon länger dazu die Nothwendigkeit ergeben hätte, da sie stets nicht als gleichwerthige Genossinnen, sondern nur als untergeordnete „Weiber" behandelt und betrachtet wurden. Die ernstesten Forderungen und Debatten wurden entweder grob oder mit schlechten Witzen beantwortet, und wurde deshalb Folgendes beschlossen:

Für die Gewerkschaftsorganisation nach wie vor und mehr denn je einzutreten, jedoch eine selbstständige politische Organisation zu gründen, durch die wir dann auch Mittel und Wege finden, einen eigenen Fond anzulegen, aus dem wir dann unsere Auslagen bestreiten könnten. Es thut uns leid, diesen Schritt machen zu müssen, doch bleibt nichts anderes übrig, wenn auch die Arbeiterinnen organisirt sein sollen.

Die Arbeiterinnen Wiens haben lange genug den unwürdigen Zustand ertragen, nach außen Gleichberechtigung zu zeigen, während sie bei einigen der hervorragendsten Parteigenossen nur Spott und Hohn fanden, und dieser Geist immer mehr Platz greift unter den Wiener Parteigenossen. Wir nennen uns die Freunde der Wahrheit, also heraus damit. Man möge unser Beginnen wie immer nennen, wir nennen es den Kampf um Gleichberechtigung. Wir haben nichts von den schönsten Beschlüssen, wenn sie nicht respektirt werden. Von der Tribüne sollen wir Gleichberechtigung predigen, die wir in unseren eigenen Reihen nicht finden.

Mit der Erwartung, daß es der Parteitag zur Kenntniß nimmt, zeichnet

mit sozialdemokratischem Gruß
im Auftrage: **Marie Krása.**

Liebe Genossen!

Glaubt nicht, daß ich Mahnungen oder Rathschläge an Euch richten wolle.

Ihr wißt, was Ihr wollt und werdet für den Willen den Weg finden. Ueberdies ist Euere Zeit sehr kurz bemessen und Ihr habt viel Arbeit und schwere Arbeit. Außer dem uns allen gemeinsamen Werk der sozialen Um- und Neugestaltung habt Ihr auch Ordnung zu bringen in das politische Chaos, das durch die Unfähigkeit der Staatsmannzunft aus Oesterreich-Ungarn gemacht worden ist.

Was mich zu Euch führt, ist das Gefühl des Dankes, dem ich auf andere Weise nicht genügend Ausdruck zu geben vermag. Die Zahl der Sympathiekundgebungen, die mir in den letzten Tagen anläßlich meines 70. Geburtstages aus allen Theilen von Oesterreich-Ungarn zugegangen sind, ist so groß, daß es mir nicht möglich ist, jede einzelne zu beantworten. So wende ich mich denn an Euch, die Vertreter der Gesammtarbeiterschaft Oesterreich-Ungarns, und spreche Euch für jene Kundgebungen, die mich tief gerührt haben, meinen Dank aus, und zugleich die Versicherung, daß ich, so lange Leben in mir ist, fortfahren werde, nach Kräften meine Pflicht zu thun. Mehr kann und weniger soll Keiner thun.

Herzlichen Dank! Und beste Wünsche!

Charlottenburg, am Ostersonntag 1896.

Mit sozialdemokratischem Brudergruß

W. Liebknecht.

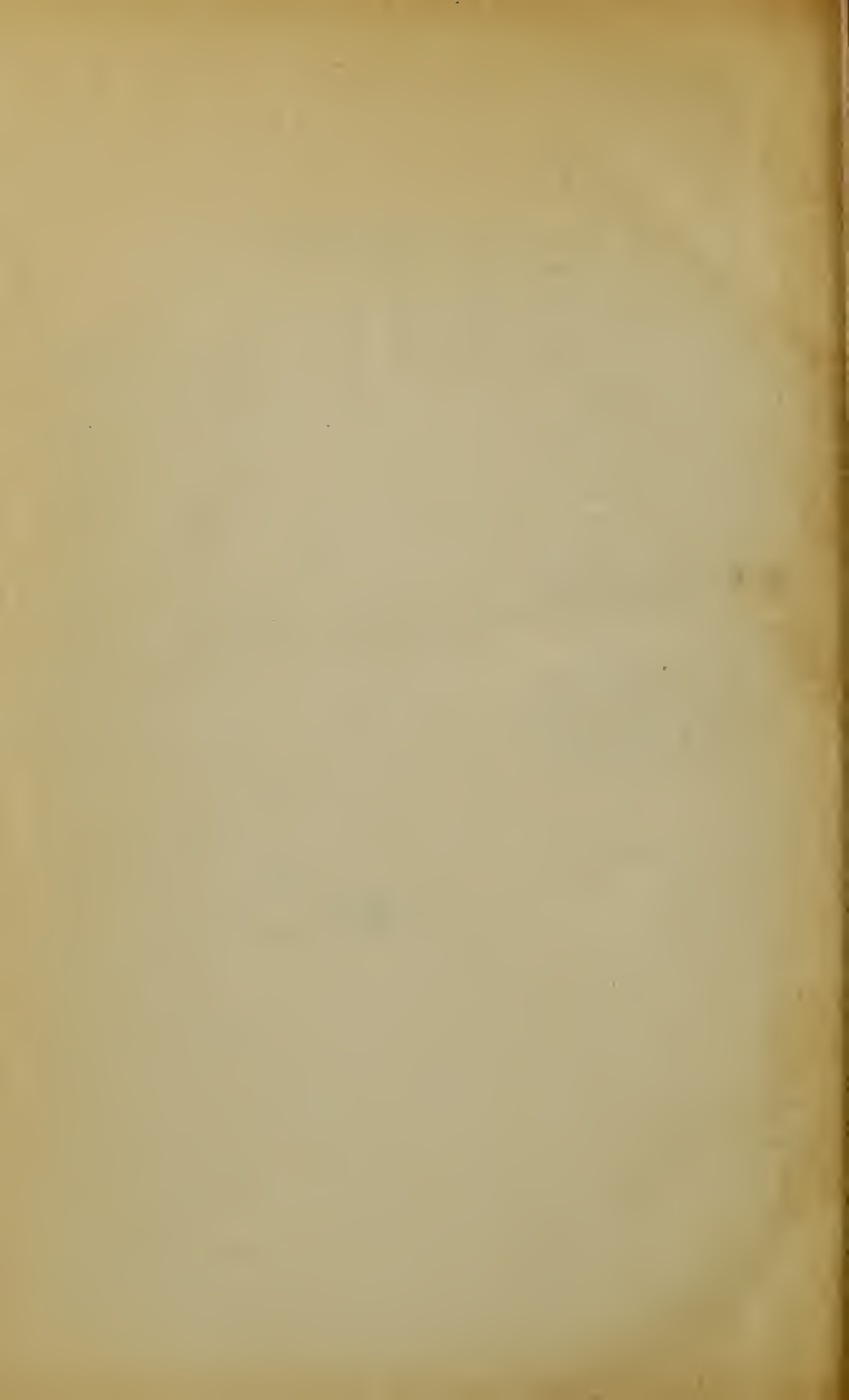
Abertham. Organisirte Handschuhmacher im Erzgebirge.
Agram. Generalausschuß der sozialistischen Partei.
Aich. Die organisirte Arbeiterschaft.
Albrechtsdorf. Glasarbeiter.
Aussig a. d. Elbe. Die Bauarbeiter.
Beraun. Die Organisation.
Berlin. Liebknecht.
— Handlungsgehilfen.
Brünn. Organisation innere Stadt.
— Organisirte Buchdrucker.
— Metallarbeiter.
— Genossen.
— Mährische Landeszentrale.
Brüsau. Die Genossen.
Brüx. Die czechischen Genossen.
— Die Genossen.
Budapest. Die czechischen Genossen.
— Ungarländischer Holzarbeiterkongreß.
— Metallarbeiterverein.
Budweis. Organisirte Ofensetzer.
— Budoucnost.
Bukarest. Versammlung deutscher und slavischer Genossen.
Cilli. Sozialdemokratische Organisation.
Czernowitz. Sozialdemokraten.
Datschitz. Die Genossen.
Dresden. Landeskonferenz der sächsischen Sozialdemokratie.
Eibenberg. Die Genossen.
Falkenau a. d. Eger. Simon Stark.
— Rothe von Kahr.
— Volksversammlung.
Fohnsdorf. Die Genossen.
Friedland. Parteigenossen.
Graz. Die Arbeiterinnen.
Hainburg. Die Genossen.
Haindorf. Lokalorganisation.
Hohenbruck. Die Genossen.
Jägerndorf. Die Genossen.
Innsbruck. Die Genossen.
Klagenfurt. Die Genossen.
Knittelfeld. Volksversammlung.
Königsberg a. d. Eger. Organisirte Genossen.
Krakau. Bäckerarbeiter.
— Die jüdischen Arbeiter.
— Die Eisenbahner.
— Die Heizhausarbeiter.
— Naprzød.
— Schuhmacherarbeiter.
— Organisirte Genossen.
— Schneider.
— Fortschrittliche Jugend.
Kronau. Die Rothen.
Laibach. Sozialdemokratie Krains.
Landskron. Parteigenossen.
Leitmeritz. Die Organisation.
Lemberg. Jüdische Arbeiter.
— Tischler.
— Sozialistinnen.
— Organisirte Genossen.
— Agitationscomité.
— Redaktion „Nowy Kolejarz“ (Neuer Eisenb.)
— Bäcker.
Leoben. Organisirte Bergarbeiter.
— Organisirte Arbeiterinnen.
— Organisirte Eisen- und Metallarbeiter.
Lieben. Streikende Textilarbeiter.
London. Sozialistische Partei.
Melnik. Parteigenossen.
Nachod. Czechische Genossen.
Neudorf. Ziegelarbeiter.
Neu-Sandez. Die Genossen.
Neustadtl. Die Genossen.
Nimburg. Genossen.
Paris. Vaillant Ed.
Peček. Czechische Genossen.
Pforten. Richter, Fuchs und Genossen.
Pilsen. Die deutschen Genossen.
Prag. Organisirte Buchdrucker.
Přelouč. Sozialdemokraten.
Prerau. Organisirte Genossen.
Proschowitz. Volksversammlung.
Przemysl. Genossen.
Reichenau. Volksversammlung.
Reichenberg. Organisirte Arbeiterinnen.
Roth-Kosteletz. Organisirte Genossen.
Römerstadt. Die Bezirksvertretung.
Siebenhirten. Ziegelarbeiter.
Stanislau. Organisirte Arbeiter.
Steyr. Genossen.
Strakonitz. Genossen.
Temesvar. Südungarische Parteikonferenz.
Triest. Volksversammlung.
Troppau. Parteigenossen.
Villach. Parteigenossen.
Waidhofen a. d. Ybbs. Die Genossen von Ybbs, Bruckbach, Kematen.
Wanberg. Genossen.
Warnsdorf. Einige Genossen.
Wien. Konferenz der Eisenmöbelarbeiter Wien-Budapest.
— Organisirte Bronzearbeiter.
— Organisirte Feilenarbeiter.
— Knopfarbeitertag.
— Hutfabrik Klenz.
— Sänger.
— Versammlung, II. Bez.
— Textilarbeiter und -Arbeiterinnen.
— Organisirte Metallarbeiter.
— Bucharbieter.
— Italiener des XIX. Bez.
— Genossen des XII. Bez.
— Konferenz der Sattler und Riemer.
— Versammlung der Schneider.
— Red. „Vorwärts“.
— „Graphische Fächer“.
— Produktivgenossenschafter.
— Die organisirten Handlungsgehilfen.
— Organisirte Metallarbeiter des IV. Bez.
— Ortsgruppe XII.
— Genossen des XVIII. Bez.
— Organisirte italienische Arbeiter.
— Dr. J. Kaizl.
— Zielbewußte Lehrlinge.
Wiener-Neustadt. Organisirte Genossen.
Witkowitz. Organisirte Metallarbeiter.
Wrana. Fortschrittler.
Znaim. Genossen.
Zwickau. Genossen.

Sprech-Register.

Adler, Dr. Viktor, Wien ... 45, 52, 77, 85, 126, 167, 168, 169, 175, 177
Beer Heinrich, Wien ... 46, 84, 167, 176
Beer Rudolf, Wien ... 66, 130
Berner Ernst, Mähr.-Ostrau ... 39, 67
Berstl, Dr. Emil, Neunkirchen ... 44, 50, 51, 81, 91
Daszynski Ignaz, Krakau ... 77, 174
Dědic Karl, Prag ... 51, 64
Dobiasch Josef, Aussig ... 66, 122
Dohnal Johann, Schwechat ... 83
Dolejšy Johann, Budweis ... 61, 91
Ebert Franz, Grasseth ... 171
Eich Wilhelm, Villach ... 77
Eldersch Karl, Brünn ... 63, 116
Ellenbogen, Dr. Wilhelm, Wien ... 34, 47, 84, 117, 128
Feigl Daniel, Gloggnitz ... 39, 45, 51, 64, 108, 169, 175
Frank Josef, Falkenau a. d. Eger ... 129, 173
Fränkl Joachim, Lemberg ... 46, 129
Gerin Antonio, Meran ... 40, 67
Göpfhardt Franz, Wien ... 62
Götz Jaroslav, Bodenbach ... 40, 66
Gröbner Johann, Wien ... 68
Gruber Leopold, Leobersdorf ... 84
Grünwald Julius, Wien ... 109
Hanich Josef, Steinschönau ... 63, 117
Hanusch Ferdinand, Wigstadtl ... 69
Hermann Karl, Kratzau ... 167
Hloma Karl, Deutschbrod ... 84
Holzhammer Josef, Innsbruck ... 128, 170
Hueber Anton, Wien, Atzgersdorf ... 40, 82, 93, 124
Ingwer, Dr. Isidor, Amstetten ... 42, 51, 81, 119
Jobst A. Johann, Falkenau a. d. Eger ... 47, 65, 172, 175
Kiesewetter Wilhelm, Reichenberg ... 80
Krapka Josef, Brünn ... 40, 61, 118, 168
Kratky Wenzel, Ovčar ... 122
Krejči Alois, Pilsen ... 66, 48
Löjel Franz, Blankendorf ... 69
Lukašik Josef, Reichenberg ... 67, 117
Maier Josef, Waidhofen a. d. Ybbs ... 107
Milota Julius, Niemes ... 129
Molkenbuhr Hermann, Berlin ... 41, 80
Morgenstern, Dr. Ludwig, Brünn ... 40, 51, 68
Mornik Josef, Wien ... 70, 71
Němec Anton, Wien ... 103, 162, 167
Neumann Wilhelm, Zittau ... 176
Nitsche Johann, Graz ... 121, 168
Palka Karl, Wr.-Neustadt ... 84, 117
Palme Josef, Wien ... 82, 138
Pelikan Emil, Wien ... 45
Pernerstorfer Engelbert, Wien ... 71
Popp Adelheid, Wien ... 44, 106, 125
Popp Julius, Wien ... 34, 77, 131, 165
Prähauser Jakob, Salzburg ... 76, 109

Preußler Robert, Wien 130
Reger Thadäus, Orlau 70, 111, 168, 170, 173
Reis Anton, Prag 77
Resel Johann, Graz 43, 79, 123
Reumann Jakob, Wien 94, 157, 172
Rieger Eduard, Brünn 112
Roscher Franz, Reichenberg 34, 47, 65, 110, 118, 175, 177
Roušar Josef, Prag 122
Rychling Josef, Wien 111
Schäfer Anton, Aich 123
Schiller Karl, Reichenberg 63
Schloßnickel Hironymus, Neutitschein 65
Scholz Ludwig, Wien 107
Schönwälder Anton, Mähr.-Schönberg 128
Schrammel Anton, Wien 33, 69
Schuhmeier Franz, Wien 51, 81, 111, 122, 155, 170
Seidel Josef, Krumau 80
Seliger Josef, Teplitz 62, 121, 168, 169
Šip Josef, Sobochleben 67, 173
Skaret Ferdinand, Wien 68, 169
Smetana Rudolf, Wien 39, 50, 67, 120
Smitka Johann, Wien 108
Steiner Josef, Prag 61, 85, 168
Šturc Wenzel, Prag 62, 93
Svěcený Anton, Prag 82
Světlík Vincenz, Wien 131
Trejbal Johann, Teplitz 69
Trenka Johann, Troppau 68, 129
Vaněk Karl, Pilsen 84, 110, 129, 168, 172
Verkauf, Dr., Leo 139
Wanko Karl, Znaim 79, 138
Widlar Anton, Wien 67
Winarsky Leopold, Wien 64, 113
Witzmann Johann, Wien 107
Zavertnik Ferdinand, Wien 63, 126, 139, 169
Zedníček Franz, Proßnitz 62, 128
Zeller Eduard, Teplitz 42, 110, 177





Inhaltsverzeichnis.

	Seite
Tagesordnung	III
Einberufer	IV
Bureau	IV
Beschlüsse des Parteitages zu Hainfeld	V
Parteiorganisation, beschlossen 1894	IX
Präsenzliste	XI
Geschäftsordnung	XIII
Anträge zum V. Parteitage	XIV
Bericht der Parteivertretung	1
Kassabericht	6
Berichte der Kreisorganisationen:	
Niederösterreich	9
Oberösterreich	12
Salzburg	12
Steiermark	14
Berichtigung	32
Kärnten	15
Krain	16
Triest	16
Tirol und Vorarlberg	16
West- und Südböhmen	17
Teplitz-Aussig	19
Reichenberg	19
Steinschönau-Haida	22
Mähren	23
Schlesien	25
Westgalizien	26
Ostgalizien	28
Czechische Parteiorganisation	32
Zentral-Böhmen	32
Eröffnung der Verhandlungen	33
1. Punkt der Tagesordnung: Parteibericht	34
2. " " " Bericht der Kontrole eingeschaltet auf Seite	42
3. " " " Wahlreform	52
4. " " " Organisation und Taktik ... 93,	157
5. " " " Wahl der Parteivertretung ... 166,	176
6. " " " Parteipresse ... 131,	165
7. " " " Fortschritt der Sozialgesetzgebung in Oesterreich	170
8. " " " Lage und Forderungen der ländlichen Arbeiterschaft ... 139,	169
9. " " " Der internationale Sozialistenkongreß in London.	174
Schluß des Parteitages	177
Parteiorganisation, beschlossen 1896	178
Zuschriften, Begrüßungsschreiben und Telegramme	182
Sprechregister	184

